PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

51

Einundfünfzigster Jahrgang

1957

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: Vereinigung Freunde der «Neuen Wege»

84956
V. 51
1957

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Leonhard Ragaz: Werfet euer Vertrauen nicht weg!	1
Leonhard Ragaz: Auferstehung	34
Leonhard Ragaz: Die Überwindung der Weltnot	65
Leonhard Ragaz: Der Nächste	129
Christoph Blumhardt: Gottestaten	161
Krijn Strijd: Der Rest	193
A. P. (Einleitende Worte)	225
Henri Roser: Warum toben die Völker?	225
Walter Rauschenbusch: Das Reich Gottes	257
Leonhard Ragaz: Dürfen wir Weihnachten feiern?	289

Gedichte

Margarete Susman: Emmaus	33
Karle Wilson Baker: Wandlung	235
Margarete Susman: Heimatlosigkeit	299

Religiöse Fragen

Eremita: Religion oder Reich Gottes	35
Walter Dignath: Neue Wege für den Christen (I)	97
Walter Dignath: Neue Wege für den Christen (II)	130

Zur Kultur- und Geistesgeschichte

Daniel: Weltheiligung und Weltüberwindung bei Berdiajew	104
Alice Herz: Friedrich Nietzsche, der Seher zwischen zwei Welten	175
J. L. Hromadka: Christentum und dialektischer Materialismus	258
Alfred Daniel: «Kierkegaard – Deuter unserer Existenz»	293

Politische und soziale Fragen

B. Wicke: Warum Koexistenz?	38
EPD: Die Bemühung um ein Wort zur Lage	39
Alice Herz: Franklin Delano Roosevelt	47
B. Wicke: Eine warnende Stimme – l'Abbé Pierre	66
Hugo Kramer: Indiens stille Revolution	68
P. F.: Das Rassenproblem in einer sich wandelnden Welt	138
P. Furrer: Bericht über chinesische Gefängnisse	271
Paul Furrer: Flüchtlinge	300
Bertrand Russell's offener Brief an Eisenhower und Chruschtschew	306

Zum Kampf um den Frieden

Henri Roser: Eine entscheidende Probe	5
P. Furrer: Kommt die Katastrophe?	8
B. Wicke: Gewaltlosigkeit in Sizilien	11
Gertrud Woker: An die Ewiggestrigen (I)	41
Gertrud Woker: An die Ewiggestrigen (II)	75
Redaktionskommission: Unsere Verantwortung	81
Karl Barth: «Es geht ums Leben»	110
Martin Buber: Haltet ein!	164
Zentralausschuß des Ök. Rates: Der totale Krieg nicht mit dem Gewissen der Menschheit zu vereinen	165
Kr. Strijd: Das Volksgewissen darf nicht einschlafen	166
Hauptvorstand «Kerk en Vrede», Amsterdam: Aufruf an das Niederländische Volk	167

Seite

Dr. Manstein: Welche Aufgaben haben die Frauen und Mütter im Atomzeitalter? 169
Walter Dignath: Neue Wege im Kampf für den Frieden – Vom älteren Pazifismus zum Dienst am Frieden heute (I) 236
Bertrand Russell: Weg zum Frieden 239
Walter Dignath: Neue Wege im Kampf für den Frieden – Vom älteren Pazifismus zum Dienst am Frieden heute (II) 261
Dr. F. D. Meyer-Klugels: Der Friede und die Weltreligionen 267
Ein Weihnachtsgruß von Father Huddleston 300
G. Woker: Was uns bedrückt 302
J. B. Priestley: Warnende Stimmen aus England 304

Fragen zur Nutzung der Atomenergie, Energiequellen

Gertrud Woker: Sind Reaktoren eine Volksgefahr? 205
Gertrude Baer: Erforschung und Nutzbarmachung alt-neuer Energiequellen: Sonne, Wind, Erde, Meere und deren Gezeiten 273

Von Menschen

M. F.: Father Huddleston 143
H. Kremos und B. Wicke: Frau Clara Ragaz † 228
Margarete Susman: Eberhard Arnold 230

Zitate, Worte

Emil Fuchs 32
Gerald H. Kennedy 37
Gandhi-Worte 65
Aus Werken von Berdiajew 109
Das Mittel zum wirklichen Frieden (Friedrich Nietzsche) 112
Martin Buber: Der Name Gottes (aus: Gottesfinsternis) 162
Mahatma Gandhi 163
Paul Furrer: Gandhi zur Weltpolitik 179
Leonhard Ragaz 192
Mahatma Gandhi 192
Nehru: Neues Denken nötig 256
Albert Schweitzer: Neues Denken nötig 288
Rich. F. Behrendt: Wir oder sie? 320

Weltrundschau

Seite

26. Februar 14
1. April 52
2. Mai 85
3. Juni 113
2. Juli 148
12. August 180
16. September 213
11. Oktober 242
20. November 288
6. Dezember 307

Von Büchern

Paul Furrer: China auf eigenen Wegen (L. L. Matthias: Ergebnisse einer Reise) 72
J. L.: Internationale Zeitschriftenschau für Bibelwissenschaft und Grenzgebiete 128
Hugo Kramer: Christliche oder marxistische Gesellschaftsgestaltung? (Emil Fuchs: Christliche und marxistische Ethik) 199
J. L.: Paul Peachey: Die soziale Herkunft der Schweizer Täufer in der Reformationszeit 224a
W. Egli: Reimund Schnabel: «Macht ohne Moral» 288a
Alfred Daniel: «Kierkegaard – Deuter unserer Existenz» (Anna Paulsen: Sören Kierkegaard – Deuter unserer Existenz) 293
H. K.: Upton Sinclair: Jesus, wie ich ihn fand und sah 320a

Berichte, redaktionelle Bemerkungen

	Seite		Seite
Redaktionelle Bemerkung	40	Red. Bemerkung	160
H. K.: Beim französischen Christianisme Social (Bericht)	83	Redaktion: Toleranz	212

Anmerkung: Seitenzahlen wie 224 a bedeuten, daß sich der Artikel auf der dritten Umschlagsseite befindet!

Werfet euer Vertrauen nicht weg!

Werfet euer Vertrauen nicht weg, welches eine große Belohnung hat. Hebräer 10, 35.

Im Angesicht der Weltlage, die aller auf den Sieg des Guten und Rechten gerichteten Hoffnung und Anstrengung zu spotten scheint und die Haltung derer, die an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit glauben, auf eine harte Probe stellt, jetzt schon und künftig vielleicht noch mehr, aber auch sonst, im Leben des Einzelnen, beim Blick auf all seine Schwierigkeiten und Nöte, sind wir immer wieder in die Notwendigkeit versetzt, andern und uns *das Vertrauen* zu stärken. Das ist's ja, was wir am meisten nötig haben, das Vertrauen. Mit ihm sind wir stark, ohne es sind wir verloren; mit ihm können wir arbeiten, kämpfen, leiden, ohne es sind wir lahm und unfruchtbar; mit ihm sind wir froh und getrost, ohne es dunkel und trübe.

Aber wie das Vertrauen schaffen? Ist es nicht eine *Gabe*? Kann man es andern und sich selbst einreden, anreden? Findet unsere Ermunterung, unser Zuspruch – Vertrauen, Anklang? Ist nicht alles zu unwahrscheinlich? Haben wir selbst nicht schon allzu oft Vertrauen gepredigt?

Indem wir das, zagend und verlegen, bedenken, kommt ein wunderbares Wort, eines der großen Lichtworte, Führerworte, Befehlswort Gottes, zu uns: «Wirf dein Vertrauen nicht weg, welches eine große Belohnung hat!»

Das Merkwürdige und Bedeutsame an diesem Worte ist, daß es uns gar nicht mahnt, Vertrauen zu haben, Vertrauen zu schöpfen, sondern bloß, unser Vertrauen *nicht wegzuwerfen*. Es setzt also voraus, daß wir Vertrauen *haben*, und mahnt uns bloß, diesem Vertrauen – Vertrauen zu schenken, das heißt: ihm treu zu bleiben, ihm zu gehorchen, es nicht zu mißachten, vielmehr diesem Licht fest und ruhig nachzugehen.

Das aber scheint mir eine große Wahrheit und tiefe Einsicht zu sein. Wir *haben* im Grunde das Vertrauen, es kommt bloß darauf an, daß wir ihm gehorchen und treu bleiben. Oder ist es nicht so? Glaubst du, der du dieses liesest, im Grunde deines Herzens wirklich, daß die Sache des *Friedens* – um im Angesicht der heutigen Weltlage wieder zuerst diese zu nennen – endgültig erliegen könnte, all die Anstrengung, all die Opfer, all der Glaube, die an sie gesetzt worden sind, all die Verheißung, die ihr gegeben worden, umsonst seien? Das glaubst du im Ernste doch nicht. Oder glaubst du im Grunde deines Herzens, daß die Sache der *sozialen Gerechtigkeit*, die Hoffnung auf eine neue Gemeinschaft der Menschen auch im Wirtschaftsleben und von dort aus in allem Zusammenleben könnte völlig verloren gehen? Auch das glaubst du im Ernste doch nicht. Oder glaubst du im Grunde deines

Herzens, daß die Sache der *Freiheit* endgültig könnte unterdrückt werden? Auch das glaubst du im Ernste nicht. Kurz, glaubst du im Grunde deines Herzens, daß das Große, Gute, Wahre, Schöne, Heilige, das in irgend einer seiner Formen und Kämpfe deine Seele erfüllt, Irrtum, Traum, Fata Morgana sei? Das glaubst du im Ernste nicht. Oder glaubst du im Grunde deines Herzens, in deinen *individuellen* Angelegenheiten, für deine Familie, deinen Beruf, deine Lebensbestimmung im allgemeinen, daß hier alles falsch, alles verloren, daß der Ruf, der an dich ergangen, eine Täuschung, der Plan über dir ein Trug, der höhere Sinn deines Loses ein Wahn, das Licht der Verheißung, das über dir leuchtet, ein Irrlicht sei? Das glaubst du im Ernste doch nicht. Du jammerst, vor dir und andern, bist verzagt, ja verzweifelt, klagst Gott oder das Schicksal an, und inzwischen redet in dir eine leise, aber ganz starke, überlegene Stimme, daß es nicht so ist, wie du tust, trotz allem, daß trotz allem Hoffnung ist und Weg, daß die Verheißung fest bleibt, unbedingt fest, daß Gott treu bleibt, unbedingt treu, und sein dir gegebenes Wort hält, unbedingt hält. Und was die Sache des Guten und Rechten in der Welt betrifft, so können wohl Finsternisse des Zweifels über deine Seele ziehen, daß du meinst, es sei alles Glauben und Mühen umsonst – das ist begreiflich –, aber auch hier spricht doch immer, und immer wieder, eine sehr deutliche und sehr starke, wenn auch oft nur leise Stimme: «Du weißt doch im Grunde genau, daß der Sache alles Guten und Rechten der Sieg unbedingt sicher ist, daß es daran im Ernste keinen Zweifel gibt. Du weißt doch, daß in dieser Gewißheit, in dieser Zusage ich da bin, der treue, starke allmächtige Gott!»

Kurz, du *hast* Vertrauen: *wirf es nur nicht weg.* Du *hast* Vertrauen. Vertrauen ist nicht etwas, das wir uns und andern aufdrängen, einreden müßten – es ist schon vorhanden, es ist als göttliche Mitgift in den Tiefen unserer Seele. Wohl kann es oft unsere Aufgabe sein, andere eindringlich und ernsthaft zum Vertrauen zu ermuntern, vor allem in der Form des persönlichen Zeugnisses, aber das hat doch nur den Sinn, daß das, was in den andern an Vertrauen schon ist, *aufgeweckt* wird, daß das Licht, das schon in ihnen ist, angefacht wird, daß sie Vertrauen zu ihrem Vertrauen bekommen. Immer ist in uns etwas von diesem Vertrauen vorhanden; immer ist dieses wunderbare Licht irgendwie in uns; immer besitzen wir etwas von diesem geistigen Betriebskapital Gottes. Wir *haben* Vertrauen – alles kommt darauf an, daß wir es nicht wegwerfen. Das ist gerade die zentrale Lebensaufgabe. «Mein Gerechter wird aus dem Glauben leben!» Für die Sache des Guten und Rechten in der Welt, für das Kommen des Reiches Gottes, wie für das Gelingen deines eigenen Lebens ist dieses Eine entscheidend: ob das Vertrauen bewahrt oder weggeworfen wird. Es ist freilich auch der schwerste *Kampf*, den wir zu führen haben: ein Kampf mit der eigenen Schwäche, der eigenen Feigheit, der eigenen

Schuld, und ein Kampf mit dem Widerstand der Welt (und nicht bloß der Welt) und den Dunkelheiten des Geschickes. Wir versagen in diesem Kampfe oft genug. Vieles ging verloren, was als Verheißung über uns war, weil wir nicht genug Vertrauen hatten. Wir wären *ganz* verloren ohne die Treue Gottes, die ihrerseits das Vertrauen nie wegwirft, die uns Schwachen, Strauchelnden, Gefallenen die Hand gibt; so aber erfahren wir, daß wir an dieser Hand immer wieder in den Bereich der Verheißung gelangen dürfen und erleben, wenn wir jene Hand nicht lassen, das ergreifendste der Wunder, jene gutmachende, wiederherstellende Gnade, die auch Irrtum und Schuld zu vermehrtem Segen wenden kann. Darum halte, auch in Dunkelheiten der Seele oder des Weges, auch in größter Schwachheit, mit der letzten Kraft deiner Hand, dieses Vertrauen fest, das du hast, halte fest das Vertrauen, das du hast zum Sieg alles Guten und Rechten, was zum Reiche Gottes und des Menschen gehört; halte fest das Vertrauen, das du hast zu dem Sinn deines Lebens, zu deinem Werk, zu deinem Auftrag, zu dem Ruf, den du vernommen, zu dem Stern, den du gesehen, zu dem Licht, das dir aufgeleuchtet. Laß dir auch von Luther, der in Sachen des *Glaubens* (in *diesem* Sinne) immer groß ist, zurufen: «Du mußt ohne alles Wanken und Zweifeln Gottes Willen über dich ins Auge fassen und fest glauben, daß er auch mit dir große Dinge tun will. Solch Glaube ist lebendig; der dringt durch und ändert den ganzen Menschen.» Dieses Vertrauen ist dir anvertraut, hüte es mit der letzten Kraft deines Herzens; es ist dein kostbarstes Gut, dein Hort. Und wenn alles noch so unglaublich erscheint, alles noch so dunkel, so aussichtslos, durch Schicksal und Schuld verloren, und wenn das Vertrauen noch so sehr ins Unbekannte weist, in die Wüste hinein, ins Weglose – halte es fest. Groß ist die Verheißung, die es hat. Ja – Wunder der Wunder – sie wächst sogar mit deinem Vertrauen. Nicht den Zweifelnden, Verzagenden, ewig Schwankenden, den Glaubenden gehört die Welt, die haben die Verheißung.

«Über ein Kleines nur, ein ganz Kleines», sagt die Schrift, «so wird Er kommen, der da kommen soll, und nicht zögern.» Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht auf den ganzen gewaltigen Sinn dieses Wortes eingehen, sondern bloß einen Strahl aus seinem Lichte zu fassen suchen. Soll damit für uns gesagt sein, daß der *Erfolg* (wir wollen einmal dieses Wort brauchen) unseres Glaubens und Aushaltens, *objektiv* verstanden, rasch eintrete? Wir können darauf mit Ja antworten, wenn wir unter «rasch» die Gotteszeit verstehen und nicht die Menschenzeit, die Zeit des starken, seiner selbst sicheren Gotteswillens und nicht die Zeit des schwachen, bangen Menschenherzens, die Zeit der Gottesuhr und nicht die Zeit der Menschenuhr; wenn wir, anders gesagt, daran denken, wie *überraschend* oft Sieg und Wendung kommen, wie kurz nach überstandenem Harren dieses oft erscheint, wie nichtig die Zeit des Widerstandes nach dem Siege aussieht. Ja, das ist

so! Aber wir dürfen es, und es kommt im Grunde auf das gleiche hinaus, auch *subjektiv* verstehen: Sobald wir uns vor und in Gott gefaßt haben, ist auch der Sieg da – *im Glauben*. Wir sind seiner gewiß. Ob er nun äußerlich schneller oder langsamer komme, ist nicht so wichtig. Es gibt nun einmal Zeitalter und Generationen, welche Vorläufercharakter tragen, welche Vorbereitungsarbeit tun müssen und die äußere Erfüllung nicht schauen dürfen. Vielleicht gehören wir auch dazu. Auch in unserem individuellen Leben mag die Verheißung, zum Teil wenigstens, diesen Sinn haben. Sie mag auch über dieses irdische Leben hinausweisen. Aber da ist nun wichtig, daß wir die Verheißung in diesem Sinne erfassen. Wir müssen uns von der Rücksicht auf den rascheren oder langsameren äußeren Erfolg unabhängig machen. Vielleicht, daß wir auch durch ein scheinbar völliges Erliegen müssen. Das darf uns nicht beirren. Wir sind des Endsieges doch gewiß. Und wir dürfen darin auch die *Freude* des Sieges genießen. Ja, es mag sein – und das ist ja auch ein Wunder –, daß die Freude der Glaubenden und Harrenden, vorläufig Erliegenden sogar größer ist als die Freude derer, die den Tag des äußeren Sieges schauen dürfen. Das wird *Jubel* sein, aber die Freude der andern ist – *Seligkeit!* «Selig sind die Armen; selig sind die Leidtragenden; selig sind die Unterliegenden; selig sind die Hungernden und Dürstenden; selig sind die Verfolgten – denn *ihrer* ist das Himmelreich!» Sobald wir unsere Seele im Vertrauen und in der Geduld des Vertrauens gefaßt haben, ertönt, auch in *diesem* Sinne, das Wort: «Siehe, Er kommt, siehe, Er ist schon da!» Aus der Ewigkeit her tönt es und in die Ewigkeit hinein leuchtet es, über Zeit und Raum und Erde hinaus von Gott zu Gott.

Und so langen wir bei den andern wunderbaren Teilen dieses Wortes an: «Geduld ist euch vonnöten, damit ihr den Willen Gottes tun und die Verheißung davontragen könnt . . . Mein Gerechter wird aus Glauben leben, und wenn er furchtsam zurückweicht, so hat meine Seele kein Wohlgefallen an ihm.» Wir aber wollen nicht Menschen des feigen Zurückweichens sein, das im Untergang endigt, sondern Menschen des Glaubens, in welchem wir unsere Seele gewinnen. Worte von gewaltigster und herrlichster Bedeutung, Worte voll tiefster Seelenkunde und stärkster Seelenführung. Wir haben *Geduld* nötig, wenn wir den Willen Gottes tun und die Verheißung davontragen wollen, Geduld oder, wie es im Urtexte heißt: Ausharren, untendurch gehendes Verharren, Aushalten, das die Last auf sich nimmt: Gefaßtsein – das ist wohl das beste Wort. Wenn wir die Fassung verlieren, wenn wir anfangen zu zagen, zu zweifeln, zu klagen, zu rebellieren, dann können wir den Willen Gottes, der in einem bestimmten Augenblick und in einer bestimmten Lage waltet und wartet, weder erkennen noch tun. Wir sind dafür dann zu unruhig, wir verstehen den Sinn der Stunde und Lage nicht zu erfassen. Wir zappeln hin und her, lassen

uns fahren und fallen oder stellen verkehrte Dinge an, sei's in bezug auf die Sache des Guten und Rechten, die Sache Gottes, sei's in bezug auf unsere persönliche Existenz und Aufgabe. Damit geraten wir in den «Untergang», den Verlust der Verheißung. Dann ruht auch kein Wohlgefallen Gottes auf uns, wir sind trostlos. Aber wenn wir uns im Glauben fassen, dann ruht auf uns die Freude Gottes an uns! «Mein Gerechter wird aus dem Glauben *leben.*» Welch eine gewaltige Wahrheit und Verheißung! Wir *«gewinnen unsere Seele»*. Welch wunderbares Wort! Ja, wenn wir zagen, klagen, verzweifeln, dann verlieren wir unsere Seele. Wir kommen, indem wir von Gott abkommen, auch von uns selbst ab. Wir sind nicht mehr bei uns selbst, und bei Gott, in seiner Überlegenheit und Ruhe, sondern in der Unrast und Verwirrung der endlichen Dinge und unseres umgetriebenen Herzens. Aber wenn wir uns in der Geduld des Glaubens fassen, gewinnen wir unsere Seele. Wir kommen, indem wir zu Gott kommen, zu uns selbst. Wir werden ruhig, stark und froh.

Darum, liebe Freunde, weil das alles so ist, so ist Rat für uns alle: Für Gottes Sache in der Welt und für deine Sache (die freilich mit Gottes Sache in Verbindung stehen muß) *hast* du Vertrauen. Wirf es nicht weg! *Leonhard Ragaz* (1933)

Eine entscheidende Probe

Pfarrer Henri Roser in Paris hat uns seine Mitarbeit versprochen. Die Leser werden mit uns darüber beglückt sein, daß dieser tiefgläubige Christ mithelfen wird, daß die Sache der «Neuen Wege» unerschüttert auf das eine Ziel ausgerichtet bleibe. Er schreibt uns: «Gott gebe uns Licht in allen diesen Dingen! Wie müssen wir uns doch an die verheißungsvolle Botschaft halten, die uns in früheren Zeiten um unsern verehrten Professor Ragaz vereinte: das ist es, diese Verkündigung und Vision des Reiches, worin unsere Hoffnung und schon unsere Freude begründet ist. Darin liegt die Kraft unseres Zeugnisses und in gewissem Maße die Wirksamkeit einer Verkörperung des Ewigen in der Welt.»

Der folgende Artikel aus der November-Nummer 1956 der Hefte des Versöhnungsbundes erhielt die volle Zustimmung unserer holländischen Freunde K. Strijd und Hannes de Graaf und erschien auch im dänischen Bulletin des Versöhnungsbundes. *Die Redaktion.*

*

Einverstanden, wir hatten diese Probe nicht nötig, wir, die wir die Gewalt ablehnen. Aber es gibt Menschen, die sie billigen, und es ist nicht überflüssig, für sie hervorzuheben, was dieses Ereignis wieder deutlich zeigt. Sie sind gewiß aufrichtig. Sie glauben wirklich, daß es

gegen die Gewalt kein anderes Mittel gebe als wieder Gewalt. Sie glauben, daß die Anwendung der Waffen für gewisse Zwecke erlaubt sei. Sie wollen es ohne Haß tun, wenn es ihnen auch nicht möglich ist, es mit Liebe zu tun. Sie sind überzeugt, daß ihr Vorgehen sich mit der Gerechtigkeit vereinbaren läßt, um ihr zu dienen. Einige von ihnen wissen wohl aus der Bibel, daß «der Zorn des Menschen die Gerechtigkeit Gottes nicht erfüllt», aber sie reden sich ein, daß sie vom Zorn weder getrieben sind noch sein werden. Am Anfang stimmt das sicher. Und darum sind sie, wenn auch wider Willen, für die Gewalt und schon für deren Vorbereitung.

Wenn sie sich einmal auf diesen Weg begeben haben, oder eher: wenn sie sich nicht davon befreit haben, gehen sie sehr weit in ihren Zugeständnissen, da sie ja sogar mit einem Atomkrieg oder bakteriologischen Krieg rechnen. Sie fühlen sich zwar innerlich beunruhigt von der Ungeheuerlichkeit dieser Todeswerkzeuge, aber auch weil sie moralisch einwilligen, diese Waffen zu verwenden, werden sie manchmal schwankend in ihren Gefühlen. Aber dann beruhigen sie sich wieder.

An sie denke ich und nicht an jene, welche an die Härte glauben, jene Verzweifelten, welche davon überzeugt sind, daß die Welt nicht von der Macht des Geistes und der Sanftmut durchdrungen werden könne.

Die andern also wollen Gerechtigkeit und Freiheit verteidigen, wie sie sagen. Seit etwa zehn Jahren bereiten sie sich vor. Sie haben Europa verdorben, indem sie es unter dem Zeichen der Aufrüstung bauen wollten; sie haben eine NATO fabriziert, für die sie Deutschland aufrüsteten und seine Dämonen neu entfesselten. All dies war in ihren Augen Vorbereitung des Friedens und gleichzeitig Festigung der Freiheit. Denn man war doch die freie Welt.

Jene, die nicht dazugehörten, bedauerte und ermutigte man. Für sie wurde das Radio beredt. Zuerst das amerikanische Radio von Nürnberg, dann «Freies Europa» – trotz allem ein wenig amerikanisch in diesem Süden Deutschlands, das besetzt bleibt – versicherten tagtäglich, daß man einmal vom freien Westen kommen werde, um hinter dem Eisernen Vorhang Ordnung zu schaffen. Man verkündete es sogar in ungarischer Sprache. Ich erinnere mich gut an jenen Freund in Budapest, welcher, obwohl der damaligen Regierung feindlich gesinnt, mich 1951 inständig bat, nach meiner Rückkehr in den Westen alles zu tun, um diese aufrührerischen Stimmen zum Schweigen zu bringen, die in Ungarn nur Verwirrung stifteten, die Hörer von der für ihr Land so nötigen Aufbauarbeit abhielten und die Polizei zu größerer Wachsamkeit und Brutalität aufstachelten.

Kurz, man wollte dem Frieden dienen, indem man den Krieg vorbereitete, das heißt, man gab sich noch einmal falschen Hoffnungen hin, und in Wirklichkeit bereitete man sich mit Leib und Seele auf den Krieg vor.

Die Gelegenheit kam. Das ungarische Volk versuchte mehr Freiheit zu bekommen. Es hatte schon etwas an Boden gewonnen. Das Unglück wollte es, daß viele es an Vorsicht und Weisheit fehlen ließen, vor allem das berüchtigte Radio. Anderseits kam Kardinal Mindszenty zu rasch aus seiner Gefangenschaft, ohne etwas gelernt zu haben. Immer noch, wie seit tausend Jahren, gilt für ihn, daß der Primas von Ungarn das Recht habe, die politische Leitung des Landes zu überwachen. In einer so bewegten Zeit hätte er das mit mehr Zurückhaltung vertreten sollen. Er tat es nicht.

*

Aber all dies gehört zur zweiten Phase. Am Anfang blieb die Freiheit rein, so daß die russische Intervention wirklich die Kundgebung eines Despotismus war, der nicht verzichten wollte. Natürlich, man begründete sie mit der Verteidigung des Sozialismus, der Ablehnung eines neuen faschistischen Totalitarismus. Man hätte auch von der Notwendigkeit eines schützenden Glacis gegen den gefährlichen Westen sprechen können. Zwecke, um die Mittel zu heiligen, wodurch aber die Mittel nicht reiner werden. Es war einfach abscheulich und kann durch nichts gerechtfertigt werden.

Aber nicht alle, die sich empörten und aufregten, waren dazu berechtigt. Hier hat man nichts gesagt, als Guatemala von den USA zugunsten der United Fruit Co. in die Knie gezwungen wurde. Dort hat man das Eingreifen im Suezkanal gerechtfertigt, indem man die Soldaten der beiden angreifenden Mächte als Verteidiger des internationalen Rechtes, das von der UNO preisgegeben sei, hinstellte. Und Algerien! Und überall behält man sich vor, zur *ultima ratio* zu greifen, welche nicht mehr eine Kanone ist wie zur Zeit der Könige, sondern eine Atombombe.

*

Die dunkeln Novembertage beweisen unbestreitbar: Der Krieg rettet nichts, denn entweder schlägt man eines Tages los und zertrümmert alles, oder man verzichtet darauf und verleugnet dadurch, was man zu glauben meinte.

Man muß den Krieg verwerfen, und von ihm befreit, muß man endlich die wahre Kraft suchen, die aus dem Geiste ist. Wo ist sie? Wo ist die Macht? Was hat wirklich die Herrschaft, oder wer verfügt über die treibende Kraft, um Neues zu schaffen, das heißt von der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit, von der Angst zur Abgeklärtheit, von der Lüge zur Wahrheit, von der Gewalt und dem Haß zur Liebe zu führen? Wir wissen es wohl, wenn es sich um unser persönliches Leben handelt: «Ohne mich könnt ihr nichts tun», sagt Christus. Aber im öffentlichen Leben ist es dasselbe, selbst wenn es schwieriger zu durchschauen ist oder länger geht, bis man es feststellt. *Hier* muß der Glaube einsetzen.

Henri Roser

Kommt die Katastrophe?

Wer heute im Westen vom Kampf um den Frieden spricht, kommt in den Verdacht, das Selbsterhaltungsstreben der westlichen Völker unterminieren zu wollen. Wer nicht in der Aufrüstung bis aufs äußerste das Heil sieht, wird im besten Falle nicht ernstgenommen oder, was wahrscheinlich ist, der Fünften Kolonne zugezählt. Pazifistische Vereinigungen auf nationalem und internationalem Boden sind zur Zielscheibe schärfster Angriffe von seiten all jener Kreise geworden, die auf das herkömmliche «si vis pacem, para bellum» schwören.

Wer nicht den Kampf um den Frieden zurückstellt, solange noch irgendwo Freiheit unterdrückt wird, gilt als unrealistisch und weltfremd. Die Bemühungen, den Ausbruch offenen Krieges zu verhindern – die übrigens nur eine Seite des pazifistischen Kampfes darstellen –, werden als eine bloße Illusion bezeichnet. Müssen wir daraus nicht den Schluß ziehen, daß, solange nicht in Rußland wie in Südafrika, in Spanien wie in Ungarn jede Unterdrückung aufhört, der Kampf um den Frieden oder, bescheidener ausgedrückt, die Verhinderung offenen Kriegsausbruchs aussichtslos ist? Das würde heißen, daß der Schweizerische Bundesrat, der am 6. November 1956 ein Telegramm an die Regierungen von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Indien und der Sowjetunion richtete, in der gleichen verhängnisvollen Illusion befangen war. Er erließ damals einen Alarmruf, der von den meisten Friedensfreunden begrüßt wurde. «Die Gefahr eines dritten Weltkrieges mit allen seinen tragischen Folgen lastet auf der Menschheit . . . Der Friede kann und muß aber noch gerettet werden.» Es ist anzunehmen, daß unser Bundesrat einen Unterschied macht zwischen Friede und Waffenruhe, er hat wohl mit seinem Appell ganz realistisch die Katastrophe, das Gleiten in den Abgrund verhindern wollen. Ist uns nicht immer wieder gesagt worden, die europäischen Völker seien 1914 eigentlich, ohne es zu wollen und sicher ohne zu wissen, was ihnen bevorstand, in den Ersten Weltkrieg hinein«geschlittert»? Nun sind wir uns allerdings der Gefahr, in der wir schweben, bewußt. Es findet sich heute niemand mehr, der in naivem Vertrauen auf den «Fortschritt» einen Weltkrieg für undenkbar halten würde, wie dies noch 1914 in weiten Kreisen der Fall war.

Der heute kursierende Vergleich mit den beiden Riesen, die sich gegenseitig in Schach halten, und der Hinweis auf das Gleichgewicht der Kräfte usw. wird mit Recht abgelehnt. In einem so prekären Gleichgewicht vermögen Menschen unserer Zeit keine Sicherung des Friedens zu sehen. Keine der beiden Mächtegruppen kann übrigens feststellen, was noch an Geheimwaffen konstruiert wird. Wir wissen nur, daß die Vorbereitungen für Zerstörung und Vergeltung sich ins Ungemessene steigern und daß die Angst mit jeder neuen Errungen-

schaft der Kriegstechnik zunimmt. Wenn man uns angesichts des kommenden Unheils erklärt, solange auf der Welt Unterdrückung und Schändung der Menschenwürde vorkommen, sei der Kampf gegen den Krieg, also auch gegen den Krieg, der heute droht, aussichtslos, so ist unserer Welt das Todesurteil gesprochen. Denn Unfreiheit und Unterdrückung sind um uns und unter uns. Weder Völker noch Regierungen noch Kirchen können von der Anklage freigesprochen werden, sie geduldet zu haben. Als Bürger einer offiziell «christlichen» Nation haben wir noch weniger Recht, den ersten Stein zu werfen. Uns Glieder einer christlichen Kirche muß der Gedanke schwer bedrücken, daß zu den blutigsten Kriegen, die im Laufe der Jahrhunderte geführt wurden, jene Kriege gehörten, die im Namen des Christentums, der Kirche oder des reinen Bekenntnisses ausgefochten wurden. Und wenn wir uns erinnern, daß es noch heute christliche Kirchen aller Bekenntnisse gibt – man denke an Spanien, Südafrika, Rußland und viele Länder mehr –, die sich offen zur Unterdrückung bekennen, dann werden wir nicht geneigt sein, auszurufen wie der Mann im Tempel: «O Gott, ich danke dir, daß ich nicht bin wie die übrigen Menschen.» Es steht wirklich keinem Menschen zu, die Verantwortung für kommendes Unheil irgendeinem Volk aufzuerlegen. Keine Zeit der Geschichte kannte die Freiheit der Civitas Dei oder war gefeit vor Unterdrückung. Wir sind allzumal Sünder, und wenn die Katastrophe kommt, so wird es nicht an uns sein, die Gerechten von den Ungerechten zu scheiden.

Um es in der Alltagssprache auszudrücken: Wir sind alle im selben Boot. Wir, als Schicksalsgemeinschaft von Christen und Heiden und Gottlosen, werden mit unseren schwachen Kräften einen Weg suchen müssen, uns vor dem Verderben zu retten. Ein erstes Hindernis ist dies: Wir bewegen uns noch immer in den Gedankengängen früherer Generationen. Wenn man die politischen Ereignisse und die Äußerungen führender Politiker Tag für Tag verfolgt, fragt man sich immer wieder, ob diesen Leuten bewußt ist, wie sehr sich die Welt, in der wir leben, innerhalb einer Generation verändert hat. Technik und Verkehr haben die Welt faktisch zu einem untrennbaren Wirtschaftsorganismus zusammengeschweißt. Auf der politischen Ebene aber sehen wir uns einer Vielzahl von unabhängigen Staaten gegenüber. Nicht allein im erwachenden Asien und Afrika, auch bei den Völkern im alternden Europa wird man feststellen, daß der Ruf nach Freiheit, nach nationaler Unabhängigkeit – das Recht auf militärische Machtmittel mit eingeschlossen – immer noch das stärkste Echo weckt. Dabei geht gerade auf militärischem Gebiet die Entwicklung in einem erschreckenden Tempo vor sich. Die Waffen eines Landes werden von neuentwickelten Modellen eines anderen Staates übertroffen, das heißt sie gehören zum alten Eisen, noch bevor sie richtig ausprobiert sind.

Es ist schon so, daß künftig kein Land, vor allem kein Kleinstaat,

hoffen darf, mit militärischen Mitteln sein Gebiet verteidigen zu können. Wenn Professor Blackett, der bekannte englische Physiker und Nobelpreisträger, in seinem neuen Buch «Atomwaffen und West-/Ost-Beziehungen» (S. 48) annimmt, daß «fünf bis zehn Wasserstoffbomben genügen würden, um England mindestens vorübergehend aus einem Kriege auszuschalten, wie gut auch immer sein Zivilschutz und die Moral der Bevölkerung sein möchten», so sollte diese Überlegung genügen, um die herkömmlichen Ideen über Verteidigung als Illusionen erkennen zu lassen. Was an Stelle der Verteidigung getreten ist, die Abschreckungsstrategie, das heißt die Drohung atomischer Zerstörung, erlaubt allein den beiden Großmächten, den USA und der Sowjetunion noch eine gewisse Bewegungsfreiheit.

Hat es bei dieser Sachlage noch einen Sinn, von nationaler Unabhängigkeit und Sicherheit zu reden? Leute, die an erster Stelle berufen sind, sich dazu zu äußern, weil sie mit allen Aspekten der wissenschaftlichen Entwicklung und ihrer tiefen Wirkung auf die Beziehungen der Völker vertraut sind – die Atomphysiker also –, weisen darauf hin (Januar 1957 – Nummer des amerikanischen «Bulletin of the Atomic Scientists»), daß der Kampf um persönliche Freiheit oder um ihre Erhaltung nur dann noch einen Sinn habe, wenn sie mit der Zusammenfassung aller Staaten in einer organischen Einheit, einem Staatenbund also, Hand in Hand gehe. Die Angehörigen dieses Staatenbundes müßten unter allen Umständen ein Recht – bisher das Kennzeichen staatlicher Selbständigkeit –, das Recht, Krieg zu führen, an die Bundesregierung abtreten. Was für Recht und Freiheit gilt, ist auch Voraussetzung für die Abrüstung, die Erkenntnis nämlich, daß uns die Wissenschaft der Zerstörung, ob wir es wollen oder nicht, zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschmiedet hat. Es folgt daraus, daß heute keine Regierung mehr ausschließlich ihrem Volk dienen darf, sondern daß heute jede Regierung in allem, was sie unternimmt, der Menschheit als Ganzem verantwortlich ist.

Was nun, wenn die Interessen einer Mehrheit der Völker den nationalen Wünschen eines Volkes oder einer Gruppe von Völkern zuwiderlaufen? Dies ist die Zerreißprobe für unsere Verantwortungsbereitschaft dem Weltgemeinwohl gegenüber, und bisher hat noch kein Volk diese Probe bestanden. Mit Recht betonen die Wissenschafter, daß hier angesetzt werden muß, wenn eine Bresche in den Teufelskreis des Abrüstungsproblems geschlagen werden soll. Wenn man, um ein aktuelles Beispiel zu nehmen, von Ägypten verlangt, daß es allen Ländern freie Durchfahrt gewähre als Verpflichtung den Menschheitsinteressen gegenüber, so ergibt sich eine gleichlautende Verpflichtung für die anderen großen Wasserstraßen: für den Panamakanal, für die Dardanellen usw. Wie es der Redaktor des «Bulletin of the Atomic Scientists», Eugene Rabinowitch, als Mahnung an seine

Regierung formuliert: «Welches ist der Weg, die Menschheit in eine moralisch-organische Gemeinschaft zusammenzufassen? Wir müssen uns entschließen und vor aller Welt verpflichten, unsere nationalen Interessen den Bedürfnissen der Menschheit unterzuordnen.» Ein anderes Beispiel: Die Wissenschaft erklärt heute, nicht genau angeben zu können, wo die Gefährdungsschwelle der Radioaktivität für den Menschen liege. Die Interessen der ganzen Menschheit verlangen aber, daß keine Staaten oder Staatengruppen Nuklearexperimente fortsetzen, die die Menschheit unheilbar schädigen können. Es scheint, als ob auf diesem Gebiet die Erkenntnis der Verantwortung wachse. Mindestens ist die Öffentlichkeit neuerdings gewarnt worden (Adlai Stevenson, «NZZ», 9. Februar, Nr. 366). Nur der Protest der Völker ist imstande, eine Wendung, wie sie skizziert wurde, in die Wege zu leiten.

Man soll nicht mehr von künftigen Kriegen sprechen. Die einzige Hoffnung für die Menschheit liegt darin, die apokalyptische Katastrophe, die sich auf ihrem Weg auftürmt, nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Nicht daß damit unsere Erde schon zum Paradies würde. Aber Furcht vor dem Krieg ist, auch heute, eine Triebkraft, die «fortzeugend Böses muß gebären». Würden wir davon befreit, so dürften die Beziehungen der Völker weitgehend entgiftet und der Weg für ein höheres Maß nationaler und individueller Freiheit bereitet werden.

P. Furrer

Gewaltlosigkeit in Sizilien

Danilo Dolci, ein Architekt aus Oberitalien, ist nach Sizilien gezogen, um mit allen seinen Kräften und Gaben dort den Ärmsten zu dienen. Wir werden ein andermal von seiner Arbeit in Trapetto, Partinico, Balestrate berichten, um heute nur den geistigen Boden aufzuzeigen, auf dem er steht. Er gehört keiner politischen Partei an und auch keiner Kirche, aber er hat einen tiefen Glauben an Gott. Er wiederholt oft: «Ich werde keiner Polizei und keiner Behörde gehorchen, wenn ihre Befehle sich gegen das Gesetz Gottes richten.» Für ihn bedeutet Teilnahme am sozialen Leben die Schmerzen und Hoffnungen der Armen und Verzweifelten teilen, ihr unüberwindbares Elend auf sich nehmen, es teilen, nicht im Sinne einer Kasteiung, sondern um zu einem bessern Verständnis zu gelangen und durch die Erkenntnis der Wahrheit das öffentliche Gewissen aufzurütteln, damit eine Verbindung der Menschen, die guten Willens sind, eine Kraft schaffe, die fähig ist, das Böse auszuschalten.

Eine wirksame Bekämpfung des Elendes ist nur möglich, wenn man seinen Ursachen auf den Grund geht. Dolci hat daher die Lebens-

bedingungen der Bevölkerung und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung gründlich untersucht. Viel Hunger könnte in Sizilien gestillt werden, wenn die Wasserverteilung besser wäre, und so hat Dolci in langen Arbeiten zusammen mit Technikern der Präfektur von Palermo Pläne gemacht für ein großes Bewässerungsprojekt für die ganze Gegend südwestlich von Palermo. Um das Projekt schneller zu verwirklichen, bereitete er auch einen Plan auf kleinerer Basis vor, der vor allem den Bau von Dämmen vorsah, welche die Wasser des Flusses Jato in die benachbarten Felder abgeleitet hätte. Er hat sich damit in unzähligen Schreiben an die Behörden von Palermo und Rom gewendet, aber alle Anstrengungen führten zu keinem Ziel.

Eine andere Ursache des Hungers, gegen den Dolci unaufhörlich ankämpfte, ist der gesetzwidrige Fischfang der Barone, welche durch die Anwendung von Granaten viele Fische nutzlos umbringen und die Netze mit zu feinen Maschen verwenden. Die Netze der Fischer müssen vorschriftsgemäß großmaschig sein (sie werden behördlich geprüft), und so ist es ihnen unmöglich, mit den Baronen zu konkurrieren. Das bringt sie um ihr einziges Einkommen.

Nachdem Dolci vergeblich versucht hatte, die verantwortlichen Behörden zu veranlassen, im Kampf gegen das Elend der Bevölkerung etwas zu unternehmen, beschloß er, als Protest während acht Tagen keine Nahrung zu sich zu nehmen. Nach und nach schlossen sich seinem Fasten vierzig Menschen an. Dies war ein großes Erlebnis. «Nie habe ich mehr Solidarität, mehr Einigkeit unter dem Volk gesehen, nie eine bessere und schönere Menschlichkeit», sagte Dolci. Er hatte die Bedeutung des Fastens zuvor nicht erklärt, aber die einfach und in der Stille vollzogene Tat bewirkte, daß sich diese leidende Menschheit zum erstenmal ihrer selbst bewußt wurde, sich einig, solidarisch und damit stark fühlte. Zum erstenmal war sie sich ihres Zustandes bewußt und ihrer Macht, die Angst und ihr Gefühl der Einsamkeit zu überwinden.

Zu Beginn des vergangenen Jahres begann Dolci einen gewaltlosen Kampf für die Arbeitslosen der Provinz Palermo. Zuerst schickte er den Bürgern der Gegend mehrere Aufrufe:

«Die ‚Banditen' von Partinico wollen italienische Bürger werden, sie wollen eine wirklich zivilisierte Gesellschaft!

Am Montag werden wir fasten, still zusammen beten, Männer und Frauen, junge und solche, die nicht mehr jung sind, Menschen aller Parteien, Menschen aller Überzeugungen . . .

Ich fordere alle Menschen auf, die fühlen, daß sie eine öffentliche Verantwortung haben, einen Tag zu fasten, damit sie sich daran erinnern, falls sie es vergessen hätten, was es bedeutet, nicht zu essen, wie es allzuoft bei Millionen unserer Brüder, Kinder und Greise Italiens vorkommt.

Ich bin überzeugt von der Notwendigkeit und Möglichkeit, die

Lage der Gegend, die eine der schmerzlichsten Italiens ist, zu ändern.

Ich bin auch überzeugt, daß die Schwierigkeiten von Mensch zu Mensch ohne Zuhilfenahme brutaler Gewalttätigkeit gelöst werden können.

Ich werde jedes Jahr während acht Tagen fasten aus Solidarität mit jenen, die Hunger haben, bis es genug Schulen in der Gegend gibt, um alle Kinder aufzunehmen und auch die Erwachsenen, bis die Arbeitslosen Arbeit haben, bis es eine Hilfe für Invalide gibt und für die Familien, deren Männer im Gefängnis sind. Um die Verwirklichung dieser Forderungen zu erleichtern, schlage ich den Bau eines Dammes für den Jato vor, welcher allen Arbeit gäbe zum Wohle aller.»

Dolci und die Arbeitslosen von Partinico wandten sich auch an den Präsidenten der Republik, an Senat und Abgeordnetenkammer und an verschiedene Instanzen der Insel und erklärten ihnen den Sinn ihres Vorgehens.

«... In Partinico allein sind wir auf 25 000 Einwohner 7000, die während sechs Monaten arbeitslos sind. 7000 Kinder und junge Leute sind unterernährt. Wir wollen nicht Gesetzlose sein, wir wollen uns nicht als ‚Banditen' organisieren, wir wollen ganz am Leben des Bürgers teilhaben, wir wollen das Wohl aller, und niemand soll uns sagen, das sei ein Verbrechen ...

Wir bitten die Behörden, mit uns zu arbeiten, indem sie uns Arbeiten anweisen, die wir tun können. Sonst werden wir, von Technikern unterstützt, einige der dringlichsten beginnen. Damit unser Handeln allen klar ist, werden wir Montag, den 30. Januar, fasten, und Donnerstag, den 2. Februar, werden wir die Arbeit beginnen.»

Am 30. Februar 1956 fasteten 1000 Menschen; sie gingen in schweigendem Marsch des Hungers in der Richtung gegen das Meer, ohne Stöcke oder Waffen irgendwelcher Art. Etwa 200 Polizisten versperrten ihnen die Straßen und hinderten sie, an den Strand zu gelangen, wo der Treffpunkt war.

Der 2. Februar kam – aber keine Mitteilung über zu verrichtende Arbeiten. So begannen Dolci und seine Gefährten das Gegenteil eines Streiks: 300 Männer, einer hinter dem andern, gingen sie auf die Suche nach Arbeit. Auf der Straße, die um die Stadt herum führt, hielten sie an und begannen sie mit ihren armseligen Werkzeugen zu flicken. Sie wurden daran durch 5000 bewaffnete Polizisten verhindert, und Dolci, mit einigen seiner Kameraden, wurde festgenommen und nach Palermo ins Gefängnis gebracht. Anläßlich seines Prozesses erzählt Dolci die Szene:

«Wir hatten kaum zu arbeiten begonnen, als ein Polizeileutnant kam und mir befahl, aufzuhören. Zuerst weigerte ich mich, weil für mich Arbeiten kein Verbrechen ist, weil der Hungrige arbeiten muß, weil wir seit so vielen Jahren nichts bekommen haben als Versprechen, die nicht gehalten wurden. Ich ging also weg, kam aber bald wieder

zurück. Da beschuldigte mich ein Polizeikommissar, ich sei ein Aufwiegler. Ich sagte zu ihm: ‚Ich will, daß das Gesetz respektiert wird. Wer Menschen am Arbeiten hindert, ist ein Mörder.'

Man nahm mich fest. Ich setzte mich auf den Boden, und vier Polizisten mußten mich aufheben und zu ihrem Wagen schleppen. Ich bin 1 m 82 cm groß und 95 Kilo schwer: wenn ich hätte Widerstand leisten wollen, wäre es mir gelungen. Aber ich habe von jeder Gewalthandlung abgesehen. Ich hatte mir vorgenommen, mich wie die Inder zu benehmen, und ich habe mich daran gehalten.»

Er wurde zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt, die ihm bedingt erlassen wurden.

Um die Weihnachtszeit 1956 führte Dolci wieder ein längeres Fasten durch, diesmal vor allem unter Beteiligung der Bevölkerung von Palermo. Die bürgerliche Presse Italiens hat, im Gegensatz zu früher, fast ganz darüber geschwiegen. Es wurden auch einzelne Stimmen laut, welche die ganze Tat Dolcis ins Lächerliche ziehen wollten mit dem Hinweis auf den großen Unterschied zwischen ihm und Gandhi. Als ob der Unterschied zwischen jedem christlichen Verkünder des Wortes und Christus nicht noch viel größer wäre.

Wir denken, daß alle tätige und initiative Arbeit von Einzelnen und Gruppen für eine Neugestaltung des Gemeinschaftslebens wichtig ist und daß wir das Schaffen dieser Menschen dankbar unterstützen sollen. *B. Wicke*

WELTRUNDSCHAU

Was wird aus Ungarn! Die inneren Auseinandersetzungen im Kreis der «Neuen Wege», die unsere Leser kennen, haben bewirkt, daß zwischen unserer letzten Weltrundschau und der vorliegenden ein Zeitraum von einem vollen Vierteljahr liegt. Es ist dem Schreibenden darum ganz unmöglich, die weltpolitischen Entwicklungen, die sich in diesen drei Monaten abgezeichnet haben, in der gewohnten (verhältnismäßigen!) Ausführlichkeit zu beleuchten; er muß sich darauf beschränken, sie in großer Knappheit zusammenzufassen und ihren Sinn zu deuten, so gut ihm das gelingen mag.

Beginnen wir mit *Ungarn*, das uns das letztemal vor allem anderen beschäftigt und recht eigentlich aufgewühlt hat. Was seither in dem unglücklichen Land geschehen ist, kann uns nur in der Überzeugung

bestärken, daß die Sowjetunion mit ihrem militärischen Eingreifen schweres Unrecht und einen verhängnisvollen Fehler begangen hat – vielleicht den verhängnisvollsten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wohl ist der Volksaufstand niedergeschlagen und die «Ordnung» wiederhergestellt worden, aber das Problem Ungarn ist dadurch mit nichten gelöst, vielmehr nur noch weiter verwickelt und noch schwerer lösbar gemacht worden. Denn was jetzt in Ungarn herrscht, das ist ganz einfach politischer Terror, der sich völlig auf das sowjetische Militär stützen muß. Die Regierung Kadar unterdrückt mit härtester Gewalt alle oppositionellen Kräfte und Bewegungen: unter den Arbeitern, bei den Bauern, in der Studentenschaft, bei den Intellektuellen (das Schicksal des nach Rumänien verschleppten Georg Lukacs, des bedeutenden Literatur- und Gesellschaftskritikers, gibt zu besonderer Beunruhigung Anlaß); sie hat auch den bereits als abgeschafft betrachteten obligatorischen Russischunterricht wieder eingeführt, obwohl der Haß gegen alles Russische in der Bevölkerung heute zehnmal größer ist als vor dem Aufstand – kurz, sie scheint es geradezu darauf abgesehen zu haben, aufs neue eben die Leidenschaften zu wecken, die zu der Oktober-/November-Revolution geführt haben: den wilden Haß gegen das kommunistische Gewaltsystem und gegen die sowjetische Fremdherrschaft.

Das alles, so wenden die Verteidiger des Regimes Kadar freilich ein, sei eben eine harte, tragische Notwendigkeit, wenn die Gegenrevolution endgültig gebrochen und der Sozialismus gerettet werden solle. Aber ein Regime, das s o l c h e Mittel gebrauchen muß, um sich zu behaupten, verurteilt sich damit selbst. Man versteht gewiß die Furcht vor einer Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, deren Sicherung das Ziel des Horthy-Faschismus gewesen war (Horthy selbst ist ja erst kürzlich hochbetagt im portugiesischen Exil gestorben); das würde bedeuten, daß von den 15 Millionen Hektaren ungarischen Grund und Boden wieder fünf Millionen der katholischen Kirche und weitere fünf Millionen den Feudalherren und Kapitalisten zufallen würden, daß aufs neue ein nach Millionen zählendes Landproletariat entstünde und die sozialisierten Bergwerke und Industriebetriebe den alten Privatbesitzern ausgeliefert würden, während die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespiesen würden, daß die Volksbildung auf ihren früheren Tiefstand zurücksinken würde und eine ausbeuterische Oberschicht allein über die Geschicke des Landes zu bestimmen hätte. Man versteht, so sagten wir, die Furcht, dieses ganze verhaßte Regime könnte wiederkehren und die revolutionären Errungenschaften der Jahre nach 1945 zunichte machen.

Aber alles, was seit den Oktober-/November-Ereignissen ans Licht gekommen ist, spricht dafür, daß von einer wirklichen Gefahr, die Gegenrevolution und die faschistische Reaktion könnten siegen, keine

Rede war und ist.* Die neue wirtschaftlich-soziale Ordnung ist derart fest begründet und wird von ihren Nutznießern, besonders den Bauern, Arbeitern und Studenten, so entschlossen verteidigt, daß ihr Umsturz (im gegenrevolutionären Sinn) nie ernstlich in Frage stand und auch heute nicht droht. Das bestätigt auch John O'Kearney in der Neuyorker «Nation» (2. Februar) auf Grund von Aussagen ungarischer Flüchtlinge in Wien, die gegen die tendenziösen Berichte der amerikanischen Presse über den Volksaufstand protestieren, aber auch feststellen: «Die klare Wahrheit ist, daß die Vorhut und die Hauptmasse der Rebellion aus Intellektuellen und Arbeitern bestand, die marxistischer, sozialistischer als das Regime waren, aus Menschen, die wirkliche Kommunisten waren im Gegensatz zu den stalinistischen Bürokraten, die sie beschuldigen, daß sie Ungarn mit reaktionären, faschistischen Methoden regiert hätten.» Es ist sicher richtig, daß sich gegenrevolutionäre Kräfte aller Art, begünstigt vom westlichen Ausland her, der Aufstandsbewegung zu bemächtigen suchten und daß unmenschliche Greuel an den Trägern des bisherigen kommunistischen Regimes verübt wurden. (In einer von der Regierung Kadar herausgegebenen Schrift «Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktober-Ereignissen in Ungarn» werden zahlreiche Beispiele solcher Unmenschlichkeit aufgezählt.) Aber diese Kräfte waren nie entscheidend für den Gang der Bewegung, die eine wirkliche Volkserhebung gegen die Massenarmut, gegen den einheimischen Gewaltkommunismus und gegen die sowjetische Ausbeutung und Militärherrschaft war. «Was am 23. Oktober wirklich passierte, hatte nichts mit Gegenrevolution zu tun, aber alles mit Gegenterror», stellt Basil Davidson fest. Und nachdem er die mörderische Jagd auf AVH-Männer (Angehörige der Staatspolizei) erwähnt hat, die vorher selber «schreckliche Greueltaten» begangen hätten, fährt er fort: «So widerlich auch diese Vorkommnisse waren, so konnte man in Wirklichkeit doch nicht behaupten, daß sie einem ‚weißen Terror' gleichkamen. Auch gab es überhaupt keine judenfeindlichen Zwischenfälle, und der Antisemitismus war doch immer ein unabtrennbarer Bestandteil des ungarischen Faschismus, ja des Faschismus überall, gewesen.» Die Ermordung Unschuldiger durch den Pöbel am 2. November habe im übrigen zahlenmäßig nur einen geringen Bruchteil der Mordtaten des Regimes Rakosi ausgemacht, denen die Sowjetregierung so lange wohlwollend zugeschaut habe. Auf jeden Fall habe die Rote Armee nicht deswegen eingegriffen, um diese Ausschreitungen zu unterdrücken.

Aber auch die Rechtsschwenkung der Regierung Imre Nagy war

* Aus der großen Ungarn-Literatur sei vor allem eine kleine, freilich englisch geschriebene Darstellung von Basil Davidson «What really happened in Hungary?» hervorgehoben. Der wohlbekannte, auf sauber sozialistischem Boden stehende Verfasser, dessen Zuverlässigkeit für mich ebenso feststeht wie seine Urteilsfähigkeit, hat die ungarischen Ereignisse vom 28. Oktober bis 8. November selbst miterlebt.

kein zureichender Grund für dieses Eingreifen. Diese Schwenkung ist freilich Tatsache. Auch der unlängst verstorbene, sehr antikommunistische rumänische Politiker Grigore Gafencu gab das in der «Neuen Zürcher Zeitung» (1956, Nr. 3347) unumwunden zu:

«Im Laufe der Schlacht war er (Nagy) der autorisierte Sprecher für die Wünsche der ganzen Nation geworden und verlangte erstens freie Wahlen, das heißt die Bekräftigung des Mehrheitsprinzips, unter dem die Macht der Nation und nicht mehr der Partei zukommt; der nationale Staat sollte an die Stelle des ‚sozialistischen' Staates treten. Zweitens verlangte Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt, was die Auflösung des sowjetischen Militärblocks bedeutet hätte, und drittens die Neutralisierung Ungarns, was die Rückkehr dieses Landes zu Europa und zur Gemeinschaft der freien Völker zur Folge gehabt hätte.»

Das war zweifellos eine ernste Bedrohung der Machtstellung der Sowjetunion und des ganzen kommunistischen Regimes in Ungarn selbst. Aber es war keine versuchte Gegenrevolution; wenn das Programm Nagys erfüllt worden wäre, so wäre Ungarn eine parlamentarische Demokratie im Sinne Österreichs oder der Schweiz, aber mit weitgehender Sozialisierung der Industrie, geworden, auf keinen Fall jedoch eine faschistische Diktatur. Man kann noch weiter gehen und sagen, daß unter den damaligen Umständen freie Wahlen, wie Nagy sie in Aussicht nahm, undenkbar gewesen wären und irgendein autoritäres Regiment – wenn auch vielleicht in Übereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der Volksmehrheit – sich im Bürgerkrieg durchgesetzt hätte. Aber wiederum: Gegenrevolution wäre das nicht gewesen. Wenn dieses Stichwort trotzdem ausgegeben wurde, wenn schon Gerö am 23. Oktober die Demonstranten als Gegenrevolutionäre bezeichnete, wenn am 4. November der Kommandant der sowjetischen Truppen in Ungarn erst recht von einer «finsteren Reaktion» sprach, die mit Hilfe «gegenrevolutionärer Banden» die Herrschaft an sich gerissen habe, wenn am 12. Februar, dem Jahrestag des Einmarsches der Sowjetarmee in Budapest, das kommunistische Zentralorgan «Nepszabadsag» schrieb, die gleichen Elemente, die 1945 verjagt worden seien, hätten im Oktober 1956 ihrerseits die Sowjettruppen vertreiben wollen, um die tausendmal verhaßte Herrschaft der Feudalherren wiederherzustellen – so entspricht das einfach der kommunistischen Gewohnheit, jeglichen Versuch, ein irgendwo aufgerichtetes kommunistisches Regime auch nur zu mildern, geschweige denn zu überwinden – und sei es auch durch einen mehr demokratischen Sozialismus –, als «Konterrevolution» zu brandmarken. Ganz ähnlich ist es ja auf bürgerlich-kapitalistischer Seite üblich, alle einigermaßen radikale Opposition gegen die herrschende Ordnung als «Kommunismus» zu verschreien und alle gewaltgläubigen Gegner des Kommunismus als «Freiheitskämpfer» zu feiern, so wie es jetzt mit den

ungarischen Aufständischen und Flüchtlingen geschieht, einerlei ob es sich um Kleinbürger, Bauern, Sozialdemokraten, Reaktionäre oder Faschisten handelt. Das eine ist so dumm und unwahr wie das andere; aber daß man damit gute Geschäfte machen kann, weiß heute jeder Lehrling der Wissenschaft von der politischen Propaganda.

Ich würdige vollauf die Schwere der Entscheidung, vor die Anfang November 1956 die Sowjetführung gestellt war. Die «Auflösung des sowjetischen Militärblocks», von der Gafencu spricht und auf die man in der «freien Welt» spekulierte, wäre eine sehr ernste Sache gewesen, zumal in einem Augenblick, da der britisch-französisch-israelische Krieg gegen Ägypten die Gefahr eines neuen Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Und doch hatte die Sowjetunion kein Recht, den ungarischen Volksaufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Ich halte es durchaus mit Professor Cole, der im «New Statesman» (12. Januar) schrieb:

«Im Gegensatz zu den Kommunisten empfinde ich es als moralisches Unrecht, einem Volk durch äußere Gewalt eine Regierungsform aufzuzwingen, auch wenn sich ein solches Vorgehen für die Sache der Weltrevolution günstig auswirkt – was, wie ich glaube, im vorliegenden Fall nicht wahrscheinlich ist. Ich bin einfach nicht bereit, alle anderen Erwägungen der Förderung des Sozialismus – an den ich glaube – und noch viel weniger derjenigen des Sowjetkommunismus – an den ich nicht glaube – unterzuordnen. Ich halte dafür, daß der Sozialismus rechtmäßigerweise nur mit Mitteln erstrebt werden kann, die im Einklang mit einer anständigen sittlichen Haltung stehen, und dazu gehört es, jedem Volk die Freiheit zu lassen, seine eigenen Angelegenheiten selber zu ordnen – zum Guten oder zum Bösen. Insofern glaube ich, daß die Völker ein Selbstbestimmungsrecht haben, und lehne die Auffassung ab, das einzig wahre Recht sei das ‚geschichtliche' Recht des Proletariats oder der Arbeiterschaft im weiteren Sinn – als weltumfassender Kraft –, alle Gegner im allgemeinen Interesse der Weltrevolution zu überwältigen.»

Umkehr! Wie soll nun aber das Problem Ungarn *wirklich* gelöst werden? Wie soll der ungeheure moralische und materielle Schaden wiedergutgemacht werden, den die sowjetische Gewaltaktion angerichtet hat? Die nächstliegende Antwort ist natürlich: durch die völlige Freigabe Ungarns wie der anderen Satelliten der Sowjetunion und die damit eng verbundene innere Liberalisierung der osteuropäischen Volksrepubliken wie der Sowjetunion selber. Daß dies nötig ist und so schnell und gründlich als nur möglich geschehen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen. In der ganzen kommunistischen Bewegung muß eine Wendung erfolgen, ja eine völlige Umkehr – weg von der materialistischen Lebensauffassung

und Weltanschauung mit ihrem Gewaltglauben und ihrer Menschenverachtung hin zu einem geistig-sittlichen Welt- und Menschenbild, als Voraussetzung auch der politischen und sozialen Erneuerung. Sozialismus, Demokratie und Frieden gedeihen dauerhaft auf keinem anderen Boden.

Wenn das gesagt ist, muß aber gleich beigefügt werden, daß dem nicht- und antikommunistischen Westen, vor allem dem «christlichen» Abendland, eine ebenso radikale Erneuerung und Umkehr nottut. Mit seinem theoretischen und praktischen Materialismus, mit seinem gottlosen Kapitalismus und Militarismus und mit seiner heidnischen Kultur überhaupt ist er ja dem Kommunismus das einprägsamste Vorbild geworden – bis auf den heutigen Tag. Gerade auch die Angliederung und Beherrschung von Satellitenstaaten wie die Ausbildung eines zentralistischen Diktatur- und Terrorsystems wäre im Osten in dieser Form niemals möglich gewesen ohne die erbitterte Feindschaft gegen die Sowjetunion und die Angst vor der sozialen Revolution, die die Politik des Westens gegenüber dem Osten seit nunmehr vierzig Jahren kennzeichnet. Der endliche Verzicht auf die berüchtigte «Politik der Stärke», auf den «kalten» Krieg gegen die Sowjetunion muß darum von der sogenannten freien Welt her entscheidend mithelfen, die Umkehr der kommunistischen Haltung zu ermöglichen, die wir fordern. «Es ist albern, anzunehmen», so schrieb erst dieser Tage Kingsley Martin, der Chefredaktor des «New Statesman» (9. Februar), «daß sich die Sowjetunion aus Ostdeutschland oder den Satellitenländern zurückziehen werde, wenn der Westen weiterhin im Blick auf einen künftigen Krieg mit Rußland NATO-Stützpunkte in Deutschland aufrechtzuerhalten und Deutschland wiederzubewaffnen sucht. Die Gründe für eine solche Politik (der Räumung Westdeutschlands durch die Atlantikmächte) sind heute so stark geworden, daß, was früher als naives Entgegenkommen gegenüber sowjetischen Wünschen verlästert wurde, jetzt offen von Gaitskell, Walter Lippmann und den deutschen Sozialdemokraten befürwortet wird.»

Wie steht es nun aber «realpolitisch» mit den Aussichten auf eine grundsätzliche Wendung in Ost und West? In der Sowjetunion hat unter dem Eindruck des ungarischen Volksaufstandes diejenige Richtung wieder die Oberhand gewonnen, die die Liberalisierung im Innern und die Lockerung des Griffes auf die Satelliten als verfrüht oder doch zu weitgehend bezeichnet. Chruschtschew, der vor Jahresfrist den Stalinismus so rücksichtslos-brutal bloßstellte und anklagte, hat sich jetzt wiederholt erneut als «Stalinisten» bekannt, Stalin als «Musterkommunisten» gefeiert und den «Nationalkommunismus» in den Volksrepubliken als Ketzerei abgetan. Die Liberalisierung geht demgemäß in der Sowjetunion auch nur in mäßigem Tempo weiter, sowohl im staatlichen Betrieb wie innerhalb der Kommunistischen Partei. Und gegen die Behauptung, in Ungarn habe eben die Gegen-

revolution niedergeworfen werden müssen, erhebt sich mindestens in der sowjetischen Öffentlichkeit kein Widerspruch. Immerhin glaubt Edward Crankshaw, ein guter Rußlandkenner, im Londoner «Observer» (10. Februar) feststellen zu dürfen: «So gewalttätig und heimtückisch die sowjetische Aktion in Ungarn sicherlich war, so war sie doch eine Panikaktion und wurde nicht mit der rücksichtslosen, vernichtenden Logik durchgeführt, die für Stalin kennzeichnend war. Durch die ganze Führung ihrer Operation zeigten die Russen, daß sie sich schämten – und das ist etwas Neues. Anderseits geht die Entstalinisierung der Sowjetunion, wenn auch einigermaßen gehemmt, doch immer noch weiter.»

Außerhalb der Sowjetunion weist die Entwicklung des Kommunismus ein zwiespältiges Bild auf. *Jugoslawien* setzt seine Dezentralisationspolitik im Innern, bei gleichzeitig recht weitgehender Diskussionsfreiheit, planmäßig fort und behauptet seine Unabhängigkeit von Moskau. In *Polen* haben die scharfmacherischen Altkommunisten vergeblich einen Ansturm gegen das neue Regime unternommen; Gomulka hat bei den Wahlen im Januar, die verhältnismäßig frei vor sich gingen, einen durchschlagenden Erfolg erzielt und der aus Neukommunisten, Bauernvertretern und Demokraten gebildeten Regierungskoalition die unbedingte Mehrheit im Parlament zu sichern vermocht. Ein demokratischer Sozialismus ist hier im Entstehen begriffen, der auch über der nationalen Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion eifersüchtig wacht.

Bulgarien und *Rumänien* scheinen von Moskau aus weiterhin fest am Zügel gehalten zu werden, desgleichen *Albanien*, das gegenüber dem unbotmäßigen Jugoslawien geradezu herausfordernd aggressiv auftritt. Es sieht überhaupt ganz darnach aus, daß ein neuer Bannfluch der Mitgliedstaaten des Ostblocks überhaupt, außer Polen, gegen Jugoslawien bevorsteht. In *Ostdeutschland* wächst, auch im Zusammenhang mit den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die politische Spannung zusehends, aber das Regime Ulbricht-Grotewohl setzt alle staatlichen Machtmittel ohne Bedenken ein, um die Opposition – wenn man die Gegnerschaft von mindestens 90 Prozent der Bevölkerung überhaupt noch so heißen will – niederzuhalten. Wie lange wird ihm das gelingen?

Im nichtkommunistischen Europa ist der «Stalinismus» zwar überall erschüttert – auch in der Schweiz –, aber nirgends eigentlich gebrochen. Am wenigsten wohl in *Frankreich*. Zwar gärt es im Parteivolk und in der kommunistisch gestimmten Arbeiterschaft recht stark; bei den kommunistischen Intellektuellen – besonders den Künstlern und Schriftstellern – ist es sogar zu einer eigentlichen Revolte gekommen, der besonders Jean-Paul Sartre mit einer schneidend scharfen Absage an die Kommunistische Partei im «Express» weithin tönenden Ausdruck verliehen hat. («Bis heute konntet ihr euch immer als die Partei

der Ermordeten ausgeben. Heute seid ihr in den Augen der ganzen Welt die Partei der Mörder.») Allein äußerlich steht die Partei von Maurice Thorez so fest und unbußfertig da wie nur je, nicht zum wenigsten dank dem moralischen Bankerott der Sozialdemokratie, über deren Führer (und Verführer) Sartre ebenfalls ein vernichtendes Urteil fällt, wenn er schreibt: «Man kann sich in der Geschichte schwer jemanden vorstellen, der gleichzeitig so viele Menschen verraten hat wie Mollet . . . Er hat aller Welt ein Bild von Frankreich enthüllt, das wir uns weigern als wahr anzunehmen: grausam gegen die Schwachen, feig vor den Starken.»

Der gesamteuropäische Kommunismus bietet so zunächst wenig Hoffnung auf eine radikale Umkehr, wenn auch die Kräfte, die auf seine innere Umwandlung hindrängen, fortwirken und eines Tages gewiß überwältigend durchbrechen werden. Aber es werden schon neue, heftigste Stöße von außen nötig sein, bis es so weit kommt. Auf jeden Fall steht der Sowjetblock in einer mächtigen Krise, deren Symptome trotz allen Versuchen, die Risse zu verkleistern, auf seine früher oder später eintretende Sprengung hindeuten mit folgender gründlicher Neuordnung der Beziehungen zwischen den osteuropäischen Volksrepubliken und der Sowjetunion.

Kalter Krieg — wie gewohnt Und der «demokratische» Westen? Auch er zeigt wenig ernsthafte Ansätze zu einer gründlichen Wendung, beharrt vielmehr jetzt erst recht in seinem verbissenen Antikommunismus und sucht das Heil nach wie vor in der Politik der «Stärke», das heißt der Kriegsrüstung und des propagandistisch-politischen Druckes auf die Sowjetunion. Daran trägt natürlich die russische Ungarn-Aktion eine ganz wesentliche Schuld. Aber unbestreitbar ist auch, daß die Westmächte auf sie ganz falsch reagiert haben. Statt das sowjetische Eingreifen in Ungarn als einen Versuch zu verstehen, die in die Brüche geratene Einheit des Ostblocks zu retten, stellte der Westen es als neuen Beweis für die von ihm stets behauptete Angriffslust und teuflische Gewaltpolitik Moskaus dar, die alle friedliche Koexistenz der «freien Welt» mit der Sowjetunion ausschließe. Die Scharfmacher triumphierten wieder allerorten und verkündeten – um mit Nehru zu reden – «die Lehre vom Kalten Krieg in ihrer intensivsten Form», mit dem Ergebnis natürlich, daß auch die Sowjetunion ihrerseits wieder mehr und mehr auf ihre militärische Stärke pocht. Es ist gut möglich, daß die Ersetzung Schepilows als Außenminister durch Gromyko mit dieser erneuten Erstarrung der Fronten zusammenhängt. Die Ablehnung der neuen sowjetischen Verständigungsvorschläge durch den Westen – Adenauers sture Antwort an Bulganin zum Beispiel und die kalte Schulter, die in Washington, London und Paris Schepilow bei seinem Vorstoß zugunsten

einer Neutralisierung des Mittelostens gezeigt wurde – scheinen Moskau überzeugt zu haben, daß mit dem Westen einfach nicht zu reden ist und daß die Fortsetzung des Wettrüstens als unausweichliche Tatsache hingenommen werden muß.

Die Westregierungen schwatzen natürlich beständig von *Abrüstung*, um die Völker zu täuschen. Die Vereinigten Staaten haben erst kürzlich (am 14. Januar) der UNO einen neuen Abrüstungsplan unterbreitet, der unter anderem eine bedeutende Herabsetzung der Truppenbestände (auf zweieinhalb Millionen für die USA und die Sowjetunion, 750 000 für England und Frankreich) vorsieht sowie die Einschränkung und schließliche Abschaffung der Versuche mit Atomwaffen, wie sie jetzt überall gefordert wird (energisch auch von Stevenson, der zweimal für die Demokraten gegen Eisenhower kandidiert hat). Gleichzeitig hat sich in Amerika eine Strömung entwickelt, die auf den Abzug der amerikanischen und – als Gegenleistung – der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa drängt. Und Großbritannien geht offen bereits auf eine Verminderung seiner Besatzungmacht in Westdeutschland von 80 000 auf 53 000 Mann aus, der ein entsprechender Abbau auch in Korea, Jordanien, Libyen, Hongkong, Malaya und Singapore folgen soll, ja angeblich sogar eine Herabsetzung der Zahl aller Landstreitkräfte um 50 Prozent in dem Maße, da England eigene Atomwaffen und Fernlenkgeschosse herzustellen vermöge.

Aber all diese schönen Pläne haben ja meistens nur den Zweck einer *«Umrüstung»* – der Umstellung auf den Atomkrieg – und zugleich freilich auch der Kostenverminderung. Und was namentlich die Räumung Mitteleuropas von fremden Besatzungen betrifft, so lehnt die amerikanische Regierung eine Vereinbarung darüber mit der Sowjetunion entschieden ab, so wie sie auch über die britischen Abbauvorschläge stark beunruhigt ist, die eben jetzt, da ich schreibe, vom Ministerrat der Westeuropäischen Union sehr kritisch unter die Lupe genommen werden, da dadurch geradezu der Bestand der Westallianz gefährdet werde. Auf jeden Fall erklärt sich der Oberkommandant der NATO, der amerikanische General Norstad, bei jeder Gelegenheit gegen jegliche «Schwächung der Schlagkraft der freien Nationen» und droht unausgesetzt mit dem Einsatz der Atomwaffen, in deren Bereitstellung die NATO ihrem möglichen Gegner klar überlegen sei. Auf die Frage, ob nicht der Druck der öffentlichen Meinung und die beidseitige Angst vor einem Atomkrieg die Anwendung von Kernwaffen verhindern könne, wie sie im Zweiten Weltkrieg die Anwendung von Giftgas verhindert habe, antwortete er im vergangenen Dezember in Neapel, man könne die Atomwaffen nicht mit dem Giftgas vergleichen, da sie nur gegen bestimmte Ziele eingesetzt würden. «Wenn aber», so fügte er hinzu, «unsere Rettung und die Rettung der Freiheit vom Einsatz solcher Waffen abhängen würde, dann sollten und würden sie eingesetzt werden.» Und P. H. Spaak, der neue Generalsekretär der

NATO, betonte etwa gleichzeitig in Paris, die NATO habe sich darauf festgelegt, im Fall eines Angriffes sofort mit Atomwaffen zurückzuschlagen, auch wenn der Angriff nur mit den hergebrachten Waffen unternommen worden sei.

Eine unheimliche Aussicht! Denn was ein kommunistischer Angriff ist, darüber entscheidet ja die NATO selbst, und das heißt tatsächlich eine Handvoll Politiker und Militärs, die damit gleichzeitig Ankläger, Richter und Urteilsvollstrecker werden. Begreiflich, daß sich in den Völkern die Unruhe über die sich hier eröffnenden Möglichkeiten immer mehr ausbreitet. In den Londoner «Peace News» (15. Februar) hat dieser Unruhe der Labourabgeordnete Emrys Hughes lebhaften Ausdruck gegeben. «Nein, Herr General», rief er Norstad zu, «Ihre Strategie und Ihre Pläne können England oder Westeuropa nicht Frieden und Sicherheit bringen. Je mehr Sie in Ihrem Pariser Hauptquartier den Westen auf den Krieg hin organisieren, desto mehr organisieren die Generale in ihren Hauptquartieren in Moskau ebenfalls auf den Krieg hin. Die Folge ist eine lähmende Wirtschaftslast auf beiden Seiten, eine niedrigere Lebenshaltung überall in Europa. Manche von uns glauben nicht, daß Rußlands Pläne auf einen Angriff abzielen. Seine militärische Stärke ist eine Antwort auf diejenige des Westens. Beide beruhen auf Furcht. Dieser Furcht ein Ende zu machen – das ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit. Auf *Ihrem* Weg gibt es für uns keine Hoffnung.»

Aber natürlich setzen sich die Führer der Westmächte über solche Warnungen ebenso kühl hinweg wie über die Proteste, die aus ihren Völkern gegen die Ernennung des deutschen Generals Speidel zum Kommandanten der Landstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa kommen. Man versucht jetzt zwar, Herrn Speidel als eine Art Widerstandskämpfer gegen Hitler hinzustellen. Tatsache ist aber – wie zum Beispiel unser Freund Buskes in der «Militia Christi», dem Organ der christlichen Antimilitaristen Hollands, festhält (16. Februar) –, daß Speidel als Chef des Generalstabs der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich im Jahr 1941 Geiselerschießungen, unmenschliche «Sühnemaßnahmen», Judenverschleppungen und ähnliche Schändlichkeiten angeordnet oder doch gedeckt hat, ohne bisher von diesen Untaten öffentlich abgerückt zu sein. Unter den Franzosen wie auch sonst in Westeuropa empfinden es nicht wenige einfach als Schmach, daß ein solcher Kriegsverbrecher (man kann es nicht anders nennen) heute französische, amerikanische, britische, belgische, holländische Truppen kommandieren darf – aber zu einem a l l g e m e i n e n Widerstand gegen Speidels Beförderung reicht es eben doch nicht, so wenig wie zu einem wirksamen Widerstand der Westdeutschen gegen die Wiederaufrichtung der Wehrmacht ihrer Bundesrepublik. Das Mark scheint den Völkern aus den Knochen gesogen zu sein . . . auch in unserer Schweiz, deren Widerstand gegen die phantastischen, unverantwort-

lichen Kriegsrüstungen auf kleine, anscheinend machtlose Kreise beschränkt ist, während große, einflußreiche Organisationen wie der Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei sich damit zufrieden geben, Einzelheiten an den Militärvorlagen zu kritisieren, grundsätzlich aber gegen diese ganze Art von Landesverteidigung nichts einzuwenden haben!

Politik der unbegrenzten Möglichkeiten Wozu aber, so fragt man sich immer wieder, all diese ungeheuren Rüstungsanstrengungen? Daß die Sowjetunion (oder China) auf gewaltsame Eroberungen ausgehe, kann man heute nur noch unwissenden Kindern weismachen. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung», die wahrlich an Schürung der Feindseligkeit gegen die Ostmächte das Höchstmaß leistet, gibt zu (in Nr. 303, 1957), «daß Moskau keinen ‚großen' Krieg sucht, in dem die strategischen Waffen auftreten», um dann freilich gleich doch wieder von den «Eroberungsplänen Moskaus» zu reden, die es nötig machten, «in den bedrohten Gebieten der Unterwühlung, der Eroberung durch stellvertretende Aggression, der Überwältigung durch ‚kleine' Kriege Widerstand (zu) leisten» – eine bloße Phrase, besonders wenn man bedenkt, daß – wir haben es schon einmal gesagt – der Sowjetunion in Europa *jeder* Krieg durch die völlige Unzuverlässigkeit ihrer Randstaaten, besonders Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, unmöglich gemacht ist. So bleibt immer wieder nur die Feststellung übrig, daß die westliche «Politik der Stärke» keinen anderen Zweck verfolgt, als einen immer größer werdenden Druck auf die Sowjetunion auszuüben, der sie schließlich doch zum Erlahmen, ja zum Zusammenbruch bringen soll, in Verbindung mit der Unabhängigkeitsbewegung in den Volksrepubliken, die zu fördern man im Westen kein Mittel scheut. Die moralische und politische Schwächung, die die Sowjetunion mit ihrer katastrophalen Fehlpolitik gegen Ungarn erlitten hat, hat ja die Stellung der Vereinigten Staaten in Europa ohnehin mächtig gestärkt; die Weststaaten, so sehr sie von Amerika aus ihren imperialen und kolonialen Positionen verdrängt sind, lehnen sich doch in Europa an die Vormacht des Weltkapitalismus ängstlich an, um Schutz vor kommenden sozialen und politischen Erschütterungen zu finden, die sie unerbittlich herannahen fühlen. Und die Vereinigten Staaten nützen natürlich diese unverhoffte Chance nach Kräften aus, um in dem gespaltenen Europa die beherrschende Macht zu bleiben oder immer mehr zu werden.

Aber das ist noch nichts gegenüber den wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten, die sich Amerika jetzt im asiatisch-afrikanischen Orient bieten. Mit ihrem fast unglaublichen Suezabenteuer haben sich Großbritannien und Frankreich als selbstbestimmende Großmächte in diesem Raum ja völlig erledigt und sich darüber

hinaus auch in ihrer «Heimpolitik» und ihrer Wirtschaft (Ölmangel, Dollarknappheit usw.) noch stärker als bisher vom Wohlwollen des großen Gönners jenseits des Atlantik abhängig gemacht. Es ist so, wie man zu sagen pflegt, in Vorderasien und Nordafrika ein «Vakuum» entstanden, ein Leerraum, den auszufüllen sich die Vereinigten Staaten berufen und fähig fühlen, ja den zu schaffen sie selbst zielbewußt beigetragen haben, indem sie England und Frankreich zum Rückzug aus Ägypten zwangen. Es spricht sogar vieles dafür, daß die amerikanische Regierung bewußt England und Frankreich in das Suezabenteuer hineinschliddern ließen, wußte man doch, wie jetzt bekannt wurde, in Washington mindestens 24 Stunden vor dem israelischen Angriff, daß auch Paris und London mit im Komplott waren, ohne aber den geringsten Versuch zu machen, den üblen Streich zu verhindern. Man spekulierte einfach – und mit Erfolg – auf die Selbstausschaltung Großbritanniens und Frankreichs aus dem vorderasiatisch-ägyptischen Raum, in den man sich selbst hineinzusetzen gedachte. Was sich mit der Schwächung Englands und Frankreichs unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ereignete – eine entscheidende Machtvermehrung Amerikas –, das soll sich nun in noch größerem Maßstab wiederholen. «Die Truman-Doktrin», so schreibt Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (Februarheft), «war die Folge des Niederganges der britischen Macht im östlichen Mittelmeer und führte dazu, daß Griechenland und die Türkei zu amerikanischen Satelliten wurden. Die Eisenhower-Doktrin ist die Folge der Ausschaltung des britischen und französischen Einflusses im Mittelosten und in Nordafrika im Anschluß an das ägyptische Fiasko, und ihr Ziel ist, diesen ganzen Raum in eine amerikanische Einflußzone im klassisch imperialistischen Sinn dieses Ausdrucks zu verwandeln.»

Sweezy zitiert dann einen Washingtoner Bericht der «New York Times» vom 7. Januar, in dem festgestellt wird, daß die Eisenhower-Doktrin weit über den gewöhnlich als «Mittelosten» bezeichneten Raum hinausgreift: «Das Gebiet von Präsident Eisenhowers Sonderhilfsprogramm für den Mittelosten mag sich schließlich von Marokko im Westen bis Afghanistan im Osten und bis Tanganjika im Süden erstrecken. Das wurde heute von Regierungsbeamten enthüllt, die erklärten, warum der Präsident nicht genau das Gebiet umschrieben hat, dessen Verteidigung den Inhalt einer gestern dem Parlament unterbreiteten Botschaft bildet.»

Es handelt sich also nicht nur um die der Sowjetunion vorgelagerten Länder Vorderasiens; das wirkliche Ziel ist vielmehr die Beherrschung zweier Gebiete mit ungeheuren, noch lange nicht erschlossenen wirtschaftlichen Reichtümern: der ölhaltigen Länder um den Persischen Meerbusen herum (die den Russen so gut wie verschlossen sind) und weiter Landstrecken in Nord- und Zentralafrika, zu denen namentlich

auch das Niltal und das große Quellgebiet des Nils, ferner der Kongo mit seinen Uran- und sonstigen Mineralschätzen sowie die meisten noch unerforschten Gebiete der Sahara und Nordwestafrikas gehören.

Amerika hat schon jetzt starke Stellungen nicht nur im eigentlichen Orient, sondern auch in Afrika inne, besonders in Marokko, in Libyen, in Äthiopien, in Erythräa, in Nordrhodesien, im Kongo und in Liberia. Man lese die Einzelheiten darüber bei John Gunther, «Afrika von innen» (Diana-Verlag, Zürich), und Basil Davidson, «Erwachendes Afrika» (Steinberg-Verlag, Zürich). «Der europäische Kolonialismus, in seinen Möglichkeiten zu neuer Kapitalanlage geschwächt, uneinheitlich in seinen Auffassungen, wird mehr und mehr vom amerikanischen Kolonialismus verdrängt», stellt Davidson fest. «Bald werden wir zweifellos das Schauspiel erleben, daß amerikanische Verbrauchsgüter einen Kontinent überschwemmen, dessen Rettung einzig im Aufbau einer eigenen Industrie und in der Produktion eigener Waren liegen kann. ‚In fünfundzwanzig Jahren', prophezeite ein amerikanischer Geschäftsmann, ‚wird der amerikanische Handel die westliche Halbkugel, den Mittleren Osten, Afrika und Australien vorwiegend für sich als Absatzmarkt in Anspruch nehmen können.'»

Die Vereinigten Staaten gedenken die Reichtümer dieses Großraumes nicht in erster Linie mit den alten, überholten Kolonialmethoden Frankreichs und Großbritanniens auszubeuten; sie ziehen den wirtschaftlich-finanziellen Imperialismus der nackten militärischen Gewaltherrschaft vor, wenn sie auch selbstverständlich ihr Netz von Luft- und Flottenstützpunkten auch auf die neu ins Auge gefaßten Länder auszudehnen entschlossen sind. Den Schöpfern des Asien-Afrika-Planes schwebt eine mehr indirekte Herrschaft vor, an deren Früchten auch die eingeborenen Bevölkerungen teilhaben sollen, ja müssen, wenn es gelingen soll, die riesigen Landkomplexe, um die es geht, in sichere Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete Amerikas zu verwandeln.* Ähnliche Methoden wenden die Vereinigten Staaten schon jetzt in ihren überseeischen Untertanenländern und Gefolgsstaaten an, in Südkorea und Formosa, in Südvietnam und auf den Philippinen, in Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, der

* Das ist auch der Grundgedanke eines von der Ostberliner Zeitung «Neues Deutschland» am 15. Februar veröffentlichten vertraulichen Schreibens Nelson A. Rockefellers, des Präsidenten des Standard-Oil-Trustes, an Eisenhower vom Januar 1956, das trotz der fehlenden genauen Datierung den Eindruck der Echtheit macht. Sein Inhalt ist aber viel weniger sensationell, als es die kommunistische Propaganda darstellt, entwickelt es doch einfach den Plan, auch in Asien und Afrika vor allem wirtschaftliche Machtstellungen für die Vereinigten Staaten zu erobern und erst dann an die militärische Beherrschung dieser Länder heranzugehen, wie dies in Europa mit dem Marshall-Plan und der aus ihm herausgewachsenen NATO erfolgreich praktiziert worden sei. Es ist dabei ebenso auf die bisher neutralen Staaten, vor allem Indien, abgesehen wie auf die britischen und französischen Kolonien, die systematisch unter amerikanische Kontrolle zu bringen seien.

Türkei, Griechenland, Liberia usw. Aber es ist mehr als fraglich, ob sie auch nur diese Herrschafts- und Ausbeutungsgebiete auf die Dauer halten können, und fast sicher ist es, daß sie mit ihrem als selbstlose Hilfe an die unterentwickelten Völker getarnten neuen Kolonialregime in dem erträumten asiatisch-afrikanischen Großreich keinen Erfolg haben werden.

Die Bäume wachsen nicht in den Himmel

Man kann sich zwar ganz gut eine sorgfältig geplante Politik denken, die den «Mittelosten» (im Sinn der Eisenhower-Doktrin) dem amerikanischen Kapitalismus zu Füßen legen würde. Sie müßte die Anerkennung des kommunistischen Chinas, die Zusammenarbeit mit Nehrus Indien und demgemäß den Verzicht auf das Militärbündnis mit Pakistan sowie die Gewinnung der Freundschaft der ganzen arabischen Welt einschließen als Voraussetzung für die Durchführung eines riesigen Programms von Kapitalanlagen (in Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Kraftwerken, Schulhäusern, Gesundheitsdiensten usw.). Das alles läge bestimmt im wohlverstandenen Interesse des amerikanischen Gesamtkapitalismus, ebenso wie eine großzügige Verständigung mit der Sowjetunion über den Orient, über Nordafrika und notwendigerweise dann auch über Europa, ohne die sich die kapitalistische Oberklasse Amerikas niemals auf die Risiken der erwähnten Kapitalanlagen einließe. Aber hat eine solche Politik die geringste Aussicht, im Parlament der USA durchzudringen? Oder könnte wenigstens die amerikanische Volksmeinung gegen den Kongreß mobilisiert werden, wenn er sich der Einstellung des Kalten Krieges gegen die kommunistischen Oststaaten widersetzte, der eben a u c h, und sogar sehr ausgesprochen, entscheidenden Interessengruppen des amerikanischen Kapitalismus dienst- und nutzbar ist? Davon kann im Ernst keine Rede sein. Und das weiß man im Weißen Haus zu Washington sehr genau. Darum der Entschluß, die Eisenhower-Doktrin als Bestandteil des großen Kampfes gegen den Weltkommunismus aufzuziehen, als Plan für die «richtige» Ausfüllung des vorderasiatisch-afrikanischen Leerraumes, der um keinen Preis von der Sowjetunion besetzt werden dürfe. Damit kann man in der Tat den Kongreß ohne weiteres gewinnen, obwohl es klar genug ist, daß die Gefahr einer Einbeziehung des Orients in die sowjetische Einflußsphäre und gar seiner kriegerischen Eroberung durch die Sowjetunion denkbar gering ist. In Moskau hat man auf unabsehbare Zeit hinaus anderes zu tun, als Vorderasien und Nordafrika sich zu unterwerfen, zumal weder die herrschenden Klassen dieser Länder (die für sich von Amerika mehr erwarten als von Rußland) noch die Volksmassen (die zu rückständig für eine organisierte soziale Revolution sind) für kommunistische Beeinflussung besonders anfällig sind.

Das Fatale ist nur, daß sie auch nicht für den Antikommunismus

amerikanisch-westmächtlichen Stiles noch gar für einen wenn auch noch so gut verschleierten Neukolonialismus der Vereinigten Staaten, der an die Stelle des britisch-französischen Altkolonialismus träte, empfänglich sind. «Kalter Krieg, Militarismus, finanzielle Nothilfe – das alles mag den Kongreß ansprechen. Aber es ist Gift für die unterentwickelten Länder», bemerkt Sweezy in dem schon erwähnten Aufsatz. «Es verletzt ihren Nationalstolz wie ihr Nationalinteresse, als bloße Figuren im Großmachtskampf behandelt zu werden. Die Erhöhung der militärischen Spannungen verschärft ihre gegenseitigen Streitigkeiten und ermuntert zwangsläufig die Russen und ihre Verbündeten, sich diese Spaltungen zunutze zu machen. Vor allem jedoch trägt es nichts zur Verbesserung der Wirtschaftslage bei, die die Grundursache für die Armut, Ruhelosigkeit und Unsicherheit der nordafrikanischen und mittelöstlichen Länder ist.» Die kapitalistische Profitwirtschaft ist, wie wir hier schon wiederholt dargelegt haben, tatsächlich außerstande, die soziale Umwälzung herbeizuführen, die den unterentwickelten Völkern allein durchgreifende Hilfe bringen kann; sie kann höchstens begrenzte und ungenügende Einzelreformen – so schätzenswert sie auch sein mögen – durchführen und ist im übrigen gezwungen, sich auf die feudalistische und primitiv-kapitalistische Ausbeutungswirtschaft der eingeborenen Herrenklassen zu stützen, die die sichersten Verbündeten der amerikanischen Oberschicht im Kampf gegen die soziale Revolution und den Kommunismus sind.

Ein Beispiel dafür ist Saudi-Arabien, räumlich das größte arabische Land, aber «vielleicht die letzte noch übrigbleibende primitive und feudale Autokratie von einigem Umfang auf der Erde, im Grund unberührt von den modernen fortschrittlichen Strömungen . . . In Saudi-Arabien wird die Rechtspflege nach den barbarischen Gesetzen des Mittelalters geübt. In der primitiven Hauptstadt Riyadh steht ein Galgen auf öffentlichem Platz. Dieben werden öffentlich die Hände abgehackt. Die Stellung der Frauen ist tatsächlich diejenige von Sklavinnen . . . Sklaverei ist eine gesetzliche Einrichtung und besteht noch weithin.» (Samuel Rolbant, «The Arabs, Politics and People», London.) Mit dem Herrscher dieses unglaublichen Landes, König Saud, hat Präsident Eisenhower letzthin ein umfassendes Waffenlieferungs- und Finanzabkommen getroffen, im Interesse des amerikanischen Ölkapitals und um die Benützung des Stützpunktes Dhahran durch die amerikanische Luftwaffe für weitere fünf Jahre zu sichern. Auf dem Umweg über Saudi-Arabien unterstützen die Vereinigten Staaten gleichzeitig auch den bisherigen Satellitenstaat Jordanien und rücken so auch hier in die Stellung ein, die England so lange in Vorderasien innegehabt hat. Ähnliches gilt für Persien mit seinen Ölfeldern und Militärstützpunkten.

Amerika bemüht sich zwar jetzt sehr, sich als Gegner aller Kolonialpolitik zu erweisen, und hat damit in der Suezkrise auch einigen Erfolg gehabt. Aber kann es wirklich das Vertrauen und die Freundschaft

der Völker des Mittelostens gewinnen? Das Problem ist fast unlösbar. In Algerien, wo die Franzosen ihren abscheulichen, unsäglich grausamen Krieg gegen ein nach Unabhängigkeit dürstendes Volk fortsetzen*, sollten die Vereinigten Staaten, wenn es ihnen mit ihrem Antikolonialismus ernst wäre, die Sache der Araber in jeder Weise unterstützen – tatsächlich können sie aber nicht noch mehr Frankreich erzürnen, das sie im gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus so nötig brauchen. Anderseits sollten sie dem um seine Existenz kämpfenden Israel gegen Ägypten und die anderen arabischen Staaten tatkräftig helfen – in Wirklichkeit verschanzen sie sich hinter rechtlichen und moralischen Grundsätzen, die sie gegen Ägypten und die Sowjetunion nicht anwenden, um Israel im Stich zu lassen, weil sie die Araber nicht vor den Kopf stoßen wollen. (Das tiefere, eigentliche Problem Israels wird davon nicht berührt.)

Mit Ägypten und auch mit Syrien könnte sich Amerika im Grund verständigen, soweit es sich um die Belange der arabischen Nationalbewegung handelt. Aber wie will es die beiden Länder für seinen Kreuzzug gegen den Kommunismus gewinnen, wo doch Ägypten auf ein gutes Verhältnis mit der Sowjetunion angewiesen ist und eine betont neutralistische Linie verfolgt, so wie anderseits Syrien froh ist, von der Sowjetunion Waffen geliefert zu bekommen, um sich gegen die herausfordernde Angriffigkeit des Irak zu wehren, das von England gestützt wird? Kurz, jener Libanese – ein den Westmächten zugeneigter Politiker – hat wohl recht, wenn er einem Korrespondenten der «New York Times» gegenüber meinte: «Die Eisenhower-Doktrin wird sich der Öffentlichkeit in diesem Weltteil so darstellen, daß die Vereinigten Staaten alles Ansehen verlieren werden, das sie durch ihre Haltung in der Suezkanal-Krise gewonnen haben.»

Das meinte auch Professor G. Barraclough, der Nachfolger Arnold Toynbees am Britischen Institut für Internationale Angelegenheiten, wenn er es in «The Nation» (9. Februar) beklagt, daß Amerika aus dem Suezkrieg so wenig gelernt habe wie Frankreich und Großbritannien. Es habe zwar diesen Krieg nicht verloren, stehe aber im Begriff, mit seiner Mittelostpolitik den Frieden zu verlieren, weil es nicht begreife, daß «die Grundsorge der in Frage kommenden Völker nicht darin besteht, welchem Lager sie sich anschließen sollen, sondern darin, jeden Anschluß an das eine oder andere Lager zu vermeiden». Washington müsse sich klar darüber werden, «daß die Völker Asiens und Afrikas viel mehr am Nationalismus und an der Verbesserung ihrer Stellung (und zwar nicht einfach bloß im Sinne wirtschaftlicher Hebung) interessiert sind als an dem ideologischen Kampf zwischen Kommunismus und westlicher Demokratie. Gegenwärtig reden die Vereinigten

* Nehru sagte am 23. Dezember 1956 in Ottawa, die Zustände in Algerien seien «nicht besser, sondern schlimmer als in Ungarn».

Staaten eine Sprache, die die Afro-Asiaten nicht verstehen.» Außerdem müsse man in Amerika den russischen Standpunkt viel realistischer würdigen. Das Interesse der Sowjetunion am Mittelosten, der schließlich vor der Schwelle Rußlands liege, sei durchaus begreiflich. «Es wäre ebenso logisch, zu erwarten, der Kreml könne gegenüber den Vorgängen in Iran oder Ägypten gleichgültig bleiben, wie wenn man erwarten wollte, im Weißen Haus interessiere man sich nicht für Mexiko oder Panama. Jeden russischen Schritt in diesem Raum argwöhnisch als Bestandteil eines feingesponnenen Planes für imperialistische Ausdehnung zu behandeln, wäre nicht nur eine Fehlbeurteilung offenkundiger geopolitischer Tatsachen, sondern schafft auch eine Konfliktsatmosphäre, die es unmöglich macht, russische Vorstöße auf anderen Gebieten (zum Beispiel in der Abrüstungsfrage) auf ihren wirklichen Gehalt hin zu prüfen.»

Ost- und Südasien Am stärksten wird sich aber der amerikanische Neuimperialismus und Antikommunismus an dem Selbständigkeitswillen der Völker Ost- und Südasiens stoßen. Die Vereinigten Staaten können vor allem mit dem neuen China in kein aufrichtiges Koexistenz-Verhältnis kommen, solange sie ihre sowjetfeindliche Blockpolitik fortsetzen. Und dieses China mit seinen 600 Millionen begabter, fleißiger Menschen wandelt eben immer deutlicher das Gesicht Asiens, ja der Welt um. Es bleibt trotz allem, was in Europa geschehen ist und weiter geschehen mag, fest an der Seite der Sowjetunion und hält die unterentwickelten Länder zum mindesten dem amerikanischen Machtblock fern. Die kürzliche Reise Tschu En-lais nach Vietnam und Kambodscha, nach Indien und Burma, nach Moskau und Warschau war in dieser Beziehung höchst aufschlußreich. Gegen das chinesische Schwergewicht kommt alle Kraftentfaltung Amerikas auf Formosa, in Südvietnam und in Südkorea auf die Länge einfach nicht auf, so wenig wie die Vereinigten Staaten verhindern werden, daß Japan sich wieder auf eigene Füße stellt und seine natürliche Verbindung mit China, besonders seine Handelsbeziehungen, planmäßig wiederherstellt und entwickelt. Als atomische Operationsbasis Amerikas gegen China – das kann mit Sicherheit gesagt werden – wird sich Japan keinesfalls mißbrauchen lassen.

Auch mit Indien wird Amerika kein Glück haben. Wie will es sich denn Indien zum Freund machen, wenn es China boykottiert, Pakistan aufrüstet und Kaschmir von Indien zu trennen hilft? Namentlich die Kaschmir-Frage hat in den letzten Wochen Indien und die Vereinigten Staaten (samt Großbritannien) gegeneinander aufgebracht. Der Sicherheitsrat der UNO hatte sich am 23. Januar gegen den Beschluß der Nationalversammlung von Srinagar ausgesprochen, das seit 1947 hart umstrittene Kaschmir endgültig Indien anzugliedern,

und zuvor eine Volksabstimmung im Lande gefordert, wie sie auch Indien seinerzeit grundsätzlich angenommen hatte, und zwar unter der Aufsicht der Vereinten Nationen. Eine neue, im Sicherheitsrat eingebrachte Resolution ist zwar am 20. Februar durch das Veto der Sowjetunion zu Fall gebracht worden, aber damit ist die Sache nicht erledigt, da sich Indien mit aller Kraft gegen jeden Versuch sträubt, durch ein scheindemokratisches Verfahren und unter Mitwirkung von UNO-Truppen Kaschmir ganz oder teilweise Pakistan einzuverleiben. In einer Rede in Madras erinnerte Nehru (nach den «India News» vom 9. Februar) daran, daß sich Indien mit einer Volksabstimmung nur unter der Bedingung einverstanden erklärt habe, daß die in Kaschmir eingefallenen pakistanischen Streitkräfte, die seither den Nordteil und ein Stück im Westen des Landes besetzt halten, sich zurückzögen. Indien habe die Pflicht gehabt, Kaschmir gegen den pakistanischen Angriff militärisch zu schützen. «Hätten wir dies damals nicht getan, so wäre Kaschmir eine rauchende Trümmerstätte geworden, und es wäre zu einem Krieg großen Ausmaßes zwischen Indien und Pakistan gekommen . . . Wir hätten damals Pakistan angreifen können, waren wir doch militärisch viel stärker als Pakistan. Aber wir taten es nicht. Um einen Krieg mit Pakistan zu vermeiden, gingen wir vor den Sicherheitsrat und verlangten, er solle Pakistan ermahnen, keinen Angriff auf Indien zu begünstigen. Wir haben in diesen neun Jahren nie eine Antwort auf dieses Verlangen bekommen.»

Dafür haben die Vereinigten Staaten seither Pakistan mit beträchtlichen Waffenmengen beliefert, was Pakistans militärische Stellung gegenüber Indien und Kaschmir wesentlich verbesserte. Warum das? Ein Blick auf die Karte gibt die Antwort. Die Pässe Kaschmirs stellen die wichtigsten Übergänge nach China und (über einen schmalen Streifen von Ost-Afghanistan) nach der Sowjetunion dar, und es fällt der amerikanischen Propaganda nicht schwer, die Gefahr eines sowjetisch-chinesischen Angriffs auf Pakistan, Afghanistan und so weiter, der auf diesem Wege geführt werden könnte, an die Wand zu malen. Schon die Engländer sorgten sich immer um die Nordwestprovinz Indiens. Sir J. R. Seeley weist in seinem Buch «The Expansion of England» darauf hin, daß «unsere drei Vorgänger im Indischen Reich, die Mahrattas 1761, die Mogulen 1738 und das ältere Musulmanische Reich 1398, auf die nämliche Art einen tödlichen Schlag von einer Macht erhielten, die plötzlich über Afghanistan in Indien einfiel.» Heute, so fährt er fort (Seeley schrieb das 1883), sei die auswärtige Macht, die Indien bedrohe, Rußland, das in Asien beispiellose Eroberungen gemacht habe. England sei zwar bisher mit inneren Schwierigkeiten in Indien – so mit der großen Meuterei von 1857 – noch immer fertig geworden. «Was aber, wenn eine Meuterei und ein russischer Einfall zusammentreffen? . . . Das ist die Gefahr, die seit 1830 ins Auge gefaßt worden ist. Die Regierung kann sich im Innern und nach außen behaupten. Aber sie

hat nur wenig überschüssige Kraft und muß sich ängstlich vor jeder Verbindung ihrer innerpolitischen und ihrer ausländischen Feinde hüten.»

England ist inzwischen die Sorge um Indien losgeworden. Aber es hat nicht die Angst vor dem Kommunismus verloren und sich, als rapid absteigende Macht, an Amerika angehängt, das sich auch in Asien die Sicherung der Welt gegen die soziale Umwälzung zur Aufgabe gemacht hat. Vergebliches Bemühen! Die Umwälzung w i r d kommen; die Frage ist nur, in welcher Form und in welchem Geist, ob mit mehr oder weniger gewalttätigen Mitteln oder in freiwilliger sozialistischer Aufbauarbeit, wie sie gerade Indien, aber auch Burma und in Afrika zum Beispiel die Goldküste unternommen hat, die unter ihrem alten Namen Ghana am 6. März als erstes schwarzes Dominion ihre volle nationale Unabhängigkeit im britischen Staatenbund gewinnen wird. Es wäre ein Verhängnis, wenn in dieser ganzen Lage die Vereinigten Staaten ihren imperialistisch-kolonialistischen Weg weitergingen und ihrem Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» nun erst recht nachjagen wollten – einem Traum, der angesichts der stürmischen Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker keinerlei Aussicht auf Erfüllung hat, wohl aber zum bewaffneten Zusammenstoß der alten, bürgerlich-kapitalistischen Welt mit der aufsteigenden jungen Welt des Sozialismus führen kann. Des Sozialismus, sage ich; denn ich bin überzeugt: der Gewaltkommunismus ist nur ein Durchgangsstadium – infolge der geistigen und wirtschaftlichen Unreife der «zurückgebliebenen» Völker und durch schwere Schuld der «fortgeschrittenen» Nationen ein unvermeidlich gewordenes Stadium zwar, aber doch nur ein Übergang. Trotz allen Rückschlägen, wie sie jetzt Ungarn gebracht hat, und allen Verhärtungen und Versteifungen geht der Weg deutlich auf einen freiheitlichen, menschlichen Sozialismus hin. Möge sich auch der Westen ihm rechtzeitig öffnen und damit die Kräfte freimachen helfen, die in den heute kommunistischen Ländern nur darauf warten, daß sie ans Tageslicht treten können, ohne erst durch die furchtbare Erfahrung eines notwendig fehlschlagenden bewaffneten Aufstandes hindurch zu müssen!

26. Februar *Hugo Kramer*

Je mehr mir im Laufe meines Lebens deutlich wurde, wie die Existenz der Völker heute an der Entscheidung für das hängt, was nun im Kommen ist, was nun geschaffen werden muß, damit Mißachtung und Ausbeutung ein Ende finden, desto überzeugter wurde ich, im Ruf des Marxismus ein Stück des Rufes des Gottes zu finden, den Jesus Christus verkündigte. *Emil Fuchs*

EMMAUS

I Herr, bleibe bei uns! Es will Abend werden –
Gott, welcher Abend, welches blut'ge Lohen!
Bist Du nicht längst der späten Glut entflohen?
Ist noch Dein Schreiten unter uns auf Erden?

Verhüllt in Deine schweigsamen Gebärden,
In das Geheimnis Deiner eignen hohen
Entrückten Züge unter tobend rohen,
Ins Viehische gestürzten Menschenherden,

Gesenkt sind Deine göttlich sanften Lider;
Du wehrst uns, Dich zu kennen, Dich zu nennen,
Dein Leuchten selbst stößt uns ins Dunkel nieder.

Doch unsre Herzen, Herr, sie brennen, brennen:
Brich uns das Brot, noch einmal brich es wieder,
Daß wir zusammenstürzend Dich erkennen!

II Noch ziehn um unseren kreisenden Planeten
Die Sterne, Pflanzen, Fische, Vogelflüge
Die immer gleichen streng gefügten Züge
Getreu dem Urgeheimnis des Magneten.

Er selber nur, der Irrstern, dem verwehten
Die Träume einer Ordnung, die uns trüge,
Auf der der Schritt gesetzesfremder Lüge
Der Wahrheit reine Spuren längst zertreten.

Sie aber wandelnd unter uns auf Erden,
Verhüllt für unsrer Herzen dumpfes Brennen,
Birgt schweigend sich in Dingen und Gebärden:

Die tief Verhüllte, die wir nicht benennen,
Nur uns allein will sie zum Antlitz werden:
Der Form, in der wir Gott und uns erkennen.

III Wir ahnen sie, die schweigsam zwischen uns
Hinwandelnde. Uns sagt's der Herzen Brennen
Und sagt es uns beredten innern Munds:
Sie ist's – Und doch: wie sollten wir sie kennen,
Da uns ein bunt Geweb vieltausendfalt
Ihr Angesicht verhüllt in Traum und Tod?

Nur wo sie jäh in ihrer Gottgewalt
Hindurchbricht durch die Welt von Zeit und Not
Und bricht von ihrem eignen Glanz umloht
Vor unsern Augen unser irdisch Brot,
Erkennen wir die göttliche Gestalt.

Margarete Susman
(«Aus sich wandelnder Zeit», Gedichte)

Auferstehung

Woher sollen sie uns kommen, sowohl der Glaube an die Auferstehung als die Auferstehung selbst?

Es gibt dafür nur e i n e Quelle, die nie versagt und nie versiegt, aber es gibt diese Quelle: es ist d e r l e b e n d i g e G o t t, der uns in seinem Reiche entgegentritt. «Du bist die lebendige Quelle, und in deinem Lichte sehen wir das Licht.» Das ist der letzte und tiefste Gegensatz in aller Wirklichkeit: G o t t o d e r d e r T o d, d e r T o d o d e r G o t t. Es ist auch das letzte Wort der Geschichte. Sie ist der Kampf zwischen dem lebendigen Gott und der Welt des Todes. Die ganze Welt als Welt ist dem Tode verfallen, mit all ihrer Pracht der Natur und all ihrem Glanz der Kultur. Auch mit ihren Göttern, ihrem Gott. Ihr letztes Wort ist das Nichts. Dieses wird in großen Religionen, wenn auch nicht im groben Sinne, sogar das letzte Wort für Gott. Und mit dem Tode und dem Nichts ist auch hier die Hölle verbunden; das soziale Unrecht, die Sklaverei, das Laster, die Armut, die Krankheit, der Mammon und die Gewalt, der Götzendienst und Molochdienst gehören zur «göttlichen Weltordnung», sind unentrinnnbares Fatum. Es ist die Welt, die ihrer innern Logik nach im Weltkrieg und in der Weltvernichtung endigt. Aber von e i n e r Stelle her bricht das L e b e n in diese Todeswelt: eben von dem lebendigen Gotte her, den die Bibel verkündigt, der sich in seinem Reiche kundtut, in Moses, in den Propheten, in den Aposteln, in den Märtyrern und Reformatoren; der richtend und schaffend, zerstörend und bauend durch die Geschichte schreitet; der sich jedem, der ihn sucht, bezeugt; der in Christus mit seiner ganzen Wahrheit und seiner ganzen Macht hervorgetreten ist. Wer von ihm berührt wird, der wird von der Kraft der Auferstehung berührt. Der darf rufen: «Tod, wo ist dein Stachel? Hölle, wo ist dein Sieg?» Er ist vom Tode in das Leben übergegangen.

Diese Macht und Kraft des lebendigen Gottes ist es, was Ostern ausmacht. Ostern ist nicht ein vereinzeltes, mirakulöses Ereignis in der Geschichte, sondern die hellste Offenbarung Gottes als des L e b e n d i g e n. Es ist die Stelle, wo der Lebendige seinen Fuß so stark auf die Erde gesetzt hat, daß nicht nur das Eine Grab, sondern a l l e Gräber aufgesprungen sind und aufspringen werden.

Diesen Sinn von Ostern müssen wir verstehen lernen. Ostern ist nicht ein isoliertes Faktum der Weltgeschichte, Ostern ist die Weltwende. Um Ostern wirklich zu verstehen, müssen wir den Sinn von Welt und Geschichte völlig neu verstehen lernen. Es ist eine ungeheure Revolution! Ostern ist der Ort, wo über das Weltreich und gegen das Weltreich sich am stärksten und hellsten das Gottesreich erhebt und die Welt beansprucht – wo der lebendige Gott sich erhebt und der Herr sein will. So müssen wir Ostern verstehen lernen: als Zeichen und Fahne, die den Sinn aller Geschichte verkünden. Ein ungeheurer Sinn! Wer versteht ihn ganz?

So haben ihn damals die ersten Jünger empfunden. So haben sie die Auferstehung erlebt. Wie waren sie zerschlagen, erledigt! Wie hatten Kirche und Staat Jesus gekreuzigt! Wie hatten Hölle und Tod gesiegt! Da kam die Kunde von der Auferstehung Christi. Und diese war keine Illusion. Sie ist erfahren und erlebt worden von Männern und Frauen, die weder sich selbst noch andere täuschen wollten und konnten. Sie ist die Tatsache gewesen, auf die gestützt Paulus, dieser ungeheure Mann, zur Welteroberung für Christus auszog. Sie ist nicht nur die größte, sondern auch, freilich nur für den Glauben ganz und gar, aber relativ auch für den Verstand, sicherste Tatsache. Aller Sinn der Geschichte ruht letztlich auf ihr.

In Christus aber hat diese Tatsache Gestalt angenommen. Nicht nur ist Jesus noch über Moses und die Propheten hinaus mit seiner ganzen Erscheinung die Offenbarung des lebendigen Gottes, sondern er ist im besonderen auch der Offenbarer der Auferstehung und die Kraft der Auferstehung, die sich jedem mitteilt, der in seinen Licht- und Lebenskreis tritt. Er verkündigt nicht bloß Auferstehung und ist nicht bloß auferstanden, sondern er darf sprechen: «Ich bin die Auferstehung und das Leben; wer an mich glaubt, der wird leben, ob er gleich stürbe, und jeder, der an mich glaubt, wird als Bürger des Reiches nicht sterben.» *Leonhard Ragaz*

Religion oder Reich Gottes?

Es gibt immer noch Wortführer und Apologeten der Religion, welche ganz unproblematisch die Dinge betrachten und welche die Schuld an der heutigen Religionskrise nur bei den Menschen, niemals aber bei der Religion selbst suchen. Sie meinen allzurasch, bei den Weltmenschen, besonders den sogenannten «Gottlosen» und Kirchengegnern, ohne weiteres bösen Willen oder Gewissenlosigkeit annehmen zu dürfen. Viele von diesen sind in ihrer «Ungläubigkeit» aber ebenso ernst und gewissenhaft wie die Gläubigen in ihrem Glauben. Die Theologen pflegen überhaupt unbewußt Gott und die Kirche zu identifizieren; darum muß man sich nicht wundern, wenn es auch die Welt so macht, daß sie nämlich mit der Kirche auch den Herrgott ablehnt. Es stimmt daher etwas nicht an dem vielgebrauchten (scheinbar richtigen) Satz: «Die (einzelnen) Christen haben versagt, nicht aber die Kirche, das Christentum.» Hier liegt eben ein ungenauer, irreführender Sprachgebrauch vor: wenn heute die Rede ist vom «Versagen des Christentums», so ist da schon etwas Wahres dran. Man meint aber dabei – unbewußt – nicht Christus, die Sache Christi als solche, sondern die Form und Zeitgestalt, in welcher sie sich uns präsentiert und angeboten wird.

Man frage sich also: Warum ist die christliche Lehre so unwirk-

sam, warum lockt sie oft keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor? Wir Religiössozialen kennen die Ursache. Männer wie Blumhardt und Ragaz haben schon seit der Jahrhundertwende auf die wahre Ursache hingewiesen: es ist eine Zeitenwende eingetreten, in welcher der Mensch durch ein bloßes Jenseitschristentum nicht mehr ansprechbar ist. Die Forderung der Zeit ist das Reichgotteschristentum.

Kirche und Religion haben dies zu spät eingesehen. Sie können sich darum nicht um die Verantwortung für den heutigen Zustand herumdrücken. Sie sollten wenigstens heute sehen, was der russisch-orthodoxe Denker Professor Iljin schon längst ausgesprochen hat: «Der Kampf gegen die ‚Religion' ist das Tiefste und Bedeutsamste von allem, was sich auf dem Boden des Rätestaates abspielte.» Der Kampf gegen die Religion sollte uns daher nicht in so selbstsichere und selbstgerechte Aufregung versetzen, sondern vielmehr zu ernster Besinnung veranlassen: warum haben Millionen den so treu gehüteten Felsen der Religion verlassen? Nicht vielleicht deshalb, weil eine bloße Jenseitsreligion ihnen nicht wohnlich genug war? Genügt ein Felsen, ein Brückenkopf des Ewigen auf dieser Erde, wo der Ewige selber Mensch werden wollte? Haben wir vielleicht nicht mit der Menschwerdung Gottes und der Gottwerdung des Menschen, kurz mit dem Reichgottesgedanken zu wenig ernst gemacht?

Gewiß verkennen wir die große Bedeutung jener Gottesmänner und Theologen nicht, welche im Geiste eines Elias einen zwar einseitigen, aber notwendigen Kampf um den wahren Gottesbegriff und gegen die Verdiesseitigung der Religion führen mußten; aber man vergißt leicht, daß jener prophetische Kampf immer nur den Sinn haben konnte einer Vorarbeit für die neutestamentliche Heilsprophetie vom Nahekommen des Reiches Gottes und der Menschwerdung des Gottessohnes, den Sinn, die heute notwendig gewordene Prophetie vom Reiche Gottes, das heißt einer Verbindung von Jenseits und Diesseits, von Himmel und Erde, vorzubereiten. Dies gelobte Land mögen vielleicht viele dieser im Alten verwurzelten Religionsmänner selber nicht mehr schauen und vielleicht auch nicht mehr daran glauben. Wir heutigen aber, besonders die jüngere Generation, können nur noch von dieser Schau des Reiches Gottes begeistert werden, wir vermögen es bereits in der Zukunft deutlich zu erblicken, und wir sind verpflichtet, heute schon an seiner Verwirklichung zu arbeiten. Ja, wir dürfen nicht mehr zurück zu den alten Parolen und «Kapuzinerpredigten», welche uns das Christentum als Religion und Moral und Gesetz an den Kopf werfen, statt es als Seligkeit uns vorzuleben.

«Was einst hat wohlgeklungen,
ist heute falsch gesungen!
Die Welt schreibt neue Noten
und singt ein neues Lied!»

Wie kann man heute noch so unproblematisch predigen und die Religion als Trumpf präsentieren? Sieht man denn nicht, wie schwer die Religion kompromittiert ist, weil sie als spanische Wand mißbraucht wurde? Wir sollen heute einsehen, daß man dem Christentum nicht gerecht wird, wenn man es nur als «Religion» zu retten sucht. Ja, wenn wir wenigstens echte Jenseitschristen gewesen wären! Aber die Prediger des Jenseitschristentums haben selbst nicht konsequent nach ihren Predigten gelebt und konnten es wohl auch nicht. Halbheit und Inkonsequenz rächen sich aber immer, sie sind auch nicht Kennzeichen der Wahrheit, sondern des Irrtums. Ein Christentum, das dem heutigen Menschen nicht mehr auf den Leib geschnitten ist, wird keinen Anklang mehr finden, sondern immer mehr mit Hohn und Spott aus dem Leben hinausgedrängt werden.

Das bloße Religionschristentum muß sich also zum Reichgotteschristentum wandeln, es ist eine Forderung der Zeitenwende.

Dies ist nun aber durchaus keine billige Anpassung, keine Gleichschaltung mit der heutigen Welt und Zeit. Im Gegenteil! Denn auch in dieser Gestalt wird es Feinde haben, und gerade in dieser. Die eigentlichen Feinde Gottes treten erst jetzt richtig zutage! Denn dem Teufel ist nichts so zuwider als die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden.

Ist das eine neue Lehre? Ist sie nicht in der Bibel und in der ältesten Liturgie begründet? Entspricht sie nicht besonders der Osterbotschaft des Evangeliums? So heißt es in der alten Liturgie zum Beispiel von der Osternacht: «Dies ist die Nacht, in der das Irdische dem Himmlischen, das Menschliche dem Göttlichen wieder verbunden ward.» Die heillose Trennung von Himmel und Erde, von Gott und Mensch ist also überwunden worden! Wird nicht unsere oben vorgetragene Reichgottesidee hier bestätigt? Die Tatsache der Auferstehung begründet das Reich Gottes und erlöst uns von der unseligen Spaltung von Diesseits und Jenseits! Und darin liegt die Heilsbotschaft für diese Zeitenwende.

Eremita

Von Christus hat man gesagt, er wiegle das Volk auf (Lukas 23,5), und von jedem Propheten, wo er auch erschien, hat man berichtet, er sei geschmacklos genug gewesen, von Dingen zu reden, die hätten verschwiegen werden können. Es gibt eine Art Einheit, die zu erreichen ist, wenn moralisch handelnde Menschen sich Schweigen auferlegen, aber es ist eine Einheit des Siechtums und nicht der Gesundheit.

Gerald H. Kennedy
Methodistenbischof von Los Angeles

Warum Koexistenz?

Wenn man bei uns nach den schrecklichen Ereignissen in Ungarn noch davon sprach, daß es trotz allem nötig sei, das Prinzip der Koexistenz aufrechtzuerhalten, wurde man, selbst in Kreisen von Friedensfreunden, beinahe als Kommunist angeschaut. Auch von vielen Kanzeln erklang die Aufforderung zum Abbruch aller Beziehungen mit den kommunistischen Staaten, das heißt also Verzicht auf jedes Gespräch und damit Aufgabe der Möglichkeit, durch das Gespräch zu wirken.

In keinem unserer Nachbarländer herrschte eine nur annähernd ähnliche Empörung, und wenn man auch das russische Vorgehen im gleichen Maße verabscheute, so vergaß man doch nicht, an wie vielen Stellen im Westen ähnliche Vergewaltigungen vorkommen: in Südafrika, Algerien, Guatemala, Madagaskar. Wir möchten aber heute nicht diese Seite des Problems hervorheben, sondern die Notwendigkeit betonen, das Gespräch nicht abzubrechen. In diesem Zusammenhang können die Ausführungen des Bonner Theologieprofessors Helmut Gollwitzer über «Die Frage der Christenheit an den Marxismus» auch unsern Theologen etwas zu sagen haben.

Gollwitzer, obwohl für ihn der Kommunismus von vorneherein ein Irrweg ist, betont, daß ein Gespräch zwischen Christen und Kommunisten nötig sei. Die christliche Frage sei: Was haben wir den Kommunisten zu bringen? Der einzige Angriff, der nicht aus der Angst komme, sei der Angriff mit dem Evangelium. Dies sei der wirkliche «Kreuzzug» gegen den Kommunismus, und es sei bedauerlich, daß der Papst in seiner Weihnachtsansprache von diesem «Kreuzzug» der christlichen Liebe abgelenkt und die Menschen des Westens in einer unchristlichen, nur defensiven Haltung bestärkt habe. Als wichtige Fragen, die im Gespräch mit den Kommunisten zu stellen seien, schlägt Gollwitzer vor: Was wird bei euch aus dem Menschen? Was denkt ihr über den Sinn des Lebens? Diese Fragen könnten auf die Dauer doch Gehör finden; jedenfalls sei der Christ überzeugt, daß es nichts gäbe, was sich nicht ändern könne. Die gleichen Fragen könnten allerdings auch an bestimmte geistige Bewegungen des Westens gestellt werden. In diesem Sinne sei die Frage der Christenheit an den kommunistischen Marxismus auch eine Frage an die christliche Gemeinde, ob sie in Wahrheit das Salz der Erde sei.

Wichtig scheint uns, daß in der Sitzung der Sozialen Studienkommission des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins vom 4. März nun auch Schweizer Pfarrer im Ringen um das Problem «Unsere Stellung zur gegenwärtigen politischen Lage» eine, wie uns scheint, echt christliche Haltung einnehmen. Wir bringen daher nachstehend die vom Evangelischen Pressedienst wiedergegebenen Ausführungen von Pfarrer W. Lüthi, Bern.

B. Wicke

Die Bemühung um ein Wort zur Lage

EPD. Zu dieser Frage sprach *Pfarrer W. Lüthi*, Bern, in der Sitzung der Sozialen Studienkommission des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins vom 4. März. Er ging aus von der Tatsache, daß die Geschehnisse des vergangenen Oktobers die Pfarrer zu einem existentiellen Bemühen um das rechte Wort drängten. Oder war etwa die Lage so klar, daß es keiner Bemühungen mehr bedürfte? Primär mußte unser Bemühen darin bestehen, daß wir nicht in eine falsche Aktualität hineingerieten. Die allgemeine Strömung war ja so stark, daß man leicht der Gefahr erliegen konnte, sich einfach als Wellenreiter treiben zu lassen. Es wurden damals Stimmen laut, dem Wort komme jetzt keine Bedeutung mehr zu, es komme nur noch auf das Tun an. Es bestand die Gefahr des gedankenlosen und wortlosen Tuns. Eine solche «Rotkreuz-Ethik» schließe aber die Gefahr des Verzichts auf den Dienst in der Wahrheit in sich. Die Kirche ist aber zum Dienst an der Wahrheit aufgerufen. Fürbittegottesdienste ohne den Dienst der Wortverkündigung könnten leicht einen Sprung ins Numinose bedeuten und zum Anbeten «aus der Stimmung» werden. Wenn in jenen Tagen ein Pfarrer in einem Fürbittegottesdienst Gott gleichsam um Entschuldigung gebeten habe, daß man jetzt nichts Gescheiteres tun könne, als zu beten, so bedeutete dies Abdankung der Wahrheit. Es ging für den Pfarrer darum, dieser in seiner Brust wohnenden Versuchung zu widerstehen und bei der ihm anvertrauten Sache zu bleiben. Nur so war die Gefahr einer falschen Aktualität abgewehrt.

Das Bemühen um ein Wort zur Lage bestand also paradoxerweise zunächst einfach darin, in der Wortverkündigung weiterzufahren. Dann geschah es immer wieder, daß Lichter auf den Weg fielen und es zu echter Aktualität kam. Das Bibelwort wurde aktuell, auch ohne daß man sich krampfhaft darum mühte. Gott will nicht, daß wir schießen, sondern säen.

Die Frage, ob sich nicht im Falle Ungarn eine klare Stellungnahme aufgedrängt habe, ist glatt zu bejahen. Es mußte sich ohne jedes Pathos eine Stellungnahme für Ungarn ergeben, für die Freiheit gegen die Knechtung. Das war eine selbstverständliche Sache, die getan werden mußte. Wie aber sollte diese Stellungnahme der Kirche geschehen? Etwa gleich wie auf der Straße oder am Radio, in Konformität mit der allgemeinen Meinung? In diesem Falle wäre die Stellungnahme leicht gewesen. Schon Calvin warnt in der Auslegung zum Psalm 83, wo davon gesprochen ist, daß für das Volk Gottes das Verhältnis seiner Feinde 10:1 ausmacht, vor Ungeduld, Panik und Hysterie. Es kann nicht geleugnet werden, daß gewisse theologische Publikationen diesen Gefahren erlegen sind.

Tatsächlich waren zwei Fronten vorhanden, und in einer standen wir. Daß unsere Feinde auch Gottes Feinde sind, schließt eine große

Dialektik inne, denn eigentlich sind wir alle Feinde Gottes, aber es kann eintreten, daß wir mit Gott zusammen gleiche Feinde haben. Hier zeigt sich die Wichtigkeit der *Buße*. Es ging beim Bemühen um ein Wort zur Lage um die Frage der Buße. Wo die echte Buße nicht vorhanden war, konnte hemmungslos schwarz-weiß gemalt werden. Wo die Buße fehlte, konnte die Schweiz «die heilige Insel der Demokratie» genannt werden, oder man konnte von den Schweizern reden mit «dem großen Herzen». «Man hat noch kaum so viele Menschen mit guten Gewissen angetroffen wie in jener Zeit», sagte Pfarrer Lüthi. Echte Buße mußte auch zu einem Wort gegen den Westen führen. Gott könnte auch gegen uns sein. Geschichtliches Denken täte in solcher Situation not, damit man nicht die Freiheitshungrigen des Ostens Freiheitshelden, diejenigen in den von westlichen Völkern unterjochten Gebieten Rebellen nennt. Es ist doch zu bedenken, daß in keinem Erdteil so konsequent Gottlosigkeit gelehrt worden ist wie im christlichen Abendland, wo es eine Zeit gab, da es auf höheren Schulen zum guten Ton gehörte, nicht an Gott und noch viel weniger an Christus zu glauben. Man darf nicht die Gerichtsreife des christlichen Abendlandes vergessen. Nur aus solcher bußfertiger Erkenntnis heraus kommt das rechte Wort zur Lage.

Redaktionelle Bemerkung

Nach einer Meldung des «New Statesman» vom 23. März «gab der nationale Sicherheitsrat der USA am 6. November Befehl an die Strategische Luftwaffe, Bereitschaftsstellung zu beziehen, weil die Drohung eines Atomangriffs als groß genug erachtet wurde». Die Welt entging also mit knapper Not einem atomaren Krieg.

Diese Tatsache veranlaßt das Redaktionskollegium, die uns und kommende Generationen bedrohende Gefahr atomarer Rüstungen offen zu erörtern. Wir haben die anerkannte Wissenschafterin Frau Professor Gertrud Woker, Bern, ersucht, sich in zwei Ausgaben der «Neuen Wege» über die Wirkung der heute bekannten Waffen und unsere Abwehrmöglichkeiten zu äußern. Darlegungen dieser Art sind natürlich nicht leicht zu verstehen, Grund genug für den ernsthaften Menschen, sich damit zu beschäftigen und sich zum Kampf gegen den Krieg zu wappnen.

Es ist dies eine bedrückende Osterbotschaft, doch waren die «Neuen Wege» nie ein Erbauungsblatt. Sie haben immer in erster Linie der Wahrheit zu dienen gesucht.

An die Ewiggestrigen

Einige Überlegungen und Tatsachen zum Zivilschutz

Vor mir liegen zwei Nummern der «Neuen Zürcher Zeitung»: die Morgenausgabe Nr. 368 vom 9. Februar, die den Abdruck eines Artikels über die Gefahr der Experimente mit Wasserstoffbomben, verfaßt vom Konkurrenten Eisenhowers im Präsidentschaftswahlfeldzug, Adlai E. Stevenson, in «Cowles Magazines», Neuyork, bringt, und die Abendausgabe Nr. 485 vom 20. Februar mit einem km gezeichneten Artikel über «Schutz vor der Atombombe». Der erstere, von erstklassiger sachverständiger Seite dokumentiert, zeigt uns die furchtbare Wirklichkeit, wie sie die Experimente mit H-Bomben ad oculos demonstriert haben, der letztere lebt in den Wunschträumen eines Schutzes vor der Atombombe, der sich auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges stützt. Seiner Weisheit letzter Schluß sind Angaben aus dem Untersuchungsbericht der amerikanischen Kommission, welche die Wirkung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki prüfte. (Ausgerechnet die amerikanische, das heißt also der Bock, der zum Gärtner gemacht wurde, hat den Schaden zu beurteilen, den er im Garten angerichtet hat.) In erster Linie sind wohl jene Angaben als Beruhigungspillen für weite Kreise des amerikanischen Volkes bestimmt, die in keiner Weise die Brutalität ohnegleichen gebilligt haben und noch billigen, mit denen das unglückselige japanische Volk niedergeknüppelt wurde – angeblich um den Krieg abzukürzen und damit das Leben amerikanischer Soldaten auf Kosten der japanischen Zivilbevölkerung zu schonen. Daß deren Opferung, vom militärischen Standpunkt sogar, sinnlos war, gibt im übrigen der km-Artikelschreiber selber zu, wenn er feststellt, daß der japanische Kaiser schon im Juli zur Übergabe entschlossen war und den Fürsten Konoye nach Moskau sandte, um einen Frieden um jeden Preis zu erreichen. (Daß dieser Schritt den alliierten Regierungen – also auch der amerikanischen – vor Abwurf der Atombombe bekannt war, ist anzunehmen, steht jedoch hier nicht zur Diskussion.)

Wahrheit tut not

Doch angenommen, daß die Behauptungen, die der km-Artikelschreiber anführt, für die an den schicksalsschweren Tagen von Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben den Tatsachen entsprechen würden, so bedeutet es Volksbetrug, auf dieselben heute noch abzustellen, oder ausgedrückt mit den Worten des Nobelpreisträgers für Physik P. M. S. Blackett, Professor am Imperial College, London: «Die bewußte Verheimlichung oder Verfälschung von wichtigen Verteidigungstatsachen ist zu gefährlich, als daß sie aufrechterhalten werden kann.» (Atomic Weapons and East-West Relations, 1956.)

Man möchte im Interesse der Ehre unseres Volkes annehmen, daß

es nur Unkenntnis der Tatsachen ist, die den Verfasser des Artikels «Schutz vor der Atombombe» zu seinen sonderbaren – um angesichts der Tragik nicht zu sagen lächerlichen – Behauptungen veranlaßt hat, wenn nicht gerade elf Tage vorher jener Artikel von Adlai Stevenson ebenfalls in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen wäre, der ihn in allen Punkten darüber belehrt hätte, wie die Dinge heute liegen – heute, da wir mit der tausendmal die Wirkung der Hiroshima-Nagasaki-Bomben übersteigenden 20-Megaton-Bombe*, die Stevenson erwähnt, zu rechnen haben, deren Weiterentwicklung und strategische Anwendungsmöglichkeiten ständigen Fortschritten im West- wie im Ostblock unterworfen ist. Doch nehmen wir an, der für den Atombombenschutzartikel verantwortlich zeichnende Herr km habe den seine Darstellung auf der ganzen Linie widerlegenden Artikel des führenden Mannes der amerikanischen Demokratischen Partei tatsächlich nicht gekannt.

Dann werden er und alle, die seine vorsintflutlichen Ansichten teilen, sicherlich bestrebt sein, das Versäumte baldmöglichst nachzuholen. So kann ich die von dem berühmten amerikanischen Staatsmann in seinem Artikel beigebrachten Tatsachen wohl als bekannt voraussetzen und mich darauf beschränken, dieselben durch einige Feststellungen anderer bedeutender Staatsmänner sowie hervorragender Wissenschaftler und Militärs, die wahrhaftig keine Defaitisten sind, zu ergänzen. Ich entnehme die Angaben vorwiegend dem amerikanischen «Bulletin of the Atomic Scientists» (BAS), in dem eine Gruppe führender Kernwissenschaftler allen offiziellen Verwedelungsversuchen und Druckmitteln à la McCarthy zum Trotz die Wahrheit allen denjenigen zugänglich macht, die auf deren Kenntnis mehr Wert legen als auf ihre Verschleierung und darauf sich gründende Spekulationen.

Gefahr einer Weltzerstörung

So erklärte der frühere Führer der Labourpartei, Clement Attlee (zitiert aus «Listener», 17. Juni 1954): «Ich glaube, daß die Gefahr einer Weltzerstörung sehr real ist.» Des weiteren sprach sich in seiner Eröffnungsrede an der Weltkonferenz der Wissenschaftler, am 3. August 1955 in London, Bertrand Russell dahin aus, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Krieg mit Atomwaffen einen Planeten ohne Leben – außer einigen Moosen und Pilzen – zurücklassen würde ... Und ferner: «Wir können nicht auf die Lektionen eines dreißigjährigen Krieges warten, zu deren Erlernung es keine Überlebenden mehr geben würde.» ... Und endlich: «... Die Erfahrung würde aller Voraussicht nach die eines universellen Todes sein.»

Man mag diesen Äußerungen entgegenhalten, daß Staatsmänner und führende Politiker keine Sachverständigen sind und daß es sich bei Bertrand Russell trotz seiner wissenschaftlichen Berühmt-

* Entsprechend der Sprengwirkung von 20 Millionen Tonnen Trinitrotoluol.

heit ebenfalls nicht um einen Kernphysiker, also um einen Experten im engeren Sinne, handle. Hören wir daher, was diese selbst zu sagen haben:

Da ist zunächst ein «Brief aus London», den das «Bulletin» in seiner Mainummer 1955 publiziert hat. Er stammt vom Mitherausgeber des englischen Journals der Atomwissenschaftler, A. G. Hester, und referiert über die Debatte im Oberhaus vom 16./17. März, anschließend an die Mitteilung, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit der Entwicklung und Herstellung thermonuklearer Waffen fortzufahren. Bei diesem Anlaß wurde festgestellt, daß: «eine über Bristol explodierende Wasserstoffbombe tödliche Verseuchung über das ganze Land und mit dem vorherrschenden Südwestwind über der Nordsee verbreiten würde». Professor C. P. Powells jüngste Schätzung, daß die Explosion an geeigneten Stellen von ungefähr 20 Wasserstoffbomben der größten, 500 Megatonnen Trinitrotoluol äquivalenten Stärke zur Zerstörung des Großteils der Bevölkerung Englands führen würde, scheint nicht allzu abwegig ... «Es besteht kein Zweifel darüber, daß, wenn ein Feind dies wirklich beabsichtigt, dieses Land (England) in sehr kurzer Zeit ausradiert werden kann; jeder Gedanke an einen Zivilschutz ist unter diesen Auspizien bedeutungslos ...»

Die ganze Hoffnungslosigkeit des Schutzproblems

zeigt auch der bekannte militärische Mitarbeiter der «New York Times», Hanson W. Baldwin, auf, wenn er in einem am 10. August 1954 in der «New York Times» erschienenen Artikel, betitelt «Nagasaki plus Nine Years», die Entwicklung der Atomwaffe in diesem Zeitraum mit den folgenden Worten skizziert:

«Die Atombombe des Zweiten Weltkriegs mit ihrer ungefähr 20 000 Tonnen TNT (Trinitrotoluol) äquivalenten nominellen Explosivkraft hat sich zu dem thermonuklearen (Wasserstoff) Ungeheuer von 1954 ausgewachsen mit einer Stärke von unbegrenzter Wirksamkeit, die schon in Massen von 10 000 000 Tonnen TNT gemessen wird. Atomische Entwicklung bedeutet weniger Sicherheit, nicht mehr.»

Dementsprechend konstatiert der Direktor des Instituts für theoretische Physik in Wien, Professor Thirring (BAS, Februar 1955):

«Aggression in einer mit Wasserstoffbomben bewaffneten Welt bedeutet nicht nur Massenmord, Aggression bedeutet auch Selbstmord. Welcher Staatsmann ist so ehrgeizig, nicht nur Feindesland, sondern auch sein eigenes zu zerstören!»

Und was die Zerstörung bedeutet, sagt der Kernphysiker Professor Morgenthau von der Universität Chicago in der Oktobernummer 1954 des BAS mit dem folgenden lapidaren Satz: ... «Atomkrieg – universelle Zerstörung und Ergebnis äußerster Verzweiflung.»

Nicht anders ist die Auffassung von Professor Bhabha (Indien), der nach dem Bericht in der Oktoberausgabe 1955 des BAS in seiner

Rede zur Eröffnung der Konferenz über die friedlichen Anwendungen der Atomenergie, die im August 1955 in Genf stattfand, unter anderem folgendes sagte:

«Bevor er starb, setzte Einstein seine Unterschrift unter ein Dokument, in welchem hervorgehoben wurde, daß ‚... die ersten Autoritäten darüber einig sind, daß es sehr wohl möglich sei, daß ein Krieg mit Wasserstoffbomben der menschlichen Rasse ein Ende setzen werde'. Im Falle der Verwendung zahlreicher Wasserstoffbomben wird universeller Tod befürchtet – auf der Stelle nur für eine Minderheit, für die Mehrzahl jedoch eine langsame Tortur von Siechtum und Auflösung.»

In der selben Weise sprach sich Präsident Eisenhower in einer kurz zuvor gehaltenen Rede aus:

«In steigendem Maße scheint bei allen das Verständnis dafür aufzugehen, daß ein mit Kernwaffen bis zum äußersten geführter Krieg möglicherweise Rassenselbstmord sein würde.»

Auch Hornell Hart, Professor an der Duke-Universität (USA), der 1949 mit dem Edward-E.-Berneys-Atomenergiepreis ausgezeichnet wurde, hat sich nach der Juninummer 1954 des BAS folgendermaßen ausgesprochen: «New York würde durch das Äquivalent von acht Bomben zerstört, Washington und Chicago durch vier, Detroit, Los Angeles und Philadelphia durch je zwei und die sechzehn nächstgrößten Städte durch je eine Bombe (Verlustfeststellungen des potentiellen 1954-Raids) ... Nach dem hypothetischen 1957-Raid würden 20 Millionen von den 30 Millionen Einwohnern der Hauptstädte in den 25 Metropolzielgebieten tot oder verwundet sein ... Könnten die Verletzten und Obdachlosen betreut werden? ... Nicht nur für einen Tag oder zwei, sondern für irgendwelche Zeitspanne der nachfolgenden Desorganisation?»

Die Wirkung des Aschenausfalls

Von den drei Komponenten, die den Effekt der nuklearen Waffen bestimmen, der Spreng-, Brand- und radioaktiven Wirkung, steht nach Dr. Lapp die letztere an erster Stelle. So spricht er sich in einer Buchkritik in der Märznummer 1955 des BAS dahin aus, daß «die Wirkungen des radioaktiven Aschenausfalls von Superbomben, wie nunmehr bekannt ist, den Tötungseffekt von Hitze und Druck in den Schatten stellen».

Da aber Herr km in seinem Atombombenschutzartikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» behauptet: «Die dritte Wirkung der Sprengung eines atomaren Körpers, die radioaktive Strahlung, wird meist erheblich überschätzt», so sei diese «Überschätzung» im folgenden durch einige Beispiele illustriert:

Eine die Schweiz im besondern angehende Notiz findet sich unter dem Titel «Im Schatten des Atompilzes» in der «Nationalzeitung» vom 6. Juli 1955. Sie lautet folgendermaßen:

«Eine Superbombe kann 10 000 Quadratkilometer unbewohnbar machen, zwar nicht durch ihre Explosivkraft, sondern durch radioaktiven Staub. Die Schweizer Berge waren bisher ein unbezwingbarer Schutz vor anderen Waffen, und auch die Explosivkraft einer in ein Bergtal fallenden Atombombe könnte dem Nachbarland nichts anhaben, aber vor den Wirkungen radioaktiven Staubes würden auch hohe Berggipfel nicht schützen. Professor Dr. Compton (ein weitbekannter amerikanischer Atomwissenschaftler, der kürzlich an schweizerischen Universitäten Vorträge hielt) wagt die Behauptung, daß mit vier Bomben die Schweiz unbewohnbar gemacht werden könnte.»

Die Zerstörungen eines Atomkrieges würden so unvorstellbar groß sein, daß alle Kräfte zur Verhütung eines kommenden Krieges zusammenspannen müssen.

Des weiteren berechnet der schon erwähnte, verdiente amerikanische Atomphysiker Dr. Lapp, ein Hauptmitarbeiter am BAS, in dessen Februarnummer 1955, den radioaktiven Aschenausfall auf ungefähr 20 Millionen Röntgenquadratmeilen beziehungsweise rund 45 Millionen Röntgenquadratkilometer, wovon die Hälfte am ersten Tag ausfällt. Hierauf sinkt die Radioaktivität rasch, ohne jedoch auf Null hinunterzugehen. Noch nach fünfzig Jahren bleiben 7,5 Prozent der Strahlungswirkung des totalen radioaktiven Ausfalls erhalten.

Aber Herr Major F. Keßler behauptet in der «Allgemeinen Schweizer Militärzeitschrift», Oktober 1954: «Die Intensität der momentanen Radioaktivität klingt im Zeitraum von drei Minuten so weit ab, daß deren Bedeutung im Gelände vernachlässigt werden kann», und auf Seite 733 derselben Zeitschrift wird behauptet, daß «amerikanische Versuche ergaben, daß Panzer ein radioaktiv verseuchtes Gelände schon nach zwei Minuten ohne Gefährdung für die Besatzung durchfahren können, während für Fußtruppen eine sehr lange Sperrzeit besteht. Dies ist ein triftiger Grund mehr, mit der Beschaffung von Panzern vorwärts zu machen.»

In der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 1099 vom 6. Mai 1954 hat ferner Herr Professor Staub, Direktor der 1. Abteilung des Physikalischen Instituts der Universität Zürich, darauf hingewiesen, daß die radioaktive Wirkung der Wasserstoffbombe um ein Vielfaches erhöht werden kann, «wenn die Bombe durch einen Kobaltmantel umschlossen wird, dessen Material möglichst alle freigesetzten Neutronen einfängt und dadurch in ein gefährliches β-aktives Element Kobalt 60 transformiert wird, dessen Strahlung die biologisch äußerst wirksame Energie von etwas über einer Million Elektrovolt besitzt und das mit einer relativ langen Lebensdauer von fünf Jahren zerfällt». Was diese wissenschaftliche Ausdrucksweise in leichtfaßlicher Sprache über die Wirkung der Kobaltbombe aussagt, findet sich in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 7. März 1955:

«Die mit radioaktiven Partikeln gesättigte ‚Wolke' einer Kobalt-

bombenexplosion ist nicht örtlich zu begrenzen. Die Windströmung kann sie überall hinführen. Ihre jedes organische Leben vernichtende Wirkung hält sich mehrere Jahre. Wohin immer sie wandert, sind Tod oder grauenvolle Verstümmelung. Der Staat, der sie einsetzte, wäre morgen von seiner eigenen Waffe und nicht der seines Gegners bedroht. Es ist nicht nur der Grundsatz aufgehoben, daß es gegen jeden Angriff eine Verteidigung gibt. Es gibt nicht einmal mehr einen Schutz gegen die eigene Angriffswaffe.»

Und noch nicht genug damit: «Das Andere Deutschland» (6/1955) schreibt in einem Artikel über das Geheimnis der Atomexplosion im März 1954:

«... Die tödlich wirkende Radioaktivität, die diese Bombe (die U-Bombe mit einem Uranmantel aus U 238) auslöst, übersteigt um vieles die Radioaktivität einer zur Explosion gebrachten Kobaltbombe. Durch eine Explosion der U-Bombe wird nach den Erfahrungen des Versuchs im vergangenen Jahre jedes Leben in einem Gebiet von 18 000 Quadratkilometern getötet.»

Dem radioaktiven Kobalt und Uran reiht sich das unter dem Spaltmaterial der Wasserstoffbombenversuche im Pazifik aufgefundene Strontium-90 an, über das der schon erwähnte Dr. Lapp in der Oktobernummer des BAS 1956 folgendes berichtet:

«Fragmente der Bombenasche der Versuche im Pazifik gehen nun in die Knochen der Menschen in aller Welt über und erzeugen dort in vielen Fällen Krebs. Insbesondere handelt es sich um das radioaktive Strontium oder Strontium-90, das das gefährlichste Nachfolgeprodukt der nuklearen Tests darstellt ... Als die Atomenergiekommission 1950 ihre Auswertung des globalen radioaktiven Ausfalls durchführte, hat sie Strontium-90 nicht in ihre Berechnungen einbezogen ... Wir müssen das unerwartete Bild von Multimegatonexplosionen in Betracht ziehen, die vor sechs Jahren nicht anzunehmen waren, insbesondere das Verbleiben von Bombenasche in der Stratosphäre. Aschenrückstände in der Stratosphäre rühren vom Einschluß von Spaltungsabfall über der Tropopause her, so daß die unsichtbaren radioaktiven Fragmente um die Erde kreisen ...»

Dr. Libbys Bericht (über die von der Atomenergiekommission veranlaßten globalen Messungen des radioaktiven Ausfalls) vom 20. April 1956 enthält viel Zahlen- und graphisches Material über die globale Verteilung des Strontium-90 und seine schließliche Ablagerung in menschlichen Knochen. Zusätzliches Material ist von britischer Seite erhältlich. Manches davon ist zusammengefaßt in «Die Gefahren von nuklearen und verwandten Strahlungen für den Menschen», einen Bericht des medizinischen Forschungsrates, der die Tatsachen über die Strahlungsgefahr in ausgezeichneter Weise wiedergibt (erhältlich vom Britischen Informationsdienst, 30 Rockefeller Plaza, NY).

Unsere Nahrung wird verseucht

«Das Schlüsselglied im Bomben-zu-Knochen-Transport von Radiostrontium ist die Aufnahme von Ausfalltrümmermaterial durch grasendes Weidvieh und die nachfolgende Einverleibung in Milchprodukte. ... Unsere Sorge ist der globale Ausfall von nuklearen Waffen mit großer Ausbeute an diesem. Explosionen dieser Art liefern Bombenwolken, welche die Troposphäre durchdringen und ihr Trümmermaterial in die Stratosphäre ergießen. Die Trennungslinie zwischen der Troposphäre und der Stratosphäre liegt in einer Höhe von ungefähr 30 000 Fuß (10 000 m) in den gemäßigten Zonen und doppelt so hoch in den Tropen. Detonationen der Megatonklasse schleudern Trümmermaterial zu einer Höhe von 100 000 Fuß (etwa 33 000 m) oder mehr. Sehr wenig ist über das Verhalten ultrafeiner Teilchen in der Stratosphäre bekannt. Aber es ist klar, daß Strontium-90 dort lange Zeit – nach Dr. L i b b y s Schätzungen ungefähr zehn Jahre – verbleibt ... Neuere Tests, sowohl von seiten der Sowjets wie der Amerikaner, haben Explosionen von Waffen der Megatonklasse hoch in der Luft festgestellt. Bei diesen war der lokale Ausfall vermindert, aber die Verschmutzung der Atmosphäre im Hinblick auf Strontium maximal gesteigert.

Die Schlüsselangaben, auf die man sich im Atomenergiekommissionsbericht zu konzentrieren hat, sind die 26 Mega(= Millionen)tonnen in die Stratosphäre geschleudertes Strontium und ihre endgültige Konzentration im menschlichen Knochen.» (Schluß folgt) *Gertrud Woker*

Franklin Delano Roosevelt

Rückblick aus Anlaß der zwölften Wiederkehr seines Todestages 12. April 1945

Im Aprilheft 1945 der «Neuen Wege» schildert Leonhard Ragaz auf Seite 189 seine Empfindungen, als ihm der plötzliche Tod Roosevelts gemeldet wurde:

«Der erste Eindruck dieser Kunde auf mich, wie gewiß auf Zahllose, ist, als ob eine ganze Welt zusammenstürzte, deren wichtigste menschliche Stütze und Verkörperung im Augenblick dieser Mann war. Von ihm nun im Sinne eines Nachrufs zu reden, wäre mir nicht nur unmöglich, sondern ist auch unnötig. Es wird dazu noch Gelegenheit genug geben. Auch wissen meine Leser, wie hoch ich, ohne ihn zu vergöttern, von diesem Manne gedacht habe. Er war ein wirklich Großer, der weitaus Größte unter denen, die in diesen Tagen auf dem Schauplatz des Weltgeschehens standen und stehen. Nur ein Gedanke, der sich mir aufdrängte, sei ausgesprochen: Es ist nun das zweite Mal, daß der Mann, an dem die Friedenssache hing wie an keinem andern, mitten in der Bahn gefällt

wird. Ich denke an Wilsons Los. Der Unterschied zwischen den beiden Geschicken: daß Wilson nach der doch wesentlich auch durch seine Erkrankung verursachten Niederlage starb, Roosevelt aber auf der Glanzhöhe des Erfolges, tritt gegen die Ähnlichkeit zurück. Es gehört aber zum Größten an Roosevelt, daß er nicht nur an Wilsons Erbe, sondern auch an seiner Persönlichkeit ritterlich festhielt. Damit ist auch das andere schon angedeutet: wie durch Wilsons Tod und auch seine Niederlage seine Sache nicht dauernd besiegt werden konnte, so auch Roosevelts Sache nicht durch das brutale Eingreifen des Todes.

Und noch eins drängt sich mir auf. Ich habe diesen Morgen zuerst im Traume, dann auch im Wachen, auf ganz merkwürdige Weise mit dem Gedanken des Opfers zu tun gehabt und habe noch unter dem Eindruck dieses Traumes stehend die schwere Nachricht erhalten. Und nun sage ich mir: auch Roosevelt ist ein Opfer – er ist als Opfer übermenschlicher Anstrengungen zusammengebrochen. Was dieser kranke Mann dem versagenden, durch ein rätselhaftes Geschick einst in der blühenden Vollkraft des Mannesalters getroffenen Leibe abgerungen hat, zuerst für sich und dann für die Welt, wird als Wunder echten Heldentums in der Geschichte leuchten. Und der Segen des Opfers wird mit seinem Bilde gehen für sein Volk und die Welt.»

Etwa ein Jahr nach dem Tode Roosevelts erschien ein Buch mit dem Titel «Wie Er es sah», geschrieben von seinem Sohn Elliot. Er leitet sein Buch mit folgenden Worten ein:

«Ich mußte dieses Buch schreiben, weil Zweifel in mir aufstiegen, ob es nur einem Sichtreibenlassen zuzuschreiben ist, daß von der Einigkeit, dank derer wir den Krieg gewannen, nichts mehr vorhanden ist. Ich mußte schreiben, weil ich die Gewißheit gewann, daß diese Einigkeit willkürlich zerstört wurde von Menschen, die es besser wissen sollten!

Mein Buch wird nur nebenbei den Krieg berühren. Seine Aufgabe ist, über die Art, wie der Friede gehandhabt wird, Licht zu verbreiten.

Weshalb gerade ich? Was habe ich zu bieten? Vielleicht bin ich für dich, lieber Leser, der Roosevelt, der einst für Hearst arbeitete, oder du siehst mich als einen, der auch mal von sich reden lassen möchte.

Mir scheint es, daß die biologische Tatsache, daß ich meines Vaters Sohn bin, und daß es mir als solchem vergönnt war, auf seinen Reisen und bei einigen seiner wichtigsten Kriegskonferenzen dabeizusein, mich geeignet zu solchem Tun macht. Ich war dabei, als die Atlantische Charta geboren wurde, ferner bei den Zusammenkünften in Casablanca, in Kairo und in Teheran, wo mein Vater zum erstenmal Stalin traf. Bei diesen Konferenzen hatte ich an meines Vaters Seite das Amt des Botschafters, des Laufburschen

und des Mundschenks. (Das letztere nahm oft in bezug auf einen der Großen Drei meine ganze Zeit in Anspruch.) Ich hörte den Vertretern unserer sämtlichen Verbündeten zu: Churchill und Stalin, den Generälen, Königen und Emirs.

Nach Schluß der langen Verhandlungen gab es kaum einen Abend, da Vater und ich nicht einige Stunden zubrachten, um über die Erlebnisse des Tages zu sprechen. Ich kenne die Grundlage, die mein Vater für den Bau eines wahren Friedens für unerläßlich hielt; ich weiß um die Verhandlungen, Reden und Gegenreden, Zugeständnisse und Versprechungen, die zu ihrer Annahme führten. Und ich habe gesehen, wie diese Versprechungen gebrochen, die Zugeständnisse zynisch mißachtet, der Friedensplan über den Haufen geworfen wurde.

Ich schreibe dies Buch für euch, die ihr wie ich seht, daß der Weg, den Franklin Roosevelt beschritten hatte, absichtlich und in verhängnisvoller Weise verlassen wurde. Ich schreibe dies in der Hoffnung, daß es helfen könnte, uns auf seinen Weg zurückzuführen. Ich glaube, daß dies möglich ist. Ich zittere vor dem entgegengesetzten Weg.»

Wir, die wir an Ort und Stelle mit offenen Augen beobachten konnten, was nach dem Tode Roosevelts in den USA gespielt wurde, wissen, daß sein Sohn recht tat, den Verrat aufzuzeigen. Wir sehen auch, wie recht Leonhard Ragaz hatte mit seinen Worten, daß «mit diesem Tod eine ganze Welt zusammenstürzte». Ja, eine Welt der Menschlichkeit und Rechtlichkeit, des auf gegenseitigem Vertrauen ruhenden, tüchtigen Friedensschaffens versank, und alle Geister der Hölle waren losgelassen, das Werk des Mannes, den sie haßten, zu zerschlagen.

Was war das Wesentliche dieses Werkes? Lassen wir nochmals Ragaz sprechen (Seiten 168–169):

«Indem ich mich anschicke, dieses besondere, kurze Wort über Roosevelt auszusprechen, ... taucht zuerst das Bild W i l s o n s auf. Roosevelt ist ja Wilsons Anhänger, sogar Schüler gewesen und dann sein politischer Nachfolger geworden. Er hat von ihm sein gewaltiges Erbe übernommen: die Friedensschaffung durch den Völkerbund und den Auftrag Amerikas für dieses Werk, der zu seinem persönlichen Auftrag geworden ist. In Wilson ist, während der Entfesselung aller schlimmsten Wirkungen des Erdgeistes und seiner Tochter, der ‚Realpolitik', auf einmal zu ihrem Staunen der Welt etwas ganz Neues entgegengetreten: der Appell des s i t t l i c h e n Geistes und der s i t t l i c h e n Wahrheit, als starke und selbstverständliche G e s i n n u n g, begründet in einem ebenso starken und selbstverständlichen (von den «Frommen» freilich wie immer nicht verstandenen) G l a u b e n an das Heilige. Das war für die Welt, wie gesagt, etwas Fremdes. Sie war seit langem an etwas ganz anderes gewöhnt. Sie war, um es in einem

Symbol auszudrücken, an Bismarck gewöhnt... Bismarck bedeutete die ‚Realpolitik', das heißt er bedeutete den Glauben an die Gewalt als die einzige Realität im Völkerleben. Seine Losung war ‚Blut und Eisen'! Und weil er damit zunächst Erfolg hatte und das ganze sonstige Denken des Zeitalters dazu stimmte, hat die Welt an ihn geglaubt. Erst nachdem dieser Glaube einen Teil seiner Konsequenzen furchtbar offenbart hatte, ist ihm mit Erfolg – trotz allem! – Wilson entgegengetreten...

Roosevelt hat Wilsons Werk und Wilsons Persönlichkeit durch sein eigenes Werk gerettet: er hat sie wieder zu Ehren gebracht... aus dem Eigenen... aus der gleichen, im Heiligen gegründeten, selbstverständlichen ethischen Grundgesinnung, aus dem gleichen selbstverständlichen Glauben an die sittliche Wahrheit, welche auch die menschliche Wahrheit ist.»

Daß es das Wesentliche von Roosevelts Werk war, die sittliche Grundgesinnung in der Innen- und in der Außenpolitik zur «Staatsraison» zu machen, das hat ihm den glühenden Haß seiner Geistesantipoden eingetragen. Leonhard Ragaz war dessen wohl gewahr. Auch Hitler hat ihn gehaßt wie keinen andern. In «schlafwandlerischem» Scharfsinn hat er ihn mit Recht als seinen gefährlichsten Feind erkannt und kurz vor seinem eigenen Untergang in «Dreck und Feuer» noch gejubelt, als er von Roosevelts Tod hörte. Sie hatten etwas gemeinsam. Sie hatten beide in den gleichen zwölf Jahren Macht über ihre Völker ausgeübt, der eine zum Segen, der andere zum Verderben. Hitler war am 31. Januar angetreten, Roosevelt am 4. März.

Was hatte Roosevelt bei seinem Antritt vorgefunden?

Die ganze westliche Welt war damals durch eine Wirtschaftskrise von noch nicht erlebter Schwere erschüttert. Wir später Eingewanderten haben viele Berichte über die Schrecken dieser Zeit gehört. Sie hatte tatsächlich alle Bevölkerungsschichten unerwartet mitten in einer Zeit beispiellosen Wohlstandes getroffen. Nach dem Bankenkrach im Oktober 1929 lagen Arbeiter und Mittelständler arbeitslos auf der Straße. Behörden und Schulen konnten ihre Beamten nicht bezahlen. Die Gewohnheit, auf Abzahlung zu kaufen, wirkte sich furchtbar aus. Die Spitzen der Dollarhierarchie waren nicht glücklicher. Sie zitterten um das Leben des kapitalistischen Systems, und diese Furcht war der Grund, daß sie Roosevelt freie Hand ließen, ihn fast auf den Knien anflehten, das «freie Unternehmertum» zu retten, koste es, was es wolle. Was sie freilich nicht daran hinderte, sobald sie sich gerettet sahen, das Werk des sozialen Fortschritts nach Strich und Faden zu sabotieren.

Einer der Biographen Roosevelts, Frank Kingdon, schildert in seinem Buch «Architects of the Republic» das Rettungswerk Roosevelts.

«Unser Volk war in Gefahr, sein Selbstvertrauen zu verlieren. Ängstlich flüsterte man auf Straßen und Gassen von der nahenden Revolution. Franklin Roosevelt rettete die Nation, indem er ihre

Seele rettete. Er nahm sich des kranken Volkes an, blies ihm neuen Mut und Zutrauen ein und stellte es wieder auf die Beine, so wie er es einst mit sich selbst getan hatte.

Das Epos seines Sieges über die Lähmung beider Beine, die ihn aus heiterem Himmel überfallen hatte, gehört in die Reihe der großen Heldentaten unserer Geschichte. Doch eine noch größere Leistung war die Befreiung seines Volkes von geistiger Lähmung.

Er wußte genau, wie es zu machen war, und er machte es. Er rief den Kongreß und die Gouverneure der Staaten zusammen, verhandelte mit Vertretern fremder Länder, führte am 8. März die erste Pressekonferenz ein, am 12. März seine erste Rundfunkplauderei am Kamin. Am 13. März waren die Banken wieder offen.

In den ersten hundert Tagen schaffte er es. Jeden Tag bekam der Kongreß neue Entwürfe zur Ingangsetzung der Volkswirtschaft, zur Abstellung von Mißständen vorgesetzt. Ein Landwirtschaftsgesetz half den Farmern durch Kreditgewährung und andere Erleichterungen auf die Beine, stoppte die herzbrechende Verschleuderung von Bauernhöfen. Das Civilian Conservation Corps stellte junge Arbeitslose zum Aufforsten der durch Raubbau vernichteten Wälder an. Reform der Banken und Darlehensinstitute brachte dem kleinen Mann die staatliche Sicherung seiner Sparguthaben, und billige Hypotheken ermöglichten Minderbemittelten ein eigenes Heim oder schützten sie vor dem Verlust desselben. Ein Eisenbahngesetz rettete die Eisenbahnen vom Bankerott, ein anderes Gesetz die Arbeitslosen vor dem Verhungern. Und so weiter ad infinitum. 3300 Millionen Dollar wurden zur Finanzierung allein von Notstandsarbeiten bewilligt.»

Roosevelt griff die Lehre von John Keynes auf, daß Staatsschulden in Krisenzeiten für produktive Zwecke die allgemeine Wohlfahrt fördern und dadurch eine gesunde Geldwirtschaft ermöglichen.

Zwei Charaktereigenschaften halfen ihm bei seinem Titanenwerk. Er war vollkommen frei von Vorurteilen gegen Menschen und Dinge und seelisch gefeit gegen die bösartigsten Verleumdungen. Nicht, daß sie ihn nicht geschmerzt hätten, und manchmal schwer. Aber sie vermochten ihn nicht zu beugen und nicht um Haaresbreite von dem, was er für richtig und recht hielt, abzubringen.

Seine Feinde warfen ihm Machtgier vor. Sie hatten recht. Er wollte Macht, aber nicht zur eigenen Verherrlichung, sondern zum Besten seines Volkes und der Welt. Wie schwer hat er, der weiter und tiefer schaute als die Massen und die durch Selbstsucht Blinden, unter den Fesseln der Demokratie gelitten, die seine Macht beschränkten! Wie oft mußte er lavieren, ein kleineres Übel hinnehmen, um größere zu verhüten! Man nannte ihn dann einen «politician», das heißt einen, der sich kleiner Tricks bedient, um seinen Willen durchzusetzen, wie es oft kluge Frauen ihren weniger klugen Männern gegenüber tun.

Leider fehlt es an Raum, um auch nur seine größten Leistungen

im Kriege gegen Hitler zu schildern. Seine erste Tat auf außenpolitischem Gebiet war die Anerkennung Sowjetrußlands, das bis dahin für die USA nicht existiert hatte (wie heute die 600 Millionen Chinesen). Mit Stalins Gesandtem Litwinow war er einig, daß der Weltfriede unteilbar ist, daß ein echter Friede sich nicht nur auf die großen Nationen stützen kann, sondern durch eine neue Ordnung die Zusammenarbeit aller organisieren muß.

Wir wollen uns nicht der Heldenvergötterung schuldig machen und auch seiner Fehler gedenken. Daß er unter dem Druck seiner Isolationisten die Nichtinterventionspolitik Englands und Frankreichs gegen die von Franco überfallene spanische Republik mitmachte, hat er später als schweren Fehler bereut. Sein bereits zitierter Biograph, Frank Kingdon, schreibt: «Er hatte menschliche Schwächen, wie wir alle. Er konnte wertvolle Freunde verletzen, während er unzuverlässige hegte. Mit der Zeit vertraute er so stark auf seinen eigenen Verstand, daß er oft wertvolle Beratung verschmähte. Historiker werden ihm viele Fehler als Administrator nachweisen.»

Diesen menschlichen Schwächen stellt Kingdon seine gewaltigen Tugenden und Leistungen gegenüber und sagt: «Große Persönlichkeiten haben ihre Schwächen wie wir Durchschnittsmenschen. Aber das, was sie groß macht, ist nicht das, was sie mit uns teilen, sondern das, was sie m e h r haben als wir.»

Leonhard Ragaz fragt (auf Seite 172): «Was wäre aus unserer Welt, nach menschlichem Ermessen, geworden ohne Roosevelt? Ist er nicht in dem Sinne, der allein in Betracht kommen kann, der R e t t e r geworden, dieser e i n e Mann, der Retter der Welt und nicht zuletzt der Schweiz vor einem furchtbaren Schicksal?» – Wie viele Zeitgenossen haben schon lange dieses furchtbare Schicksal vergessen und Roosevelt dazu? Dürfen wir vergessen, daß Roosevelt durch seine innen- und außenpolitischen Erfolge erwiesen hat, daß Taubenredlichkeit, verbunden mit Schlangenklugheit, die wahre «Realpolitik» ist?

Menschliche Vergeßlichkeit ist von jeher des Geistes schwacher Teil gewesen, der dem «Feind» das willkommene Eingangstor bietet.

«Hüte dich nur und bewahre deine Seele wohl, daß du nicht vergessest der Geschichten, die deine Augen gesehen haben, und daß sie nicht aus deinem Herzen kommen all dein Leben lang. Und sollst deinen Kindern und Kindeskindern kundtun.» (5. Mose, 4, 9.)

Alice Herz

WELTRUNDSCHAU

Der Brandherd im Orient Der Kalte Krieg zwischen Ost- und Westblock geht so scharf wie nur je weiter. Seine Förderer und Interessenten im Westen haben ja die

Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes durch die Sowjetunion mit grimmiger Freude ergriffen, um dem «Koexistenzschwindel» ein Ende zu machen und ganz konsequent die «Politik der Stärke» wiederaufzunehmen, die durch die russischen Entspannungsbemühungen so bedenklich gefährdet schien. Der Schauplatz des großen Machtkampfes hat sich dabei stark nach dem Osten verlagert, genauer nach dem vorderasiatisch-nordafrikanischen Orient. Hier entwickelt sich jetzt eine Krise, die viel heftiger zu werden droht, als die Suezkrise vom vergangenen Herbst war, und neben der die ungarischen Ereignisse geradezu als drittrangige Lokalangelegenheiten erscheinen – eine Krise, die, wie allen Beteiligten bewußt ist, die sehr ernste Gefahr eines allgemeinen Weltbrandes in sich birgt.

Im Vordergrund steht zunächst freilich «nur» der Konflikt zwischen Israel und Ägypten. Es zeigt sich dabei immer mehr, wie verhängnisvoll der Fehler war, den Israel mit seiner Offensive gegen Ägypten begangen hat. Man mag noch so sehr die Zwangslage würdigen, in der sich Israel befand; man mag es durchaus verstehen, daß der großen Mehrheit der Israeli die Wiederaufnahme des formell ja nie beendeten Krieges mit Ägypten als das einzige Mittel erschien, um Ägypten zur Anerkennung seines Lebensrechtes zu zwingen – die Tatsache bleibt eben dennoch bestehen, daß Israel, ohne die letzten friedlichen Mittel erschöpft zu haben, in krasser Verletzung der Satzung der Vereinten Nationen zur militärischen Selbsthilfe griff, daß es zu diesem Zweck mit Frankreich und England konspirierte, die so ihr langgeplantes imperialistisches Abenteuer ins Werk setzen konnten, und daß es so mithalf, die Welt an den Rand einer dritten Kriegskatastrophe zu führen.

Das durfte nicht untätig hingenommen werden. Das Faustrecht durfte nicht triumphieren. Es war darum richtig, daß die Vereinten Nationen, mit Amerika als treibender Hauptkraft, Israel zum Rückzug hinter die alte Waffenstillstandslinie zwangen. Es war tapfer und klug von der Regierung Ben Gurion, daß sie sich diesem Druck fügte; ein eigensinniger Widerstand, der es auf militärische und wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen gegen Israel hätte ankommen lassen, hätte zum größten Schaden für dieses ausgeschlagen und nur dazu geführt, daß die Kernfrage – nämlich wie Israels staatliche Existenz gesichert werden kann – neuerdings verdunkelt worden wäre. Aber nun sind eben die Vereinten Nationen, ist die Weltmeinung überhaupt moralisch verpflichtet, diese Frage ein für allemal zu lösen. Jetzt muß auch mit Ägypten Fraktur geredet und der ganze arabische Staatenbund gezwungen werden, dem Kriegszustand gegenüber Israel ein Ende zu machen, also die Existenz eines israelischen Staates als nicht wieder umzustürzende Tatsache anzuerkennen. Der vielumstrittene Gazastreifen (eine politische Widersinnigkeit) muß mindestens militärisch neutralisiert werden, der Golf von Akaba muß Israel zur freien Durchfahrt nach

dem Indischen Ozean offenstehen, und die Sperrung des Suezkanals für israelische Schiffe muß endgültig wegfallen.

Aber k a n n Ägypten zu diesen Zugeständnissen gezwungen werden? Durch die UNO unter den gegenwärtigen Umständen schwerlich. Die Sowjetunion, die einfach den arabischen Nationalismus unterstützt, um die Beherrschung des Mittelostens durch Amerika und die übrigen Westmächte zu verhindern, und schon wieder Ägypten großzügig mit Waffen beliefert, wird kaum Hand dazu bieten, daß Ägypten unter wirksamen Druck gesetzt wird. Auch die Vereinigten Staaten, die so heftig um die Gunst der arabischen Völker werben, empfinden stärkste Hemmungen gegenüber einem offenen, tatkräftigen Einstehen für die Verteidigung Israels. Und daß aus der Mitte der mehr oder weniger neutralen Staaten innerhalb der UNO-Generalversammlung ein Wille zur rettenden Tat erwachse, ist angesichts der heutigen Mehrheitsverhältnisse in dieser Körperschaft ganz unwahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten haben die UNO eben nicht mehr so ohne weiteres in der Hand wie früher, seit in verschiedenen Etappen die Zahl der Mitgliedstaaten von 60 auf 81 erhöht worden ist; die beiden Hauptgruppen – die Westmächte mit «zugewandten Orten» auf der einen Seite und der Sowjetblock sowie das afrikanisch-asiatische Lager auf der anderen – vermögen wohl eine Zweidrittelsmehrheit der Gegenseite, wie sie zu einem Beschluß nötig ist, zu verhindern, nicht aber selbst eine Zweidrittelsmehrheit für eine positive Orientpolitik aufzubringen.

Wie soll bei dieser Sachlage Ägypten zur Raison gebracht werden? Wie will die amerikanische Regierung auch nur ihre halben Versprechungen gegenüber Israel erfüllen? Ein Scheitern der Verhandlungen des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld mit Präsident Nasser und vollends ein offenes Versagen der UNO-Versammlung müßte die Vereinten Nationen um den Rest des Vertrauens bringen, das sie in der Welt noch genießen, und Israel zu einer neuen kriegerischen Offensive gegen Ägypten direkt herausfordern – mit all den unabsehbaren Gefahren für den Völkerfrieden, die sie abermals heraufbeschwören würde. Um das Chaos, das heute im Orient herrscht, zu einem Kosmos, einer wirklichen Ordnung, zu gestalten, bleibt darum nichts anderes übrig als e i n e u m f a s s e n d e V e r s t ä n d i g u n g z w i s c h e n d e n V e r e i n i g t e n S t a a t e n u n d d e r S o w j e t u n i o n. Und zwar nicht allein über die endgültige Beilegung des israelisch-arabischen Konfliktes, sondern über die Befriedung des Mittelostens überhaupt – etwa nach dem Vorschlag Nehrus, der den Rückzug der Großmächte aus den umstrittenen Gebieten, die strenge Nichteinmischung des Auslands in die inneren Angelegenheiten der vorderasiatischen Länder und die Aufhebung aller Militärpakte fordert – und darüber hinaus über die wirtschaftliche und soziale Neugestaltung des ganzen Mittelostens. Träger dieser Politik

müßten die Vereinten Nationen werden, die damit eine großartige Aufgabe bekämen; aber ihre Voraussetzung wäre die unmittelbare Verständigung Amerikas mit der Sowjetunion, die die UNO erst handlungsfähig machen könnte.

Vernunft und Gerechtigkeit sollten die beiden rivalisierenden Großmächte zu einer derartigen Vereinbarung geradezu zwingen. Tatsächlich liegt jedoch dieses Ziel so fern wie nur je. Die Westmächte haben den sowjetischen Friedens- und Aufbauplan für den Mittelosten, den der damalige Außenminister Schepilow am 11. Februar vorgelegt hat, jetzt glatt abgelehnt, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihn auf seine Ernsthaftigkeit und Durchführbarkeit durch den Beginn einer Diskussion zu prüfen. «Es ist klar», so schrieben dazu die Londoner «Peace News» (22. März), «daß die Westregierungen fürchten, der Vorschlag könnte wirklich ernst gemeint sein. Sie ziehen den Kalten Krieg der Zusammenarbeit vor. Damit nehmen sie eine schreckliche Verantwortung auf sich, die zu einem tragischen Ende führen kann.» Amerika insbesondere versteift sich unbelehrbar auf die Durchführung des Eisenhower-Planes (den wir in unserer März-Rundschau erläutert haben) und ist jetzt sogar dem Bagdadpakt beigetreten, der Großbritannien, die Türkei, Irak, Persien und Pakistan militärisch gegen die Sowjetunion zusammenfassen will. Ein falscher, verderblicher Weg! Professor G. Barraclough, den wir schon einmal zitierten, warnt in der Neuyorker «Nation» (2. März) neuerdings vor seiner Weiterverfolgung. An das Schreckgespenst eines russischen Angriffes auf den Mittelosten, so stellt er fest, glaube dort niemand. Und die Behauptung, im Orient sei durch den Rückzug Englands und Frankreichs ein Leerraum entstanden, den Amerika ausfüllen müsse, stoße bei den arabischen Nationen nur auf feindselige Ablehnung. Wenn Amerika wirklich die Lage der Mittelostvölker verbessern wolle, so habe es nach allgemeiner Auffassung genug wirksame Mittel dafür und könne sie durch die UNO zur Anwendung bringen. «Und umgekehrt, wenn die Vereinigten Staaten andere Methoden wählen, so muß es sein, weil sie Ziele im Auge haben, die nicht diejenigen der arabischen Völker sind.» Amerikas Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion, so meint der Verfasser, erinnere verdächtig an Napoleons fehlgeschlagenen Versuch, England vom Kontinent auszusperren. «Die Politikmacher in Washington täten gut, diese Geschichte zu überdenken, enthüllt sie doch die unausweichliche Schwierigkeit einer ‚Eindämmungs'-strategie. Die Fragen, die damit verknüpft sind, sind zwar weltweit und stellen sich an jedem Punkt, wo sich der amerikanische und der Sowjetblock berühren; aber im Mittelosten offenbart sich wegen der dort herrschenden besonderen Verhältnisse die Schwierigkeit am klarsten und ist eine Überprüfung der ganzen Politik am dringendsten. Ohne allen Zweifel ist die Politik der Vereinigten Staaten hier im Mittelosten am Ende ihres Weges angelangt.»

Entkolonialisierung Damit ist bereits gesagt, daß auch der große amerikanische Plan für Afrika* ... eben ein Plan bleiben wird. Ob westeuropäischer Altkolonialismus oder amerikanischer Neukolonialismus – mit der Beherrschung und Ausbeutung der unterentwickelten Länder des «schwarzen Erdteils» ist es grundsätzlich vorbei. Das hat vielleicht sogar Vizepräsident Nixon – dieser primitiv-demagogische Scharfmacher, der auf Eisenhowers Nachfolge spekuliert – bei seiner jüngsten Afrikatournee gemerkt. Man setzt zwar in den Vereinigten Staaten weitgehende Hoffnungen auf Afrika. «Große Wandlungen gehen auf diesem Kontinent vor», schrieb unlängst (8. März) «US News and World Report». «Es ist für die Vereinigten Staaten wichtig, bei diesen Wandlungen unmittelbar dabei zu sein ... Weder England noch Frankreich können die notwendige Entwicklung in Afrika finanzieren. Die jungen Nationen Afrikas sind reich an Rohstoffen, aber schwach an politischer Erfahrung und militärischer Macht. Das ist eine glänzende Gelegenheit für Rußland – sofern Amerika nicht die Afrikaner überzeugen kann, daß die Freundschaft der Vereinigten Staaten wertvoller ist als diejenige Rußlands. Darum ist Nixons Rundreise gerade jetzt so wichtig.»

Kein Zweifel: Nixon hat überall, wo er hinkam, die Geschäfte des amerikanischen Kapitals besorgt und wirtschaftliche wie militärische Hilfe gegen den «russischen Einbruch» versprochen: in Marokko und Libyen, wo die Vereinigten Staaten riesige Flugstützpunkte unterhalten, in Tunesien, im Sudan, in Äthiopien, wo Kaiser Haile Selassie den Amerikanern bereits eine Militärbasis in Massaua (am Roten Meer) überlassen hat, und so fort. Und bezeichnend genug ist ja auch, daß Amerika im Mittelmeer die stärkste seiner Flottenformationen, die 6. Flotte, in ständiger Bereitschaft hält, mit einer Feuer- und Zerstörungskraft, die angeblich so groß ist wie diejenige der ganzen amerikanischen Armee im letzten Krieg. Aber bei seinem Besuch in Accra wird dem USA-Vizepräsidenten wohl selbst eine Ahnung von der Macht des Unabhängigkeitswillens der afrikanischen Völker aufgestiegen sein, ist ja doch die ehemalige Goldküste, als souveräner Staat Ghana, zu Anfang März in aller Form zum vollberechtigten Mitglied des britischen Völkerbundes erhoben worden. Ich habe über die Entwicklung, die zu diesem epochemachenden Ereignis geführt hat, an dieser Stelle vor einigen Monaten bereits referiert, so daß unsere Leser im Bild sind. Halten wir darum nur fest, daß Ghana und seine Führer, mit Dr. Nkrumah an der Spitze, jetzt Gelegenheit haben, sinnenfällig zu beweisen, daß die Afrikaner wirklich reif genug sind, um sich selber zu regieren, in Zusammenarbeit mit Europäern und Amerikanern, gewiß, aber nicht unter ihrer Vormundschaft und zu ihrem Profit. Eine große Verantwortung liegt auf dem jungen Freistaat!

Das Beispiel der ehemaligen Kolonie Goldküste wird bestimmt

---

* Siehe die Weltrundschau im Märzheft.

auch den Unabhängigkeitskampf des algerischen Volkes anfeuern, von dessen Ausgang für die ganze Zukunft des französischen Kolonialreiches in Afrika Entscheidendes abhängt. Was seit Jahr und Tag in Algerien vorgeht, schreit ja einfach zum Himmel. Eine halbe Million Soldaten – die größte überseeische Streitmacht, die es jemals gehabt – hat Frankreich eingesetzt, um den Freiheitswillen der Algerier zu brechen; 20 000 Araber und Berber sind nach einer sehr wahrscheinlich weit untersetzten Aufstellung bereits im Kampf getötet worden, neben 2000 Franzosen und Fremdenlegionären, dazu 4000 algerische und 1000 französische Zivilisten. Und die Methoden, die Frankreich in diesem mörderischen Ringen anwendet, sind so brutal und unmenschlich, daß auch in dieser Hinsicht die russische Unterdrückungsaktion in Ungarn vorteilhaft von der Kolonialpraxis der Nation absticht, die «an der Spitze der Zivilisation zu marschieren» behauptet. Man lese, was Pierre-Henri Simon in seinem jetzt in Frankreich viel diskutierten Buch «Contre la torture» über die Folterungen feststellt, die Frankreichs Militär und Polizei anscheinend systematisch an gefangenen Algeriern verüben. «Ich meine», so schreibt er, «daß eine gewisse Ethik des Totalkrieges, eine bestimmte Übernahme der Methoden eines gewissen- und erbarmungslosen Machiavellismus nur möglich sind, wenn man die Berufung Frankreichs auf verbrecherische Art vergißt und seine Seele verrät ... Wir, die wir gegen die Ungeheuerlichkeit der Rassenlehre gekämpft haben, sollten also betrogen und heute Hitlers Besiegte sein?»

Man lese aber namentlich auch die großen Erlebnisberichte aus dem algerischen Krieg, die J.-J. Servan-Schreiber nach einem siebenmonatigen Dienst als Offizier in der französischen Kolonialarmee im «Express» veröffentlicht. Diese ganze Welt des gemeinsten Militärbetriebes, der Entsittlichung, der Lüge und des Geschäftemachens ist derart abstoßend und revoltierend, daß es einen nicht wunder nimmt, wenn die französische Regierung – die Regierung des «Sozialisten» Mollet – nun Servan-Schreiber unter Anklage gestellt hat, weil er «die Moral der Armee untergrabe». Dabei ist der Verfasser dieser Schilderungen weder Militärgegner noch Kommunist oder auch nur Sozialist, sondern ein selbständig denkender Linksbürgerlicher und Gesinnungsfreund von Mendès-France, dessen Politik der «Express» verteidigt. Ich will hier nur eine Stelle aus dem Bericht des Majors Marcus, eines später von den Aufständischen in einen Hinterhalt gelockten und getöteten Offiziers, an seine vorgesetzte Behörde anführen, die den ganzen Widersinn der französischen «Befriedungsaktion» in ein paar Worten ausspricht:

«Das Regiment ... hat überall feststellen können, daß die angewendeten Methoden anarchisch und mit seltenen Ausnahmen wirkungslos waren; daß trotz dem Optimismus der amtlichen Erklärungen die Lage nicht besser wurde, wenn sie sich nicht geradezu verschlimmerte ... Die ganze Aktion der Rebellen beruht auf der – freiwilligen oder unfreiwilligen – Unterstützung der Bevölkerung, die sie informiert, versorgt und verbirgt ... Unfähig, aus eigenen Mitteln zwischen Rebellen und fried-

lichen Bürgern zu unterscheiden, sind sie (unsere Truppen) aus Mangel an Informationen gezwungen, eine blindwütige Unterdrückungspraxis zu üben. Jeder falsche Fellagha, der getroffen wird, wird durch zehn echte ersetzt – solange, bis unsere Streitkräfte der Gesamtbevölkerung gegenüberstehen und sich veranlaßt sehen, entweder eine Ausrottungspolitik zu betreiben (und das ist von vornherein ausgeschlossen) oder aber aufzugeben.»

«Die Regierung», fügte Marcus einem Kameraden gegenüber mündlich bei, «tischt dem Lande Flunkereien auf. Meinetwegen! Aber die Generäle und die Präfekten lügen den Minister an. Die Hauptleute und die Bürgermeister lügen die Generäle und die Präfekten an ... Und all das, wohlverstanden, vor den Augen der Muselmanen, die überall sind, die uns beobachten, uns aushorchen, unsere Zeitungen lesen ... Du siehst, wohin das führt.»

Umrüstung statt Abrüstung Und trotz alldem glaubt Frankreich an den Endsieg seiner Waffen in Algerien, so wie die Westmächte ganz allgemein an den sicheren Erfolg der «Politik der Stärke» glauben, die sie blind und unentwegt – ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode – vorwärtstreiben. Rüsten, rüsten, um die Russen von jedem Versuch zur Welteroberung abzuschrecken – das ist immer noch die von den Völkern fast fraglos hingenommene Losung, von deren Befolgung man die Verhinderung der sozialen Revolution (als «Kommunismus» deklariert) erwartet. Präsident Eisenhower hat sich neuerdings mit Schärfe gegen jeglichen größeren Abstrich am amerikanischen Militärbudget gewandt, das, zusammen mit der «Auslandhilfe», für das kommende Finanzjahr den ungeheuren Betrag von fast 50 Milliarden Dollar erreicht. Und General Norstad, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, reist weiterhin unermüdlich in der Welt herum, um jedes Nachlassen der Rüstungsanstrengungen zu bekämpfen. Freilich mit richtigem Erfolg eigentlich nur in Westdeutschland, das zielbewußt seine neue Wehrmacht aufbaut und dessen Außenminister, Herr von Brentano, kürzlich in Washington versichert hat, auch ein geeinigtes Deutschland werde seinen Platz in der Organisation der «freien Nationen», das heißt als Mitglied der NATO, einnehmen, all die früheren Behauptungen Lügen strafend, wonach ein künftiges Gesamtdeutschland volle Freiheit haben werde, seine weltpolitische Orientierung «so oder so» festzulegen. Nur mit Mühe gelang es anderseits den NATO-Strategen und -Politikern, England von seiner Absicht abzubringen, seine Rheinlandarmee um 27 000 Mann zu vermindern; es muß sich vorerst mit der Hälfte – 13 500 Mann – begnügen. Und dabei wird früher oder später auch die britische Heimarmee abgebaut werden müssen, weil die bedenkliche Krisenzeichen aufweisende Wirtschaft Englands die bisherigen Rüstungslasten einfach nicht mehr zu tragen vermag. Ganz wie Frankreich, sofern es nicht sehr rasch seinen algerischen Krieg liquidiert.

Außer wirtschaftlichen Erwägungen hat diese auch im übrigen Europa verbreitete Neigung zur Verringerung der Landstreitkräfte allerdings besonders darin ihren Grund, daß sich die Generalstäbe mehr und mehr auf den Krieg mit Kernwaffen einstellen und die kon-

ventionellen Waffen in zweite Linie rücken, wenn sie ihnen überhaupt noch wesentliche Bedeutung in einem Zukunftskrieg beimessen. Die Vereinigten Staaten halten daher sehr darauf – wie auch aus der Konferenz zwischen Eisenhower und Macmillan auf den Bermudas hervorging –, ihren europäischen Verbündeten Atomwaffen aller Art, Fernraketen und sonstiges modernstes Kriegsgerät zur Verfügung zu stellen, das diese nicht selber erzeugen können. Eine wirkliche Abrüstung ist es also keineswegs, was England, Frankreich, Holland, Norwegen usw. ins Auge fassen, nur eine «Umrüstung» mit dem Ziel, desto umfassender den Atomkrieg vorzubereiten. Kein Wunder darum, daß sich die Westmächte entschieden allen Bemühungen widersetzen, auch nur die Versuche mit A- und H-Bombenexplosionen einzustellen, wie das auch von der Sowjetunion immer und immer wieder und neuerdings mit besonderem Nachdruck von Japan vorgeschlagen wird. Über die Bereitschaft, diese Versuchsexplosionen wenigstens bei der UNO im voraus anzumelden, wollen Washington und London nicht hinausgehen. Nicht einmal die Aussicht, daß die zunehmende Vergiftung der Luft durch Radioaktivität ums Jahr 1970 herum eine seuchenartige Ausbreitung der Krebskrankheiten hervorrufen kann (wie im Pariser «Observateur» vom 21. März berichtet wird), schreckt die zu den letzten Greueln entschlossenen Vernichtungsstrategen von ihrem Unglücksweg ab.

An sich wäre diese Situation einer internationalen Vereinbarung über die Begrenzung, ja den fortschreitenden Abbau der konventionellen Kriegsrüstungen günstig. Dazu sollte schon die nirgends verschleierte Tatsache beitragen, daß die Westmächte, mit und ohne westdeutsche Divisionen, nicht die geringste Aussicht haben, einem sowjetischen Landangriff auch nur halbwegs angemessene Abwehrkräfte entgegenzustellen (sofern man überhaupt annimmt, daß Moskau einen solchen Angriff plant, zu dessen Ausführung es Hilfsvölker von ganz anderer Treue brauchte, als Polen, Ungarn, Ostdeutschland usw. sie ihm leisten würden . . .). Aber auch davon ist keine Rede; weder die Politiker noch gar die Militärs haben den Mut – Zivilcourage ist eine seltene Tugend –, der Wirklichkeit gerade ins Auge zu schauen und ihren Völkern zu sagen, daß die hergebrachten Militärrüstungen hoffnungslos veraltet und wirkungslos geworden sind und mindestens Europa einem Atomwaffenkrieg schutzlos ausgeliefert wäre. Am längsten wird es sicher bei uns in der Schweiz gehen, bis dieser Wahrheit die Ehre gegeben wird und die Folgerungen daraus gezogen werden, die dann freilich sehr radikal sein müßten.*

* Um die Rüstungen der Schweiz zu retten, verlegen sich jetzt unsere Militärs immer mehr darauf, einen Krieg mit strategischen Atomwaffen, besonders mit Wasserstoffbomben, als völlig unmöglich zu erklären, dafür aber die Möglichkeit eines Krieges mit bloß taktischen Atomgeschossen in den Vordergrund zu rücken und sogar diese Atomwaffen als konventionelle Waffen zu bezeichnen, die auch die Schweiz bekommen müsse. (Vgl. zum Beispiel Oberstdivisionär Brunner in

Verhärtung des Sowjetblockes So geht denn eben der Kalte Krieg erbarmungslos weiter, unter konsequenter Ablehnung aller Koexistenzverhandlungen durch die Westmächte. Vor allem auf amerikanischer Seite wird, wie ein Washingtoner Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 600) besagt, «stark unterstrichen, daß die Zeit dazu keineswegs reif sei. Man neigt im Staatsdepartement zur Auffassung, der Westen sollte jetzt die Sowjets in ihrem eigenen Saft schmoren lassen, wobei viele geradezu so weit gehen, einen Zusammenbruch des Sowjetimperiums vorauszusagen.» Auch den Zusammenbruch des neuen Chinas erwartet man in Amerika immer noch mit großer Zuversicht, und Tschiang Kai-schek nährt geflissentlich diese Hoffnung bei jeder Gelegenheit. Erst letzthin erklärte er gegenüber amerikanischen Journalisten, seine Armee stehe jetzt «auf dem Gipfel der Bereitschaft», von Formosa aus das chinesische Festland anzugreifen. Er werde bei seinem Unternehmen natürlich «auf die moralische und materielle Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen sein», wenn er auch ihre Soldaten nicht brauche, da er selbst 600 000 Mann zu seiner Verfügung habe und drei Monate nach deren Landung das chinesische Volk sich gegen seine jetzigen Beherrscher erhoben haben werde . . .

Es ist kaum anders möglich, als daß angesichts des Scharfmachertums der «freien Welt» auch das kommunistische Lager seine Politik der Stärke fortsetzt und namentlich die Sowjetunion keine Lockerung ihres Griffes auf die Satellitenstaaten mehr zugeben will. Chruschtschew betonte am 18. März neuerdings, die Sowjetunion sei bereit, ihre Truppen aus Osteuropa zurückzuziehen, aber nur unter der Bedingung (die eben von den Westmächten nicht erfüllt werden will), daß auch «alle anderen fremden Truppen aus Europa zurückgezogen würden. Ähnlich erklärte der ungarische Minister Marosan am 23. März, die sowjetischen Truppen würden so lange in Ungarn bleiben, als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Deutschland, Italien und anderen Ländern blieben. Und in einer gemeinsamen Erklärung der sowjetischen und der ungarischen Regierung vom 29. März heißt es: «Solange die Westmächte darauf beharren, die Vorschläge über die Abrüstung, die Liquidierung der militärischen Stützpunkte und die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa zurückzuweisen, bleiben die sozialistischen Länder entschlossen, den Warschauer Vertrag (über die gemeinsame Verteidigung der Länder des Ostblocks) beizubehalten.»

Man hat darum im Westen kein Recht, sich über die fortdauernde, ja anscheinend immer noch verschärfte Gewaltherrschaft des Re-

der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 909.) Als ob bei einem Krieg auf Tod und Leben zwischen den beiden Machtblöcken die Anwendung taktischer Atomgeschosse nicht von selbst zum Einsatz auch der Wasserstoffbomben führen würde, wenn die Entscheidung auf sich warten ließe! Die obersten Militärführer des Westblocks sagen jedenfalls immer wieder, daß sie von Anfang an Kernwaffen einsetzen würden, auch wenn der Gegner das vorerst nicht tue, und machen dabei keinerlei Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen.

gimes Kadar zu entrüsten, solange man in Budapest und Moskau befürchten muß, daß einem Rückzug der Sowjettruppen die vom Westen her gestützte wirkliche Gegenrevolution auf dem Fuß folgen würde, was jetzt, nach der Wiederaufrichtung des kommunistischen Terrors, so gut wie sicher geschähe. Dieser Terror ist freilich Tatsache; die rosige Darstellung der Lage in Ungarn, die mir letzthin in einem Privatbrief ein in Budapest lebender bekannter Ex-Amerikaner gab – er erklärte sich sogar «zutiefst überzeugt, daß die Regierung Kadar heute stark und volkstümlich genug ist, sich auch ohne sowjetische Truppen zu halten» –, diese Darstellung vermag ich einfach nicht zu glauben, auch wenn ich durchaus nicht für bare Münze nehme, was die in Wien sitzenden Korrespondenten westlicher Blätter Tag für Tag an Greuelmeldungen abliefern.

Selbstverständlich ist auch in den übrigen Volksrepubliken unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse das Zwangsregime verschärft worden, bei gleichzeitigen Bemühungen allerdings, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern. Das gilt insbesondere von Bulgarien, wo auch nach Berichten in der Westpresse die Neigung zu einer organisierten Volkserhebung sehr gering ist. Noch mehr gilt es von der Tschechoslowakei; Leo Huberman weist in einem Prager Bericht an die Neuyorker «Monthly Review» (Februarheft) darauf hin, daß sich zwischen 1949 und 1955 der persönliche Verbrauch der Bevölkerung um 50 Prozent gehoben hat, daß die Löhne regelmäßig steigen, aber die Preise fallen und auch der Wohlstand der Bauernschaft sichtbar zunimmt. «Im ganzen gesehen ist der Sozialismus in der Tschechoslowakei, trotz gewaltigen Mißgriffen, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bereits ein Erfolg.» Auch politisch habe sich die Lage gebessert. «Die Leute reden freier, die antiwestliche Stimmung ist viel schwächer, die Bereitwilligkeit, vom Westen zu lernen, größer... Die höheren Regierungsbeamten fühlen den Druck zugunsten weiterer Umgestaltungen und sind bereit, in mancherlei Beziehungen Lockerungen eintreten zu lassen, aber nur stufenweise, ohne das Gesicht zu verlieren... Es gärt in der Tschechoslowakei wie in allen sozialistischen Ländern – aber man soll nicht erwarten, daß es hier gehe wie in Polen oder Ungarn.»

In Polen scheint das Regime Gomulka, trotz Zugeständnissen an die noch recht tätige Stalinistengruppe, seine sozialistische Aufbauarbeit mit Erfolg fortsetzen zu können. Bedenklich ist aber, was im «New Statesman» (23. März) über einen neuerwachten Antisemitismus in Polen berichtet wird; die Auswanderung von Juden nehme deshalb immer mehr zu.

In Ostdeutschland soll, wie Alexander Werth dem gleichen Londoner Blatt aus Berlin schreibt, die Lebenshaltung im ganzen nur wenig niedriger sein als in der Tschechoslowakei, «so daß der wirtschaftliche Anreiz zu einer Revolte nicht ernst ist». Die 400 000 Russen, die in der DDR stehen, dämpfen im übrigen alle Aufstandsgelüste von selber.

Die alte stalinistische Garde glaubt jedenfalls wieder fest im Sattel zu sitzen und unterdrückt freiheitliche Regungen mit gewohnter Härte. Bezeichnend dafür ist die Verurteilung des jungen Berliner Professors Wolfgang Harich zu zehn Jahren Zuchthaus. Harich hatte eine Gruppe von Parteifunktionären und Intellektuellen um sich gesammelt, die in aller Offenheit, ja in erstaunlicher Unvorsichtigkeit die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), wie sich die kommunistische Staatspartei nennt, von innen her zu reformieren und von den Stalinisten zu befreien suchte. Die Denkschrift, die er über seine Bestrebungen verfaßte und auch nach Westdeutschland gehen ließ – sie ist im offenbar echten Wortlaut zuerst in der Hamburger «Zeit» vom 21. März veröffentlicht worden –, atmet saubere sozialistische Gesinnung und unzweifelhafte Ehrlichkeit, wenn sie auch stellenweise, besonders mit ihrem naiven Vertrauen in den Willen und die Kraft der westdeutschen Sozialdemokratie zum Aufbau einer sozialistischen Ordnung, etwas unreif anmutet. Aber die Partei- und Regierungsbeamten, denen Harich seine Vorschläge unterbreiten wollte, nahmen sie überhaupt nicht zur Kenntnis – bis der Staatsanwalt auf ihn gehetzt wurde, der dann prompt den «Konterrevolutionär» und «Agenten des imperialistischen Auslands» unschädlich machen ließ. Und doch ist der Weg, den Harich und seine Freunde suchten, derjenige, den die DDR gehen m u ß, wenn sie hoffen will, in Westdeutschland den Willen zur Wiedervereinigung in freiheitlich-sozialistischem Geist und unter Lösung sowohl vom West- wie vom Ostblock zu wecken. Verhärtung und Verkrampfung im Osten befördern ebenso den antikommunistischen Gewaltgeist im Westen, wie die westliche Druck- und Drohpolitik die Abwehrinstinkte des Ostens in Form der Dauerdiktatur nährt und stärkt.

Kapitalismus – Sozialismus Warum aber, so muß man immer wieder fragen, geht der Kalte Krieg eben doch weiter? Warum lehnt es die westliche Welt so hartnäckig ab, auf die ebenso hartnäckig vorgebrachten Veständigungsangebote der Sowjetunion einzutreten, und zieht es vor, «die Sowjets in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen», so daß sich Moskau gezwungen fühlt, auf die westliche Feindseligkeit mit eigener Kriegsbereitschaft und Gewaltdrohung zu antworten?

Der Grund liegt zunächst einfach darin, daß die westliche, vor allem die amerikanische Wirtschaft großenteils unmittelbar vom Kalten Krieg lebt. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung des Frankfurter Professors Friedrich Pollock (in seiner Schrift «Automation») sind mindestens 10 Millionen Arbeitskräfte in den Vereinigten Staaten, das sind 15 Prozent der Gesamtzahl, in der Wehrwirtschaft beschäftigt, würden also ohne gründliche Umstellung der ganzen amerikanischen Wirtschaft arbeitslos werden, wenn die Kriegsrüstungen eingestellt würden. Ungefähr ebensoviele Arbeitskräfte (prozentual) waren tatsächlich im

Krisenjahr 1938 beschäftigungslos, also im letzten Friedensjahr, bevor die «Wehrwirtschaft» anzulaufen begann.

Sodann aber ist der amerikanische Kapitalismus natürlich aufs stärkste daran interessiert, aus den unterentwickelten Ländern durch Bezug billiger Rohstoffe (zum Beispiel Öl, Kupfer und Gummi), durch zunehmenden Absatz von Fertigwaren und durch rentable Kapitalanlagen mit niedrigen Arbeitslöhnen Profite herauszuholen, die er in den fortgeschrittenen Industrieländern nicht mehr in dieser Höhe haben kann. Und ganz allgemein wehren sich das gesamte Bürgertum und die verbürgerlichte Ober- und Mittelschicht der Arbeiterschaft mit Händen und Füßen gegen jede gründliche Umgestaltung einer Wirtschafts- und Lebensform, in der sie sich so ungeheuer wohl fühlen. Darum der wütende Haß gegen den Kommunismus, der mit solcher Umgestaltung droht, und die heftige Abneigung gegen einen wenn auch freiheitlichen, so doch revolutionären Sozialismus. Was R. H. Tawney in seinem klassischen Buch «Equality» schon vor bald 30 Jahren schrieb, das gilt heute erst recht:

«Sie (die Arbeiterbewegung) neigt dazu, nicht eine andere Gesellschaftsordnung zu erstreben, in der Geld und Wirtschaftsmacht nicht mehr Maßstab der Leistung sein werden, sondern eine Gesellschaftsordnung der gleichen Art wie bisher, in der Geld und Wirtschaftsmacht nur etwas anders verteilt sind ... Die Lohnverdiener brandmarken zwar, und mit Recht, die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus; aber sie machen sich nicht immer klar, daß der Kapitalismus nicht nur von den Kapitalisten gestützt wird, sondern auch von denen, die, wie viele von ihnen, selber gern Kapitalisten wären, wenn sie könnten, und daß die Ungerechtigkeiten nicht so sehr darum weiterbestehen, weil die Reichen die Armen ausbeuten, sondern weil die Armen im Herzen die Reichen bewundern.»

Solange dieser Geisteszustand vorherrscht und insbesondere die Führer- und Funktionärschaft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften im Grunde mit dem kapitalistischen Bürgertum solidarisch ist, ist natürlich eine aufs Ganze gehende sozialistische Erneuerungsbewegung gar nicht möglich und darum auch keine entschlossene Kriegs- und Militärgegnerschaft von dieser Seite. Und das ist ja, wie wir alle wissen, tatsächlich die heutige Lage der sozialistischen Parteien des Westens. Am erfreulichsten bietet sich die Sozialistische Partei Italiens dar, die, besonders seit ihrer deutlichen Abstandnahme vom kommunistischen Gewaltgeist, alle Aussicht hat, die Hauptkraft der immer unausweichlicher werdenden sozialen und politischen Neugestaltung Italiens zu werden, freilich auch – bei der Unzuverlässigkeit Nennis in Grundsatzfragen – Gefahr läuft, die Vereinigung mit den abgesplitterten Sozialdemokraten um Saragat durch allzugroße Zugeständnisse zu erkaufen. Ein gewisser frischer Zug geht auch durch die britische Labourpartei, die fast wider den Willen ihrer «rechten» Führer durch die internationalen Ereignisse wie durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Englands verhältnismäßig stark nach links gedrängt und durch die großen Lohnkämpfe mehr und mehr

radikalisiert wird; ihre Aussichten auf die Rückkehr zur Regierungsmacht im Gefolge der nächsten Parlamentswahlen haben sich jedenfalls erheblich verbessert.

Man möchte das gleiche gern auch von der westdeutschen Sozialdemokratie sagen. Aber statt eine wirkliche Opposition gegen die klerikal-kapitalistischen Regierungsparteien mit ihrer verhängnisvollen Außen- und Militärpolitik zu bilden, sucht sie ihre Wahlaussichten für den nächsten Herbst anscheinend immer mehr durch das Bestreben zu verbessern, sich als «national unbedingt zuverlässig», bedingungslos antikommunistisch und als antikapitalistischen Wirtschafts«experimenten» durchaus abgeneigt zu erweisen. Daß mit solch schwächlicher, gesinnungsloser Taktik kaum ein Wahlkampf zu gewinnen, auf keinen Fall aber eine sozialistische Ordnung in Westdeutschland aufzurichten ist, versteht sich von selbst. Ähnlich opportunistisch und dreiviertelsbürgerlich ist auch die Haltung der sozialdemokratischen Parteien wie der sie beherrschenden Gewerkschaften in Nordeuropa, Holland, Belgien, Österreich und der Schweiz, gar nicht zu reden von der französischen Sozialdemokratie, die mit ihrer Regierung Mollet-Pineau-Lacoste-Ramadier auf einem moralischen Tiefstand angekommen ist, der kaum noch unterschritten werden kann. Daß der belgische Sozialist Spaak, der nun bald Generalsekretär der NATO sein wird, die soeben unterzeichneten, aber erst noch von den Parlamenten zu genehmigenden Verträge über einen «gemeinsamen europäischen Markt» als «eines der größten Ereignisse in der europäischen Geschichte» rühmen kann und hofft, Europa werde dadurch allmählich «aus der Dekadenz errettet», in der es sich gegenwärtig befinde, nimmt bei der ebensogroßen Dekadenz des westlichen Sozialismus nicht wunder. Für uns andere liegt es auf der Hand, daß die «Europaverträge» – über die noch zu reden sein wird –, wie Professor Balogh im «New Statesman» schreibt, nur den klerikalen Regimes in Italien, Frankreich und Westdeutschland dienen, den Kapitalismus stützen und die Einigung Deutschlands neuerdings erschweren werden. Daß das «Kleineuropa», das den Urhebern der Verträge vorschwebt, die Lösung der Europa gestellten Wirtschaftsfragen eher verhindern als befördern wird, geben auch Leute wie der westdeutsche Wirtschaftsminister, der sie aus politischen Gründen unterstützt, unumwunden zu.

Nein, so geht es wirklich nicht. Europa und mit ihm besonders der westeuropäische Sozialismus müssen einen neuen Weg beschreiten, wenn der Zerfall unseres Erdteils aufgehalten und Europa seinen rechtmäßigen Platz in der neuen Welt gewinnen soll, die sich um uns her gestaltet. Daß es diesen Weg finden und sich aus den tiefsten Quellen erneuern werde, aus denen es bisher Leben und Schöpferkraft gezogen hat, das gehört auch zu dem Auferstehungsglauben, den wir als Christen bekennen.

1. April *Hugo Kramer*

Die Überwindung der Weltnot

Für die Bibel ist das Böse nicht Gottes Wille, sondern sein genaues Gegenteil: es ist Widerspruch gegen Gott, Abfall von ihm, Verderbnis seiner Schöpfung, es ist Feindschaft gegen Gott. Aller Jammer, alles Dunkel, alles Unrecht der Erde, aller Tod stammt aus dieser Quelle. Es gehört nicht zur göttlichen Weltordnung, sondern widerstreitet ihr.

*

Nach dem Abfall beginnt der K a m p f gegen ihn, also gegen das Böse. Denn hier ist die Welt eben nicht f e r t i g. Hier waltet ein l e b e n d i g e r Gott, der durch immer neue Taten seine Schöpfung weiterführt. Der Schöpfungsbericht am Anfang der Bibel ist bloß Symbol der schöpferischen Tätigkeit Gottes überhaupt. Gott schafft weiter, und der am Anfang der Bibel spricht: «Es werde Licht», der spricht am Ende: «Siehe, ich mache alles neu!» Der Mensch aber schafft – und kämpft und leidet – mit ihm.

*

Wir hoffen und glauben an die Überwindung des Bösen nicht wegen der natürlichen Güte der Menschen oder Fortschrittsfähigkeit der Welt, sondern weil wir an den lebendigen Gott glauben, der größer ist als die Welt. Wohl erkennen wir die ganze Gewalt und dämonische Tiefe des Bösen, aber wir erkennen auch Gottes überlegene Kraft. Es ist nicht Optimismus, was uns hoffen lehrt, sondern G l a u b e. Nicht w i r tun's, sondern G o t t – Gott auch durch uns, durch Menschen, die er stark macht und die sich von ihm stark machen lassen. Mit ihm ziehen wir aus, nicht, wie die Religion, das Übel zu erklären, sondern es zu besiegen. Es ist uns nicht ein Problem für die T h e o r i e, sondern eine Aufgabe für die T a t. Wir rechtfertigen oder verurteilen nicht Gott darob, sondern greifen es mit Gott an und warten in Zuversicht «eines neuen Himmels und einer neuen Erde, darinnen Gerechtigkeit wohnt».

Leonhard Ragaz (1921)

Gandhi-Worte

Drei Viertel des Elends und aller Mißverständnisse in der Welt verschwinden, wenn wir uns an die Stelle unserer Gegner versetzen und ihren Standpunkt verstehen.

«Hasse die Sünde und nicht den Sünder», ist ein Leitsatz, der, wenn auch leicht zu verstehen, selten geübt wird. Und das ist der Grund, warum der Haß in der Welt um sich greift.

Meine Liebe zur Wahrheit hat mich in die Politik gezogen. Ich darf ohne Zögern und doch in aller Demut sagen, daß, wer versichert, Religion habe nichts zu tun mit Politik, nicht weiß, was Religion bedeutet.

Eine warnende Stimme – l'Abbé Pierre

Wahrlich ein Prophet und Warner, so stand Abbé Pierre am 5. Mai vor den gutbürgerlichen Zuhörern des etwa zu zwei Dritteln gefüllten Kongreßsaales in Zürich. Ob sein eindringlicher Ruf wirklich erfaßt und verstanden wurde, wird bis zu einem gewissen Grad den Kommentaren der Tagespresse zu entnehmen sein.

Statt eine Zusammenfassung von dem düstern Bild zu geben, das Abbé Pierre von der heutigen Welt entworfen hat, können wir unsere Leser auf Schriften und Bücher verweisen, wie De Castros «Geographie des Hungers», Kramers «Afrika wird frei», «Warum ist die Wasserstoffbombe eine Weltgefahr?», herausgegeben vom schweizerischen Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, «Die Folgen der Explosionsversuche von Wasserstoffbomben im Südpazifik vom Frühjahr 1954» von Prof. Yasushi Nishiwaki, Osaka (Japan), «Hat die Stunde H geschlagen?» von Charles-Noël Martin, «Atombombenschäden» von N. Kusano, «Werden nur die Reichen satt?» von Lord Boyd Orr, «Unterwegs notiert» von Hans A. de Boer, «Weltproblem Hunger» von Fritz Katz, «Die Welt ist reich» von Fritz Wartenweiler.*

Abbé Pierre erinnert daran, daß der Mensch kein Einzelwesen ist, das sich selbst genügen kann, sondern ein Teil der Menschheit. Diese Einheit wird auch durch das Gebet «U n s e r Vater» bestätigt. Wie könnten wir da noch glücklich sein, wenn wir wissen, daß zwei Drittel dieser Menschheit, der wir angehören, dem Hungertode nahe sind? Wir spüren ihre Leiden, weil wir als Ganzes mit ihnen verbunden sind; aber ihr Elend schwebt auch als Drohung über uns. Die hungernden und von der weißen Rasse ausgebeuteten Völker, sie haben uns in den letzten Jahrzehnten näher kennengelernt, und aus der Erkenntnis des Gegensatzes zwischen unsern Privilegien und ihrem Elend entstand der Zorn und der Wille, sich zu behaupten und, wenn nicht selbst den Wohlstand des weißen Mannes zu erlangen, doch wenigstens das Schauspiel seines Glückes zu zerstören.

In dieser Gefahr sieht Abbé Pierre nur e i n e Rettung: wir müssen unsere Seele ändern, neue Seiten in ihr entwickeln, so daß es uns keine Ruhe läßt, wenn andere leiden. Und der scharfe Diagnostiker der Krankheit unserer Zeit weist auch klar den Weg, den wir beschreiten müssen, wenn wir noch etwas retten wollen.

Keine der kühnen Taten, die heute geschehen müssen, sind möglich ohne die Beteiligung der einzelnen Staaten. Aber die Staaten werden nicht handeln – oder selbst wenn sie wollten, sie könnten es nicht –, wenn nicht die ö f f e n t l i c h e M e i n u n g sie dazu treibt. Diese öffentliche Meinung bilden zu helfen, ist heute eine der Haupt-

* Diese Bücher können von der Pazifistischen Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, bezogen werden.

aufgaben. Dazu ist es nötig, Kenntnisse zu vermitteln von der Not in der weiten Welt, aber auch in unserem kleinen Land.

Die Gründungen des I. R. A. M. M. (Institut de Recherches et d'Action sur la Misère du Monde), eines Dokumentierungs- und Informationszentrums über verschiedene Probleme der Weltnot, und der «Association mondiale de lutte contre la faim» (Weltvereinigung für den Kampf gegen den Hunger) wollen jedem die Möglichkeit vermitteln, an dem großen Werk der Umgestaltung der menschlichen Beziehungen mitzuarbeiten. Die kürzlich mit Sitz in Genf gegründete Weltvereinigung ging hervor aus der Begegnung von Abbé Pierre und Josué de Castro, der vom Präsidium der FAO zurückgetreten ist. Das von ihm veröffentlichte «Livre noir de la faim» (Schwarzbuch des Hungers) zeigt auf, wie wichtig eine solche Zusammenfassung auf weltweiter Basis ist. Bis jetzt konnten einzelne internationale Organisationen, wie zum Beispiel die FAO, im Kampf gegen den stets wachsenden Hunger nicht viel ausrichten, weil allzu oft politische Rücksichten und nationale Interessen ihrer Mitglieder ihre Handlungsfreiheit beeinträchtigten. Diese Weltvereinigung für den Kampf gegen den Hunger besitzt ein großes Kapital, das ein Kanadier Abbé Pierre vermacht hat und das durch weitere größere und kleinere Zuwendungen ständig wächst. Aber es braucht in diesem Kampf auch Menschen, friedliche Armeen. Hier sieht Abbé Pierre eine Aufgabe für die Schweiz, eine Berufung: unsere Regierung würde der UNO eine Armee von Freiwilligen anbieten, die sie ausrüstete, um in die Welt hinauszuziehen, dem Frieden zu dienen, Häuser, Brücken zu bauen, Kenntnisse von Handwerken an Menschen weiterzugeben, die auch leben möchten.

Welch eine Hoffnung wäre eine solche Armee des Friedens und welch eine Wohltat für eine Jugend, der es heute, in unserer vermaterialisierten Welt, an einem Ziel fehlt. Das Leben bekäme einen Sinn.

Abbé Pierre denkt, daß junge Menschen ein Jahr ihres Lebens diesem Dienst an der Menschheit widmen könnten und daß bei uns der Internationale Zivildienst bereits ein Anfang dafür wäre.

Dies sind Ziele und Aufgaben, für welche sich viele junge Menschen begeistern könnten, wenn es gelingt, eine öffentliche Meinung zu bilden, die dafür das nötige Klima schafft in unserer allzu vernünftigen und kalten Geschäfts- und Unternehmerwelt. Diese Aufgabe als Ehrenpflicht für die Schweiz zu erkennen und das Verständnis dafür überall zu wecken, das wäre die Aufgabe der älteren Generationen, die nicht mehr die Spannkraft haben, selbst mitzugehen.

Darüber hinaus aber kann es einige Berufene geben, die weiter gehen, die nicht nur den Unglücklichen helfen wollen, sondern sich ihnen gleichstellen, ihr Leben, ihr Elend mit ihnen teilen, um ihnen die Hoffnung zu schenken. Die «Lumpensammler von Emmaus» – nicht nur in Frankreich, auch in Japan, Marokko, der Schweiz – sind solche Gemeinschaften der Liebe. Sie sind die Hoffnung, daß unsere christ-

liche Welt, die sich so weit von Gott entfernt hat, vor dem Untergang bewahrt werden kann durch ein neues Erwachen und Wirken der Liebe. *B. Wicke*

Indiens stille Revolution

In ganz Asien, vom Mittelmeer bis zum Pazifik, ist das entscheidende soziale Problem die Bodenreform. Die schreiend ungleiche Verteilung des Bodenbesitzes ist in der Tat die Hauptwurzel der furchtbaren gesellschaftlichen Übel dieses Riesenkontinents, der Massenarmut, der Volkskrankheiten, der großen Sterblichkeit, der Bildungslosigkeit, der politischen Unfreiheit. In besonderem Maße gilt das von Indien. 70 Prozent der berufstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, aber nur eine ganz geringe Minderheit besitzt genügend Land, um ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu führen. Der anbaufähige Boden beträgt insgesamt rund 324 Millionen Acres (ein Acre = etwa 40 Aren), auf denen ungefähr 250 Millionen Menschen leben müssen; aber die Großzahl der Familien besitzt entweder allerhöchstens zwei Hektaren oder ist überhaupt besitzlos. Im Durchschnitt beträgt der Bodenbesitz je Kopf kaum 30 Aren. In einer Reihe von Provinzen sind 21 bis 37 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung besitzlose Landarbeiter; nur in den am günstigsten gestellten Provinzen geht der Prozentsatz bis auf 8 herunter. Das Durchschnittseinkommen auf dem Land beträgt (nach einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation von 1949) pro Kopf 51 Rupien (das sind etwa 73 Franken) im Jahr. Die Kindersterblichkeit war bis in die jüngste Zeit 170 je Tausend (drei- bis viermal so hoch wie in der Schweiz); die Lebenserwartung für ein neugeborenes indisches Kind beträgt im Durchschnitt kaum 27 Jahre (in der Schweiz für Knaben 66 Jahre, für Mädchen 71 Jahre). Unterernährung, ja Hunger sind chronisch in Indien, dessen Bewohner (365 Millionen gegenwärtig) im Durchschnitt – den die meisten nicht erreichen – nur 2000 Nahrungskalorien zur Verfügung haben; für einen erwachsenen Menschen gelten 3000 als normal.

Das sind unerträgliche Zustände. Wie können sie geändert werden – so rasch geändert werden, daß das lebende Geschlecht noch etwas davon verspürt? Der Kommunismus bietet – nach russischem, chinesischem, vietnamesischem, nordkoreanischem Beispiel – die gewaltsame Revolution als das wirksamste Mittel dafür an. Und die nicht unbeträchtlichen Erfolge, die die Kommunisten bei den jüngsten Parlamentswahlen in Indien errungen haben, zeigen aufs neue, daß dieser Weg auch vielen Indern einleuchtet. Die Zentralregierung geht, unter Nehrus Führung, den Weg der demokratischen Gesetzgebung. Die Bhoodan-Bewegung, die von Vinoba Bhave ins Leben gerufen worden ist, geht einen dritten Weg: freiwillige Schenkung

«überschüssigen» Bodens durch die Besitzer und Verteilung des so gewonnenen Landes nach Maßgabe des Bedürfnisses. In seinem aufwühlenden, höchst lebendig geschriebenen Buch «Vinoba, Nachfolger Gandhis» (in guter Übersetzung im Diana-Verlag, Zürich, erschienen) bezeichnet Hallam Tennyson, ein englischer Quäker, der die Bhoodan-(Landschenkungs-)Bewegung an Ort und Stelle studiert hat, sie als «die aufregendste und bedeutendste geistige Bewegung unserer Zeit», und in ihrer Einleitung zu dem Buch spricht Elisabeth Rotten von ihr gar als von der «größten sozialen Revolution der Menschheitsgeschichte», die ohne Gewaltanwendung «aus der zündenden Begegnung zwischen einem an Gandhi gereiften, unauffällig tätigen und dienenden Gottesgelehrten und einem von dessen leisen Worten im Innersten angerührten Großgrundbesitzer Indiens» entstanden sei.

Die Bewegung hat sich auf jeden Fall beinahe lawinenhaft ausgedehnt. Im April 1951 mit einer großzügigen Landschenkung durch Shri V. Ramachandra Reddy im Dorfe Pochampalle im Staat Haidarabad begonnen, hat sie eine indische Provinz um die andere erobert. Von Dorf zu Dorf, von Bezirk zu Bezirk wandert Vinoba und seine Schar, werbend, predigend, organisierend, und sammelt freiwillig geschenktes Land, um es besser zu verteilen. Es geht nicht immer leicht – aber es geht. Die Herzen öffnen sich, die Bodengaben strömen ein, werden öffentlich beurkundet und den Regionalausschüssen gemeldet, die sie ihrerseits den Schenkern zur Nachprüfung und Bestätigung zurückgeben.

Bis September 1955 (neuere Zahlen konnte ich nicht bekommen) empfing so die Bhoodan-Bewegung 1 656 940 Hektaren Boden von 341 950 Spendern, und zwar nicht nur von reichen Grundbesitzern, sondern – das ist bezeichnend für den Geist der Bewegung – vielfach auch von armen Menschen, die selber nicht genug zum Leben hatten. Ein Teil des Bodens ist allerdings minderwertiges Land, aber im großen ganzen ist es doch guter Boden, den die Besitzer der Bewegung überlassen haben. Hunderte von Dörfern haben ihren ganzen Besitz zur Neuverteilung und genossenschaftlichen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt – ein Ergebnis, das Vinoba selbst überrascht hat. Er legte darum schon 1952 das Gelübde ab, an seinen Wohnsitz in Paunar nicht eher zurückzukehren, als bis er 20 Millionen Hektaren, das heißt ein Sechstel des anbaufähigen Bodens von ganz Indien, geschenkt bekommen habe, so daß dann jeder jetzt besitzlosen Familie zwei Hektaren Land überlassen werden könnten – wenig nach unseren Begriffen, aber doch, wie Vinoba glaubt, vorderhand genug, um ein einfaches Leben ohne Mangel führen zu können. Der Erfolg der Bewegung ist um so höher zu achten, als ihr zurzeit nicht viel mehr als 2000 freiwillige Helfer zu Gebote stehen, die sich ganz dem großen Werke widmen.

Die Neuverteilung des Bodens ist freilich eine schwierige Aufgabe. Im September 1955 waren erst 844 477 Hektaren Land verteilt – ein er-

staunlich geringer Prozentsatz, der freilich inzwischen gestiegen sein dürfte. Aber wenn man bedenkt, daß ein äußerst behutsames Vorgehen nötig ist, um jede Ungerechtigkeit und Unzweckmäßigkeit zu vermeiden, daß eine sorgfältige Abstufung der Empfangsberechtigten nach dem Grade der Bedürftigkeit selbstverständliche Regel ist und daß Einflüsse lokaler Art nach Kräften ausgeschaltet werden müssen, so wird man zugeben, daß es geraume Zeit braucht, bis sich die Verteilungsorganisation eingespielt hat und die Neuzuteilungen in rascherem Tempo und größerem Umfang vorgenommen werden können.

Ergänzt wird die Landschenkungsaktion durch eine Schenkung anderen Besitzes («Sampattidan») von seiten solcher, die selber keinen Boden ihr eigen nennen oder abgeben können. Diese Leute verpflichten sich, «im Hinblick auf die Förderung und Vollziehung der wirtschaftlichen Revolution» der Bewegung einen Sechstel ihres Jahreseinkommens zu überlassen, und zwar auf Lebensdauer. Das Geld verbleibt beim Geber, der es für öffentliche Arbeiten und Gemeinschaftsbedürfnisse verwenden muß. Er führt über seine Ausgaben Buch und läßt sie alljährlich durch Vinoba kontrollieren. Der Wohlhabende kann aber auch Arbeitskraft stiften in Form von Brunnen, Saatgut, Ochsen, Geräten. So ist Sampattidan, wie Vinoba sagt, nicht nur geistig wirksam für den Menschen, der den Grundsatz der Besitzlosigkeit anwendet, sondern «kann uns auch dazu verhelfen, ein besseres und reicheres weltliches Leben aufzubauen ... Die Forderung der Stunde ist, den Reichtum in jeder Form zu mobilisieren und in den Dienst der Gesellschaft zu pressen. Sampattidan wird jedes Heim zu einer Bank machen, bei der die Gesellschaft freizügig abheben kann, was sie braucht. Da das gespendete Geld am Ort verbraucht wird, ist der Plan leicht durchführbar.»

Eine gläubige Zukunftsschau, gewiß! Aber die von Vinoba ins Leben gerufene Bewegung stammt eben ganz aus dem Glauben und zeugt wiederum in Millionen von Menschen Glauben und Opfersinn. Ob das äußere Ziel, das sich Vinoba gesteckt hat, wirklich erreicht wird, bleibt abzuwarten. Aber das ist wohl auch gar nicht nötig. Nötig ist im Sinne Vinobas, daß im indischen Volk ein Geist der Selbstverleugnung, der Brüderlichkeit, der tätigen Solidarität aufbricht, der in tausenderlei Formen zum Aufbau einer neuen Menschengemeinschaft führen kann. Die Boodhan-Sache ist keine Wohltätigkeitsangelegenheit. Vinoba, so sagt Tennyson in seinem Buch, «verabscheut diese Verwechslung der Boodhan-Sache mit schwärmerischer Armenbetreuung. Für ihn bedeutet die Bewegung entweder den ersten Schritt zu einer totalen Revolution der Gesellschaft, oder sie bedeutet gar nichts». «Wir bezwecken nicht nur, gütige Taten zu vollbringen, sondern ein Königreich der Güte aufzurichten», erläutert Vinoba selbst einmal. Und ein andermal: «Meine Sendung ist nicht, eine Revolution abzuwehren. Ich will nur eine g e w a l t s a m e Revolution verhindern und eine gewalt l o s e Revolution schaffen ... Wenn alles Land

in Gemeinbesitz wäre, würde die heute herrschende Unzufriedenheit verschwinden und ein Zeitalter der Liebe und Zusammenarbeit an ihre Stelle treten.» Diejenigen, die heute etwas von ihrem Land abgeben – nicht als Almosen, sondern als Anerkennung eines «Rechtes der Armen», werden nach Vinobas Ausdruck mithelfen, dieses Zeitalter herbeizuführen.

Vinoba lehnt darum selbstverständlich jede Art von Zwang zur Durchsetzung der großen Bodenreform ab, auch in Form von staatlichen Befehlen und Vorschriften. Er will die Herzen ändern, nicht die Regierungen. «Die Regierung ist nur der Eimer», sagt er in seiner bildhaften Redeweise. «Die Menschen sind der Brunnen. Wenn im Brunnen kein Wasser ist, kann dann der Eimer voll sein? Ich gehe zur Quelle, zu den Menschen.» Wenn die Menschen umgewandelt sind, werden sich die Regierungen von selbst ändern.

Und die Regierungen beginnen sich in Indien bereits zu ändern. Die Führer des neuen Indiens sehen in Vinoba ihren mächtigen Verbündeten. Staatspräsident Prasad und Ministerpräsident Nehru besuchen Konferenzen der Bhoodan-Bewegung; besonders Nehru unterstützt Vinoba so weit, als dieser es ihm überhaupt erlaubt. Und Tennyson fragt: «Daß in Haidarabad eine Höchstgrenze für Grundbesitz eingeführt wurde; daß man das Zamindari-(Steuerpächter-)gesetz abschaffte, während in anderen Gegenden jahrelang nur davon gesprochen worden war; daß überall die Bodenpreise fallen, bis zu einem Drittel der im Jahre 1952 bezahlten Preise; daß die Rechtsstreitigkeiten über Landfragen auffallend abnehmen . . .; daß die Wohlhabenden in ihrem Widerstand gegen soziale Änderungen nachlassen – hat die Bhoodan-Bewegung in diesen Fortschritten nicht wenigstens teilweise eine Rolle gespielt?»

Vinoba ist ein Schüler Gandhis, aber auf ganz selbständige Weise. Er ist, wie der Verfasser unseres Buches schreibt, «der abgeklärte und leidenschaftslose Gottesbote, der Gandhi gern geworden wäre . . . Seine Liebe ist unpersönlich, philosophisch – er sieht in allen Menschen Gottes Kinder und behandelt sie infolgedessen alle gleich. Gandhi dagegen behandelte jeden anders, jeden als einzigen seiner Art.» Aber das haben beide Männer gemeinsam: daß sie im indischen Volk eine Sinneswandlung bewirken, sittliche Kräfte in Bewegung setzen konnten, die zu wirklich revolutionären sozialen und politischen Taten führten. Beim Lesen des Berichtes über Vinoba und sein Apostolat fragt man sich immer wieder: Wäre so etwas auch in unserer westlichen, «christlichen» Welt möglich? Und man schämt sich, daß es bisher n i c h t möglich war. Wir werden darum auch die Folgen unserer Verstockung tragen müssen – sei es in Gestalt gewaltsamer Revolutionen, sei es gar als Atomkriegskatastrophe. «Christus starb», so lesen wir bei Tennyson, «damit das Individuum das Gesetz der leidenden Liebe erlerne, Gandhi, damit wir die Bedeutung dieses Gesetzes für die Gesellschaft einsehen. Vinoba, mit seinen mageren Beinen und der

Stimme, die sich kaum über ein Flüstern erhebt, versucht wiederum das verstockte Menschenherz zu belagern. Inzwischen schwindet die Zeit dahin, und jeder Augenblick der Verzögerung bringt uns dem Untergang näher . . .» *Hugo Kramer*

China auf eigenen Wegen

lautet der Titel eines im Rowohlt-Verlag, Hamburg, kürzlich veröffentlichten Buches von Professor L. L. Matthias. «Ergebnisse einer Reise», die der Verfasser im Herbst und Winter 1954/55 unternahm, sind seine außerordentlich aufschlußreichen Ausführungen über alle wichtigen Aspekte der chinesischen Entwicklung und ihre historischen und wirtschaftlichen Hintergründe. Die Leser der «Neuen Wege» werden sich auch eines früheren Werkes von Professor Matthias erinnern, «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953», das seinerzeit (Mai 1955) von Dr. Kramer besprochen wurde. Man stellt fest, daß der erfahrene und weitgereiste Soziologe, der sich in bezug auf Amerika ein so überraschend unabhängiges Urteil bewahrte, auch das neue China wesentlich anders sieht, als es gewöhnlich in westlicher Betrachtung erscheint.

Der Autor verwahrt sich schon im Titel seines Berichtes dagegen, daß man in allem, was heute in China geschieht, eine Nachahmung des russischen Beispieles sehen will. China ging tatsächlich nach dem Zweiten Weltkrieg seine eigenen Wege schon darin, daß es seine Befreiung von ausländischen Machtpositionen und der mit ihnen zusammenarbeitenden Regierung Tschiang Kai-scheks gegen den Willen Stalins durchführte. Professor Matthias sieht denn auch in den Ereignissen von 1946 bis 1950 nur eine Fortsetzung der Generationen dauernden Versuche Chinas, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Was das chinesische Volk heute zusammenhält und sich mit seiner Regierung identifizieren läßt, ist das Gelingen dieses Befreiungskampfes viel eher als die Ideologie einer Partei. Es zählen ihre Erfolge im Aufbau, ihre Bemühungen um die Hebung der Lebenshaltung des gesamten Volkes und nicht einer privilegierten Schicht. Daß dafür alle Kräfte eingesetzt werden, bestätigen heute die meisten Chinareisenden.

Es ist nicht uninteressant, mit dem Buch unseres Autors den reichillustrierten Artikel des Februarheftes der «Atlantis» über China zu vergleichen. Lily Abegg, eine Schweizerin, die das Land vor dem Umsturz kannte, scheint sich im heutigen China nicht wohlzufühlen. In jeder Zeile ihres Berichtes schwingt unausgesprochen ihr Sehnen nach den alten Verhältnissen mit. Sie spricht von «aufbausüchtigen Kommunisten, die ihre Propagandamaschine in Betrieb setzen, um die Herrlichkeit der Technik und der Naturwissenschaften und ihre Nützlichkeit für die Zukunft des Landes anzupreisen». Für Lily Abegg ist in China eine Welt des Schönen, der Kultur und feiner Lebensformen untergegangen. Vergessen wir darüber nicht, daß jenes China, dem heute

viele Europäer nachtrauern, auch das Land der immer wiederkehrenden Hungersnöte, der Epidemien und des größten Massenelends war und daß der Westen bis in die neueste Zeit nie die Hand dazu bot, dem gepeinigten Volk Chinas zu helfen. Die Lebensgeschichte Dr. Sun Yatsens allein ist Beweis genug dafür.

Man mag einwenden, die christliche Missionstätigkeit in China habe Großes geleistet. Man muß sich fragen, warum trotzdem Jahrhunderte dauernde Versuche, China zu einem christlichen Land zu machen, gescheitert sind. Es ist nicht so, daß die Religion an sich in China bekämpft wird oder wurde. Buddhismus und Taoismus sind in China weit verbreitet, und selbst der Islam, der mindestens in der Provinz Sinkiang ein geschlossenes religiöses Gemeinwesen darstellt, steht mit der chinesischen Regierung auf bestem Fuß. Zahlenmäßig sind die Christen in China mit ihren dreieinhalb Millionen Bekennern (0,6 Prozent der Bevölkerung) ebenfalls nicht eine Macht, die einen Konflikt mit dem Staat heraufbeschwören müßte. Der Grund dafür, daß den Bemühungen, den christlichen Glauben zu verbreiten, kein Erfolg beschieden war, lag bei den Missionen – protestantischen und katholischen – selbst. «Sie vertraten», um Professor Matthias zu zitieren, «die Interessen der europäischen und amerikanischen Mächte, die sich bemühten, China in eine Halbkolonie zu verwandeln.» Auch im Kampf der Bauern um eine Besserung ihrer Lage waren die Missionare unweigerlich auf der Seite ihrer Gegner, der Grundbesitzer, zu finden. «Chinesen waren», nach Professor Matthias, «keine Feinde der christlichen Kirche, aber sie wurden es. Die Missionen haben in China mehr Kommunisten geschaffen als alle kommunistischen Parteien zusammengenommen.» Dies ist ein sehr scharfes Urteil, das aber nur bestätigt, was andere Kenner Chinas, wie Professor Fitzgerald von der Canberra-Universität, Australien, oder der frühere indische Botschafter in China, K. M. Panikkar, feststellten.

Allerdings gibt es noch andere Gründe für den Mißerfolg der missionarischen Werbetätigkeit, Gründe, die in der Natur des Christentums als einer Offenbarungsreligion liegen, im Anspruch der Kirche, in ihrem Dogma die absolute Wahrheit zu besitzen. Professor Matthias schreibt darüber, u. E. in überzeugender Formulierung:

«Der Begriff der ‚absoluten' Wahrheit fehlt dem Chinesen. Die Wahrheit liegt für ihn nicht fest wie der geographische Pol. Sie kann wie der magnetische wandern. Sie kann sich heute in einem Tempel befinden und morgen in einer Kirche. Der Begriff einer absoluten Wahrheit ist für einen Chinesen beinahe ein Widerspruch in sich selbst. Eine solche Wahrheit muß ihrer Natur nach ausschließlich und ausschließend sein und dadurch jede Gesellschaft spalten. Also kann die absolute Wahrheit nicht die rechte Wahrheit sein, denn wie könnte das, was wahr ist, trennen, statt zu verbinden? Der Begriff der Wahrheit hat in China einen sozialen Charakter und ist sehr verschieden von dem, was wir auf Grund unserer Traditionen darunter verstehen.»

Die Erschwerungen, die sich die christlichen Missionen selbst schufen, wie jene, die im Dogma des Christentums und speziell der katholischen Kirche liegen, haben nun in China durchaus nicht zum Verschwinden des christlichen Glaubens geführt. Die Maßnahmen der chinesischen Regierung zielten lediglich darauf ab, die Privilegien rechtlicher und finanzieller Art, die chinesische Christen aus ihrer Zusammenarbeit mit den Ausländern gewannen, abzuschaffen. Wie aus vielen Unterredungen Professor Matthias' mit leitenden Persönlichkeiten christlicher Institutionen hervorgeht, kam es in China nicht zu Verfolgungen, wie sie Nazideutschland den Juden gegenüber betrieb. Daß die meisten Ausländer vertrieben wurden und keine privaten, das heißt kirchlichen, Mittelschulen und Hochschulen mehr geduldet werden, ist wahr, aber daß die Christen chinesischer Nationalität keinem Ausnahmeregime unterstehen, muß auch anerkannt werden. Hätte der Westen, unter gleichen Umständen, fairer gehandelt?

Aus dem Bericht von Professor Matthias erhält man die Überzeugung, daß sich die chinesische Regierung in ihrer Praxis weit weniger als die russische von politischen Dogmen leiten läßt. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Spatz in der Hand der Taube auf dem Dache vorzuziehen ist; was besteht und funktioniert, das heißt mit einer gedeihlichen Entwicklung des Volksganzen noch vereinbar ist, bleibt erhalten und wird nach und nach verbessert. Darum die große Vorsicht, mit der die Regierung an den Ausbau der Landwirtschaft herangeht, darum die Bevorzugung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, in das sich der chinesische Bauer einleben kann, gegenüber der Kolchose, die, ganz abgesehen von den heute noch mangelnden technischen Einrichtungen, ein Fremdkörper wäre. Dafür wird, mit dem Realismus, der die chinesische Aufbauarbeit auszeichnet, das Transportproblem in Angriff genommen und damit das ganz China einbeziehende Genossenschaftswesen erst lebensfähig gemacht. Flüsse werden korrigiert und Land wird gewonnen, so daß endlich die großen Hungersnöte der Vergangenheit angehören. Das gleiche gilt für die Organisation der Industrie, die durch die Zusammenarbeit von Staat und Privatkapitalisten wahrscheinlich Ergebnisse erzielt, wie sie bei durchgehender Verstaatlichung der Betriebe nicht zu erreichen gewesen wären.

Es ist klar, daß bei so umwälzenden Reformen, wie sie heute in China vor sich gehen, regionale Unterschiede in Erscheinung treten. Man stelle sich nur vor, was für Probleme zum Beispiel die Schulung dieses 600-Millionen-Volkes stellt. Von westlichen Besuchern wird, wie im oben erwähnten Artikel von Lily Abegg bereits angedeutet, beklagt, daß man in China heute die Technik gegenüber der chinesischen klassischen Bildung bevorzugt. Ob wir im Westen legitimiert sind, solche Kritik zu üben, ist eine andere Frage. Wir brauchen nur eine amerikanische oder europäische Zeitung zu öffnen, um zu erkennen, daß die Tendenz zur Spezialisierung auf Kosten der Erziehung auch bei uns

besteht, und dies nicht nur an den Hochschulen. Dabei hat ein Land wie die Schweiz zum Beispiel mit ihrem vergleichsweise sehr hohen Lebensstandard nicht entfernt so gute Gründe dafür anzuführen wie China, das sich, koste es, was es wolle, aus seiner jahrhundertealten materiellen Misere herausarbeiten muß; wenn es in der Völkergemeinschaft jene Stellung einnehmen soll, die seiner Bedeutung entspricht.

China sucht auf eigenen Wegen vieles nachzuholen, was zum Teil durch die Schuld des Westens versäumt wurde. Bewundernswertes wurde bereits verwirklicht: die chinesische Frau, die früher ein Sklavendasein führte, ist zur geachteten Gefährtin des Mannes geworden, durch die Befreiung von der Geißel des Opiums und der großen Seuchen hat die Volksgesundheit einen nie zuvor gekannten Stand erreicht. China hat ohne Zweifel aus dem russischen Beispiel wie aus seinen Fehlern gelernt, aber es ist ebenso begierig, die westlichen Errungenschaften zu erproben. Man muß sich erinnern, daß viele der hervorragendsten Führer Chinas den Westen aus eigener Anschauung kennen. Die Vergangenheit lehrt aber auch, daß dieses hochbegabte Volk noch immer das Talent bewiesen hat, sich fremdes Gedankengut in der ihm zusagenden Form einzuverleiben. Es wird für den westlichen Beobachter von höchstem Interesse sein, zu vergleichen, wie die Entwicklung in den beiden Nachbarländern China und Indien verläuft. Beide haben sich von westlicher Bevormundung befreit und suchen den Weg zu einer ihnen gemäßen nationalen Existenz. So verschieden im einzelnen ihre Probleme sind, so verstärkt ihre gemeinsame Erfahrung, der Befreiungskampf, ihre weit in die Geschichte zurückreichenden Beziehungen. Es scheint sich eine Art friedlicher Wettkampf zwischen ihnen anzubahnen, wenn ein reger Austausch von wissenschaftlichen und kulturellen Studiengruppen so gedeutet werden darf. Wird es Indien vergönnt sein, seine «stille» Revolution von unten auf und ohne Gewalt durchzuführen? Dr. Sun Yat-sen jedenfalls, der nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie China auf demokratischer Grundlage neu aufbauen wollte, fand beim Westen kein Verständnis für seine Ziele, so daß erst die gewaltsame Befreiung von der Herrschaft des Westens neue Möglichkeiten der Entwicklung schuf.

Professor Matthias sind wir für seine tiefgründige und lebendige Schilderung des neuen Chinas zu Dank verpflichtet. *Paul Furrer*

An die Ewiggestrigen

(Schluß)

Genetische Schäden

Noch schlimmer womöglich sind die schleichenden genetischen Schäden der radioaktiven Verseuchung. So gibt H. V. Brondsted in der Märznummer 1956 des BAS unter dem Titel «Warning and

Promise of Experimental Embryology» den folgenden erschütternden Bericht:

«Untersuchungen an Kindern, die von Frauen geboren wurden, die Nagasaki und Hiroshima überlebt haben, sind eine fürchterliche Warnung vor den Gefahren des Atomzeitalters. Diese Untersuchungen wurden 1951 ausgeführt, sechs Jahre nach der Katastrophe. Im Hypozentrum – einem Gebiet von zwei Kilometern im Durchmesser unmittelbar unter dem Explosionspunkt – waren von den 1774 überlebenden Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter 98 schwanger. 28 Prozent der Fötusse starben vor der normalen Geburtszeit. Zum Vergleich wurden 1774 Frauen, die außerhalb des Hypozentrums lebten, in die Untersuchung einbezogen. 113 von ihnen waren schwanger. Nur 2,6 Prozent der Fötusse starben vor der normalen Geburt. Es wurde festgestellt, daß die Todesrate am größten unter den Fötussen war, welche zur Zeit der Explosion noch nicht ein Fötusalter von drei Monaten erreicht hatten ... Manche der rechtzeitig geborenen Kinder starben während des ersten Jahres nach der Geburt, andere in wenigen darauffolgenden Jahren. Die Körperlänge von überlebenden Kindern, die von schwer geschädigten Müttern geboren wurden, war fünf Jahre nach dem Abwurf der Bomben 3 cm kürzer als normal, ihr Gewicht 2 kg weniger, ein Zeichen geringerer Lebensfähigkeit. Der Kopfumfang war 2 bis 3 cm weniger als normal, was auf ein unterentwickeltes Gehirn hindeutet. Einige fünfjährige Kinder waren nicht imstande, normale Laute hervorzubringen ... Natürlich kann vor wenigstens zwei Generationen nichts über tödliche Mutationen ausgesagt werden.»

Orgie gegenseitiger Zerstörung

Und nun noch einige Angaben von militärischer Seite, die eindeutig die ungeheure Gefahr aufzeigen, der die Menschheit heute gegenübersteht, mehr als je, seit die radioaktive Komponente der die Welt in ein Trümmermeer verwandelnden Atomwaffen zu den Druck- und Hitzewirkungen der traditionellen Waffen hinzugekommen ist. So hat sich nach der Oktobernummer 1954 des BAS der amerikanische Brigadegeneral im Ruhestand, Thomas R. Phillips, folgendermaßen geäußert:

«Bis 1949 besaßen die Vereinigten Staaten ein Atommonopol, und während dieser Zeit wurden die strategische Luftflotte und die interkontinentalen Bomber geschaffen. Ein indiskreter General der Luftwaffe kündigte an, daß ihre Ziele einige 90 industrielle und Verkehrszentren in der Sowjetunion sein würden. Daß diese Zentren zugleich die meistbevölkerten Gebiete der Sowjetunion sind, wurde als zufällig betrachtet ... Einige 15 000 MIGs wurden in der Sowjetunion gebaut, um der USA-atomischen Bedrohung zu begegnen.

Wenn der Feind in der selben Weise ausgerüstet ist und reichlich spaltbares Material zur Verfügung hat, so könnten sich die gegnerischen

Armeen sehr leicht gegenseitig zerstören, bevor sie nur einander begegnen ... Eine einzige thermonukleare Waffe könnte eine 20 Meilen breite und 20 Meilen (rund 30 Kilometer) tiefe Bresche in die feindlichen Linien legen ... Dreißig Bomben würden eine 20 Meilen tiefe, völlig zerstörte, verbrannte und vaporisierte Zone vom Baltischen Meer bis zur Schweiz erzeugen ...

Angesichts solcher Fähigkeiten kann eine Kriegführung auf der Erde, wie sie üblicherweise verstanden wird, nicht länger im Krieg zwischen Atommächten bestehen ... Alsdann, wenn die Bombardierung auf solche Ziele, fernab von den Schlachtfeldern, ausgedehnt wird, so mag es leicht zu einer Orgie gegenseitiger Zerstörung kommen, der gegenüber der Aderlaß der Mongolen human erscheint ... In dem ins Auge gefaßten Krieg ist wenig Raum für Armeen und Flotten. Dies ist bittere Medizin für Soldaten und Seeleute.»

Keine Verteidigung gegen Fernlenkgeschosse

Senator Henry Jackson, Präsident des militärischen Ausschusses für die Verwendung der Atomwaffe, hat in der Märznummer 1956 des BAS einen Artikel über die wachsende Gefahr durch Fernlenkgeschosse veröffentlicht, wonach dem Kongreß «allein für die Entwicklung dieser Waffe ein 1 276 000 000-Dollar-Budget für das nächste Fiskaljahr vorgelegt wurde ... Fernlenkgeschosse von mittlerem Aktionsradius, so wie sie jetzt die Sowjetunion erfolgreich geprüft haben soll (Klasse ungefähr 1500 Meilen, etwa 2500 Kilometer), die mit Atomsprengköpfen versehen sind, stellen die Hauptgefahr für amerikanische und alliierte Stützpunkte in Asien, Afrika und Europa dar ... Die tatsächlich wichtige Gegenmaßnahme zu dieser Entwicklung von Fernlenkgeschossen mittlerer Reichweite durch die Sowjets liegt nicht so sehr in der Konkurrenzierung dieses besondern Sowjetfortschritts als in der Herstellung einer entsprechenden Zahl von Langstreckenbombern (und schließlich in der Entwicklung des wirklichen transozeanischen Fernlenkgeschosses) ... Das interkontinentale, ferngelenkte Geschoß ist das Ding, das dem ‚ultimate weapon', das je projektiert worden ist, am nächsten kommt ... Ferngelenkte Geschosse kursieren hoch in der Ionosphäre mit zehn- oder zwanzigfacher Schallgeschwindigkeit. Ein interkontinentales Fernlenkgeschoß, das von russischen Basen auf die Städte und militärischen Einrichtungen unseres amerikanischen Kernlands gezielt würde, käme in zwanzig oder dreißig Minuten an. Ein Fernlenkgeschoß mittlerer Reichweite könnte die Hauptstädte unserer europäischen Alliierten in 10 oder 15 Minuten erreichen. Mehr noch, eine wirksame Verteidigung gegen Fernlenkgeschosse ist nirgends in Sicht ... Jede dieser Nationen (erwähnt sind: Frankreich, Westdeutschland, England, Pakistan und Japan) könnte durch ein 1500-Meilen-Fernlenkgeschoß, abgeschossen von kommunistisch kontrollierten Stützpunkten, verwüstet werden.

Diese Reichweite würde ganz Westeuropa umfassen, ganz Nordafrika und den Mittleren Osten, den größten Teil von Süd- und Südostasien, die Philippinen, Formosa, Okinawa, Korea und Japan. Nach meinem Urteil besteht die Gefahr, daß die Sowjets vor dem Ende des Jahres 1956 ein 1500-Meilen-Fernlenkgeschoß abfeuern könnten.»

Das Land für eine Generation unbewohnbar

Endlich sei noch auf die «Hearings» vor dem Subkomitee der Luftwaffe des Senatskomitees vom 24., 25. und 31. Mai 1956 hingewiesen mit der folgenden interessanten Feststellung:

Senator Symington: «In ‚Fortune' war ein sehr guter Artikel über neue Waffen. Ich glaube, es wurde darin gesagt, daß 110 Bomben vom schon verwendeten Typ, die in Intervallen von 10 Minuten dieses Land treffen, ungefähr 70 Millionen Menschen vernichten würden.»

General Gavin: «Das stimmt.»

Senator Symington: «Und Hunderte von Quadratmeilen der Vereinigten Staaten für eine Generation unbewohnbar machen würden.»

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf das furchtbare Bild einer Stadt, die sich plötzlich einem Angriff mit Nuklearwaffen gegenübergestellt sieht, und halten wir uns vor Augen, daß ferngelenkte Geschosse, die von den entferntesten Basen ihr Ziel in 20 bis 30 Minuten erreichen, jedes Warnsystem zunichte machen. Nehmen wir zum Beispiel den von Dr. Lapp skizzierten praktischen Fall an, in dem sich eine Vorstadt von Washington, Woodley, bei einem Angriff auf das Weiße Haus befände. Die dort wiedergegebenen Berechnungen von Dr. Lapp beziehen sich dementsprechend auf einen Abstand vom Explosionsort von 6 Meilen (fast 10 Kilometern). Bei diesem Abstand bewirken schon die schwächsten von diesem Forscher in Betracht gezogenen Bomben von einem Megaton und weniger durch die zunächst eintreffende Hitzewelle eine Temperaturerhöhung von 10 Kalorien pro cm^2. 8 bis 10 Kalorien pro cm^2 bewirken aber schon Verbrennungen dritten Grades. Den letzteren werden also die unbedeckten Hautstellen der infolge des Versagens des Warnsystems an Ort und Stelle erfaßten Menschen ausgesetzt sein.

Phantasie und Wahrheit

Doch Herr km behauptet in seinem Artikel vom 20. Februar in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Schon ein Bettuch oder ein Mantelstück, das geistesgegenwärtig über den Kopf gezogen wird, vermag die Wirkung wesentlich herabzusetzen.»

Wie aber, wenn das besagte Bettuch oder Mantelstück selbst verbrennt? Nach Dr. Lapp ist dies für gestreifte Leinenstoffe und graue Baumwolle ebenfalls schon bei 10 Kalorien, bei khakifarbigem Baum-

wolldrilch bei 15 Kalorien und bei andern Stoffen, je nach Material und Farbe, bei Hitzeeffekten der Fall, die nur um ein geringes stärkere Bomben zu erzeugen vermögen. Bei Anwendung von fünf Megatonbomben, die keineswegs eine obere Grenze – die es überhaupt nicht gibt – darstellen und die schon durch die Testbomben um das Vier- bis Zehnfache überholt sind, gibt Dr. L a p p 50 Kalorien pro cm² im erwähnten Abstand an. Es ist dies eine Hitzewirkung, der kein Kleider-, Wäsche- oder Vorhangstoff Widerstand zu leisten vermag. Auch Holzbauten sind schon bei 25 Kalorien pro cm² von der Einäscherung bedroht und Personen in den von Dr. L a p p als Schlupflöcher (foxholes) bezeichneten Unterständen bei 37 Kalorien pro cm².

Schutzräume

Aber Herr km behauptet:

«Selbstverständlich wird auch ein abgeschlossener Schutzraum gegen die Hitzestrahlung schützen.»

Nehmen wir also an, ein solcher sei vorhanden und einigen Überlebenden sei es gelungen, sich dorthin zu schleppen. Was erwartet sie dort? Der Hitzewelle folgt die Druckwelle, wie der Donner dem Blitz, entsprechend der Schallgeschwindigkeit, mit der sie sich fortbewegt, für den Abstand von 8 bis 9 Kilometern nach weniger als einer halben Minute. Sie verursacht im Gefolge der Explosion einer noch transportablen Bombe nach dem erwähnten Kernphysiker schwere bis vollständige Zerstörung innerhalb eines Radius von 10 Meilen (16 Kilometern), während Herr km den Umkreis für eine schwere Atombombe auf 5 Kilometer begrenzt. «Ein Schutzraum, der den Schutt des über dem Kopf zusammenstürzenden Hauses zu tragen vermag», wie sich Herr km ausdrückt, stellt nun das fragwürdige Asyl derjenigen dar, die, wenn auch mit Brandwunden übersät, durch einen günstigen Zufall der tödlichen Hitzewirkung entgangen sind. Aber was weiter, wenn die Trümmer des zusammenstürzenden Hauses den «Schutzraum» in eine Todesfalle verwandeln? In seinem Expertenbericht anläßlich der 2. Sachverständigenkonferenz des Internationalen Roten Kreuzes in Rom hat ein Fachmann ersten Ranges, Oberst P o u d e r o u x, die verzweifelte Situation der unter den Trümmern Begrabenen anschaulich dargelegt.* Doch vielleicht ist durch die Verbindung mehrerer Luftschutzkeller ein Ausgang aus einem von ihnen noch unversperrt. Die Eingeschlossenen werden also versuchen, durch ihn dem sicheren Tod durch Ersticken zu entrinnen, denn wer könnte sie retten, da die radioaktive Verseuchung, die jeden Angriff mit Atomwaffen begleitet, das Betreten der Trümmerstätte auf unbegrenzte Zeit unmöglich macht? Aber wenn der Ausgang zur Straße mit Müh und Not erreicht ist, welch unvorstellbares neues Entsetzen: durch den Schutt der eingestürzten Häuser

* s. Woker, «Der kommende Gift- und Brandkrieg», 6.–9. Auflage, Oldenburgverlag, Leipzig, 1932, Seiten 143–168.

versperrte Straßen und Plätze, lodernde Brände, die auch Teile des Straßenpflasters erfassen, so weit das Auge reicht, und mitten im Chaos des Leblosen vom heulenden Feuersturm gejagte, von unbändigem Schmerz gepeinigte, halbversengte Menschen mit brennenden Haaren und Kleidern – die leibhaftigen lebenden Fackeln des Nero. Ihre Jammerschreie mischen sich in das Getöse stürzender Balken, zusammenfallender Häuser – und nirgends ein Rettungsschimmer für die Jagd der Todgeweihten.

Aber, so wird man vielleicht einwenden, könnte sich die Bevölkerung einer durch die Nähe der Metropole besonders gefährdeten Stadt oder Vorstadt nicht vorher in Sicherheit bringen, gleich nach der Kriegserklärung? Aber wenn eine Kriegserklärung nach modernen Gepflogenheiten überhaupt nicht erfolgt? Und wenn sie erfolgen würde – oder irgendein Warnungszeichen den überraschenden Angriff voraussehen ließe? Auch dann würden die Überlebenschancen nicht viel günstiger sein. Denn wie sagt doch ein NATO-Kommandant, der amerikanische General S c h u y l e r, nach «Die Besinnung», Heft 1, 1955, Seite 58 (siehe Pressedienst der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit, Nr. 3):

«In einem zukünftigen Krieg muß mit einer zeitigen Massenflucht der Zivilbevölkerung gerechnet werden. In einem solchen Fall helfen nur Radikalmaßnahmen, wie die Zernierung aller großen Städte durch Verbarrikadierung ihrer Ausgänge, Herunterkämmen aller zivilen Verkehrsteilnehmer von der Landstraße mit Hilfe von Spezialpanzern und Gewaltanwendung beim Durchstoßen von Autoknäueln.»

Zivilschutz wäre es, Menschen von solchen Grundsätzen, die keine Menschen mehr sind, als Verbrecher zu brandmarken und unschädlich zu machen, statt mit dem Massenmord ohne Grenzen, den ein moderner Krieg bedeutet, durch Schutzmaßnahmen, die keine sind, zu paktieren. *Gertrud Woker*

Fußnote zu 26 Megatonnen Strontium (Heft 2, Seite 47):

Die Angabe «26 Megatonnen Strontium», deren sich Dr. Lapp in dem betreffenden Artikel wiederholt bedient, verlangt einige Erläuterung. So wurde aus dem Leserkreis der «Neuen Wege» (Herr Dr. Brenner) der naheliegenden Annahme entgegengetreten, daß es sich dabei um das Gewicht des Strontiums handle. Denn dies würde zu unmöglich hohen Strontiumwerten führen, auch dann, wenn man alle bisher stattgefundenen atomaren Explosionen, bei denen sich Strontium als Endprodukt bildet, berücksichtigt und, wie die Verfasserin hinzufügen möchte, außerdem das Strontium in Rechnung zieht, das als Spaltprodukt des radioaktiven Kryptons von den Reaktoren, die der «friedlichen Anwendung der Atomenergie» dienen, an die Luft abgegeben wird. (Wie hoch gerade der letztere Betrag ist, kann daraus geschlossen werden, daß nach der Schrift «A World to Gain», die die englischen «Scientific workers» zusammen mit dem «Labour Research Department» 1956 herausgegeben haben, S. 19/20, der Dounreay-Reaktor (Schottland) allein 100 Millionen Curies an Radioaktivität enthält [1 Curie = Strahlungsenergie von 1 gr Radium], also mehr als der gesamte Weltvorrat an Radium zusammengenommen.)

Im Einklang mit den Angaben von Dr. Lapp an anderer Stelle in dem in Frage kommenden Artikel würde es sich also, wie Herr Dr. Brenner betont, nicht um

Unsere Verantwortung

Wir haben in der Märznummer der «Neuen Wege» darauf hingewiesen, daß heute keine Regierung mehr ausschließlich ihrem Volk dienen darf, sondern daß in diesen Tagen jede Regierung, besonders in ihrer Außenpolitik, der Menschheit als Ganzem verantwortlich ist. Das heißt doch wohl – wenn der Begriff der «freien Welt» keine Phrase sein soll –, daß die «freien Völker» ihre Regierungen dazu bringen, eine Politik zu machen, die der Verantwortung der Menschheit gegenüber entspricht. Dazu gehört, daß sie auf die Mahnrufe kompetenter Wissenschaftler hören und sich von ihnen beraten lassen. Es fehlt in letzter Zeit nicht an warnenden Stimmen. Wir möchten sie festhalten, denn das Wissen um die Gefahr ist schließlich der Ausgangspunkt für weitere Schritte.

Das erste Ziel, das zu erreichen ist, heißt: Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben. Frau Professor Gertrud Woker hat in ihrem Artikel auf die aufsehenerregenden Warnungen hingewiesen, die von amerikanischen Atomwissenschaftlern seit Jahren im «Bulletin of the Atomic Scientists» veröffentlicht werden. In Frankreich schreibt Professor Joliot-Curie dazu: «Wenn wir die Versuche nicht einstellen, wird tödliches Radiostrontium seinen Weg in unsere Heime und in die Heime unserer Kinder finden und Knochenkrebs und Blutzersetzung (Leukämie) verursachen. Wir und unsere Kinder sind in Gefahr, wenn wir uns nicht darüber einigen, die Versuchsexplosionen jetzt einzustellen.»

Dr. Albert Schweitzer, der in der ganzen Welt verehrte Menschheitsfreund, erklärte in einer Radiorede von Oslo dazu: «Wenn es gelingt, die Atombombenversuche einzustellen, dann beginnt für unsere arme Menschheit eine durch die Sonne der Hoffnung erleuchtete Zukunft. Wir müssen genügend Ernst und Mut aufbringen, um diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, solange es noch Zeit ist.»

Eine Gruppe von achtzehn prominenten westdeutschen Atomphysikern, unter ihnen vier Nobelpreisträger, wandten sich am 12. April gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen. Sie erklärten, sie würden sich weigern, bei der Herstellung, Prüfung und Verwertung von Atomwaffen mitzuwirken. Die Wissenschaftler stellen fest, daß die sogenannten

---

26 Megatonnen Strontium, sondern um die bei dessen Bildung freiwerdende Spaltungsenergie handeln, die Atomexplosionen entspricht, die – im üblichen Maß – der Sprengwirkung von 26 Megatonnen Trinitrotoluol äquivalent ist. Zu den 26 erwähnten Megatonnen gelangt Dr. Lapp auf Grund der Messungen des totalen Ausfalls von Strontium 90, verursacht durch die nuklearen Teste im Jahre 1955, der unter der Annahme eines gleichmäßigen globalen Ausfalls und unter Zugrundelegung der Berechnung, daß Explosionen von der Stärke zweier Megatonnen ein Millicurie Strontium 90 für jede Quadratmeile der Erdoberfläche erzeugen, 13 Millicuries pro Quadratmeile ergab.

«taktischen» Atomwaffen dieselbe Zerstörungskraft haben wie die Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Was die Wasserstoffbombe betreffe, könne man den Beitrag der gegenseitigen Furcht zur Erhaltung des Friedens nicht bestreiten, müsse jedoch einsehen, daß diese Art der Wahrung von Frieden und Freiheit unhaltbar sei.

Einer der deutschen Wissenschaftler, Professor Walter Gerlach, erklärte im weiteren (Interview für «Die Welt am Sonntag»): «Es ist unsere Pflicht, die Bevölkerung aufzuklären, weil die eigene bittere Erfahrung unseres Lebens uns gelehrt hat, welches Unheil aus dem Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse entstehen kann.» Auf den Vorwurf, die Erklärung der Professoren könnte zu wahltaktischen Manövern verwendet werden, entgegnete Professor Gerlach: «Eine Wahl und eine Wahlperiode sind vorübergehende Erscheinungen. Hier aber geht es um eine Frage der gesamten Menschheit.»

Nirgends außer in Japan ist der Widerstand gegen die Atombombenversuche schärfer als in England. Nicht nur besteht dort ein Kampfbund für die Abschaffung solcher Versuche; ganz allgemein ist man sich in England der Gefahr viel mehr bewußt, wäre doch die britische Inselwelt das erste und sicherste Opfer eines Atomangriffs. Daher der einmütige Antrag der parlamentarischen Labourpartei, die englischen Nuklearwaffenversuche auf den Weihnachtsinseln seien mindestens zu verschieben.

Ein kleines Buch von 127 Seiten, erst kürzlich von Professor Kathleen Lonsdale unter dem Titel «Ist Friede möglich?» («Is Peace Possible?») veröffentlicht, befaßt sich mit allen Aspekten der Friedensfrage. Professor Lonsdale ist Quäkerin und als solche gegen jede Gewaltanwendung. Eine Illusion, wird der Realist einwenden. Wenn aber Realisten vom Schlage eines Winston Churchill und Franklin Roosevelt in ihrer Atlantischen Charta – das heißt fünf Jahre, bevor die erste Atombombe Hiroshima zerstörte – zum Schluß kamen: «Alle Nationen der Welt müssen, aus realistischen wie aus ideellen Gründen, dazu kommen, auf Gewaltanwendung zu verzichten», so wird sich heute, da Gewaltanwendung für große Teile der Welt Selbstmord bedeutet, niemand der Richtigkeit dieser Forderung entziehen können.

«Wir müssen die Jugend nicht für den Krieg, sondern gegen den Krieg schulen», lautet Professor Lonsdales Forderung. Die meisten Menschen bringen allerdings die Kraft und die Phantasie nicht auf, die ein so radikales Umdenken erfordert, sie haben sich daran gewöhnt, geführt zu werden. Doch hat Professor Lonsdale in China erlebt, wie ein Volk sich aus der Resignation aufraffen und zu einer neuen Lebensauffassung gelangen kann. Wenn es dort möglich war, so radikale Reformen durchzuführen, so sollte es auch im Westen, auf dem Gebiet der Friedenserziehung und mit Mitteln, die unseren eigenen demokratischen Überlieferungen entsprechen, möglich sein, Wan-

del zu schaffen. Aus ihren Erfahrungen mit Christen und Nichtchristen in Ost und West gelangt Professor Lonsdale allerdings zur Überzeugung, daß der Westen auch zu den kommunistischen Völkern eine andere Einstellung gewinnen, das heißt vor allem seine Überheblichkeit ablegen muß. Daß wir, die wir als erste die Atombombe zur Anwendung brachten und die neuesten scheußlichen Waffen erfanden, ein Monopol an christlichen Tugenden haben sollten, kommt ihr einfach phantastisch vor. Auch Begriffe wie «politische Freiheit» und «Demokratie» bedeuten dem Asiaten, sei er Christ oder Nichtchrist, im allgemeinen wenig. Was er erkämpfen muß, ist zunächst die Befreiung vom Hunger. Noch lebt ja der größte Teil der Menschen nicht besser als die Arbeiterklasse im Westen vor hundert und mehr Jahren: unterernährt, unwissend, in miserablen Wohnverhältnissen, ein Opfer immer wiederkehrender Krankheiten und Epidemien. Die Besserung all dieser Zustände gehört zur Planung für eine Welt ohne Krieg. Und ohne Opfer für den Westen wird es nicht abgehen. «Einer trage des andern Last» ist eines der wichtigsten christlichen Gebote.

Aber wie die besten Wissenschafter in allen Ländern sieht Kathleen Lonsdale das dringendste Problem in der Abschaffung der Nuklearwaffenversuche. Es wäre einfacher, solche Versuche jetzt einzustellen, als später die Lager an Nuklearwaffen zu kontrollieren.

Warum gelingt es den Regierungen nicht, ein Abkommen abzuschließen? «Der wirkliche Grund dafür ist», um noch einmal Albert Schweitzer zu zitieren, «daß es in ihren Ländern keine öffentliche Meinung gibt, welche ein solches Abkommen verlangt... Es braucht eine öffentliche Meinung, die sich der schweren Gefahren der Fortsetzung der Versuche bewußt ist und die sich vom gesunden Menschenverstand leiten läßt.»

Ein wohlwollender, langjähriger Leser der «Neuen Wege» äußerte sich dahin, unser Blatt «weise äußerst selten konkrete Anregungen und Möglichkeiten auf». Die Redaktionskommission möchte in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß unsere Leser in der Verbreitung vorstehender Gedanken mitwirken können, eine öffentliche Meinung zu bilden, wie sie Albert Schweitzer verlangt. Geben Sie die «Neuen Wege» an Ihre Bekannten, schreiben Sie an Ihre Zeitung. Es geht keine ehrliche Bemühung verloren. *Die Redaktionskommission*

Beim französischen Christianisme Social

Es ist mir immer eine Herzstärkung, wenn ich unter französischen Protestanten weilen kann. Je betrüblicher der moralische Gesamtzustand des französischen Volkes von heute ist – es macht einem wirklich den Eindruck einer Masse, die «abgehetzt und verwahrlost ist wie Schafe, die keinen Hirten haben» – und je trostloser seine politische und soziale Verirrung und Verwirrung einem oft vorkommen will, desto wichtiger wird die Haltung und die Arbeit der gesunden Volksgruppen, die

inmitten der allgemeinen Auflösung einen festen Kern des Widerstands und der Erneuerung zu bilden berufen sind. Und daß die Bewegung des (protestantischen) Christianisme Social zu den wertvollsten und tapfersten dieser Gruppen gehört, das weiß jeder, der mit ihr in Fühlung steht und ihre Tätigkeit kennt. Es ist mir aufs neue durch ihren heurigen Jahreskongreß bestätigt worden, der vom 25. bis 28. April in St-Etienne stattgefunden hat und dem ich als Vertreter der deutschschweizerischen Religiös-Sozialen – neben einigen welschen Freunden – beiwohnen durfte, alte Freundschaften erneuernd und neue anknüpfend.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen über die Verhandlungen des Kongresses zu berichten; wer sich dafür interessiert, greife zu den beiden Publikationsorganen der Bewegung, der alle vierzehn Tage erscheinenden «Cité Nouvelle» und der großen Zweimonatsschrift «Christianisme Social». Im Mittelpunkt der Tagung standen diesmal Fragen des internationalen Zusammenlebens, mit Vorträgen und Diskussionen über «Crises internationales et unité des Chrétiens», «Principes d'organisation de la communauté internationale» und «Après la crise internationale – débat de conscience et orientation nouvelle». Natürlich gingen die Meinungen über all diese Dinge auch hier oft stark auseinander; was unsereinen aber so besonders wohltuend berührte, das war der Geist der Sachlichkeit, des gemeinsamen Suchens nach der Wahrheit und der Versöhnlichkeit, der all die Auseinandersetzungen beherrschte, sowohl in den allgemeinen Vorträgen und Aussprachen als in den kleineren «Carrefours» (Diskussionsgemeinschaften) und in den persönlichen Unterhaltungen. Von der gehässigen Unduldsamkeit und Dünkelhaftigkeit, auf die man bei uns oft stößt, namentlich wenn es um die Stellung zum Kommunismus geht, habe ich wenigstens hier kaum eine Spur bemerkt.

Daneben nahmen aber auch die innerfranzösischen Probleme am Kongreß einen ziemlich breiten Raum ein. Kein Wunder; denn ein Hauptteil, ja wohl der größte Teil der Tätigkeit des Christianisme Social ist seit jeher dem Kampf gegen die schweren Volksübel gewidmet, unter denen Frankreich leidet, gegen das sexuelle Laster, den Alkoholismus und die Wohnungsnot, alle mehr oder weniger eng mit der Armut der Massen und der Vorherrschaft des (in Frankreich so stark vom Kleinunternehmertum getragenen) Kapitalismus zusammenhängend. Mehr als die Hälfte aller französischen Arbeiter und Angestellten bekommt ja einen Lohn, der (an der inneren Kaufkraft des französischen Geldes gemessen) nicht einmal 350 Schweizer Franken im Monat entspricht; etwa 30 Prozent verdienen bis zu 520 Schweizer Franken, und keine 20 Prozent kommen darüber hinaus. Besonders arg ist die Wohnungsnot; nicht nur fehlt es in fast unglaublicher Weise an Wohnraum, sondern die vorhandenen Wohnungen befinden sich auch weithin in einem geradezu katastrophalen Zustand, und zwar noch mehr auf dem Land als in den Städten. Die Verheerungen, die der Alkoholismus in Frankreich – dem am meisten alkoholisierten Lande der Welt – anrichtet, sind großenteils die Folge des Wohnungselends, ebenso die (feinere und gröbere) Prostitution, von deren Ausmaß man einen Begriff bekommt, wenn man hört, daß alljährlich mehr als 13 000 Mädchen und Frauen im Unzuchtsbetrieb verschwinden, der nicht zuletzt auch vom eigenen Militär und von den fremden Besatzungstruppen aufrechterhalten wird.

Um so erfreulicher war es für mich, die Fortschritte im Wohnungsbau und in der Wohnungssanierung feststellen zu können, die in einem typischen Arbeiterquartier von St-Etienne seit 1948 gemacht worden sind, dem Jahr, da ich die Stadt anläßlich eines anderen Kongresses des Christianisme Social zum erstenmal kennenlernte. (Ich habe damals in den «Neuen Wegen» ebenfalls darüber berichtet.) Wäre es nur in allen französischen Städten und Landgemeinden so!

Unseren lieben französischen Freunden, die sich so hingebungsvoll um die gute Durchführung des Kongresses und um das Wohlergehen ihrer Gäste bemühten, gebührt unser herzlicher Dank. Wir werden die Tage von St-Etienne nicht vergessen! *H. K.*

Abschreckungswaffe! Eines der eindrucksvollsten Dokumente zur Weltlage, die mir in den letzten Wochen zu Gesicht gekommen sind, ist die Note der Sowjetregierung vom 27. April an die Westdeutsche Bundesrepublik. Sie ist zwar nur ein weiteres Glied in der Kette von Noten, die Moskau an die Regierungen von Norwegen, Dänemark, Holland, England, Frankreich usw. in bezug auf die tödliche Gefahr eines Atomkrieges gerichtet hat, aber ihre Logik und Sprache ist in diesem besonderen Fall doch so machtvoll und das Zukunftsbild, das sie entwirft, so unheimlich, daß man meinen sollte, vernunftbegabte, ihrer Verantwortung bewußte menschliche Wesen könnten sich ihrer zwingenden Wirkung kaum entziehen. Sogar ein der Russenfreundschaft so wenig verdächtiger Politiker wie der Vizepräsident der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Mellies, mußte bekennen: «Alles, was in dieser Note über die Atomgefährdung gesagt ist, kann Wort für Wort unterstrichen werden und ist die Bestätigung für unsere Konzeption. Wenn nicht das Steuer in entschiedener Weise herumgeworfen wird, gehen wir in den nächsten Jahren sehenden Auges auf den dritten Weltkrieg zu.»

Der Mann hat nur zu sehr recht. Dennoch tun fast alle Sprecher und Organe der westlichen Welt die Sowjetnote wie üblich als unverschämte Drohung, als plumpen Erpressungsversuch und einfältige Koexistenzpropaganda ab und fahren fort, die Bereitstellung von Kernwaffen, besonders von Wasserstoffbomben und Fernraketen, als das wirksamste Mittel zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges zu bezeichnen, den sie sich nur in Gestalt eines sowjetisch-chinesischen Angriffs auf die «freien Nationen» vorstellen können. Namentlich die fortschreitende Umstellung der Kriegsrüstungen Großbritanniens und nun auch Westdeutschlands auf vorwiegend atomische Waffen wird mit der Behauptung begründet, beim Fehlen eines zuverlässigen Sicherheitssystems sei die Wasserstoffbombe eben das einzig Erfolg versprechende Abschreckungsmittel gegenüber der kommunistischen Weltgefahr.* Die britische Regierung anerkennt zwar in ihrem diesjährigen Weißbuch über den Stand der Landesverteidigung freimütig, «daß es gegenwärtig kein Mittel gibt, um die Bevölkerung unseres Landes gegen die Folgen eines Angriffs mit Kernwaffen angemessen zu schüt-

* Die Ausrüstung Westdeutschlands und anderer Länder mit amerikanischen Kernwaffen wird darum als so besonders dringlich erklärt, weil sonst die Sowjetunion in der Atomrüstung das Übergewicht in Europa bekäme. Kann man aber dieses Argument noch ernstnehmen angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten, wie uns immer und immer wieder versichert wird, allein von sich aus der Sowjetunion in bezug auf die Atomrüstung mehr als gewachsen seien und ohne weiteres imstand wären, die Sowjetunion sofort zu zerstören, falls sie es sich ein-

zen», und daß darum die Verhinderung eines Krieges wichtiger sei als seine Vorbereitung, kommt aber dann doch wieder zu dem Schluß, daß «die einzige bestehende Sicherung gegen einen großen Angriff in der Fähigkeit liegt, Vergeltung mit Kernwaffen anzudrohen.»

Natürlich ist in dieser immer und immer wiederholten Behauptung ein Stück Wahrheit enthalten. Aber es ist im besten Fall eine Halbwahrheit, und die ist stets gefährlicher als eine ganze Lüge, die eher als solche zu erkennen ist. Das H-Bomben-Argument ist ja doch nur eine neue Form des alten Volksbetrugs, der glauben machen will, daß der Frieden um so besser gesichert sei, je stärker man den möglichen Gegner mit eigenen Rüstungen einschüchtern und bedrohen könne. Solche Drohung und Einschüchterung mag eine Zeitlang tatsächlich wirken; Vernunft, Sittlichkeit und Erfahrung sollten nun aber doch allmählich hinlänglich klargemacht haben, daß es die Kriegsrüstungen in sich haben, zuletzt zwangsläufig zu ihrer praktischen Anwendung zu führen, und daß es wirklichkeitsfremde Theorie ist, von ihnen die dauernde Nichtanwendung und bloße Abschreckung zu erwarten. Wie sollte das nicht erst recht von dem ungeheuren, noch nie dagewesenen Rüstungsapparat gelten, den das Gewaltdenken und der Machtwille in den letzten Jahren aufgebaut hat und der noch immer vollkommener und grandioser ausgestaltet wird! Das «nukleare Gleichgewicht», das heute zwischen Ost- und Westblock besteht, ist wahrlich eine mehr als nur labile Erscheinung; sobald das eine oder das andere Lager einen Vorsprung gewinnt, etwa durch Schutzmaßnahmen gegen Fernraketen, ist das Gleichgewicht zerstört und technisch der Krieg möglich. Dann wird die atomische Rüstung nicht mehr zur Abschreckung des Gegners dienen, sondern zum Versuch der Durchsetzung ultimativer Forderungen, die man ohne solche Überlegenheit dem andern nicht stellen dürfte. «Ich kann mir wohl eine Lage vorstellen, in der wir die H-Bombe als Drohmittel anzuwenden wünschen werden», sagte kürzlich der Labourabgeordnete (!) George Brown, der schon immer ein Enfant terrible seiner Partei war, im britischen Unterhaus. Und in Amerika wird prophezeit, etwa im Jahre 1959/60 würden die Vereinigten Staaten Raketen mit einer Tragweite haben, die von den Sowjetraketen bis dahin noch nicht erreicht sein werde. Was läge in diesem Fall näher, als den Vorsprung des Westlagers nun doch zur Durchsetzung jener Forderungen an die Sowjetunion auszunützen, die weder die berühmte «Eindämmungspolitik» der Regierung Truman-Acheson noch die «Zurückrollungspolitik» von Eisenhower und Dulles bisher zu erpressen vermochte?

---

fallen ließe, an irgendeinem Punkt zum Angriff überzugehen? Vollends unwahr und reinste Demagogie ist es, wenn im «Aufbau» (3. Mai 1957) Pfarrer Trautvetter behauptet, das Rezept, mit dem die Sowjetunion die Welt von der atomaren Sorge befreien wolle, sei «verblüffend einfach» und laute: «Wenn wir allein die nuklearen Waffen haben, und wenn ihr euch jedem Druck und jeder Drohung von unserer Seite unterzieht, dann könnt ihr euch einstweilen ziemlich sicher fühlen.» Mit solchen Mitteln wird in der «freien Welt» der Kalte Krieg geführt!

Zivilcourage tut not! Die Vorstellung, man könne durch Ausübung eines letzten, höchstgesteigerten Druckes mit überlegenen Kriegswaffen die Sowjetunion zur Kapitulation zwingen (und zugleich das kommunistische Regime in China zum Verschwinden bringen), spukt ja noch immer verhängnisvoll in den Köpfen der westlichen Staatsmänner und Militärs. Dies um so mehr, als die Krise des Weltkommunismus neuerdings besonders stark die Hoffnung angefacht hat, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen innerhalb des Sowjetreiches würden über kurz oder lang nun doch den Zusammenbruch des Ostblocks bewirken. Auf diese Entwicklung spekuliert man besonders auch in Westdeutschland, wo man sich darum konsequent weigert, für den Rückzug der Russen aus Ostdeutschland den Preis zu bezahlen, den Moskau verlangt: die politische und militärische Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands. Das einige Deutschland, als Glied des militärisch und wirtschaftlich «integrierten», mit Amerika eng verbundenen Westeuropa, werde, so glaubt man fest, ganz von selber kommen, wenn sich die Sowjetunion gezwungen sehe, ihre Satelliten freizugeben und sich selbst im westlich-bürgerlichen Sinn zu liberalisieren. Und Hugh Gaitskell, der britische Labourführer, scheint bei seinem jüngsten Besuch in Rom nichts Gescheiteres zu tun gehabt zu haben, als diesen Aberglauben durch eine öffentliche Erklärung vor der Presse noch zu nähren. Was Wunder, wenn vom amerikanischen Staatsdepartement aus unermüdlich versichert wird, man denke gar nicht daran, in Verhandlungen mit den Russen über den Rückzug der beidseitigen Streitkräfte aus Deutschland zu verhandeln, und lehne alle «Anbiederungsversuche» Moskaus nach wie vor glatt ab, da einzig die Verstärkung der militärischen Schlagkraft des Westbundes die Sowjetführer «zur Vernunft zu bringen» imstande sei.

Die Frage ist nur, wie und ob überhaupt der Westbund seine «Politik der Stärke» noch fortsetzen kann. Besonders schwierig daran ist hier England. «Großbritannien», so stellt der «New Statesman» (13. April) fest, «kann es sich nicht leisten, zugleich H-Bomben und die üblichen Armeen zu haben. Wir haben uns auf H-Bomben festgelegt; wenn wir also nicht Bankerott machen wollen, müssen wir an unseren konventionellen Waffen sparen.» Die Sicherheit Englands auf Atomwaffen zu gründen, sei aber, wie das Labourblatt fortfährt, gefährlich und auf die Länge undurchführbar. «Die einzige Hoffnung für uns ist atomische Abrüstung ... Zwar weiß tatsächlich niemand, was alles auf diesem Gebiet zu erreichen ist. Was wir wissen, ist nur, daß trotz allen ministeriellen Ausflüchten und frommen Plattheiten die Westmächte keinerlei ernsthaften Versuch gemacht haben, zu einer Vereinbarung mit den Russen über die Ausschaltung der Kernwaffen zu kommen.»

Westdeutschland wäre in dieser Beziehung besser daran, da ihm die Herstellung von eigenen Atomwaffen noch verboten ist

und es sich vorläufig mit der Übernahme amerikanischer Atomwaffen begnügen muß. Aber ganz offenbar steuert die Bonner Regierung doch zielbewußt auf die Bereitstellung von Kernwaffen als Hauptbestandteil ihrer Kriegsrüstung hin; die ebenso anmaßende wie schulmeisterliche Art, in der Herr Adenauer die achtzehn westdeutschen Physiker wegen ihrer Befürwortung eines Verzichts auf «Atomwaffen aller Typen» abkanzelte, läßt diese Entschlossenheit nur allzu deutlich erkennen, obwohl man genau weiß, daß Deutschland rettungslos verloren wäre, wenn es je zur Anwendung von H-Bomben in einem Zukunftskrieg käme. Und gleichzeitig hält man in Bonn auch noch an der Notwendigkeit eines gewissen Maßes von konventionellen Rüstungen fest, hat also nicht die Zivilcourage, die Wertlosigkeit, ja Gemeingefährlichkeit a l l e r militärischen Rüstungen zuzugeben.

Und unsere S c h w e i z ? Sie hat nicht einmal einen einzigen Physiker, der den Mut hätte, wie die westdeutschen Gelehrten zu erklären, daß ein kleines Land am besten seine Sicherheit gewährleisten und dem Weltfrieden dienen könne, wenn es sich keinerlei Atomwaffen, welcher Art auch immer, zulege. Dafür suchen dann unsere Politiker und Militärs das Volk mit der Versicherung zu beruhigen, daß es höchst wahrscheinlich niemals zu einem Krieg mit H-Bomben kommen werde (siehe zum Beispiel «Neue Zürcher Zeitung» Nrn. 469 und 904), während immer noch «kleine» Kriege möglich seien, auf die sich die Schweiz vorbereiten müsse – auch durch Anschaffung sogenannter taktischer Atomwaffen. Wo ist aber die Grenze zwischen «kleinen» und «großen» Kriegen? Droht heutzutage nicht jeder «kleine» Krieg (wie der Suezkrieg zeigte) in einen Weltkrieg umzuschlagen, der dann, wie die NATO-Generäle immer wieder feststellen, sofort mit strategischen Kernwaffen geführt würde? Lassen sich taktische Atomwaffen, die ja die gleiche Wirkungsstärke haben wie die auf Japan abgeworfenen ersten Atombomben, überhaupt «begrenzt» verwenden? Haben sie nicht zwangsläufig auch den Einsatz s t r a t e g i s c h e r Atomwaffen zur Folge? Heißt das also nicht, daß eben – wie wir vorhin zu zeigen suchten – ein H-Bomben-Krieg doch sehr wohl möglich ist, ja durch das Wettrüsten mit Atomwaffen wie mit konventionellen Waffen in immer größere Nähe gerückt wird?

In der Tat beweist die ganze Art der schweizerischen Kriegsrüstungen – eingeschlossen der famose «Zivilschutz» –, daß wir uns in Wirklichkeit doch auf einen «großen», einen Atomkrieg einrichten und uns nur nicht einzugestehen wagen, daß beim Eintritt einer solchen Katastrophe unser ganzer Rüstungsapparat hoffnungslos versagen müßte. Ja, man sucht sogar – in recht eigentlich verantwortungsloser Weise – dem Volk einzureden, «eine mit ihrem gebirgigen Gelände verbundene Infanterie» wie die schweizerische vermöge, «falls ihre Moral aushält (!), noch zu kämpfen, wenn der apokalyptische Apparat des Nuklearzeitalters an Selbstzerstörung zusammengebrochen ist» . . . («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1146, Osterausgabe.)

Aber auch die populäre Begründung für unsere uferlosen Kriegsrüstungen geht ja doch immer von der angeblichen Gefahr eines russisch-kommunistischen Angriffes auf den Westen und auf die Schweiz aus. Man weiß also zum mindesten recht wohl, daß ein Krieg, der die Existenz der Schweiz bedrohen würde, kein «kleiner» Krieg sein könnte, sondern nur ein solcher zwischen den großen Weltblöcken, das heißt ein H-Bomben-Krieg, der auch den Ruin der Schweiz bedeuten müßte. Kurz, man arbeitet in der Rüstungspropaganda ständig mit dem Gespenst eines von Rußland ausgelösten Großkrieges und spiegelt dem Volk eine wirksame Landesverteidigung für diesen Fall vor, will aber unsere Rüstungen offiziell doch nur auf einen «kleinen» Krieg ausgerichtet wissen, weil man sich im klaren ist, daß die Schweiz einem Atomkrieg niemals gewachsen wäre. Widerspruch auf Widerspruch! Oder richtiger: Unwahrheit auf Unwahrheit! Und wiederum: ein Mangel an Tapferkeit und Mut, der uns noch das Leben kosten kann.

Aber was will man? Im Ausland steht es ja, wie gesagt, nicht besser. Die Sowjetführer schreiben sich fast die Finger wund, um die westliche Welt davon zu überzeugen, daß die Fortsetzung der Atomrüstungen Selbstmord im Kolossalstil wäre – und steigern doch ihre eigenen Atomrüstungen, mit dauernden H-Bomben-Versuchen, höher und immer höher. In der NATO aber weiß man genau, daß mit den höchstens dreizehn Landdivisionen, die die Westmächte in Europa zur Verfügung haben (fünf amerikanische, vier und bald nur zwei britische, zwei schwache holländisch-belgische, eine dänisch-kanadische und eine nur noch skizzenhafte französische) im Ernstfall nichts anzufangen wäre, auch wenn einmal noch die berühmten westdeutschen Legionen aufgeboten würden. Und doch zieht man nicht die Folgerungen aus diesem Wissen. Die NATO ist – wie in der Neuyorker «Nation» vom 13. April Paul Johnson bemerkt – «ein katastrophaler und kostspieliger Fehlschlag», ja sogar «das Haupthindernis für eine friedliche Regelung der europäischen Probleme». Sie habe, so stellt der englische Journalist fest, ihren Daseinsgrund längst verloren und sei nicht nur eine Zeitwidrigkeit geworden, sondern eine politische Verlegenheit. «. . . Obwohl die NATO abstirbt, tut sie das nur verstohlen und planlos . . . Wir scheinen vergessen zu haben, daß der ursprüngliche Zweck der NATO der Aufbau einer Stärkeposition war, die als Druckmittel bei einem allfälligen Kompromiß mit Rußland hätte verwendet werden sollen, daß also die NATO einfach Mittel zum Zweck war. Statt dessen ist sie nun Selbstzweck geworden, eine heilige Kuh, die um jeden Preis am Leben erhalten werden muß – zum mindesten dem Scheine nach.» Mit soviel Weisheit und Ehrlichkeit wird die Welt regiert!

Die Orientkrise Mittlerweile glauben die Anhänger der «Politik der Stärke», deren Werkzeug im Westen die NATO ist, wenigstens im Orient einen Sieg ihrer Sache verzeichnen zu können, einen ersten Erfolg der Eisenhower-Doktrin. Zwar mußten die Vereinigten Staaten und die ganze UNO nochmals vor Ägypten zurückweichen, das nunmehr mit seinem Plan für den Betrieb des Suezkanals herausgerückt ist und damit auf keinen ernsteren Widerstand stieß. Solange sich Washington weigert, mit Moskau das ganze Orientproblem zu bereinigen, ist auch gar nicht zu erwarten, daß Nasser irgendwie nachgibt, namentlich nicht in der Frage der freien Schiffahrt auch für Israel. Aber dafür haben die Vereinigten Staaten nun die Genugtuung, im Kampf um Jordanien eine Runde gewonnen zu haben, obwohl man besonders in Frankreich auch hier bereits eine Niederlage voraussah. Die Pariser «Débats» zum Beispiel – Nachfolger des einstigen hochangesehenen «Journal des Débats» – reduzierten (am 26. April) den neuen jordanischen Konflikt einfach auf einen Machtkampf zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland und behaupteten, es sei zur Erschütterung des Regimes von König Hussein nur darum gekommen, «weil man im letzten Jahr die Schlacht um Suez nicht zu gewinnen verstanden hat; diese Schlacht aber ging verloren, weil die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten gegenüber der sowjetischen Erpressung nicht unterstützt haben.»

Tatsächlich liegen die Dinge erheblich anders. Jordanien ist in zwei scharf getrennte Volksteile aufgespalten: die Westjordanier sind eher städtisch-fortschrittlich und erstreben unter der Führung der in allen arabischen Ländern tätigen sozialistischen Baath-Partei die Vereinigung mit Syrien, während die Ostjordanier überwiegend rückständig-reaktionäre Beduinen sind und das feudale Königshaus unterstützen. Bei den letzten Wahlen haben nun die Westjordanier zum erstenmal eine Mehrheit in der Nationalversammlung gewonnen; die daraufhin gebildete Regierung Nabulsi kündigte den Vertrag mit Großbritannien, suchte finanzielle Hilfe bei Syrien, Ägypten und Saudiarabien und begann die innere wie die äußere Politik Jordaniens in fortschrittlichem Geist neu zu orientieren. Der Thron Husseins wankte bedenklich, aber eine militärische Gegenrevolution, die der König organisierte, stürzte das Kabinett Nabulsi und führte zur Bildung der sehr konservativen Regierung Khalidi – nicht zuletzt dank einer amerikanischen Flottendemonstration im östlichen Mittelmeer, die ihren Eindruck auf Syrien und Libanon nicht verfehlte und so mittelbar auch Jordanien unter Druck setzte. Die Vereinigten Staaten sind es auch, die nun dem Regime Hussein die von ihm verzweifelt benötigte Finanzhilfe leisten und so für einmal die alte Ordnung in Jordanien, ihrem jüngsten Satellitenstaat, wieder gerettet haben.

Für wie lange – das wird sich ja zeigen. Denn sowenig wie in Syrien, Irak usw. die Feudalklasse dauernd am Ruder bleiben kann,

sowenig wird das in Jordanien der Fall sein. Die jungen nationalistisch-fortschrittlichen Kräfte, die in allen arabischen Ländern am Werk sind und die Eisenhower-Doktrin leidenschaftlich ablehnen, werden früher oder später auch in Jordanien endgültig obenauf kommen – und das heißt, daß die amerikanische Politik in Vorderasien so ziemlich ausgespielt haben wird, mindestens in der Form des jetzt von ihr vertretenen Neukolonialismus. H. de Galard dürfte recht haben, wenn er im Pariser «Observateur» (25. April) feststellt, die Eisenhower-Doktrin erstrebe zwangsläufig die gleichen Ziele, gebrauche die gleichen Methoden und bediene sich der gleichen Männer wie die frühere Orientpolitik Englands und Frankreichs, über die man doch angeblich hinauskommen wolle. «Sie stellt sich als Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion dar. Sie treibt also diejenigen, die sich in den arabischen Ländern ihr als einer neuen Form des westlichen Imperialismus widersetzen, erst recht in die Arme der Russen ... Ob man es nun will oder nicht: die Sowjetunion steht bereits im Mittelosten, und jetzt kann sich niemand mehr vorstellen, daß sie ihn freiwillig verläßt oder daß die arabischen Staaten, plötzlich von der Tugendhaftigkeit des Dollars überzeugt, sie zwingen werden, wieder fortzugehen.»

Das heißt aber, daß die Vereinigten Staaten, sofern sie nicht einen Krieg riskieren wollen, einfach keine andere Wahl mehr haben werden, als eine Gesamtverständigung mit der Sowjetunion auch über den Orient zu suchen. Nur in diesem Rahmen wird auch das schwere Problem I s r a e l zu lösen sein, wie wir schon mehr als einmal betont haben. Solange Amerika davon nichts wissen will, wird eben Moskau die arabischen Staaten und damit auch ihre israelfeindliche Politik blindlings unterstützen und dabei der mindestens passiven Mithilfe der afrikanisch-asiatischen Welt versichert sein. Wie man in dieser Welt Israels Lage und Aussichten beurteilt, mag aus einem Aufsatz hervorgehen, den in der «Monthly Review» (Aprilheft) ein junger Inder, K. B. Thakore, veröffentlicht. Israel, so erklärt er, werde von den asiatischen Völkern einfach als Eindringling betrachtet, der eine fixfertige westlich-industrielle Kultur in den Osten importiert habe und sich entscheidend vom amerikanisch-jüdischen Kapital aushalten lasse, also eine unabhängige Politik einfach nicht verfolgen k ö n n e. «Eins ist klar», so schreibt Thakore: «Israel kann keine Freunde gewinnen, wenn es seine gegenwärtige Politik fortsetzt. Für kleine Länder wie für die Riesenstaaten geht der Weg zum Frieden nicht über Militärapparate und Präventivkriege, sondern über gegenseitige Anpassung und Verhandlungsbereitschaft ... Wir in Indien wünschen gewiß keine Vernichtung Israels. Wir glauben aber, daß die Israeli unter ihrer gegenwärtigen Führung sich selber den Untergang bereiten ... Solange Israel den Schaden nicht wiedergutmacht, den es angerichtet hat, und nicht entschlossen von seinem bisherigen Weg abrückt, kann es kein Pardon von den arabischen Ländern und keine Tränen vom übrigen Asien erwarten.»

Ein hartes Urteil – aber enthält es nicht doch die sehr ernst zu nehmende Mahnung an Israel, jede Verbindung mit der nun einmal in Asien verhaßten westlichen Machtpolitik abzubrechen und sich mit aller Kraft für eine soziale Erneuerung ganz Vorderasiens – also für die Ausschaltung der ewig israelfeindlichen Feudalklassen in den arabischen Ländern – auf Grund einer Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion einzusetzen?

Algerien – und die Folgen Sicher ist jedenfalls, daß die revolutionäre arabische Nationalbewegung weder mit oberflächlichen Reformen nach Art der «Punkt-Vier-Programme» der Vereinigten Staaten noch mit Subventionen und Bestechungsgeldern, wie sie an Saudiarabien, Jordanien und Irak ausgerichtet werden, noch gar mit offener militärischer Intervention eingedämmt oder unterdrückt werden kann. Im Mittelosten nicht und nicht in Nordafrika, am wenigsten in Algerien, wo die Franzosen ihre «Befriedungsaktion» mit erbarmungsloser Grausamkeit fortführen. Gerade während ich schreibe, wird wieder gemeldet, daß französische Truppen 66 «Rebellen» umgebracht hätten, zur Vergeltung für einen Hinterhalt, in dem 14 Franzosen getötet worden seien. Und ähnliche Berichte liest man in der Presse fast alle Tage. Aber mit den «Terroristen» wirklich fertig zu werden, sind die Franzosen heute noch weniger imstand als vor einem Jahr, trotz den periodischen Siegesfanfaren, die Robert Lacoste, der residierende Minister in Algerien – selbst nur ein Werkzeug der französischen Kolonisten und Geschäftsleute in Algerien – ertönen läßt, und trotz den pathetischen Beschwörungen des französischen Durchhaltewillens durch Guy Mollet, des gleichen Mollet, der noch im Dezember 1955 versichert hatte, wenn seine Partei an die Macht komme, so werde sie «mit diesem unsinnigen, ruinösen und mörderischen Krieg» in Algerien Schluß machen . . .

Es ist wahr, eine Welle des Protestes gegen den Algerienkrieg selbst und gegen die Greuel, die sich dabei – wie früher in Tunesien, Marokko, Madagaskar und Indochina – die französischen «Ordnungstruppen» ganz gewohnheitsmäßig leisten, geht gegenwärtig über Frankreich hin. Aber eine Wendung der Algerienpolitik zu bewirken, hat sie bisher in keiner Weise vermocht. Mollet holt sich immer wieder sein Vertrauensvotum in der Nationalversammlung, wenn er auch das letztemal nur gerade noch eine Mehrheit von 33 Stimmen zusammenbrachte. Und man kann nicht einmal sagen, daß sich die Regierung im Gegensatz zur Volksmehrheit befinde, ist es doch unleugbare Tatsache, daß, wie es der Suezkrieg war, so auch der Algerienkrieg in Frankreich recht eigentlich populär ist und zum mindesten keinerlei mitreißende moralische Abwehrbewegung erzeugt hat. Der unvernünftige Haß gegen alles Algerische, der auch in die Arbeiterbewegung hineinreicht und aller Klassensolidarität mit den Zehntausenden algerischer Proletarier in Frankreich selbst spottet, ist viel zu groß und der

Einfluß, den die erbittert gewalttätige französische Minderheit in Algerien auf die Bevölkerung und das Parlament des Mutterlandes ausübt, viel zu mächtig, als daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit dagegen aufzukommen vermöchte, so heillos der Algerienkrieg auch die französischen Staatsfinanzen zerrüttet. Dazu kommt, daß die neuentdeckten Ölvorkommen in der algerischen Sahara, die ertragreicher sein sollen als zum Beispiel die Ölquellen in Texas, die Phantasie vieler Franzosen stark beschäftigen und die Aussicht auf eine künftige Unabhängigkeit Frankreichs vom mittelöstlichen Petrol eröffnen.

So ist ein annehmbares Ende des Algerienkrieges vorerst überhaupt nicht abzusehen. Das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des algerischen Volkes zu Frankreich ist derart erschüttert, daß kaum eine andere Lösung des furchtbaren Konfliktes denkbar ist als die Herstellung der vollen nationalen Unabhängigkeit Algeriens, das höchstens noch, wie die britischen Dominien im Commonwealth, als gleichberechtigtes Glied neben Tunesien, Marokko usw. in einem allfranzösischen Staatenverband verbleiben könnte. Aber ist es dazu nicht auch schon zu spät? Viele Franzosen befürchten jedenfalls, die Brutalisierung der französischen Herrschaftsmethoden, die sich nun auch in Algerien so kraß offenbart, werde früher oder später zu irgendeiner Form von Faschismus auch im Mutterland führen. Jean-Jacques Servan-Schreiber, dessen aufsehenerregende Algerienberichte im «Express» ich schon in der letzten Weltrundschau erwähnte, läßt einen Algierfranzosen unverblümt sagen: «Was hier geschieht, geht nicht nur Algerien an, sondern Frankreich ... Der Faschismus ist in seinen Anfängen nichts anderes als die Herstellung der Ordnung mit Gewalt – plus Propaganda ... Was hier geschieht, wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen. Und wenn die Franzosen geduldet, angenommen, gutgeheißen haben, was Sie jetzt hier sehen, werden Sie (zu einem hohen französischen Beamten gesprochen; H. K.) es auch in Frankreich sehen.» Worauf der Beamte erwiderte, wenn der Algerienkrieg verlorengehe, so werde das gedemütigte, verbitterte Frankreich sich erst recht dem Faschismus in die Arme werfen und gewaltsame Revanche suchen ... Ist die französische Demokratie, ist der französische Sozialismus wirklich derart kraftlos und verdorben, daß es – so oder so – nur noch zu einem faschistischen Abenteuer im «Lande der Menschenrechte» kommen kann? Wir fragen es uns immer wieder mit Schmerz und Bangen.

„Freie Welt" und Kommunismus Aber ist es wenigstens mit der amerikanischen Demokratie, die die Menschenrechte schon vor der Französischen Revolution verkündet hat und die sich heute als die gottgesandte Vorkämpferin des Freiheitsgedankens in der ganzen Welt ausgibt, ist es mit ihr denn irgendwie besser? Amerikanische Soziologen haben uns

ja immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß aus dem Lande Jeffersons, Lincolns und Wilsons längst etwas ganz anderes geworden ist, als diese wirklichen Vorkämpfer der Demokratie gewollt haben. «Die Wandlungen auf politischem Boden», so schreiben beispielsweise Helen und Scott Nearing in ihrem Buch «U. S. A. Today», «scheinen uns schon weit fortgeschritten zu sein auf dem Weg der Vereinigten Staaten von dem Modell, das den Gründern und ersten Leitern der Republik vorgeschwebt hat, zu einer faschistischen Gesellschaftsform», wobei sie unter Faschismus nicht das Terrorsystem gewisser Staaten verstanden wissen wollen, das wir kennen, sondern «dasjenige Stadium in der Entwicklung eines kapitalistischen Gemeinwesens, in dem es die Machthaber für notwendig erachten, jeden Anspruch auf freies Gewährenlassen preiszugeben und in den Händen einer einzigen, sich selbst verewigenden Profitmacherschicht die Herrschaft über Wirtschaft, Politik, Militär und den Nachrichten- und Beeinflussungsapparat zu befestigen».

Was bei diesem Vorgang noch von der Freiheit und dem Recht des Einzelbürgers übrigbleibt, geht vielleicht am besten aus einer amtlichen Quellensammlung hervor, dem «Handbuch der inneren Sicherheit», das der Senator Alexander Wiley mit einem Stab von Mitarbeitern kürzlich in verbesserter Auflage veröffentlicht hat. Die Herausgeber, so bemerkt dazu J. G. Sykes in der «Nation» (6. April), «haben alle Gesetze, Verordnungen und Anweisungen zusammengestellt, die die Begriffe Verrat, Kommunismus, Untreue und Umsturz umschreiben und mit Strafe bedrohen. Der sich daraus ergebende Katalog ist ein schaudererregender Band ... der Bericht über eine allmähliche, schleichende, zuweilen unmerkliche Annäherung an das unerreichbare Ziel der totalen Sicherheit ... Es (das Handbuch) erzählt die Geschichte einer echten Revolution und muß diejenigen ernüchtern, die da meinen, die Freiheit sei von einem Senator namens McCarthy zerstört und mit seinem politischen Abstieg wiederhergestellt worden ... Wir begannen mit dem Verbot von Spionage und Verrat und landen jetzt bei der Bespitzelung von ‚Sympathisantenvereinigungen', der Ausfindigmachung kommunistenfreundlicher Signalanlagen und der Forderung unwandelbarer Staatstreue.»

All das im Zusammenhang mit der neuen Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die sich die Liquidierung von Sozialismus und Kommunismus und die Sicherstellung der Welt für die «freie» (kapitalistische) Wirtschaft zum Ziel gesetzt hat.* Und die Kommunisten

* Wie es auch unserem schweizerischen Bürgertum vorschwebt, ist man versucht beizufügen. Wie zeitgemäß ist doch, was Leonhard Ragaz im Aprilheft 1943 der «Neuen Wege» schrieb: «Unsere herrschenden Kreise machen sich freilich das Vergnügen, ihre ‚auswärtige Politik' in einer Kommunistenverfolgung gipfeln zu lassen, als ob wir noch in den Zeiten Mottas lebten. Das Verbot der Kommunistischen Partei und alles dessen, was auch nur von ferne mit Kommunismus zusammenzu-

helfen weiterhin wacker mit, diese Art Weltpolitik samt ihren innerpolitischen Wirkungen, die in allen westlichen Ländern zu verspüren sind, zu begünstigen und (scheinbar) zu rechtfertigen! Die Tragödie Ungarns hat ja – im ganzen genommen – nicht zu jener Läuterung der kommunistischen Bewegung geführt, die so dringend nötig gewesen wäre und die auch verschiedenenorts so hoffnungsvoll zu beginnen schien. Typisch ist der vollständige Sieg der rechtgläubig-stalinistischen Parteileitung am jüngsten Kongreß der KP Englands, die seit letztem Herbst zwar 11 000 Mitglieder verloren hat – rund ein Drittel ihres Bestandes –, aber nun aufs neue ihre unentwegte Solidarität mit der Politik der Sowjetunion als oberste politische Richtlinie verkündet. In der Schweiz wird es am nächsten Parteitag der PdA kaum viel anders gehen. Und ähnlich steht's mit den französischen, den italienischen, den holländischen, den österreichischen usw. Kommunisten. Es ist überall dasselbe: man setzt Sowjetmacht und kommunistische Diktatur einfach mit sozialer Revolution gleich, Kritik an der Politik der Sowjetunion und Opposition gegen ein kommunistisches Gewaltregime aber mit Gegenrevolution – auch wenn ehrliche sozialistische Gesinnung dahintersteht. Und man erklärt jedes Mittel als gut, um die so verstandene Revolution durchzusetzen oder zu behaupten und die «Gegenrevolution» zu unterdrücken. Solange diese Denkweise und diese Praxis in der kommunistischen Bewegung Geltung hat, lähmt sie sich selber, setzt sie sich dauernd ins Unrecht, leitet Wasser auf die Mühle der wirklichen Gegenrevolution und verdunkelt das große Recht, das sie – besonders in den unterentwickelten Ländern – tatsächlich vertritt.

Darüber hinaus ist es freilich die grundsätzlich diesseitige, materialistische Lebensanschauung des Kommunismus, die unbedingte sittliche Wahrheiten und Werte leugnet, was das große Hindernis für die Anerkennung und Durchsetzung seiner berechtigten Anliegen darstellt. Daß er diese Lebensanschauung vom Bürgertum und von seiner Kultur übernommen hat, macht sein Verschulden nicht geringer – im Gegenteil: er will ja die Völker zu einer höheren Gemeinschaftsform führen, die auch eine der alten Gesellschaft überlegene Gesinnung und Gesittung benötigt, eine Gesinnung, die sich nicht einfach als Folge einer neuen Wirtschaftsweise von selber einstellt. Gerade in der schwierigen Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist es von entscheidendem Wert, wenn den Menschen als das Ziel des Sozialismus nicht nur die wirtschaftliche Besserstellung und der größtmögliche Lebensgenuß gezeigt wird, auch nicht eine oberflächliche humanistische Kultur, die in der täglichen Gewaltpraxis ja

---

hangen scheint, und allerlei anderes dieser Art ist schlechterdings als Verfolgung zu bezeichnen. Daß wir es, neben England, Rußland verdanken, wenn es noch etwas wie eine selbständige Schweiz gibt, und daß Rußland auf alle Fälle eine Macht sein wird, welche die Zukunft Europas wesentlich mitbestimmen wird, scheint diesen Leuten keine Gedanken zu machen.»

doch nicht wahrhaft lebendig werden kann. Nur wenn die Völker im Sozialismus vor allem eine gerechtere, freiere, brüderlichere Gemeinschaftsordnung sehen, halten sie durch, auch wenn es ihnen materiell vorerst nicht so gut geht, wie sie erwartet hatten; fehlt ihnen aber dieser innere, sittliche Halt, so bleibt der ganze Sozialismus für sie lediglich eine Geld- und Magenfrage – und dann rebellieren sie bei der ersten Gelegenheit oder drängen ins kapitalistische Ausland, wo sie es ja viel besser zu haben glauben als im kommunistischen Vaterland.

Den Geist eines Sozialismus, in dem ein zuchtvolles sittliches Ideal lebt, glaube ich sehr deutlich in C h i n a verspürt zu haben, das bei aller Interessengemeinschaft mit der Sowjetunion von Anfang an seine eigenen Wege im Aufbau der neuen Ordnung gegangen ist. Es überrascht darum auch nicht, daß sich China jetzt mehr und mehr zum Befürworter des Gedankens macht, den Ostblock in eine Art Staatenbund umzuwandeln, in dem die sowjetische Vorherrschaft durch eine Gemeinschaftsleitung ersetzt und die Grundlage der kommunistischen Regime durch volkstümliche Reformen bedeutend erweitert würde. Auffallend ist jedenfalls, daß die Erklärung, die am Schluß des Pekinger Besuches des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz veröffentlicht wurde, als erste derartige Kundgebung von Mitgliedern des Ostblocks jeden Hinweis auf eine führende Rolle der Sowjetunion vermieden hat. Und wenn Tschu En-lai in Bälde seinen Gegenbesuch in Warschau macht, so wird das bestimmt als Unterstützung des «revisionistischen» Kurses Gomulkas wirken, der ganz bewußt, wenn auch mit vielerlei Zugeständnissen an Moskau, von der Linie des orthodoxen Sowjetkommunismus abrückt. Wird dann schließlich Tschu En-lai auch noch in Belgrad Station machen, wie bereits angekündigt wird, so wird man das recht wohl als Stärkung auch des Kurses von Marschall Tito auslegen dürfen und als Zeichen, daß die «Achse Peking–Warschau–Belgrad» mehr ist als ein bloßes Schlagwort: ein realpolitisch sehr ernst zu nehmender Versuch, den internationalen Kommunismus aus Erstarrung und Dogmenglauben herauszuführen und ihn zu einer Kraft zu machen, mit der die w i r k l i c h der Freiheit ergebene Welt fruchtbar zusammenarbeiten kann.

Ein Anfang nur, gewiß, von dem, was wir an grundsätzlicher Wandlung vom Weltkommunismus fordern müssen. Aber doch in die rechte Richtung weisend und darum ein Grund zur Hoffnung in dieser Zeit, die des Glaubens an den endlichen Sieg der Lebenskräfte über die Todesmächte so sehr bedarf!

2. Mai *Hugo Kramer*

Neue Wege für den Christen

Traditionsgebundenheit und Offenheit für neue Erkenntnis an der Schrift im Blick auf die politische Verantwortung des Christen heute angesichts der Wehrfrage

Überlieferung und Herkommen, Sitte und Gewohnheit haben im Religiösen wohl ihren zähesten Sitz. Ändert sich im profanen Leben vieles mit dem Gang der Zeit, so sind entsprechende Wandlungen in der religiösen Sphäre nur selten und bezeichnen fast immer revolutionär-reformatorische Umbrüche im geistigen Leben, die neue Inhalte und neue Formen des Religiösen begründen und zur Folge haben, wie es beispielsweise bei der Reformation der Fall war. Aber nach ein paar Menschenaltern zeigt es sich, daß solche Wandlungen bereits den Charakter des Herkömmlichen und von den Vätern Ererbten angenommen und ihrerseits nun wiederum ihr eigenes Traditionsgefälle gewonnen haben, das allem Neuen abhold ist, um in der besorgten Wahrung eines heiligen Erbes nicht beeinträchtigt zu werden. Wort und Weise der Väter gelten hier als unumstößlich richtig und werden normativ. Das betrifft nicht etwa nur den zeremoniell-liturgischen Vollzug, auch nicht nur den religiösen Volksbrauch, sondern ebenso auch das Denken und Verhalten, soweit es aus religiöser Bindung kommt, und das nun vor allem im Blick auf ganz bestimmte Entscheidungssituationen im bürgerlich-politischen Leben, wo es darauf ankommt, im Glauben an Gott in der Welt seine Existenz zu finden, zu konkreten Lebensfragen und Zeitproblemen praktisch Stellung zu nehmen.

Sie werden davon gehört haben, daß in der Evangelischen Kirche in Deutschland der sogenannte Wehrpflichtsstreit ausgebrochen ist, der seinen Widerhall in der betreffenden Bundestagsdebatte um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht fand und dessen weitere Folgen noch nicht abzusehen sind. Die traditionsgebundenen Kreise unserer Kirche, die naturgemäß die Mehrheit bilden, berufen sich darauf, daß das theologisch-ethische Problem des Kriegsdienstes bereits durch Luther selbst in dem Sinne gelöst worden sei, daß der Christ in einem gerechten, das heißt der Verteidigung dienenden Kriege um Gotteswillen zu den Waffen zu greifen habe, während er sich an einem Angriffskriege um Gotteswillen nicht beteiligen dürfe. Diese formale Berufung auf den Reformator besitzt ein großes moralisches Gewicht im Urteil der Gemeinden und verleiht ihren Verfechtern den Nimbus der Rechtgläubigkeit, während alle andern Stimmen zu dieser Frage allzubald als schwärmerisch abgetan werden, wie Luther eben die Schwärmer abtat. Die theoretische Entscheidung des Reformators in dieser Frage besitzt für viele schlichte Protestanten und auch für manche Theologen das Gewicht einer Enzyklika oder gar eines Dogmas — wenn man katholische Maßstäbe anlegen wollte.

Nun wissen wir aber, daß diese Terminologie des gerechten Krieges und seines Gegenteils keineswegs von Luther erarbeitet worden ist, sondern daß er diese Begriffe von Thomas von Aquin beziehungsweise Augustin übernommen hat, also aus dem scholastischen Traditionsgut seiner Zeit. Während beispielsweise die Lehre von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnade eine genuin reformatorische Lehre ist, handelt es sich bei der Entscheidung in der Kriegsdienstfrage für Luther und seine Freunde im Grunde um nichts Neues. Das Neue in Luthers Gedanken über den Krieg war im wesentlichen dies, daß er im Gegensatz zur katholischen Kirche den Glaubenskrieg als solchen ablehnte. Wenn er dem Kaiser riet, den Krieg gegen die Türken aufzunehmen, so nicht, damit dadurch der Bestand des Christentums erhalten werde, sondern damit das weltliche Recht und die bürgerliche Ordnung gewahrt würden.

Aus dem breiten Spektrum der mittelalterlich-katholischen Kriegstheologie entnimmt der Reformator also einen schmalen Streifen, um ihn allein nur noch gelten zu lassen. In der Methode ähnelt das in gewisser Weise seiner gottesdienstlichen Reform, bei der er ja auch nicht den ganzen Ablauf der Meßliturgie beseitigte, sondern lediglich den canon missae, der die Wandlung und Opferung enthielt, ausmerzte. Nur sind die Kriterien wie auch die Motive in beiden Fällen verschieden, nach denen er die Ausmerzung vornimmt. Es ist auch zu beobachten, daß Luther bei der Gottesdienstreform weit hinter Augustin bis in die Urgemeinde zurückzugehen vorhat, während er in der Kriegsfrage im Grunde überhaupt erst bei Augustin anknüpft. In unseren Gemeinden besteht dementsprechend die religiöse Überzeugung — die sich aus der Überlieferung nährt —, daß der evangelische Christ in einem gerechten, das heißt Verteidigungskriege mit aller Kraft mitzuwirken habe, ja, daß er darin geradezu ein von Gott gebotenes Werk tue, habe es doch Luther selber schon so gelehrt. Diese Überzeugung teilt auch der Katholik. Sie ist ja ein Bestandteil der an sich viel umfangreicheren Lehre vom gerechten Krieg, die in seiner Kirche gültig ist. Ganz sicher ist diese traditionelle Übereinstimmung in dieser Frage der geistesgeschichtliche Hintergrund für die ungehemmte Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch unser Parlament gewesen.

Wir besitzen tatsächlich in dieser Frage ein Schulbeispiel traditionsgebundenen Denkens, dessen politische Auswirkungen auf der Hand liegen. Und da diese Sache im Schnittpunkt der Linien katholischer und protestantischer Tradition liegt, gewinnt sie einen allgemein-christlichen Aspekt, der den ehrwürdigen Anschein erweckt, als handle es sich dabei um eine dermaßen eindeutige christliche Verhaltensweise, daß sie sich ein jeder Christ, einerlei welcher Konfessionszugehörigkeit, zueigen machen kann.

Dabei entgeht es uns allerdings nicht, daß diese Begriffe des Verteidigungs- und des Angriffskrieges der komplexen Wirklichkeit des Krieges in der politischen Rede gemeinhin übergeordnet werden. Man spricht bei uns vom Kriege immer so, als gäbe es nur die Alternative von Angriffs- und Verteidigungskrieg, um anschließend zu versichern, daß man selbstverständlich den Angriffskrieg verabscheue, die Verteidigungsbereitschaft aber als christliche Pflicht ansehe, um die Menschen, ihre Freiheit, ihr Recht, ihr Leben zu schützen. Es handelt sich dabei um eine theoretische Vereinfachung eines Sachverhaltes, der seinem ganzen Charakter nach praktisch schon lange nicht mehr — wenn überhaupt jemals — diesem scholastischen Schema entspricht, für das vielleicht allenfalls die Kriegszüge der Raubritter oder der Dschingiskhane annähernd passende Beispiele bieten mochten. Aber schon die Raubzüge Karls des Kühnen wurden als Verteidigungskriege gerechtfertigt, und die Kriege der Neuzeit wurden durchweg als Kriege für die gerechte Sache geführt, und zwar immer auf beiden Seiten. Niemals noch fehlte es den Kriegführenden an zugkräftigen Argumenten für die gerechte Sache, die es zu verteidigen galt. Ja selbst im Zweiten Weltkriege waren die meisten Deutschen davon überzeugt, im Sinne des Verteidigungskrieges für das Reich ihres Führers zu kämpfen.

Der tatsächliche Charakter des Angriffskrieges wurde und wird verdeckt und getarnt durch den Vorwand des Verteidigungskrieges. Diese Ideologie vom gerechten Krieg hat nie die Kraft der Wahrheit besessen und konnte sich darum auch nicht ihrem ständigen Mißbrauch widersetzen. Die Traditionsgebundenheit der Christen an dieses theoretische Prinzip diente einem Friedrich dem Großen, Napoleon, Wilhelm II. oder Hitler dazu, daß sie unter diesem wirkungsvollen Vorwand willige Soldaten für ihre Kriege fanden.

Die christlich-abendländische Lehre vom gerechten Krieg, das heißt von einem unter bestimmten Umständen zu rechtfertigenden Krieg, hat ihr Ziel — die Ächtung des Angriffskrieges — nicht erreicht und konnte es nicht erreichen, weil diese Lehre selbst durch uralte, noch aus der Antike herrührende Traditionen unbewußt geprägt worden ist — worauf H. Gollwitzer (Die christliche Gemeinde in der politischen Welt, Tübingen 1954, S. 18 ff.) hinweist, worin wir eine typische Bestätigung der Harmonisierungsbestrebungen zwischen Christenglauben und Antike im Frühkatholizismus zu sehen haben. Gollwitzer erinnert dann an die Forschungen von Gerh. Rosenkranz (Der Geist Europas und die Religionen des Ostens, ZThK 1950, S. 147) mit folgendem Zitat:

«Am Anfang des abendländischen Denkens steht Heraklits Wort: Der Krieg ist aller Dinge Vater, aller Dinge König, wogegen über dem Eingang der chinesisch-konfuzianischen Philosophie das Bekenntnis leuchtet: ‚Alle Menschen in der Welt sind Brüder' . . . Die Westvölker bauen seit den Tagen Trojas ihre Kulturen aus den Bausteinen besiegter Nationen auf. China schuf seine Kulturen aus eigener Kraft, und es

war von jeher sein Ehrgeiz, Nachbarvölker nicht mit den Waffen zu besiegen, sondern sie in friedlicher Durchdringung mit seiner Kultur untertan zu machen. Der Friede allein sicherte ihm den Fortschritt; alle seine bedeutenden Philosophen haben den Krieg verurteilt. Und wenn der Kampf auch ihrem Volke nicht erspart blieb, haben sie ihn mißbilligt, nicht aber — wie Sokrates in Platons ‚Staat' — in ihm eine natürliche Tätigkeit des Staates gesehen. Von China her tut sich auch hier ein Gegensatz zum Westen auf, der nicht übersehen werden darf.»

Und Gollwitzer fügt hinzu:

«Auch im Blick auf Gandhi und sein Erbe im heutigen Indien entsteht hier eine beschämende Frage an das abendländische Christentum, einschließlich der Reformation, deren man sich nicht mit Hilfe Luthers allzuleicht erwehren sollte.»

II.

Nun darf man aber nicht übersehen, daß zwischen der Hochscholastik, welche die Theologie des gerechten Krieges entwickelte, und der Neuscholastik, zu welcher die gegenwärtig so sorgsam gepflegte Ideologie des Verteidigungskrieges ganz wesentlich zu rechnen ist, eine Reihe von Epochen liegt, für welche die Kategorie des Verteidigungskrieges gar kein echtes Kriterium bedeutet hat. Dazu gehören bei uns im 19. Jahrhundert die Bismarckkriege, die im Unterschied zu den Freiheitskriegen von 1813 und dem Ersten Weltkrieg von 1914 bemerkenswerterweise nicht als Verteidigungskriege geführt und im allgemeinen auch nicht als solche ausgegeben oder gerechtfertigt wurden. Gleichwohl wurden sie von Christen geführt und von Christen bejaht. Fragt man nach dem Motiv dieser Bejahung, so findet sich, daß hier eine bezeichnende Verlagerung des Schwergewichts vom ethischen auf den geschichtsphilosophischen Bereich eingetreten ist, wie man es besonders deutlich an Bismarck verfolgen kann. Zu diesem geschichtsphilosophischen Aspekt trat der ästhetische hinzu, etwa von Schleiermacher her, so daß man nun die Ereignisse von 1866 oder 1870 als geschichtliche Notwendigkeiten würdigte, deren Verwirklichung eben durch Krieg geschah, dessen Vollzug nicht so sehr als «gerecht», sondern vielmehr als «groß und erhaben» empfunden und in diesem Sinne denn auch von vielen Theologen geschichtstheologisch interpretiert und gerechtfertigt wurde.

Selbstverständlich verspürte man sehr wohl die Unvereinbarkeit solcher Motivierungen mit dem Geiste des Evangeliums. Aber man tröstete sich damit, daß mit der Bergpredigt die Welt eben nicht zu regieren sei — was ja auch schon Luther hatte anklingen lassen —, daß aber der Krieg ein «weltlich Ding» sei, dem man sich auf Anordnung der Obrigkeit unterziehe, der man nach Röm. 13 Gehorsam schuldig sei, und daß die Verantwortung für den Vollzug der Schwertgewalt nicht dem aufliege, der sie ausführt, sondern dem, der sie anordnet, was ja auch mit vielen anderen der fromme Vilmar lehrte. Und

auch hierfür berief man sich wiederum auf entsprechende Musterentscheidungen der Glaubensväter, wie man sie in der lutherischen Lehre von den zwei Reichen oder Regimenten zu besitzen glaubte.

Mit seiner Lehre von den beiden Regimenten hat der Wittenberger Reformator den entscheidenden Vorstoß gegen die traditionelle katholische Lehre von der Überordnung der Kirche über den Staat und gegen die Bevormundung des Staates durch die Kirche gemacht. Nichts lag Luther allerdings ferner, als damit etwa den Staat in eine Sphäre zu verlegen, die der Herrschaft des Vaters Jesu Christi entzogen wäre. Luthers Unterscheidung von den beiden Regimenten, durch die Gott wirkt, zielt darauf ab, zu zeigen, «wie derselbe Gott sich als Herr der Welt und als Herr seines himmlischen Reiches bekundet» (E. Wolf). Er bekundet sich als Herr der Welt durch die Gabe von Recht und Ordnung, die durch den Staat ins Werk zu setzen sind, notfalls mit Gewalt. Er bekundet sich als Herr seines himmlischen Reiches durch die Verkündigung seiner Gnade, wie sie in der Predigt und in der Sakramentsverwaltung der Kirche zu erfolgen hat, wobei nicht die geringste Gewaltanwendung statthaben darf. Denn hier handelt es sich um Christen, deren Gemeinschaft durch die Liebe und Versöhnung regiert und geordnet wird. «Zum Reich der Welt aber gehören alle, die nicht Christen sind», die also nicht auf Liebe und Versöhnung ihr Miteinanderleben gründen und darum vom Staat mit mehr oder weniger Gewalt daran gehindert werden müssen, einander Böses anzutun. Für sie hat Gott «ein anderes Regiment verschafft und sie unter das Schwert geworfen, daß sie, ob sie gleich gerne wollten, doch nicht tun könnten ihre Bosheit, und ob sie es tun, daß sie es doch nicht ohne Furcht noch mit Friede und Glück tun mögen; gleichwie man ein wildes Tier mit Ketten und Banden fasset, daß es nicht beißen noch reißen kann nach seiner Art, wiewohl es gerne wollte, des doch ein zahmes, kirres Tier nicht bedarf, sondern ohne Ketten und Banden dennoch unschädlich ist» (Luther, Von weltlicher Obrigkeit). Da nun nach Luther der Christ nicht im Wordensein, sondern im Werden ist, gibt es auf Erden das gewaltlose Reich der Liebe und Versöhnung nicht, das auf die vollkommenen Christen zutrifft. Sondern der Christ auf Erden ist immer noch zugleich mehr oder weniger Nichtchrist, ein wildes Tier, das beißen will. Darum gehört — nach Luther — auch der Christenmensch, sofern und soweit er noch nicht völlig Christ im Sinne der Bergpredigt ist, unter dieses andere Regiment Gottes. Der Christ in ihm wird das gerade bejahen, um dem Nichtchristen in ihm das Leben in der Sünde zu erschweren.

«Der Unterscheidung der beiden Reiche entspricht die Unterscheidung von ‚Christ-Person' und ‚Welt-Person'» (E. Wolf). «Ein jeglicher Fürst», sagt Luther, «ist schuldig, die Seinen zu schützen und ihnen Friede zu schaffen . . . Das ist sein Amt, dazu hat er das Schwert. Das soll auch sein Gewissen sein, worauf er sich verläßt, auf daß er

wisse, solch Werk sei vor Gott recht und von ihm befohlen. Denn ich lehre jetzt nicht, was Christen tun sollen — denn uns Christen geht euer Regiment nichts an; wir dienen aber euch und sagen, was euch vor Gott in eurem Regiment zu tun ist. Ein Christ ist eine Person für sich selbst; er glaubt für sich selbst und sonst für niemand. Aber ein Herr und Fürst ist nicht eine Person für sich selbst; sondern für andere, daß er ihnen diene, daß er sie schütze und verteidige. Wiewohl es gut wäre, daß er dazu auch ein Christ wäre und glaubte an Gott ... Aber es ist nicht fürstlich (= gehört nicht wesentlich zum Fürstenamt), Christ sein» (Ob Kriegsleute ...). «Du hast jetzt zwei Stücke gehört, eins, daß unter den Christen das Schwert nicht sein kann ..., das andere Stück, daß du dem Schwert zu dienen schuldig bist und fördern sollst, womit du kannst, ... denn es ist ein Werk, dessen du nicht bedarfst, aber ganz nutz und not aller Welt und deinem Nächsten. Darum, wenn du sähest, daß es an Henkern, Bütteln, Richtern, Herren oder Fürsten mangelte und du dich geschickt fändest, solltest du dich dazu erbieten und darum (be)werben, auf daß ja die nötige Gewalt nicht verachtet und matt würde oder unterginge. Denn die Welt kann und mag ihrer nicht entraten ... In dem Falle gingest du einher ganz in fremdem Dienst und Werken, das nicht dir noch deinem Gut und Ehre, sondern nur dem Nächsten und andern nützet, und tätest es nicht der Meinung, daß du dich rächen oder Böses um Böses geben wolltest, sondern deinem Nächsten zugut und zur Erhaltung des Schutzes und des Friedens der anderen. Denn für dich selbst bleibest du an dem Evangelium und hältst dich nach Christus' Wort, daß du gern den andern Backenstreich leidest, den Mantel zum Rock fahren lassest, wenn es dich und deine Sache betreffe. Also gehet's denn beides fein miteinander, daß du zugleich Gottes Reich und der Welt Reich genug tuest, zugleich dem Übel nicht widerstehest und doch widerstehest. Denn mit dem einen siehest du auf dich und das Deine, mit dem andern auf den Nächsten und auf das Seine» (von weltlicher Obrigkeit ...). Dazu kommentiert E. Wolf: «Der Bereich des weltlichen Regiments ist daher nicht der menschlichen Selbstsucht und Selbstbehauptung überlassen, sondern steht auch unter der Gnade Gottes. Zugleich wird dadurch die Verantwortlichkeit des Christen für die Welt betont, sein irdisches Tun als Dienst im Auftrag Gottes bewertet ... Der Satz, daß der Christ Bürger zweier Reiche sei, ist falsch, auch für Luther. Der Christ hat sein politeuma (Bürgerrecht) im Reich Gottes; er ist Bürger nur des Reiches Gottes, er ist aber von Gott beauftragt, als Gottes Mitarbeiter an seinem Versöhnungswerk gegenüber der Welt.»

Nun ist aber Luthers Lehre von den beiden Reichen sehr viel komplexer und auch problemhaltiger, als es diese knappen Zitate vermuten lassen. Sie stellt eine crux der Ausleger dar. Das sehen wir beispielsweise schon daran, wie Luther gelegentlich selber diese seine

Lehre auszulegen für richtig hielt. Er sagte: «Wenn mich Räuber oder Mörder hätten wollen beschädigen und mir unrechte Gewalt antun, so wollte ich mich von wegen des Fürstenamts als sein Untertan und Diener ihrer gewehrt und Widerstand getan haben; denn sie griffen mich nicht an um des Evangeliums willen, als einen Prediger und Glied Christi, sondern als des Fürsten und der Obrigkeit Glied; da soll ich dem Fürsten helfen, sein Land reine halten; kann ich ihn erwürgen (= umbringen), so soll ich das Messer auf ihn legen und frei das Sakrament empfangen; soll ich dich in Nöten einen guten Gesellen retten, viel mehr einem Fürsten sein Land. Würde ich aber angegriffen um Gottes Worts willen und als ein Prediger, da soll ich leiden und die Strafe und Rache Gott befehlen. Denn ein Prediger soll sich nicht wehren; darum nehme ich kein Messer mit auf die Kanzel, sondern allein auf dem Wege, wenn ich wandere und über Feld ziehe. Die Wiedertäufer sind verzweifelt böse Buben, tragen keine Wehre und rühmen sich großer Geduld» (Tischreden, herausg. v. Frederking).

Gesetzt den Fall, dies sei theologisch in Ordnung, so zeigt doch auch dann diese Auslegung durch Luther selbst die Schwäche dieser Lehre. Mit Recht argumentiert Lasserre so («Der Krieg und das Evangelium», München 1956, S. 29): «Würde Luther, wenn er von einem bewaffneten Räuber angegriffen wird und nun wissen muß, wie er sich verhalten soll, überhaupt noch Zeit finden, ihn zu fragen: Zu welchem willst du, zum Prediger oder zum Bürger? Und nicht nur das: Auch auf der Kanzel ist er noch Bürger, und auf der Straße kann er es nicht umgehen, Prediger zu sein. Wenn sich ein wütender Verrückter während seiner Predigt auf ihn wirft, hat Luther dann die Pflicht, ‚einen guten Gesellen zu retten'? Und wenn ihn im Walde der Räuber überfällt, muß er nicht auch dort durch unerschütterliche Güte und Gewaltlosigkeit zeigen, daß sich auch in unserem alltäglichen Tun die Predigt des Evangeliums vollzieht? Und wenn Luther, anstatt das Beispiel eines Predigers zu wählen, von einem schlichten Christen gesprochen hätte, so wäre die Unterscheidung noch viel schwieriger . . .» Hier stehen wir nämlich vor der Frage, was werden soll, wenn wir von einem theoretisch vielleicht annehmbaren System her die Wirklichkeit in den Griff bekommen wollen.

Luther selbst zeigt durch seine grobe Vereinfachung in seiner Auslegung, wohin später die in ihrem innersten Anliegen gar nicht mehr verstandene Lehre von den beiden Regimenten hinführen wird: nämlich in die Überzeugung des späteren Protestantismus, daß der Christ tatsächlich Bürger zweier Reiche sei. Das eine sei das innere Reich des persönlichen Glaubens und der privaten Ethik im Kraftfeld der Botschaft des Evangeliums; das andere sei das äußere Reich der Weltgeschäfte, wo das fachmännische Ermessen den Ausschlag gibt, wo man tut, was die Obrigkeit befiehlt, wo nicht der Gott, der die Liebe ist, angebetet wird, sondern wo man sich einem finstren Schwert- und Schicksalsgott verpflichtet weiß, dessen Offenbarung eben der

Ablauf der Weltgeschichte ist. Jetzt handelt der Christ, der sich als Bürger dieser beiden Reiche versteht, nach verschiedenen ethischen Normen, jetzt dient er zwei Herren; jetzt geht die Spaltung in politische Moral und christliche Moral mitten durch ihn hindurch.

Walter Dignath

(Fortsetzung folgt.)

Weltheiligung und Weltüberwindung bei Berdiajew

«Ich bin ein gläubiger Freidenker.» Berdiajew.

Berdiajews «Philosophische Autobiographie», die 1953 unter dem Titel «Selbsterkenntnis» im Holle-Verlag in Baden-Baden herauskam, darf auch heute, vier Jahre nach ihrem Erscheinen, noch das Interesse in Anspruch nehmen, das wir sonst nur Neuerscheinungen zuzuwenden pflegen.

Wenn wir angesichts dieses Werkes, das uns nicht nur den ganzen Ertrag der denkerischen Arbeit Berdiajews übermittelt, sondern uns durch eine Reihe höchst aufschlußreicher Längsschnitte auch den Werdegang dieses Denkens aufzuzeigen unternimmt, uns fragen, worin letztlich die geschichtliche Leistung Berdiajews bestehe, so ist es wohl nicht übertrieben zu sagen, Berdiajew habe — wie kein anderer neben ihm in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts — dazu beigetragen, die bürgerliche Phase des Christentums in ihrer doppelten Erscheinungsform — als Orthodoxie wie als Pietismus — zur Auflösung zu bringen. Diese Leistung war Berdiajew möglich, weil er mit wahrhaft einzigartiger Aufgeschlossenheit, Leidenschaft und Konsequenz sowohl Marx wie Nietzsche, Tolstoj wie Dostojewskij mit der altrussischen Gläubigkeit zu konfrontieren wagte, um sie in einer lebendigen Synthese für die Gegenwart fruchtbar zu machen.

Berdiajew, 1874 in Kiew geboren, war 26jährig, als um die Jahrhundertwende die erste Welle eines tieferen Nietzsche-Verständnisses über Europa ging. Für Berdiajew erhob sich vor allem die Frage, wie es möglich war, daß ein so echter Wahrheitssucher wie Nietzsche zum Atheisten und Christentumsverächter werden konnte. Mit dieser Frage stieß Berdiajew auf die heillos-bürgerliche Entartung des Christentums. Er ging dem Problem eigens in einer Schrift nach, die, zwischen 1912 und 1916 geschrieben, als das Hauptwerk der ersten Schaffensperiode Berdiajews bezeichnet werden kann. Die Schrift erschien zuerst russisch, 1927 auch im Deutschen und trägt hier den Titel «Vom Sinn des Schaffens. Versuch einer Rechtfertigung des Menschen.» Das Buch stellt die kühne These auf: Nietzsche ist der zwar verlorene, aber gerade in seiner Verlorenheit echte Sohn des christlichen Hauses; die Offenbarung in Jesu Christo ist nur das halbe Christentum, die

andere, ebenso wichtige, ja genau besehen wichtigere Hälfte besteht in der Rechtfertigung des Menschen durch seine eigene Schöpfertat. Nicht nur Gott offenbart sich, auch der Mensch muß sich offenbaren. Gott erwartet die Offenbarung vom Menschen. Sie steht bis heute aus. Weil Nietzsche dieses Schöpfertum, diese Genialität im Christentum nicht sah, deshalb ging er lästernd beiseite: «Nietzsche hat wie noch keiner vor ihm die schöpferische Berufung des Menschen gespürt. Er fluchte den Guten und Gerechten, weil sie die Schaffenden hassen. Nietzsches Qual müssen wir teilen, sie ist durch und durch religiös» – so lesen wir im «Sinn des Schaffens». Und an einer anderen Stelle: «Die Frage nach dem religiösen Sinn des Schaffens ist bisher noch nie erhoben worden ... Das religiöse Problem des Schöpfertums ist das Problem von einem anderen Wege religiöser Erfahrung ... Die schöpferische Ekstase ist eine Erschütterung des ganzen Wesens des Menschen, der Ausgang in eine andere Welt ... Seinem religiös-kosmischen Sinne nach ist das Schaffen von gleicher Kraft und gleichem Wert wie die Erlösung ... Die Sünde geht in Flammen auf, und eine andere, höhere Natur leuchtet hindurch. Die Erfahrung der schöpferischen Überwindung der Welt ist eine qualitativ andere als die Erfahrung der asketischen Weltüberwindung. Es ist nicht eine Erfahrung des Gehorsams, sondern eine Erfahrung des Wagnisses.»

Um was es hiebei im Letzten geht, verraten uns folgende Sätze der Autobiographie: «Recht eigentlich hat mich immer die Frage beunruhigt: Wie überwindet man die Niedergeschlagenheit und findet den Übergang zum Aufschwung? Gewöhnlich sagt man uns, auf das Erlebnis der Sündhaftigkeit und der Unwürdigkeit folge die Erleuchtung durch die Gnade. Nun, die Gnade kommt von Gott, von oben her ... Meine Frage geht dahin, ob die Gnadenkraft, die die Sündenbedrücktheit überwindet, nicht auch vom Menschen her erfolgen kann. *Kann nicht der Mensch sich selber rechtfertigen?*» Eine verdammt ketzerische Frage, wie man zugeben wird! Berdiajew glaubt, die Antwort geben zu können: «Mittels der Erfahrung des Schöpfertums läßt sich Niedergedrücktheit, Gespaltenheit, Knechtung überwinden.» Man kann das Ungeheuerliche dieser Berdiajewschen Behauptung nur mit dem religiösen Bruch am Beginn des sechzehnten Jahrhunderts vergleichen. Ein zweiter Luther hat hier noch einmal den Priester eliminiert. Die Gnade von oben her, die Gottesgnade, konnte der Priester zu verwalten und zu vermitteln vorgeben; wie aber will er sich in die Gnade der eigenen Schöpfertätigkeit des Menschen einschalten? Berdiajew spricht es offen aus: Meine Lehre ist antiklerikal. Er greift das bürgerliche Christentum an seinem zentralsten Nerv an, wenn er in einer Schrift «Das Reich des Caesar und das Reich des Geistes» (Holle-Verlag, 1951) sagt: «Die Hauptursache der Krisis des Christentums sowie der Krisis der Gesellschaft und des Glaubensniedergangs ist die Auffassung des Christentums als einer Religion der Erlösung. Auf dem Boden eines solchen Bewußtseins ist eine Lösung

des Problems der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Einzelmenschen nicht möglich.» Zur Verdeutlichung mögen noch einige Zitate angefügt werden: «Das altchristliche Bewußtsein ist zum Siechtum verurteilt, weil es heute nicht mehr jene Heiligkeit gibt, die im jungen Christentum rege war ... Der neue Mensch wird in Qualen geboren; er durchmißt Abgründe, von denen die alte Heiligkeit nichts gewußt hat. Wir stehen vor einer neuen Erkenntnis des Verhältnisses von Heiligkeit und Genialität, von Erlösung und Schöpfertat.» «Der Sohn Gottes wurde Mensch, nicht Engel, der Mensch ist zu königlichem, schöpferischem Tun in der Welt, zur Fortsetzung der Schöpfung berufen. Das Absterben des schöpferischen Geistes in der Kirche ist das Ergebnis des Überwiegens der engelhaften Hierarchie über die gottmenschliche Hierarchie. Der Klerikalismus ist eben die Herrschaft des engelhaften Prinzips in der Welt an Stelle des menschlichen Prinzips. Das Priestertum ist engelhafter, nicht menschlicher Natur und kann darum nicht schöpferisch-aktiv in der Welt sein ...»

Die ganze abgründige Kühnheit der Berdiajewschen Lehre vom Schöpfertum enthüllt sich uns in einigen Sätzen: «Der Mensch ist *mehr* als Kreatur. Die großen christlichen Mystiker enthüllten die Gottheit des Menschen. Der Mensch ist der Göttlich-Andere, der Göttlich-Geliebte, von dem die Erwiderung der Liebe erwartet wird. Der Mensch ist die andere Person des göttlichen Mysteriums.»

Hat sich Berdiajew mit dieser Lehre vom Gottmenschentum nicht verstiegen? Er ahnt die Gefahr, die hier am Wege lauert. Und so unterscheidet er mit großer Schärfe, ähnlich wie Dostojewskij, den «Gottmenschen» vom «Menschgott». Zwischen beiden besteht ein qualitativer Unterschied. Es gibt auch zweierlei Geist: der eine, der falsche, stürzt sich in die Kultur und schafft die Welt um, indem er sie mit einem Netz von Technik und Organisation überzieht. Dieser Zivilisationsweg ist nach Berdiajew — er nennt ihn auch den Weg der *Objektivierung* — ein Fehlweg. Berdiajew gelangt hier zu Gedankengängen, die sich nahe mit denjenigen Martin Bubers begegnen: Der Geist muß sich zwar objektivieren, das heißt in der Geschichte entfalten, aber er inkarniert sich real, *existenziell* nur in der menschlichen Person, welche allein in den brüderlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch, nicht in der objektivierten Gesellschaft, im Staat, in der Geschichte der Völker — Leben ergreifen kann.» Berdiajew verneint die Existenz eines objektiven Geistes: «Wenn man einen objektiven Geist annimmt, wie etwa Hegel, dann gelangt man zur Tyrannei des Allgemeinen über das Individuelle, zu totalitären Systemen ... Die Geschichte ist die Tragödie des Geistes. Der subjektive schöpferische Geist kann sich nicht in seinen historischen Objektivierungen wieder erkennen. Man kann den heiligen Franziskus nicht in der Objektivierung des Franziskanertums wiedererkennen, so wie man auch Luther im Protestantismus und Marx im Marxismus nicht wiedererkennen kann.» «Die Objektivierung» — so lesen wir in «Geist und Wirk-

lichkeit» — «die Objektivierung in der Geschichte und in der Kultur ist das große Werk des aktiven schöpferischen Geistes, zugleich aber seine große Niederlage. Daraus soll nicht gefolgert werden, daß der Geist auf jede Objektivierung verzichten soll, wohl aber, daß die Welt ein Ende, die Geschichte einen Abschluß haben muß, daß die objektive Welt verschwinden muß, um der existenziellen Welt, der Welt der Freiheit Platz zu machen. Jenes schöpferische Feuer, woran man das Genie erkennt, hat immer danach verlangt, die Welt der Determiniertheit zu verbrennen, um für eine Welt der Freiheit Raum zu schaffen.» In der Schrift «Das Ich und die Welt der Objekte», ebenfalls im Holle-Verlag erschienen, heißt es: «Die Welt der Objektivierung ist eine gefallene Welt, eine verzauberte Welt, eine Welt der Erscheinnugen, nicht aber eine Welt existierender Wesen. Objektivierung ist Entfremdung und Verlust der Gemeinschaft, ist Entstehung von Gesellschaft und Allgemeinem, von Reich des Kaisers anstatt Reich Gottes.»

Auch die *Religion* als soziale Erscheinung ist «Objektivierung» und erst recht natürlich alle Theologie. «Der Sinn des religiösen Lebens liegt im Durchbruch, der über das Reich der Objektivierung, des Gesetzes, der Notwendigkeit von Gesellschaft und Natur hinausführt.» Noch viel folgenschwerer als bei der Religion ist die «Objektivierung» in der Politik. Im «Sinn des Schaffens», Seite 294 ff., heißt es: «Alle grundlegenden Elemente der Gesellschaftsbildung sind trotz der Evolution, der sie im Lauf der Geschichte ausgesetzt sind, alt. Jeder Staat, jedes Recht, jede Wirtschaft ist ihrem Wesen nach alt, gehört dem Reich des Gesetzes an, ist der Notwendigkeit untertan, verharrt in religiöser Hinsicht immer noch im Alten Testament und im Heidentum. Die ökonomisch-staatlich-rechtliche Gesellschaft, gleichviel ob sie konservativ, liberal oder revolutionär, feudal, bürgerlich oder sozialistisch sein mag, ist immer eine Gesellschaft aus Notwendigkeit, nicht aber aus Freiheit, ist immer Anpassung, nicht Schöpfertum, ist immer alte Gesellschaft ... Das Schöpfertum der neuen ‚Stadt' kann nicht auf den alten Elementen des Gesellschaftslebens, auf Elementen, die noch der vorschöpferischen Weltepoche angehören, auferbaut werden ... Das Schöpfertum erschafft einen neuen Menschen und einen neuen Kosmos, eine neue Gemeinschaft von Mensch zu Mensch und zwischen Mensch und Kosmos. Das Schöpfertum zerstört aber nichts mechanisch, äußerlich, schemenhaft ... Der Weg der schöpferischen Gesellschaft setzt ein anderes Bewußtsein, eine andere Willensrichtung voraus.» Der Mensch sollte segensreiche Energie ausstrahlen (Nietzsche: «Aus Betenden müssen wir Segnende werden»), statt dessen «wird der Mensch zum Mörder, zum Sämann des Todes. Er tötet, um ein Leben zu schaffen, in dem weniger Angst herrschen soll. Der Mensch tötet aus Angst.» Im «Reich des Caesar» heißt es: «Das Schreckliche des Menschenlebens liegt darin, daß das Gute mit Hilfe des Bösen verwirklicht wird, Wahrheit mit Hilfe der Lüge, Freiheit

mit Hilfe der Gewalt. Um der Verwirklichung eines guten Zieles willen werden die größten Greuel verübt. Das hängt vor allem mit dem Problem der Zeit zusammen, mit der Auffassung der Gegenwart nicht als eines Zieles in sich, sondern als eines Mittels für die Zukunft, die niemals kommt!» Das Problem ist offenbar nicht zu Ende gedacht, denn Berdiajew fühlt sich veranlaßt, abschwächend hinzuzufügen: «Gewalt und Zwang sind zulässig nur, um das Böse in Schranken zu halten, nur, um die Schwachen zu schützen. Und das darf nur gegen böswillige (!) Ausbeutung, gegen aggressive (!) Raubkriege geschehen.» Bisweilen hat er das Böse im Bourgeoisismus erkannt, und dann gelingt ihm eine so großartige Gegenüberstellung wie die der beiden Symbole (in «Geist und Wirklichkeit», Seite 184): «Das Reich des geistverlassenen Bourgeoisismus steht unter dem Zeichen des Geldes. Das Geld ist Kraft und Macht einer Welt, die sich vom Geiste, das heißt von der Freiheit, vom Sinn, vom schöpferischen Akte und von der Liebe abgesondert hat. Es gibt zwei Symbole, das Symbol des Brotes und das Symbol des Geldes und zwei Mysterien, das Mysterium des Brotes oder das eucharistische Mysterium und das Mysterium des Geldes oder das satanische Mysterium. Wir stehen vor der Aufgabe, die Macht des Geldes zu stürzen und die Herrschaft des Brotes aufzurichten.»

Wundert es einen, daß der auf die eschatologische Lösung der Dinge ausgehende Berdiajew der geschichtlichen Erscheinung der Sowjetunion gegenüber eine unsichere Haltung einnimmt? Er weiß nur zu gut: «Man kann nicht auf das Erlöschen der Qualen warten, die der Schwache vom Starken zu erdulden hat. Man muß den Schwachen durch Maßnahmen stützen, die die Struktur der Gesellschaft ändern.» Er weiß nur zu gut: Der Verlorene Sohn muß die Verlorenheit schmecken, wenn er der Süße der Heimkehr und des Vaterhauses innewerden will: «Ich erkannte die absolute Unvermeidlichkeit für Rußland, durch die Erfahrung des Bolschewismus hindurchzugehen.» Und so ist er denn ein Gegner Moskaus von besonderer Art; mit den Arthur Köstler und Genossen hat er nichts gemein. Er will weder angstvoll *vor* Moskau stehen bleiben noch ängstlich *um* Moskau *herum*, sondern *durch* Moskau *hindurch über* Moskau *hinaus*. Seine Revolution geht in tieferen Schichten als den politischen und gesellschaftlichen vor sich. Er will den Neuen Himmel auf der Neuen Erde, den Neuen Menschen.

Berdiajew hat uns keine abgerundete «Lehre» hinterlassen; es ist ein Leichtes, ihm Widersprüche und Lücken nachzuweisen. Aber gerade darin erweist sich die Echtheit seines Philosophierens: er blieb der Wirklichkeit in ihrer Brüchigkeit auf der Spur, und er hat mit einer vorbildlichen Wahrhaftigkeit die wenn auch noch so schaurige Wirklichkeit in seinem Bilde wiedergegeben. Im Grunde ist er wie Nietzsche ein großer Aphoristiker gewesen. Und so hat es seine Be-

rechtigung, daß hier am Schluß eine Anzahl Aussprüche unverbunden nebeneinander stehen und dem einen oder anderen Leser vielleicht mehr sagen als die gelehrteste abstrakte Abhandlung. *Daniel*

*

Der Glaube an den Menschen ist eine der Ausdrucksformen des Glaubens an Gott und an das Göttliche.

Der Mensch ist ein Wesen, das ganz und gar von der Natur und der Gesellschaft, von der Welt und dem Staat abhinge, wenn es keinen Gott gäbe.

Ich bin über das tiefe Unglück des Menschen heftiger bestürzt als über seinen Sündenfall. Das Gefallensein der Welt bedeutet nicht nur deren Sündhaftigkeit, sondern reicht tiefer. Im Leben der Welt liegt eine tiefe Ungerechtigkeit beschlossen. Das ist das grundlose Leiden.

Der Mensch vollzieht unaufhörlich Akte eschatologischen Charakters. Mit jedem moralischen Akte — sei es ein Akt der Liebe, der Barmherzigkeit oder des Opfers — setzt das Ende derjenigen Welt ein, in der Haß, Grausamkeit, Eigennutz herrschen. Auch mit jedem Akt der Erkenntnis tritt der Mensch aus der Welt der *Objektivierung* heraus, in eine andere Welt über. Gott ist eine befreiende, durchlüftende und verklärende Macht, nicht ein strafendes, Vergeltung übendes und vergewaltigendes Fatum. Das Eschatologische ereignet sich also nicht erst *dann*, sondern immer zugleich auch jetzt und hier.

Das Reich Gottes ist nicht nur ein abzuwartendes, sondern auch ein zu erschaffendes.

Der Mensch muß durch das Kulturschaffen und die Zivilisation hindurch. Doch das ist nur ein symbolisches Schaffen, das nur zeichengebend für die reale Verklärung ist. Realistisches Schaffen wäre eine Verklärung der Welt, das Ende dieser Welt, das Entstehen eines neuen Himmels und einer neuen Erde. Der schöpferische Akt ist ein eschatologischer Akt, er ist dem Weltende zugewandt.

Die zweite Ankunft Christi in Kraft und Glorie hängt vom schöpferischen Akt des Menschen ab.

Persönliche Revolution, die es bisher in der Welt nicht gab, würde gleichbedeutend sein mit der Niederwerfung der Macht der Objektivierung, Zerstörung der Naturnotwendigkeiten, Befreiung der Subjektperson, Durchbruch in eine andere Welt, die Welt des Geistes.

Albert Schweitzer, teilweise auch Blumhardt und Ragaz standen mir nahe. Eschatologie war für mich damit verbunden, daß mir alles zerbrechlich erschien, daß die Menschen vom Tode bedroht waren, daß alles in der Geschichte vergänglich war und über dem Abgrund hing. Auch in meinem persönlichen Leben war ich geneigt, Katastrophen zu erwarten, noch mehr aber im historischen Leben der Völker. Ich habe längst schon Geschichtskatastrophen vorausgesagt.

Die Christen haben das Böse im Namen des Gehorsams so lange

ertragen, bis andere — Nichtchristen — gegen das Böse revoltierten und ihre Revolte dann freilich auch auf das Christentum ausdehnten.

Vielleicht ist der Atheismus nichts anderes als ein dialektisches Moment im Prozeß der Reinigung des Gottesbewußtseins.

Der Verlorene Sohn, wenn er zum Vater zurückkehrt, wird die christliche Wiedergeburt herbeiführen. Wenn eine solche Wiedergeburt möglich ist, wird sie nicht mit der Bewahrung alter Seelen vor Versuchungen und Prüfungen ihren Anfang nehmen, sondern mit der Zukehr neuer Seelen, die durch Versuchungen und Prüfungen hindurchgegangen sind.

Die Verwirklichung der Gesellschaft setzt auch soziale Zwangsakte voraus, aber brüderliche Gemeinsamkeit, Kommunität, entsteht aus Freiheit.

Christentum ist Personalismus. Damit ist der geistige Hauptkampf meines Lebens verbunden. Ich bin Verfechter der Persönlichkeit, die sich gegen die Macht des *Allgemeinen* erhebt. Hierin ist das Pathos meines Lebens zu erblicken.

Personalismus ist unversöhnliche Verneinung der kapitalistischen Ordnung. Personalismus ist Negierung der Klassengesellschaft, ist Forderung einer klassenlosen Gesellschaft.

(Aus den angeführten Werken Berdiajews.)

Karl Barth — «Es geht ums Leben»

Aus «Stimme der Gemeinde», 1. Mai 1957

Hier die Stellungnahme des bekannten Basler Theologen Karl Barth zur Erklärung der 18 deutschen Atomphysiker:

Der Appell von Dr. Albert Schweitzer an die Männer der Wissenschaft, sie möchten der Menschheit über die Vorbereitungen zum Atomkrieg «die Wahrheit sagen», ist nicht ungehört geblieben. Die Physiker als die in dieser Sache zuständigen Fachleute — zuletzt 18 angesehene deutsche Vertreter dieser Wissenschaft — haben uns die Wahrheit, wie sie sich ihnen auf Grund ihrer Erkenntnis darstellt, geschaffen. Ich fasse zusammen:

1. Was man heute «kleine» oder «taktische» Atombomben nennt, sind Waffen, deren Wirkung der 1945 auf Hiroshima abgeworfenen ähnlich ist.

2. Es gibt keine technischen Möglichkeiten, große Bevölkerungsteile vor der ausrottenden Wirkung der «großen» Wasserstoffbombe, aber auch vor jenen «kleinen» Waffen sicher zu schützen.

3. Ein Weitergehen der sogenannten «Atomversuche» wird in ab-

sehbarer Zeit die radioaktive Verseuchung der Erde so weit fortgeschritten sein lassen, daß überall Gefahr für das Leben besteht.

Die Bekanntgabe dieser Wahrheit ist, von den hohen politischen Stellen und der großen politischen Presse («Die Welt» machte eine Ausnahme und bejahte den Appell. Red.) als unbefugte Einmischung in einen Bereich bezeichnet und behandelt worden, in welchem sie sich für allein zuständig halten. Man vertröstet uns damit, daß die Bemühungen um eine kontrollierte Abrüstung weitergehen sollen. Man läßt aber keinen Zweifel daran, daß die Vorbereitungen zum Atomkrieg mit Einschluß der praktischen Versuche unterdessen fortgesetzt werden. Es bleibt nur übrig, von denen, die die öffentliche Macht und das öffentliche Wort haben, an die *Menschen* zu appellieren: Sie sollen sich solche Abweisung nicht gefallen lassen. Sie sollen die Sache in ihre eigenen Hände nehmen. Sie sollen ihrer Regierung und ihrer Presse mit allen Mitteln zu verstehen geben, daß sie weder ausrotten noch ausgerottet werden wollen, auch nicht zur Verteidigung der «freien Welt», auch nicht zur Verteidigung des Sozialismus! Sie sollen den Verantwortlichen im Westen und im Osten ein Halt zurufen, daß ihnen die Ohren gellen.

Schluß mit der Vorbereitung des Krieges mit Waffen, die ihn für alle Beteiligten von vornherein sinnlos machen, Schluß auch mit der gegenseitigen Bedrohung mit der Anwendung solcher Waffen! Sofortiger Schluß mit den offenbar schon im Frieden für uns alle lebensgefährlichen Experimenten! Die Menschen im Westen und im Osten sollen aufstehn gegen den Wahnsinn, der in dieser Sache im Gange ist. Sie sollen damit eine politische Tatsache ersten Ranges schaffen, mit der auch die Regierungen und die Presse werden rechnen müssen. Es geht nicht um Prinzipien oder Ideologien und Systeme. Es geht nicht um Machtfragen. Es geht ums Leben, es geht um sie: die Menschen. Sie sollen der Sache der primitivsten Vernunft, bevor es zu spät ist, zu ihrem Recht verhelfen.

Das ist es, was ich zu der durch die Erklärung der Atomphysiker geschaffenen Lage zu sagen habe.

Radio Warschau wendet sich telegraphisch an Prof D. D. Karl Barth

E. P. D. Professor Karl Barth in Basel hat am 3. Juni ein vom Polnischen Radio Warschau am 31. Mai aufgegebenes und am 1. Juni in Basel eingetroffenes *Brieftelegramm* folgenden Inhalts erhalten:

«Der Stadtrat von Warszawa wandte sich an die Stadtbehörden von Hiroshima mit dem Vorschlag, an alle Städte der Welt den Appell zu richten, sich der Forderung nach Abschluß einer internationalen Verständigung über das Verbot der Kernwaffenexperimente, als einem ersten Schritt zur Verständigung über das Verbot der Anwendung aller Massenvernichtungswaffen, anzuschließen. Was denken Sie über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer derartigen Verständigung unter

Berücksichtigung der bereits auf internationalem Forum eingebrachten Vorschläge? Der Polnische Rundfunk versichert, daß die Antwort veröffentlicht wird. Polskie Radio.»

Darauf hat Prof. Barth am 3. Juni geantwortet:

«Wir warten auf Taten, nicht auf Verhandlungen. Aufrichtig und glaubwürdig ist der Friedenswille derjenigen Weltmacht, die zuerst, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Gegenseite, und verbindlich ihren Verzicht auf weitere Kernwaffenexperimente aussprechen wird. Karl Barth.»

Das Mittel zum wirklichen Frieden

Keine Regierung gibt jetzt zu, daß sie das Heer unterhalte, um gelegentliche Eroberungsgelüste zu befriedigen, sondern der Verteidigung soll es dienen. Jene Moral, welche die Notwehr billigt, wird als ihre Fürsprecherin angerufen. Das heißt aber: sich die Moralität und dem Nachbar die Immoralität vorbehalten, weil er angriffs- und eroberungslustig gedacht werden muß, wenn unser Staat notwendig an die Mittel der Notwehr denken soll; überdies erklärt man ihn, der genau ebenso wie unser Staat die Angriffslust leugnet und auch seinerseits das Heer angeblich nur aus Notwehrgründen unterhält, durch unsere Erklärung, weshalb wir ein Heer brauchen, für einen Heuchler und listigen Verbrecher, welcher gar zu gern ein harmloses und ungeschicktes Opfer ohne allen Kampf *überfallen* möchte. So stehen nun alle Staaten gegeneinander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gute Gesinnung bei sich voraus.

Diese Voraussetzung ist aber eine *Inhumanität*, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja, im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität *unterschiebt* und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten. Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: «*Wir zerbrechen das Schwert*» — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. *Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war*, aus einer *Höhe* der Empfindung heraus — das ist das Mittel zum *wirklichen* Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbar nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt.

Lieber zugrunde gehen als hassen und fürchten, und *zweimal lieber zugrunde gehen als sich hassen und fürchten machen* — dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden! — Unsern liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur des Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine «allmähliche Herabminderung der Militärlast» arbeiten. Vielmehr: erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorienbaum kann nur mit *einem* Male, durch einen Blitzschlag zerstört werden: der Blitz aber kommt, ihr wißt es ja, aus der Höhe.

Friedrich Nietzsche in «Menschliches, Allzumenschliches», geschrieben um 1880.

WELTRUNDSCHAU

Totalabrüstung! Erleben wir nun wirklich den Beginn jenes *Völkeraufstandes gegen den Krieg*, der uns allein noch vor einer dritten — und diesmal wohl endgültigen — Weltkatastrophe retten kann? Man möchte es hoffen, wenn man die Bewegung gegen die Fortsetzung der *Atomwaffenversuche* verfolgt, die sich jetzt fast über die ganze Welt hin entwickelt. Gleichsam lawinenhaft anwachsend, so daß ihre einzelnen Ausdrucksformen überhaupt nicht mehr zu zählen sind, hat sie die amerikanische Regierung soeben veranlaßt, nun doch dem sowjetischen Drängen entgegenzukommen und zuhanden der gegenwärtig in London geführten Abrüstungsverhandlungen Vorschläge zu machen, die zum erstenmal «eine Beschränkung und unter Umständen eine vorübergehende Einstellung» der Versuche mit Wasserstoffbomben ins Auge fassen. Das ist ein wirklicher erster Erfolg der von Albert Schweitzer geforderten und sich allmählich bildenden Weltmeinung gegen den Atomkrieg. Und keine Anstrengung darf jetzt gescheut werden, um die Regierungen zu zwingen, ein Abkommen über die *dauernde*, nicht nur vorübergehende, Einstellung aller Versuche mit Atomwaffen irgendwelcher Art zu treffen. Wenn es wahr ist, was der frühere Direktor der Weltgesundheitsorganisation, der kanadische Dr. Brock Chisholm, gesagt haben soll, daß nämlich jede Explosion einer Wasserstoffbombe im Lauf der Jahre zum Tod von 50 000 Menschen zu führen drohe, so ist schon der Verzicht auf die Versuchsexplosionen eine wirkliche Lebensnotwendigkeit für die Menschheit.

Aber es darf bei diesem Verzicht nicht sein Bewenden haben. Der *Atomkrieg selber* muß in Acht und Bann getan werden. Die weitere Herstellung von Kernwaffen muß überhaupt aufhören, und die bis-

herigen Bestände an solchen Waffen sind vollständig zu vernichten, sei es kraft internationaler Vereinbarung, sei es als Wirkung des einseitigen Vorgehens einer der drei «Atomgroßmächte» (Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Großbritannien). Und zwar müssen die sogenannten taktischen Kernwaffen ebenso verschwinden wie die strategischen, da die taktischen, also nur bei eigentlichen Kampfhandlungen einzusetzenden Atomgeschoße schon heute so verheerend sind wie die «strategischen» Bomben, die Hiroshima und Nagasaki zerstört haben, und die Gefahr groß ist, daß aus einem Krieg «bloß» mit taktischen Kernwaffen früher oder später ein solcher auch mit richtigen Wasserstoffbomben entsteht.

Auch das genügt jedoch keineswegs. Die Westmächte sträuben sich ja des entschiedensten gegen die bloße Ausschaltung der Kernwaffen, die, wie sie sagen, der Sowjetunion und China ein erdrückendes Übergewicht an den herkömmlichen Waffen und den sie gebrauchenden Mannschaftsbeständen geben würde. Ich bin zwar überzeugt, daß der wahre Grund für das unbedingte Festhalten der Westmächte an ihren Atomwaffenrüstungen die Hoffnung ist, sie könnten in ein paar Jahren doch noch einmal den Vorsprung vor der Sowjetunion zurückgewinnen, den sie durch die Herstellung der ersten Atom- und dann der Wasserstoffbomben schon zweimal errungen, durch die ungeahnten Fortschritte der sowjetischen Kernwaffentechnik aber wieder verloren haben. Allein die Hunderte von kriegsbereiten russischen und anderen ostländischen Divisionen, die angeblich nur darauf warten, in den europäischen Westen einzubrechen, spielen in der Phantasie der «freien» Nationen eine derartig entscheidende Rolle, daß jeder Abrüstungsvorschlag, der Aussicht auf Zustimmung der Atlantikmächte haben soll, von vornherein auch die konventionellen Waffen umfassen muß*.

Das wäre an und für sich ausgezeichnet, weil eine Abrüstung, die die herkömmlichen Waffenarten (zu denen man auch schon die taktischen Atomgeschoße zu zählen begonnen hat) im wesentlichen unangetastet ließe, eben *keine* Abrüstung ist und die Kriegsgefahr auch ohne die «Drohung der kommunistischen Horden» nicht aus der Welt schaffen würde. Aber ist eine *wirkliche* Abrüstung, die sowohl die atomischen als auch die herkömmlichen Waffen in sich begreift, unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt denkbar? Besteht einigermaßen begründete Aussicht auf einen Erfolg der Abrüstungsvorschläge, die die Vereinigten Staaten einerseits, die Sowjetunion anderseits gerade jetzt in London Stück um Stück enthüllen? Die Urheber dieser Pläne selbst scheinen — trotz dem gedämpften Optimismus, den sie zur Schau tragen — durchaus nicht sehr zuversichtlich gestimmt zu

* Dies auch darum, weil ein Verbot bloß der Kernwaffen im Fall eines Krieges, der zunächst mit den «alten» Waffen geführt würde, ja doch bald mißachtet würde. Schon das zwingt *von vornherein* auch zum Abbau der konventionellen Rüstungen.

sein. Es handle sich — so wird zum Beispiel aus Washington berichtet — bei dem amerikanischen Plan «nicht um einen Abrüstungsvorschlag, sondern um einen Plan zu einem Abkommen am Rande der Abrüstung, um einen ersten Schritt in der Richtung auf ein Inspektionssystem am Boden und in der Luft, das verbunden wäre mit einem bescheidenen Abbau der schweren Waffen . . ., jedoch nicht von Kernwaffen». Vorsichtiger kann man es kaum ausdrücken, zumal wenn man dann noch hinzufügt, daß es Jahre dauern könne, bis nur solch ein «erster Schritt» auch wirklich gemacht sei!

Natürlich ist auch das begrenzteste Abkommen, das die in Frage kommenden Mächte schließlich unterzeichnen, immer noch besser als die bisherigen endlosen «Abrüstungskonferenzen», die nie zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben. Aber wenn ich meine Meinung offen heraussagen soll, so kann ich auch jetzt nicht an eine echte, das heißt den Krieg auch nur hinausschiebende oder gar ihn verhindernde Abrüstung glauben, solange die Regierungen, die über die Rüstungsbeschränkung verhandeln, erstens gleichzeitig ihren *Militärapparat* planmäßig weiter aufbauen und zweitens den Kalten Krieg auf allen Fronten hemmungslos weiterführen. Das Wohlwollendste, was man über die Abrüstungsmethode der verschiedenen Regierungen aussagen kann, ist ja, daß ihre eigene Aufrüstungspolitik ihre besten Bemühungen um Abrüstung ständig durchkreuzt — sofern man all die Abrüstungsbestrebungen nicht einfach als Heuchelei und Unehrlichkeit bezeichnen will. Wie aufschlußreich ist doch, was der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 1464) über die «phantastische» Militärparade vom «Tag der Wehrmacht» (18. Mai) aus Washington berichtet! «Welch ungeheurer wissenschaftlicher, technischer, industrieller und finanzieller Aufwand!», so ruft der Mann begeistert aus. Und er fährt fort:

«Man hat Mühe, sich daran zu erinnern, daß drüben über dem Potomac im Staatsdepartement Harold Stassen über Abrüstung nachsinnt und Pläne brütet, über die sich die Vereinigten Staaten mit den Sowjets verständigen sollen. Vielleicht wird über diese Pläne viel Druckerschwärze fließen. Vielleicht führen sie zu Konferenzen, vielleicht zu Übereinkommen; aber es ist schwer, wenn nicht beinahe unmöglich, sich vorzustellen, daß die gewaltigen Anstrengungen, deren Früchte man hier vor Augen sieht, eingestellt oder preisgegeben werden könnten . . . Diese Dinge haben ihre eigene Dynamik.»

Was wir Rüstungsgegner schon tausendmal gesagt haben! An den Kriegsvorbereitungen hängen so ungeheuer viele und starke Gefühle, Leidenschaften und Interessen, daß sie sozusagen ein lebendiger Organismus mit eigenen Gesetzen geworden sind, die blind, selbsttätig, aber entsetzlich geradlinig fortwirken, wenn man sie einmal in Gang gebracht hat — bis hin zum katastrophalen Ende. Und die Kräfte, die hinter dem Kalten Krieg stehen, sorgen ja unermüdlich, Tag und Nacht, dafür, daß die Rüstungsmaschinerie nie stillsteht, vielmehr auf immer höheren Touren läuft. Wie sollen da Abrüstungsverhandlungen jemals

zu einem annehmbaren Ziel führen? Wo ist der Meister, der mit seinem machtvollen Wort die Zauberlehrlinge zur Ordnung riefe und das Ungeheuer, das sie losgelassen, noch rechtzeitig zu bändigen vermöchte? Wir sehen nirgends eine solche Kraft am Werk — und das ist das ganze Elend dieser entscheidungsvollen Zeit. Den wie immer zielklaren, bis zum Letzten entschlossenen Mächten des Bösen steht auch hier keine ebenso zielklare und entschlossene Macht des Guten gegenüber, die überlegen in den schicksalhaften Ablauf der Geschichte eingriffe und Kriegswagen, Schwerter und Speere zerbräche, Frieden auf Erden schaffend und Recht und Gerechtigkeit unter den Völkern aufrichtend. Nur eine *ganz radikale Abkehr von dem Gewaltdenken*, dem sich alle Völker, die im Westen wie die im Osten, verschrieben haben, nur der mit ruhiger Selbstverständlichkeit geschehende persönliche Einsatz der Kriegsgegner, wie ihn in der höchsten, aber keineswegs der einzigen Form die Militärdienstverweigerer leisten, vermöchte die *Totalabrüstung* herbeizuführen, die die Fortsetzung unseres Weges zum Totalkrieg verunmöglichen würde*. Viele, die bisher an die Unvermeidlichkeit der Kriegsrüstungen geglaubt haben, beginnen jetzt, angesichts der Drohung des Atomkrieges, neue Wege der nationalen Verteidigung zu suchen, wie der frühere englische Marineoffizier Sir Stephen King-Hall, einer der bekanntesten politischen Kommentatoren Großbritanniens, der in einem aufsehenerregenden Artikel die Einsetzung einer amtlichen Kommission zur Untersuchung der Frage anregt, ob nicht die «westliche Lebensform» am wirksamsten durch die Organisierung eines passiven Widerstandes verteidigt werden könne. Aber es sind ihrer immer noch viel zu wenige, die so denken und vortasten; es muß schon, wie ich am Anfang gesagt habe, ein eigentlicher Aufstand der Völker gegen den Rüstungswahnsinn kommen, wenn die Eigengesetzlichkeit des Militärmechanismus gebrochen und die näher und näher rückende Kriegsgefahr noch gebannt werden soll!

Aber auch bei dieser mehr negativen Losung dürfen wir nicht stehenbleiben. Den Völkern muß auch eine *positive* Aufgabe gestellt werden, die an den Platz der Sammlung so ungeheurer Mittel und Kräfte auf die Kriegsvorbereitung hin treten soll. Wir sehen sie, was Westeuropa und Amerika betrifft, vor allem in der gemeinsam an die Hand zu nehmenden großzügigen *Hilfe an die unterentwickelten Länder*, einer Hilfe, die freilich — es ist das in den «Neuen Wegen» schon mehrfach gezeigt worden — nur im Rahmen einer neuen, einer *sozialistischen* Wirtschaftsordnung wirksam geleistet werden kann. Und das wiederum setzt voraus, daß die westliche Welt auf ihren militärisch verstandenen Kampf — den vorerst nur «kalten» Krieg — gegen die kommunistischen Länder verzichtet, diesen Kampf, hinter dem zuletzt

* Siehe das an anderer Stelle dieses Heftes wiedergegebene Wort Nietzsches — des *besten* Nietzsche —, auf das mich mein Freund René Bovard aufmerksam gemacht hat.

— auch das wurde hier immer wieder klargestellt — einfach der Wille der bürgerlich-kapitalistischen Weltkräfte und ihrer Hilfsvölker zur Selbstbehauptung und zur Vernichtung der sozialistisch-revolutionären Gegenkräfte steht, der aber, besonders planmäßig seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem trügerischen Schlagwort eines Kreuzzuges der Bekenner politischer und persönlicher Freiheit gegen die finsteren Mächte kommunistischer Tyrannei und Unmenschlichkeit bestritten wird. Einen Beitrag zur Entleerung dieses Schlagwortes möchte der Schreibende, früher Gesagtes neu beleuchtend, im folgenden geben.

Kommunismus und politische Freiheit Von vornherein sei dabei gesagt, daß es sich nicht darum handeln kann, den Diktatur-, ja Terrorcharakter des Kommunismus, wie er sich besonders im Bereich der Sowjetmacht entwikkelt hat, irgendwie zu verwischen. Ich unterschreibe durchaus, was Professor Cole in seiner vortrefflichen Schrift «World Socialism Restated» feststellt:

> «Es ist eine offenkundige geschichtliche Tatsache, daß die Kommunisten überall, wo sie die Macht ausgeübt haben, rücksichtslos die Opposition unterdrückt und ihr diktatorisches Einparteiregime aufrechterhalten haben; daß sie unempfindlich für die Leiden all derer gewesen sind, die sie bestraft haben, weil sie sie als politische Feinde oder mögliche Gegenrevolutionäre betrachtet haben; daß sie sich gröbster Entstellungen und oft sogar glatter Lügen über ihre Gegner schuldig gemacht und ihren Völkern die Möglichkeit vorenthalten haben, ihre falschen Behauptungen richtigzustellen, indem sie ihnen den Zugang zu wahrheitsgemäßer Auskunft sperrten; und daß sie bedenkenlos nichtkommunistische Sozialisten verraten haben, die mit ihnen für die Einigung der Arbeiterklasse zusammenarbeiteten, aber nicht bereit waren, sich völlig der Beherrschung durch die Kommunistische Partei zu unterwerfen.»

Auch die — ohnehin noch ganz ungenügende — innere Läuterung und Liberalisierung des Kommunismus, die seit dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Gang ist, vermag diese Feststellungen nicht zu entkräften; und erst recht bleibt bestehen, daß das falsche Menschenbild und die grundsätzlich atheistische Lebensauffassung und Geschichtsbetrachtung des Kommunismus auf die Dauer keine haltbare Grundlage für eine neue sozialistische Gemeinschaftsordnung abgeben kann.

Wenn das gesagt ist, so muß freilich der Wahrheit zuliebe auch beigefügt werden, daß die kommunistischen Staaten, mindestens auf den unteren und mittleren Stufen, der *Selbstverwaltung* und *Selbstbestimmung* des ganzen Volkes dennoch einen breiten Spielraum gewähren, oft einen wesentlich breiteren als unsere westlichen Demokratien. In der Sowjetunion zum Beispiel haben in den städtischen Bezirken und den ländlichen Siedlungen, in Fabriken und Werkstätten, im Schulwesen, in der Gesundheitsfürsorge, in der Sozialversicherung usw. die Bürger und Bürgerinnen ein weitgehendes Mitbestimmungs-

recht, so wie auch zwischen Wählern und Abgeordneten ein nach unseren Begriffen sehr enges Vertrauensverhältnis, verbunden mit offener Kritik und der Möglichkeit einer Abberufung des Volksvertreters, besteht*. Ähnlich ist es in China, wo die großen Reformen nur dank der aufgeklärten Mitarbeit und Sachkunde der Bevölkerung zu Stadt und Land durchgeführt werden konnten und weiter können. Vor allem die Neuverteilung des Bodens kam auf diesem Weg zustande. «Die Bauern entdeckten so», schreibt Jean-Jacques Brieux in seinem wertvollen Buch «La Chine — du Nationalisme au Communisme», «daß sie selbst ihre beste Regierung waren . . . Da die Tätigkeit der Partei und der Regierung nur die Normalisierung und Ausdehnung der örtlichen Gewalten war, befand sich die wirkliche Macht zum erstenmal in ihrer Geschichte in den Händen der Bauern.» Das gleiche gilt grundsätzlich auch für die übrigen revolutionären Neuerungen in China. Unser freiheitsstolzer Westen könnte hier von den kommunistischen Ländern sehr viel lernen — nicht zu reden davon, daß die schweizerische Männerdemokratie in bezug auf die Heranziehung der *Frauen* zur gleichberechtigten Mitarbeit an allen politischen Aufgaben hinter den kommunistisch regierten Völkern peinlich weit zurücksteht . . .

Auf jeden Fall ruht sowohl in der Sowjetunion wie in China das kommunistische Regime auf der Zustimmung und dem Vertrauen der erdrückenden Volksmehrheit. Die westlichen Hoffnungen, das kommunistische Regime in diesen Ländern müsse am elementaren Widerstand der unterdrückten und ausgebeuteten Massen scheitern, haben sich alle bisher als trügerisch erwiesen und werden es weiterhin tun. «Damit es dazu käme», schreibt Paul Distelbarth in «Rußland heute» (1954), «müßten die Zustände dauernd schlechter werden, bis schließlich der Apparat ausgehöhlt wäre und zusammenbräche. Aber in Wirklichkeit werden die Verhältnisse unzweifelhaft langsam immer besser.» Bei wirklich schweren Mängeln, die sich zeigen könnten, würde man «das Personal der Regierung wechseln, auf keinen Fall aber das System. Neue Wege würden gesucht werden, aber niemand würde daran denken, zu überwundenen Ordnungen zurückzukehren». (Daß die Dinge in bestimmten sowjetischen Satellitenländern — zum Beispiel Ostdeutschland und Ungarn — anders liegen, ist an dieser Stelle oft genug vermerkt worden.) Was aber China betrifft, so sei auf das Buch der kanadischen Missionarsfrau Mary Endicott «Fünf Sterne über China» (Berlin 1956) hingewiesen, das voll ist von Zeugnissen für das Vertrauen des Volkes zum neuen Regime, so wie ich selbst es in China auch beobachtet habe. Die Losungen und Maßnahmen der Regierung zur Überwindung der Mißwirtschaft des alten Regimes, so liest man da zum Beispiel, würden jeweilen nicht nur mit Zustimmung,

---

* Vergleiche dazu meine Weltrundschau im Februarheft 1952, Seite 71. Ferner Charlotte and Dyson Carter, We saw Socialism (Toronto, 1951), Seite 41 bis 54.

sondern mit Begeisterung aufgenommen und unterstützt. «Das kommt daher, daß die Volksregierung unter Maos Führung eine Politik im Dienste des Volkes durchführt, der keine selbstsüchtigen Motive zugrunde liegen. Und das ganze Land antwortet darauf mit der Bereitschaft, solche üblen Handlungsweisen, die aus der Zeit des alten Regimes stammen, gemeinsam zu beseitigen.» Das ist wirklich ein Stück guter Demokratie — *realer* Demokratie, auch wenn die formale, verfassungsrechtliche Demokratie noch fehlt.

Freiheit von Not und Furcht Daß unter uns, im Westen, der Nachdruck so einseitig auf die formale Demokratie gelegt wird, als ob die in den staatlichen Grundgesetzen «gewährleisteten» Freiheitsrechte alles oder doch die Hauptsache seien, kommt nicht zuletzt daher, daß uns die Lage und die Bedürfnisse der *unterentwickelten Völker* — die mehr als die Hälfte der Menschheit ausmachen — noch immer nicht in ihrer vollen Schrecklichkeit vor Augen und vor dem Gewissen stehen. Zwar ist ja auch in Westeuropa und Nordamerika der trügerische Charakter der Formaldemokratie nur allzu offenkundig. «Die formale Demokratie», so sah auch Nikolai Berdiajew klar, «verhüllt und maskiert nicht selten den realen Klassenkampf und verwandelt sich zum Organ der Klassenherrschaft. Damit aber wird die formale Demokratie zu einer Maskerade... Die politische Demokratie gibt dem Menschen politische Rechte, kann ihm aber eine reale Möglichkeit, sich dieser Rechte zu bedienen, nicht geben, weil diese Möglichkeit in der sozial-ökonomischen, nicht in der politischen Ebene liegt. In den formalen, politischen Demokratien werden die Menschen der Arbeitslosigkeit, der Not und dem Elend ohne weiteres preisgegeben; ja die ökonomischen Rechte der Persönlichkeit werden überhaupt nicht geschützt. Die politische und Rechtsgleichheit vereinigt sich mit der größten sozialen und ökonomischen Ungleichheit.» («Christentum und Klassenkampf», Seite 20/21.)

Das gänzliche Ungenügen, ja die Heuchelei der bloß politischen Freiheitslosungen erweist sich aber doch erst an den «zurückgebliebenen», das heißt von den «fortgeschrittenen» Völkern künstlich und absichtlich zurückgehaltenen Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Was die Ägypter und Perser, die Inder und Vietnamesen, die Mexikaner und Peruaner *am ersten* brauchen, das ist ja nicht das allgemeine Stimmrecht und die Pressefreiheit, sondern gesichertes Brot, menschenwürdiges Wohnen, planmäßige Gesundheitsfürsorge und allgemeine Volksbildung. Und das Geheimnis des Erfolges, den die kommunistische Lehre bei den unterentwickelten Völkern hat, besteht einfach darin, daß die Kommunisten dieses elementare Bedürfnis erfaßt haben und ihm mit den Mitteln abzuhelfen suchen, die die Lage der Bauern- und Arbeitermassen in der Sowjetunion, in China

usw. so sichtbar gehoben haben*. Die wilden Anklagen, die die satte westliche Welt gegen den Kommunismus schleudert, tönen in den Ohren der hungernden, verelendeten Millionen des Ostens und Südens einfach hohl und unwahr. Und was R. H. Tawney, der Ehrenvorsitzende der englischen Religiös-Sozialisten, vor einem Vierteljahrhundert in seinem hier schon kürzlich einmal erwähnten Buch «Equality» («Gleichheit») schrieb, bekommt heute doppeltes Gewicht:

«Wenn individuelle Freiheit die Sicherheit der Einzelmenschen vor Willkürhandlungen bedeutet, dann ist das, was die Freiheit der Volksmehrheit bedroht, nicht so sehr das Eingreifen der Staatsgewalt wie dessen Ungenügen und infolgedessen die Möglichkeit, daß private Mächte in ihr Leben eingreifen und ihren Willen durchsetzen. In einer industriellen Zivilisation ist der große Leviathan nicht der Staat . . .; es ist das geschmeidige, dienstfertige, aber noch immer nicht völlig gezähmte Ungeheuer (der Kapitalismus. H. K.), das sich schwer über Bergwerksdörfer und Fabrikstädte legt oder von einem anspruchslosen Lagerplatz in irgendeinem Geschäftsbüro aus die sanften, verhängnisvollen Voraussagen murmelt, die es später wahrmachen wird. ‚Wenn es sich erhebt, zittern die Mächtigen' — und wieviel mehr die Kabinette! ‚Pfeile sind für es wie Stoppeln.' Wirklich — denn ihm gehören fünf Sechstel der Presse; es ist selbst ein Hauptlieferant von Pfeilen.»

Es ist darum auch ganz abwegig, wenn jetzt wieder von theologischer Seite gegen einen «sogenannten Sozialismus» losgezogen wird, «der uns glauben machen will, daß die letzte Sehnsucht nicht Freiheit, sondern Brot heiße», und wenn man behauptet, dieser sogenannte Sozialismus (gemeint ist natürlich der Kommunismus) mache aus der Neigung des natürlichen Menschen, sein Gewissen und sein freies Denken für materielle Vorteile zu verkaufen, ein Dogma, das Freiheit mit sinnlicher Ungebundenheit und Verantwortungslosigkeit verwechsle. (Siehe «Aufbau» 1957, Nr. 7.) Gewiß *gibt* es einen solchen Sozialismus, aber nicht nur in der kommunistischen, sondern auch in der klassisch marxistischen Bewegung, die diese Lebensanschauung von der kapitalistisch-bürgerlichen «Kultur» mit ihrem Materialismus und Atheismus übernommen hat. Allein der wirkliche Sinn auch des marxistischen Sozialismus ist diese Auffassung nicht, und es ist ja gerade die Ehre des «religiösen Sozialismus», daß er die tendenziöse Oberflächlichkeit des landläufigen Aburteilens über den Sozialismus

---

* Ein Beispiel ist auch Vietnam. «Das amerikanische Hilfsprogramm für Südvietnam», so wird dem «New Statesman» (18. 5.) aus Saigon geschrieben, «hat dessen Ideologie gelähmt. Das System des freien Unternehmertums ist ungeeignet für die rasche Entwicklung asiatischer Länder, die in Konkurrenz mit kommunistischen Ländern stehen. Es ist bezeichnend, daß in den drei Jahren seit dem Ende des indochinesischen Krieges keine einzige Fabrik in Südvietnam eröffnet worden ist und auch bestehende Fabriken, wie Zuckerraffinerien, nie wieder in Gang gesetzt wurden. In Nordvietnam können auch die bittersten Feinde des Marxismus nicht leugnen, daß die Vietminh-Leute neue Fabriken bekamen und diejenigen, die sie von den Franzosen übernahmen, in Gang gesetzt haben und neu ausrüsten. Nordvietnam entwickelt sich in viel schnellerem Tempo als der Süden und bekommt doch nur den dritten Teil der Auslandshilfe, die Südvietnam bezieht.»

von Anfang an scharf zurückgewiesen hat. «Es ist nicht wahr», rief Hermann Kutter in seiner «Revolution des Christentums» aus,

«daß der Sozialismus die Gemeinschaft der Menschen zu bloßen wirtschaftlichen Zwecken anstrebt ... Es ist leicht, dem Sozialismus kulturfeindliche Tendenzen — von den antireligiösen zu schweigen — vorzuwerfen, wenn man ihm keine höhere Aufgabe abzugewinnen weiß als die, für die Magenbedürfnisse der Menge eine noch dazu sehr fragliche Garantie zu übernehmen; leicht und wohlfeil, ihm die Minderwertigkeit und Sterilität dieser Aufgabe vorzudemonstrieren oder gar im Interesse einer von seinem ‚Materialismus' bedrohten Religiosität von dem Verderben zu orakeln, das das Verschwinden der materiellen Not für die Seele des Volkes mit sich bringe. Aber ein solches Gebaren richtet sich selbst, indem es auf der einen Seite eine unverzeihliche Unwissenheit und auf der andern eine satte Grausamkeit offenbart, die das Elend der Armen in Entbehrung eben der Güter, deren Überfluß im eigenen Hause man sich selbst zur Ehre anrechnet, mit einem Seelenheile kombiniert, um welches man sich selbst sehr wenig kümmert.»

Das gilt genau auch von der «leichten und wohlfeilen» Kritik am modernen Kommunismus. Leonhard Ragaz hat nie so dahergeredet wie die frommen Antikommunisten, hat vielmehr (in seiner «Geschichte der Sache Christi») zu sagen gewagt: «Die weltumwälzende Kraft des russischen Kommunismus kommt zuletzt doch von Christus her. Der von seiner offiziellen Vertretung auch auf dieser Linie verleugnete Christus erhebt darin inkognito sein Haupt» — wenn er auch gut genug gewußt hat, daß der Kommunismus «nicht das letzte Wort dieser Entwicklung (ist), weder für Rußland noch für anderswo». Und auch an Gandhis berühmtes Wort müssen wir hier denken: «Wie sollte ich von Gott zu den Millionen reden, die mit weniger als zwei Mahlzeiten im Tag auskommen müssen? Für sie kann Gott nur in der Gestalt von Brot und Butter kommen*.»

Wahrlich, es geht nicht darum, das Brot über die Freiheit zu stellen und sein Gewissen an materielles Wohlleben zu verkaufen; es geht darum, den unterernährten Millionen Brot zu geben, *damit* sie ein Leben in menschlicher Würde und sittlicher Freiheit führen können. Und diese Aufgabe ist es, von deren Erfüllung — auch in den zurückgebliebenen Ländern West- und Südeuropas, aber namentlich in den Hungergebieten der anderen Erdteile — der Kommunismus recht eigentlich lebt und von der er sein großes geschichtliches Recht empfängt, trotz all dem Unrecht, das er dabei begeht. So stellt denn auch G. D. H. Cole in der zitierten Schrift als wichtige Tatsachen fest:

«Erstens, daß die Kommunisten, was sie auch gesündigt haben mögen, die Revolution in Rußland durchgeführt haben und sie gegen alle Anstrengungen des Weltkapitalismus, sie einzukreisen und zu zerstören, auch aufrechterhalten sowie daß die Revolution in Rußland das Grundbesitzertum und den Kapitalismus über-

---

* Daß mit der Stillung des leiblichen Hungers das soziale Problem wirklich noch nicht gelöst ist, erkennt man auch in der Sowjetunion gut genug. Ein Zeichen dafür ist der ungeheure Erfolg, den Dudinzews Roman «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein» dort gehabt hat — trotz oder zum Teil gerade wegen des Unbehagens, den das Buch und seine begeisterte Aufnahme in der Bürokratie hervorgerufen hat.

wunden und die Produktionsmittel sozialisiert hat, wodurch es erreicht wurde, daß die mächtige Zunahme der Produktionskraft ... auf die Länge den Arbeitern und Bauern zugute kam und Rußland aus einem Zustand primitiver Barbarei zu einer führenden Stellung unter den Weltvölkern emporstieg. Die zweite Tatsache ist, daß die russische Revolution ... stark mithalf, die großen Freiheitsbewegungen unter den Völkern Asiens und Afrikas in Gang zu bringen, die die Welt rasch zu einer Gemeinschaft gleichberechtigter Völker umgestalten und dazu beitragen, daß Imperialismus und Rassenunterschiede überwunden werden und die Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch die fortgeschritteneren an der Wurzel angepackt wird. Die dritte Tatsache ist, daß ... das Leben der Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland bei weitem demjenigen vorzuziehen ist, das sie unter dem Zarentum erdulden mußten, und daß ihre ganze Stellung und ihre Möglichkeiten zu Kultur und einem höheren Leben — von der Politik abgesehen — gewaltige Fortschritte aufzuweisen haben.»

Ähnliches muß über das neue *China* ausgesagt werden. Erst unter kommunistischer Führung hat das chinesische 600-Millionen-Volk seine nationale und soziale Befreiung gewonnen; der Hunger als Massen- und Dauerzustand ist so gut wie besiegt, die verheerenden Volksseuchen sind verschwunden, Volksgesundheit und Volksbildung haben einen großartigen Aufschwung genommen, die Frau ist aus ihrer unwürdigen, oft sklavenartigen Stellung zum Menschsein emporgehoben und die Modernisierung und Industrialisierung des Landes in einem Umfang und Tempo begonnen worden, die China in absehbarer Zeit zur führenden Wirtschaftsmacht Asiens machen werden. Kein Wunder, wenn Mary Endicott, die aus über zwanzigjähriger Erfahrung das alte China gut kennt, in dem bereits angeführten Buch Zeugnis um Zeugnis von chinesischen Christen beibringt, die freudig und überzeugt an der Wiedergeburt ihres Volkes mitarbeiten und namentlich auch den Geist moralischer Sauberkeit, Redlichkeit und Opferwilligkeit betonen, der das ganze Werk des neuen, revolutionären Regimes durchdringt. «Als Chinese», so bekennt der protestantische Pfarrer K. H. Ting, «bin ich natürlich von der hohen Moral im heutigen China beeindruckt. Hierüber müßte dem Ausland viel gesagt werden. Noch stärker aber bin ich als Christ an dem neuen Stand des sittlichen Verhaltens des Volkes interessiert.» Und die Verfasserin selbst stellt fest: «Ein neuer Maßstab des moralischen Verhaltens ist entstanden, und eine neue Methode, das Volk dazu zu erziehen, ist im Werden. Ohne diese neue soziale Haltung läßt sich das Ziel, das man sich für die Zukunft gesetzt hat, nicht vollständig erreichen und könnte möglicherweise in Gefahr kommen.»

Westliche Überlegenheit! Kann man Ähnliches, wie es hier vom «gottlos-kommunistischen» Osten berichtet wird, auch von unserem «christlichen» und «freiheitlichen» Westen sagen? Ich habe gar nicht den Eindruck. Nicht wenige westliche Menschen, die mit kommunistischen Ländern des Ostens Fühlung genommen haben oder sie sogar sehr genau kennen, versichern uns, der

Stand des sittlichen Bewußtseins sei bei den Völkern dieser Länder im Durchschnitt höher als bei unseren mehr oder weniger christianisierten Nationen, deren Götzen mehr und mehr materielles Wohlleben, Geldmachen, Genuß, Macht und Gewalt geworden seien. Dr. Soper, einer der führenden Methodistenprediger in England, äußerte sich zum Beispiel nach einem allerdings kurzen Besuch in der Sowjetunion, die Russen glichen gewiß dem Sohn im evangelischen Gleichnis, der zum Vater sagt: «Ich will nicht»; aber sie glichen ihm auch darin, daß sie den Willen des Vaters vielfach dennoch *tun* («Peace News 10. 12. 1954). Auf jeden Fall ist es auch für unsere bürgerlich-kapitalistische Welt bezeichnend, daß in ihr «der Verkauf des Gewissens und des freien Denkens für materielle Vorteile» eine sozusagen normale Lebenspraxis geworden ist und dem wirtschaftlichen und technischen «Fortschritt» wie auch der Staatsraison und der nationalen Selbsterhaltung die geistig-sittlichen Güter und Werte ganz weithin unbedenklich zum Opfer gebracht werden.

Daß in einer solchen Welt *wirkliche* Freiheit keine Heimat hat, erscheint selbstverständlich. Namentlich unsere ganze Wirtschaftsordnung, die von ihren Nutznießern und Lobrednern so stolz als eine freie gepriesen wird, ist ja — es ist fast eine Binsenwahrheit geworden — tatsächlich Diktatur und Gewaltherrschaft, wie sie im Buch steht. Statt unzähliger anderer Beispiele, die dafür anzuführen wären, will ich hier nur wiederholen, was Jean Lasserre in seinem wundervoll klaren und unbestechlichen Buch «La guerre et l'Evangile» sagt:

«Ihr, die ihr so laut schreit, ihr würdet niemals solch ein totalitäres Regime ertragen, ertragt ihr nicht sehr gut die ‚Besetzung' Frankreichs durch Trusts, die doch fast ebenso abstoßend und verheerend sind wie ein totalitäres Regime, so diejenigen des Alkohols, des Kinos, der Presse. Seid ihr so sicher, daß die Schäden, die von diesen drei Trusts zusammen in unserem Land angerichtet werden, weniger schwer sind als diejenigen, die uns ein ausländisches totalitäres Regime bescheren würde? ... Und dennoch ergreift ihr nicht die Waffen, um diese Handelsleute abzuschlachten, die sich an der Vergiftung unseres Landes bereichern! Und auch wenn ihr meinet, eine russische Besetzung wäre viel ärger als die gegenwärtige ‚Besetzung' durch diese Trusts, müßtet ihr durchaus anerkennen, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Tyranneien ein solcher des Grades ist und nicht des Wesens ... Du arme Kirche Jesu Christi! Wo bleibt denn dein *Widerstand* gegen diese Krebsschäden? Du schweigst so vorsichtig gegenüber so vielen Formen der Tyrannei, der Unterdrückung, der sozialen Ungerechtigkeit, du arbeitest so gern mit so vielen Ausbeutern und ungerechten Regierungen zusammen, daß man sich fragt, warum du dich plötzlich wie *ein* Mann gegen eine besondere Form der Unterdrükkung empörst.»

So ist denn auch die *politische* Freiheit — die so eng mit der wirtschaftlichen und sozialen zusammenhängt — in der nichtkommunistischen Welt viel geringer entwickelt als die populäre Propaganda wahrhaben will, und der Gegensatz zwischen «freien» Nationen und kommunistischen Staaten auf diesem Gebiet viel weniger scharf, als die Schwarz-Weiß-Techniker uns vormachen möchten. Ich habe die Aushöhlung und Entwertung der Demokratie in den spätkapitalistischen

Ländern an dieser Stelle schon so manchmal beschrieben*, daß nur des Zusammenhangs wegen die entscheidende Doppeltatsache wieder in aller Knappheit hervorgehoben sei: Die Freiheitsrechte verlieren in dem Maß an realer Bedeutung, als die Mittel zur Formung der öffentlichen Meinung — Presse, Radio, Fernsehen, Kino, Literatur, Schule, Kirche, Sport, Militär usw. — in der Hand der Interessenten der herrschenden Ordnung liegen und so eine planmäßige Uniformierung des Denkens und Verhaltens der Bevölkerung erzwungen wird (erinnern wir uns nur an die Ungarnhysterie in der Schweiz!); die Selbstregierung des Volkes aber wird im gleichen Grade trügerischer Schein, da die organisierten Wirtschaftsmächte — die «200 Familien», die Verbände, das Industrie- und Finanzkapital usw. — die Parteien, die Parlamente und die Regierungen beherrschen. Man kann diesen Doppelvorgang wohl am besten am politischen System der Vereinigten Staaten studieren; grundsätzlich spielt er sich aber auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ab, nicht zuletzt in der Schweiz, die mehr und mehr zu einer autoritären, konservativen, gegenrevolutionären «Demokratie» wird. Die bürgerlichen und politischen Freiheiten, die der aufsteigende Kapitalismus auch den besitzlosen Klassen gewährt hat, wiegen auf jeden Fall immer leichter, je schwerer die wirtschaftliche, die soziale und die politische Macht der organisierten kapitalistischen Kräfte in die Waagschale fällt; ja sie werden zur gefährlichen Selbsttäuschung, wenn die abhängigen Volksschichten gar nicht merken, wer die wahren Herren sind. «Ein Sklave, der protestiert, ohne sich Bestrafung zuzuziehen, hält sich für einen freien Menschen; er vergißt darüber, daß seine Dauerstrafe eben in seinem Sklaventum besteht.» (Claude Aveline in «L'heure du choix».)

Der Anspruch der nichtkommunistischen Staaten, eine «Gemeinschaft der freien Nationen» zu bilden, ruht so schon dann auf schwachen Füßen, wenn man die höchstentwickelten «Demokratien» ins Auge faßt. Er wird aber erst recht zu Heuchelei und Lüge, wenn man an die Mitläufer und Bundesgenossen dieser Demokratien denkt: an die lateinamerikanischen Diktaturen, an reinfaschistische Staaten, wie Spanien und Portugal, an reaktionäre Länder, wie Griechenland und die Türkei, an orientalische Despotien, wie Saudiarabien und Jordanien (die neuesten Satelliten der Vereinigten Staaten) oder Irak und Persien, an die ostasiatischen Feudaltyranneien vom Schlage Siams, Formosas, Südvietnams, Südkoreas oder der Philippinen, nicht zu reden von der Südafrikanischen Union, in der ein sogar Hitler-Deutschland überbietender Rassenfanatismus immer neue Triumphe feiert. Die meisten dieser Länder sind nicht nur innerstaatlich alles andere als freie Demokratien, sondern auch außenpolitisch ganz unselbständig und von fremden Herrschaftsmächten abhängig, Vasallen der großen West-

* Siehe zum Beispiel die zusammenfassende Darstellung im November-/Dezember-Heft 1953 der «Neuen Wege», zweiter Teil der Weltrundschau.

mächte, besonders Nordamerikas, das sie militärisch fest im Zügel hält und finanziell stützt und besticht. Es sind mindestens 55 «freie Nationen» in Europa, Asien, Afrika und Amerika, auf die sich die Vormundschaft, ja Herrschaft der Vereinigten Staaten erstreckt, die eine ganze Reihe von Völkern tatsächlich *verhindern*, freie Nationen zu werden. Und dann erst noch die Herrschafts- und Ausbeutungsmethoden, die die westlichen Demokratien in ihren eigentlichen Kolonien und Halbkolonien anwenden! Algerien ist nur *ein* Beispiel für diese Methoden; es gibt Dutzende von anderen, die kaum weniger schlagend die «Freiheitsliebe» und «Menschlichkeit» der kapitalistischen Demokratien beweisen. Vor dem russischen Kommunismus haben da unsere vielgerühmten freien Nationen angesichts all dieser Tatsachen wahrlich nicht mehr viel voraus! Der Hinweis auf Ungarn macht mindestens auf die Kolonial- und Exkolonialvölker wenig Eindruck. «Sie haben», wie es im «New Statesman» (11. 5.) heißt, «gelernt, den Kolonialismus zu hassen, aber noch nicht den Kommunismus zu fürchten ... Völker unter Sowjetherrschaft mögen wirtschaftlich ausgebeutet und bürokratisch geknutet werden, aber niemand behauptet, sie würden ihrer Farbe wegen als minderwertig behandelt.»

Kurz, die Westvölker sind die letzten, die den kommunistischen Staaten Vorwürfe wegen ihrer (tatsächlichen) Versündigung an Freiheit und Demokratie zu machen das Recht haben*. Jede Anklage, die sie gegen den Kommunismus erheben, fällt auf sie selber zurück. Und der angebliche Kampf für die Freiheit, wie sie ihn führen, trägt nur dazu bei, die Sache der Freiheit in den Weststaaten selbst wie in den kommunistischen Ländern schwer zu schädigen. «Können wir weiterhin», so fragte mit Grund Erzbischof Cushing von Boston (laut «Der Christ in der Welt», Wien, Heft 3/4 1955), «unsere nationale Prestigepolitik durch Gewaltanwendung bis zum Äußersten entfalten und zugleich den Verfassungsgrundsätzen treu bleiben, auf denen unsere Nation beruht? Können wir uns dazu hergeben, die jüngst entwickelten Massenvernichtungswaffen anzuwenden, ohne zugleich die russische Methode, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, zu übernehmen? Können wir uns gegen Feinde von außen und von innen mit Gewalt verteidigen, ohne schrittweise unser Regierungssystem aus der Demokratie zu einer Diktatur zu machen? ... Die Organisierung unserer nationalen Reichtümer für weltweite militärische Unternehmungen ist auf die Dauer nur durchzuführen, wenn die verfassungsmäßigen Freiheiten, auf denen unsere Wohlfahrt in der Vergangenheit beruhte, durch eine Einparteiregierung ersetzt werden, die jegliche Opposition mit Füßen tritt.»

---

* Auch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Vatikan, diesem zuverlässigen Freiheitshort, ist kein Ruhmestitel für sie. Der Vatikan seinerseits hat freilich allen Grund, die Sache der Westmächte mit all seinen Kräften zu unterstützen.

Angesichts ihres Freiheitspharisäismus müssen die Westmächte und ihre Parteigänger schließlich auch den Anspruch preisgeben, bei ihnen sei die Sache des *Friedens* schon darum am sichersten aufgehoben, weil ja eine Demokratie niemals eine Kriegspolitik betreiben könne. Ja, eine *echte* Demokratie allerdings nicht. Aber unsere *kapitalistischen* «Demokratien» — sind die wirklich außerstande, Angriffskriege zu entfesseln? Allein schon der Suezkrieg, den die Regierungen von Frankreich und Großbritannien heraufbeschworen haben, ohne ihre Parlamente oder gar ihre Völker selbst zu befragen, sollte ein für allemal die rechte Antwort auf diese Frage geben. Wem das aber noch nicht genügen sollte, der sei an die Dutzende von Eroberungskriegen erinnert, welche die Vereinigten Staaten gegen die Indianer führten, bis sie deren nordamerikanische Siedlungsgebiete völlig in ihren Besitz gebracht hatten, an ihren Krieg gegen Mexiko (1846 bis 1848), der zur Annexion großer Teile der heutigen Staaten Texas, Arizona, Neumexiko und Kalifornien führte, an ihren Angriffskrieg gegen Spanien (1898), der mit der Aufrichtung der amerikanischen Herrschaft über Kuba, Puerto Rico und die Philippinen endete, aber auch an die britischen und französischen Kolonialkriege, an die Interventionskriege der Westmächte gegen die junge Sowjetunion, an die Einmischung der Vereinigten Staaten in Korea und Guatemala und nicht zuletzt an die Begünstigung von Hitlers Eroberungspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, einer Politik, die dann zwangsläufig zum Zweiten Weltkrieg führte.

Militärische Machtpolitik, wie sie auch die Weststaaten seit jeher treiben, ist eben ihrer ganzen Technik gemäß mit Demokratie unvereinbar; die Völker und die Volksvertretungen haben dabei so gut wie nichts zu sagen, besonders wenn die Dinge einmal so weit gediehen sind, daß die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden getroffen werden muß. Das gilt auch für die Politik, die die Westmächte gerade *jetzt* verfolgen, für ihre Einkreisungs- und «Zurückdämmungs»-Strategie gegenüber der Sowjetunion und gegenüber China, für ihre 1945 mit dem Schlag gegen Japan begonnene Wendung zur Atomwaffenrüstung, für die Neuaufrüstung Westdeutschlands und Japans und alles, was damit zusammenhängt. Es wäre vermessen, zu behaupten, diese Politik sei aus den demokratischen Kräften der westlichen Nationen herausgewachsen; sie entstammt den demokratie- und freiheits*feindlichen* Kräften des westeuropäischen und amerikanischen Kapitalismus und ihrer gegenrevolutionären Dynamik. Die Parlamente und Völker werden dabei meist vor fertige Tatsachen gestellt oder bekommen doch so spät Gelegenheit, ein Wort mitzureden, daß sie nur die Wahl haben, ihre Regierungen im Stich zu lassen, also «unpatriotisch» zu erscheinen oder aber zu einer Entwicklung ja zu sagen, die zuletzt schicksalhaft zum Krieg führt. Darum ist es so unendlich wichtig, daß die Völker *jetzt*, bevor Unwiderrufliches geschehen ist, ihren «demokratischen» Regierungen in den Arm fallen und die sonst unausweich-

liche Katastrophe verhindern — wenn es dazu nicht doch bereits zu spät ist.

Ich fasse zusammen: Der Anspruch der bürgerlich-kapitalistischen Weststaaten, die freie Welt zu verkörpern und deren Sache gegen die kommunistische Tyrannei zu führen, ist vor den Tatsachen nicht haltbar. Die ganze Denk- und Handlungsweise der westlichen «Demokratien» beweist, daß es ihnen bei ihrem Kreuzzug gegen den Kommunismus nicht in erster Linie um den Kampf gegen die *Diktatur*kräfte im Kommunismus geht, sondern um einen Kampf gegen die *revolutionären* Kräfte, die in ihm wirken, um einen Kampf zuletzt gegen jeden radikalen, ernst gemeinten Sozialismus*. Mit ihrer Freiheitslosung suchen sie lediglich die Tatsache zu vernebeln, daß der wirkliche Gegensatz, der heute die Welt beherrscht, nicht der zwischen politischer Freiheit und Staatstyrannei ist, sondern der Gegensatz zwischen kapitalistisch-feudalistischer Reaktion und sozialistischer Revolution. Auf der Tagesordnung der Geschichte steht vor allem der weltweite nationale und soziale Freiheitskampf der unterentwickelten Völker und Klassen (zu denen auch solche in Europa gehören), der nach Lage der Dinge meistens eben nicht in den Formen der westlich-parlamentarischen Demokratie geführt werden kann. Wer das trotzdem verlangt und die politische Demokratie, wie sie sich im Abendland entwickelt hat, als *Voraussetzung* für die wirtschaftliche, die soziale und die nationale Befreiung der «zurückgebliebenen» Völker erklärt, der verkennt vollständig deren tatsächliche Lage und will in Wahrheit die soziale Revolution *verhindern*, die in Asien, Afrika und Südamerika wie in Süd- und Westeuropa, ja in Nordamerika selbst kommen muß, und durch die allein auch politische Freiheit begründet und der Frieden gesichert werden kann. Was Gunther Stein in seinem Tatsachenbuch «The World the Dollar built» («Die Welt, die der Dollar erbaute») von Amerika fordert, ist auch an die übrigen «freien» Nationen gerichtet:

«Amerika muß seine Wirtschaftsordnung ändern, wenn die Welt in Frieden leben soll. Um seinen Beitrag für die Verhütung eines weiteren Krieges zu leisten, muß Amerika den Preis für den Frieden bezahlen und sein eigenes Haus in Ordnung bringen, die zufällige, krisenerzeugende Art und Weise seines Wirtschaftslebens ändern und sein Wohlergehen auf die Erfüllung des Rechtes seines Volkes auf wirtschaftliche Sicherheit gründen ... Um dieses zwiefache Ziel, Wohlergehen und Frieden, zu erreichen, dürfen die Amerikaner (wie schon Roosevelt im Jahr 1944 sagte) nicht mehr einzig auf ihre politische Demokratie zählen, auf ihr Recht, freie Wahlen, freie Rede, eine freie Presse und freie Versammlungen zu haben. Sie müßten die Demokratie vollständig und wirklich machen, indem sie ihre hergebrachten politischen Freiheiten durch moderne wirtschaftliche Rechte ergänzen. Wir müssen, sagte Roosevelt, uns ganz klarmachen, daß wahre individuelle Freiheit nicht ohne wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit bestehen kann. Denn wenn es hier zu Hause keine Sicherheit gibt — so schloß er seine prophetische Warnung —, dann kann es keinen dauernden Frieden in der Welt geben.»

* Das antikommunistische Schlagwort: «Lieber tot als Sklav'» heißt darum nichts anderes als: «Lieber Atomkrieg als Verzicht auf den Kapitalismus!»

Das ist's: Freiheit von Not und Lebensunsicherheit, *wirkliche*, vor allem soziale und wirtschaftliche Demokratie als feste Grundlage auch der politischen Volksherrschaft und des Völkerfriedens — darauf muß unser Sinnen gerichtet sein. Wenn die sich frei nennenden Nationen *dieses* Ziel fest ins Auge fassen und ihm entschlossen zustreben, dann ist auch der Bann gebrochen, der jetzt auf ihrem Verhältnis zur kommunistischen Welt liegt und die unheimliche Spannung zwischen Ost und West aufrechthält. Dann wird der Alpdruck der Kriegsrüstungen weichen und werden all die riesenhaften Mittel und Kräfte, die heute Tod und Verderben vorbereiten, morgen in den Dienst des Lebens und der Wohlfahrt aller gestellt werden.

3. Juni. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Internationale Zeitschriftenschau für Bibelwissenschaft und Grenzgebiete

Im Patmosverlag Düsseldorf von Prof. D. F. *Stier* herausgegeben, erscheint seit 1951 ein bedeutsames Werk zur theologischen Bibliographie, das eine ganz große Lücke ausfüllt und dessen Herausgabe eine unbedingte Notwendigkeit darstellt; es handelt sich um die halbjährliche Sammlung und Zusammenstellung all jener Aufsätze in Zeitschriften, Jahrbüchern, Akademieberichten, Festschriften usw., die in das weite Gebiet der Bibelwissenschaften gehören. Von geschichtlichen und philologischen Vorfragen über die Probleme der Textherausgabe und -kritik zur fortlaufenden und systematischen Auslegung (letztere hier als «Theologie des AT beziehungsweise NT» bekannt) wird über jeden in der Berichtszeit erschienenen Aufsatz kurz und sachlich referiert, wobei gegen 400 Zeitschriften aus der ganzen Welt verwertet werden; ein Autorenregister ergänzt das wertvolle Werk, das nur in uneigennütziger Weise und mit vielen Opfern herausgegeben werden kann. Zu unserer besonderen Freude sei beigefügt, daß sich auch unsere «Neuen Wege» ausgiebig berücksichtigt finden! *J. L.*

Der Nächste

Dem Priester und Leviten stellt Jesus den *Samariter* und damit der Religion das Reich Gottes gegenüber. Das ist die Vollendung dessen, was die großen Propheten sagen. Gott will nicht Kirche, Theologie und Frömmigkeit, sondern *Gerechtigkeit*, die Gerechtigkeit des Reiches Gottes, und das bedeutet Recht, Barmherzigkeit und Demut. Er will Liebe, nicht Opfer.

Es kommt im Verhältnis zu Gott nicht auf den Kultus an, sondern auf den Dienst am Menschen. Und zwar einfach am Menschen als Menschen. Bedenken wir: Von dem am Wege liegenden Mann wissen wir nicht nur nicht, welcher Religion er angehört, sondern auch nicht, welchem Volk oder welcher Rasse. Wir wissen nicht, ob er ein Jude ist oder ein Heide. Darnach frägt aber der Samariter gar nicht. Er hilft ihm, weil er ein Mensch ist und sich in äußerster Not befindet. Und darum stellt ihn Jesus als Vorbild hin.

Das bedeutet aber etwas Gewaltiges. Das bedeutet, *daß unser soziales Verhältnis von Gott aus nicht zum Volkstum und zur Rasse, aber auch nicht zur Religion, sondern einfach zum Menschen geht. Der Mensch gehört durch Gott direkt zum Menschen als Menschen.* Denn der Mensch ist Gottes Kind — nicht auf dem Umweg über Volk und Rasse, aber auch nicht über Religion, Kirche, Bekenntnis, Frömmigkeit, sondern ganz direkt. Gott steht über der Religion. Es gibt vor Gott nicht Juden, Christen, Heiden, es gibt vor ihm nur Menschen, und daß wir sie als Menschen und Kinder Gottes behandeln, ist der Gottesdienst des Reiches, das allein.

Ist das nicht heute noch den meisten unfaßlich? Wenigstens, wenn man es tiefer versteht? Denn oberflächlich verstanden ist es freilich banal.

Wir kommen damit auch auf das Gleichnis zurück und wollen hier bedenken: Priester und Levit durften sich eigentlich dem Manne am Wege gar nicht nähern, denn sie konnten dadurch verunreinigt werden. Das spielt bei den Juden ja eine fundamentale Rolle. Der Mann konnte tot sein und ein Jude durfte keinen Leichnam berühren, ohne unrein zu werden. Der Mann konnte ein Heide sein, und auch die Berührung eines solchen machte unrein. So aber ist es bis heute: daß Sitte, Volkstum, Rasse und vor allem die Religion den Menschen vom Menschen trennen. Alle diese Schranken hebt Jesus auf — alle. Er hebt vor allem aber die Religionsschranke, und damit den Religionsbann und die Religionsangst auf. Und das ist der Gipfel der sozialen Erlösung. Jesus stellt den Menschen von Gott aus unmittelbar vor den Menschen mit seiner Verpflichtung gegen denselben. Die Verpflichtung wird auch in diesem Sinne unendlich. Denn sie wird schrankenlos. Sie gilt, soweit Gott reicht und gilt somit soweit der Mensch reicht. Es ist die tiefste soziale Revolution: denn alle soziale Revolution geht vom Menschen

aus und zielt auf den Menschen. Der Menschensohn bringt, als die Erfüllung jenes Danielgesichtes (Daniel 7), überall den Menschen zu Ehren: gegen den Mammon und die Gewalt, gegen die Religion und die Kirche, nicht zuletzt auch gegen das Weltreich und sein Organ: den Staat mit seinem Gottesanspruch.

Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter ist in der Tat die gewaltigste Predigt der Humanität. Es macht von Gott aus den Menschen zum Menschen und zum heiligen Mittelpunkt des Gottesdienstes. Er ist nicht von sich aus heilig, aber er ist es von Gott aus. Es mag eine rein autonome Humanität geben, die arg entarten kann — immerhin in den meisten Fällen doch besser ist als die Verachtung der Humanität! — aber warum das Kind mit dem Bade ausschütten? Jedenfalls haben Herder und Pestalozzi, aber auch Rousseau und Kant, auch Goethe und Schiller, die Humanität nicht ohne Gott verstanden. Wohl aber kann die theologische Verachtung der Humanität sehr leicht zu wirklicher Gottlosigkeit führen. Von Gott aus ist der Mensch als Mensch heilig. Wer das leugnet, hat keine Ahnung von Jesus. Wer meint, um Gott allein zu dienen, den Menschen am Wege lassen zu dürfen, schlägt Christus ins Gesicht.

Wie wäre nun also die Frage nach dem Nächsten beantwortet? Sehr einfach und sehr großartig: Der Nächste ist der Mensch, und zwar besonders, sobald er deiner Hilfe bedarf. Liegt nicht in dem Begriff des Nächsten eine Verführung, wirklich nur an das Nächste zu denken und das Ferne zu vernachlässigen? Gewiß. Aber es gehört zur Paradoxie des Gleichnisses, daß es ja gerade den *Fernsten* zum Nächsten macht. Denn der Mann am Wege ist ja dem Priester und dem Leviten fern, weltenfern, jenseits der großen Kluft. Und doch der Nächste vor Gott. Denn wie sagt Pestalozzi: «Gott ist die nächste Beziehung des Menschen.» Weil aber der Mensch zu Gott gehört — gar sehr auch nach der Meinung Pestalozzis — so ist eben der Mensch als solcher der Nächste, und zwar auch der «fernste», besonders, wenn er Hilfe nötig hat, und er ist nach der eigenen Paradoxie und Polarität des Evangeliums sogar betont nahe, näher als der «nahe». Die Liebe des Evangeliums ist im höchsten Sinne das, was Nietzsche in vermeintlichem Gegensatz zur christlichen Nächstenliebe als Fernstenliebe preist. Aus *Leonhard Ragaz*, Die Gleichnisse Jesu.

Neue Wege für den Christen

(Schluß)

III.

Die neulutherische Theologie und Frömmigkeit mißverstand ihren Luther in seinem theologischen Anliegen bei seiner Zwei-Reiche-Lehre so gründlich, daß sie diese seine Lehre späterhin geradezu als Freibrief

für eine machiavellistische Politik und einen bedingungs- und skrupellosen Untertanengehorsam ansah, da ja nur das private Christentum noch Christus unterstand, während für das äußere, berufliche, überhaupt politische Leben in der Welt dieser Herr als nicht zuständig galt. Wer aber war nun der Herr dieses äußeren Feldes im Tun und Leben der Christen?

Es ist nicht uninteressant, die Entwicklungslinie in bezug auf diese Instanz zu verfolgen. Sie reicht vom «Deus absconditus» über den Gott, der Eisen wachsen ließ und dessen Mantelsaum ein Bismarck so gern ergreifen wollte, bis zum metaphysisch tiefverschleierten Gott der modernen Geschichtstheologie, bis dann schließlich Friedrich Naumann den Mut fand, es offen auszusprechen, daß die politische Moral mit dem Christentum und mit Gott überhaupt nichts zu schaffen habe und daß man das nun doch endlich nicht mehr behaupten möge. Gleichwohl predigte Naumann die absolute Verpflichtung auch gerade des Christen in seiner Eigenschaft als Bürger gegenüber dieser dunklen Instanz staatlicher Eigengesetzlichkeit und machte auf diese Weise die Spaltung des Christenlebens zu einem festen politisch-christlichen Programm.

Aber der Vaterlandstheologie war diese brutale Offenheit zu anstößig, und sie erfand neue metaphysische Systeme, um die von Jesus Christus grundsätzlich gelöste politische Ethik in ihrer machiavellistischen Ausprägung als eine christliche Notwendigkeit und Pflicht von neuem zu verkündigen, wie es dann in grober Form in den Predigten während des Ersten Weltkrieges und in verfeinerter Form seitdem bis in die Gegenwart hinein bei uns und anderswo betrieben wurde und betrieben wird. Wenn die 1. Barmer These endlich die Dinge beim Namen nannte und hervorhob, daß es im Leben der Christen keine Bereiche gebe, in denen sie nicht ihrem Herrn Jesus Christus zu gehorchen hätten, so war damit das entscheidende Wort in dieser Sache gefallen. Nun aber befinden wir uns vor der merkwürdigen Erscheinung, daß die gegenwärtige christlich-abendländische Politik, die ja doch in den alten Bahnen der Macht- und Blockpolitik fährt, erklärt, daß sie diese Politik eben im Namen des Christentums, das heißt doch im Namen Christi, tue und tun müsse — aus christlicher Verantwortung, im Gehorsam gegen Christus müsse man beispielsweise die Wiederaufrüstung bei uns betreiben. Als Hitler die Wehrpflicht einführte, tat er es nicht im Namen des Christentums, auch nicht nach außen hin. Aber die neuerliche Wiedereinführung der Wehrpflicht bei uns in der Bundesrepublik steht ganz im Zeichen und unter dem religiösen Anspruch, eine christliche Entscheidung und Maßnahme zu sein.

Diese Konzeption christlicher Politik ist in ihrer neukarolingischen Prägung zweifellos der klare Ausdruck katholischen politischen Denkens. Die formelle Traditionsgebundenheit der meisten Protestanten indes läßt sie das alles mitmachen. Man sagt sich, hier handelt die

Obrigkeit, der wir nach Röm. 13 zu gehorchen haben. Mußten wir schon der Hitlerobrigkeit gemäß Röm. 13 gehorsam sein, um wieviel mehr nun also einer christlichen Obrigkeit, wie wir sie jetzt haben. Und schließlich — man muß doch den Bolschewismus und Marxismus mit allen Mitteln abwehren, das entspricht doch dem, daß Luther zu seiner Zeit ja auch dem Kaiser zur Pflicht machte, gegen die Türken sich militärisch zu sichern.

Wir sehen also, wie die Traditionsgebundenheit in diesem Punkte darin besteht, daß sich der Christ im Blick auf seine politische Verantwortung von seinem Gehorsam gegen Christus, wozu eben Feindesliebe und Versöhnungsbereitschaft gehören, entbunden weiß. Das bedeutet, daß statt der einen ganzen Welt, die Gott geliebt hat, ihrer zwei zu beachten sind: eine, die zu verteidigen ist, und eine andere, die abgewehrt, beziehungsweise vernichtet werden muß, eine lichte Welt, das christliche Abendland mit dem geographischen Zentrum des karolingischen Reiches, und eine düstre und furchtbare, die des Marxismus, die des Ostens. Wir erkennen sofort, wie alt diese Konzeption ist. Aber unsere schlichten Gemeindeglieder wie auch viele gebildete Protestanten erkennen das nicht, sehen da nicht hindurch. Ihre Traditionsgebundenheit läßt sie sich beugen unter den obrigkeitlichen Anspruch, der scheinbar mit Röm. 13 in Einklang steht. Dieser Anspruch konkretisiert sich sinnenfällig und höchst aktuell in der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bei uns. Die protestantischen Landeskirchen kennen in ihrer Geschichte keine tatsächliche Kriegsdienstverweigerung ihrer Glieder aus Gewissensgründen oder religiösen Motiven, obgleich gemäß Luther und den Bekenntnisschriften eine Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich immer dann zur Christenpflicht wird, wenn es sich nicht um einen Abwehrkrieg handelt, zu dem der Christ einberufen wird. Das aber ist niemals akut geworden. Alle Kriege wurden ja doch als gerechte ausgegeben, die der ausschließlichen Verteidigung dienen würden, selbst — sogar für uns Deutsche — der Zweite Weltkrieg. Die Obrigkeit behauptete es, und die Bürger, die noch nicht vergessen hatten, Untertanen zu sein, glaubten es ebenso, wie die preußischen Grenadiere es dem Alten Fritz glaubten, daß sie einen gerechten Krieg gegen Schlesien führten . . .

Es gibt bei uns ein Sprichwort, das heißt: «Wenn man dem Teufel den kleinen Finger reicht, so nimmt er die ganze Hand.» Die traditionelle Auffassung lehnt den Krieg ab — mit Ausnahme des gerechten, also des Verteidigungskrieges. Diese Ausnahme, zu der ein Ultima-ratio-Denken führt, ist der «kleine Finger»; hierbei steht außer Zweifel, daß die klassischen Verfechter dieses Gedankens — Augustin, Thomas, Luther, Calvin — damit den Kriegen Einhalt gebieten wollten. Aber reicht man dem Teufel den kleinen Finger, so nimmt er die ganze Hand. Die Christen haben es nicht verhindern können, daß mit diesem Etikett des Verteidigungskrieges bisher alle unsere abendländischen Kriege versehen wurden. Unter diesem, für alle Beteiligten

dann ganz selbstverständlichen Zeichen des Abwehrkrieges — auch dann, wenn er durchaus einen anderen Charakter besaß —, haben die abendländischen Christen dann alle Raubkriege mitgemacht — mit Feldgottesdiensten, Feldpredigern, ergreifenden Abendmahlsfeiern vor der Schlacht und Dankeshymnen nach erlangtem Siege. «. . . So nimmt er die ganze Hand!» Er hat sie genommen, und er nimmt sie immer; denn es ist der Arge . . .

Es ist noch gar nicht so lange her, da las ich in einem Informationsblatt unserer «christlichen» Regierungspartei einen Aufsatz, in dem aus Karl Barths Dogmatik die Stelle abgedruckt und kommentiert war, wo er vom Kriege als der Ultima ratio spricht. Der Kommentar kam darauf hinaus, daß gerade auch durch Karl Barths Dogmatik unsere Aufrüstung gerechtfertigt werde. Es bewegte den Kommentator nicht im geringsten, daß Karl Barth sich ausdrücklich gegen die westdeutsche Aufrüstung ausgesprochen hat.

IV.

Im «Ratschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur gesetzlichen Regelung des Schutzes der Kriegsdienstverweigerer» steht folgender Satz: «Wenn der Krieg unter den Christen heute mehr als früher in Frage gestellt wird, so hat das seine Wurzel nicht in der Übernahme eines allgemeinen Prinzipes der Gewaltlosigkeit, sondern in einem neuen Ernstnehmen des Wortes Gottes. Die Differenzen über die Stellung des Christen zum Kriege entstammen der auch innerhalb der evangelischen Kirchen verschiedenen Auslegung dieses Wortes als Gesetz und Evangelium» («Stimme der Gemeinde», 2/56, Sp. 48). Machen wir uns nun klar, daß die neulutherische Konzeption von Gesetz und Evangelium ihre innere Entsprechung in der traditionellen Lehre von den beiden Regimenten besitzt, die zur Doppelbürgerschaft des Christen in zwei einander widersprechende Reiche führt und seine Halbierung in die religiöse und in die politisch-weltliche Hälfte zeitigt, was denn das Eindringen machiavellistischen Denkens in das politische Tun der Christen freigibt, so sehen wir deutlich, wie diese christliche Tradition geradewegs einer unkontrollierten und dann auch unkontrollierbaren Autonomie des Politischen und einer Entartung des Staates zum Eigengott den Weg geebnet hat. So erklärt es sich, daß keineswegs vorwiegend Atheisten und Heiden, sondern christliche Menschen die furchtbarsten Vernichtungsmittel herstellen und zur Anwendung kommen lassen konnten. Naive und unkritische Traditionsbindung wurde somit zum willkommenen Argument für die Dämonien der Furcht und der Zerstörung. Die Christen hatten sich selber die Hände und — was schlimmer ist — das Gewissen gebunden, indem sie glaubten, sich in eine fromme Scheinwelt innerer Religiosität flüchten und von dort aus immer neu die Rechtfertigung für ihre Teilnahme an der Blut-und-Eisen-Praxis beziehen zu können. So wurde von ihnen die in ihrer Ganzheit von Gott geliebte Welt preisgegeben an eine tödliche

Spaltung und Entzweiung, an den — Krieg. Dies war die Formel, auf die man sich einigte: Unser bürgerliches Leben geben wir dem Staat, er soll es regieren; aber unseren Glauben lassen wir uns nicht rauben, den darf der Staat nicht antasten, das ist unsere heilige Privatsache. So etwa legte man das Wort Christi aus: «Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist!» Daraus ergab sich das Kriterium für die Auslegung des anstößigen Apostelwortes: «Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.» Nun nämlich argumentierte man so: Gott ist dann mehr zu gehorchen, wenn der Staat mir meinen Glauben nehmen will; wenn der Staat die Freiheit des Glaubens und der Kirche antastet, dann muß ich ihm widerstehen — in passiver Resistenz. Aber auch nur dann. Für mein bürgerlich-politisches Verhalten aber entfällt die Mahnung des Apostels.

Gegenüber dieser traditionellen Einstellung, die ja noch weithin die Haltung der Bekennenden Kirche bestimmte, bedeutet es nun ein ganz neues Offensein für Erkenntnis an der Schrift, wenn die erste Barmer These erklärte, daß es keine Bereiche unseres Lebens gibt, über die Christus nicht Herr wäre. Hier wird ganz klar die traditionelle Spaltung des Menschen in den Christen einerseits und den Bürger anderseits überwunden und aufgehoben, und zwar so radikal, daß damit auch die politische Verantwortung des Christen, die herkömmlich in einem unkritischen Patriotismus bestand, liquidiert wird, um für einen ganz anderen Inhalt frei zu werden. Leider ist die Theologische Erklärung von Barmen im deutschen Protestantismus als ganzem in den letzten Jahren mehr und mehr zur frommen Theorie geworden; die hoffnungsvollen Ansätze aus den Jahren 1946/1949 zur Praktizierung sind erloschen, auch wenn beispielsweise in meiner Landeskirche die Pfarramtskandidaten auf die Barmer Erklärung verpflichtet werden. Um so ernster dringt ein kleiner Kreis in unserer Kirche darauf, daß wir «Barmen», und insbesondere die erste These ernstnehmen. Wenn es also nach Barmen I keine Bereiche gibt, die der Herrschaft Christi entzogen sind, so kann das Kriterium für des Christen Gehorsam oder Ungehorsam nicht mehr darin bestehen, ob der Staat der Kirche und dem Glauben Freiheit läßt, so wichtig das auch ist, sondern ob der Staat den Menschen Christ sein läßt, und zwar in dem Sinne, daß er sein ganzes Leben einschließlich der bürgerlichen Seite konkret und praktisch im Gehorsam gegen den Willen Gottes, der in Christus offenbart ist, leben kann.

Nehmen wir einmal an, der Staat versäume es, für Leben, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu sorgen, «dann muß» — sagt Lasserre — «die Kirche — um ihrem Auftrag treu zu bleiben — ihren deutlichen Protest anmelden, indem sie den Staat daran erinnert, da er der Diener Gottes zum Wohle der Menschen ist und daß sein Auftrag keineswegs darin besteht, der Menschen Unglück und Unordnung zu verschlimmern . . . Wenn der Staat sich nicht damit begnügt, die Ordnung Gottes zu verletzen, sondern darüber hinaus die Christen zwingen will,

selbst sich an dieser Verletzung zu beteiligen, so müssen die Kirchen und die Christen dieser Forderung respektvoll, aber offen ungehorsam sein. Die Echtheit ihres Zeugnisses für Jesus Christus fordert diesen Preis» (Der Krieg und das Evangelium, S. 159). Es geht also in dieser neuen Sicht bei der politischen Verantwortung des Christen nicht mehr nur um die Frage «Staat und Kirche», sondern um das viel umfassendere Problem «Die Herrschaft Jesu Christi und die Politik» (H. Gollwitzer).

Ich wüßte nun nichts Besseres, als daß ich hierzu einige in besonderer Zuspitzung auf die Wehrfrage, die dieses Problem ja nur aktualisiert und radikalisiert, verfaßte Leitsätze unseres Freundes Jean Lasserre (Vortrag in Vallecrosia 1956) mit seiner freundlichen Genehmigung aus dem Französischen übersetze.

«Die christliche Ethik hat ihren Ausgangspunkt im Kreuze Christi. Der Gehorsam, den sie beansprucht, findet seine tägliche Quelle in der Rechtfertigung durch den Glauben und in der Wiedergeburt, die dadurch hervorgerufen wird ... Diese Ethik ist die Antwort des Glaubenden auf die Vergebung, die er empfangen hat, sie ist die fortgesetzte ... Darstellung des neuen Lebens, das Christus werden läßt in dem, der an ihn glaubt ...

Die christliche Ethik ist eine Ethik der *Dankbarkeit*. Ziel, Grund, Inhalt und Maßstab ist für sie immer nur der Dank ...; denn der Christ lebt aus der Gnade Jesu Christi. Leben heißt für ihn, fröhlich Gottes Wohltaten erzählen. Das kann er aber nicht, wenn er die Geschöpfe Gottes vernichtet und die Gnade zerstört ... Wer Gott dafür dankbar sein will, daß er ihm das Leben geschenkt hat, kann seinem Bruder nicht das Leben nehmen. Umgekehrt: Wer seinem Bruder das Leben nimmt, beweist damit, wie undankbar er selber ist und wie wenig er das Leben als Wohltat zu schätzen weiß. Als Soldat kann der Christ nicht mehr das Lob Gottes zur Darstellung bringen, sondern nur Verbitterung und Gotteslästerung.

Die christliche Ethik ist eine Ethik des *Sieges*; sie gründet sich auf den Glauben an die Auferstehung Christi; sie ist im täglichen Vollzug die konkrete Darstellung dieses Glaubens an den Sieg Gottes. Es gibt keinen christlichen Gehorsam ohne die freudige Proklamation, daß die Sünde überwunden ist und daß es durch Christus für uns Ausweg und Befreiung gibt für die verhängnisvollen Verkettungen des Bösen. Zum Soldatendienst aber gehört wesensnotwendig die freudlose Unterordnung unter das fluchbeladene Gesetz der Sünde, die Resignation angesichts der Übermacht der Gewalt, die der Soldat für unvermeidlich hält, und vor dem hybriden Spiel mit der Vergeltung. Damit stellt sich der Soldat in den Triumph des Mars. Waffendienst leugnet jede Art von Auferstehung. Der Christ kann durch seine Existenz als Soldat faktisch nur bezeugen, daß es mit der Macht Christi nichts ist.

Die christliche Ethik ist gänzlich ausgerichtet auf die Wiederkunft Jesu Christi; so ist sie also eine Ethik der *Hoffnung*. Es gibt keinen

christlichen Gehorsam ohne den fröhlichen Eifer, durch den die Hoffnung immer begünstigt, eröffnet, verkündigt und ins Werk gesetzt wird ... Mit Vorbedacht einen Menschen töten, heißt, schon die Gegenwart mit den von Menschen gefällten Urteilen als letztgültig ansehen. Da wird für den Menschen vom Menschen nichts mehr erwartet. Wer tötet, nimmt den Vollzug des Urteils Gottes vorweg. Er hält sich für einen der Gerichtsengel, die zur letzten Ernte kommen, und dadurch schon, daß er selber zum Vollstrecker der «Ernte» wird, leugnet er, daß eines Tages Jesus Christus selber kommen wird, die Ernte zu halten. Als Soldat hat der Christ nicht mehr die Möglichkeit, die Frohe Botschaft zu verkündigen; seine Existenz als Soldat ist das hoffnungslose Zeugnis dafür, daß der Retter nicht kommen wird.

Die christliche Ethik ist eine Ethik der *Liebe*. Wer um die Liebe weiß, in welcher der Gott des Gekreuzigten uns geliebt hat, der kann nicht anders, als daß er dem Nächsten die Barmherzigkeit zukommen läßt, deren Gegenstand er selber gewesen ist. Es gibt keinen echten christlichen Gehorsam ohne diese Sorge, wie Christi Nächstenliebe und Vergebung auf die Brüder zurückgestrahlt werden möchte. Dort aber, wo die Liebe verachtet wird, wo man sie zurückweist, mit Füßen tritt, wo man sie leugnet und übersieht, gibt es kein Leben aus dem Evangelium mehr. Das christliche Leben besteht dagegen gänzlich im geduldigen Dienst der Versöhnung. Seinem ganzen Wesen nach kann der Soldatendienst darin nicht zu Hause sein. Mit seiner Existenz als Soldat kann der Christ nur bezeugen, daß die Liebe und also das Evangelium ungeeignet und utopisch sind.

Darum umfaßt und gebietet die christliche Ethik die Verweigerung des Militärdienstes.»

V.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß wir bei der Skizzierung des traditionsgebundenen protestantischen Denkens von Positionen ausgegangen sind, die aus lutherischen Ansätzen — mit wenig Verständnis für Luthers Anliegen selbst — entwickelt worden sind, und daß wir es nun im Blick auf ein neues Ernstnehmen des biblischen Zeugnisses mit Gedanken zu tun haben, die ihre legitime Wurzel in Calvins Denken haben. Dabei übersehen wir keineswegs, daß gerade Calvin noch mehr für die Rechtfertigung des Krieges übrig hatte als Luther! Aber nun liegen die Dinge doch so, daß Lasserre den Reformator Calvin in der Weise wieder zu Ehren gebracht hat, daß er — dem Zuge des reformatorischen Denkens Calvins folgend — diejenigen Linien ausgezogen und diejenigen Konsequenzen gewagt hat, die bei Calvin selber fehlen. Das entspricht durchaus der Kardinalerkenntnis reformatorischer Einsicht, daß die Kirche semper reformanda ist. Das traditionelle Luthertum dagegen versteift sich — das kennzeichnet unsere tragische protestantische Situation in Deutschland — seit jeher auf die Allgemeingültigkeit und absolute Qualität

historischer Äußerungen und Entscheidungen aus der Lutherzeit, wobei Ansätze als Lösungen, Notbehelfe als Musterbeispiele, unfertige oder fehlerhafte Konzeptionen und inkonsequente Verhaltensweisen als Ausdruck tiefsinniger Glaubensrealistik gewertet werden.

Allerdings darf man nicht zu weit verallgemeinern. Lasserre ist nicht Repräsentant calvinistischen Denkens von heute, das sich im allgemeinen ja auch noch nicht entscheidend von seiner traditionellen Kriegsbejahung distanziert hat. Anderseits gibt es namhafte Lutheraner — wie zum Beispiel Eivind Berggrav, Ernst Wolf-Göttingen, Hans Iwand und Hellmuth Gollwitzer — die versuchen, in ähnlicher Weise, wie Lasserre Calvin gerecht wird, nun Luther gerecht zu werden. Als Beispiel nur ein Wort von Ernst Wolf:

«Im deutschen Luthertum pflegt man heute (und nicht nur heute) Luthers Schrift «Ob Kriegsleute im seligen Stande sein können» so zu zitieren, als ob die Überschrift hieße «Daß Kriegsleute im seligen Stande sein können». Die Voraussetzung für die Formulierung «ob» und die Formulierung «daß» ist die Möglichkeit des Christen, positiv vom Krieg reden zu können. Wenn Luther fragt, «ob Kriegsleute . . .», so bekundet er, daß er nicht ganz sicher ist, ob man positiv vom Krieg reden kann. Er hat sich eine gewisse Sicherung verschafft durch die mittelalterliche Theorie vom bellum justum. Diese Theorie ist unhaltbar. Wir Lutheraner von heute sollten nun darin Luther nachfolgen, daß wir die Unsicherheit der Frage «ob» radikalisieren. Wir sollten wissen, daß der Krieg keine positive Möglichkeit für eine legitime christliche Rede in Verkündigung und Seelsorge (und auch Theologie) ist. Wir müssen alles vermeiden, das den Anschein weckt, als ob man als Christ in einer Sache, die zur Sünde in der Welt gehört, als von einer positiven Möglichkeit sprechen dürfe . . . Für die Lutheraner und für die lutherisch bestimmten Christen . . . ist eine neue Position zu gewinnen: Eine Position zwischen jener Ordnungstheologie, die angeblich aus dem Worte Gottes stammt, und einer Situationsethik, die sich nicht durch das Wort Gottes meint belehren lassen zu müssen. Die Position, die zu gewinnen ist, muß neu nach dem Gebot Gottes fragen, und sie muß das innerweltliche Handeln als ein diesem Gebot verantwortliches und darum freies und darum gestaltendes und darum ordnendes Tun des Menschen verstehen. Das heißt wir müssen uns klar sein, daß gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Institutionen keine «ewigen» Ordnungen, sondern Ordnungsversuche des Menschen sind. An diesen Ordnungsversuchen hat sich der Christ in erster Linie zu beteiligen, weil er als Christ frei ist von der Verführung durch eigenes Interesse.»

Vielleicht ist es komplizierter, das Luthertum als den Calvinismus von der geschichtlichen Traditionsschlacke zu befreien. Wie dem auch sei — letztlich geht es ja nicht um Luther und nicht um Calvin, sondern um den heiligen Anspruch und gnädigen Zuspruch Jesu Christi, wodurch allein Gott geehrt und dem Menschen geholfen werden kann

und worauf unsere ganze Existenz, einschließlich der politischen, lobende Antwort zu sein hat. Hier ist das Kriterium, an dem unsere Offenheit für neue Erkenntnis an der Schrift wachsen und an dem alle traditionsgebundene und traditionsbedingte Frömmigkeit, wie überhaupt alles traditionelle Denken, gemessen, beurteilt, erneuert oder verworfen werden muß. Hier ist der «Boden» — sagt Kupisch — «wo politische Entscheidungen zu Wagnissen des Glaubens werden. Und um diese geht es immer, wenn es sich um unsere vom Evangelium her gebotene Aufgabe in der Welt handelt. Es gibt nun einmal politische Vorbilder und Entscheidungen, die ganz unmittelbar die Lebensbänder der christlichen Gemeinde berühren. Deshalb erwächst die Erkenntnis des Christen von seinen politischen Pflichten nicht aus Seitentrieben am äußeren Zaun des Weinbergs . . . Sie sind vielmehr Gehorsam dem Evangelium gegenüber, weil es nun einmal keinen Bereich des Lebens gibt, der von der Wirkungsmacht Jesu Christi ausgeschlossen wäre . . . Denn wir fragen in allen unseren politischen Anliegen als Christen ja letztlich nach dem jeweiligen Ort der Kirche in dieser Welt: daß sie in dieser sinkenden Zeit ihren Auftrag recht ausführe, daß ihr Weg immer mehr menschwärts führe, wie ihr Herr ihr vorangegangen ist.» *Walter Dignath*

Das Rassenproblem in einer sich wandelnden Welt

Beginnen wir wirklich die Zeichen der Zeit zu verstehen? Es fällt uns Europäern begreiflicherweise nicht leicht, zuzugeben, daß wir im Abstieg begriffen sind. War doch selbst noch die Weltbetrachtung des Völkerbundes bis 1939 durchaus europäisch empfunden. Afrika oder der Stille Ozean waren Kolonialgebiete, das heißt Machtbereiche Europas. Probleme dieses Kolonialreiches waren, sozusagen, intern europäisch zu regelnde Fragen. Man beriet sich in den europäischen Außenämtern etwa, ob es zweckmäßig wäre, Deutschland seine frühere Kolonie Tanganjika zurückzugeben oder Portugal zu zwingen, Angola an eine andere europäische Macht abzutreten. Aber niemand dachte im Ernst daran, daß eine Kolonie wie die Goldküste (Ghana) wünschen könnte, ihre Selbständigkeit zu erlangen. Diesem patriarchalischen Idyll der europäischen Völkerfamilie machte der Zweite Weltkrieg ein Ende. Als sich die Vertreter der Völker in der Vollversammlung der Vereinten Nationen von neuem zusammenfanden, zeigte es sich, daß nicht nur ein Krieg, sondern auch eine Revolution über die Welt gegangen war, und daß Europa im Parlament von über 60 Nationen mit nur noch 9 Stimmen vertreten war. Lateinamerika allein verfügte über eine mehr als doppelt so hohe Stimmenmacht, Asien desgleichen. Europa wird also dauernd eine Minderheitsgruppe bilden.

Eine zweite für die europäischen Imperialisten nicht weniger bittere Feststellung war, daß sich die Stimmung im neuen Parlament der Nationen als scharf antikolonialistisch erwies. Und die Briten, die im Zweiten Weltkrieg (für den sie allerdings nicht geringe Verantwortung trugen) fast alles geopfert hatten, galten in Lake Success als die Erzimperialisten und Bösewichte.

Es war dies ein Stimmungsumschwung, der wohl vorauszusehen war, der aber, wäre der Friede erhalten geblieben, sich vielleicht erst in Dezennien durchgesetzt hätte. Eine Jahrhunderte dauernde Beherrschung durch die Europäer hatte in den Kolonien selbst das Gefühl erzeugt, daß ihre kolonialen Herren höhere Wesen seien. Mochte auch der gebildete Brahmane oder der chinesische Mandarin auf Grund ihrer alten Kultur die europäische Überlegenheit nie anerkannt haben, die Massen jedenfalls sahen die Europäer so, wie diese sich selbst einschätzten. Es lag für Herrscher und Beherrschte in der Natur der Dinge, daß Völker, die über solche Machtmittel und ein solches Wissen verfügten, bestimmt waren, die Welt zu beherrschen. Diese Überlegenheit bestand, wenn man näher zusah, fast ausschließlich in technischem Können, in vertiefter Kenntnis der Naturkräfte und ihrer praktischen Anwendung. Die europäischen Kolonisatoren jedoch betrachteten sich als in jeder Hinsicht überlegen und förderten selbst nach Kräften den Mythos «ihrer Verantwortung für die geringeren Rassen», die die «Bürde des weißen Mannes» darstellten.

Erst der Zweite Weltkrieg legte — wie erwähnt — die große Bresche in das Kolonialsystem und seine geistigen Voraussetzungen. Heute noch liegt die wirtschaftliche Macht bei den weißen Völkern, auch wenn sie in Zahlen gesehen nur noch einen Drittel der Weltbevölkerung ausmachen. Diese wirtschaftliche Macht ist jetzt in den beiden Polen des Weltgeschehens, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zusammengeballt. Wie weit die beiden Riesen ihre Mittel einsetzen werden, um die rückständigen Völker ihres Einflußbereiches wirtschaftlich zu heben, ist noch nicht abzusehen. Kein Zweifel kann jedoch darüber bestehen, daß das politische Gewicht der ehemaligen Kolonien und der Länder, die in den nächsten Jahren ihre Unabhängigkeit erzwingen, von Bedeutung ist. Das Bestehen der Vereinten Nationen und deren Charta verstärken ihre Rolle und machen die Befreiung der Kolonialvölker zum vielleicht wichtigsten Geschehen der Nachkriegszeit.

Die Frage erhebt sich nun, wie sich die von ihren Ketten befreiten Völkerschaften ihren ehemaligen Herren gegenüber einstellen werden, welche Rolle sie in der Völkerfamilie zu spielen gedenken. Noch sind sie wirtschaftlich außerordentlich schwach, am Lebensstandard der Weißen gemessen bettelarm. Nicht ohne Grund schreiben sie überdies ihre heutige traurige Lage der Jahrhunderte dauernden kolonialen Abhängigkeit zu, die ihnen so gut wie jede Bildungs- und Aufstiegsmög-

lichkeit vorenthielt. Zudem wird uns und ihnen Tag für Tag weiter vordemonstriert, welcher Schandtaten der Kolonialismus fähig ist. «So ginge es uns», mögen die heute Befreiten sich denken, «lebten wir noch unter der Fuchtel der Weißen». Wir begreifen, daß die noch schlecht vernarbten Wunden schmerzen, daß selbst das Gute, das sie von den Weißen empfangen haben mögen, durch Ressentiments erstickt wird. Diese Ressentiments können gar nicht ernst genug genommen werden. Sie mögen bizarre Formen annehmen, im Verkehr mit den Weißen in den Organisationen der UNO zum Beispiel, wo der Ausdruck «Eingeborene» (Natives), als für Farbige verletzend, aus dem offiziellen Sprachgebrauch verbannt wurde. Wie unvernünftig die Formen solcher Ressentiments aber auch sein mögen, schlimmer wäre es, wir Weißen würden bestreiten, daß Gründe dafür vorhanden sind.

Als Gandhi am Anfang unseres Jahrhunderts unter den Indern Südafrikas als Rechtsanwalt praktizierte, wurde ihm bald klar, daß er als Farbiger ein bloßer Kuli war, ein Rechtloser. Brutale Gewalt und Beschimpfungen vermochten ihn nicht dazu zu bringen, seine Peiniger zu hassen. Er ging sogar einen mutigen Schritt weiter: er anerkannte, daß die Farbenschranke, die er in Südafrika kennenlernte, ihr Gegenstück in der Behandlung der «Unberührbaren» in Indien finde. Rassenvorurteil oder sogar Rassenhaß ist, in der Tat, nicht auf die Beziehungen der Weißen zu den Farbigen beschränkt. Wo immer seine Wurzeln liegen mögen, ist es ein in allen Völkern anzutreffendes Phänomen. Negerstudenten in Indien beklagen sich über die Ausschließlichkeit der Inder; ein Chinese wäre ebenso schockiert wie ein Weißer über die Zumutung, seine Tochter an einen Neger zu verheiraten. Selbst ein Afrikaner aus dem Stamme der Touaregs könnte die Verbindung mit einem Bantumädchen nur mit Entsetzen betrachten. Man mag das Rassenvorurteil in seiner harmloseren Erscheinungsform als Variante menschlicher Unzulänglichkeit betrachten, das nur von einer Minderheit ethisch hochstehender Menschen überwunden wird. Unter bestimmten Umständen muß Rassenabneigung aber zum Explosivstoff werden. Es gibt Brandherde, denken wir nur an Algerien, die Südafrikanische Union oder Kenia, wo eine Minderheit von Weißen heute noch eine Mehrheit von Farbigen niederhält. Sie sind heute in der Situation von Belagerten, ihre Nächte sind angstvoll und ihr Gespräch tagsüber dreht sich um einen Punkt: Wird es zum Aufstand kommen?

Das Resultat aller Täuschungen und Wortbrüche der Weißen ist ein unüberwindliches Mißtrauen bei den Eingeborenen. Was Wunder, daß Begriffe wie «Demokratie» und «freie Welt», die ihnen so eindrücklich vorgelebt worden sind, bei den Schwarzen nicht mehr verfangen, ebensowenig wie die Berichte von den Übeltaten des Kommunismus, der ihnen, wenn überhaupt, als das Regime ohne Farbenschranke bekannt ist.

Man könnte endlose Beispiele von Diskriminierung aufzählen, wo-

bei es ganz gleichgültig ist, woher sie stammen. Was die Weißen beachten müssen, ist dies: Jede Demütigung von Farbigen wird heute überall in ihrer Welt — und sie ist weit größer als die der Weißen — registriert und erregt leidenschaftliche Anteilnahme. Indische Fürsten fühlen sich eins, nicht nur mit indischen Kulis im fernen Südafrika, sondern sogar mit Negerarbeitern — sobald es um die Beleidigung oder Vergewaltigung von Farbigen geht. Dies ist nur ein Beispiel für die seismischen Wellen, die von Rassenproblemen ausgehen und ihnen für die internationalen Beziehungen so explosiven Charakter verleihen. Die Welt der Weißen wird nicht immer darauf zählen können, daß Staatsmänner wie Nehru oder U Nu bereit sind, in Rassenkonflikten ihre Autorität bei ihren Völkern geltend zu machen, um Rassenfrieden und Sicherheit zu erhalten.

Was kann zur Überwindung der Rassenvorurteile und des Rassenhasses getan werden? Wie *W. R. Crocker* vom australischen Forschungsinstitut von Canberra in einer Broschüre* (der viele Angaben dieses Aufsatzes entnommen sind) ausführt, ist es zunächst eine Sache der Forschungsinstitute der Universitäten, festzustellen, was die charakteristischen Merkmale der verschiedenen Rassen sind, und wie weit man von Rassenüberlegenheit sprechen kann. Bestimmt die Rasse den Typus des Menschen in stärkerem Maße als Umgebung, Klima, Nahrung, Lebensgewohnheiten, Religion, Geschichte, deren Einflüssen er ausgesetzt ist, dies tun können? Es ist auf diesem Gebiete schon viel gearbeitet worden. Nach den bisherigen Ergebnissen zeigt sich, daß, wenn überhaupt Unterschiede im geistigen Habitus der verschiedenen Rassenvertreter feststellbar sind, die Übereinstimmungen doch weit überwiegen. Hautfarbe und Blutbild an sich verleihen keine Überlegenheit oder Minderwertigkeit. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß, was immer die Wissenschaft feststellen mag, Rassenabneigungen bestehen, daß auch bei Indern zum Beispiel eine helle Hautfarbe vorgezogen wird (was aus den Heiratsinseraten der Zeitungen hervorgeht). Interessanterweise beruht selbst das indische Kastenwesen auf der Hautfarbe und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß hellhäutige Eroberer dunkelhäutige Völker Indiens unterwarfen. Im Unterschied zu Südafrika sucht aber Indien solche Pigmentationsunterschiede nicht durch Gesetze zu verewigen. Es zeigt sich jedoch, daß auch die neuen Gesetze über die Unberührbaren solange toter Buchstabe bleiben, als die Tradition sich halten kann.

Können verschiedene Rassen in Frieden nebeneinander leben? Es scheint dies vielerorts möglich zu sein. In Brasilien zum Beispiel scheint die Rasse gar kein Problem zu sein, während in Malaia Chinesen, Inder und Malaien sich gar nicht verstehen. Probleme des Gemeinschaftslebens stellen sich neuerdings für schwach besiedelte Länder,

* The Racial Factor in International Relations (The Australian National University, 1956).

wie Australien oder Neuseeland, die an der Schwelle des übervölkerten asiatischen Kontinents versuchen müssen, diese Nachbarvölker nicht länger durch eine Politik der Ausschließlichkeit vor den Kopf zu stoßen, aber anderseits durch Aufnahme von Massen von Asiaten auch ihr wirtschaftliches und demographisches Gleichgewicht nicht zu zerstören. So hält Australien an seiner kontrollierten Einwanderung (selective immigration policy) fest, die ihm nur so viele Nichteuropäer aufzunehmen erlaubt, als assimiliert werden können.

Mischheiraten zwischen verschiedenen Rassen bilden ein anderes Problem, das bisher fast als tabu galt. Manche Vorurteile scheinen aber auch hier leidenschaftsloser Betrachtung zu weichen. Im Sekretariat der UNO, wo etwa 3000 Frauen und Männer aus allen Teilen der Welt zusammenarbeiten, kommen Heiraten zwischen Vertretern aller Rassengruppen vor. Es stellt sich dabei immer mehr heraus, daß die Rassenunterschiede mehr kulturell als biologisch begründet sind.

Die Idee gleicher Rechte für alle Rassen muß sich vor allem im Britischen Commonwealth Geltung verschaffen, denn dieser Völkerverband kann nur als mehr-rassische Gemeinschaft weiterbestehen. Den Anachronismus des Rassenmythos kann übrigens nichts besser illustrieren als die gegenwärtig tagende Commonwealth-Konferenz in London (26. Juni 1957). Da sind die Premierminister der britischen Dominien zu Beratungen versammelt; der Regierungsvertreter Südafrikas, der die Schwarzen als minderwertige Rasse von rechtlosen Kulis behandelt, neben Dr. Nkrumah, dem schwarzen Regierungschef von Ghana, in Westafrika. Rückschritt und Fortschritt, die zusammenarbeiten sollen! Wenn sich die rassischen Beziehungen weiter verbittern, wird die farbige Bevölkerung irgend einem Primitivismus wie Mau-Mau oder dem Kommunismus verfallen. Der Kommunismus hat mit dem Islam das Prinzip gemein, den Glauben über die Rasse zu stellen, und vieles, was heute in Afrika als Kommunismus bezeichnet wird, ist einfach die scharfe Reaktion gegen Rassenunterdrückung. Es ist eine Bewegung, die durch die Vereinten Nationen ungemein verstärkt wurde, was im afro-asiatischen Länderblock der UNO deutlich zum Ausdruck kommt.

Das ganze Problem der Rassenbeziehungen bedarf selbstloser Forschung und der begeisternden Führergestalt des Propheten, wie sie in Gandhi erschien. Wenn man sich als Beobachter vergegenwärtigt, was heute noch alles unter dem Vorwand der «Erhaltung der Rasse» oder der Überlegenheit der Weißen geschieht, kann man sich der Niedergeschlagenheit nicht erwehren. Was ist doch die heutige Menschheit auf dem Hintergrunde der Geschichte betrachtet, was ist unser Lebensraum an der Unendlichkeit der Welten gemessen! Wie schwinden auf diesem Hintergrund gesehen unsere Ideologien, unsere Begriffe von Rasse und ähnliche Aufregungen zu ihren wahren Proportionen, zu Nichtigkeiten, zusammen!

Gandhi, der Prophet, zweifelt nicht an den Menschen und an dem Weg, den sie einzuschlagen haben. Er zitiert das große Buch seines Volkes, die Upanischaden: «Die unendliche Persönlichkeit des Menschen kann nur in einer großartigen Harmonie aller menschlichen Rassen verwirklicht werden.» Gandhi fügt hinzu: «Ich bete, daß Indien ein Vorbild werde für die Zusammenarbeit aller Völker der Erde.»

P. F.

Father Huddleston

war für eine Ordensgemeinschaft der Anglikanischen Kirche zwölf Jahre in Südafrika tätig. Ende 1955 wurde er nach England zurückberufen, offenbar weil er sich zu sehr für die Sache der Afrikaner einsetzte. Es war sein Wunsch, in Afrika als Afrikaner zu leben und zu sterben. Nach seiner Rückkehr sprach er in der Albert Hall vor 7000 Zuhörern und predigte in der St.-Pauls-Kathedrale. Wir entnehmen seinem Buch «Naught for Your Comfort» (Nicht zu Eurer Beruhigung, März 1956) die folgenden Zitate:

Rassenprobleme in Südafrika

Was die ferne Zukunft anbelangt, bin ich durchaus nicht im Zweifel. Es ist undenkbar, daß 2½ Millionen Weiße, die unter sich uneinig sind und keinen rechtmäßigen Anspruch auf *moralische* Führerschaft haben, hoffen können, den Kontinent von Afrika nach ihren Ideen zu gestalten. Mehr als 200 Millionen Schwarze, ihrer gemeinsamen Vergangenheit wie ihrer aufregenden Gegenwart immer mehr bewußt, werden nie zugeben, daß die Erben Paul Krügers in Afrika die Führung behalten. Die Weißen Südafrikas können sich glücklich schätzen, wenn sie in fünfzig Jahren noch als geduldete Minderheit bleiben dürfen, weil sie seit Jahrhunderten dort gewohnt haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Welt, die mehrheitlich *nicht weiß* ist und die immer mehr zusammenschrumpft (und deshalb der Notwendigkeit ihrer Einigung bewußt ist), ruhig zusehen kann, wie eine Handvoll ihrer Bürger eigensinnig darauf beharrt, in der Vergangenheit zu leben und auf die öffentliche Meinung der Welt so wenig Rücksicht zu nehmen. Die afrikanisch-asiatische Konferenz in Bandung war vielleicht das erste Anzeichen einer Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte. Was die unmittelbare Zukunft aber anbelangt, habe ich meine Befürchtungen. Ich bin überzeugt, daß der die Leidenschaften aufpeitschende Rassismus von Weiß-Südafrika in einem Apartheid-Wahnsinn nicht auf halbem Wege stehen bleiben wird.

Es ist die Aufgabe der Kirche, zu jeder Zeit ohne Furcht die Wahrheit des Evangeliums zu verkünden: sie muß wissen, daß diese Wahr-

heit revolutionär ist und daß sie die mächtigste Hilfe ist im Kampf gegen überholte soziale Ideen, gegen die Idee zum Beispiel, daß eine Mischehe eine *Sünde* sei, das heißt gegen das Gesetz Gottes verstoße. Man braucht nur die zwei Fragen Seite an Seite zu stellen: Mischehe oder Ungerechtigkeit, und sich zu fragen, welche der beiden vom *moralischen* Standpunkt aus sträflicher sei, um die phantastische Absurdität der Frage: «Möchtest du, daß deine Schwester. . .» zu begreifen. Der Weg der Apartheid oder der Herrschaft der Weißen ist der Weg der Ungerechtigkeit und wird es immer bleiben: denn er setzt voraus, daß ein Unterschied in der Hautfarbe als Grund für die Herrschaft über ein Volk dienen könne. Überdies ist der Weg der Apartheid eine Verleugnung der Grundlage des Evangeliums selbst. Er führt uns zur Frage zurück: «Soll ich meines Bruders Hüter sein?» und vergißt die Frage: «Wer ist mein Nächster?» Er ist eine Verleugnung der Liebe und deshalb eine Verleugnung Gottes selbst. Nichts wird mich von dieser Überzeugung abbringen. Am allerwenigsten die vernünftelnde Auslegung der Apartheidpolitik, die es sich so leicht macht, indem sie sagt, wenn einmal Schwarz und Weiß getrennt seien, würden sie für alle Zeiten glücklich nebeneinander leben. Und ich *weiß* die Lösung. . . Sie liegt in der einfachen Anerkennung, daß *alle* Menschen das Ebenbild Gottes sind.

Ohne die Schwarzen könnte man nicht auskommen

In einer südafrikanischen Stadt fällt einem nicht bloß der Gegensatz zwischen Reichtum und Armut auf. Was einem ebenso bald zum Bewußtsein kommt, ist, daß der Gegensatz auf dem Zufall der Hautfarbe beruht. Reichtum ist weiß, Armut schwarz. Beide bestehen nebeneinander in der gleichen Stadt, nur ein paar Kilometer voneinander entfernt. Das «Girl» in der Küche (das trotz seiner Bezeichnung wahrscheinlich Mutter einer Familie ist) wird heutzutage gewiß als «schwierig» oder «verwöhnt» oder «undankbar» bezeichnet; man nimmt ohne weiteres an, daß sie stiehlt. Immerhin kommt man nicht ohne sie aus, sie ist so nötig wie das elektrische Bügeleisen oder der Backofen. Sie gehört zum täglichen Leben. Der Kontakt der Europäer mit den Afrikanern in der Stadt ist ausschließlich auf dieses Herr-und-Knecht-Verhältnis beschränkt. Das wirkliche Leben des Afrikaners — sein Heim, seine Familie, seine Interessen — bleiben den Europäern ein Buch mit sieben Siegeln.

Die Zwangslage des Christen

Jeden Tag und fast jeden Moment sieht sich der weiße Christ in Südafrika vor eine Entscheidung allergrößter Bedeutung gestellt. Die gleiche Entscheidung, vor die der Priester und der Levit gestellt wurden, als sie auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho hinunter an jener zerlumpten und blutenden Gestalt vorübereilten. Die gleiche

Entscheidung, vor die sich der reiche Mann gestellt sah, wenn er in seinem Palast ein und aus ging, ohne den mit Schwären bedeckten Mann neben seinem Tor zu beachten.

«Wer ist denn mein Nächster?» fragte der gescheite junge Schriftgelehrte, als er durch Spott oder schlaue Fragen den Ruf des neuen Propheten aus Nazareth vernichten wollte. Als Antwort erhielt er das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter. Er mußte zugeben, unwillig zwar, aber in aller Öffentlichkeit, daß Rassenunterschiede und das damit verbundene Vorurteil einem höhern Gebot unterstehen. «Wer ist denn mein Nächster?» Er ist der Mann, der um 10 Uhr morgens und um 4 Uhr nachmittags meinen Tee bereitet — aber nicht mit mir am Tisch sitzen und mit mir trinken darf. «Wer ist mein Nächster?» Er ist das Kind, das am Montag die Wäsche abholt und sie am Freitag zurückbringt — das Kind, das an einem Spielplatz mit Schaukeln und kühlem grünem Gras vorbeigeht, das aber nicht eintreten darf, weil solche Spielplätze «Nur für europäische Kinder» bestimmt sind.

Die Übel des Rassismus

Was einen an der christlichen Situation in diesem Lande am meisten bedrückt, ist, daß die Christen kein Gefühl dafür haben, daß solche Verhältnisse nach Abhilfe schreien. Es ist nicht, daß die weißen Christen schlecht sind, weit davon entfernt. Es ist einfach, daß sie nicht einsehen, daß ihr Glaube etwas mit den sozialen Problemen zu tun hat. Wie es in England zur Zeit von Wilberforce Leute gab, die die Sklaverei aus höchst ethischen Gründen verteidigten; genau wie es zur Zeit der Industriellen Revolution christliche Führer gab, die mit der Kinderarbeit in den Baumwollfabriken und all den anderen haarsträubenden Übeln, die Charles Dickens aufdeckte, einverstanden waren. So herrscht heute in der Kirche von Südafrika eine Gleichgültigkeit und eine Toleranz gegenüber den Übeln des Rassismus, die schwerer zu ertragen und weitaus schwieriger zu überwinden sind als absichtliche Bosheit und offenes Laster. In Johannesburg sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung Nichteuropäer. In den Stadtbezirken kann ungefähr ein Kind von dreien die Schule besuchen. Die übrigen zwei Drittel der Kinderbevölkerung sind den lieben langen Tag auf die Straße oder das leere Zimmer ihres Heimes angewiesen. Die Weißen in Südafrika leben in ständiger Angst, aber sie tun erstaunlich wenig, um die Ursache der Angst zu beheben. Sie ziehen Privatdetektive gegen Einbrecher, den Revolver auf dem Nachttisch irgend einem konstruktiven Plan zur Lösung des «Tsotsi»-Problems vor. (Tsotsi sind jugendliche Gangster.) Es gibt keinen Spielplatz irgendwelcher Art in irgendeinem der europäischen Vororte für afrikanisches Dienstpersonal. . . Nichts reizt so leicht die Wut der weißen Vorortsbewohner als ein Plan für Erholungsstätten für das afrikanische Dienstpersonal. Protestversammlungen werden auf der Stelle einberufen und stark besucht. Sie tun

alles, zu verhindern, daß ihr Villenquartier dem Dienstpersonal etwas bietet. Jeder europäische Vorort hat seine Erholungsstätten, Plätze für Fußball, Tennis, Golf und sein Schwimmbad usw. Der Tsotsi ist das Symbol einer gleichgültigen Gesellschaft. Sein Messer und sein Revolver haben ihre Bedeutung, nicht nur für heute, sondern auch für morgen.

Elektrizität für Weiße, Kerzen für Schwarze

Es ist klüger, die Eingeborenen in einem großen, aber leicht zu überblickenden Lager zusammenzufassen als in kleineren Gruppen zerstreut. Die Leute, die über das Wochenende ihre Freunde besuchen wollen, müssen Erlaubnisscheine vorweisen. Wenn es in Johannesburg zum Beispiel Unruhen gibt, kann Orlando (Eingeborenenlager) von einer verhältnismäßig kleinen Polizeitruppe in Schach gehalten werden. Es ist zudem kein schlechtes Ziel aus der Luft. Und der Trennungsstreifen (500 Meter) sorgt dafür, daß kein europäischer Vorort aus Versehen getroffen wird. Es ist typisch für die Idee, die Schwarzen in Lagern abzusondern, daß in Johannesburg das größte Kraftwerk der südlichen Hemisphäre ausgerechnet vor den Toren Orlandos zu finden ist. Es versorgt die Stadt mit Elektrizität. Orlando wird aber mit Kerzen und Petroleumlampen beleuchtet.

Erziehung zur Knechtschaft

Im Bantu-Erziehungsgesetz vom Jahre 1949 heißt es: Die Schule soll ihn (den Eingeborenen) für die Pflichten vorbereiten, die das wirtschaftliche Leben in Südafrika *ihm auferlegen wird.* Die europäische Gesellschaft Südafrikas hat keinen Platz für die Eingeborenen, außer in ihrer Eigenschaft als unselbständige Arbeiter. Es ist bezeichnend, daß für die Schulung afrikanischer Kinder im Jahr je 2.66 Pfund ausgegeben werden, während für ein europäisches Kind 43.88 Pfund zur Verfügung stehen.

Es ist schwer, eine Politik zu erklären, die einerseits behauptet, sie gründe auf «westlicher christlicher Zivilisation», während sie anderseits solche Kultur jedem Afrikaner vorenthält. Nichts, glaube ich, ist schlimmer, nichts hat verhängnisvollere Wirkungen als dieser Versuch, den Afrikaner zu hindern, in die Welt der Schönheit, Musik, Kunst und Theater einzudringen.

Yehudi Menuhin

In den letzten zwölf Jahren habe ich versucht, so weit wie möglich diese Kulturschranke zu durchbrechen — mit sehr wenig Erfolg. Eines Nachmittags vor sechs Jahren fuhr ich zum «Carlton»-Hotel in Johannesburg, um Yehudi Menuhin zu treffen. Auf dem Weg nach Sophiatown bemerkte er: «Man sagte mir, daß, wenn ich vor einer afrikani-

schen Zuhörerschaft spiele, ich damit meinen Vertrag breche. Ich machte die Leute auf die Tatsache aufmerksam, daß kein Afrikaner mich hören könnte, wenn ich nicht in ihre eigenen Viertel ginge, und daß mein Spielen vor Afrikanern den Konzertbesuch der Europäer kaum beeinträchtigen würde, da ich keinen Eintritt verlange. Man drohte mir mit einem gerichtlichen Verbot, wenn ich meinen Plan durchführte. «Okay», war meine Antwort, «her mit Ihrem Verbot. Ich werde meinerseits dafür sorgen, daß kein anderer Künstler Südafrika besucht.» Menuhin fügte lächelnd hinzu: «Ich habe nie mehr etwas vom Gericht gehört.»

Wenn Nehru nach Südafrika gehen sollte

Vor nicht allzu langer Zeit mußte ein hoher Beamter der Goldküste eine Konferenz irgendwo in Afrika besuchen. Sein Flugzeug wurde umgeleitet und landete unerwartet in Johannesburg. Man sagte ihm, er müsse die Nacht in der Stadt verbringen. Er wußte nicht, daß er kein Taxi bekommen konnte, daß kein Hotel ihn aufnehmen würde. Die Behörde löste das Problem, indem sie ihn ins Sozialzentrum für Bantumänner schickte, wo er auf dem Fußboden schlafen mußte. Dies war der erste einer Reihe solcher Vorfälle, und die Luftgesellschaft wurde beunruhigt. Schließlich trafen zwei oder drei der berühmtesten internationalen Fluglinien ein Abkommen mit unserer Mission, wonach wir Nichteuropäer, Afrikaner oder Asiaten, die durch Johannesburg reisten, Gastfreundschaft gewähren sollten. Von unserem Standpunkt aus hat der Plan ausgezeichnet funktioniert. Wir haben im Laufe eines Jahres Besuch aus fast allen Teilen Afrikas gehabt, von der Goldküste, Nigerien, Sierra Leone, Mauritius, Französisch-Kamerun; von überall. Aber die südafrikanische Regierung zeigte ihre nachbarliche Gesinnung auf eigentümliche Art. Es würde unsere Beziehungen mit anderen asiatischen Ländern sicher nicht verbessern, wenn Mr. Nehru oder Mrs. Pandit den Fehler machen sollten, den Fuß auf südafrikanischen Boden zu setzen. Sie könnten nicht einmal eine Bar besuchen, um eine Tasse Tee zu trinken.

Die Opposition

In Südafrika ist die Opposition der Nichteuropäer durch die gegen sie gerichteten brutalen Maßnahmen schrecklich geschwächt worden. Die meisten ihrer Führer sind verhaftet, ihre Tätigkeit wird durch Polizeiüberfälle unterbunden. Alle Opposition wird als Landesverrat bezeichnet. Südafrika ist heute ein Polizeistaat.

Pearl Buck, die bekannte amerikanische Schriftstellerin,

erklärte in einem Gespräch mit der Frau des Sängers Paul Robeson: «Der Neger ist in der angenehmen Lage, daß man sich ihm gegenüber

versündigt hat. Er kann deshalb frei und fröhlich sein, da er weiß, daß er nicht Unrecht getan hat. Aber ich, eine Weiße, die einer unerträglich dominierenden und herrschsüchtigen Rasse angehöre, muß im Innersten erschrecken, wenn wieder ein Neger im Süden gelyncht wird. Ich bin so von meiner Schuld als Weiße erfüllt, daß ich ganz klein werde, wenn ich bloß sehe, wie die Neger in einem besonderen Zugsabteil reisen müssen.» *M. F.*

WELTRUNDSCHAU

Der Gegenstoß So ist es immer in entscheidungsvollen Zeiten, sei es des persönlichen Lebens, sei es des Völkerlebens: Wenn irgendwo die Kräfte des Guten sich sammeln und zum Durchbruch ansetzen, dann rafft unfehlbar das Böse — *der* Böse — seine Scharen zusammen und kämpft verbissen, ja verzweifelt um den Sieg — um so mehr, je Größeres für ihn auf dem Spiele steht; denn «er weiß, daß seine Zeit kurz ist». Wir dürfen uns darum nicht wundern, daß auf die ach noch so zaghafte und wenig radikale Bewegung, die sich in den Völkern gegen die Atombombenversuche, gegen den Krieg mit Kernwaffen, ja gegen den Krieg und die Vorbereitung darauf überhaupt erhoben hat, nun der entschlossene Gegenstoß erfolgt, der von den Militärgläubigen aller Nationen und Denkrichtungen getragen wird. Nicht nur werden die Gelehrten und Militärs (und natürlich auch die Theologen; siehe die jüngste Zürcher Kirchensynode!) aufgeboten, um die Schädlichkeit der Bombenexperimente zu bagatellisieren; die H-Bombe und mit ihr der Kernwaffenkrieg selber werden uns als lange nicht so vernichtend hingestellt, wie es von uns «Laien» geglaubt werde, ja die «Väter der Wasserstoffbombe» haben letzthin höchstpersönlich bei Präsident Eisenhower vorgesprochen, um ihm zu versichern, sie seien daran, eine Bombe herzustellen, die sozusagen überhaupt keinen radioaktiven Niederschlag zurücklasse, so daß die Zivilbevölkerung von einem Kernwaffenkrieg kaum geschädigt würde. Wer dennoch auf der tödlichen Gefährdung des irdischen Lebens durch Atombombenversuche und vollends einen Atomkrieg beharrt, wird flugs als Werkzeug oder doch unbewußter Helfershelfer Moskaus diffamiert, als einer, der der «freien Welt» ihre entscheidende Abwehrwaffe gegenüber der kommunistischen Drohung aus der Hand schlagen wolle. Die Kriegsrüstungen, so heißt es von allen Seiten, müßten auf jeden Fall ungehemmt weitergehen, auch in der Schweiz; ein aus dem Berner Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei stammender Artikel behauptet mehr als kühn, die Frage, ob gegenüber den

neuen Atomwaffen eine Kleinstaatarmee noch einen Sinn habe, werde «von sämtlichen Militärfachleuten des Westens wie des Ostens eindeutig bejaht», und die Atomwaffenversuche seit 1945 hätten tatsächlich bewiesen, «daß gegen Atomgeschosse ein Schutz möglich ist und daß trotz dem Einsatz von Atomwaffen militärische Operationen durchführbar sind», womit die schweizerische Militärmaschinerie wieder einmal glücklich gerettet ist!

Dabei verwickeln sich die Gewaltgläubigen freilich in heillose Widersprüche. Die «Neue Zürcher Zeitung» zum Beispiel erzählt uns (in Nr. 1805), für die Westvölker seien die taktischen Atombomben «das einzige Mittel, das angesichts der ungeheuren Überlegenheit der Landarmeen der Sowjetunion und ihrer Satelliten an Zahl der Divisionen, der Geschütze, Panzer, Flugzeuge eine wirksame Verteidigung gegen einen Angriff auf Westeuropa verspricht». Merkwürdig! Bisher waren es die *strategischen* Atombomben, die uns allein vor einem solchen Angriff schützten, weil sie die Sowjetunion von einem Überfall auf den Westen überhaupt abschreckten. Jetzt sollen es auf einmal die *taktischen* Atombomben sein, da man offenbar der Abschreckungswirkung der H-Bomben doch nicht traut. Nimmt man also an, die Russen würden ihre Invasion des Westens, um nicht den vernichtenden amerikanischen Gegenschlag mit Wasserstoffbomben herauszufordern, mit bloß taktischen Atomwaffen ins Werk setzen, denen die NATO ihrerseits mit ebensolchen Waffen als ihrem entscheidenden Verteidigungsmittel entgegentreten müßten? Das widerspräche aber allen Erklärungen der NATO-Generäle, die sich auf einen grundsätzlichen Beschluß vom Jahre 1954 berufen, wonach *jeder* Angriff eines kommunistischen Staates, auch wenn er nur mit den hergebrachten Waffen oder mit taktischen Atombomben geführt werde, mit der sofortigen Eröffnung des H-Bomben-Krieges beantwortet werden müsse. Es ist darum ganz unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion nur mit taktischen Kernwaffen angreifen würde, wenn sie zum Krieg entschlossen wäre. Aber selbst wenn so auf beiden Seiten zunächst lediglich taktische Atombomben eingesetzt würden, erwüchse daraus mit völliger Sicherheit früher oder später doch ein allgemeiner, hemmungsloser Atomkrieg mit H-Bomben. Wo bleiben dann die taktischen Bomben, die nach der «NZZ» und anderen «sachverständigen» Organen «das einzige Mittel» sind, «das sie (die Westvölker) angesichts der Unterlegenheit ihrer konventionellen Rüstung vor dem kommunistischen Zugriff bewahren kann»? Zu solchen Propagandakniffen muß man greifen, um nicht der Wahrheit die Ehre zu geben und anzuerkennen, daß die Anhäufung von H-Bomben *kein* wirksamer Schutz gegen einen dritten Weltkrieg ist, daß ein solcher Krieg von vornherein mit allzerstörenden strategischen Kernwaffen geführt würde und daß darum die konventionellen Militärrüstungen, eingeschlossen taktische Atombomben, auf keinen

Fall mehr eine kriegsentscheidende Rolle spielen können. Aber was bleibt einem anderes übrig, als die Völker zu beschwindeln und ihnen einzureden, daß gegen Atombomben sehr wohl ein Schutz möglich und eine erfolgreiche Landesverteidigung auch gegen Kernwaffen denkbar sei, wenn man mit seinem hetzerischen Antikommunismus Tag für Tag eine Politik unterstützt, die, wenn sie noch etwas länger betrieben wird, nur im Krieg münden kann — im Krieg, den man ja im Ernst auch gar nicht verhindern, sondern, wenn er dann ausbricht, *gewinnen* will, wie dies Sinn und Zweck aller militärischen Rüstungen ist und immer war?

Politik der Illusionen Um so notwendiger ist es, unermüdlich zu zeigen, daß, was die politische und militärische Strategie der Westmächte ist, keine «Politik der Stärke» darstellt, sondern eine Politik ärgster Illusionen, die geradenwegs in die Katastrophe hineinführt, wenn nicht *vorher* das Erwachen kommt. Die Lüge von der friedliebenden freien Welt, die sich nur durch immer höher gesteigerte Rüstungen vor der gewaltsamen Bolschewisierung schützen könne, muß immer wieder an Hand der Tatsachen bloßgestellt werden. Der Erkenntnis muß zum Durchbruch verholfen werden, daß der Weltkommunismus einen Krieg weder brauchen kann noch im stillen wünscht, um seine Ziele zu erreichen, vielmehr in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus und einem verbürgerlichten Sozialismus die höher entwickelten wie die unterentwickelten Völker zu erobern hofft, daß es also Aufgabe der *wirklich* freien Nationen ist, durch eine eigene, bessere, gründlichere Revolution der Gemeinschaftsordnungen den Kommunismus unnötig zu machen und *dauerhaft* zu überwinden. Und mit besonderer Wachsamkeit muß der großen Gefahr begegnet werden, daß die Vorbereitung einer falschen, *militärischen* Abwehr des Kommunismus bis zu einem Punkte vorwärtsgetrieben wird, wo sie — gewollt oder unwillkürlich — in den «heißen» Krieg mit den letzten, scheußlichsten Vernichtungswaffen umschlägt.

Daß dies das Ende der ganzen «Politik der Stärke» sein müßte, sollte vor allem den *Deutschen* klar sein, die schon zweimal den Zusammenbruch einer solchen Politik erlebt haben. Vielen von ihnen *ist* es auch klar. Die Sozialdemokratische Partei insbesondere empfiehlt jetzt endlich, wenn auch nur mit großen Hemmungen und Vorbehalten und offenbar mehr der Not (des beginnenden Wahlkampfes) gehorchend als dem eigenen Trieb, den Weg der Neutralisierung Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäisch-amerikanischen Sicherheitssystems. Aber auch die nun in der Opposition befindliche Freie Demokratische Partei — die Partei des «linken Bürgertums» der Bundesrepublik — rückt von der Politik des machtmäßigen Auftrumpfens gegenüber der Sowjetunion recht deutlich ab. Einer ihrer Führer, Minister Leverenz, sagte an ihrem jüngsten Parteitag, die Gefahr eines

russischen Angriffskrieges, wenn sie überhaupt einmal bestanden habe, sei «auf absehbare Zeit hinaus gebannt», so daß man mit Aussicht auf Erfolg mit der Sowjetunion verhandeln könne, die noch so gern bereit sei, Ostdeutschland zu räumen, wenn sie dafür angemessene Sicherheitsgarantien gegenüber dem Westen bekomme. «Wer hinfort noch freie gesamtdeutsche Wahlen am Anfang und absolute Entscheidungsfreiheit für die zu bildende gesamtdeutsche Regierung am Ende verlangt, ist ein Utopist, der seine Hand lassen soll von der Politik, in der nur harte Realitäten, nicht aber idealistische Wunschträume Gestaltungskraft haben.» Gerade solchen — nicht einmal idealistischen — Wunschträumen hangen aber die Regierungsparteien und ihr Halbgott Adenauer unbelehrbar nach. Was der Bundeskanzler im März 1952 erklärte, das ist auch heute noch sein Programm: «Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien.» Wobei unter «friedlichen Verhandlungen» natürlich ultimative Forderungen an Moskau unter dem Druck stärkster Kriegsrüstungen zu verstehen sind. Kein Wunder, daß die Regierung Adenauer-Brentano-Strauß ihr möglichstes tut — und das ist nicht wenig —, um alle Abrüstungsbemühungen zu hintertreiben, die *vor* der Annexion Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik und *vor* dem ersehnten Aufstand der «versklavten» Ostvölker unternommen werden.

In anderer Weise wiederum ist *Frankreich* in die Illusion einer Politik der Stärke verstrickt. Einmal natürlich durch die Revolutionsfurcht seiner herrschenden Klasse, die als populärer Antikommunismus bis tief in die Arbeiterschaft auch von den Nichts- und Wenigbesitzenden geteilt wird. Dann aber durch das bittere Gefühl der meisten «patriotischen» Franzosen, daß Frankreich, die «grande nation» von einstmals, seine Rolle als Großmacht ausgespielt habe – mindestens im Sinne des militärischen Nationalismus und Kolonialismus. Was man im Zusammenhang mit dem Suez- und dem Algerienkrieg häufig als «Molletismus» bezeichnet hat, die Selbstverständlichkeit, mit der die Großzahl der Franzosen die reaktionäre, abenteuerliche Afrika- und Orientpolitik einer «sozialistischen» Regierung gutgeheißen hat, das hat hier seine Wurzel. Alexander Werth sieht darin — in der Neuyorker «Nation» vom 8. Juni — geradezu «die bemerkenswerteste aller ideologischen Entwicklungen während der letzten zehn Jahre»:

> «Genau wie Hitler», so schreibt er, «die ‚Demütigung' Deutschlands durch den Versailler Vertrag und Mussolini das Gefühl ausbeutete, daß Italien durch die Friedensmacher von 1919 um die Früchte des Sieges geprellt wurde, so stellt der Molletismus eine Reaktion auf die nationale Demütigung von 1940 dar, auf die Verdrängung Frankreichs in die hinteren Ränge der internationalen Politik seit 1944 und vor allem auf die Niederlage in Indochina 1954 und die folgenden ‚Kapitulationen' in Tunesien und Marokko. Mollet führte seinen Wahlkampf mit dem Schlagwort ‚Schluß mit diesem sinnlosen Algerienkrieg!', aber der Nationalmolletismus

wurde am 6. Februar 1956 in Algier geboren, als Mollet beflissen vor dem Aufschrei der Algerienfranzosen kapitulierte, daß man sie ‚nicht im Stich lassen dürfe' und daß Algerien ‚das letzte Bollwerk von Frankreichs Größe' sei.»

Mollet selbt ist inzwischen gestürzt worden; genauer: er hat sich stürzen lassen, weil er einer anderen Regierung die Verantwortung für das Herauskommen aus dem finanziellen Schlamassel aufladen wollte, in das er Frankreich hineingeritten hat, und doch überzeugt war, daß seine Algerienpolitik fortgeführt werden müsse, auch wenn die sozialistische Fraktion die neue Regierung Bourgès-Maunoury nur von außen her, in der Nationalversammlung, stützen würde. Und tatsächlich steuert der «Radikale» Bourgès den Kurs des «Sozialisten» Mollet geradlinig weiter. Die Dinge verschlechtern sich darum auch in Algerien von Tag zu Tag. Das Gemetzel von Melouza — dessen Hintergrund noch lange nicht aufgehellt ist — zeigt drastisch, bis zu welchem Grade die algerische Luft durch die endlose Fortsetzung des gnadenlos von beiden Seiten geführten Krieges vergiftet worden ist. Die 500 000 Mann, die Frankreich jetzt in Algerien stehen hat, genügen so je länger, je weniger, obgleich es schon hinlänglich bezeichnend ist, daß auf je vier erwachsene Algerier ein französischer Soldat kommt und das Geld für die Aufrechterhaltung des französischen Militärapparats, wenn es ins algerische Volk selbst hineinflöße, es erlauben würde, jeder muselmanischen Familie mehr als 60 000 Francs (etwa 750 sFr.) je Kopf und Jahr auszuzahlen — mehr als die Großzahl der erwerbstätigen Algerier im Jahr verdient.

Die Pariser Nationalversammlung hat zwar die neuen Steuern, die zur Deckung der wahnsinnigen Kosten des Algerienkrieges dienen sollen, dem Kabinett Bourgès mit knapper Mehrheit bewilligt; aber im Ernst weiß kein Mensch, wie sich nun Mollets Nachfolger aus der trüben Affäre ziehen soll, ohne ehrliche Friedensverhandlungen mit den «Rebellen» anzuknüpfen, deren Ziel nur in der Anerkennung Algeriens als selbständigen Freistaates, wenn auch im Rahmen der Französischen Union, bestehen kann. Wie weit die Pariser Regierung von solchen Verhandlungen entfernt ist, lehrt ihr Begehren um außerordentliche Vollmachten, die es erlauben sollen, auch die 400 000 algerischen Arbeiter, Studenten usw., die in Frankreich leben, dem in Algerien selbst herrschenden Kriegsrecht mit seinen unerhörten Willkürlichkeiten und Gewalttätigkeiten zu unterstellen. Wohl erhebt sich gegen diese Vorlage, die allen demokratischen Überlieferungen Frankreichs ins Gesicht schlägt, ja die Verfassung selbst offenkundig verletzt, ernstlicher Widerstand, sogar in den Reihen der Partei Mollets; allein es ist noch keineswegs sicher, daß die Regierung ihren Plan mit Hilfe eines charakterlosen Parlaments nicht dennoch durchdrückt, obwohl damit die Fiktion, Algerien sei ein Bestandteil Frankreichs selber, wie die Normandie oder die Provence, und seine Bewohner würden rechtlich nicht anders behandelt als die Bürger des Mutterlandes, endgültig

zusammenbräche. Oder geht auch Alt-Frankreich, wie viele Beobachter glauben, wirklich einem faschistischen Regime entgegen, sei es mit Marschall Juin oder mit General de Gaulle als «Retter des Vaterlands» an der Spitze?

Zwischen Mittelmeer und Pazifik Die Veranstalter des Kalten Krieges jagen inzwischen auch auf den asiatischen Schauplätzen, vom Mittelmeer bis zum Stillen Ozean, den Illusionen ihrer «Politik der Stärke» nach. Im *Mittelosten* entfaltet sich die «Eisenhower-Doktrin» mehr oder weniger planmäßig, aber — trotz örtlicher Erfolge — im ganzen doch auf eine Art und Weise, daß ihr Versagen auf weitere Sicht unausbleiblich ist. In die von England und Frankreich früher besetzten Stellungen rückt immer ungenierter der amerikanische Neu-Imperialismus ein, der sich, genau wie seine Vorgänger, auf die reaktionärsten Elemente in den arabischen Staaten stützt: auf König Saud und sein Sklavenhalterregiment, auf König Hussein und seinen feudal-nomadischen Klüngel, auf die konservative Regierung des Libanons usw., während die Vereinigten Staaten gegenüber Israel ihre zweideutige Haltung nach wie vor bewahren, können sie doch sicher sein, daß ihnen der um sein Leben kämpfende junge Staat sowieso treu bleibt. . . Das Mildeste, was man von dieser Politik sagen kann, ist, was Walter Lippmann — vorsichtig, wie er gegenüber Washington ist — so formuliert hat: «Unsere wirkliche Politik im Mittelosten besteht darin, kühne und laute Worte über etwas zu machen, was wahrscheinlich nie passieren wird: ein offener militärischer Angriff der Sowjetunion, um die wirklichen Fragen herum aber einen Zickzackkurs zu beschreiben und sich irgendwie durchzuwursteln, ohne es mehr zum Schießen kommen zu lassen.» Und eine solche Politik sollte den Frieden sichern können?

In *Südostasien* stehen die Aussichten für den Erfolg des Kalten Krieges nicht besser. Auch hier suchte Washington den Völkern einzureden, daß der Kommunismus ihr großer Feind sei, daß sie einem militärischen Angriff von seiten der Sowjetunion und nun «Rotchinas» ausgesetzt seien, und daß sie sich darum in ihrem eigenen Interesse der amerikanischen Führung anvertrauen müßten, mit Empfang militärischer und wirtschaftlicher Hilfe gemäß den Zielen und Methoden der amerikanischen Politik. Gerade das aber lehnten und lehnen die südostasiatischen Völker immer bestimmter ab. Wenn sie sich verteidigen müssen, so wollen sie das gemäß ihren eigenen Vorstellungen von Sicherheit und Bundesgenossenschaft tun, ohne Bedingungen von auswärts her, die an die Gewährung militärischer Hilfe und wirtschaftlicher Förderung geknüpft werden. Die Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO), das Gegenstück der NATO im Raume des Indischen und Stillen Ozeans, ist so nie zu wirklichem Leben gekommen; die südostasiatischen Länder sind dem amerikanischen Führungsanspruch mehr

und mehr entglitten, wenn auch einzelne von ihnen — besonders Pakistan und Siam — zu regelrechten Satelliten der Vereinigten Staaten geworden sind, an denen ihre herrschenden Klassen den besten Rückhalt für die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechtsstellung gegenüber der andrängenden sozialen Revolution zu haben glauben.

Auch die ganze Freiheitsideologie, mit der Amerika die südostasiatischen Völker zu gewinnen sucht, macht auf sie herzlich wenig Eindruck. Was der *indonesische* Präsident Dr. Sukarno jetzt vor einem Jahr — am 22. Juni 1956 — in einem Vortrag vor Professoren und Studenten der Universität Heidelberg sagte, das gilt für die «rückständigen» Völker Asiens (und anderer Weltteile) überhaupt:

«Unser Staat ist auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Aber welchen Wert hat die Demokratie für einen hungrigen Menschen? Kein Mensch kann von Stimmzetteln leben. Ein hungriger Mensch ist unzufrieden. Ein Mensch, dessen Kinder Hunger leiden, ist verzweifelt. Ein hungriger Mensch hat nur wenig Verständnis für demokratische Ideale (unsere Freiheitsdogmatiker mögen sich an diesem Wort stoßen! H. K.) und neigt nur allzu leicht zu politischen Extremen ... Unsere Wirtschaft ist unterentwickelt, das ist wahr. Das Potential unseres Volkes ist wirtschaftlich nicht ausgenützt, auch das ist wahr. Aber eine Nation lebt nicht nur aus ihrer Wirtschaft. Ein Staat lebt aus der Quelle seiner moralischen Werte und seiner geistigen Substanz ... Man nennt uns Neutralisten; aber wir betreiben keine Politik der Neutralität. Ein Neutralist hält sich den internationalen Konflikten fern; wir dagegen nehmen aktiven Anteil an den Auseinandersetzungen der Welt ... Es ist wahr, daß wir uns keinem der großen Machtblöcke angeschlossen haben; es ist ebenso wahr, daß wir auch in Zukunft unsere Unabhängigkeit bewahren werden, denn es ist unsere feste Ueberzeugung, daß die Teilung der Welt in zwei Lager niemals den Weg zur Einigung der Menschheit öffnen wird.»

Das tönt nicht gut in den Ohren westlicher Menschen, die an die Rede von der Einigung der Menschheit durch den «amerikanischen Frieden» und die amerikanisch-europäisch verstandene «Freiheit» gewöhnt sind. Sie nehmen es darum den Indonesiern auch sehr übel, daß sie ihre eigene Form von Demokratie entwickeln und neuerdings einen Begutachtenden Landesrat ernannt haben, der der Regierung «erwünschten wie unerwünschten Rat» geben soll; das sei — weil die Kommunisten die Neuerung begrüßen — eine Annäherung an das Sowjetsystem und zeige, wohin die gegenwärtige indonesische Regierung neige. Tatsächlich soll der Landesrat, wie Präsident Sukarno sagte, eine Rückkehr zu der Ordnung gegenseitiger Hilfe (gotong royong) und gegenseitiger Aussprache (musjawarah), die so lange die Grundlage der indonesischen Demokratie gewesen sei, und ein Beitrag zur Überwindung einer bloß niederreißenden Opposition sein, die im jetzigen Stadium der indonesischen Entwicklung unerträglich wäre. Der Landesrat (der neben und über dem Parlament steht) ist im übrigen aus drei Hauptgruppen zusammengesetzt, welche die Regierung, dann die Berufsstände, Religionsgemeinschaften usw. und schließlich die verschiedenen Landesteile vertreten. «Das Letzte», so bemerkt der Londoner «New Statesman» (22. Juni), «ist entscheidend wichtig, denn neben

dem Krebsübel der Bestechlichkeit ist die Überzentralisierung das gefährlichste Gebrechen Indonesiens.»

Die amerikanische Politik wird sich wohl damit abfinden müssen, daß Indonesien wie die anderen Völker Südostasiens immer bewußter eigene Wege gehen. Erst recht aber wird sie von ihrem hartnäckig weiterbetriebenen Versuch ablassen müssen, die Staaten des engeren *Fernostens* zu bevormunden und in ihr Weltsystem einzugliedern. Tatsächlich entzieht sich denn auch vor allem Japan mehr und mehr der amerikanischen Beherrschung. Und zwar ist es nicht nur die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki und die Schädigung japanischen Lebens durch die neuesten amerikanischen Atombombenabwürfe, was Japan veranlaßt, die Rolle eines «fernöstlichen Deutschlands» abzulehnen, die Washington ihm zumutet, sondern noch viel mehr seine enge Verbundenheit mit dem asiatischen Festland, hinter der alle Vorteile, die der japanische Kapitalismus und Nationalismus aus der Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten ziehen mag, zurücktreten. Noch besitzt die amerikanische Machtpolitik in den Regierungen Formosas und Südkoreas willige Werkzeuge für ihren Kampf gegen das neue *China*. Aber die amerikafeindliche Revolte, die letzthin plötzlich in Formosa aufgeflammt ist, hat in Washington doch zu denken gegeben und läßt es zweifelhaft erscheinen, wieviel die angeblich so glänzend ausgerüstete und geschulte Armee Tschiang Kai-scheks in einem Krieg gegen China wert wäre. Ähnliches gilt für Südkorea, das jetzt von den Vereinigten Staaten auch Atomwaffen bekommt, aber von der Verwirklichung des alten Traumes seines greisen Diktators Syngman Rhee, das kommunistische Nordkorea durch Krieg zerstören und damit auch dem neuerstandenen China einen tödlichen Stoß versetzen zu können, so weit entfernt scheint wie 1950. Offenbar rechnet Mr. Dulles, der böse Geist der amerikanischen Außenpolitik, immer noch mit einer — von ihm und seinen Leuten natürlich kräftig beförderten — inneren Aufweichung Chinas, die es ihm erlauben werde, von Formosa wie von Südkorea aus China in die Zange zu nehmen und die «kommunistische Pest» mindestens in Ostasien auszurotten. Allein die fortschreitende Aufweichung seiner eigenen chinafeindlichen Stellungen durch die Lokkerung des Wirtschaftsboykotts der Westländer gegenüber China und durch die immer stärker werdende Neigung der UNO-Staaten zur Aufnahme Chinas in ihren Kreis — all das, im Verein mit der Unsicherheit des Regimes Tschiang Kai-scheks wie Syngman Rhees, macht doch den Eindruck, daß die amerikanische Machtpolitik in Ostasien auf schwachen Füßen steht. Einer Zerreißprobe, die unversehens kommen könnte, wäre sie schwerlich gewachsen.

Kampf um Eisenhower Das Versagen der «Politik der Stärke» auf der ganzen Linie regt in den Vereinigten Staaten weit herum zu einer Überprüfung des bisher gesteuer-

ten politischen Gesamtkurses an. Als erste Folgerung und Forderung drängt sich dabei die entschlossene Anhandnahme der militärischen *Abrüstung*, an Stelle des uferlosen Weiterrüstens, auf. Wie konsequent dabei schon gedacht wird, möge ein erstaunlicher Leitartikel der sehr bürgerlichen, aber verhältnismäßig unabhängigen «Detroit News» (2. Mai 1957) — eines Blattes mit Millionenauflage — zeigen, der die Behauptung von der Erkämpfung der Abrüstung durch vorherige Atomrüstung scharf zurückweist.

«Es heißt», so lesen wir hier, «alle menschliche Erfahrung mißachten, wenn man glaubt, die Abrüstung komme auf diesem Wege. Da Wettrüsten aus Furcht stammt und durch Furcht genährt wird, hat es überhaupt kein vernünftiges Ziel. Ein Land kann nie sagen, es habe genug, weil genug immer mehr ist als der andere hat. Das Wettrüsten wird außerdem von mächtigen Bürokratien gelenkt, die militärische, politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Machtbereiche umfassen. Ihre ungeheuer verwickelte Organisation ist ganz auf Produktion ausgerichtet und schert sich den Teufel um die Ziele. Einmal in Betrieb, gewinnt sie ein fast unwiderstehliches Schwergewicht, zum Teil weil sie die Rüstungsgeheimnisse monopolisiert und damit die Kritik zum Schweigen bringt.

Abrüstung kann nur auf *eine* Art beginnen: durch kühnes Handeln auf höchster Ebene. Die britische oder die amerikanische Regierung muß den Mut haben, ihre Gelegenheit zu ergreifen. Sie müssen den Befehl zum Handeln geben, bevor sie die unbedingte Sicherheit haben, daß solches Handeln gänzlich ohne Gefahr ist. Wenn die Versuche mit Kernwaffen überhaupt eingestellt werden sollen, so müssen *wir* sie einstellen. Wir können das nicht tun — und werden es nie tun können — ohne ein Risiko auf uns zu nehmen. Sonst haben wir nur die Wahl, mit der Fortsetzung unseres Weges ein noch viel größeres Risiko einzugehen. Glaubt denn irgend jemand, die Welt werde sicherer, wenn wir die Atomexplosionen vervielfachen? Nimmt irgend jemand an, die Abrüstung werde weniger schwierig, wenn die vierte Atommacht auf den Plan trete?»

Die abrüstungswilligen Kreise in der amerikanischen Regierung selbst gehen natürlich lange nicht so weit wie der Verfasser dieses kühnen Artikels. Aber offenbar hat General Eisenhower doch den Wunsch, als «Friedenspräsident» in die Geschichte einzugehen und dem Gelöbnis der Teilnehmer der Genfer Konferenz von 1954, auf Krieg als Mittel der Politik endgültig zu verzichten, treu zu bleiben. Dazu kommt, daß die ganz übermäßige Aufblähung der amerikanischen Rüstungsindustrie die Vereinigten Staaten auf die Länge unerträglich belastet und zerrüttet und sie zur Bestreitung des weltweiten Wettbewerbs mit den kommunistischen Staaten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet mehr und mehr unfähig macht. Die Verminderung der Reibungsflächen, die zwischen der kapitalistisch-bürgerlichen und der sozialistisch-kommunistischen Welt liegen, ja die planmäßige Führung einer diesmal endgültigen «Politik der Koexistenz» würden so Hauptziele eines amerikanischen Weltkurses, der für Typen wie Dulles, Radford und Knowland keine Verwendung mehr hätte.

Aber gerade wenn wir dies aussprechen und klar sehen, wissen wir auch, welch ungeheure Hindernisse auf diesem Weg drohen. Die Bediener und Nutznießer der amerikanischen Rüstungsmaschinerie

haben Eisenhower und seinem Kreis den erbittertsten Kampf angesagt. Die Generale und Admirale warnen fast täglich vor einem Nachlassen der Kriegsbereitschaft und mobilisieren fieberhaft die Organe der sogenannten öffentlichen Meinung — der allbeherrschenden Meinungs*industrie* und Stimmungsfabrikation — für ihre Zwecke. Sie wissen die Vereinigten Staaten in der Herstellung interkontinentaler Ferngeschosse, mit einer Reichweite von 8800 und mehr Kilometern, der Sowjetunion überlegen und glauben zuversichtlich, von den 250 militärischen Stützpunkten um die Sowjetunion herum dank solchem Vorsprung und dank der verhältnismäßigen geographischen Geschütztheit der USA eines Tages Moskau auf die Knie zwingen zu können.

Gleichzeitig setzen die Interessenten der *Rüstungsindustrie* alles in Bewegung, um ihre riesigen Produktionsanlagen in Gang zu halten und ihre Gewinne zu behaupten oder zu steigern. Wie wir aus der höchst aufschlußreichen Studie eines Fachmannes, Vern Haugland, in «The Nation» (1. Juni) erfahren, entfielen im Jahr 1956 mehr als 21 Prozent der amerikanischen Rüstungsausgaben auf Ferngeschosse, gegen ein Prozent noch vor sieben Jahren. Die Ferngeschoßindustrie hat in kürzester Zeit einen beispiellosen Aufschwung genommen und die Flugzeugindustrie direkt revolutioniert. Die unter der Leitung von General Schriever stehenden 16 Hauptunternehmungen für Ferngeschosse (hinter denen noch mehr als 200 größere Hilfsunternehmen stehen), beschäftigen allein über 75 000 Arbeitskräfte, gegen nur 7000 vor einem Jahr.

Die Bevölkerungszunahme, so schreibt Haugland, im Raume der Prüfungszentren für Ferngeschosse wie Patrick Air Force Base (Florida) und Alamagordo (Neumexiko) ist phantastisch. Die Abteilung für Ferngeschosse der Lockheed-Flugzeugwerke in Burbank bei Los Angeles hat letztes Jahr ihren Absatz verdoppelt und erwartet für 1957 eine weitere Erhöhung um 50 Prozent. Ihre Fabrikationsanlagen haben sich seit 1955 um 90 Prozent erweitert. Im Jahre 1956 hat dort die Zahl der Arbeitskräfte fast um 100 Prozent zugenommen; der Absatz der Ferngeschoßabteilung ist heute geldmäßig so groß wie derjenige der ganzen amerikanischen Flugzeugindustrie vor 20 Jahren. Auch die Ferngeschoßabteilung der North American Aviation Inc. hat ihre Fabrikationsanlagen im letzten Jahre auf mehr als den doppelten Umfang gebracht und beschäftigt jetzt über 10 000 Arbeitskräfte. Die Reaction Motors Inc. in New Jersey, die sich «Amerikas erste Ferngeschoßunternehmung» nennt, vermochte ihren Absatz von 7 500 000 Dollar im Jahre 1955 auf 16 193 000 Dollar im nächsten Jahre zu erhöhen. Und so fort.

So wirken die verschiedenartigsten Interessen und Kräfte zusammen, um in den Vereinigten Staaten selber jede ernsthafte Abrüstung zu blockieren. Und ähnliches trifft für die *europäischen* Verbündeten und Gefolgsstaaten der USA zu. Besonders die westdeutschen Regierer liegen ja Eisenhower ständig in den Ohren, um ihm das Versprechen abzugewinnen, daß keinerlei Abrüstungsvereinbarung ohne Zustimmung der übrigen NATO-Mitglieder (das heißt Bonns) und ohne vorherige Lösung der Deutschlandfrage (im Sinne Adenauers natürlich) getroffen werde, was der Präsident auch jedesmal hoch und heilig

zusagt. Wie sollten da die von ihm gleichzeitig unterstützten Bemühungen seines «Abrüstungsbevollmächtigten» Stassen irgendwelchen echten, dauerhaften Erfolg haben? Auch ein stärkerer Mann als Eisenhower, auch ein zum frontalen Kampf mit den Kriegsmächten entschlossener Staatsmann stünde angesichts der Gegenoffensive der Militärgläubigen vor einer fast übermenschlichen Aufgabe — wieviel mehr der vorsichtig lavierende ehemalige Vierstern-General, den die gerissenen Wahlstrategen seiner Partei zum größten Amerikaner des Jahrhunderts hinaufgeschwindelt haben, nunmehr aber kühl und sachlich fallenlassen, nachdem sie ihn für ihre Zwecke ausgenützt haben! Bei der nächsten Präsidentenwahl im Jahre 1960 kann Eisenhower ja doch nicht mehr kandidieren; mag also der Mohr gehen, sobald er will — er hat seine Schuldigkeit getan. Und falls er schon vor Ablauf seiner Amtszeit abzutreten gezwungen sein sollte, so steht in der Kulisse längst Vizepräsident Nixon bereit, der nicht nur, wie Truman, ein routinierter politischer Handwerker ist, sondern auch ein erfolgreicher Demagog und namentlich ein gefährlicher Scharfmacher in der äußeren Politik, mit dem die Militärs und Rüstungsindustriellen leichtes Spiel hätten...

Licht aus dem Osten! Es bleibt dabei: Von Amerika, der Vormacht der «freien Welt», ist für die Sache des Friedens nichts oder weniger als nichts zu erwarten, soweit Menschen sehen können. Wie steht es aber mit seinem großen Gegenspieler, dem östlichen *Kommunismus* und dessen Hauptträgern, der Sowjetunion und China? Ihr Friedens- und Abrüstungsverlangen ist, wie ich überzeugt bleibe, durchaus echt — aber ihr Glaube an die Gewalt als regelnde Kraft im nationalen und internationalen Leben droht immer wieder all ihre Bemühungen zuschanden zu machen. Ungarn ist in dieser Hinsicht geradezu ein Schulfall; so ist denn auch der Ungarnbericht der Vereinten Nationen, der sich einseitig auf Aussagen von geflüchteten Ungarn stützt, (vielleicht stützen *mußte*), ein richtiges Propagandaarsenal für den Kalten Krieg gegen den Kommunismus geworden und wird nun aufs neue von den Vertretern und Anhängern der *westlichen* Gewaltpolitik schamlos ausgeschlachtet. Um nur einen Punkt herauszugreifen: die Tatsache, daß Imre Nagy Ungarn aus dem Ostblock zu lösen und mindestens moralisch an die Seite der Westmächte zu führen im Begriff stand, wird in dem Bericht lange nicht in ihrer vollen Tragweite gewürdigt und darum auch die nach den herrschenden Begriffen fast unwiderstehliche Versuchung für die Russen, diese Erschütterung ihres Machtsystems mit allen Mitteln abzuwehren, sehr leicht genommen.

Aber lassen wir das. Wichtiger ist das Schicksal der *«Entstalinisierung»*, die durch die ungarische und vorher schon die polnische Abfallbewegung in der Sowjetunion einen ersten Rückschlag erlitten hat. In-

zwischen hat sie aber durch den großen Plan Chruschtschews für die Dezentralisierung und Demokratisierung der sowjetischen Wirtschaft einen neuen Auftrieb erhalten. *Wenn* der Plan wirklich durchgeführt wird, darf man davon einen bedeutenden Fortschritt in der guten Richtung erwarten. Maurice Voge faßt es im «Christianisme Social» (Mai-Juni-Heft) knapp zusammen:

«Die Arbeiter werden nicht mehr einer namenlosen, fernen Zentralverwaltung (wie in unseren nationalisierten Unternehmungen) gegenüberstehen, sondern ihre Forderungen bei der verantwortlicheren Leitung des Unternehmens selber anbringen können. Die Technokraten gewinnen die Oberhand über die Bürokraten. Sie können ihre Auffassung besser zur Geltung bringen. Sie bekommen ... eine bessere Entschädigung für ihre Dienste durch ihre finanzielle Interessierung an der Produktion. So bildet sich ein freiheitlicheres weltpolitisches Spiel zu dreien heraus, zwischen der Partei mit ihren Bürokraten, der Arbeiterschaft und den Technikern — ein Spiel, das zu einer Liberalisierung des Regimes führen muß, wenn die Kriegsdrohung weicht.»*

Die hoffnungsreichste Kunde kommt uns aber aus *China* mit der Rede Mao Tse-tungs über «Die richtige Behandlung der Gegensätze im Volk», die schon im Februar gehalten wurde, aber erst jetzt, im Juni, veröffentlicht werden durfte. Isaac Deutscher bezeichnet sie im «New Statesman» (29. Juni) als eine höchst radikale Zurückweisung des Stalinismus, die gründlicher sei und tiefer gehe als die ganze heftige Polemik Chruschtschews gegen den «Personenkult» um Stalin und die Irrtümer» des Diktators. Mao läßt tatsächlich den Anspruch des Kommunismus — mindestens in China — auf Alleinherrschaft und Alleingültigkeit fallen, trennt den Sozialismus vom totalitären Staat und befürwortet — von ausgesprochen gegenrevolutionärer Tätigkeit abgesehen — den freien Wettbewerb der Ideen, einerlei woher sie kommen. «Laßt hundert Blumen blühen und hundert Gedankenrichtungen miteinander kämpfen», auch wenn das Gefahren mit sich bringt und auch Unkraut mitwuchert, das eben nicht von Anfang an erkannt und ausgerauft werden kann — das ist seine neue Heilsbotschaft. Wer wird dabei nicht an Jesu Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen erinnert? Und wer sieht hier nicht bestes liberales Gedankengut des Westens eine eigentliche Auferstehung feiern?

China ist ja von Anfang an mit seiner sozialen und nationalen Revolution andere Wege gegangen als Rußland. Der chinesische Kommu-

* Die Ausschaltung der «alten Stalinisten» Molotow, Malenkow und Kaganowitsch sowie ihres Mitläufers Schepilow, die letzte Woche soviel internationales Aufsehen erregt hat, weist in dieselbe Richtung. Ich glaube zwar von den Anklagen, die gegen die vier «Staatsfeinde» geschleudert wurden, nicht den zehnten Teil; der ganze Jargon, in dem die Verhandlung gegen die «Verschwörer» geführt wurde, gehört offenbar auch *nach* der Ära Stalin zum offiziellen Kampf gegen die «Konterrevolutionäre». Aber das Entscheidende ist immerhin, daß den Chruschtschew, Bulganin und Genossen sehr viel daran liegt, alle inneren Hemmungen für ihre Liberalisierungs- und Entspannungspolitik radikal zu beseitigen. Der neue Kurs, der am 20. Parteitag der KPSU verkündet wurde, wird trotz allen Rückschlägen sehr entschlossen festgehalten. (9. Juni.)

nismus ist — durch äußere Umstände wie die Besiegung der inländischen und ausländischen Gegenrevolution *vor* seinem Aufstieg zur Staatsmacht begünstigt — insbesondere nie ausschließlich gewesen, sondern hat immer die Zusammenarbeit von Arbeitern, Bauern, Kleingewerbetreibenden und «nationaler Bourgeoisie» erstrebt — in einer «gemischten Wirtschaft», deren sozialistischer Sektor sich friedlich und allmählich erweitern solle, nicht durch die gewaltsame Zerstörung und Ausrottung des «privaten Sektors», wie in der Sowjetunion*.) Daß aber der Führer der siegreichen chinesischen Revolution jetzt in aller Form vom Totalitätsanspruch der kommunistischen Lehre und Praxis abrückt und den Aufbau des Sozialismus durch freien Ideenkampf, solidarische Anstrengung aller Volksschichten und fortschreitende Schaffung gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen verkündet, das ist recht wohl imstande, eine Wendung auch im außerchinesischen Kommunismus und weittragende Auswirkungen auf die Weltentwicklung auch dann herbeizuführen, wenn weder China noch die Sowjetunion oder die osteuropäischen Volksrepubliken ein Mehrparteiensystem nach westlich-bürgerlichem Muster zuzulassen gedenken. «Politisches Dynamit für Rußland» nennt Deutscher die Rede Maos (die viel mehr ist als eine bloße Rede). Das mag sein, wie es will; auf jeden Fall trägt Maos China zur Entstalinisierung des europäischen Kommunismus wesentlich bei und wird damit wie durch das zunehmende Gewicht seines gewaltigen, lebensvollen Staats- und Wirtschaftsgefüges eine Macht in der Weltpolitik, die — mit Indien und den anderen blockfreien Ländern zusammen — entscheidend mithelfen mag, die unselige Aufspaltung der Menschheit in zwei tödlich verfeindete Lager noch rechtzeitig zu überwinden und die friedliche Gemeinschaft der sowohl freien als sozialistischen Völker aufzubauen.

2. Juli. *Hugo Kramer*

---

* Ich erinnere an das im Maiheft von Paul Furrer besprochene Buch «China auf eigenen Wegen» von L. L. Matthias.

Redaktionelle Bemerkung

Der Aufsatz «Neue Wege für den Christen» von Walter Dignath, der in diesem Heft abgeschlossen wurde, ist die Wiedergabe eines Vortrags, der am Ferienkurs der Religiössozialen Vereinigung der Schweiz auf dem Flumserberg im Oktober 1956 gehalten wurde.

Gottestaten

Mit Gott wollen wir Taten tun!
Psalm 108, 14

Dieses Wort ist von David, der in den Krieg zog, ohne sich auf Kanonen zu verlassen. Von einem solchen Sinn der Israeliten, wo man gar nichts Äußeres im Kopf hat, auch wenn Äußeres geschieht, wissen wir gar nichts mehr; wir sind wohl stolz mit unserem Glauben, haben es aber nicht halb so weit gebracht wie ein Abraham – wir bringen es zu keinen Taten. Alle Gottestaten bei uns sind: Anstalten gründen, zu denen man kein Geld hat; dann recht betteln – und kommt's dann, so ist's eine Gottestat! – und was dergleichen mehr ist. Das sind aber *unsere* Werke, keine eigentlichen Gottestaten. Es ist ja auch recht, aber wir sollten es nur tun mit dem Sinn: Einstweilen – bis der liebe Gott kommt und eingreift – ist dies ein wenig ein Notbehelf; einstweilen will ich Kranke pflegen und dies und jenes Hilfsmittel zur Hand nehmen, *bis* wieder Gottestaten da sind und der liebe Gott die Kranken gesund macht. Und wir wollen nicht nachlassen mit Bitten und Betteln, *bis* der liebe Gott wieder Taten tut. Das heißt glauben: auf Taten Gottes es abheben. Gegenwärtig müssen wir Bettler sein im Reich Gottes und nicht von der Tür gehen, bis man uns gibt – eingreifende Taten Gottes brauchen wir!

Nun, ein bißchen etwas geschieht schon, aber es sind viele Hindernisse da, oft auch in den Menschen selbst. Da muß man fortmachen. Der liebe Gott kann uns nicht immer gleich aufwarten – wir würden es nicht vertragen. Aber die größten Taten sind nicht die, die an Kranken geschehen – das ist nicht so wichtig –, viel wichtiger ist es, daß man wieder Taten sieht an den Gesunden, daß man Veränderungen von Menschen sieht und Veränderungen in den Weltverhältnissen. Zum Beispiel möchte ich die Tat erleben, daß nicht mehr Kanonen im Krieg losgehen! – was meinst du, könnte das sein? Ja, da lacht alles! Veränderungen in den bestehenden Weltgesetzen, das wären solche Taten, und auf das läuft's doch hinaus! Solche Taten sind in Israel geschehen, und solche Taten sind auch bei uns das höchste Bedürfnis, daß uns der Hebel überhaupt aus der Hand genommen wird. Natürlich, wenn's kommt, kommt es recht und göttlich – ich kann es jetzt nur menschlich und unrecht sagen, aber ihr verstehet schon, was nötig ist, daß in die Geister der Menschen wieder *Gott* kommt.

Das fehlt: Gott ist nicht drin! – noch keine Zeit hat so wenig Gott gehabt. Es ist ganz eigen: Religion ist viel ausgebreiteter als früher, und doch ist Gott viel weniger in den Herzen; man kann ganz religiös sein und doch nicht innerlich gebrochen für die Welt und aufgerichtet für Gott. Deswegen ist ein ungeheures Bedürfnis, daß wieder ein Gottesbewußtsein aufkommt durch Taten Gottes, damit Veränderungen in unserm Inwendigen geschehen und das Bewußtsein: «Der All-

mächtigste ist vor mir!» die Leute wieder erschreckt – dann aber auch erfreut, daß sie sich nicht nur im Schrecken, sondern auch in der Freude umwenden und rechte Leute werden, bekehrte Leute. Daraufhin wollen wir Bettler sein, denn mit unsrer Kraft und Macht ist nichts getan – wir mögen uns abschaffen, wie wir wollen.

Nach *der* Seite hin ist es heuzutage wie verspielt. Auch in meinem Beruf bringe ich es fast nirgends zu dem lebendigen Gottesbewußtsein, in dem ich eigentlich die Leute sehen möchte; ich rege viele Leute an, ich gebe viele religiöse Gedanken – das ist wahr –, aber es fehlt immer noch etwas, was wie weggewischt ist aus unserer Zeit. Blutt und kahl stehen die Menschengeister vor einem – hat einer einen guten Charakter, so ist's nett mit ihm zu leben; hat er einen lätzen Charakter, da nützt alle Religion nichts – er bleibt eben wie er ist. In Möttlingen hat man seinerzeit ein bißchen etwas anderes gespürt; und die Erinnerung an das, was damals war, macht mich heute unglücklich: es ist der Duft von den frommen Leuten weg, und ich bin nicht ruhig, bis das wieder da ist. Das kann aber nicht durch äußere Taten geschehen, sondern durch etwas Innerliches. Wenn wir es da einmal gewinnen, dann haben wir es ganz gewonnen.

Aus: Christoph Blumhardt, Jesus ist Sieger!

Der Name Gottes*

... Als ich zu Ende war, sagte er zögernd, dann, von dem gewichtigen Anliegen hingerissen, immer leidenschaftlicher: «Wie bringen Sie das fertig, so Mal um Mal ‚Gott' zu sagen? Wie können Sie erwarten, daß Ihre Leser das Wort in der Bedeutung aufnehmen, in der Sie es aufgenommen wissen wollen? Was Sie damit meinen, ist doch über alles menschliche Greifen und Begreifen erhoben, eben dieses Erhobensein meinen Sie, aber indem Sie es aussprechen, werfen Sie es dem menschlichen Zugriff hin. Welches Wort der Menschensprache ist so mißbraucht, so befleckt, so geschändet worden wie dieses! All das schuldlose Blut, das um es vergossen wurde, hat ihm seinen Glanz geraubt. All die Ungerechtigkeit, die zu decken es herhalten mußte, hat ihm sein Gepräge verwischt. Wenn ich das Höchste, ‚Gott' nennen höre, kommt mir das zuweilen wie eine Lästerung vor.» – Die kindlich klaren Augen flammten. Die Stimme selber flammte. Dann saßen wir eine Weile schweigend einander gegenüber. Die Stube lag in der fließenden Helle des Frühmorgens. Mir war es, als zöge aus dem Licht eine Kraft in mich ein. Was ich nun entgegnete, kann ich heute nicht wiedergeben, nur noch andeuten.

---

* Aus der Einleitung zu Martin Buber: «Gottesfinsternis», Manesse-Verlag, Zürich.

«Ja», sagte ich, «es ist das beladenste aller Menschenworte. Keines ist so besudelt, so zerfetzt worden. Gerade deshalb darf ich darauf nicht verzichten. Die Geschlechter der Menschen haben die Last ihres geängstigten Lebens auf dieses Wort gewälzt und es zu Boden gedrückt; es liegt im Staub und trägt ihrer aller Last. Die Geschlechter der Menschen mit ihren Religionsparteiungen haben das Wort zerrissen; sie haben dafür getötet und sind dafür gestorben; es trägt ihrer aller Finder Spur und ihrer aller Blut. Wo fände ich ein Wort, das ihm gliche, um das Höchste zu bezeichnen! Nähme ich den reinsten, funkelndsten Begriff aus der innersten Schatzkammer der Philosophen, ich könnte darin doch nur ein unverbindliches Gedankenbild einfangen, nicht aber die Gegenwart dessen, den ich meine, dessen, den die Geschlechter der Menschen mit ihrem ungeheuren Leben und Sterben verehrt und erniedrigt haben. Ihn meine ich ja, den die höllengepeinigten, himmelstürmenden Geschlechter der Menschen meinen. Gewiß, sie zeichnen Fratzen und schreiben ‚Gott' darunter; sie morden einander und sagen ‚in Gottes Namen'. Aber wenn aller Wahn und Trug zerfällt, wenn sie ihm gegenüberstehen im einsamsten Dunkel und nicht mehr ‚Er, er' sagen, sondern ‚Du, Du' seufzen, ‚Du' schreien, sie alle das eine, und wenn sie dann hinzufügen ‚Gott', ist es nicht der wirkliche Gott, den sie alle anrufen, der Eine Lebendige, der Gott der Menschenkinder?! Ist nicht er es, der sie *hört*? Der sie – erhört? Und ist nicht eben dadurch das Wort ‚Gott', das Wort des Anrufs, das zum *Namen* gewordene Wort, in allen Menschensprachen geweiht für alle Zeiten? Wir müssen die achten, die es verpönen, weil sie sich gegen das Unrecht und den Unfug auflehnen, die sich so gern auf die Ermächtigung durch ‚Gott' berufen; aber wir dürfen es nicht preisgeben. Wie gut läßt es sich verstehen, daß manche vorschlagen, eine Zeit über von den ‚Letzten Dingen' zu schweigen, damit die mißbrauchten Worte erlöst werden! Aber *so* sind sie nicht zu erlösen. Wir können das Wort ‚Gott' nicht reinwaschen, und wir können es nicht ganzmachen; aber wir können es, befleckt und zerfetzt wie es ist, vom Boden erheben und aufrichten über einer Stunde großer Sorge.»

Es war sehr hell geworden in der Stube. Das Licht floß nicht mehr, es war da. Der alte Mann stand auf, kam auf mich zu, legte mir die Hand auf die Schulter und sprach: «Wir wollen uns du sagen.» Das Gespräch war vollendet. Denn wo zwei wahrhaft beisammen sind, sind sie es im Namen Gottes. *Martin Buber*

Alle Demütigungen möchte ich erleiden, alle Qualen . . . ja sogar den Tod, wenn ich damit verhindern könnte, daß unsere Bewegung zur Gewalt würde oder zu einem Vorläufer der Gewalt. *Mahatma Gandhi*

Haltet ein!

Martin Buber, Professor an der Hebräischen Universität, Jerusalem, ein alter Freund Leonhard Ragazens und der «Neuen Wege», schreibt uns, daß er seiner Zustimmung zur Äußerung von Prof. K. Barth (siehe Juniheft der «Neuen Wege») öffentlichen Ausdruck verleihen möchte. Auf seinen Wunsch bringen wir nachstehend seine Botschaft zur Atomwaffenfrage, die er 1954 im «Pulpit Digest», einer amerikanischen kirchlichen Zeitschrift, als Antwort auf eine Umfrage veröffentlichte.

Es ist höchste Zeit, daß wir Menschen den Politikern unseren Standpunkt klarmachen. Wir wollen nicht, daß die Menschheit sich selbst zu vernichten beginnt. Hört auf mit diesem Spiel, bei dem unser aller Leben zum Einsatz kommt und bei dem beide Partner verlieren müssen!

Wir gaben euch die Macht, über die ihr heute verfügt, weil wir dachten, ihr seiet Persönlichkeiten, die immer und unter allen Umständen wissen, was sie tun. Wir sehen nun ein, daß wir uns getäuscht haben. Die Spielleidenschaft hat euch der Fähigkeit beraubt, die wahre Natur des Spieles, das ihr treibt, zu erkennen und zu sehen, wohin es führen kann. Ihr kennt euch aus in allen Tricks des Spieles und wandelt sie methodisch ab, aber ihr seid nicht gewahr, daß das Spiel selbst in euren Händen zu etwas anderem geworden ist.

Nun wird das Spiel mit euch gespielt. Ihr seht nicht ein, daß, wenn ihr jetzt nicht haltmacht, der Moment kommen muß, und dies vielleicht schon sehr bald, wo der weitere Ablauf der Ereignisse nicht mehr von euch abhängen wird, und wo es auch nicht mehr möglich sein wird, innezuhalten. Wir kennen diesen Ablauf aus früheren Erfahrungen – aber selbst die schlimmste jener Erfahrungen wird ein Kinderspiel sein gegenüber dem, was diesmal kommen wird – wenn es kommt. Diesmal bedeutet das Kriegsspiel Zerstörung aller Länder und Völker – bis es nichts mehr zu zerstören gibt und niemanden, der zerstören kann.

Das Grundgesetz alles Spieles heißt: die Erfolgschance darf nicht kleiner sein als das Risiko. Diesmal wird das Risiko unendlich groß, die Chance eines Erfolges gleich Null sein. Haltet ein, solange ihr noch könnt!

Und wenn man uns fragt, was dieses «Einhalten» im vorliegenden Fall bedeuten soll, so muß die Antwort lauten: Es hat zu allen Zeiten und überall Interessenkonflikte gegeben, es gibt sie jetzt, und sie werden ausgefochten. Doch ist solchen Streitigkeiten eine Grenze gesetzt – es kommt der Moment, wo ein Kompromiß der einzig vernünftige Ausweg ist. Darunter verstehen wir keine sogenannte Versöhnung oder Befriedung, sondern ein wohlabgewogenes Abkommen, das vor kommenden Generationen vertreten werden kann, einen Ausgleich der Interessen, der den lebenswichtigen Bedürfnissen der Völker beider

Seiten – nachdem die nichtlebenswichtigen zuvor ausgeschieden worden sind – gerecht wird. Der kritische Moment ist gekommen. Was zieht ihr Wissenschafter selbst vor: Gegenseitige Zugeständnisse auf Grund sorgfältiger und fairer Überlegung – oder den ungewollten Selbstmord der Menschheit?

Der totale Krieg nicht mit dem Gewissen der Menschheit zu vereinen

Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rats der Kirchen richtet folgenden Appell an die sittliche Verantwortung der Atommächte:
New Haven, USA, August 1957

Seit den ersten Phasen des Rüstungswettlaufs mit Atomwaffen und seit dem Beginn der Entwicklung von Wasserstoffbomben bekundet der Ökumenische Rat der Kirchen seine tiefe Beunruhigung über den Gang der Dinge. Er hat das auf mancherlei Weise getan, sowohl durch Erklärungen und Aktionen des Zentral- und Exekutivausschusses und der Weltkirchenkonferenz von Evanston, als auch durch die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten.

Im letzten Jahr ist die Besorgnis der Öffentlichkeit über die Auswirkungen der Atomteste noch gewachsen, und es kam zu deutlichen Warnungen durch eine Reihe verantwortlicher Wissenschafter. Vor allem rüttelt uns die Tatsache auf, daß diesen Experimenten auch eine Gefahr für ungeborene Generationen innewohnt, und stellt uns eindringlich die moralische Verantwortung vor Augen, die dem Gewissen unserer Generation aufgetragen ist.

Wir erkennen an, daß die Frage der Einstellung von Kernwaffenexperimenten in dem breiten Zusammenhang gesehen werden muß, den die Erklärung der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten darlegt. Wir stimmen dem zu, daß es ohne Risiko nicht möglich ist, nur einen Teil des komplexen Abrüstungsproblems ins Auge zu fassen.

Es gibt jedoch gewisse sittliche Grundsätze mit Relevanz für den gesamten Fragenkomplex des Atomkrieges, die wir nachdrücklich betonen möchten. Der Zentralausschuß bekräftigt seine 1950 in Toronto ausgesprochene Überzeugung, daß «wo die modernen Kriegsmethoden – Atomwaffen, bakteriologische Waffen und totale Zerbombung – angewandt werden, Gewalt und Zerstörung ein so furchtbares Ausmaß annehmen, daß dadurch auch die letzten Grundlagen alles Rechts und aller Kultur in Gefahr geraten.» Die Verurteilung solcher Methoden stützt sich auf die Tatsachenerkenntnis, daß der totale Krieg – das heißt der Krieg, in dem alle Methoden erlaubt sind – mit dem Gewissen der Menschheit einfach nicht zu vereinen ist. Wir glauben außer-

dem, daß die Anwendung derartiger Kriegsmethoden unausweichlich eine Erniedrigung der geistigen Würde des handelnden Volkes bedeutet.

Wir müssen überhaupt fragen, ob denn eine Nation das Recht hat, die Experimente von Kernwaffen fortzusetzen, solange das Ausmaß der ihnen innewohnenden Gefahren noch so wenig bekannt ist und so lange wirksame Schutzmittel gegen diese Gefahren fehlen. Wir müssen ferner fragen, ob eine Nation das Recht hat, die Veranstaltung derartiger Experimente auf eigene Verantwortung zu beschließen, während die Menschen anderer Völker in allen Teilen der Welt, die gar keine Zustimmung gegeben haben, vielleicht die Folgen tragen müssen. Darum rufen wir jede Nation, die Versuchsserien veranstaltet, auf, nicht nur die nationale Verteidigung und internationale Sicherheit im Auge zu haben, sondern auch ihre moralische Verantwortung voll zu ermessen.

Auf kein geringeres Ziel als die Abschaffung des Krieges selbst sollten alle Völker, ihre Leiter und alle Staatsbürger hinwirken. Die Erreichung dieses Zieles ist ein feierlicher Auftrag an unsere Generation. Wir begrüßen und unterstützen alle ehrlichen Anstrengungen, die jetzt zur Begrenzung und Kontrolle jeder Art von Waffen sowie zur Herstellung der Grundlagen für einen sicheren Frieden unternommen werden. Wir wiederholen den Appell von Evanston, alle Waffen der Massenvernichtung – einschließlich Atom- und Wasserstoffbomben – zu verbieten und entsprechende internationale Inspektions- und Kontrollorgane zu schaffen.

Wir wissen, daß ein umfassendes Abrüstungsprogramm stufenweise verwirklicht werden muß, und wir sind uns darüber klar, wie viel von der Vertiefung des Vertrauens zwischen den Völkern abhängt. Aber wir dringen mit allem Nachdruck darauf, daß als ein erster Schritt die Regierungen, die Atomexperimente durchführen, diese wenigstens für eine Versuchsperiode aufgeben und zwar entweder zusammen oder einzeln in der Hoffnung, daß andere dasselbe tun, auf daß neues Vertrauen entstehe und so die Grundlage für zuverlässige Absprachen gelegt werde.

Darum rufen wir alle unsere Brüder auf, mit christlichem Mut zu handeln und den Allmächtigen Gott zu bitten, er möge die Völker und ihre Regierungen auf den rechten Weg führen.

Das Volksgewissen darf nicht einschlafen

Die holländische Abteilung der «International Fellowship of Reconciliation» (des Internationalen Versöhnungsbundes), genannt «Kerk en Vrede» («Kirche und Frieden»), hat im Juni in Tausenden von Exemplaren ein Flugblatt verteilt, um hierdurch aufs neue das niederländische Volk an seine demokratischen Möglichkeiten zu erinnern.

Jede Kriegsvorbereitung, auch jedes Bereitseinwollen mit allen modernen Kriegs-

mitteln gegen einen eventuellen Angriff, bringt automatisch Fatalismus mit sich. Man nimmt in dumpfer Gelassenheit *alles* hin. An Widerstand, an Aufstand gegen den Tod denkt man nicht mehr.

Etwas von der matten Ergebung der Völker, welche unter der Diktatur leben, tritt auf diese Weise auch für diejenigen auf, die in den westlichen Demokratien wohnen. Und das ist verhängnisvoll.

«Kerk en Vrede» verteilte dieses Flugblatt, um zu versuchen, diese Mauer von Ergebung und Fatalismus zu durchbrechen.

Da ich wohl annehmen darf, daß auch die Leser der «Neuen Wege» sich für dieses Flugblatt interessieren, sende ich es Ihnen hiermit in deutscher Übersetzung zur Veröffentlichung.

Vielleicht kann es auch noch für die schweizerischen Verhältnisse von Wichtigkeit sein!

's Hertogenbosch, 22. Juni 1957. *Kr. Strijd*

Aufruf an das Niederländische Volk

Es geht um drei Dinge:

1. Selbstmord der Völker

Sie wissen, was der Gebrauch von Kernwaffen (Atom- und Wasserstoffbomben) bedeuten würde.

Die erste Atombombe auf *Hiroshima* vernichtete in einem einzigen Augenblick beinahe 100 000 Menschen — viele Zehntausende starben danach an der Strahlungskrankheit. Noch immer werden als Folge der radioaktiven Infektion mißgestaltete Kinder geboren.

Die Waffen aber, die man jetzt hat, haben eine noch viel vernichtendere Wirkung. Wirklicher Schutz ist hiergegen unmöglich. *Krieg bedeutet Selbstmord der Völker.*

Wenn auch unter den Gelehrten noch Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der schädlichen Wirkung der Versuche besteht — *eines ist sicher:* Wenn diese Waffen in einem Kriege gebraucht werden, dann werden die Folgen furchtbar sein. *Hiroshima ist nur eine kleine Vorprobe,* sowohl was die Vernichtung, als was die Infektion betrifft. Hierum geht es.

2. Sicherheit?

Amerika besitzt diese Waffen gegen Rußland.

Rußland besitzt diese Waffen gegen Amerika.

Von beiden Seiten tönt es: Wir werden sie gebrauchen, wenn es nötig ist.

Auf beiden Seiten glaubt man an die «abschreckende» Wirkung dieser Waffen.

Aber . . . wenn diese erst einmal erschöpft ist?

Was dann?

Es ist eine Tatsache (und hierbei verweisen wir auf den Ersten und den Zweiten Weltkrieg), *daß Kriegsrüstung kein einziges Problem wirklich und endgültig löst.*

Rüstung hält das internationale Mißtrauen wach. Wegen unseres Vertrauens auf diese Gott und Mensch entehrenden Mittel sehen wir nicht, daß auch noch andere Wege zur Verteidigung der Freiheit bestehen.

3. Was aber muß jetzt geschehen?

Es muß eine schnelle Veränderung eintreten, sonst läuft alles verkehrt.

Albert Schweitzer und Karl Barth haben darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung wachgerüttelt werden muß.

Das bedeutet:

a) Wir müssen unsere Regierung deutlich wissen lassen, daß wir uns gegen den Gebrauch von Kernwaffen aussprechen, gegen die Versuche mit Kernwaffen, gegen den Besitz von Kernwaffen, weil wir an diese Waffen nicht glauben.

b) Eine internationale Gelehrtengruppe muß gebildet werden, die auf rein wissenschaftlicher Grundlage sich ihr Urteil über die Folgen der Atomversuche bildet. Die Regierung bestehe hierauf!

c) Die drohenden Gefahren (wir verweisen auf Punkt 1) müssen überall ernsthaft zur Diskussion gestellt werden.

Das wäre ein *erster Schritt*, um zu einer internationalen Entspannung zu gelangen.

Holland muß diesen Schritt unternehmen.

Darum:

Gebrauchen Sie Ihre demokratischen Rechte!

Aber wie?

Schreiben Sie in diesem Sinne an die Zeitung, welche Sie lesen!

Schreiben Sie an Ihre politische Partei und sprechen Sie bei Zusammenkünften hierüber!

Lassen Sie es Ihre geistigen und geistlichen Leiter wissen (Pfarrer, Geistliche, Synode usw.)!

Schreiben Sie hierüber an den Rundfunk!

Sprechen Sie mit Ihren Kindern, mit jungen Leuten, mit den Kollegen bei Ihrer Arbeit und Ihren Nachbarn!

Unterstützen Sie wirklich vertrauenswürdige Aktionen gegen Atomversuche!

Auf diese Weise bekommt die Regierung zu wissen, was das niederländische Volk will.

Auf diese Weise kann die Regierung in dem Sinne beeinflußt werden, daß sie neue Wege einschlägt.

Sie müssen etwas tun: *Gebrauchen Sie Ihre demokratischen Rechte!*

In Christi Namen, im Namen der Menschlichkeit, im Namen der Menschheit — *gegen den Selbstmord der Völker.*

Hauptvorstand «Kerk en Vrede», Amsterdam

Welche Aufgaben haben die Frauen und Mütter im Atomzeitalter?

Vorbemerkung der Redaktion: Am 7. Juli 1957 fand in der Frankfurter Paulskirche ein Frauentag gegen die Atomgefahr statt. Leider wurde von verschiedenen Organisationen versucht, diese Veranstaltung als unter kommunistischem Einfluß stehend darzustellen. Wie die «Stimme der Gemeinde» (15/1957) schreibt: «Die Absicht war klar, diese Tagung von vornherein zu diffamieren und die Teilnahme an ihr zu beeinträchtigen. Das ist auch ein Stück weit gelungen – immerhin so weit, daß der Hauptreferent, Prof. Bechert, noch am Vorabend spät seinen Vortrag absagte! Die Hauptreferate – von der Pressereferentin der Stadt Frankfurt, Hellie Knoll (Mitglied der SPD), die buchstäblich ‚über Nacht' einsprang, und von Dr. Manstein – waren ausgezeichnet ... Mit Freude wurden die vielen Bekundungen des Gedenkens, der Anteilnahme und Zustimmung aufgenommen: von einigen Nobelpreisträgern, die zu den Göttinger Achtzehn gehören, wie Max Born, Max von Laue, C. F. von Weizsäcker, von Oberbürgermeister Scholl, dem Vater der Geschwister Scholl, Martin Niemöller und sogar aus Tokio von dem japanischen Evangelisten Kagawa und vielen anderen.»

Wir bringen nachstehend einen Teil des Referates von Dr. *Manstein*, Detmold, und überlassen das Urteil, wie weit die erwähnten Anwürfe berechtigt waren, unseren Lesern.

Bei den Gelehrten herrscht bis zu einem gewissen Grade völlige Ratlosigkeit. Bei denen, die die Gefahren des Atomzeitalters immer näher kommen und drohender werden sehen, erschöpft sich die Abwehr meist in Resolutionen und Denkschriften, deren zweifelhafter Wert bezüglich der Wirkung auf Politiker, Militärs usw. ja bekannt genug ist. Hier fehlt auffälligerweise fast überall das männlich-mutige Auftreten gegen eine Entwicklung, die offenkundig das Zeichen der Selbstvernichtung in sich trägt. Aber man fürchtet vielleicht, nicht als fortschrittlich angesehen zu werden, man möchte nicht als «moderner Maschinenstürmer» angeprangert – ja, was noch schlimmer wäre, verlacht werden.

Anderseits gibt es Äußerungen von fortschrittsgläubigen Wissenschaftern – eben den Extremgestalten mit männlicher Prägung –, die an Zynismus und Dreistigkeit kaum noch zu überbieten sind. So schreibt der deutsche Physiker *Jordan*, den man leider immer in diesem Zusammenhang zitieren muß:

«Viel ernster ist die Gefahr der Erbschädigung durch Nachwirkungen radioaktiver Strahlung, wie sie sicherlich im Falle einer wirklichen Katastrophe in großem Ausmaß auftreten würden. Aber dies ist eine Gefahr, der wir sowieso nicht entgehen können, einerlei, ob im Kriege oder Frieden.» Er berechnet die möglichen Dezimierungen der Menschheit nach Prozenten und sieht sie sogar als eine gar nicht so schlechte Lösung des Problems der Übervölkerung der Erde an.

Mir scheint, daß uns diese Nichtachtung fremden Lebens grausam bekannt vorkommt, aber der Wahnsinn wird methodisch zu Ende gedacht, wenn *Jordan* an anderer Stelle in geradezu kindlichem Beiseite-

lassen aller dabei auftretenden Schwierigkeiten als Vorbereitung für den Atomkrieg den Bau unterirdischer Städte empfiehlt, welche, wie er sagt, «die einzig mögliche Stadtform der Zukunft» sind.

Diesen Menschen wird das Ausmaß ihrer Ungeheuerlichkeiten vielleicht gar nicht bewußt, weil ihnen das Organ einer sittlichen Persönlichkeit fehlt, Menschen, die den Irrsinn als Gegebenheit hinnehmen und nicht einmal einen Protest versuchen. Sie sind, um einen Vergleich aus dem Bereich des Ärztlichen zu gebrauchen, gleichzusetzen den rücksichtslos wuchernden Krebszellen an einem Organismus, von denen eine Vielzahl schließlich den Körper – in unserem Falle die Menschheit – zum Erliegen bringt. Sie stehen auch im krassesten Gegensatz zu dem Lebenswillen der Gemeinschaft, der sich im Guten auch immer bewußt geblieben ist, wie sehr der Einzelne die Gesamtheit braucht, ja, wie stark er als Mensch eingebaut ist in die von Gott gegebene natürliche Umwelt. *Schweitzer* drückt das so aus: «Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.» Diese Ehrfurcht vor dem Leben hat, wie *Schweitzer* an anderer Stelle richtig betont, einen religiösen Charakter, und ein Mensch, der sie zu seinem Grundsatz macht, ist – unabhängig von allen überlieferten Glaubensvorstellungen – in einem ursprünglichen Sinne fromm. Hier ist auch der Ansatzpunkt, an dem sich Menschen aller Rassen, aller Nationen, Parteien oder Stände finden können, ohne sich immer erneut in Fragen nebensächlicher Bedeutung neben diesem Problem auseinanderzureden.

Diese vorhin genannten Forscher und mit ihnen viele andere haben vergessen, daß ihre Einstellung die Tatsache einer vorhandenen Lieblosigkeit nicht nur anerkennt, sondern ihre Widerstandslosigkeit hilft dazu, sie endgültig Macht über uns gewinnen zu lassen. Ihr Gefühl der Liebe und Verantwortung, das sie sicher auch gegenüber irgend welchen nahestehenden Menschen empfinden, ist im egoistischen engen Bereich hängengeblieben; die andere, größere Liebe von unserer Sicht her, die christliche Liebe für den Mitmenschen und jede Kreatur, ist erfroren unter dem Eise einer Zweckforschung, die unnütz, weil dem gottgewollten Leben schädlich ist.

Wie wenig sich solche Menschen zum Teil ihrer ungeheuren sozialen Verantwortung und der Konsequenzen aus ihrer Handlungsweise bewußt werden, erfuhr ich sehr eindringlich anläßlich eines Gesprächs mit einem Atomphysiker, der sogar solche Ansichten wie die *Jordans* weit von sich weist. Auf meine Frage, wie er nach Ablehnung des Atomkrieges denn nun zu Explosionstesten stehe, meinte er, diese seien aus Abschreckungsgründen für die «andere» Seite leider notwendig. Auf meine weitere Einwendung, daß dadurch und durch den unvorsichtigen Gebrauch von Atomenergie in Industrie und Wirtschaft schon heute mit einer Anzahl von Schäden und mit einer Erhöhung der Totgeburten und mißgebildeten Kinder zu rechnen sei, bekam ich zur Antwort: «Bei allen technischen Fortschritten hat es Opfer gegeben, sehen Sie sich doch nur die Ziffer der Verkehrstoten an!» Ab-

gesehen davon, daß man ja sagen muß, daß eine freiwillige Handlung vorliegt, wenn ich mich als Einzelner in den Verkehrstrubel begebe, trifft ein Verkehrsunglück ja nie unerwartet *alle* Verkehrsteilnehmer. Aber ich fragte in Erinnerung an vergangene und bestehende Mißachtung menschlicher Würde weiter: «Bei welcher Zahl von Toten oder Mißbildungen, verehrter Herr Professor, liegt denn nun Ihrer Ansicht nach die Grenze für verantwortungsvolles Handeln, da ich als Arzt ja meine Mühe schon an den Einzelmenschen verschwende? Sind es 10 000, eine Million oder zehn Millionen Menschen, die im Interesse des sogenannten Fortschrittes zugrundezugehen oder als mißgebildete Wesen ein elendes Dasein zu führen haben? Welche Möglichkeiten sehen Sie, von der Atomphysik her, diese von Ihnen angenommene Zahl auch dann einzuhalten?» Es folgte eine kurze Spanne des Schweigens, dann ein Aufspringen in Erregung: «Ist ja alles Übertreibung, was Sie vorbringen, alles Übertreibung!»

Diese Vogel-Strauß-Politik vor einer kommenden Katastrophe, dieses Nichtsehenwollen, habe ich vorhin schon einmal kritisiert. Aber die Gefahr ist uns so nahe gerückt, daß man als Biologe Zweifel hegen kann, inwieweit es uns noch gelingt, ein schauerliches Geschick abzuwenden. Ich will Ihnen heute hier nicht die Einzelheiten des Gesamtgeschehens vortragen, das ist in vielen Vorträgen, Veröffentlichungen usw. genügend geschehen – wobei ich besonders den ständigen deutschen Warner Prof. *Bechert* hervorheben möchte –, aber es müßten sich nur mehr Menschen und insbesondere Frauen darum kümmern! In die Frau ist von der Natur her eine besondere Liebe und enge Verbundenheit mit der Nachfolgegeneration gelegt worden, sie hat auch die körperliche Last zu tragen und ebenso in allerstärkstem Maße das Entsetzen, wenn sie eine Mißgeburt zur Welt bringt. Es ist in ihr gewachsen, und sie ist bereit, ein gefährdetes Neugeborenes mit Löwenmut zu verteidigen, aber hier liegt die tückische Schädigung durch strahlende Energie weit früher. Hier hat die mangelnde Ehrfurcht vor dem Leben längst vorher den innersten Kern für unsere Menschwerdung getroffen, so daß jeder nachträgliche Heilungsversuch scheitern muß. Wenn jemals, dann gilt hier für heute und alle Zukunft der Grundsatz: Vorbeugen ist besser als Heilen; denn eine Wiederherstellung so geschädigten Lebens ist gar nicht möglich. Dafür aber doch einige Hinweise, die zum Teil aus dem Bericht des Erbforschers Prof. *Kaplan* für die deutsche Atomkommission vom Mai 1957 stammen und den Ernst der Situation genügend kennzeichnen.

Sie haben alle schon davon gehört, daß die bei Atomkernspaltungen auftretenden sogenannten ionisierenden Strahlen nicht nur Hoden und Eierstöcke als sehr empfindliche Organe bei Mann und Frau zu schädigen vermögen, sondern daß sie in den Keimzellen Veränderungen der Erbanlagen hervorrufen. Solange solche Ereignisse nur bei einigen wenigen Menschen vorkommen, besteht für den Bestand einer Bevölkerung keine Gefahr. Außerdem sind wir alle tagtäglich einer

milden ionisierenden Strahlung aus dem Weltenraum und auch aus dem Erdbereich ausgesetzt. Die Frage ist jetzt, wieweit der Mensch durch *künstlich* erzeugte Zusatzstrahlung seine Erbfaktoren so weit verändern kann, daß er sich selbst zum Aussterben verurteilt. Der heutige Zivilisationsmensch ist nun bereits vorweg durch viele Giftstoffe, die ebenfalls auf die Erbanlagen wirken, so empfindlich geworden, daß es nur geringer Anstöße bedarf, um die Katastrophe zu vollenden. Man kann nun die jeden von uns treffende natürliche Strahlenmenge innerhalb der ersten 30 Lebensjahre physikalisch recht genau bestimmen; sie liegt etwa bei 3 bis 6 r (Röntgen). Diese Zeitspanne von 30 Jahren wurde gewählt, weil nach statistischen Erhebungen bis dahin die Mehrheit der Bevölkerung ihre Nachkommen erzeugt hat. Auch das allein ist schon eine Vergewaltigung einer nicht geringen Zahl von Menschen, aber entsetzlich wird es, wenn wir einmal betrachten, was geschieht, wenn dieser Betrag von 3 bis 6 r natürlicher Strahlung durch unsere zusätzlichen, künstlich geschaffenen Einrichtungen um das Doppelte für eine ganze Bevölkerung erhöht wird. Diesen Standpunkt haben wir aber bereits erreicht, wie sich aus den Untersuchungen der amerikanischen Akademie der Wissenschaften (National Academy of Sciences, Washington 1956) für die dortigen Verhältnisse ergibt. Danach muß jeder Einwohner heute bereits mit einer künstlich erzeugten Zusatzbestrahlung von 3 r (Seite 31) rechnen. Prof. *Kaplan* sagt dazu wörtlich folgendes:

«Der Gesamtschaden, der für ein Volk durch die Verdoppelungsdosis entsteht, ist wegen der vielen Kenntnislücken und der Schwierigkeit menschlicher Erbforschung heute nur schätzungsweise zu ermitteln. Es wird angegeben, daß etwa 2 Prozent der heute Geborenen erbkrank sind, und man darf annehmen, daß etwa die drei- bis zehnfache Zahl erbliche Belastungen trägt. Eine Verdoppelung der Erbänderungsrate würde also in einer 50-Millionen-Bevölkerung ... zusätzlich etwa 1 Million Erbkranke und zwischen 3 und 10 Millionen Erbbelastete erzeugen.» Dadurch ergibt sich: «Verdoppelung der ärztlichen Fürsorge, der sozialen Belastung und des Ausfalles an Arbeitsleistung infolge der Erbschäden.» Er weist dann darauf hin, daß unsere heutige Generation verantwortlich ist für Leiden und Tod von Nachkommen bis zum Ende des nächsten Jahrtausends. Er beklagt aber auch die heute noch überall bestehende Unbildung in diesen Fragen, so daß sich die Bevölkerung darin nicht anders verhalte «als primitive Urwaldeingeborene den Naturgewalten gegenüber».

Angesichts einer so übermächtigen Drohung – die sich tagtäglich noch verschlimmert – könnte man sich der Verzweiflung hingeben, wenn man nicht wüßte, daß noch in sehr vielen Menschen ein vernünftiges und damit naturnahes Denken erhalten geblieben ist. Man hat durch das Denken gelernt, eine organisierte Vorsorge gegen immer wiederkehrende Naturkatastrophen zu schaffen und hat ihnen damit in zivilisierten Ländern die größten Schrecken genommen. Allerdings

waren es bisher stets Gefahren, denen man Auge in Auge gegenüberzutreten hatte, deren entsetzliche Auswirkungen man immer erneut vor sich sah. Keiner von uns vergißt allerdings auch die Bilder der Hiroshima-Opfer und die sonstigen Furchtbarkeiten des letzten Krieges, aber des Menschen Instinkt scheint stumpf zu sein gegen das jetzt schon dauernd bestehende Fortschreiten des schleichenden Todes. Der französische Biologe *Rostand* hat es so ausgedrückt: «Die Radioaktivität hat der menschlichen Erbmasse heimlich den Krieg erklärt.»

Man sieht als Arzt unheimlich anmutende Parallelen zwischen Wesen und Art der Krebserkrankung beim Einzelmenschen und dem Vordringen der Radioaktivität am Körper der Gesamtmenschheit. Beim Krebs versagt häufig genug der natürliche Warner, der Schmerz, und der Mensch lebt bereits todgeweiht, aber noch voller Hoffnung, in den Tag hinein, bis der plötzliche Zusammenbruch oder das elende Siechtum einsetzt. In wie vielen Fällen sind die Warnrufe der Ärzte nach vorbeugender Untersuchung mißachtet worden. Will die Gesamtmenschheit sich ein ähnliches Schicksal bereiten, will sie sich nicht endlich wachrütteln lassen, wollen die Frauen in Sorge um ihre Kinder und Kindeskindes nicht endlich ihre Angst den Machthabern ins Gesicht schreien und überall in Ehe, Familie, im kleinen oder großen Wirkungskreis ihrer Stimme Geltung verschaffen?

Nun steht natürlich schon lange die Frage im Raum: Wie kann oder soll es der Einzelne machen? Am einfachsten wäre, sie würden alle zu Hause das vor dem letzten Krieg geschriebene Stück des oft geschmähten Dramatikers und großen Kritikers Bert *Brecht* mit dem Titel «Die Mutter» lesen. Darin ist die kämpferische Tragödie der besitzlosen, schwachen Arbeiter gegen die übermächtigen Fabrikherren am Beginn des Maschinenzeitalters beschrieben. Auch damals schien es so, als würde sich niemals etwas ausrichten lassen, und viele Verzagte sind auf der Strecke geblieben, bis es zur heutigen machtvollen Stellung der Gewerkschaften gekommen ist.

Sehr unterschiedlich ist unsere Situation angesichts der machtvollen Staaten mit H-Bombenrüstung auch nicht, nur scheint es, daß wir wenig Zeit zu verlieren haben, wenn wir überhaupt noch an eine Rettung glauben wollen. Die heutigen Kapitalisten der Atomenergie in Ost und West halten seit Jahren alle besitzlosen Völker in Angst und Schrecken. Jeder rüstet munter weiter und zeigt dabei auf den anderen, dem er die Schuld für sein eigenes Verhalten zuschiebt. Angeblich geschieht alles im Namen der Freiheit, aber die besitzlosen Völker haben sich schon lange daran gewöhnen müssen, diesen Begriff nicht mehr zu großartig auszulegen. Diese Freiheit reicht nämlich nur so weit, als es den östlichen oder westlichen Machthabern in ihre Politik paßt.

Sind wir aber machtlos? Ich glaube nicht; denn was spricht dagegen, daß sich die besitzlosen Völker in einer Art «Völkergewerkschaft» zusammenschließen? Hier könnten Indien und Japan, in denen Regie-

rung und Volk in der Ablehnung der Atomwaffen einig sind, vorangehen. In jedem Land aber werden sich immer mehr Atomgegner anschließen, und es gibt genügend Methoden des gewaltlosen Kampfes, um der anwachsenden Weltmeinung Gehör zu verschaffen.

Hier sind in einem ganz besonderen Maße die Frauen und Mütter aufgerufen, den Zusammenschluß zu fördern, ihre Abneigung gegen Vereinigungen zu überwinden und einzusehen, daß es um Sein oder Nichtsein der Menschheit geht. Ihr mögen die zukünftigen Schreckensschicksale unglücklicher Mütter vor Augen stehen, sie mögen bedenken, daß ihre eigenen Töchter und Söhne schon mitbetroffen werden von dem Übermut der zerstörenden Kräfte. All das sollte ihnen den Mut zum tätigen Handeln geben, herauszukommen aus der so oft geübten Zurückhaltung, um über Rassen und Nationen hinweg die Verständigung zu suchen. Zuerst muß der kleinliche Streit um Vorrangfragen in den Frauenvereinen und Friedensverbänden aufhören. Persönliche Eitelkeit und Postenjägerei stören das Vorwärtsschreiten zu gemeinsamem Handeln, sind aber zur Schadenfreude der anderen Seite noch überall an der Tagesordnung. Wenn ein Haus brennt, kann man unter den Bewohnern nicht mehr darüber diskutieren, wer das Recht hat, den ersten Wassereimer zu schütten, sondern da ist der willkommen, der die Menschen zu einer organisierten Löschreihe zusammenfaßt ohne Unterschied von Person und Rang.

Dieser organisierten Gemeinschaft sollten wir uns unter dem Symbol der «Ehrfurcht vor dem Leben» angliedern, um dann durch wirksame Boykotte, Streiks ganzer Länder und sonstige gewaltlose Maßnahmen die außer Rand und Band geratenen politischen Hasardeure, die mit dem Leben von uns allen spielen, zur Vernunft zu bringen!

Lassen Sie mich schließen mit den Worten der Mutter aus dem Drama Bert *Brechts*, das ich vorhin erwähnte:

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher,
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus niemals wird: heute noch.

Friedrich Nietzsche, der Seher zwischen zwei Welten

Der Abdruck der Nietzsche-Worte über «Das Mittel zum wirklichen Frieden» in der Juni-Ausgabe der «Neuen Wege» war eine Gabe, für die wahrscheinlich viele Leser von Herzen dankbar sind. Wird doch hier in einer großartigen Vorschau gezeigt, was in einer Lage, wie wir sie *so* buchstäblich *heute* haben, der tatsächlich *einzige* Weg zu einem wirklichen Frieden in der Welt ist. Von diesen Gedanken Nietzsches, des «Antichristen», wie er sich selbst nannte, des Lobredners von Krieg und Kriegsvolk, kann man wohl sagen, daß sie den Geist der Bergpredigt atmen.

In Deutschland erschien vor langer Zeit eine Abhandlung mit dem Titel «Nietzsche als Erzieher». Als ich, angeregt durch jene Friedensworte, wieder einmal Nietzsches Werke durchblätterte und an den Zustand der Welt von heute, 57 Jahre nach seinem Tode, dachte, drängte sich mir ein anderer Titel auf: «Nietzsche als Seher», und es schien mir der Mühe wert, eine kleine Sammlung von Aphorismen zusammenzustellen, die für uns Friedensarbeiter ein Trost und eine Kraftquelle sind. Bestätigen sie doch die Einsichten, die wir als Minderheit einer Mehrheit von Gedankenlosen, Gleichgültigen, Zynikern und gar Feindseligen gegenüber mit unserem Herzblut zu verteidigen haben. Wenn wir in folgendem diese in den Jahren 1880 bis 1889 geschriebenen Worte lesen, können wir uns vorstellen, in welche Vereinsamung sie den Schreiber zu seiner Zeit drängten.

Der europäische Mensch und die Vernichtung der Nationen

Der Handel und die Industrie, der Bücher- und Briefverkehr, die Gemeinsamkeit aller höheren Kultur, das schnelle Wechseln von Haus und Landschaft, das jetzige Nomadenleben aller Nicht-Landbesitzer – diese Umstände bringen notwendig eine Schwächung und zuletzt eine Vernichtung der Nationen, mindestens der europäischen mit sich, so daß aus ihnen allen, infolge fortwährender Kreuzungen, eine Mischrasse entstehen muß. Diesem Ziele wirkt jetzt, bewußt oder unbewußt, die Abschließung der Nationen durch Erzeugung nationaler Feindseligkeiten entgegen. Aber langsam geht der Gang jener Mischung dennoch vorwärts trotz jenen zeitweiligen Gegenströmungen.

Dieser künstliche Nationalismus ist übrigens so gefährlich wie der künstliche Katholizismus es gewesen ist, denn er ist in seinem Wesen ein gewaltsamer Not- und Belagerungszustand, der von wenigen über viele verhängt ist, und er braucht List, Lüge und Gewalt, um sich in Ansehen zu halten. Nicht das Interesse der Vielen (der Völker), sondern vor allem das Interesse bestimmter Fürstendynastien, sodann das bestimmter Klassen des Handels und der Gesellschaft treibt zu diesem Nationalismus. Hat man dies einmal erkannt, so soll man sich nur ungescheut als guten Europäer ausgeben und durch die Tat an der Ver-

schmelzung der Nationen arbeiten, wobei die Deutschen durch ihre altbewährte Eigenschaft, Dolmetscher und Vermittler der Völker zu sein, mitzuhelfen vermögen.

Beiläufig: Das ganze Problem der Juden ist nur innerhalb der nationalen Staaten vorhanden, insofern hier überall ihre Tatkräftigkeit und höhere Intelligenz, ihr in langer Leidensschule von Geschlecht zu Geschlecht angehäuftes Geist- und Willenskapital in einem neid- und haßerweckenden Maße zum Übergewicht kommen muß, so daß die literarische Unart fast in allen jetzigen Nationen überhand nimmt – und zwar je mehr als diese sich wieder national gebärden –, die Juden als Sündenböcke aller möglichen öffentlichen und inneren Übelstände zur Schlachtbank zu führen.

Sobald es sich nicht mehr um Konservierung von Nationen, sondern um die Erzeugung einer möglichst kräftigen europäischen Mischrasse handelt, ist der Jude als Ingredienz ebenso brauchbar und erwünscht als irgendein anderer nationaler Rest. Unangenehme, ja gefährliche Eigenschaften hat jede Nation, jeder Mensch: es ist grausam, zu verlangen, daß der Jude eine Ausnahme machen sollte. Jene Eigenschaften mögen sogar bei ihm in besonderem Maße gefährlich und abschreckend sein; und vielleicht ist der jugendliche Börsenjude die widerlichste Erfindung des Menschengeschlechts überhaupt. Trotzdem möchte ich wissen, wieviel man bei einer Gesamtabrechnung einem Volke nachsehen muß, welches, nicht ohne unser aller Schuld, die leidvollste Geschichte unter allen Völkern gehabt hat und dem man den edelsten Menschen (Christus), den reinsten Weisen (Spinoza), das mächtigste Buch und das wirkungsvollste Sittengesetz der Welt verdankt. (Aus: «Menschliches, allzu Menschliches.»)

Große Politik und ihre Einbußen

Ebenso wie ein Volk die größten Einbußen, welche Krieg und Kriegsbereitschaft mit sich bringen, nicht durch die Unkosten des Krieges, die Stauungen in Handel und Wandel erleidet, ebenso nicht durch die Erhaltung der stehenden Heere, so groß diese Einbußen auch jetzt sein mögen, wo acht Staaten Europas jährlich die Summe von zwei bis drei Milliarden darauf verwenden, sondern dadurch, daß jahraus, jahrein die tüchtigsten, kräftigsten, arbeitsamsten Männer in außerordentlicher Anzahl ihren eigentlichen Beschäftigungen und Berufen entzogen werden, um Soldaten zu sein; ebenso erleidet ein Volk, welches sich anschickt, große Politik zu treiben und unter den mächtigsten Staaten sich eine entscheidende Stimme zu sichern, seine größten Einbußen nicht darin, worin man sie gewöhnlich findet . . .

Aber abseits von diesen öffentlichen Hekatomben, und im Grunde viel grauenhafter als diese, begibt sich ein Schauspiel, welches fortwährend in hunderttausend Akten sich gleichzeitig abspielt; jeder tüchtige, arbeitsame, geistvolle, strebende Mensch eines solchen nach politischen

Ruhmeskränzen lüsternen Volkes wird von dieser Lüsternheit beherrscht und gehört seiner eigenen Sache nicht mehr wie früher völlig an. Die täglich neuen Fragen und Sorgen des öffentlichen Wohls verschlingen eine tägliche Abgabe von dem Kopf- und Herzkapital jedes Bürgers. Die Summe aller dieser Opfer und Einbußen an individueller Energie und Arbeit ist so ungeheuer, daß das politische Aufblühen eines Volkes eine geistige Verarmung und Ermattung, eine geringere Leistungsfähigkeit zu Werken, welche große Konzentration und Einseitigkeit verlangen, fast mit Notwendigkeit nach sich zieht. Zuletzt darf man fragen: lohnt sich denn alle diese Blüte und Pracht des Ganzen ... wenn dieser groben und buntschillernden Blume der Nation alle die edleren, zarteren, geistigeren Pflanzen und Gewächse, an welchen ihr Boden bisher so reich war, zum Opfer gebracht werden müssen? – (Aus: «Menschliches, allzu Menschliches.»)

Der Baum der Menschheit und die Vernunft

Das, was ihr als Übervölkerung der Erde in greisenhafter Kurzsichtigkeit fürchtet, gibt dem Hoffnungsvolleren die große Aufgabe in die Hand: die Menschheit soll einmal ein Baum werden, der die ganze Erde überschattet, mit vielen Milliarden von Blüten, die alle nebeneinander Früchte werden sollen und die Erde selbst zur Ernährung dieses Baumes vorbereiten werden ... Wir müssen der großen Aufgabe *ins Gesicht sehen*, die Erde für ein Gewächs der größten und freudigsten Fruchtbarkeit *vorzubereiten* – einer Aufgabe der Vernunft für die Vernunft. – (Aus: «Menschliches, allzu Menschliches.»)

Aus: Die Götzendämmerung

Die harte Sklaverei, zu der heute jeder Studierende durch den enormen Umfang der Wissenschaften verdammt ist, ist die Grundursache, daß vollere, reichere und tiefere Naturen keine echte Bildung und keine echten Lehrer mehr finden können ... Deutschland wird mehr und mehr das Flachland Europas. (Zurückübersetzt aus dem Englischen.)

Friedrich Wilhelm Foerster sagt (in «Erlebte Weltgeschichte») von Nietzsche: «Intellektuelle Zersetzung der sittlichen und religiösen Überlieferung war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts überall sichtbar geworden – aber nur Deutschland hat einen Nietzsche hervorgebracht, der als der furchtloseste Logiker der Zerstörung auftrat, der die Umwertung aller Werte forderte und dann zum Schluß ausrief: «Ich bin alles, was nicht aus noch ein weiß.»

Friedrich Nietzsche war in einer Kleinstadt des Königreichs Sachsen als Sohn eines lutherischen Pastors geboren. Beide Großväter waren auch lutherische Pfarrer gewesen. Sein Vater starb, als Nietzsche fünf Jahre alt war, und er blieb in dem dumpfen Pfarrhaus der Erziehung seiner

pietistisch-enggeistigen Mutter und zweier lediger Tanten überlassen. Schon als Kind litt sein unabhängig geborener Geist unter dieser Atmosphäre, und später quälte ihn seine Schwester Elisabeth durch ihre dem preußischen Thron ergebene Altar-Untertänigkeit und derer manches mehr. Er war auf den Namen Friedrich Wilhelm Nietzsche getauft, löschte den Wilhelm aus und nannte sich Friedrich Nietzsche. Seiner Familie zum Ärgernis erkannte er Bismarck und Wilhelm II. als Verhängnis für Deutschland und fluchte ihnen. Ganz sicher hat einesteils seine liebende Anhänglichkeit an die Familie, andernteils der geistige Abgrund, der ihn von ihr trennte, auf sein intensives, aber überzartes Gefühlsleben einen folgenschweren Einfluß gehabt.

Aus den bereits zitierten Aphorismen ist ersichtlich, daß Nietzsche, der «Logiker der Zerstörung», gleichzeitig die große Vision eines segensreichen Aufbaues der Menschheit hatte. Aber in seinem berauschten Drang nach Wahrheit und Reinheit verlor er sich in Irrtümer und Extreme, die seinem innersten Geiste zuwider waren. Wie erschütternd ist die Klage des Menschen, der sich gebrüstet hatte, Gott getötet zu haben: «Wir haben ihn getötet – ihr und ich! Wir alle sind seine Mörder! Aber wie haben wir dies gemacht? Wie vermochten wir das Meer auszutrinken? Wer gab uns den Schwamm, um den ganzen Horizont wegzuwischen? Was taten wir, als wir diese Erde von ihrer Sonne losketteten? Wohin bewegt sie sich nun? Wohin bewegen wir uns? Fort von allen Sonnen? Stürzen wir nicht fortwährend? Und rückwärts, vorwärts, nach allen Seiten? Gibt es noch ein Oben und ein Unten? Irren wir nicht wie durch ein unendliches Nichts? . . . Wie trösten wir uns, wir Mörder aller Mörder? Das Heiligste und Mächtigste, was die Welt bisher besaß, ist unter unseren Messern verblutet – wer wischt das Blut von uns ab?»

Ich las diese Worte, zitiert in Margarete Susmans *Abhandlung* «Friedrich Nietzsche von heute aus gesehen» (in ihrem Buch «Gestalten und Kreise»). Niemals habe ich Tieferes und Erleuchtenderes über Nietzsche gelesen. Es gab meinen labyrinthischen Gedanken über diesen labyrinthischen Geist (der immer nach seiner Ariadne suchte) den Faden, der mich aus dem Dunkel führte.

Wie klar Nietzsche unsere heutige Zeit gesehen hat, enthüllen seine Worte: «Es naht sich, unabweislich, zögernd, furchtbar wie das Schicksal, die große Aufgabe und Frage: Wie soll die Welt als Ganzes verwaltet werden?» Ist nicht in dieser Frage alle unsere Not verborgen? *Alles* drängt heute unsere Welt dazu, als Ganzes brüderlich verwaltet zu werden. *Dagegen* wütet furchtbar die blinde Eigensucht der Menschen, die dadurch um ihre materiellen Privilegien zu kommen fürchten. Himmel und Hölle setzen sie in Bewegung, und, wie Simson, wären sie fähig, das Dach einzureißen, unter dem sie stehen, dessen Trümmer auch sie selbst begraben werden, wenn – ja, wenn wir nicht die Gewißheit hätten, daß in der Menschheit eine dem Wahnsinn der Zerstörung entgegenarbeitende Kraft am Werke ist und von Sieg zu

Niederlage, von Niederlage zu Sieg beharrlich, langsam fortschreitet. Sie wirkt in aller Welt, zum Beispiel durch die Sonderorganisationen der UNO: für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), für die Welt-Kinderhilfe, in der Internationalen Arbeitsorganisation, für die Welt-Gesundheitshilfe usw. Sie nimmt mächtigen Aufschwung durch die Freiheitsbewegungen der Kolonialvölker Asiens und Afrikas und durch deren in Bandung erfolgten Zusammenschluß usw.

Ohne uns Illusionen über die Gewalt der Todesmächte zu machen, dürfen wir nicht die Augen schließen vor der Wirklichkeit des Lebenswillens, wie er, gestützt durch Klar-Sinn (als Gegenkraft zum Wahn-Sinn) und Güte des Herzens, die Völkermassen bewegt und zu Taten für friedliches Zusammenleben befähigt. Wieder einmal tut heute ein unerschütterlicher Glaube not an die Wahrheit, daß es die kleine Herde ist, der der Sieg gegeben wird, wenn die geistigen Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Wirken wir, sie zu schaffen, zu verstärken!

Neben dem dunklen Vogel, der von den Ufern des Potomac aus die ganze Welt durchfliegt, um Tod zu säen, werden mehr und mehr die lichten Vögel des Friedens und der Völkerfreundschaft zueinander fliegen, um zusammen zu suchen und zu bauen «unserer Kinder Land, das unentdeckte in fernsten Meeren», nach dem sich Nietzsche in seinen erleuchtetsten Träumen sehnte. *Alice Herz*

Gandhi zur Weltpolitik

Die Festlichkeiten zur Erinnerung an die Befreiung Indiens (am 15. August 1947) sind eben zu Ende gegangen. Uns scheint, die Welt habe Grund, jenes Ereignisses gleichfalls zu gedenken. Nicht allein, weil damals ein großes Volk seine Unabhängigkeit gewann und zu Weltgeltung aufstieg. Es sind vielmehr die besonderen Umstände dieser Befreiung, die Tatsache, daß mit ihr ein Gedanke seine Auferstehung erlebte, dessen Auswirkungen auf unsere moderne Welt noch gar nicht abzusehen sind. Der Mahatma, der die Idee der Gewaltlosigkeit, die Überwindung des Hasses durch Liebe und Hingabe so rein verkörperte, ist nicht mehr unter den Lebenden. Er fiel nationalistisch-religiösem Fanatismus zum Opfer, wie einst ein Größerer vor ihm.

Auch Gandhi war über Nationalismus und sektiererischen Glauben hinausgewachsen. Er lebte in freiwilliger Armut, um mit den Ärmsten fühlen zu können, aber seine Armut war ein ständiger Vorwurf an die Privilegierten – ja, eine stete Herausforderung. Trotzdem er aller Machtmittel entblößt war, zwang er die britische Kolonialmacht, sich seinem Willen zu beugen. Gandhi selbst würde sagen, *weil* er machtlos war, gewann der Geist der Wahrheit Macht und trug den Sieg davon. Sein höchstes Prinzip, die Wahrheit, war seine einzige Waffe.

Seine Worte im Dienste der Wahrheit waren einfach, konkret, unmißverständlich – was er über Freiheit und Demokratie in unserer Zeit zu sagen hatte, war nicht in verschleiernde Gleichnisse gehüllt und mochte bei vielen Anstoß erregen.

«Ich betrachte England nicht als freies Land, ebensowenig wie Amerika. Sie sind frei auf ihre Art, sie haben Freiheit, um die farbigen Völker der Erde in Sklaverei zu halten ... die Freiheit, die ihre Lehrer und Dichter schildern, ist ihnen vollkommen fremd.» (1942.) «Die Demokratien, die wir heute in England, Amerika und Frankreich (!) an der Arbeit sehen, sind nicht weniger auf Gewalt gegründet als Nazi-Deutschland, das faschistische Italien oder Sowjetrußland.» (1939.)

Der christliche Geist des Abendlandes erscheint Gandhi in dieser Gestalt: «Ich bin der festen Überzeugung, daß Europa heute nicht den Geist Gottes oder des Christentums vertritt, sondern den Geist Satans. Und Satan hat den größten Erfolg, wenn er den Namen Gottes im Munde führt. Europa ist heute nur dem Namen nach christlich. In Wirklichkeit betet es Mammon an.» (1920.)

Gandhi hat noch die japanische Katastrophe erlebt: «Ich betrachte die Verwendung der Atombombe zur wahllosen Vernichtung von Männern, Frauen und Kindern als den teuflischsten Gebrauch der Wissenschaft.» (29. September 1946.) «Die Atombombe sicherte den alliierten Waffen einen eitlen Sieg, sie überwältigte vorübergehend die Seele Japans, was sie aber der Seele der Zerstörernation angetan hat – das ist noch nicht abzusehen.» (7. Juli 1946.)

«Religion», sagte Gandhi, «ist der Glaube an die moralische Ordnung der Weltalls – die Herrschaft von Wahrheit und Liebe oder das Gottesreich auf Erden. Alle Religionen finden ihre Erfüllung in dieser Harmonie.»

Wir waren Zeugen des Sieges, den Gandhis Lehre der Gewaltlosigkeit für Indien davontrug. Es gibt verheißungsvolle Anzeichen, daß seine Botschaft nicht verhallt ist. Es ist die Tragik unserer Zeit, daß ihr Gandhis prophetischer Blick und das moralische Gewicht seiner Gegenwart versagt sind. Doch Gandhis Weg ist der einzige Weg in eine bessere Zukunft.

Paul Furrer

WELTRUNDSCHAU

Zur Strategie des Friedenskampfes

In einem meiner Bücherschränke habe ich auch zwei dicke Bände stehen mit dem Titel «Der Kampf um die Vermeidung des Weltkriegs». Es sind Randglossen und kurze Artikel, die Bertha von Suttner, die Verfasserin des berühmten Romans «Die Waffen nieder!»,

durch zwei Jahrzehnte hindurch zur Zeitgeschichte geschrieben hat, um die zur Katastrophe drängenden Kräfte bloßzustellen und zum Widerstand dagegen aufzurufen. Frau von Suttner hat – vielleicht glücklicherweise – den Ausbruch des Krieges, den sie nahen sah, nicht mehr erlebt; sie ist acht Tage vor den verhängnisvollen Schüssen von Serajewo, am 21. Juni 1914, aus dieser Welt geschieden. Wir andern haben nicht nur den Ersten, sondern auch noch einen zweiten Weltkrieg miterlebt. Und nun droht bereits ein dritter Krieg, der ebenso sicher wie seine beiden Vorgänger über uns kommen wird, sofern nicht noch rechtzeitig die radikale Umkehr von dem Irrweg erfolgt, auf dem sich die Politik der großen und kleinen Staaten, unerschüttert durch die Lehren zweier riesenhafter Zusammenbrüche, noch immer bewegt.

Bertha von Suttner ist, von ihrem sittlichen und gefühlsmäßigen Abscheu gegen Krieg und Gewalttätigkeit aus, rasch in die organisierte Friedensbewegung hineingewachsen, der man den Namen «ursächlicher Pazifismus» gegeben hat, weil sie sich «nicht unmittelbar gegen die Folge ‚Krieg', sondern gegen deren Ursache» wandte, die in der *Anarchie der zwischenstaatlichen Beziehungen* gesehen wurde. «Alle Staaten», so drückte es zum Beispiel Alfred H. Fried aus, der langjährige Mitarbeiter Frau von Suttners, «alle Staaten sind heute von einander abhängig, aufeinander angewiesen. Ein abgesonderter Staat ist nicht mehr denkbar . . . Dadurch, daß die leitenden Menschen den Zusammenhang, die gegenseitige Abhängigkeit der Menschheit noch nicht erkennen, entsteht ein Widerspruch zwischen deren Einrichtungen und dem natürlichen Entwicklungsgang. Dieser Widerspruch ist der Ausgangspunkt allen Unheils, das heute die menschliche Gesellschaft bedrückt.»

Nun ist die Mißachtung der unverbrüchlichen Solidarität aller Völker gewiß eine schwere Schuld und Quelle unsäglichen Elends. Aber sie ist gleichwohl nicht eigentlich die *Ursache* der Kriege, sondern nur ihr *Kennzeichen*, wie das Kennzeichen der ganzen Politik, deren «Fortsetzung mit anderen Mitteln» der Krieg ist. Dadurch, daß man feststellt, der Krieg komme von der internationalen Anarchie, erklärt man nicht viel mehr, als wenn man, ein Scherzwort Fritz Reuters wiederholend, sagt, die Armut komme von der Powertee. Die Frage ist doch, *warum* die Völker und ihre Regierungen der Tatsache der Zusammengehörigkeit aller Nationen so konsequent ins Gesicht schlagen und ihrem wirklichen Vorteil immerzu aufs ärgste zuwiderhandeln. Der «ursächliche Pazifismus» antwortet darauf zwar: Weil sie diesen ihren Vorteil nicht zu *erkennen* vermögen. Gerade A. H. Fried spricht (zum Beispiel in seiner Schrift «Die Grundlagen des ursächlichen Pazifismus») immer und immer von diesem Mangel an Erkenntnis und von der Unvernünftigkeit der Verhältnisse, aus denen der Krieg herauswachse. Aber das ist doch nur jener typische Vernunftglaube – Rationalismus –, der seinerseits verkennt, daß eine vernünftige Ord-

nung der Gesellschaft erst möglich wird, wenn die unvernünftigen, irrationalen Kräfte überwunden sind, die die Anarchie im inneren und im zwischenstaatlichen Leben der Völker erzeugen. Es hat darum auch keinen sehr großen Wert, die Unvernunft und den wirtschaftlichen Widersinn des Krieges anzuprangern, wie es von Erasmus bis auf Norman Angell (man denke an dessen weitverbreitetes Buch «Die große Täuschung»), ja bis auf den heutigen Tag soviele Beobachter tun und taten, solange nicht die Kräfte gebrochen sind, die den ganzen Widersinn unserer sozialen und internationalen Einrichtungen verschulden. *Diesen* Kräften muß vor allem unser Kampf gelten!

Und zwar meinen wir damit sowohl die im Einzelmenschen und in ganzen Menschengruppen wirkenden Leidenschaften und Willensrichtungen als auch diejenigen, die sich in bestimmten gesellschaftlichen Ordnungen, Einrichtungen und Bewegungen verkörpern: persönlicher und kollektiver Egoismus, wirtschaftliche Selbstsucht, nationale und soziale Brutalität, organisierte Gewalttätigkeit, und so weiter und so fort. Namentlich Gewaltglaube und Gewalttätigkeit! Es ist darum verkehrt, wenn der «ursächliche» Pazifismus – auch der modernste – vermeintlich überlegen auf diejenigen herabsieht, die dem Krieg ganz direkt zu Leibe gehen, durch Ablehnung militärischer Gewalt und Gewaltdrohung. Das ist nicht oberflächliche Symptombekämpfung, sondern greift den Krieg an einer seiner Hauptwurzeln an, indem es die Dämonie *aller* militärischen *Rüstungen* enthüllt und ihr von den tiefsten Kräften her, die im Leben des Menschen und der Völker wirken, Widerstand leistet. Auch die vielbespöttelte «Friedensbertha» kommt heute, im Zeitalter der Wasserstoffbombe, zu einem von ihr selbst ungeahnten Recht – sie, die schon 1893 schrieb: «Mit der Aera der Sprengstoffe hat die Gewalt eine Form angenommen, in der ihr die Gewalt nicht mehr beikommen kann. Und das bedeutet – entweder das Ende des Menschengeschlechts oder das Ende der Gewalt. Wir hoffen das letztere.»

Der übliche Pazifismus geht aber auch viel zu gleichgültig an dem Gewaltgeist vorbei, der seinen Niederschlag in unseren wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen gefunden hat. Insbesondere der *Kapitalismus* ist ja weithin selbst einfach Krieg und Gewalttat und wird – im bürgerlichen Klassenstaat – durch organisierte Gewalt aufrechterhalten. Er kann darum auch im Völkerleben nur immer wieder zu Gewalttat und Krieg führen, steht also ganz wesentlich hinter jener Mißachtung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit, deren höchste Erscheinungsform der Krieg ist. Sein Ausdehnungs- und Eroberungsstreben in die Welt hinaus, seine Gier nach Rohstoffen, nach Absatzmärkten für Verbrauchswaren und dann namentlich für Kapitalgüter, sein Suchen nach gewinnbringenden Kapitalanlagen in unterentwickelten Ländern – das alles war seit jeher und ist bis heute eine Quelle endloser Völkerkonflikte, Kriege, Eroberungs- und Unterdrückungsaktionen. Auch der Faschismus hat hier eine seiner stärksten

Triebkräfte, der vergangene wie der zeitgenössische. Und da der Kapitalismus trotzdem aus seinen inneren Widersprüchen und Schwierigkeiten nie herauskam, suchte und fand er in den militärischen Rüstungen ein wirksames Mittel, um seine chronischen Absatznöte zu überwinden – mit all den unabsehbaren Gefahren, die daraus für den Frieden erwachsen. Karl Liebknecht hat nur wenig übertrieben, wenn er sagte: «Der Kreislauf der kapitalistischen Gesellschaft geht vom Krieg zur Krise und von der Krise zum Krieg.»

Internationaler Klassenkrieg! Ihre gefährlichste Form haben aber die kapitalistischen Kriegskräfte mit ihrem *Kampf* gegen die jungen *kommunistischen Staaten* – Sowjetunion, osteuropäische Volksrepubliken, China, Nordkorea, Nordvietnam – erreicht. Nicht allein ist jetzt dem Kapitalismus, nach dem Übergang dieser Länder zur Gemeinwirtschaft, ein ungeheures Betätigungsfeld versperrt und damit sein Leben selber bedroht, das unter dem Gesetz steht: Expansion oder Explosion; auch in den altindustriellen Ländern entwickelt sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, noch verschleiert durch eine blendende wirtschaftliche Hochkonjunktur, allmählich eine Lage, die tiefe revolutionäre Wandlungen des Gesellschaftsgefüges ahnen läßt. Sie womöglich doch noch zu verhindern, ist der Zweck des amerikanischen Eingreifens in Westeuropa seit 1945 und des «Kalten Krieges», der unter Führung der Vereinigten Staaten gegen die kommunistisch regierten Ostländer im Gang ist. Der Kampf, den der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat gegen den sozialen Umsturz schon längst innert seiner eigenen Grenzen führt, ist so zum weltweiten zwischenstaatlichen Klassenkampf geworden, der zuletzt mit Atomwaffen und den anderen Massenvernichtungsmitteln ausgetragen zu werden droht.

Vor *dieser* Drohung tritt alle Friedensgefährlichkeit des Kommunismus um so mehr zurück, als der Gewaltcharakter des Kommunismus weithin nur die Folge des Versagens von Demokratie, Sozialismus und Christenheit gegenüber der Not der unterentwickelten Länder und dann namentlich die Folge der Bekriegung der Sowjetunion wie «Rotchinas» durch die internationale Gegenrevolution ist. Der Kommunismus zieht – als Gewaltregime – sein ganzes Lebensrecht aus diesem Versagen, und der politisch-wirtschaftlich-militärisch-propagandistische Kampf, der jetzt über die ganze Welt hin gegen den Kommunismus als *den* Friedens- und Menschheitsfeind geführt wird, stärkt nur andauernd dieses sein Recht, statt daß eine in *freiheitlichem* Geist unternommene soziale Umwälzung es ihm entzöge. Wir müssen darum den im Namen von Frieden und Demokratie organisierten Kreuzzug gegen den Kommunismus als völlig widersinnig ablehnen, so wenig wir auch geneigt sind, damit dem Kommunismus einen Freibrief für seine Gewaltpraxis auszustellen.

Aber wir können auch nicht einen *Pazifismus* gutheißen, der im

Konflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus nur den Machtkampf zweier Gewaltsysteme sieht und von beiden gleich weiten Abstand hält, den sozialrevolutionären Charakter des Kommunismus – der nicht einfach aufgehoben ist – ebenso verkennend wie den reaktionär-gegenrevolutionären Charakter des Kapitalismus, der den Kommunismus erst erzeugt hat und ihn auf dem Gewaltweg festhält. Solche Art Neutralität wird der Wirklichkeit nicht gerecht und dient der Sache des Friedens schlecht, die mit der Sache der sozialen Revolution aufs engste verknüpft ist und eindeutige Parteinahme für diese Revolution verlangt, auch wenn uns das bis zu einem gewissen Maß an die Seite der kommunistischen Weltbewegung führt. Dem Terror, der uns dafür mit moralischer und wirtschaftlicher Liquidierung bestrafen will, werden wir uns keinesfalls beugen!

Neben der beharrlichen, gläubigen Ablehnung militärischer Gewalt gehört so das Einstehen für einen sittlich-religiös begründeten Sozialismus zu den wesentlichen Bestandteilen unseres Friedenskampfes. Wir setzen uns für ihn in den alten, fortgeschrittenen Industrieländern ein, und wir halten ihn namentlich für die gegebene Form, in der sich die Befreiung und Modernisierung der «zurückgebliebenen» Länder vollziehen muß. Mit dem kapitalistischen Imperialismus, der die weißen Gläubigervölker, eingeschlossen ihre Arbeiterschaft, zu Ausbeutern der farbigen Schuldnernationen macht, muß es ein Ende nehmen. Wie H. N. Brailsford in seinem Buch «Why Capitalism Means War» («Warum der Kapitalismus Krieg bedeutet») so richtig sagt: «Aufhebung des Imperialismus heißt ganz konkret Vernichtung dieses Schuldverhältnisses, Ausgleich dieser beiden Lebenshaltungen (des Wohllebens der weißen Völker und des Hungerlebens der farbigen). Wenn wir tapfer genug sind, das zu unserem dringlichen Ziel zu machen, können wir auf Gewalt verzichten und mit den Kriegen Schluß machen. Das ist das große Zukunftsabenteuer. Der Sozialismus vermag es zu inspirieren; kein anderer Glaube kann es planen. Die Geschichte wird erzählen, ob die Sozialisten das Format haben, es durchzuführen. Sie wissen, wovon andere keine Ahnung haben: daß der Frieden auf Gleichberechtigung erbaut sein muß.»

Sozialisten – Kommunisten Wenn die Geschichte in Zukunft nichts anderes von den Sozialisten erzählen wird, als was uns ihre Gegenwartspolitik über sie offenbart, dann bleibt es freilich bös mit ihnen bestellt. Nehmen wir wieder die Haltung der *französischen* Sozialisten gegenüber den Kriegen um Suez und um Algerien. Im Schoß ihrer Partei entwickelt sich zwar mehr und mehr ein gewisser Widerstand gegen die leidenschaftliche Unterstützung, die diese imperialistisch-kolonialistischen Unternehmungen von seiten der Parteiführung und der Parteimehrheit gefunden haben und weiter finden. Aber die Minderheit bringt es bisher höchstens zu wirkungslosen Einzelprotesten, ohne den Willen und die Kraft zum

geschlossenen, organisierten Kampf gegen die Mehrheitsmeinung und die korrupte Führung. Als Guy Mollet am Parteitag in Toulouse die Algerienpolitik seiner Regierung (die ja auch von ihrer Nachfolgerin festgehalten wird) als durchaus mit den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie in Einklang stehend verteidigte, erhob sich auch die Opposition wie ein Mann mit der Mehrheit und sang begeistert die «Internationale» mit. Und wenn auch eine Anzahl Mitglieder der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung den neuen außerordentlichen Vollmachten, welche die Regierung für ihren Kampf gegen die algerische «Rebellion» verlangte, die Zustimmung verweigerte, also die Parteidisziplin – dieses Götzengebot – brach, so folgte die Mehrheit doch wieder dem Befehl der Parteileitung und sagte ja zu einer Vorlage, die – wenn aus ihr auch die gefährlichsten Artikel herausgenommen wurden – doch die politischen Freiheitsrechte der Franzosen im Mutterland selbst schwer bedroht. «So hat», wie Oreste Rosenfeld im «France-Observateur» schreibt, «der Neukolonialismus die Partei bis direkt an die Schwelle des Faschismus geführt. Wenn die Partei ihrem eigenen Abgleiten auf der schiefen Ebene keinen Einhalt geböte, würde sie der Erniedrigung der Republik und allen Abenteuern Tür und Tor öffnen.»

Dabei liegt der Bankerott dieses ganzen Neukolonialismus ja längst offen am Tag. Der politische Bankerott: Gegen das Freiheitsstreben der 8 Millionen Algerier, die in absehbarer Zeit 15 oder 20 Millionen sein werden, wird auf die Länge alle Unterdrückungspolitik der 1,3 Millionen Europäer nicht aufkommen. (Nicht ohne Grund besorgt man in Frankreich, die Absetzung des «kollaborationistischen» Beys von Tunesien und die Ausrufung der Republik durch Bourguiba werde üble Rückwirkungen auch auf Algerien haben!) Und erst recht der moralische Bankerott: Was die Franzosen in Algerien verbrechen, schreit ja einfach zum Himmel. Woche für Woche morden sie Hunderte von Arabern und Berbern; in der (beliebig herausgegriffenen) Woche vom 15. bis 21. Juni zum Beispiel waren es nach «Le Monde» ihrer 741, und letzthin wurden an einem einzigen Tag (25. Juli) 101 «Rebellen» getötet (in Ungarn waren es «Freiheitshelden»). Die Sozialistische *Internationale* aber, die so voll moralischer Entrüstung gegen die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die Russen protestiert hatte, bringt keinerlei gemeinsame Kundgebung des Abscheus gegen diese Schlächterei fertig! Die Londoner «Peace News» hat schon recht: «Wir beobachten (an der westlichen Sozialdemokratie) tatsächlich die Entwicklung eines ‚nationalen Sozialismus', der erheblich mehr mit dem deutschen ‚Nationalsozialismus' der Hitlerzeit zu tun hat als mit den Gedanken, auf denen die Sozialistische Internationale früherer Jahre aufzubauen versucht wurde. Eine Internationale von Sozialisten bietet heute keine größere Verheißung für die Bruderschaft der Menschen, als es eine Internationale konservativer Parteien tun würde.»

Aber was will man? Die sozialistischen Parteien des Westens ha-

ben eben – wenn man von den italienischen Linkssozialisten absieht – schon lang allen revolutionären Schwung verloren. Auch die *britische* Labourpartei, die nach Kriegsende so kühn in der Richtung auf eine sozialistische Ordnung vorstieß, hat seither Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen; in ihren neuen Programmschriften über «Öffentliche Unternehmungen» und «Industrie und Gesellschaft» wagt sie (nach dem «New Statesman») nur noch «eine begrenzte und höchst vorsichtige Ausdehnung des gesellschaftlichen Eigentums durch die nächste Labourregierung» zu empfehlen ... Im Kern ist diese neue Politik ein Versuch, sich mit dem Kapitalismus zu verständigen, nicht ihn durch eine andere Form gesellschaftlicher Organisation zu ersetzen. Die Labourpartei richtet eben ihre Politik weithin nicht nach sozialistischen Erkenntnissen, sondern nach ihrer Wirkung auf die schwankenden Wählerschichten, die sie für einen kommenden Wahlsieg braucht. Das gleiche gilt von der *westdeutschen* Sozialdemokratie, die sich einbildet, durch Verzicht auf alle ernsthafte Sozialisierungspolitik und diplomatisches Lavieren aller Art die «gehobenen» linksbürgerlichen Schichten für sich gewinnen und im September Adenauer von der Macht verdrängen zu können – diesen rücksichtslos dreinhauenden Demagogen, der keinen Anstand nimmt, die Bundestagswahlen «eine Entscheidung zwischen Christentum und Kommunismus» zu nennen und als Folge eines Sieges der SPD den «Untergang Deutschlands» an die Wand zu malen! Was für einen Sinn hat es bei solcher Verbürgerlichung der sozialistischen Parteien eigentlich noch, nach der Staatsmacht zu streben, die man ja doch nicht für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft gebrauchen will, sondern im besten Fall nur für einen «sozialen Wohlfahrtsstaat», der die *Grundlagen* der kapitalistischen Klassenherrschaft mit all ihren Riesenschäden unangetastet ließe?

Und wie will man da noch wirksam dem *Kommunismus* entgegentreten, der – freilich mit oft verderblichsten Mitteln – seinerseits die errungene Macht gründlich und großzügig für die soziale Umwälzung ausnützt, so wie sie seine Wortführer und Verwirklicher eben jeweils verstehen? Was man auch beispielsweise über Chruschtschews «neuen Kurs» für die *sowjetische* Wirtschaftspolitik sagen mag – der Mann steuert ihn mit größter Energie und Folgerichtigkeit seinem Ziel entgegen. Er räumt mit dem «Konservatismus» und den «alten Ideen und Methoden» jener Politiker radikal auf, die eine Dezentralisierung der Wirtschaft als abenteuerliches Experiment ansehen, ist vielmehr der Überzeugung, daß die Moskauer Bürokratie für die zentrale Leitung einer immer verwickelter und feiner werdenden Wirtschaft unfähig geworden ist, und führt jetzt ebenso planmäßig wie stürmisch den Grundsatz durch, daß die Wirtschaftsfragen «an den Produktionsstätten selber» gelöst werden müssen. Das wird, wenn es gelingt, eine richtige Revolution ergeben, vor allem in der Industrie, die heute genug geschulte Fachleute – Techniker wie Organisatoren – besitzt, um im

Rahmen des Gesamtplanes die Verantwortung für die Erfüllung der großen Wirtschaftsaufgaben selber zu übernehmen. Noch tiefer ist, wie Jacques Michel im «France-Observateur» (18. Juli) darlegt, die Umgestaltung, die in der sowjetischen Landwirtschaft erstrebt wird. Während die «Stalinisten» dreißig Jahre lang die Landwirtschaft, als rückständigen Produktionszweig, unter der Vormundschaft der «proletarischen» Planer gehalten und damit gerade an der vollen Entfaltung gehindert haben, geht jetzt die Schule Chruschtschew darauf aus, durch Lockerung der Zügel eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bauern und Regime zu schaffen. Dadurch soll nicht allein die Landwirtschaft einen Stand erreichen, der es erlaube, die Vereinigten Staaten bis Ende 1958 in der Milchproduktion und bis 1961 in derjenigen von Fleisch einzuholen, sondern auch das Regime fester in der bäuerlichen Bevölkerung verankert und so ein «Sieg des kommunistischen Prinzips» gewonnen werden, der im Innern wie nach außen hin bedeutsame Folgen haben kann.

Auf die Entwicklungen in den übrigen kommunistischen Ländern Osteuropas – auch in Ungarn, wo ein andauerndes Schreckensregiment den Ausbruch einer neuen Volkserhebung zu verhindern sucht – kann ich hier des leidigen Platzmangels wegen nicht eintreten. Hingegen sei noch ein Wort zu den Vorgängen in *China* gesagt. Es scheint, ich habe Mao Tse-tungs berühmt gewordene Rede über die «hundert Blumen», die man ruhig im Garten der politisch-sozialen Auseinandersetzungen blühen lassen solle, zu wörtlich genommen. Tatsächlich wird von oben her schon wieder ziemlich viel «Unkraut» ausgerottet, das die Untergärtner als Blumen ansahen und hegten. Besonders wird im «Demokratischen Bund», der wichtigsten nichtkommunistischen Partei, tüchtig gesäubert; seine Führer legen einer nach dem andern jene Schuld- und Reuebekenntnisse ab, die uns so würdelos dünken, aber auch in China eben zum offiziellen Gleichschaltungsbetrieb gehören. Es wird noch geraume Zeit gehen, bis sich das Regime so gesichert fühlt, daß die Kontroll- und Diktatsfunktion der Kommunistischen Partei entscheidend gemildert werden kann . . .

Asien im Umbruch Vergessen wir doch nie, in welch riesenhafter Umgestaltung der ganze asiatische Kontinent begriffen ist – einer Umgestaltung, in der es einen einheitlichen, festen Führungswillen einfach braucht! Angesichts der Unfähigkeit des kapitalistisch-imperialistischen Westens, die unterentwickelten Völker dieses Raumes in freiheitlich-demokratischem Geist zur politischen Gleichberechtigung und zur sozialen Erneuerung zu führen, bietet sich natürlich dem Kommunismus die größte Chance, sie auf *seinem* Weg zu befreien. Allein in Südostasien sind 600 Millionen Menschen – ein Viertel der lebenden Menschheit – seit Kriegsende von britischer, französischer und holländischer Kolonialherrschaft frei geworden. Aber solange diese Völker ihr wirtschaftliches und staatliches Gleich-

gewicht nicht gefunden haben und die Gefahr blutigen Aufruhrs und gewaltigster Erschütterungen nicht von ihnen genommen ist, stellen sie die Welt vor Probleme, vor denen – wie man mit Grund gesagt hat – all die Fragen, um die sich das kommunistische und das nichtkommunistische Lager, immer am Rand eines neuen Krieges stehend, jetzt herumbalgen, an Größe und Wucht völlig in den Hintergrund treten. Ob Südostasien seine politische und soziale Revolution mit demokratischen oder mit diktatorischen Mitteln vollzieht, ist noch durchaus eine offene Frage. *Burma* und *Indien* sind bisher entschlossen, den demokratischen Weg zu gehen, aber es wäre voreilig, zu behaupten, sie könnten ihre Absicht auch durchhalten. Besonders in Südindien – in Madras, Haiderabad usw. – hat der Gedanke eines radikalen Agrarkommunismus schon seit geraumer Zeit Fuß gefaßt, und die Parlamentswahlen, die im vergangenen März in der Provinz Kerala stattgefunden haben, erzeigen einen derartigen Fortschritt der kommunistischen Bewegung, daß zum ersten Mal in der Geschichte Indiens ein von Kommunisten geführtes Ministerium ans Ruder gekommen ist. Ob es anderseits Nehru gelingt, durch Maßnahmen wie das kürzliche Verbot eines Streiks der Post- und Bahnangestellten sein Volk zu überzeugen, daß es eben weiterhungern müsse, wenn die Industrialisierung rasch durchgeführt werden solle, das bleibt erst abzuwarten. In *Indonesien* aber haben die Wahlen in Zentral-, West- und Ostjava geradezu einen Erdrutsch nach der kommunistischen Seite hin gebracht – und die Bewegung ist offenbar noch längst nicht zum Stehen gekommen. Man mag wohl sagen – wie es André Philip im «Christianisme Social» (Mai-Juni-Heft 1957) tut –, der Abzug der Holländer aus ihrem indonesischen Kolonialreich sei für dessen Bevölkerung eine Katastrophe gewesen; die Lebenshaltung habe sich um mindestens einen Drittel gesenkt, der Mangel an Technikern und Verwaltungsbeamten habe zu wachsender Unordnung geführt, und die Versuche, zentralistische Methoden und eine Formaldemokratie nach westlichem Muster einzuführen, hätten das Chaos nur vermehrt, weil sie den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Landes in keiner Weise gerecht würden. Sicher ist trotzdem – und das hebt auch André Philip hervor –, daß das indonesische Volk den Weg seiner nationalen und sozialen Befreiung um jeden Preis fortsetzen wird. «Wir stehen hier – so sagt er – vor einer ebenso gerechten wie unvermeidlichen Entwicklung; diese Völker wollen ihre Selbstbestimmung, auch wenn diese Freiheit im Anfang mit einer Verschlimmerung der Wirtschaftslage und der Not der Bevölkerung erkauft werden muß.»

Ähnliches gilt für *Vorderasien*. Die dortigen Verhältnisse sind freilich recht verwickelt, so daß ich mir vorbehalte, bald einmal des näheren darauf einzutreten, zumal hier ein Unruhen- und Brandherd entstanden ist, den zu überwachen gerade wir «Westler» allen Grund haben. Einstweilen nur ein paar Hinweise auf die wichtigsten Punkte.

Zunächst: Die kürzliche Behauptung des britischen Außenministers

Selwyn Lloyd (vom 27. Juli), im Mittleren Osten habe sich die Lage dank dem Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs (Suezkrieg!) im vergangenen Herbst nunmehr «entschieden gebessert» und es sei damals eine Ausbreitung des Krieges verhindert worden – diese Behauptung ist eine offenkundige Unwahrheit. Das Gegenteil ist wahr: der britisch-französische Krieg gegen Ägypten hat die Welt unmittelbar an einen großen, allgemeinen Krieg herangeführt, und nur sein schleuniger Abbruch hat das Schlimmste verhindert.

Sodann: Die Aufgabe, «Ruhe und Ordnung» im Orient durch die Stützung der feudalen Herrschaftsmächte zu sichern, ist jetzt einfach von England (und Frankreich) auf Amerika übergegangen. Wie Paul Johnson im «New Statesman» (13. Juli) feststellt: «Die Scheiks und Könige, die Grundbesitzer und Kaufleute werden von nun an bei Washington Schutz suchen ... Amerika wird an die herrschenden Feudalklüngel gebunden sein, die einzige Gruppe in der arabischen Gesellschaft, die bereit ist, mit dem Westen auf Grund von dessen Bedingungen zusammenzuarbeiten. Amerika wird außerstand sein, eine fortschrittliche Entwicklung zur Demokratie hin zu befördern. Nationalismus wird gleichbedeutend mit Kommunismus werden, und Amerika wird sich gezwungen sehen, die widersinnige Aufgabe zu übernehmen, die es schon im Fernen Osten auf sich genommen hat: die Freiheit durch ständige Gewaltherrschaft zu erhalten.» Daß sich England jetzt mit seiner Militärhilfe an den Sultan von Muskat gegen den rebellierenden Imam von Oman ebenfalls wieder als «Ordnungsmacht» betätigt, ist nicht ohne Ironie, muß es sich dabei doch gegen den König von Saudiarabien kehren, der hinter der Rebellion zu stehen scheint, und damit indirekt auch gegen die Vereinigten Staaten, von deren Öldollars der König lebt ...

Ferner: Die «kommunistische Gefahr» für Vorderasien ist ein Propagandaschwindel, der nur dazu bestimmt ist, die amerikanische Vorherrschaft den Völkern des Mittelostens schmackhafter zu machen.* Der Kommunismus hat mindestens auf absehbare Zeit in diesem Raum nur ganz schwache Aussichten. In Moskau würde man sich schwer täuschen, wenn man erwarten sollte, durch Unterstützung des arabischen Nationalismus eine elementare sozialrevolutionäre Bewegung entfachen zu können. Der arabische Nationalismus wird gegenwärtig vor allem von einer sozial-konservativen Bourgeoisie getragen, die leicht gegenrevolutionär werden kann. «Jeder Nasser ist ein möglicher Tschiang Kai-schek», wie – etwas überspitzt vielleicht – schon gesagt worden ist. Die Ausspielung Ägyptens und Syriens gegen den Block Irak-Jordanien-Libanon-Saudiarabien – lauter amerikanische Satelliten – ist das Verkehrteste, was die Sowjetunion tun kann; eher gelingt es

* Das gilt auch von der Behauptung, die jüngsten Verschiebungen nach «links» hin, die in den militärischen Kommandostellen *Syriens* erfolgt sind, seien ein Beweis für die Absicht Moskaus, Vorderasien unter seine Herrschaft zu bringen (21. Aug.).

den Vereinigten Staaten, die Hand auch auf Ägypten und Syrien zu legen, als daß diese beiden Länder zu Werkzeugen Moskaus für die Sprengung der amerikahörigen Koalition im Orient werden. Der amerikanisch-imperialistische Einfluß in Vorderasien – wie überall sonst – wird nur durch die planmäßige Förderung der nationalen Befreiung und der sozialen Umwälzung gebrochen – im Kampf sowohl mit der konservativen Bourgeoisie wie mit dem reaktionären Feudaldespotismus.

Und schließlich: Im Rahmen einer solchen Gesamtpolitik kann und muß auch der arabisch-israelische Ausgleich bewerkstelligt werden. Dazu gehört, neben der Lösung des Problems der palästinensisch-arabischen Flüchtlinge, auch die Brechung der wirtschaftlichen Sperre der arabischen Staaten gegen Israel (die jetzt durch die Einstellung der Tätigkeit der British Petroleum and Shell Company umgekehrt noch verstärkt wird). Wird auf dieser Linie die Anerkennung des Lebensrechtes von Israel durch die arabischen Staaten erreicht und der arabische Haß gegen Israel zum Schwinden gebracht, so wird damit zugleich auch die Herrschaft der Feudalherren und Militärdiktatoren erschüttert, die in der künstlich genährten Feindschaft gegen Israel eine ihrer stärksten Stützen hat. Auch am Problem des Mittelostens zeigt sich so der enge Zusammenhang von sozialer Neugestaltung und Friedenssicherung, den jeder wirklichkeitsnahe Pazifismus fest im Auge behalten muß.

Das Weltgewissen erwacht Gleichzeitig muß freilich der *direkte* Kampf gegen den Krieg – das heißt für die militärische Abrüstung – ungeschwächt weitergehen. Ja, er muß noch viel tatkräftiger geführt werden als bisher, da wir nicht warten können, bis der Kapitalismus, der, nach dem Wort von Jean Jaurès, den Krieg in sich trägt wie die Wolke das Gewitter, überall zerbrochen ist. Die Londoner Abrüstungsverhandlungen sind freilich noch immer fruchtlos geblieben und werden es auch ferner bleiben, selbst wenn zuletzt irgend ein Abkommen unterschrieben wird, das man den friedenshungrigen Völkern vorweisen kann. Im besonderen der westmächtliche Vorschlag, Zonen abzugrenzen, innerhalb derer eine wechselseitige Überwachung der Vorbereitungen für einen allfälligen Überraschungsangriff aus der Luft stattfinden solle, ist schon darum zum Scheitern verdammt, weil die bis jetzt vorgeschlagenen Zonen zwar die wichtigsten Stützpunkte und möglichen Angriffsrouten der Sowjetunion einschließen, aber diejenigen Amerikas *nicht* erfassen würden, so die USA-Stützpunkte in Großbritannien, Spanien, Italien, Nordafrika, Saudiarabien, der Türkei, in Pakistan, im Pazifik, in Grönland und auf Island. Der Hinweis, daß dafür auch China, Vietnam und Nordkorea nicht in die Inspektion einbezogen werden sollen, ist natürlich nur eine Ausrede. Die Militärs und die Politiker der «Stärke» haben eben längst dafür gesorgt, daß ihre Grundkonzeption von keinem solchen Abkommen irgendwie bedroht wird, vor

allem nicht diejenige der Westmächte: Einkreisung der Sowjetunion durch einige hundert Stützpunkte, Aufrechterhaltung der Militärbündnisse (NATO, Bagdadpakt, SEATO), Fortgang der Herstellung und Anhäufung von Kernwaffen, und so weiter.

Das sieht man auch aus der «Berliner Erklärung» vom 29. Juli, die klipp und klar feststellt, daß eine umfassende Abrüstung die vorherige Lösung der deutschen Frage (natürlich im Sinn der Westmächte, mit bedingungsloser Räumung Ostdeutschlands durch die Russen) voraussetze und über die NATO nicht diskutiert werden dürfe, ein vereinigtes Deutschland vielmehr volle Freiheit haben müsse, sich dem Westblock anzuschließen, wenn es dies wünsche – woran selbstverständlich kein Zweifel möglich wäre, wenn das von den Vertretern Amerikas, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands umrissene Programm durchgeführt würde. Sogar der vorsichtige «Oppositions»-Führer Ollenhauer bemerkt zu dieser Erklärung, sie setze die militärische Blockpolitik fort, die ja gerade die Spaltung Deutschlands und Europas herbeigeführt und vertieft habe.

Nein, von *solcherlei* Programmen für die Lösung der deutschen Frage und die Befriedung Europas ist rein nichts zu erwarten, sowenig wie von den reichlich unrealistischen Forderungen, die die ostdeutsche Regierung, im Einklang mit Moskau, zur gleichen Sache neuerdings erhoben hat. Will man mit der Abrüstung Ernst machen, dann muß man auf alle politischen «Vorbedingungen» entschlossen verzichten und ganz einfach – wirklich die Waffen niederlegen, zunächst einmal die Atomwaffen. Es ist hier wie in scheinbar undurchsichtigen, unentwirrbaren Lagen des Einzellebens: man muß einfach den nächsten Schritt machen, das vom Gewissen gebotene unmittelbar Rechte tun – dann lösen sich nach und nach die Verwicklungen von selber und der ganze Weg wird klar. So müssen auch die Völker jetzt den Höllenkreis von Vorbedingungen und Voraussetzungen für die Abrüstung durchbrechen und das tun, was nunmehr wirklich reif geworden ist: *auf die Bereitstellung von Kernwaffen entschlossen und ein für allemal verzichten.* Dann wird auch die politische Atmosphäre entgiftet werden – nicht bloß die natürliche Luft, die wir atmen – und das Klima geschaffen sein, in dem ein friedliches Zusammenleben der Nationen, Rassen und Sozialsysteme möglich wird ... sofern man diese Koexistenz wirklich will. Das ist freilich Voraussetzung – die einzige, die zu erfüllen ist, soll die Abrüstung zur Tatsache werden.

Ist es Illusion, zu erwarten, daß sich die Forderung auf bedingungsloses Fallenlassen der Drohung mit Atomwaffen in den Völkern mehr und mehr durchsetzt? Ich glaube es nicht. Ich glaube vielmehr mit dem Engländer Joyce, der in der Neuyorker «Nation» (6. Juli) einen aufrüttelnden Artikel über die Abrüstungsbewegung veröffentlicht hat, daß «etwas Machtvolleres als nur Vernunft in den gewöhnlichen Männern und Frauen heute tätig ist ..., etwas, das wie ein Weltgewissen auszusehen beginnt. Denn die wirkliche Krise, vor der die

Menschheit steht, ist dem Augenschein zum Trotz nicht militärischer, sondern moralischer Natur. Wir haben es nicht mehr mit einem wissenschaftlichen Dilemma zu tun, sondern mit einem geistigen ... Es geht nicht mehr um ‚kontrollierten (radioaktiven) Abfall', um ‚bewaffnete Inspektion' oder sonst eine der Nichtigkeiten, die als Staatskunst gelten; es geht einfach darum, ob der Mensch noch länger auf diesem Planeten zu leben verdient, wenn er eine Sünde wie diese (die Bereitstellung von Atomwaffen) auf dem Gewissen hat.» Mit nur zuviel Recht meint Joyce, die Bemühung um die Herstellung einer «sauberen» Wasserstoffbombe beweise lediglich, wie tief in seiner Verblödung und vollkommenen Mißachtung sittlicher Werte das militärische Denken gesunken sei; Machiavelli wäre vor Scham gestorben, wenn er seinem Fürsten Ratschläge gegeben hätte, wie sie jetzt seine Nachfolger in der Verteidigungskunst den Regierungen geben. Auf die Wiederkehr solcher Schamhaftigkeit, auf solchen siegreichen Durchbruch des Menschheitsgewissens vertrauen wir, wenn wir zur gesteigerten Fortführung des Kampfes gegen das Verbrechen der Politiker und Militärs, der Gelehrten und Laien aufrufen, die in Verkennung der elementarsten sittlichen Gesetze von immer vollkommeneren Kriegsrüstungen und gar von der Abschreckungswirkung der Atomwaffen die Sicherung des Weltfriedens erwarten. Das friedliche Zusammenleben der Völker *wird* gesichert werden – aber «nicht durch Heeresmacht und nicht durch Gewalt, sondern durch meinen Geist; so spricht der Herr der Heerscharen». (Sacharja 4, 6.)

12. August *Hugo Kramer*

Wenn in alten Zeiten ein Volk neues Land nötig hatte, dann veranstaltete es wohl einen Auszug der Jugend in dieses neue Land. Wir Schweizer haben im geistigen Sinne neues Land nötig. Darum muß die Jugend auswandern aus alten Urteilen, alten Stimmungen, alten Geistesbequemlichkeiten, um Neuland der Wahrheit und der Freiheit zu erkämpfen.

Leonhard Ragaz

Der einzige Tyrann in der Welt, den ich anerkenne, ist die «leise innere Stimme».

Mahatma Gandhi

Der Rest

«Ein Rest kehrt um . . .» (Jesaja 10, 21)*

Die Kerngedanken der israelitischen Propheten erweisen sich immer mehr als wichtig auch für unsere Zeit, für unser Volk, für uns selbst. Zu diesen gehört auch der «Rest»-Gedanke. Wir stellen ihn in den Mittelpunkt.

Jesaja ist der große Prophet aus der zweiten Hälfte des achten Jahrhunderts vor Christus. Er ist der Mann, der Gottes Wort gehört hat, ihm gehorchte und es weitergab.

Er lebte in einer bewegten Zeit. Die große Weltmacht Assyrien bildete eine ständige Bedrohung aller Völker. Rasende Gewalt stürmte über alle Länder und hatte überall die gleichen Folgen.

Das nördliche Reich, Israel, war bereits von den Assyrern zertreten worden. Und das kleine südliche Reich Juda bebt: bald kommt Assur. Der König hat Angst. «Da bebte sein Herz und das Herz seines Volkes, wie die Bäume des Waldes vor dem Windbraus beben.»

Jesaja sieht es: auch Juda wird unterliegen. Das ist schrecklich, denn das Volk von Juda ist sein eigenes Volk. Aber doch muß er auch die andere Seite sehen: Juda hat es verdient. Durch seine Untreue an Gott hat das Volk das Urteil herausgefordert.

Und nun weiß Jesaja eines ganz sicher: Gott gebraucht Assur als «die Rute seines Zorns». Er weiß, daß Assur nur Werkzeug ist. Das ist die prophetische Vision der Weltsituation.

Jesaja weiß auch, daß die große Masse des Volkes dann mit den Assyrern mitlaufen wird. Das Volk wird auf dem verkehrten Wege nicht umkehren. Es wird in Untreue und Ungehorsam verharren. Und zum Schluß wird die große Vernichtung von Stadt und Land kommen.

Und doch ist die Vernichtung nicht das Ende. Es wird ein Rest, ein Überrest bleiben. Dieser Rest kehrt um. Dieser Überrest ist das wahre Israel, das echte Volk. Und jetzt schon ist etwas von diesem Rest um Jesaja zu sehen. Es ist der kleine Kern, der sich Gottes Wort zu Herzen nimmt.

Der Kern ist gehorsam, ist treu. Und er ruft auch zur Treue auf. Die anderen finden die Menschen dieses Restes töricht und unpraktisch und nicht realistisch. Und doch hat sich später das Folgende ereignet: Als geschehen war, was die anderen (die sogenannten «Praktikusse») wollten, und schließlich ein Bündnis mit den Assyrern geschlossen war, blieb von der Freiheit Judas nichts mehr übrig. Juda hatte seinen Charakter verloren.

Der Kern wußte trotz aller Schmach: Wir dienen der Zukunft, wir sind dem Bunde treu, den Gott mit Israel geschlossen hat. Sie waren davon überzeugt, daß das der einzig wahre, positive Volksaufbau war.

So sehr war dieser «Rest»-Gedanke Wirklichkeit, daß Jesaja seinen

* Die Übersetzung der Texte ist von Martin Buber («Das Buch Jeschajahu», verdeutscht von Martin Buber, gemeinsam mit Franz Rosenzweig).

Sohn Schear Jaschub nannte, was bedeutet: «Rest-kehrt-um». Dieser Name war eine lebendige Verkündigung. Dieser Sohn trug Gottes Wort durch Jerusalem. Und man sprach über diesen sonderbaren Namen. Das lag auch in seiner Absicht. Denn dieser Name war ein Aufruf: Gehörst du auch zu diesem Rest?

Einmal spricht Jesaja in dem folgenden Bild: Die Oliven werden vom Baum abgeschlagen. Aber die höchsten Früchte sind unerreichbar. Sie bleiben übrig. Sie bilden einen Überrest. So wird es auch mit Israel kommen.

«Beim Abpflücken nämlich bleiben daran,
wie beim Olivenabklopfen,
zwei, drei Früchte an der Spitze des Wipfels,
vier, fünf in seinen, des Fruchtbaums, Zweigen
künden von *ihm*, dem Gott Jisraels.»

Der Rest ist unantastbar, nicht wegzuschlagen. Dem Baume treu.

Nun wird uns der «Rest»-Gedanke deutlicher. Er bekommt Leben und Glut. Die Grellheit der Aktualität beginnt darin aufzuleuchten. Der Text spricht ein Wort, jetzt nicht nur für Israel, sondern nun für unsere Zeit und für unser Volk. Dieses Wort Gottes richtet sich an uns selbst.

Unsere politische Lage ähnelt der, worüber Jesaja spricht. Unsere Welt ist in Bewegung. Geistige Erdbeben rühren die Völker auf. Aber hört man inmitten dieses Getöses auf das rettende Wort Gottes? Oder sind es auch jetzt wieder, wie in der Zeit Jesajas, nur kleine Gruppen, «Reste», die – über alle Völker verteilt – die Botschaft Gottes hören und ihr gehorchen?

Trifft nicht für alle Völker das alte Jesaja-Wort zu:

«Denn ob auch deines Volks, Jisrael,
wie des Sands am Meere wäre,
ein Rest nur in ihm kehrt um!»?

Und nun wird uns die Frage gestellt, so persönlich wie möglich: Gehören auch wir zu diesem Rest, zu diesem Kern? Gehören auch unsere Kirche, unsere Gemeinde, die Gemeindemitglieder, gehöre ich selbst dazu?

Erst müssen wir einige Mißverständnisse aus dem Wege räumen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht automatisch zu diesem Rest gehören. Um ein Beispiel zu nennen: nicht weil wir Mitglieder der Kirche, Pfarrer sind oder regelmäßig zur Kirche gehen. Nein, nur aus innerlichem, persönlichem Entschluß können wir zu diesem Rest gehören. Nur durch die Antwort, die wir auf Gottes Wort geben. Und dieser Entschluß bedeutet, daß wir uns in Wort und Tat nach dem Wort Gottes richten wollen. Dies ist für uns das Evangelium Jesu Christi. Wir wollen uns auf allen Gebieten unseres Lebens nach diesem Wort richten, auch da, wo wir uns als einen Teil unseres Volkes fühlen.

So laufen wir nicht mit der Masse mit. Wir werden keine Herden-

menschen, wir bekommen keinen falschen Herdengeist. Denn wir dürfen zu dem Rest gehören, der umkehrt, aber nicht automatisch, sondern über die Schmerzen (aber auch über die Herrlichkeit) des streng persönlichen Entschlusses.

Ich erwähne noch ein Mißverständnis. Nicht jeder Rest ist der gute Rest. Wir können uns zwar von der großen Masse unseres Volkes absondern, aber dadurch haben wir noch nicht die Gewißheit, daß diese Absonderung auch wirklich gut ist. Jesaja und die Seinen bildeten den guten «Rest», weil sie dem wahren Gott dienten, dem Gott des Rechtes und der Wahrheit. Sie wendeten sich nicht an einen falschen, assyrischen Gott, sondern an den Gott, der einen Bund mit Seinem Volke Israel geschlossen hatte. Und in diesem Sichkehren zu dem wahren Gott sahen sie die einzige Rettung für Land und Volk.

So liegt es auch für uns. Nicht jeder Rest ist der gute Rest. Isolierung allein bedeutet nichts. Als Christen sagen wir: Gut ist für uns nur dasjenige, das in Übereinstimmung mit dem Evangelium Jesu Christi zu bringen ist.

Wir wollen – und dürfen! – nur zu jenem «Rest» gehören, der dem wahren Gott dient, ihn bekennt und ihm gehorcht: dem Gott der Propheten und Apostel. Er fordert von uns: Dienst am Recht, Wahrheit und Erbarmen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, wie dieser Rest das Weltgeschehen betrachtet. Damals hatte das ganze Volk vor Assur Angst. Andere wieder gaben sich einem versteckten Haß gegen dieses wilde Volk hin. Aber Jesaja und der Rest wußten: Gott spricht: «Assur ist die Rute meines Zorns.» Der Rest wußte: Gott ist der Höchste. Er ist im schlagendsten, realistischsten Sinn des Wortes der Herr aller Herren, der König aller Könige. So wurden sie von der Angst befreit, so wurden sie nicht vom Hasse verzehrt, weil sie den sicheren Glauben hatten: Gott hat das letzte Wort.

Auf diese Weise behielt dieser Rest eine würdige und mutige Haltung gegenüber den Assyrern. Gott hatte ihnen das Geheimnis der Weltgeschichte offenbart. Sein Name war: *Jahweh*: «Ich werde da sein, als der ich da sein werde», *«Ich bin da»*.

Und dieser souveräne Gott, dieser absolute Herrscher pfeift den Assyrern «vom Erdenrand», wie der Imker in früheren Tagen seinen Bienen pfiff.

Das ist die gewaltige prophetische Anschauung des Lärms des Weltgeschehens. Aber glücklicherweise ist das nicht nur eine vergangene Wirklichkeit; denn auch uns Christen sind die Augen geöffnet worden. Unser Blick ist durch das Licht Jesu Christi, unseres Herrn, geheilt worden.

Das Osterevangelium offenbart uns das Geheimnis der Weltgeschichte. Nicht das Unrecht, nicht die Sünde, nicht die brutale Ge-

walt, nicht die Finsternis des Todes, nicht Pilatus, nicht Kajaphas tragen wirklich den Sieg davon ... Nein, der Endsieg ist Jesus Christus vorbehalten, der von *ihm* bewiesenen, erbarmungsvollen, gerechten und heiligen Liebe.

Der «Rest» sah es, und der «Rest» sieht es: «Assyrien» kann niemals den letzten Sieg erringen. Dem pfeifenden Imker und dem Gott von Ostern ist das letzte Wort vorbehalten.

«So wahr Gott Gott ist und sein Wort,
muß Teufel, Welt und Höllenpfort
und was dem tut anhangen,
einst werden doch zu Schand und Spott:
Gott ist mit uns und wir mit Gott;
den Sieg woll'n wir erlangen.»*

Der «Rest» ist nicht hochmütig. Sie, die zu dem «Rest» gehören, klopfen sich nicht in pharisäischer Selbstgerechtigkeit an die Brust und sagen: «Wir sind es.» Im Gegenteil. Denn ebenso wie Jesaja und sein Kern kennen auch wir den Zweifel. Auch wir fragen uns oft: Dienen wir wirklich der Zukunft? Fast ein jeder geht ja in anderer Richtung, und die ist besonders in nationalen und internationalen Angelegenheiten in den meisten Fällen nicht die christliche. Sollten wir nicht auch mitlaufen? Das ist doch eigentlich viel bequemer. Denn was erreichen wir schon mit dem anderen?

Weil dieser Zweifel oft angsterfüllte Wirklichkeit ist, ist der «Rest» nicht hochmütig, sondern er lebt in Demut. Er weiß: Mut kann nur durch Gottes Kraft kommen. Der «Rest» ist heilig davon überzeugt, daß er kraftlos ist, wenn er nicht immer wieder durch Gott aufgerufen wird. Ohne den stetigen Ruf ist auch kein immerwährender, besser: kein immer wieder neu anfangender Gehorsam möglich.

Der «Rest» ist nicht eine Gruppe selbstgerechter, sich fehlerfrei wähnender Leute. Der «Rest» ist nicht vollkommen – er will nur gehorsam sein. Der «Rest» kennt und erkennt die Solidarität in der Schuld – er weigert sich aber, aus sogenannter Solidarität für immer am Unrecht mitzuwirken.

Der «Rest» hat eine entschiedene Wahl getroffen – er konnte und kann nicht anders.

Aber der «Rest» weiß, daß er noch lange nicht das tut, was der HERR von ihm verlangt. Darum auch liegt ihm jeder Hochmut fern.

Der «Rest» ist auch unantastbar, unerreichbar. Wir denken an das Bild von den hohen Oliven, die nicht weggeschlagen werden können. Man kann sie nicht erreichen.

Jesaja wurde in zwei Stücke gesägt. Aber hat man damit wirklich viel erreicht? Das heilige Feuer, das er behütete und in die Welt hineinwarf, brennt noch immer. Eigentlich hat man also keinen Erfolg gehabt.

---

* Lied von Jacobus Fabricius. Vgl. Dr. Otto Lauterburg: «Nun danket alle Gott», S. 349, 350.

Ich weiß, daß man die Schwierigkeiten nicht übersehen darf. Aber verlieren wir die wahre Wirklichkeit nicht aus dem Auge!

Da steht die Gestalt Jesu Christi, unseres *Herrn*. Golgatha. Und Kajaphas und Pilatus – denn der irrenden Kirche folgt der irrende Staat – können zufrieden sein. *Er*, der sich «das Licht der Welt» nannte, wurde gekreuzigt. Das Licht ist gelöscht. Aber sowohl die Juden wie auch die Römer irrten sich. Denn das Christus-Feuer war und ist nicht zu löschen. Es ist unantastbar. Und nach Golgatha kommt die Herrlichkeit von Ostern und die Verzückung von Pfingsten.

Nun kann sich das Getöse der nächsten Jahrhunderte noch so sehr austoben, um die Anhänger jenes wunderlichen Jesus Christus auszurotten – und dabei denken wir an jedes der zwanzig Jahrhunderte für sich selbst –: immer gab es den «Rest», der unantastbar ist. Und wir fügen hinzu: Immer wird es diesen «Rest» geben, der unantastbar ist.

Man kann Menschen brechen, ja in Menschen das Licht von Verstand und Vernunft, von Gefühl und Willen auslöschen. Aber das Licht des Evangeliums, das Licht, das Jesus Christus in uns entzündet hat, bleibt brennen. Das ist unauslöschlich. Das kann man nicht ergreifen.

Aus der Mutter ist die Liebe zu ihrem Kinde auch mit Brenneisen nicht wegzubrennen. Sie kann durch Marter betäubt werden, sie kann vielleicht so sehr gefoltert werden, daß sie den Namen ihres Sohnes nicht mehr aussprechen kann – die Liebe aber ist unantastbar. Niemand kann sie ergreifen und wegbrennen.

So steht es auch jetzt um den «Rest». Wir glauben: Das Gottesfeuer – und das ist für uns Christen das Feuer des Evangeliums – ist nicht zu löschen. Und der «Rest», in dem dieses Feuer brennt, wandelt auf dem ewigen Weg.

Der «Rest» ist unantastbar.

Nicht weil die «Rest»-Menschen so tüchtig und so mutig sind.

Sondern nur, weil der *Herr* sie stützt.

Nur, weil die Zukunft des Gottesreiches stärker ist als die schwachen Nachfolger.

Unser Ruf ist: zum «Rest» zu gehören, der Gottes Wort hört, ihm mit Freude gehorcht, es in Demut glaubt.

Was bedeutet das praktisch für uns? Ich glaube, daß wir es in Wort und Tat, im Kleinen und Großen beweisen dürfen.

In unseren Worten. Dabei denke ich an unsere Gespräche. Wir sind gerufen, in diesen Gesprächen einen anderen Ton anzuschlagen, so daß wir aus Angst und Haß herauskommen. Schließlich singen wir nicht nur zufällig – und das ist das Lied des «Restes», der umkehrt –:

«Künd auf der ganzen Erde,
Daß Gott ihr Herre sei,
Auf daß sie Gottes werde
Und anderer Herren frei.»*

* Lied von Arno Pötzsch. Vgl. Lauterburg, a. a. O., S. 192—194.

Wir müssen und dürfen es wissen: Ich gehöre zum «Rest». Und wir ermutigen andere, dem Höchsten treu zu sein.

Das braucht nicht durch Predigten zu geschehen. Manchmal genügt eine einzige Bemerkung, um dem Gespräch eine andere Wendung zu geben.

In unseren Tagen müssen wir uns mehr als je davon durchdrungen fühlen: Christen haben einen grundsätzlich anderen Ausblick auf die Geschehnisse, auch international-politisch, als die große Masse. Weil wir zum «Rest» gehören dürfen. Und das «Andere» spricht auch aus unseren Worten.

Es muß sich aber auch in unseren Taten zeigen. Bei Entschlüssen, die wir treffen müssen, bei Uneinigkeit in Familie und Verwandtschaft. Unsere Aufgabe (die Aufgabe des «Restes») ist es, das heilige Feuer auch im kleinen Kreis, mit dem wir täglich umgehen, brennend zu halten, also bei denjenigen, die wir täglich beeinflussen können.

Dasselbe gilt auch für die Aufgabe im Großen. Der «Rest» darf den evangelischen Werten wie Wahrheit, Gerechtigkeit, Erbarmen und opferbereiter Feindesliebe inmitten der Gesellschaft, des Volkes, der Kirche und der Welt treu bleiben. Weil wir wissen (und es auch vor Augen haben): Ein Volk, eine Gesellschaft, eine Kirche, eine Welt hat nur eine Zukunft, wenn die heiligen Gesetze nicht geschändet, sondern befolgt werden.

Dieser «Rest», der umkehrt, vollbringt den wesentlich guten Volksaufbau; nur so können soziale Änderungen realisiert werden, die wirklich dem Menschen, der Gesellschaft und der Zukunft dieser Welt dienen; nur so kann in die Kirchgemeinde ein anderer Geist, mehr evangelisch und weniger bürgerlich, einziehen; nur so ist ein neuer Ausblick für die Welt zu erkennen. Ohne diesen «Rest» gibt es keine Zukunft. Denn dieser Kern, dieser Überrest nimmt sich das rettende und heilende Gotteswort zu Herzen. Und nichts anderes hat unsere Menschenwelt mehr und wesentlicher nötig.

Es ist keine ungeteilte Freude, zu diesem «Rest» gehören zu wollen und zu dürfen. Wir sind isoliert, wir stehen in einer uns aufgedrungenen Abgeschiedenheit. Die Einsamkeit kann uns bis an die Grenze der Verzweiflung bringen.

Genau wie in den Zeiten Jesajas findet man das, was wir anstreben und verteidigen, was wir bekennen und tun, unpraktisch und «idealistisch». Die göttliche Weisheit wird als Torheit betrachtet. Bis . . . die menschliche Weisheit sich als schuldvolle, wahnsinnige Torheit entpuppt. Das ist das tragische Lied, das durch alle Jahrhunderte unserer Menschheitsgeschichte hindurchklingt.

Es ist nicht zu leugnen: Wer zum «Rest» gehört – weil Gott ihn dazu berief –, steht als Fremdling inmitten seiner Familie und seiner Bekannten. Wir brauchen diesen Schmerz der Fremdheit nicht zu suchen; wir finden ihn ohne weiteres. Aber wenn wir diesen Schmerz als «Menschen des Restes» zu tragen bekommen, dann wissen wir uns

nicht verlassen: Bei uns sind die Propheten und die Apostel und ein langer Zug von Menschen, der durch alle Zeiten und aus allen Ländern durch die Welt zieht. Und vor allem wissen wir uns an Jesus Christus, unsern *Herrn*, den großen Fremdling, gebunden.

Natürlich – und das ist nur verständlich – werden wir versuchen, unsern Mund zu halten. Wir werden versuchen, Massenmensch und nicht «Rest»-Mensch zu sein. Aber das wird uns nicht gelingen. Ebensowenig wie es Jesaja und Paulus, Franziskus und Booth gelungen ist. Denn das heilige Feuer *wird* herausschlagen.

Als Christen sind wir von unserm *Herrn*, dem Fremdling Jesus Christus, ergriffen worden. Das ist unsere Freude, aber auch unser Schmerz. Doch wird schließlich die Freude siegen. Denn unser Blick ist geheilt: Durch alles Gewimmel hindurch sehen wir doch den geistigen Hintergrund. Und wir kennen unsern Auftrag, im Dienste des w a h r e n Gottes zu stehen, das heißt also im einzig rettenden Dienst an dieser Welt.

Wir dürfen «Rest»-Menschen sein.

Sind es viele oder wenige?

In gewissem Sinne ist das unwesentlich. Wesentlich ist nur, ob wir selbst dazugehören.

Und nun stelle ich noch einmal die Frage: Gehöre i c h wirklich zu dem «Rest», der umkehrt? Dann gehören wir nicht zu den Mitläufern. Wir sind keine Herdenmenschen. Wir messen uns an dem Gotteswort und richten uns nach dem, was wir aus dem Evangelium Jesu Christi erklingen hören. Das muß uns anzumerken sein. Unser Leben wird im Zeichen der Schwierigkeiten stehen, aber auch im Licht der Herrlichkeit. Denn Christen, die zu dem «Rest», der umkehrt, gehören, sind mit dem Zeichen des «Restes» gezeichnet: dem leuchtenden Kreuze.

«Ja, Jesus siegt.
Wir glauben es gewiß,
und glaubend kämpfen wir.»
(J. Chr. Blumhardt)

's Hertogenbosch (Holland), September 1957 *Krijn Strijd*

Christliche oder marxistische Gesellschaftsgestaltung?

In seiner einfach bewundernswerten Rüstigkeit und Lebensfrische hat unser lieber und verehrter Freund E m i l F u c h s uns vor kurzem ein neues, besonders wertvolles Buch geschenkt: «C h r i s t l i c h e u n d m a r x i s t i s c h e E t h i k», mit dem Untertitel «Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus». Es ist in gewisser Beziehung eine Fortsetzung seines früheren Werkes über

Marxismus und Christentum, soll aber anderseits nur der erste Teil eines Gesamtwerkes sein, das den Standpunkt des verantwortungsbewußten Menschen gegenüber den von der großen Umwälzung unserer Zeit aufgeworfenen sittlichen Fragen bestimmen will. (Herbert Reich, Evangelischer Verlag, Hamburg-Bergstedt.)

Ich denke nicht daran, einen Begriff von dem gedanklichen Reichtum des Buches zu geben, das – man muß das im deutschen Sprachgebiet immer besonders sagen – auch in einer edlen, schönen Sprache geschrieben ist, möchte vielmehr nur eine einzige, besser, die Hauptlinie nachzuzeichnen versuchen, die sich durch die ganze Darstellung Fuchsens hindurchzieht. Es handelt sich um die grundsätzliche Haltung, die der Christ gegenüber den gesellschaftlichen Mächten und Bewegungen seiner Zeit einnehmen soll, eine Frage also, die auch ins Zentrum der «religiös-sozialen» Botschaft hineinführt und für unsere Zeit namentlich von Leonhard Ragaz in so vollmächtiger Art beantwortet wurde.

Die entscheidende Antwort ist von Anfang an ja durch Jesus selbst gegeben worden. Nicht so freilich, schreibt Emil Fuchs, «daß er die Massen aufruft, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen oder in revolutionärer Weise die Not zu zerbrechen und zu überwinden. Er ist Antwort dadurch, daß er die Menschen aufs tiefste erschüttert und sie durch diese Erschütterung herausreißt aus der Abhängigkeit von der Gesellschaftsordnung, aus diesem ganzen zermürbenden Schicksal. Er weckt in ihnen die Kraft, sich ganz auf sich selbst zu stellen und sich das von allem äußerlichen Schicksal nicht mehr nehmen zu lassen, was ihr bestes Menschsein ist, aus dem sie nun in einer neuen Wahrhaftigkeit und Wahrheit in tiefer, ehrfürchtiger Liebe miteinander und füreinander leben können.» Jesu Botschaft wurde vor allem von den Unterdrückten, den Armen, den geistig Zerrütteten aufgenommen – als Hoffnung auf eine neue Welt der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Liebe und Brüderlichkeit, die aus der Auflösung und der Zersetzung der alten Welt erwachsen solle. «Die mutige Entschlossenheit im Geiste der Liebe gab die Kraft, Hilfe für die Nöte des Lebens zu entwickeln: die Gaben der Verkündigung, die des Heilens und der Krankenpflege und der Sorge um die Nahrung des anderen. Zu Mittelpunkten echter menschlicher Hilfe wurden diese zuerst kleinen und doch durch solche Hilfsbereitschaft bald wachsenden Gemeinden.»

Die aus ihnen entstandene Kirche wurde mit der Zeit sogar «eine eigene, die Gesellschaft durchdringende Gemeinschaft im Staate», die so stark wurde, daß sie – und dies bezeichnet nun die tragische Wendung in der Geschichte der Sache Christi – sich seit Kaiser Konstantin zu einer Stütze des Reiches im Kampf gegen die fortschreitende politische Zersetzung machen ließ. Damit war der verhängnisvolle Bund zwischen Christentum und Staatsmacht geschlossen, dessen Fluch bis auf den heutigen Tag auf der Welt lastet. Fuchs schildert diese Entwicklung aufs neue sehr klar und wahr. Durch das ganze Mittelalter, so zeigt er, geht der Interessenbund der Einheitskirche mit der Einheitsmacht eines star-

ken Fürstentums, das dann zum Kaisertum wird. Die feudal-monarchistische Gesellschaftsordnung wurde als die Ordnung des göttlichen Willens empfunden, mit all ihrer Klassenherrschaft, Ausbeutung, Sklaverei. Die Auflehnung gegen diese religiös verklärte Ordnung, der Aufstieg einer neuen Welt der Wirtschaft, Kultur und Politik vollzog sich dann freilich nur zum Teil aus den Kräften des Evangeliums; sie war eine merkwürdige Mischung von religiösen und weltlichen Erneuerungsbewegungen, eine Revolution auch nicht nur der Unterdrückten, die die Ausbeutung immer deutlicher fühlten, sondern ebensosehr der Herrschenden, die ihre wachsende Macht nicht von den mittelalterlich-kirchlichen Schranken einengen lassen wollten. Aber auch die religiöse Reformation befreite nicht einfach die im Evangelium Jesu liegenden Kräfte gesellschaftlicher Umgestaltung. Vor allem Luther wirkte durchaus sozial-konservativ, um nicht zu sagen reaktionär, und trug damit vielleicht entscheidend zur Niederwerfung der revolutionären Bewegungen seiner Zeit (Wiedertäufer, Bauernerhebung usw.) bei. In der von Calvin ausgehenden Reformation aber, die so bedeutsam für das Aufkommen der Demokratie wurde, fand, besonders auf dem Boden des Puritanismus – wie wir seit Max Weber und R. H. Tawney wissen –, der junge Kapitalismus statt eines Gegners und Überwinders eine besonders kräftige Stütze und Rechtfertigung: erfolgreiche wirtschaftliche Arbeit, Reichtumsbildung also, wurde als Beweis für die Erwählung des Christen zum kraftvollen Tun von Gottes Willen aufgefaßt, während Armut als das Ergebnis sittlicher Laxheit und Verfehlung verpönt wurde. «So geschah dieser Ausbau des Kapitalismus unter strengsten moralischen Formen und doch in einer Haltung, die wir nicht mehr ‚Ethos' nennen können, sondern die ein Verzicht auf die Herrschaft des Ethos über die Gesellschaft ist und die damit der fortschreitenden Zersetzung verfällt.»

Wiederum hatten die Kirchen und das Christentum in der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens versagt. Die Folge war, daß die Ordnungskräfte und Erneuerungsbewegungen im wesentlichen weltlich-ungläubigen Charakter annahmen, von der englischen Moral- und Staatsphilosophie über die französische Aufklärung bis zum deutschen Humanismus und Idealismus, mit den zugehörigen politischen und wirtschaftlichen Revolutionen. In noch gewaltigerer Weise wiederholte sich dieser grundsätzliche Vorgang in der sozialen Revolution unserer Zeit. Das Christentum (wie meistens auch die bürgerliche Demokratie) versagte gegenüber der sozialen Frage. Es vollzog sich jene Verbürgerlichung der Kirchen, die wir so traurig gut kennengelernt haben und um uns her immer aufs neue wieder beobachten müssen. Die Christenheit hat, wie Fuchs erschüttert feststellt, «im Laufe der Jahrhunderte – gebannt von der Schau auf das überweltliche Ziel – den Protest gegen die bestehende sündhafte Gesellschaft verloren. Die Kirche spielte durch die Heiligung des Bestehenden – auch wenn dieses Bestehende äußerst sündhaft und menschenzertretend war – eine verhängnisvolle Rolle. Bewegungen aber, in denen dem Geist Jesu gemäß

der Protest gegen die Sünde im Gesellschaftsleben lebendig war, wurden von den Kirchen unterdrückt oder in ihrer Stoßkraft gelähmt . . . Damit wird die christliche Zukunftshoffnung jene erträumte himmlische Welt, ein billiges Trostmittel ohne Kraft und Gewißheit.»

Was war natürlicher, als daß im marxistischen (und dann im leninistischen) Sozialismus eine Bewegung aufkam, die die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Umwälzung tief und ernst erfaßte und sich mit glutvoller Leidenschaft der Aufgabe widmete, auf rein weltlichem Boden und in schärfstem Gegensatz zur christlichen Botschaft den Menschen zu sich selbst zurückzuführen – den Menschen, der, als Besitzender wie als Proletarier, in der kapitalistischen Gesellschaft sich selbst entfremdet worden war und nun im Einklang mit den «wissenschaftlich» erkannten Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung seine Befreiung erkämpfen mußte? Hier setzt nun Fuchs in der Tat mit seinem Hauptanliegen ein. Wie stellt sich die Christenheit zu dieser Bewegung? Wie s o l l sie sich stellen?

Fuchs betont nachdrücklich die sittliche Kraft und Zielsetzung, die mindestens im ursprünglichen Marxismus liegt. Er sieht klar das Recht, das der Marxismus mit seiner Kennzeichnung der Religion als des «Opiums des Volkes» hat, traf doch der werdende Sozialismus «auf kirchliche Gestaltungen, die das Bestehende verteidigten und damit die Welt der Ausbeutung, des Krieges und der Kolonialunterdrückung rechtfertigten». Er fragt anderseits auch, ob der Marxismus «hier nicht eine weitgreifende Entartung des religiösen Lebens . . . mit dem Wesen der Sache verwechselt . . . Sollte er dadurch nicht etwas von sich gestoßen haben, was eine entscheidende Kraft der Neugestaltung sein könnte – ja einmal sein wird?» Aber ihm kommt es in diesem Buch weniger auf Kritik am Marxismus an als auf den Protest gegen ein Christentum, das eine seiner wesenhaften Aufgaben nicht erfüllt, ja verraten hat, und auf den Dienst, den ihm der Marxismus damit in Wirklichkeit geleistet hat. «Die Erkenntnis von Karl Marx, die dazu Anlaß war, die Gesellschaft mit den Augen der Unterdrückten zu sehen und den Kampf um das Menschsein der Unterdrückten zu beginnen, hat in der Kirche Jesu Christi etwas in Bewegung gebracht, was sie zur Besinnung auf ihr tiefstes Wesen zwang und weiter zwingen wird; sie hat Jesus Christus wieder entdeckt als den, der ihr auch für die ‚Verdammten dieser Erde' etwas zu sagen und von ihr zu fordern hat . . . Es ist also eine Lebensfrage des Christentums, daß wir den Ruf des Marxismus zur Erneuerung der Gesellschaft aufnehmen . . . Wir müssen den Protest Jesu gegen eine Gesellschaftsordnung, deren Gestaltung über alle Maßen Anlaß zu Unbrüderlichkeit gibt, ernst nehmen; wir dürfen den Ruf Jesu nicht überhören, der uns auch heute zur Tat ruft.»

Fuchs sieht so Marxismus und Christentum wesentlich als Bundesgenossen. «Der Christ weiß sich in seinem Glauben verpflichtet, gegen Sünde zu kämpfen und den Geist der Brüderlichkeit wirksam werden zu lassen; der Marxist weiß, daß er in der geschichtlichen Entwicklung

eine hohe gesellschaftliche Verantwortung für die Befreiung des Menschseins hat. Beide wissen, daß ihre gegenwärtige geschichtliche Entscheidung für die Zukunft außerordentlich bedeutungsvoll ist.» Er lehnt es darum als «innere Verlogenheit» entschieden ab, wenn Christen die Bekämpfung sozial-revolutionärer Bewegungen mit Gewaltmitteln anscheinend guten Gewissens unterstützen, aber eine ungeheure Agitation entfalten «gegen jene, die für die Notleidenden der Menschheit zur Gewalt greifen. Entweder müssen Kirchen und Christen gegen jede Unterdrückung kämpfen und gegen alle Versuche Stellung nehmen, die mit Gewalt und List das Bestehende aufrechterhalten wollen – oder sie müssen denen, die das Neue schaffen wollen, das Recht geben, es auch mit Gewalt durchzusetzen und zu verteidigen.» In der Praxis heiße das – da eben heute auf allen Seiten Gewaltmittel eingesetzt werden –, daß in Konfliktsfällen der einzelne «den ihm weniger sündhaft erscheinenden Weg wählen» müsse. «Wir haben hier eine große Hoffnung: Es gibt heute Kräfte in der Welt, die den bewaffneten Kampf zu vermeiden ehrlich bemüht sind und die alle Fragen der Weltpolitik durch Verhandlungen lösen wollen. Diese Kräfte gilt es zu unterstützen und zu stärken.»

Das treffe, so glaubt Fuchs, vor allem für die Fragen der Friedenssicherung, der Befreiung der farbigen Völker und der ganzen Wirtschaftsordnung zu. «Dort haben wir zu wirken, wo das heute am meisten deutliche Unrecht beseitigt wird und wo die heute der Menschheit gestellten Fragen beantwortet werden. Wir haben uns also auf die Seite derer zu stellen, die das Notwendige gestalten wollen und deshalb das Bestehende ändern müssen, da dieses Bestehende es ja ist, was diese Übel und Sünden wirkt. So nehmen wir also Partei. Darf das der Christ? In der Welt, in der wir stehen, muß er es. Wir leben in dieser Gesellschaft und leben von ihr. Leben wir von ihr und helfen nicht mit, das Unrecht zu bessern, durch das diese Lebensverhältnisse geordnet sind, so leben wir in der Sünde des Bestehenden und stärken die Sünde des Bestehenden. Nie sind wir neutral!»

Nicht daß wir darum einfach in der gewaltigen Massenbewegung aufgehen dürften, die eine radikal neue Wirtschaftsordnung und eine friedliche Völkergemeinschaft erstrebt – abhängig von ihr und um unsere christliche Haltung gebracht. «Das wird geschehen», warnt Fuchs, «wenn wir versuchen, unsern Weg in eigener Kraft zu gehen. Es wird nicht geschehen, wenn wir ihn an der Hand und unter der Verheißung Christi gehen. Dann werden wir nie aufhören, auch Schuld und Sünde bei denen zu sehen, die wir lieben und für deren Anliegen wir eintreten. Ja – sollte nicht gerade dies die erste und wichtigste Aufgabe der Christen in jeder Bewegung sein, daß sie die Sünden der eigenen Bewegung sehen und um des Sieges der Bewegung willen mit diesen und gegen sie ringen? ... Nirgends kann der Christ einfach mitgehen. Immer wieder wird er seine schwere, tapfere, eigene Haltung haben müssen – und können, weil der Herr ihn trägt und führt.»

Ich möchte das doppelt und dreifach unterstrichen wissen. Denn es schließt in sich, daß wir auch und gerade dem Marxismus-Leninismus gegenüber unsere christliche Haltung nötigenfalls rücksichtslos klarmachen müssen. Wir müssen es grundsätzlich tun – in der Auseinandersetzung mit den heidnischen Bestandteilen des Marxismus-Leninismus. Auch Emil Fuchs tut das; seine Kritik des dialektischen Materialismus – die auch dessen Wahrheit durchaus anerkennt – gehört zum Besten in dem vorliegenden Buch. Und von den in Aussicht genommenen folgenden Teilen des Gesamtwerkes, dessen Anfang erst wir vor uns haben, erwarten wir nicht zuletzt eine Fortführung und Vertiefung dieser Kritik, glauben wir doch, daß die neue, sozialistische Wirtschaftsordnung und Völkergemeinschaft, der die Menschheit entgegengeht, auf Sand gebaut sein wird, wenn sie auf dem seichten, rationalistischen Humanismus errichtet werden will, dem der Marxismus huldigt. Ich habe darum absichtlich diese Buchbesprechung überschrieben: «Christliche oder marxistische Gesellschaftsgestaltung», nicht «und», wie es wohl im Sinne von Fuchs läge.

Wir müssen aber auch in unserer Stellungnahme zu den konkreten politischen Fragen jeweilen die Fehler und Sünden der auf den Marxismus gegründeten, also der kommunistisch regierten Staaten in aller Freiheit und Eindeutigkeit aufweisen. Fürchten wir nicht, dadurch in die Nachbarschaft des weltläufigen Antikommunismus zu geraten, der das Verderben des Westens zu werden droht! Davor schützt uns der ganze Hintergrund unserer Haltung, unsere grundsätzliche Parteinahme für die Sache der sozialen und politischen Revolution, die wir als die vordringliche Aufgabe unserer Zeit erkannt haben. Gerade im Namen dieser Revolution werden wir – mit Fuchs – immer, wenn es nötig ist, von ihr verlangen, daß sie mit denjenigen Mitteln und Waffen kämpfe, die ihrem Zweck und Ziel allein entsprechen, bei aller Würdigung der Tatsache, daß wir Staaten und Bewegungen, die sich nichtchristlich heißen, nicht Verhaltensweisen und Kampfmittel zumuten können, die die angeblich christlichen Völker und Regierungen noch viel zynischer verleugnen als die «Heiden». Die Marxisten-Leninisten setzen sich wenigstens nicht in Widerspruch mit ihrer Philosophie und Ethik; die große Mehrheit der in Kirchen und Staaten organisierten Christen aber tut es, ja sie verrät ihr Bekenntnis in Tat und Wahrheit auf eine Art und Weise, die bei nicht tieferblickenden oder einfach unwissenden Menschen und Völkern den christlichen Glauben unglaubwürdig und wirkungslos macht.

Hier, im Ernstmachen mit der Botschaft Jesu auch im politischen Leben, liegt – neben der Erneuerung und Reinigung des persönlichen Lebens – die Hauptaufgabe der Christen in dieser Zeit. Um nochmals mit Fuchs zu reden: «Was würde es bedeuten, wenn die Christenheit in ihrer großen Mehrheit und in ihren entscheidenden Organisationen zwischen die kämpfenden Mächte träte und durch praktisches Beispiel ihre Stimme erheben würde gegen alle Verleumdung, Lüge, Spionage

und Sabotage, alle die unanständigen Mittel, die heute auch die ‚christlichsten' Staatsmänner anwenden! ... Was würde es bedeuten, wenn die Christenheit das (die Liebe als das Gesetz Christi) klar und scharf verkündete gegen alle Machtgier und alle Habsucht und gegen alle Versuche, Politik zu treiben durch Aufrühren aller Egoismen und niedrigen Instinkte der Menschen! ... Wenn die Christen – getroffen durch eine solche Verkündigung – erwachten, würden auch sie fragen: Wo sind die Mittel und Mächte, das zu ändern und zu überwinden? Und dann würden viele begreifen, beschämt begreifen, daß nicht Christen, sondern Karl Marx und Friedrich Engels die ersten waren, die der Menschheit zeigten, wie die Welt aussieht, wenn sie mit den Augen der Unterdrückten gesehen wird. Da würde sich die schwere Kluft, die heute die christliche und marxistische Welt trennt, in dem gemeinsamen Ringen um Überwindung schließen. Dann würde es nicht mehr nötig sein, mit Gewalt und Mißtrauen einer widerwilligen Welt die dringendsten Besserungen zugunsten der Leidenden abzunötigen. Und damit würde schwerstes Leid des Kampfes, der die heutige Menschheit durchtobt und bedroht, unnötig.» *Hugo Kramer*

Sind Reaktoren eine Volksgefahr?

In das noch unter der früheren Redaktion der «Neuen Wege» erschienene Heft 6/7 (Juni/Juli) 1955 ist ein offenbares Kuckucksei hineingelegt worden, das sich im Rahmen der übrigen Äußerungen zum Atomenergieproblem in Krieg und Frieden, die dieses Doppelheft kennzeichnen, etwas sonderbar ausnimmt. Es heißt: «Unser Volk will leben» (siehe Seite 346) und bezieht sich auf die «friedliche Anwendung der Atomenergie».

Die Schweiz benötigt dieselbe zweifellos nicht zu ihrem «Leben». Sie ist, im Vergleich zu andern Ländern, immerhin reichlich dotiert mit Wasserkräften, und wenn eine wirkliche Energienotlage, infolge eines bedenkenlosen Raubbaus und vermeidbarer Energievergeudung, nicht zuletzt zur Vorbereitung auf einen Krieg, eintreten sollte, so stehen vielfach nur zu Brennzwecken brauchbare Torflager zur Verfügung, die zum Beispiel im Irischen Freistaat das ausschließliche Material zur Elektrizitätserzeugung repräsentieren.

Derartige Überlegungen, in Verbindung mit den immer mehr in Erscheinung tretenden Gefahren dieser «friedlichen» Anwendung, dürften die Veranlassung dazu gewesen sein, daß gegen das besagte Kukkucksei sowohl bei der früheren wie bei der jetzigen Redaktion der «Neuen Wege» Sturm gelaufen wurde.

Ohne dasselbe in Schutz nehmen zu wollen, da der wirtschaftliche Faktor – die Möglichkeit, die Atomenergie auch in der Schweiz zu

industriellen Zwecken auszunützen – auf alle Fälle erst nach der Lösung der hygienischen Probleme, die damit verbunden sind, und in einer von kriegerischen Spannungen befreiten Welt befürwortet werden kann, so muß zu seiner Entlastung wie zur Entlastung der früheren Redaktion daran erinnert werden, wie sehr die Öffentlichkeit zur Zeit der Atomkonferenz in Genf durch eine an Übertreibungen nicht zu überbietende Propaganda in Atem gehalten wurde. Man könnte sich auch darauf berufen, daß Indien kürzlich die Realisierung der Nutzbarmachung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken bewerkstelligt hat. Doch kann dies für uns nicht ausschlaggebend sein, so sehr wir in andern Dingen mit dem Standpunkt *Nehrus* einiggehen. Denn die Atomgefahr tritt in Indien gegenüber den Hunger- und Seuchenproblemen in den Hintergrund, die die Regierung zwingen, jedes Mittel auszunützen, das zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung dienen kann.

Die ständig zunehmende Volksgefährdung durch die Vermehrung der Reaktoren läßt sich unter allen Umständen nicht bestreiten, auch dort nicht, wo sie – wie bei den wirtschaftlich und vielfach auch politisch benachteiligten Völkern – durch zur Zeit noch schwerwiegendere volkshygienische Probleme überschattet wird. Da außer den allgemein bekannten Gefahren der Radioaktivität durch ihre Langlebigkeit wie durch ihre Lokalisation im Organismus besonders schädliche Spaltprodukte, wie das Strontium 90 und das Caesium 137 berücksichtigt werden müssen, wodurch sich die Zweischneidigkeit der Atomenergie immer deutlicher enthüllt, so mag es nicht überflüssig sein, den Befürwortern der «Nutzbarmachung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken» durch die im folgenden wiedergegebenen Tatsachen die Kehrseite der Medaille vor Augen zu führen.

Das friedliche und das militärische Gesicht der Reaktoren

Es wird vielfach außer acht gelassen, daß auch die in friedlicher Absicht, vor allem zur Stromerzeugung, errichteten Reaktoren ohne weiteres zur Plutoniumgewinnung und damit zur Herstellung von Atombomben dienen können, wodurch sie eine ständige potentielle Kriegsgefahr darstellen.

Der beispiellose Radioaktivitätsgehalt der Reaktoren als Katastrophenrisiko

Es wird der Tatsache kaum Rechnung getragen, daß jeder in Tätigkeit befindliche Reaktor eine kolossale Menge Radioaktivität enthält, so zum Beispiel der englische D o u n r e a y - Reaktor 100 Millionen Curies (1 Curie, die Einheit der Radioaktivität = die Strahlungsmenge von 1 g Radium) – das ist mehr, als dem gesamten Weltvorrat an Radium zusammengenommen entspricht.

Man hält sich nicht vor Augen, welch ungeheures Unglück ent-

stehen würde, wenn sich im Falle einer Katastrophe dieses Riesenausmaß an Radioaktivität über bewohnte Gegenden ergösse, oder glaubt, es genüge, wenn man Reaktoren weitab von den Wohnungen der Menschen, zum Beispiel in alpinen-, Wüsten-, Steppen- oder Heidegebieten erstelle. Abgesehen davon, daß in der Anlage und im Unterhalt kostspielige Überlandleitungen auf große Entfernungen notwendig wären, wodurch sich die Rentabilitätsverhältnisse für den gewonnenen Strom immer schwieriger gestalten müßten, würde die radioaktive Verseuchung, auch bei größtmöglicher Entfernung, ihren Weg durch Gewässer und Luft zu den Städten und Dörfern finden. Und wer könnte so vermessen sein, die absolute Sicherheit eines weltverlorenen Reaktors vor Naturkatastrophen, wie Lawinen, Erdbeben, Felsstürzen, Erdrutschen, Hochwasser, Dammbrüchen, Gewitterrisiken, Wirbelstürmen, Bränden usw., zu garantieren? Dabei wäre dies alles nur das Minimum eines Katastrophenrisikos, mit dem auch eine von Spannungen völlig freie, friedliche Welt zu rechnen hätte. Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, ist das Katastrophenrisiko in unvorstellbarem Maß erhöht. Denn jeder Reaktor wäre das erste Ziel eines feindlichen Angriffs, sei es durch Bombenabwurf oder einem drohenden Kriegsausbruch vorausgehende Sabotageakte. Die Reaktoren wären in Tat und Wahrheit die feindliche Operationsbasis im Herzen des eigenen Volkes, das rettungslos der Radioaktivität seiner eigenen zerstörten Atomkraftwerke preisgegeben wäre.

Die Verseuchung der Luft durch Strontium 90 aus entweichendem Krypton

Doch selbst wenn sich alle kriegsbedingten und Naturkatastrophen vermeiden ließen, stehen wir vor der folgenden Tatsache: «Wenn nur ein Prozent des lange strahlenden Spaltmaterials, das bei der jährlichen Durchschnittsproduktion von 20 000 Megawatt Atomkraft erzeugt wird, durch Unachtsamkeit oder Unfall entwischt, dann hätte dies dieselbe Wirkung zur Folge wie die Strahlung von 100 Hiroshima-Bomben.»

Dazu kommt, daß an der ungeheuren Radioaktivität, die in den Reaktoren entsteht, auch gasförmige Stoffe beteiligt sind, die in die Luft entweichen. Es sind das Xenon und das Krypton, aus welch letzterem sich, über das kurzlebige Radiorubidium, das Strontium 90 bildet. Wo immer es, durch den Wind zerstreut, frei oder mit dem Tau und Niederschlägen aller Art zur Erde fällt, vergiftet es die vom radioaktiven Regen gespeisten Quellen, Grundwasser und Zisternen, vergiftet es Früchte, Gemüse und das Gras der Weiden. Von diesen geht es in die Milch des grasenden Weidviehs über. Durch Speise und Trank sowie durch die Luft, mit der wir noch nicht ausgefallenes Radiostrontium einatmen, gelangt es in den Körper. Dank seinem, dem naturgegebenen Kalzium analogen Verhalten wird es in den Knochen abgelagert, wobei die Knochen kleiner Kinder eine zehnmal höhere Radio-

strontiummenge aufnehmen als diejenigen Erwachsener. Von den Knochen aus vermag es ununterbrochen seine vor allem Knochenkrebs und als Folge der Einwirkung auf das blutbildende Knochenmark Leukämie erzeugenden, die Erbmasse schädigenden Strahlen auszusenden. Tot- und Mißgeburten beim Menschen, das Verwerfen auch in Bazillus-Bang-freien Viehbeständen, das in steigendem Maße die Tierärzte beunruhigt, sind in vielen Fällen Folgen der radioaktiven Schädigung. Hierbei hängt es von den örtlich in Frage kommenden Verhältnissen ab, in welchem Grade der von den Versuchsexplosionen stammende radioaktive Ausfall – der auch das eine Halbwertszeit von 33 Jahren besitzende, in den Reproduktionsorganen und den Muskeln sich anreichernde Caesium 137 enthält – oder das aus den schon errichteten Reaktoren herrührende Radiostrontium für die Verseuchung verantwortlich ist. Dasselbe ist der Fall für die krebserzeugende Wirkung des letzteren.

Hauptsächlich handelt es sich bei dieser pathologischen Folgeerscheinung um Leukämie, aber nach dem Medical Research Council («Presented by the Lord President of the Council to Parliament by Command of Her Majesty, June 1956») u. a. auch um Lungenkrebs, erzeugt durch Inhalation radioaktiven Materials in der Umgebung von Reaktoren oder herstammend von Versuchsexplosionen. Nach einem in der Zeitung «Peace News» vom 15. März 1957 durch die nationale Blutforschungs-Foundation von Chicago veröffentlichten Offenen Brief an Präsident Eisenhower zeigt der Krebs der weißen Blutkörperchen, die tödliche Leukämie, in den Vereinigten Staaten allein eine Zunahme der Todesrate von 8102 Verstorbenen im Jahre 1951 auf 15 000 zu erwartende Todesfälle im Jahre 1957. Die Schätzung eines Ausschusses der Versammlung der Atomwissenschaftler Großbritanniens, die ausdrücklich nur die eine Komponente, die Versuchsexplosionen, berücksichtigt, stellt für diese fest, daß «nicht weniger als 50 000 Menschen als Folge der bereits durchgeführten Versuche an Krebs erkranken». Die den Versuchsexplosionen gleich zu bewertende Leukämieinduktion durch die Bombenexplosionen von Hiroshima und Nagasaki beträgt für die Jahre 1947 bis 1954 91 bewiesene und 14 verdächtige Todesfälle an Leukämie, während eine gleich große, nach Alter und Geschlecht gleichartig zusammengesetzte japanische Bevölkerung, die der Bestrahlung nicht ausgesetzt war, nur 25 Leukämietodesfälle im gleichen Zeitraum aufweist.

Nach Dr. Bentley Glass soll der Umfang der Gefährdung durch den auf das Konto der «friedlichen Verwendung der Atomenergie» fallenden Faktor der Verseuchung mit Radioaktivität schon heute einen noch höheren Wert erreichen als der durch die Versuchsexplosionen veranlaßte. Zum mindesten ist derselbe mit der Zahl der Reaktoren in ständigem Zunehmen begriffen. Das Ausmaß der daraus sich ergebenden Gefahr ergibt sich aus der Auffassung eines der Pioniere der Atomwissenschaft, des Nobelpreisträgers Professor Soddy. Nach seiner Mei-

nung über den Vorschlag der westdeutschen Regierung befragt, in den nächsten Jahren zwölf Atomkraftwerke zu bauen – wozu noch die Versuchsreaktoren hinzukommen –, antwortete er: «... Ich halte diesen Vorschlag für wahnsinnig. Die Alten sagten, daß die Götter die, die sie zu verderben wünschten, zunächst mit Blindheit schlügen ...»

Das Problem der Schutzmaßnahmen

Wir stehen vor der Tatsache, daß an einer am 1. und 2. Juli 1956 in Paris abgehaltenen Konferenz über die Atomgefahren von *Marcovich* festgestellt wurde, daß «die große Zahl der dem Problem der Schutzmaßnahmen gewidmeten Arbeiten im Widerspruch steht zu der Armseligkeit der Resultate und zum fast vollständigen Fehlen ihrer praktischen Auswirkung». Hat die seit jener Feststellung verflossene kurze Zeitspanne genügt, um im Neuland der Kernwissenschaft, wo jeder Tag ungeahnte Überraschungen zu bringen vermag, die Schutzmaßnahmen soweit auszubauen, daß Atomkraftwerke einer Bevölkerung zugemutet werden dürfen?

Hohe Kamine als solche sind kein Schutz, sondern eine Gefährdung der Bevölkerung. Denn diese «Schutzmaßnahme», die die Sowjets anläßlich der Atomkonferenz in Genf, im August 1955, in einem Film vorführten, erhöhen das Katastrophenrisiko, indem sie die Lokalisation des Reaktors weithin sichtbar machen, diesen Stürmen und Gewittern in erhöhtem Maß aussetzen und zudem den Strontium 90 enthaltenden lokalen Ausfall in der sogenannten Sicherheitszone um den Reaktor herabsetzen auf Kosten entfernter bewohnter Gegenden, auf die der vom Wind verwehte radioaktive Staub als solcher oder mit den Niederschlägen herabfällt. Hohe Kamine allein würden daher in bevölkerten Industriegebieten geradezu einem Verbrechen gleichkommen, vorausgesetzt, daß es überhaupt gelingt, die schweren radioaktiven Gase auch unter den ungünstigsten Witterungsverhältnissen auf diese Art, wenn auch nur teilweise, zu entfernen.

Die Absorptionsfrage. Nun könnte man sich vorstellen, daß die Kamine inzwischen in den Mantel einer als Filter wirkenden Absorptionssäule aus Tonerde – oder sonstigem in Frage kommendem absorbierendem Material – für die Gase selbst wie für ihre radioaktiven Umwandlungsprodukte, vor allem das Strontium 90, sinngemäß ausgestaltet worden sind. Aber früher oder später dürfte die Absorptionssäule erschöpft und ihre Erneuerung eine weitere, nicht eben leicht zu lösende Aufgabe darstellen. Auch im Falle ihrer Lösung würde eine ständige zuverlässige Kontrolle der Radioaktivität erforderlich sein, und zwar der Luftschichten in den verschiedenen Höhenlagen sowie des Erdbodens und der Gewässer mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt in einem so weiten Umkreis, wie er für die Verseuchung durch einen Reaktor unter den gegebenen Verhältnissen in Frage kommen kann.

Das Problem der Zerstörung der radioaktiven

Rückstände. Dasselbe harrt noch einer auch nur einigermaßen befriedigenden Lösung. Was wir zu gewärtigen haben, hat Dr. Albert Schweitzer in seiner aufschlußreichen Radioansprache am Beispiel der Verseuchung des Columbiaflusses in den Vereinigten Staaten durch die Abwässer der Hanford-Atomwerke gezeigt, erreichte doch die Speicherung im Plankton das 2000fache, in den vom Plankton sich nährenden Fischen das 150 000fache und im Eigelb von Wasservögeln das Millionenfache der Radioaktivität des Wassers dieses Flusses, was im letzteren Fall einer Schädigung nicht nur der Erbmasse dieser Vögel gleichkommt, sondern bei den größeren Arten unter ihnen, deren Eier gegessen werden, auch die Menschen gefährdet. Auf ähnliche uns örtlich und zeitlich besonders nahe liegende Beobachtungen wurde kürzlich an der am 28. Juni 1957 in Konstanz abgehaltenen Tagung für Gewässerschutz hingewiesen. So erwähnte Herr Professor Dr. O. Jaag von der ETH in seinem aufschlußreichen Referat über «Die Radioaktivität der Gewässer» *«die in verschiedenen Gebieten der Schweiz und Süddeutschlands in Schnee und Regen festgestellten relativ hohen Aktivitäten. Diese lagen im April und Mai dieses Jahres fünfmal (beziehungsweise, nach der Besprechung in der ‚Tat' vom 21. Juli, fünfzigmal) höher als die auf internationaler Basis festgelegte Trinkwassertoleranz-Konzentration oder ungefähr hundertmal höher als die in Aare und Rhein gefundenen Werte. In den neuesten Messungen ist die Konzentration wieder etwas zurückgegangen.*

Nun weiß man aber, daß sich radioaktive Stoffe, die im Wasser vorhanden sind, in Wasserorganismen, also in Tieren und Pflanzen, in sehr erheblichem Ausmaß speichern und anreichern. So wurde in der Aare beim Plankton eine mehrtausendfache Konzentrierung der Radioaktivität (von der Verfasserin gesperrt) festgestellt, welche nicht auf natürliche Strahler im Einzugsgebiet des Flusses zurückgeführt werden kann. Die Gefährdung des Wassers kann erfolgen durch radioaktive Niederschläge, durch die Einführung von radioaktiven Abwässern aus Reaktoren, Atomkraftwerken oder aus jeglichem Betrieb, in dem radioaktive Isotope Verwendung finden.» Wenn dieser Zustand andauert, ja sogar noch weiter zunimmt durch die unerhörte Fortsetzung der Versuchsexplosionen wie durch die rücksichtslose Opferung der Volksgesundheit zu Nutz und Frommen der Profitinteressen einer sich hemmungslos entwickelnden Reaktorenindustrie, so bedeutet dies – von einer Schädigung der Badenden (zum Beispiel durch Schlucken von planktonführendem Wasser) abgesehen – eine völlige Vernichtung der ohnehin schon durch Industrieabwässer anderer Art und die Kraftwerke des Oberrheins stark mitgenommenen Rheinfischerei, die sämtliche Uferstaaten mehr oder weniger betreffen wird. Denn in den vom Plankton sich nährenden Fischen findet eine weitere gefährliche Anreicherung der Radioaktivität um das 50- bis 100fache statt. Der Einschluß der radioaktiven Rückstände in Zementbehälter oder Blei-

behälter und die Stapelung in Felskavernen und Stollen soll diesen Gefahren begegnen. Was wird aber geschehen, wenn es vor einem ausreichenden Abfall der Radioaktivität zu einer Zerstörung der Behälter durch Feuchtigkeit, Fluß- oder Seewasserwirkung wie durch mechanische oder biologische Läsionen kommt und wenn die Felskavernen und Stollen durch Erdbewegungen oder Verwitterung zerklüftet werden oder Wassereinbrüchen ausgesetzt sind?

Schlußfolgerungen aus den angeführten Tatsachen

Wie im Hinblick auf die Versuchsexplosionen, muß auch in bezug auf die sogenannte «friedliche Anwendung der Atomenergie» der Mensch und sein Recht auf Leben und Gesundheit der ausschlaggebende Gesichtspunkt sein.

An den Völkern ist es, von ihren Regierungen dringend zu verlangen:

daß die Achtung vor dem Leben den Überlegungen wirtschaftlicher Natur und den Profitinteressen der Industriebarone des Atomzeitalters übergeordnet werde;

daß jede Herstellung von Plutonium und anderen der offenen oder geheimen Fabrikation von Atomwaffen irgendwelcher Art dienenden spaltbaren Substanzen unter allen Umständen und auf jede Art und Weise unmöglich gemacht wird und daß außer der Herstellung und Verarbeitung derselben auch Export und Import kriegerischen Zwecken dienenden Materials und daraus hergestellter Halb- und Fertigfabrikate der atomaren Rüstungsindestrie unter Strafe gestellt und schon bestehende Atomwaffenstocks vernichtet werden;

daß alles geschieht, was der Beseitigung des die beteiligten und unbeteiligten Völker – die Menschheit selbst – in ihrer Existenz bedrohenden Spannungszustands zwischen West- und Ostgruppierungen dienlich sein kann;

daß die Mithilfe der entsprechenden Organe der UNO nachgesucht werde,

a) um zu bewirken, daß von der Atomic Energy Agency kein spaltbares Material mehr an irgendeinen Staat zu industriellen Zwekken abgegeben werde, bevor eine internationale Rechtsordnung an die Stelle des gegenwärtigen Systems internationaler Anarchie getreten ist;

b) um die größtmögliche Unterstützung der industriellen Entwicklung der kontrollierten Heliumsynthese als Energiequelle zu erreichen, die eben jetzt nach einem vom Physikalischen Institut der Universität Genf ausgegangenen, in der «Tribune de Genève» vom 3. September erschienenen Artikel realisiert worden ist und die Möglichkeit zur Erstellung von ungefährlichen Reaktoren in sich schließt. Dieselben dürften voraussichtlich auch frei von den Unzulänglichkeiten sein, die den bisher errichteten und geplanten Reaktoren in bezug auf die noch ungelösten Schutzprobleme und die Eliminierung des Abfalls anhaften;

daß, solange sichere Reaktoren nicht existieren, die Bewilligung

zum Betrieb eines Atomkraftwerks, ja selbst eines Versuchsreaktors – bei dem im üblichen «Swimming Pool»-System die gasförmigen radioaktiven Stoffe frei in die Luft entweichen – erst dann erteilt wird, wenn die behauptete Gefahrlosigkeit durch ständige, strengst durchgeführte Radioaktivitätskontrollen der Umgebung in bezug auf Erdboden, Gewässer mit ihrer Flora und Fauna und auf die Luft in verschiedenen Höhenlagen und unter den variierendsten atmosphärischen Verhältnissen (Tau, Regen, Hochnebel und gewöhnlicher Nebel, Windrichtung und -stärke usw.) gewährleistet und Methoden für die einwandfreie Beseitigung des radioaktiven Abfalls gefunden sind;

daß die Betriebsbewilligungen nur auf Zusehen hin erteilt und jederzeit entzogen werden können, sobald die Radioaktivitätskontrollen in irgendeiner Hinsicht die Stillegung eines der Elektrizitätserzeugung oder andern Zwecken dienenden Reaktors im Interesse der Volksgesundheit verlangen. *Gertrud Woker*

Für die von der Verfasserin obenstehenden Artikels vertretenen Auffassungen liegen Belege vor, die bei der Redaktion der «Neuen Wege» eingesehen werden können. Die Redaktion

Toleranz

Es ist viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen, seit der große Philosoph und Vorkämpfer bürgerlicher Freiheiten, Voltaire, sich zur Maxime bekannte: «Ich teile deine Auffassungen nicht, ich werde mich aber bis zum äußersten dafür einsetzen, daß du aussprechen darfst, was du denkst.» Gedankenfreiheit, mehr noch, das Recht einer Minderheit, ihre provozierende Einstellung vor der Öffentlichkeit zu vertreten, stand immer auf schwachen Füßen und war in den letzten fünfzig Jahren oft in Gefahr, populären Schlagworten geopfert zu werden. Dies ist nach den aufwühlenden Ereignissen dieser Epoche menschlich zu begreifen, wenn auch nicht zu entschuldigen. Auch in unserer heutigen gefahrvollen Situation bedürfen wir eines Urteils, das nicht nur an den Ereignissen der Gegenwart orientiert ist, wenn wir klar sehen wollen.

Auch bei schärfster Verurteilung der Vorgänge in Ungarn können wir zum Beispiel nicht schweigen zu der Art, wie jene Ereignisse bei uns in einer perfiden Hetze gegen einzelne Mitglieder der Kommunistischen Partei ausgeschlachtet wurden. Die Presse, mit wenigen Ausnahmen, konnte sich nicht genug tun in aufpulvernden Berichten über die Ausbrüche des schweizerischen Volkszorns, fand aber gleichzeitig kaum ein Wort des Bedauerns für die Tausende von Opfern des algerischen Freiheitskampfes.

Es ist nicht anzunehmen, daß unsere Leser den Brief zu Gesicht bekommen haben, den Dr. Farner, einer unserer kommunistischen Intellektuellen, an die Redaktion der «NZZ» richtete. Er hätte eigent-

lich von ihr veröffentlicht werden dürfen als Beweis ihrer echt liberalen Gesinnung, denn er enthält viel Beherzigenswertes. Wir möchten daraus nur eine Stelle zitieren, die besonders uns Christen angeht. Dr. Farner verweist darin auf das Urteil eines englischen Historikers, Professor Butterfields, der schreibt:

«In der Tat gehört es für mich zu den schrecklichen Vorkommnissen in der Geschichte und bedeutet mir eine Schwierigkeit, der ich nicht auszuweichen vermag, daß die christliche Kirche, sobald sie irgend dazu in der Lage war und die nötige Macht besaß, mit einer grausamen Politik der Verfolgung begann, während später die protestantische wie die katholische Kirche nicht nur mit äußerster Grausamkeit darum kämpften, ihre Verfolgungsgewalt zu behaupten, sondern auch noch einen besonderen Kampf um jede einzelne Verfolgungswaffe führten, die ihnen aus der Hand gerissen wurde. All dies ist in keiner Weise ein Argument gegen das Christentum selbst, aber es ist ein ernster Kommentar zu der Natur des Menschen, wie sie gerade auch in der Kirchengeschichte sichtbar wird.» Dr. Farner fährt fort: «Nein, ich möchte diese historischen Tatsachen nicht anklagen, aber dem Christen die Prüfung seiner eigenen Geschichte nahelegen, bevor er an die Prüfung und Bewertung der marxistischen Geschichte herangeht. Dann erst, wenn *beide*, der Christ und der Marxist, ihre eigene Geschichte auf das darin vorgekommene und vorkommende Böse und Ungerechte hin untersuchen, sind sie berechtigt, dem andern das Böse und Ungerechte des anderen vorzuhalten. Ich vermeine, daß noch beide Seiten ungemein viel lernen müssen. Aber dieses Lernen, ein Lernen auch im gegenseitigen Gespräch, wird für beide Seiten und so auch für die Zukunft Europas gewiß sehr fruchtbar sein.» Die Redaktion

WELTRUNDSCHAU

Die „absolute" Waffe Unser letztes Heft war noch nicht in den Händen der Leser, als die Kunde, daß die Russen ein Fernlenkgeschoß mit ganz großer Reichweite erfolgreich abgefeuert hätten, eine eigentliche Weltsensation erregte. Begreiflich! Den amerikanischen Vorsprung in der Herstellung der ursprünglichen Atombombe holten ja die Russen erst in vier Jahren ein; um den Amerikanern die Wasserstoffbombe nachzumachen, brauchten sie hingegen nur neun Monate, und nun sind sie ihnen im Wettrennen um den Besitz der «absoluten» Vernichtungswaffe sogar vorausgekommen. Als technische Leistung hat das überall, vor allem in den Vereinigten Staaten, die gebührende Anerkennung gefunden. Aber was für einen Ausblick auf die Zukunft der Menschheit eröffnet die Erfindung einer Waffe, mit der jeder beliebige Punkt auf der Erde

mit schon heute verhältnismäßig hoher Treffsicherheit beschossen und Tod und Verderben von dort aus in weitem Umkreis verbreitet werden kann! Denn es ist ja selbstverständlich, daß auch die Amerikaner über kurz oder lang die interkontinentale ballistische Rakete herzustellen in der Lage sein werden, wenn es auch noch einige Jahre gehen mag, bis die beiden Rivalen die Serienfabrikation von Ferngeschossen werden aufnehmen können.

Man hat im Westen vielfach versucht, die machtpolitische Bedeutung der neuen sowjetischen Errungenschaft zu verkleinern. «Im weltstrategischen Sinne», so schrieb zum Beispiel die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2447), werde die Herstellung von Raketengeschossen «an der heute schon bestehenden Lage nichts ändern». Tatsächlich hat aber die russische Erfindung bereits eine wesentliche Änderung der strategischen Möglichkeiten bewirkt. Bisher waren ja die Vereinigten Staaten imstande, von ihren vielen Militärstützpunkten rings um die Sowjetunion aus den künftigen Gegner mit – wie sie wenigstens überzeugt sind – fast völliger Vernichtung zu bedrohen, während sie selber, dank ihrer geographischen Lage, für sowjetische Zerstörungswaffen nur sehr mühsam und unvollkommen erreichbar waren. Diese Überlegenheit, auf die die amerikanische Politik trotz allen Enttäuschungen der Vergangenheit immer noch entscheidend baute, fällt nunmehr in dem Maße dahin, als die Russen tatsächlich größere Mengen von Ferngeschossen in die Hand bekommen. Zum Angriff auf Amerika können sie ihre Raketen freilich auch jetzt nicht benützen, ohne einen fürchterlichen Gegenschlag herauszufordern. Aber ihrerseits wirksame Vergeltung zu üben und von Abschußbasen aus, die schwer zu entdecken wären, die amerikanischen Städte und Industriegebiete unter Feuer zu nehmen – falls die Luftwaffe der Vereinigten Staaten die Sowjetunion angriffe –, dazu sind die Russen schon in naher Zukunft fähig. Den Vereinigten Staaten und den Westmächten überhaupt ist damit eine Druck- und Drohwaffe aus der Hand geschlagen, die bei der Planung ihrer «Politik der Stärke» eine große Rolle spielte; ein strategisches Gleichgewicht zwischen den beiden Machtblöcken ist nunmehr in Sicht, das sich immer mehr zugunsten des Ostens geltend machen wird. Die «absolute» Waffe ist die interkontinentale Rakete freilich auch nicht; sie wäre es erst, wenn ein Angreifer imstande wäre, mit einem einzigen Schlag die ganze Vergeltungskraft des Gegners zu vernichten – und so weit sind wir zum Glück wohl noch lange nicht.

Aber inzwischen werden die Russen die veränderte weltstrategische Lage wahrscheinlich doch nach allen Seiten hin ausnützen. Der Abbruch der Londoner Abrüstungsverhandlungen, den die Sowjetunion herbeigeführt hat, indem sie sich «endgültig» weigerte, auf die zahlreichen, immer weiter komplizierten Bedingungen der Westmächte für den Abschluß eines bindenden Abkommens einzutreten, ist teilweise gewiß bereits auf das sowjetische Bedürfnis zurückzuführen, Zeit für die Entwicklung der Raketenwaffe zu gewinnen – so wie ebenso

sicher die ewigen amerikanischen Ausweichmanöver in London durch das Drängen der Atomgelehrten und Militärs mitbestimmt wurden, die unbedingt noch ein paar Jahre Frist für die Ausprobierung ihrer Kernwaffen und für die Herstellung einer von radioaktiven Abfällen freien Wasserstoffbombe haben wollten. Dazu kommt, daß die Sowjetregierung mit ihrer Forderung, die Versuche mit Atomwaffen seien bedingungslos und sofort einzustellen, die öffentliche Meinung der Welt (zum Beispiel auch der britischen Arbeiter) in ständig wachsendem Maße für sich hat, während die Einkleidung der westmächtlichen Bereitschaft, diese Versuche wenigstens für ein Jahr einzustellen (mit der Möglichkeit, ein zweites Jahr anzufügen), in eine Reihe weitgehender Forderungen politischen Charakters mindestens ein schwerer taktischer Fehler war, wenn sie nicht einfach dazu dienen sollte, die Abrüstungsverhandlungen unendlich in die Länge zu ziehen. Vielleicht bringen aber jetzt die Russen die Frage der Einstellung der Versuche mit Kernwaffen vor die Versammlung der Vereinten Nationen, in der Hoffnung, im Besitz der Raketenbombe und mit der Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite würden sie doch noch eine Abrüstungsvereinbarung durchzudrücken vermögen, die wenigstens einmal die Gefahr eines Atomkrieges verringern würde.

Amerikanischer Friede! Das Vernünftigste wäre ja jetzt, wo ein eigentliches atomisches Gleichgewicht zwischen den beiden großen Heerlagern in Aussicht steht, tatsächlich der glatte Verzicht aller Beteiligten auf die weitere Vervollkommnung und Bereitstellung von Atomwaffen. Aber das setzte eben die Preisgabe der ganzen strategischen Grundauffassung voraus, auf der seit der Verkündigung der sogenannten Truman-Doktrin die Politik der Westmächte beruht – und davon kann auf absehbare Zeit gar keine Rede sein. Niemand hat diese Auffassung brutaler formuliert als Winston Churchill (der ja schon mit seiner Rede in Fulton, im März 1946, der westmächtlichen Druck- und Drohpolitik ihren verhängnisvollen Weg gewiesen natte) in seiner Bostoner Rede vom April 1949. Ihr Sinn ist damals – ich glaube, ich habe hier schon einmal darauf Bezug genommen – ganz unmißverständlich von den Brüdern Alsop, diesen strammen journalistischen Vorkämpfern der amerikanisch-britischen «Politik der Stärke», klargestellt worden, wenn sie in der «New York Herald Tribune» vom 9. April 1949 schrieben: «Nach Churchills Meinung liegt es offen am Tag, daß wir nur zwei Möglichkeiten haben, um weiterzuleben. Entweder wird sich Rußland radikal und bald wandeln, oder wir müssen, wenn die ‚nicht unbegrenzte Zeit unserer Sicherheit' abzulaufen beginnt, eine Präventivkrise erzwingen, die nötigenfalls zum Präventivkrieg führt, um eine Vereinbarung mit dem Kreml herbeizuführen. Wann dies notwendig sein wird, das wird durch seine (Churchills) Betonung des zeitweiligen amerikanischen Monopols der Atomkraft angedeutet. Kurz, es muß zu einer Kraft-

probe kommen, bevor der Kreml eine volksdemokratische Atombombe besitzt.» Der Kreml hat diese Waffe zu früh in die Hand bekommen, als daß die Westmächte die von Churchill gewünschte Folgerung hätten daraus ziehen können. Er hat noch viel schneller die Wasserstoffbombe zu bauen gelernt und nun sogar, vor Amerika, auch die Fernrakete – und doch hält die Politik Washingtons immer noch an dem Glauben fest, daß im atomischen Wettrüsten der Vorsprung endgültig bei den Vereinigten Staaten bleiben werde. Anders kann man sich wenigstens das unbedingte amerikanische Beharren auf dem Besitz und Ausbau der Kernwaffen kaum erklären.

Dahinter aber steht der andere, noch kühnere Glaube, daß die Vereinigten Staaten von der Vorsehung berufen seien, den Weltkommunismus zu zerschlagen oder doch seinen inneren Zusammenbruch herbeizuführen und die Geschicke der «freien Welt» maßgebend zu lenken. Der Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» und vom «amerikanischen Frieden» ist keineswegs ausgeträumt; er drängt vielmehr heute erst recht zur Verwirklichung. Das geht auch aus einem aufsehenerregenden Aufsatz hervor, den der Direktor des Instituts für Außenpolitik an der Universität von Pennsylvanien, Robert Strausz-Hupé, in der neuen Zeitschrift «Orbis» veröffentlicht. Der Verfasser fordert darin – ich folge einer Inhaltsangabe, die in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2046) erschienen ist – nichts Geringeres als eine Einigung der Welt unter amerikanischer Führung. Die Sowjets, so legt er dar, seien nicht mehr fähig, eine neue und anziehende Lebensform anzubieten, während die Vereinigten Staaten tatsächlich die Bestrebungen des Marxismus erfüllt hätten. Mit ihrer klassenlosen Gesellschaft (!) und ihrem revolutionären (?) Temperament hätten sie die Kraft, eine neue Weltordnung zu schaffen, für deren reale Untermauerung ihr militärischer Machtapparat sorge. «Für die nächsten fünfzig Jahre» – so verkündet dieser amerikanische Prophet – «gehört die Zukunft Amerika – amerikanisches Weltreich und Menschhheit sind keine Gegensätze, sondern nur zwei Namen für die Weltordnung in Frieden und Glück.» Und der biedere Eidgenosse, der diesen Aufsatz in der «NZZ» resümiert, stimmt seiner Weltschau (wenn auch vielleicht nicht in bezug auf den zeitlichen Ablauf der Dinge) freudig zu, schließt er doch seinen Artikel mit der Feststellung, daß «von einer demokratisch inspirierten und gehandhabten ‚Pax Americana' (vom ‚amerikanischen Frieden' also) das Überleben Europas und die Hoffnung aller freiheitsliebenden Menschen abhängt.»*

Bei solcher Einstellung des Blickes kann natürlich für den Westen eine Beendigung des Kalten Krieges niemals in Frage kommen, sondern nur seine unerbittliche, verschärfte Weiterführung. Dies freilich nicht

* Man möge den zitierten Aufsatz nicht einfach als die unmaßgebliche Phantasie eines Herrn Irgendwer abtun. Dr. Strausz-Hupé ist führend an der Leitung eines internationalen Kongresses beteiligt, der gerade jetzt in Brügge stattfindet, präsidiert von Robert Schumann und aus der Schweiz u. a. von verschiedenen Universitätsprofessoren sowie vom Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» beschickt.

darum, weil etwa die kommunistischen Oststaaten, die Sowjetunion voran, den Westen militärisch bedrohen würden; auch P.-H. Spaak, der Generalsekretär der NATO, hat am 9. September in einer Rede in Genf anerkannt, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle, der Wettbewerb zwischen Ost und West vielmehr auf dem wirtschaftlichen und sozialen Kampffeld ausgetragen werden müsse. Aber die Westmächte und ihre Parteigänger tun eben dennoch so, als ob von den kommunistischen Ländern Krieg drohe, weil sie nur so ihren ungeheuren Rüstungsapparat aufrechterhalten können, der, wie der vorhin zitierte amerikanische Propagandist sich ausdrückt, für die «reale Untermauerung» des Weltführungsanspruches der Vereinigten Staaten sorgen müsse. Man spiegelt eine kommunistische Angriffsgefahr vor, um desto sicherer die Völker unter die «Schutzherrschaft» Amerikas zu bringen.

Der Brandherd im Orient Nirgends zeigt sich das deutlicher als an der jüngsten Entwicklung der Dinge in Vorderasien, besonders in Syrien. Schon um die Mitte August, als die Nationalisten in Damaskus Oberwasser bekamen und die Regierung sich zur Annahme sowjetischer Wirtschafts- und Militärhilfe entschloß, wurde das im Lager der Westmächte als «ernste Herausforderung der Mittelost-Doktrin Präsident Eisenhowers» und «Gefährdung der westlichen Verteidigungsstrategie» erklärt. Die Sowjetunion habe sich «am Mittelmeer und im Mittelosten festgesetzt, und dies in einer viel kürzeren Zeit, als man es für möglich gehalten hätte». Und nun erlassen – am 7. September – Eisenhower und Dulles gemeinsam eine feierliche Warnung an die Sowjetunion vor der «Anstiftung Syriens zu irgendwelchen Angriffen auf seine Nachbarn» und drohen mit amerikanischem Eingreifen zugunsten derjenigen Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber den syrisch-sowjetischen Umsturzplänen verteidigten, das heißt also mit einer militärischen Aktion gegen Syrien, das – wie vor drei Jahren Iran – zu einem gefügigen Satelliten der Vereinigten Staaten (und ihrer Interessenten!) gemacht werden soll. Bereits haben die USA begonnen, in dramatischen Formen – über eine «Luftbrücke» mit Riesenflugzeugen – Waffen und Munition an Jordanien zu liefern, während gleichzeitig eine amerikanische Flotte demonstrativ vor der syrischen Küste kreuzt. Die kaum verhüllte amerikanische Drohung ist um so ernster zu nehmen, als ja im vergangenen Mai ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten (mit 50 Kriegsschiffen der Sechsten Flotte, 180 Flugzeugen und 25 000 Mann) bereits Jordanien auf die Knie gezwungen und es verhindert hat, sich von ausländischer Beherrschung freizumachen. Die Neuyorker «Monthly Review» schrieb damals, die Leistung der Herren Eisenhower und Dulles sei «von Anfang bis Ende eine der stoßendsten Schaustellungen von Brutalität, Zynismus und Heuchelei gewesen, welche die Welt je gesehen hat». Soll diese Schaustellung im Fall Syrien wiederholt werden?

Stellen wir aber zunächst einmal die Tatsachen an ihren Platz. Syrien, ein armes, wirtschaftlich und kulturell unterentwickeltes Land mit vier Millionen Einwohnern, suchte nach der Abschüttelung des französischen Protektorats die Vereinigung mit seinem Nachbarstaat Irak. Als dann aber Irak, früher von Großbritannien abhängig, unter amerikanische Oberherrschaft geriet (es ist Mitglied der Bagdad-Organisation), näherte sich der syrische Nationalismus planmäßig Ägypten, um die Unabhängigkeit des Landes sicherzustellen, und nahm 1956 auch sowjetische Waffenlieferungen an. Er hatte – machtpolitisch genommen – gar keine andere Wahl, wenn er sich dem amerikanischen Druck gegenüber behaupten wollte. Der Suezkrieg zog dann, vom November 1956 an, auch Syrien immer stärker in Mitleidenschaft. Politisch von den Westmächten nicht viel weniger befehdet als Ägypten selbst, sah es sich mehr und mehr seiner Absatzmärkte in Frankreich, in der Türkei, in Irak, Jordanien und zuletzt auch im Libanon beraubt. Seine Wirtschaft wurde völlig zerrüttet, seine Währung zerfiel, und die Vereinigten Staaten, die Syriens Notlage nach Kräften verschärften, glaubten im vergangenen Juli schon gewonnenes Spiel zu haben, als sich die Regierung von Damaskus fast im letzten Augenblick doch ermannte und unter dem Druck junger nationalistischer (keineswegs kommunistischer) Offiziere die Kapitulation vor Amerika ablehnte. Die westlich orientierte Opposition im Parlament brach zusammen, Armee und Polizei kamen unter nationalistisches Kommando, und an Stelle der amerikanischen Wirtschaftshilfe, die Syrien zu politischer Hörigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten verurteilt hätte, nahm die Regierung die von jeder politischen Bedingung freie Anleihe an, die die Sowjetunion nach langem Zögern Syrien angeboten hatte – «das großzügigste Auslandhilfegeschäft, das Rußland je mit einem Nichtsatelliten abgeschlossen hat», wie ein englisches Blatt damals schrieb. Syrien soll danach 300 Millionen Dollar in Waren, Dienstleistungen und Krediten bekommen, wovon nur ein Drittel im Laufe von zehn Jahren zurückzuzahlen ist.

Das ist – in Kürze – der Ablauf der Ereignisse. Und daraus wird nun eine «Festsetzung der Russen in Syrien», ein «kommunistischer Umsturz», eine «Bedrohung der freien Welt» konstruiert, gegen die sich die Vereinigten Staaten gegebenenfalls mit Waffengewalt zur Wehr setzen müßten! Die Unwahrhaftigkeit kann nicht höher getrieben werden. Man mag über die syrische Politik im übrigen urteilen wie man will; man kann – und muß – es beklagen, daß der syrische Nationalismus mithilft, Israel zu boykottieren und zu bedrängen – aber daß Syrien auf dem Wege zum Kommunismus sei und seine arabischen Nachbarn mit Krieg zu überziehen trachte, das ist eine so grob demagogische Propagandalüge, daß man sich fragt, wie sie einem Mann von dem Verantwortungsgefühl eines Eisenhower (der schließlich kein Truman ist) mundgerecht gemacht werden konnte. Wenn sich Syrien der Sowjetunion genähert hat, so haben gerade die Vereinigten Staa-

ten alles getan, um es dazu förmlich zu zwingen, sollte es nicht entweder dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehen oder aber wie Jordanien, Saudi-Arabien, Irak und Iran zum Gefolgsstaat Amerikas herabsinken. Man wird das in Washington eben doch allmählich zur Kenntnis nehmen und der Sowjetunion ein Mitspracherecht in Vorderasien einräumen müssen, soll nicht aus diesem Raum – wie viele befürchten – die Flamme eines dritten Weltkrieges herausschlagen, an dessen Rand Mr. Dulles uns ein neues Mal führen zu wollen scheint.

Die beiden Deutschland Die Versuchung für den amerikanischen Außenminister, in Vorderasien den starken Mann zu spielen, ist freilich sicher nicht geringer geworden, seitdem durch den Sieg der Partei Adenauers bei den westdeutschen Wahlen die «Politik der Stärke» auch in Europa neuen Auftrieb bekommen hat. Die Christlich-Demokratische Union verdankt zwar die verstärkte absolute Mehrheit der Sitze, die sie jetzt im Bundestag innehat, in erster Linie der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, deren sich Westdeutschland erfreut und die die Regierung Adenauer-Erhard mit auf ihr Verdienstkonto schreibt. Ein ausländischer Besucher, der nach sieben Jahren zum erstenmal wieder nach Deutschland kam, bemerkte letzthin vielsagend: «Mir fiel nicht nur sein (Westdeutschlands) unglaublicher Wiederanstieg auf, sondern auch die fast unanständige Hast, Gier, Wildheit und Begehrlichkeit, mit welcher der Durchschnittsdeutsche einem immer größer werdenden materiellen Wohlstand nachjagt. Dieses berühmte ‚deutsche Wunder' ist ein Zauberbegriff geworden, und der Deutsche stellt ihn ebenso stolz zur Schau, wie er einst sein Parteiabzeichen trug.» Wie sollten die westdeutschen Wähler und Wählerinnen da auf den Einfall kommen, einem System die Gefolgschaft zu verweigern, unter dem es ihnen «jeden Tag immer und immer besser geht», um mit dem alten Coué zu reden? Der Glaube an den Segen der kapitalistischen Profitwirtschaft – jetzt «soziale Marktwirtschaft» genannt – ist heute in Westdeutschland stärker denn je.

Aber ohne jeden Zweifel hat zum Sieg Adenauers wesentlich auch die Überzeugung der großen Masse der Westdeutschen – bis tief in die sozialdemokratische Arbeiter- und Angestelltenschaft hinein – beigetragen, daß die Außenpolitik des Kanzlers, eben die «Politik der gepanzerten Faust», die einzig richtige sei und nur sie den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer erstrangigen Weltmacht gewährleisten könne. An diese Politik knüpfen sich die Hoffnungen ungezählter «patriotischer» Deutscher auf Vertreibung der Russen aus Ostdeutschland, auf die Zurückgewinnung der an Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei verlorenen Provinzen, auf die unter deutscher Führung zu bewerkstelligende «Befreiung der Ostvölker bis zum Ural», ja womöglich bis zum Gelben Meer. Diese Ziele wird nach dem 15. September 1957 die westdeutsche Außenpolitik mit verstärkter

Energie verfolgen, gestützt auf die neue Wehrmacht und auf die gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel der Atlantikmächte, vorab Amerikas. Der Kalte Krieg wird auch in Europa an Zähigkeit und Unnachgiebigkeit wieder gewinnen, was er in den letzten Jahren verloren zu haben schien – und an das Ende dieses methodischen Wahnsinns kann man nur mit Schrecken denken.

Die westdeutsche Sozialdemokratie wird in ihrer heutigen Geistesverfassung, in ihrer jämmerlichen Halbherzigkeit und ihrem sturen Antikommunismus jedenfalls kein ernsthaftes Hindernis auf diesem Weg in die neue Katastrophe sein, so wenig sie es Anno 1914 und 1939 war. Nicht unverdient trifft sie der Hohn eines CDU-Wahlflugblattes aus Baden-Württemberg, das ich unter den Augen habe und in dem die «europäische Sicherheitspolitik» Ollenhauers verächtlich abgetan wird mit dem (freilich verlogenen) Hinweis: «Ungarn hat gezeigt, wie diese Sicherheit aussieht. Die unklare und ziellose Schaukelpolitik der SPD wäre für uns lebensgefährlich.» Nicht einmal in der Frage der Wehrpflicht ist ja die SP festgeblieben, erklärte doch Ollenhauer (nach einer Meldung der Deutschen Presseagentur vom 7. September), die Sozialdemokratie werde bei Verhandlungen mit einem künftigen Koalitionspartner nicht unter allen Umständen auf der Abschaffung des Militärzwanges bestehen; tags darauf behauptete er dann schon wieder fröhlich, doch, die SP sei «fest entschlossen, unter allen Umständen die allgemeine Wehrpflicht wieder abzuschaffen». Wie könnte man einer Partei mit solch schwankenden Gestalten an der Spitze noch Vertrauen schenken?

Nur nebenbei sei wieder einmal gesagt (obwohl es wichtig genug ist), daß unter dem Druck einer durch und durch unwahrhaftigen Propaganda der CDU, unter dem allbeherrschenden Einfluß der Mächte des Geldes, des Nationalismus, des Militarismus und des Klerikalismus in Westdeutschland von einer selbständigen Bildung des Volkswillens und von freien Wahlen im Ernst keine Rede sein konnte. Die Einrichtungen der Demokratie sind auf dem Boden des Kapitalismus und in den Händen der reaktionären Kräfte auch hier wieder nur wirksame Mittel zu dem Zweck gewesen, das Bestehende zu erhalten und jede auch nur einigermaßen gründliche Änderung der Dinge zu verhindern.

Eines steht jedenfalls fest: Auch der neue westdeutsche Bundestag wird nicht diejenige Gesinnungswandlung offenbaren, die nötig ist, um die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland herbeizuführen. Die aus ihm hervorgehende Regierung wird der Sowjetunion nicht die Sicherheit vor einem neuen deutschen Angriff gewährleisten, die sie verlangt, um ihre Truppen aus der DDR zurückzuziehen, sondern auf der weiteren Mitgliedschaft der Bundesrepublik und womöglich auch eines geeinigten Deutschlands in der NATO bestehen. Und sie wird nicht die Hand zu Beratungen mit der ostdeutschen Regierung über das politische und soziale Regime eines künftigen Gesamtdeutschlands bieten, sondern stur und starr die Veranstaltung «freier» Wahlen in beiden

Landeshälften verlangen als Grundbedingung für die Festsetzung des neuen Regimes. Es wird so im Grund einfach beim alten bleiben, also bei der Trennung Deutschlands in zwei sich weniger und weniger verstehende Hälften – mit all den schweren Schäden und Gefahren, die dieser Zustand mit sich bringt.

Das ist auch der Schluß, zu dem der englische Labourabgeordnete Crossman auf einer Reise gekommen ist, die er kürzlich – noch vor den westdeutschen Wahlen – durch die Bundesrepublik und die DDR gemacht hat. Die ganze Lage der DDR, wie sie sich am augenfälligsten in dem endlosen Strom von Flüchtlingen aus der Ost- in die Westzone widerspiegelt, erscheint ihm zwar tragisch, ja hoffnungslos genug, aber sie müsse eben – so schreibt er im «New Statesman» (24. und 31. August) – vorerst als unabänderliche Tatsache hingenommen werden. Die DDR ist, wie der britische Beobachter betont, nur ein Rumpfstaat. «Sein landwirtschaftlicher Boden ist meistens sehr schlecht. Wenn er auch einige Braunkohle hat, so besitzt er tatsächlich doch weder Steinkohle noch Eisenerz und war darum bis 1945 ohne jegliche Schwerindustrie. Kein Stück Deutschlands hätte ungeeigneter sein können für einen Versuch mit einer sich selbst genügenden kommunistischen Wirtschaft oder als ein Gebiet, aus dem die unterentwickelten Länder Osteuropas hätten mit schwerindustrieller Ausrüstung versehen werden können.» Der Gegensatz zu dem von Natur reichen und mit freigebiger amerikanischer Wirtschaftshilfe wieder auf die Beine gestellten Westdeutschland springt ja in der Tat kraß in die Augen, sobald man die Zonengrenze überschreitet. Und Westdeutschland wie seine atlantischen Verbündeten tun alles, um ihn noch viel krasser zu machen. «Ostdeutschland», so stellt Crossman fest, «wird von seiten des Westens einer Wirtschaftssperre unterworfen; es wird in Bonn und Westberlin entschieden, was auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden soll. Auch der Kurs von vier Ostmark gegen eine Westmark ist ein politischer Kurs (nach meiner Erfahrung wäre ein echter Kurs etwas weniger als zwei zu eins) ... Die Westberliner praktizieren jede Art psychologischer Kriegführung und Unterwühlung, um das ostdeutsche Minderwertigkeitsgefühl zu erhitzen. Mindestens ein Dutzend amerikanischer und westdeutscher Geheimdienste arbeitet in der ganzen DDR und legt ihr Netz von Agenten, Spitzeln, Wirtschaftssaboteuren und bloßen Gerüchtemachern aus. Tagaus, tagein sticht die erbarmungslose westdeutsche Propaganda in die Oberfläche des ostdeutschen Lebens hinein, während seine eigentliche Grundlage durch die Wirtschaftssperre unterwühlt wird. Kein Wunder, daß es jeden Tag 400 Neuankömmlinge im Auffanglager für Flüchtlinge gibt. (Oft sind es bis zu 900. H. K.) Kein Wunder auch, daß sogar in Westberlin ängstliche Stimmen fragen, wie lange dieser Kalte Krieg noch gehen könne, ohne eine neue Explosion in der DDR zu erzeugen. Und diesmal könnte eine Erhebung der Auftakt zu einem dritten Weltkrieg werden.»

Crossman sieht auch die erfreulichen Seiten des ostdeutschen

Lebens und zeigt sich besonders beeindruckt von der Sozialfürsorge in der Industrie und von den landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die echte sozialistische Errungenschaften darstellten und nur dank der Verstaatlichung der Großindustrie und der Aufteilung des Großgrundbesitzes möglich geworden seien. Das wirklich Schlimme in der DDR sei das verdorbene politische System mit seinen «kleinen Hitlern», Strebern und Anpassern – und darin hat er ja nur zu sehr recht, wie jeder weiß, der etwas von diesem System kennengelernt hat. Zusammenfassend meint er, Deutschland sei heute – ob man es gern habe oder nicht – ebenso fest zweigeteilt wie Irland oder Korea, und jeder der beiden Teilstaaten sei eine strategische Filiale einer Obermacht. «Der Gedanke, diese zwei Staaten könnten jetzt abgetragen und an ihrer Stelle auf Grund einer freigewählten verfassunggebenden Versammlung ein einziger Zentralstaat aufgebaut werden, scheint mir gänzlich absurd . . . Das dadurch herbeigeführte Spaltungsbewußtsein muß freilich eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. Und je eher die beiden Staaten anfangen zusammenzuwachsen, statt auseinanderzuleben, desto besser für alle Beteiligten.»

Kommunismus – Sozialismus Militärisch ist natürlich Ostdeutschland nach wie vor fest in der Hand der Sowjetarmee. Aber wir müßten die Zeichen sehr falsch deuten, wollten wir nicht anerkennen, daß die Russen die DDR eher als Belastung denn als Gewinn empfinden. Es ist in dieser Beziehung genau wie in Ungarn: der Sowjetunion geht es vor allem um ihre Sicherheit. Sie unterdrückte den Aufstand in Ungarn, weil sie von einem Gewährenlassen der Revolution die Erschütterung, ja Zerstörung ihrer ganzen Machtstellung in Osteuropa befürchtete, so wie die Westmächte in ihrem Einflußbereich jede Verschiebung des Kräfteverhältnisses als Lebensbedrohung ansehen und mit äußerster Gewalttätigkeit bekämpfen. Man denke an Korea, Algerien und Vorderasien! Das stempelt die moralische Entrüstung der Westpolitiker über das bewaffnete Eingreifen der Russen in Ungarn – wie sie auch in der Ungarn-Debatte der UNO-Generalversammlung wieder inszeniert wurde – von vornherein zur widerwärtigen Heuchelei. Aber es rechtfertigt dennoch die sowjetische Machtpolitik, die andere Völker einfach als Mittel zum Zweck ihrer Selbstdurchsetzung gebraucht, in keiner Weise, so wenig wie wir die entsprechende Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die Westmächte gelten lassen können. Der irische Außenminister, der vor der UNO den (schrittweisen) Rückzug aller Besetzungstruppen aus den von ihnen beherrschten Ländern forderte, hatte darum vollkommen recht, so peinlich auch sein Auftreten – sehr begreiflicherweise – von den versammelten Westdiplomaten empfunden wurde, deren Selbstgerechtigkeit immer nur die Verdammung kommunistischer Gewalttätig-

keit verlangt. Mit solchem Eigendünkel erleichtert man den Russen die Abkehr von ihrem Unfehlbarkeitswahn wahrlich nicht!

Ähnliches gilt auch von der gehässig-hochmütigen Art und Weise, mit der im Westen das diesmal in Moskau abgehaltene Weltjugendtreffen boykottiert und die Teilnahme daran bestraft werden wollte, wobei ja unsere schweizerischen Kommunistenfresser eine besonders schmähliche Rolle gespielt haben. Man sollte bei uns doch im Gegenteil froh sein, daß einmal 30 000 junge Leute, die große Mehrzahl Nichtkommunisten, vierzehn Tage lang in Moskau vollkommen frei reden und auftreten und eine Propaganda für die westliche Lebensart entfalten durften, wie sie wirksamer überhaupt nicht zu denken ist. Den berühmten Eisernen Vorhang auf diese Weise zu zerfetzen, ist gewiß erheblich intelligenter als ihn durch krampfhafte Absperrung von jeder Fühlungnahme mit der kommunistischen Welt noch weiter zu verstärken! Aber eben – die jungen Leute, die nach Moskau fuhren, bekamen auch ihrerseits ein etwas anderes Bild vom Leben in der Sowjetunion, als die antikommunistische Propaganda es ihnen vormalte. Sie erfuhren vielleicht – um nur zwei Beispiele herauszugreifen, die leicht verdutzendfacht werden könnten –, daß vom 1. September an Millionen von Sowjetarbeitern und -angestellten, besonders in der Metallindustrie, den Siebenstundentag genießen, der bisher schon für die Bergarbeiter und zum Teil für die Uhrenarbeiter in Kraft stand, und daß anderseits die Industrieproduktion in der Sowjetunion während des ersten Halbjahres 1957 um 10 Prozent gestiegen ist – viel stärker als in irgendeinem Lande der kapitalistischen Wirtschaft, stärker auch, als im sowjetischen Wirtschaftsplan selber in Aussicht genommen war. Daß solche Dinge im Westen nicht allgemein bekannt werden, ist freilich durchaus die Absicht der Schürer des Kalten Krieges, deren Sache völlig davon lebt, daß das kommunistische Regime im Westen als menschlich verrucht und wirtschaftlich wie kulturell als Fehlschlag auf der ganzen Linie angesehen wird. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es gewiß auch der kommunistischen Fehlleistungen genug; aus der Tschechoslowakei zum Beispiel wird neuerdings eine bedenkliche Lockerung der Arbeitsmoral als Folge der früheren überspannten Zwangsdisziplin gemeldet, und ähnliche Erscheinungen stellt man, aus den gleichen Ursachen hervorgegangen, in Polen fest. Aber dieses planmäßige Heruntermachen all dessen, was in den Ländern des Ostblocks geschieht – unsere Zeitungen haben für dieses Geschäft ihre wohlgeschulten Spezialisten nebst den routinemäßigen Normalhetzern –, ist doch eine derartige Versündigung an der Wahrheit und damit am Frieden, daß ihr entgegengetreten werden muß, wo und wann das nur immer möglich ist. Die «kompromißlosen» Anprangerer des kommunistischen Regimes sollten lieber mithelfen, daß die Revolutionierung, Befreiung und Modernisierung der unterentwickelten Länder im Geist eines freiheitlichen Sozialismus geschieht, – sie würden dann bald

weder Lust noch Zeit haben, ihre Hauptkraft der Bekämpfung des «bolschewistischen Untermenschentums» zu widmen!

Aber damit ist es eben immer noch recht schlecht bestellt. Die Entkolonialisierung geht, wenn überhaupt, nur sehr schleppend und meist widerwillig vor sich. Statt die soziale und nationale Befreiung der zurückgebliebenen Völker großzügig und rückhaltlos zu fördern, sind die kapitalistischen Mächte nur darauf bedacht, ihre Herrschaftsstellung aufs neue zu festigen und die alten feudal-despotischen Klassen gegen die Unabhängigkeitsbewegung ihrer Völker zu stützen. Noch immer leben drei von je fünf Menschen auf der Erde in armen, notleidenden Ländern – rund 1500 Millionen, die sich jedes Jahr um 25 bis 30 Millionen vermehren. Und wo sich ein farbiges Volk gegen seine weißen Bedrücker erhebt, da wird es mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel wieder «auf seinen Platz» zurückgeworfen, wie in Südafrika von den «frommen» Buren und in Nordafrika von den «ungläubigen» Franzosen. Jede Woche würden im Durchschnitt 800 «Terroristen» kampfunfähig gemacht, rühmte sich erst letzthin der Statthalter Frankreichs in Algerien, der «Sozialist» Lacoste – und doch ist es schon seit bald zwei Jahren klar, daß auf dem Gewaltweg mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung nicht fertig zu werden ist. Verhandlungen ohne vorherige Kapitulation der Aufständischen aber lehnt die Pariser Regierung starrköpfig ab, wohl wissend, daß daraus nur ein unabhängiges Algerien hervorgehen könnte, was das Ende der Ausbeuterherrschaft der anderthalb Millionen Weißen und wahrscheinlich ihren Massenauszug ins Mutterland bedeuten würde. So verblutet sich Frankreich an einer hoffnungslosen Aufgabe – und bereitet auf seinem eigenen Boden das Aufkommen jenes rohen Halbfaschismus vor, der sich in Algerien schon längst fest eingerichtet hat.

Wenn man liest, was André Philip, der keineswegs revolutionäre Nationalökonom und Politiker, in seinem Buch «Le socialisme trahi» über den Zerfall der französischen Demokratie schreibt, dann kann es einem wirklich leid tun um unsere westliche Nachbarrepublik. Philip stellt insbesondere ein völliges Auseinanderklaffen von Programm und Praxis, Bekenntnis und Haltung bei den meisten Parteien fest. Ist der Abgeordnete einmal gewählt, auf Grund seiner schauspielerischen Deklamationen, dann macht er im Parlament, was er will, ohne Rücksicht darauf, was er vorher seinen Wählern erzählt hat. Die Folge ist beim Wähler eine wachsende Verachtung für Parteien, Parlament und Regierung, ein zynisches Mißtrauen gegenüber allem, was Politik heißt, und eine immer weiter zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten. «Und das bedeutet», sagt Philip, «daß wir schon jetzt in eine vorfaschistische Atmosphäre getaucht sind, in der alles möglich wird; das Land kann von einem Augenblick zum andern einem Mann zur Beute fallen, der ein klares Programm vorlegt und einen energischen Eindruck macht und dadurch den schlummernden Antiparlamentarismus der Massen in

Wer Gott im Innersten anerkennt, der muß auch seine Geschöpfe anerkennen.

Wer Gott liebt, der muß auch seine Geschöpfe lieben.

Wer Gott dienen will, der muß den Menschen dienen.

Für den, der Gott aufrichtig liebt, gibt es keine Wertunterschiede in Nation, Rasse, Klasse und Geschlecht.

Der wahre Christ zieht nicht nur die Menschen in seinen Verantwortungskreis hinein, sondern ebensosehr Tiere und Pflanzen, einfach alles, was lebt. Sein Auge wird offen für die soziale Not, er nimmt Stellung gegen alles, was die Geschöpfe schädigt, sie an ihrer Bestimmung und Entfaltung hindert, und er setzt seine Kräfte ein und tut alles, um Mißstände zu beseitigen. *A. P.*

Warum toben die Völker?

Psalm 2 ganz lesen.

«Warum toben die Völker und sinnen die Nationen vergebliche Dinge? Könige der Erde stehen auf, und Fürsten ratschlagen miteinander wider den Herrn . . .»

Wer fragt «warum»? Wer lebt so unbekümmert um die Ängste und Drohungen unserer Zeit, daß er sich eine solche Frage erlauben kann, wo die Unwissenheit sich ausnimmt wie Unverschämtheit gegenüber der gewaltigen Menge der Geängstigten, der Bedrückten, der Verzweifelten? Liest dieser denn keine Zeitung? Hat er keinen Radio?

Er weiß nicht, daß der Nationalismus in der Welt von neuem obenaufkommen will, daß die «Großen» ihre Satelliten überfluten, indem die rivalisierenden Hegemonien sich immer mehr ausbreiten, daß ein verkappter Militarismus die Aufrüstung Deutschlands deckt und bestimmt, auf dem ganzen Erdenrund Basen für künftige Kriegsoperationen errichtet und sogar die Kirchen ansteckt, indem er sie überredet, zu schweigen wie der «stumme Hund» Luthers oder nur leise und zitternd zu reden, während das schändliche Morden durch Kernwaffen sich vorbereitet.

Dies sind die Herren des Krieges. Selbst wenn sie das tragikomische Spiel der Abrüstung spielen. Vielleicht sogar mit einem gewissen Grad von Aufrichtigkeit. Das sind die «Könige», die Halbgötter der usurpierten «Allmachten». Aber vergessen wir nicht, daß die «Fürsten», die Regierenden anderer Nationen sich mit ihnen verbünden. Sie sind weniger gewaltig, und ihre Schädlichkeit ist dadurch vermindert. Aber sie führen Krieg und spielen die Tapfern und foltern – übrigens auf beiden Seiten – in Algerien, auf Zypern und weiß der Teufel wo. Aber von den Großen beherrscht, sind sie unausstehliche Beherrscher der

Schwächern, besonders in Afrika. Oder auch, zum Beispiel im Nahen Orient, kaum unabhängig geworden, klirren sie zähneknirschend mit den Säbeln.

Das gegebene Wort wird überall gebrochen; man rüstet nicht ab, wie man es versprochen hatte; durch übelwollende Verdächtigungen setzt man den Frieden aufs Spiel. Man sucht Ausflüchte, man ist «diplomatisch», man sagt «vielleicht», indem man an den Krieg denkt, wo man ihm doch ein entschlossenes und unwiderrufliches «Nein» ins Gesicht speien sollte.

Welch ein Toben der Völker! Mit einigen Schattierungen und Stärkeunterschieden finden wir überall, bei den Kleinen wie bei den Großen, dieselbe Denkweise – «eitles Denken» übrigens –, die gleichen Gefühle und besonders auch die gleichen Leidenschaften, die gleiche Kurzsichtigkeit, die gleiche liederliche Lebensart, das gleiche Gleiten in den Abgrund.

Doch der, welcher in diesem Toben ruft: «Warum?», ist nicht ein Unwissender. Im Gegenteil, er weiß. Er kennt die Gründe, er kennt auch die Heilmittel. Es ist der Ewige selbst, gegen den Könige, Fürsten und Nationen sich verbündet haben. Es ist der Lebendige, der die Geschichte regiert, und aus den Ereignissen geht hervor, daß die Zeiten seiner Geduld vorüber sind und daß er über uns Gericht hält.

Mit Erhabenheit, wie es seiner Macht entspricht, spottet er über dieses unfruchtbare Getue. Dann spricht er im heiligen Zorn seiner Gerechtigkeit, und wir sind von Entsetzen erfüllt.

Werden wir verstehen? Nicht vor den Mächtigen der Welt müssen wir zittern, wir Unglücklichen, sondern vor unserer Sünde, vor den Torturen in Algerien, vor der Heuchelei der UNO, vor der zynischen Tyrannei des Geldes, vor der Dürftigkeit unserer Treue zu Christus und vor dem Gericht des lebendigen Gottes, der da sagt: «Haltet ein!»

«Laßt uns zerreißen ihre Bande und von uns werfen die Fesseln!» Das ist der Rat des Wortes Gottes. Merkt euch, es handelt sich darum, die Bande zu zerreißen, in denen uns die Könige und andere Fürsten gefangenhalten, oder vielmehr die «Mächte», deren jämmerliches Spielzeug sie sind, wie wir.

Werfen wir also die Fesseln der Tradition, der Kultur, der Religion, der Nationalität, der Doktrinen von uns, welche die Mächte dieser Welt mit unserem Geist zusammengeschmiedet haben. Schicksalshaftigkeit des Krieges, bedingungsloses Vorrecht der Nationen, Notwendigkeit der Landesverteidigung mit Waffen, Gewalt im Dienst des Rechtes, Gewissenszwang, sich den Behörden bedingungslos unterzuordnen; Lehre des Pessimismus, der den Kampfesmut lähmt; Gespaltenheit, aus der man behauptet, in der Seele Christus dienen zu können und in der Welt dem Moloch. Lügen über Lügen! Und es gibt noch mehr. Gott ruft diejenigen zur Freiheit auf, die der Fürst dieser Welt in Ketten geworfen hat.

Werfen wir die Fesseln von uns. Was ist das für eine Christenheit,

die der Welt gegenüber keine Selbständigkeit hat, die vor Angst erstickt, wenn die Welt erzittert; die sich in Handlungen der Verzweiflung stürzt, wenn die Welt ihr anheimfällt; die in die Schmach des Krieges einwilligt, wenn nur die Welt mit der beredten Stimme des falschen Patriotismus oder leidenschaftlicher Ideologien es von ihr verlangt? Das ist eine Christenheit? Warum nicht gar! Höchstens Ruinen von Kirchen. Denn man sieht nur zu gut, daß die Selbständigkeit, die im Denken und Betragen des Christen gegenüber der Welt fehlt, gegenüber Gott in erschreckendem Maß vorhanden ist. So daß man sich betrübt fragen muß, wer denn hier befehle, Gott oder der Andere?

Werfen wir die Fesseln von uns! Gott spricht. Wir müssen auf ihn hören. Und gehorchen. Zuerst ist dies eine persönliche Angelegenheit. Gott baut seine Kirche nur Stein um Stein auf. Aber er baut sie. Sein Wirken auf Erden ist individuell in seinen Anfängen, sozial in seiner Bestimmung. «Bitte mich, und ich werde dir Nationen als Erbe geben und die äußersten Enden der Erde zum Besitz.»

«Der Herr sprach zu mir: Mein Sohn bist du.»

An wen dächte man bei diesem Wort, wenn nicht an den, der den Namen «Gottessohn» trägt? Das ist soviel wert wie «König» oder «Fürst»! Nein: es ist nicht von derselben Art. Es handelt sich um denjenigen, der von Gott geboren, von oben gekommen ist, der eine neue Schöpfung und ein neuer Anfang ist. Sein Reich, wenn es auch für diese Welt ist, ist doch nicht von dieser Welt. Der Beweis dafür ist, daß er, von der Krippe bis zum Kreuz, auf Erden ohne Ansehen war, außer im Bereich der ewigen Dinge. Mit ihm sind keine der Enttäuschungen zu fürchten, die unfehlbar zu allem gehören, was von Menschen kommt.

«Du bist mein Sohn», sprach der Herr, «ich gebe dir die Enden der Erde zum Eigentum. Du magst sie zerschlagen mit eisernem Stabe.» Noch einmal: Warum sollen wir zittern außer in dem Maß, in dem wir unserem Meister untreu sind? Nicht er verwirft, sondern wir ziehen uns zurück. Ihr seht es ja, er ist der Herr, der diese Erde besitzt und ihre Enden. Die unumschränkte Gewalt, die koloniale Macht ist heute schon verurteilt. Ah! Lob sei Gott! Er, der Sanfte und im Herzen Demütige, zerbricht sie mit eisernem Stab, das heißt mit dem unbeugsamen Willen und der unüberwindlichen Kraft des Reiches Gottes.

Durch die Ängste unserer Zeit hindurch wird eine neue Ordnung die alte verdrängen. Der Krieg wird nicht mehr vom Fürsten abhängen oder die «ultima ratio» der Könige sein: Guy Mollet und Anthony Eden haben es ja gesehen in Suez. Jeder, wie klein er auch sein mag, nimmt jetzt Stellung zum Krieg und wird morgen über seine Teilnahme, nein, über seine Ablehnung entscheiden. Aber dazu müssen wir volljährig werden im Sinne des Reiches.

«Du bist mein Sohn.» Jeder Christ darf und muß sich dieses Wort aneignen. Durch den Glauben hat er teil an der glorreichen Freiheit der Kinder Gottes. Freiheit, weil er befreit ist von trügerischen Vor-

urteilen und ungebührlichen Verpflichtungen, glorreich, weil der Ruhm Gottes ihm inmitten der finstersten Realitäten der Welt sichtbar wird. Er lebt von einer andern Wirklichkeit. In dem Maße, als Christus in ihm lebt, kann er seinerseits mit Sicherheit erklären: «Mein Reich ist nicht von dieser Welt», und gerade darum anfangen, in und auf dieser Welt wirksam zu handeln. Da er von oben blickt, hat er eine Gesamtschau. Er packt die Fragen nicht mehr vom Stolz her an oder vom Egoismus, in dem die Nationen, die Klassen, die verschiedenen Gruppen einander gegenüberstehen, bereit zum Kampf, sondern unter dem Gesichtswinkel der Wahrheit, der Harmonie, mit der Verpflichtung, ihr die unerläßlichen Opfer zu bringen, der göttlichen Ordnung, die allein gerecht und heilbringend ist. Er dient dem Zeitlichen, das ungewiß und provisorisch ist, nur noch im Hinblick auf das Ewige und bereitet so das Kommen Gottes auf dieser Erde vor.

Und stellen wir uns nicht vor, daß diese Haltung nur einigen Auserwählten vorbehalten sei, die eine besondere Berufung haben oder einen außergewöhnlichen Glauben. Der Teufel verleitet zu solchen Vermutungen, um uns vom Gehorsam abzulenken. Übrigens ist die Gemeinschaft derer groß und ständig wachsend, die Jesus Christus in unserer Zeit versammelt, um h i c e t n u n c den Kampf des Herrn zu kämpfen. Gegen den Krieg durch ihren kompromißlosen Frieden, gegen die soziale Ungerechtigkeit durch ihren Gerechtigkeitswillen, gegen den Haß durch die Liebe, die in ihnen die unüberwindliche Macht ist, gegen die Lüge durch die Wahrheit, mit der Er sie erleuchtet.

«Ich sah eine große Schar, die niemand zählen konnte, aus allen Völkerschaften und Stämmen, Völkern und Sprachen. Sie riefen mit lauter Stimme: Die Rettung steht bei unserem Gott!» Seht ihr es nicht um uns erstehen, dieses Volk der neuen Zeit und der Auferstehung, das aus großer Drangsal kommt? Dem Glauben wenigstens ist es eigen, das Unsichtbare zu sehen, es Wirklichkeit werden zu lassen durch die Kraft des Lebendigen, der durch ihn wirkt.

«So nehmet denn Klugheit an! Wohl allen, die auf Ihn vertrauen!»

Henri Roser

Frau Clara Ragaz †

Die Nachricht vom Tode von Frau Clara Ragaz bewegt uns tief. Sie war ein Ruhepunkt in unserer zerrissenen Welt. Ihr Leben war bewegt, nicht an äußeren Schicksalsschlägen, sondern an selbstgewähltem Kampf für Frieden, Freiheit, für das Recht, wo immer es mißachtet wurde. Diesen Kampf kämpfte sie als treue Gefährtin mit Leonhard Ragaz. Die Unruhe, die ein solcher Kampf mit sich bringt, die Sorgen, die Anfeindungen, die Opfer, die Enttäuschungen, aber auch die Siege, die Freuden, das Bewußtsein, im schöpferischen Weltenplan

mitzubauen, formten aus dieser zarten, klugen Frau eine seltene Persönlichkeit. Sie war ein schlichter, sicherer Mensch, sachlich im Urteil, vor dessen unbestechlichem Blick Schmeichelei, Berechnung, Unlauterkeit nicht standhielten. Wer sie persönlich gekannt hat, bekam auf irgendeine Weise ihre wohltuende Hand zu spüren. Wie war sie doch großzügig! Sie akzeptierte stillschweigend oder mit einer humorvollen Bemerkung die Schwächen der andern. Vor ihr lösten sich unentwirrbar scheinende Fäden, erhitzte Gemüter beruhigten sich, Mensch und Ding um sie nahmen auf selbstverständliche Weise ihren zugehörigen Platz ein; dabei ging ihrer Ordnungsliebe jede Pedanterie ab. Und wie hatte sie Sinn für das Schöne, gleichgültig in welcher Form es sich zeigte! Immer war sie bereit, zu bewundern, sei es die Natur, den Menschen oder die Dinge, die er geschaffen. Sie war wie ein nie versiegbarer Quell, ein munter sprudelnder, stets unternehmungslustig.

Immer gebend, lebte sie ihr Leben, baute sie an ihrem Lebenswerk. Von ihren unzähligen Freunden im In- und Ausland, aus allen Gesellschaftsklassen, mit den verschiedensten Glaubensbekenntnissen, war sie verehrt und geliebt, denn sie nahm jeden Menschen wie er war, und dieser ließ sich nehmen, denn er spürte ihre Lauterkeit. Wie oft war sie an internationalen Kongressen der schlichtende Mensch, der Fels, der festblieb, der den sich bekämpfenden Meinungen Halt gebot und so wieder die Möglichkeit der Zusammenarbeit rettete. Auch im schweizerischen Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die sie 1915 im Haag mitbegründete, ist es wohl direkt oder indirekt ihr Einfluß, daß er nicht von der Spaltkrankheit befallen wurde, sondern daß hier Frauen zusammenarbeiten, die wichtige Fragen oft nicht in der gleichen Perspektive sehen, aber die an die Ehrlichkeit und an den festen Willen zu einer objektiven Schau der andern glauben und in diesem Glauben in den Punkten miteinander weiterarbeiten, wo das Streben ein gemeinsames ist: Krieg zu verhindern, der bei den heutigen Mitteln die Vernichtung der Menschheit zur Folge hätte. Dies hohe Ziel hat Clara Ragaz nicht aus den Augen verloren, solange sie noch irgendwie dabeisein konnte, und ihr aufmerksames Hinhören auch auf «ketzerische» Argumente erhielt den Glauben wach, daß Friedensarbeit möglich sei.

Schon immer wurde jede Arbeit mit ihr zusammen zu freudigem Tun. Ihre schalkhaften Bemerkungen schufen eine gelöste Atmosphäre, ihre stets bereite Anerkennung für ihre Mitarbeiter weckten und förderten in ihnen die besten Kräfte. Diese heitere, begnadete Pädagogin war eine Gebende, die zur Zeit des Naziterrors und des Faschismus mit ihrer Tochter zusammen in der Hilfe für die Verfolgten aufging. Sie strahlte wie ein mildes Licht aus, das auch in den dunkelsten Stunden Helle spendete und das jeden, der in ihre Nähe kam, erwärmte und stärkte.

Sie gehörte zu den Menschen, vor denen das Böse entwaffnet haltmachen muß. Das Zerstörende, das Dämonische vermag die Hellsicht

und die Kraft von Menschen wie Clara Ragaz nicht zu schwächen. Diese aufbauenden Menschen, sei es, daß sie als Persönlichkeiten hervortreten, sei es, daß sie im stillen mitschaffen, sind uns Hoffnung und Trost. Wir schulden Frau Ragaz tiefen Dank. Ihr Leben soll uns Verpflichtung, Mahnruf und Vorbild sein. *H. Kremos* und *B. Wicke*

Eberhard Arnold

Wir freuen uns, den Lesern der «Neuen Wege» diesmal einen Beitrag von Frau Margarete Susman vorlegen zu dürfen. Wir schätzen ihre Gabe um so mehr, als sie des Augenlichts soweit beraubt ist, daß sie nicht mehr lesen und schreiben kann, was ihr die Arbeit sehr erschwert. Ihr Beitrag wird so zum Symbol eines unermüdlichen Kampfes um die Vertiefung unseres Lebens, die zum Frieden führt. Wir können Frau Margarete Susman nur herzlich dafür danken.

*

«Laßt uns nicht ein kleines Geschlecht sein, welches von großen Dingen angetroffen wird.»
«Es gibt keinen Gott, der einen Menschen ohne seinen Zusammenhang mit den anderen Menschen sähe.» *E. A.*

Hugo Kramer hat im letzten Augustheft der «Neuen Wege» in seiner «Weltrundschau» gesagt, daß wir mit Sicherheit vor einem dritten, wie wir wissen, alles Menschenleben bedrohenden Weltkrieg stehen, wenn nicht die Politik der großen und kleinen Staaten sich grundlegend verändert.

Die Konstruktion und die Aussendung des neuen künstlichen Gestirns an der Grenze der Erdatmosphäre, die alle Welt in Bewegung setzt und uns die Empfindung und Erschütterung gibt, aus dem Zeitalter der Spaltung des Atoms in ein wieder neues eingetreten zu sein, war in dem Augenblick, da jene Rundschau geschrieben wurde, noch nicht geschehen. Um so dringlicher erhebt sich nun die Frage, die sich schon vor Jahrzehnten stellte: wie in einer Zeit, wo die Menschen alle Gewalt über das, was einst Schöpfung hieß, an sich gerissen haben, eine aus wahrem Glauben an Gott gegründete Gemeinschaft möglich sei und auch heute fortbestehen könne. Es gehört zu den Rätseln und Wundern der Geschichte, die mit dem Wort Revolution nur ungenügend bezeichnet sind, daß einem einzelnen, seltenen Menschen die Kraft dazu ins Herz gegeben war.

Gewiß: die von ihm begründete Gemeinschaft ist nicht in diesem Augenblick entstanden. Gerade beim Lesen der «Weltrundschau» und angesichts des jüngsten Geschehens drängt sich uns der gewaltige Unterschied zwischen der heutigen Zeit und der nach dem Ersten Weltkrieg auf. Wie anders sah damals die Wirklichkeit und gerade die deutsche Wirklichkeit aus! Wie vieles war in ihr noch möglich, was heute nicht mehr denkbar wäre. Gerade im geschlagenen Deutschland rief noch, zwischen den Haß- und Racheträumen, die später seine Wirklichkeit entschieden, der Aufschrei des vergossenen Blutes das

Gewissen derer auf, in denen das Bild eines wahreren Lebens ruhte. Es war zunächst die Jugendbewegung, die nach dem Zusammenbruch der Generation, der sie entstammte, eine neue Lebensweise zu finden suchte. Es bildeten sich Gesellschaften und Gruppen sozialer und pädagogischer Art, und über allen diesen Bestrebungen stand flammend das Wort: Nie wieder Krieg!

Aber die meisten dieser Gemeinschaften waren zu sehr Massenbewegung, weil ihnen der religiöse Kern fehlte. Eine von reinen Geistern unternommene Gesamtrevolution scheiterte, wie jede deutsche Revolution, diesmal an der Verkennung der Übermacht des Kriegsgeistes, der brutal jeden Friedenswillen zertrat.

Viele unvergessene Namen klingen mir noch von damals im Ohr – vor allem die, die der mißglückten Revolution zum Opfer gefallen sind, Menschen, die über die Grenzen Deutschlands hinaus für die ganze Menschheit das Beste wollten und sich selbst einer Welt, für die sie zu gut und zu gläubig waren, zum Opfer brachten.

In dieser turbulenten Zeit hat jener einzigartige Mensch eine Gemeinschaft gegründet, die kraft seines Glaubens und seiner Liebe alle Schwierigkeiten und Angriffe überdauert hat und heute noch, über die ganze Erde verbreitet, Segen und Frieden bringend, wirkt. Es sind die Bruderhöfe, die Eberhard Arnold geschaffen hat. Bei aller Verwandtschaft des Geistes und Willens mit den anderen Lösungsversuchen jener Tage ist es doch der eine und seltene Mensch Eberhard Arnold, aus dessen innerstem Wesen und Wirken diese Gemeinschaft entsprungen ist.

Es ist nicht leicht, von diesem Manne das wahrhaft Gültige auszusagen. Die rein biographischen Tatsachen reichen zum Verständnis eines solchen Lebens nicht aus, obwohl sie einen Hinweis geben. Wir können uns nur auf seine Tat und auf seine eigenen Worte und auf manche Worte derer berufen, die ihm am nächsten gestanden haben.

Eine knappe, doch vorzügliche Darstellung seines Lebens gibt uns seine Frau. Eberhard Arnold ist 1883 in Königsberg geboren. Als Knabe siedelte er mit seinen Eltern nach Breslau über, wo sein Vater Professor der Theologie war. «Schon in frühester Kindheit nahm er Anstoß an der Ungleichheit der Menschen, schloß Freundschaft mit solchen aus ärmlichsten Verhältnissen.» Aus dieser Neigung sollte in seiner Spätzeit die Erkenntnis entspringen: «Die Menschheit liegt in Agonie, und das ärgste Zeichen dieses Todeszustandes ist das Eigentum.»

Es war später seine Absicht, Arzt zu werden – welch ein Arzt wäre er geworden! –, aber auch das Studium der Theologie, das sein Vater von ihm verlangte, ist seinem Leben zum Segen geworden, weil es für ihn nicht mehr als eine Vorbereitung war. Er wollte nicht nur ein Studium betreiben; er wollte, was er erkannte, leben. Und nicht nur er selbst wollte es leben, er wollte, daß es auch seine Mitmenschen lebten. Denn dies war seine feste Überzeugung: «Das religiöse Moment ist nur dann echt, wenn es im sozialen tätig ist.» So gehörte er im streng-

sten Sinne zum religiösen Sozialismus, der die sozialen wie die religiösen Probleme ernst, mit letztem Ernst nimmt. Das unvergeßliche Wort von Leonhard Ragaz «Es darf keine Verlorenen geben» war die Grundlage auch der Aufbauarbeit von Eberhard Arnold.

Nun ist aber das Menschenleben kurz – zu kurz, um eine Befreiung und Erlösung aller Verlorenen durchzuführen. Der Einzelne kann immer nur an dem Punkt und in dem einen Augenblick ansetzen, der ihm in seinem Dasein gegeben ist. Darum scheitert er fast mit Notwendigkeit an dem Übermaß seiner Aufgabe. Die Antwort auf die Frage, ob er sich in das Leben, in dem ihm zu scheitern bestimmt ist, hineinwerfen soll, um wenigstens das ihm Mögliche zu vollbringen, hängt von der Kraft seines Willens, der Stärke seines Glaubens und der Tiefe seiner Liebe ab. Eberhard Arnold hat diesen einen Augenblick, der ihm in der Geschichte gegeben war, als den von Gott gewollten empfunden. Für ihn wäre es unmöglich gewesen, nicht mit der Verwirklichung des Planes zu beginnen, den er als seine Aufgabe erkannte, und ihm war es auch, wie nur wenigen, gegeben, nicht an ihr zu scheitern. Er war ein echter Revolutionär im Sinne des religiösen Sozialismus, der das Reich Gottes und seine Erlösung nicht nur erst im Jenseits erwartet, sondern es schon auf der Erde verwirklichen will, wie es in den gewaltigsten Zügen bereits die Propheten des Alten Bundes verkündet haben. Für Eberhard Arnold fiel dieses selbe Reich Gottes auf Erden mit der Forderung des Urchristentums zusammen, wie wir es aus der Apostelgeschichte kennen. Kommunismus war dies allein in dem Sinne, daß es eine Gemeinschaft mit strenger Lebens-, Arbeits- und Gütergemeinschaft war, die aber im Gegensatz zum heutigen politischen Kommunismus weder eine Herrschaft des Staates noch der Kirche anerkannte.

Diese Gemeinschaft der Bruderhöfe will nicht aus der geschichtlichen Welt heraustreten, sondern in einer neuen Weise selbst geschichtliches Leben schaffen. Und da ihr Ursprung geschichtlich bedingt ist, sie nur in diesem einen Augenblick und in diesem einen Land entstehen konnte, um dann – kaum mehr als ein Jahrzehnt später – nicht unähnlich dem Volke Israel durch Hitler über die Welt zerstreut und dadurch zugleich erweitert zu werden, so ist sie auch nur innerhalb der Geschichte und in ihr wirkend zu begreifen.

In diesem Sinne ist der erste Bruderhof in Deutschland, in Sannerz im Kreis Schlüchtern, in der Röhn, im Jahre 1920 gegründet worden. Die Fähigkeit zu solcher Gründung konnte nur einem Manne eigen sein, in dem sich die größte Liebeskraft mit der Gabe unnachsichtiger Kritik und Strenge einte, und diese Gabe war besonders selten in einer Welt, in der kurz vorher so viele der höchsten Werte zerfallen waren. Nicht nur der Krieg hatte alle menschlichen und göttlichen Werte zerstört. Unter anderen Geistern der Verneinung war vor allem auch schon ein Nietzsche dagewesen und hatte das Bild des christlichen Gottes, das unzerstörbar in ihm selber lebte, aus einem rasenden Wahr-

heitswillen für die abendländische Menschheit zertrümmert. Nietzsche hat als Ersatz für die Macht Gottes und Christi die Macht und den Willen zur Macht überragender Menschen verkündet. Diesen Weg ist Christoph Blumhardt, der, was das reale Verhalten der Menschen seiner Zeit angeht, Nietzsche durchaus recht gegeben hat, nicht mitgegangen, und wie er hat Eberhard Arnold die genau entgegengesetzte Wahrheit verkündet: er hat an Stelle aller menschlichen Macht die vollkommene Machtlosigkeit des Menschen gesetzt. Nichts, gar nichts kann vom Menschen kommen, er muß auf alle eigene Macht verzichten. «Wo sich unter uns eine kleine eigene Macht erheben würde, da würde sich Gottes Geist und Vollmacht in demselben Augenblick und in demselben Grade zurückziehen.» «Wir sind durchaus machtlos, aber ich glaube, gerade das ist die einzige und tiefste Ursache, weshalb Gott uns berufen hat zu diesem Dienst.»

Wie war es möglich, in einer Welt wie der unseren den ewigen Namen wieder zum Erklingen zu bringen, und zwar mit solcher Selbstverständlichkeit, daß der Glaube neben ihm nicht wie die dialektische Theologie einen großen Denkapparat in Bewegung setzen mußte, sondern den Namen Gottes unmittelbar durch sein eigenes gläubiges Leben auferstehen ließ? Es war möglich durch die vollkommene Demut, die darum so echt war, weil sie niemals Demut vor Menschen, sondern immer Demut vor Gott war. Hier ist Gott alles, der Mensch nichts, und, um fähig zu sein, ein Baustein im Bau der Gemeinschaft zu werden, muß er, selbst wenn er den Willen und die Fähigkeit zu ihr besitzt, erst tüchtig zurechtgehauen werden. Hier waltet eine große Strenge; es wurde und wird ein ganzes Jahr zur Probe und Anpassung gefordert. So kann es nicht vermieden werden, daß viele, selbst kostbare Steine weggeworfen werden, was jedesmal ein Schmerz für Eberhard Arnold war. Mit Wehmut sprach er von den vielen Steinen, die weggeworfen werden mußten, und immer noch hatte er die Hoffnung, sie möchten doch eines Tages wieder kommen und dann noch zurechtgehauen werden können. Denn auch die, die angenommen wurden, mußten noch gründlich bearbeitet werden. Und niemals wurde dies von dem Menschen Eberhard Arnold, sondern immer nur von der Botschaft aus unternommen, die ihm aufgetragen war. Es ist kein leichtes Leben, das hier gefordert wird. Es beruht auf der Opferbereitschaft seiner Mitglieder.

Es waren Menschen der verschiedensten Art, die das Ehepaar Arnold bei sich aufnahm. Ein Freund schrieb ihm nach seinem Tode, als ob er noch ein Lebender sei: «Euer Haus hatte eine offene Tür, und Ihr fragtet keinen, wer er wohl sei. Ihr hättet wohl manchmal eine seltsame Antwort bekommen!» Die Auswahl traf er nach jener strengen Prüfung, ob ein Mensch – er sei, wer er sei – in die Gemeinschaft der Brüder passe. «Heiter war immer Dein Frommsein», schrieb ihm ein anderer Freund, und diese Heiterkeit entsprang sicher der reinen Erfüllung seines Auftrags und der Sicherheit, mit der er die Menschen

an diesem seinem Auftrag maß. Er kannte die Menschen sehr gut, unterschied sie mit dem ganzen Scharfsinn seines Geistes und mit der untrüglichen Reinheit seines Herzens – er nahm sie mit Güte und Strenge auf, und niemals fehlte der Humor, der sich auf seine Freunde übertrug, so daß einer von ihnen sagen konnte: «Du wurdest mit den störrischsten Bauern und mit dem verstocktesten Gottesmann fertig.»

Diese seltene Gabe der Unterscheidung, durch welche die Liebe nicht kleiner wurde, verlieh diesem Menschen die Kraft zur Gründung einer Gemeinschaft, die sich von allen anderen damaligen Gründungen nicht nur dadurch unterscheidet, daß sie heute noch fortbesteht. Es war der Glaube an das Senfkorn, durch den diese Bewegung der Bruderhöfe zu einer über die ganze Erde verbreiteten Pflanze geworden ist. Es bestehen heute Bruderhöfe in England, in den USA, in Paraguay, Uruguay und Argentinien. Ich hatte das besondere Glück, einige Mitglieder der Bruderhöfe persönlich kennenzulernen. Vor längerer Zeit besuchte mich ein Schweizer Ehepaar, das, aus Paraguay kommend, auf dem Wege nach Deutschland war, um dort am Wiederaufbau des ersten Bruderhofes mitzuwirken. Durch einen anderen Bruder, der vor kurzem bei mir war, erfuhr ich dann, daß diese Gemeinschaft, Sintalhof bei Brückenau, schon wieder im vollen Aufblühen ist, aber um so dringender der Hilfe von außen bedarf. – Auch die bisher in England gedruckte Zeitschrift der Bruderschaft «Der Pflug», die uns Nachrichten über die Bruderhöfe vermittelt und voller Wahrheiten und Weisheiten ist, erscheint seit kurzem wieder in Deutschland. Eine besondere Einzelschöpfung dieser Bewegung ist das Krankenhaus in Primavera, nahe Asuncion, der Hauptstadt von Paraguay. Dies mit der doch möglichsten Sorgfalt eingerichtete Haus, das zweifellos aus dem Vermögen der reicheren Brüder aufgebaut worden ist, scheint mir durch die Hilfe, die es vor allem den Eingeborenen leistet, nicht hinter Lambarene zurückzustehen.

*

Auch Leonhard Ragaz hat den Glauben und die Hoffnung auf eine bessere Gemeinschaft besessen. Auch er glaubte an das Reich Gottes für die Erde. Aber sein Weg ging anders als der Eberhard Arnolds, nicht über eine kleine Gemeinschaft, sondern über den Aufbau der Gemeinde, deren Glieder nicht auch im täglichen Leben in Arbeit und Gütergemeinschaft verbunden waren. Auch er ist von einem kleinen Häuflein Getreuer ausgegangen. Aber seine kleine Herde hat sich nach seinem Tode schicksalhaft gespalten. Beide waren noch Menschen der Zeit des heilen Atoms, wenn auch die Spaltung der Menschen, die auch wiederum die Gemeinschaft spaltete, durch den Geist und Ungeist der Zeit schon weithin geschehen war. Doch haben sie beide ihre höchste Hoffnung nie aufgegeben.

Keiner von beiden hat ein leichtes Leben gelebt und von den Menschen gefordert. Beide wußten von dem Sinn des Opfers. Denn wie auch das Menschenleben sich ändern möge: das Problem von Zeit

und Ewigkeit, Leben und Tod bleibt dasselbe. Auch der religiöse Sozialismus ist eine Weise, Leben und Tod der Menschen würdiger zu gestalten. Immer steht zwischen Leben und Tod als Letztes, Gott mit den Menschen Versöhnendes: das Opfer. Davon spricht nicht nur die ganze Bibel von Abraham über Moses, den Gottesknecht des Jesaja bis zu Christus – davon spricht jede ernst gelebte Stunde unseres Lebens.

«Der Leuchter muß angezündet werden; wollte man ihn schonen, so würde er nicht leuchten.» – Eberhard Arnold und Leonhard Ragaz haben sich nicht geschont. Und so sehen wir sie als zwei ihre Zeit und noch die unsere miterhellende Gestalten, wie Kerzen auf einem Leuchter nebeneinander stehen, ihr Licht in die Finsternis hinaussendend: in der Erwartung des Reiches Gottes, «das denselben irdischen Klang und dieselbe Erdfarbe hat wie das verlorene Paradies».

Margarete Susman

Wandlung

Der Herr sprach:
«Sag ‚Wir'.»
Ich aber schüttelte den Kopf,
Verbarg meine Hände fest hinter den Rücken und sagte,
Halsstarrig:
«Ich.»

Der Herr sprach:
«Sag ‚Wir'.»
Doch ich blickte auf sie, die Unreinen, Mißgebildeten.
Ich selbst in all diesen verbogenen Gestalten? O nein.
Angewidert wandte ich mich ab,
Bestehend auf dem
«Sie».

Der Herr sprach:
«Sag ‚Wir'.»
Und ich,
Endlich,
Reicher um eine Menge angesammelter Jahre
Und Tränen,
Blickte in ihre Augen und fand das schwere Wort,
Das meinen Nacken beugte und mein Haupt senkte.
Gleich einem beschämten Schulknaben murmelte ich leise:
«Wir,
Herr.»

Karle Wilson Baker
(Übersetzt von Margarete Susman)

Aus der englischen, von jetzt an wieder in Deutschland erscheinenden bedeutenden Zeitschrift «The Plough» («Der Pflug»), die die Nachrichten der Bruderhöfe vermittelt.

Neue Wege im Kampf für den Frieden — Vom älteren Pazifismus zum Dienst am Frieden heute*

Im Jahre 1880 schrieb der preußische Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem Schweizer Freunde Bluntschli, der ewige Friede sei ein Traum, und nicht einmal ein schöner, da er die edelsten Tugenden des Menschen verkümmern lasse, während sie erst der Krieg – ein Element der von Gott gesetzten Ordnung – zur Entfaltung bringe, ohne den die Welt in Fäulnis und Materialismus versinken würde. Moltke konnte der Zustimmung und des Beifalls, wenn auch nicht Bluntschlis, so doch seiner Zeitgenossen sicher sein. Heute kann es sich kein General leisten, solche Gedanken zu äußern, wenn er nicht für verantwortungslos oder für nicht normal gehalten werden will. Diese Wandlung der öffentlichen Meinung ist zu beachten, wenn wir nach neuen Wegen im Dienst am Frieden fragen. Damals – zu Zeiten eines Moltke – sah sich der Pazifismus vor die Aufgabe gestellt, die allgemein herrschende positive Wertung des Krieges als einer menschlichen, sittlichen und natürlich vorab politischen Möglichkeit in Frage zu stellen, seine absolute Wertlosigkeit, vielmehr seine universale Schädlichkeit wie auch seine sittliche Unmöglichkeit darzulegen und bekanntzugeben, um die Liebe zum Frieden zu wecken und Mut zu machen, daß Wege der Verständigung im politischen Raum gesucht und gegangen würden.

Diese Aufgabe ist heute im großen und ganzen erfüllt, was aber gewiß nur zu geringem Teile auf die Arbeit jenes gemäßigten Pazifismus des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts zurückzuführen ist. Faktisch denkt heute wohl kaum jemand daran, den Krieg als solchen zu preisen und ihn dem Frieden vorzuziehen. Die meisten Menschen verabscheuen den Krieg, wie jede EMNID-Umfrage bestätigt. Wir brauchen es heute im allgemeinen kaum einem Menschen noch klarzumachen, wie verhängnisvoll der Krieg ist. Die blutigen Erfahrungen der beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts, Korea, Indochina, der Einsatz und die fürchterliche Weiterentwicklung thermonuklearer Waffen haben da eine Ernüchterung zuwegegebracht, um die sich der ältere Pazifismus so heiß und doch so vergeblich bemühte. In vielen Staaten ist längst das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verfassungsrechtlich verankert. Viele Kirchen, darunter die Evangelische Kirche in Deutschland, und sogar die Ökumene (Evanston!) haben in den letzten Jahren die Kriegsdienstverweigerung als eine – wenn auch nicht die einzige – Möglichkeit einer legitimen christlichen Entscheidung offiziell anerkannt. Und schließlich ist das Fernziel des organisatorischen Pazifismus – die internationale Weltorganisation auf föderativer oder kon-

* Vortrag, gehalten am Ferienkurs der Religiös-Sozialen Vereinigung auf dem Flumserberg, Oktober 1956. Siehe auch Juni-/Juliheft 1957.

föderativer Ebene – in eine Nähe gerückt, die die kühnsten Träume jener alten Pazifisten nicht zu erhoffen wagten: die UNO entspricht in ihren wesentlichen Konturen ziemlich genau den Leitbildern jenes organisatorischen Pazifismus.

Die Aufgabe, die sich der Pazifismus der Moltke-Zeit stellte, ist im wesentlichen erfüllt. Aber das Ziel – der Weltfriede – ist nicht erreicht worden. Es scheint, daß er uns ferner ist denn je. Kriegsfurcht und Kriegsrüstung beherrschen das politische Gefühl allenthalben. Eine tiefe Depression und Resignation angesichts dieses Tatbestandes bemächtigen sich in zunehmendem Maße der Zeitgenossen, die den Frieden lieben. Man hat an das Weltgewissen appelliert; aber das Weltgewissen ist verschlissen. Insofern droht dem Pazifismus keine Gefahr, restauriert zu werden. Mögen auch die alten Theorien stimmen, die Praxis ordnet sich ihnen nicht unter. Kants Altersschrift «Zum ewigen Frieden» ist wie eine herrliche Villa, in der aber niemand mehr wohnen kann . . .

Angesichts dieses Befundes fragen wir nach neuen Wegen im Kampf für den Frieden. Wir wollen dabei so vorgehen, daß wir fragen:

1. Welche Wege sind zu verlassen?
2. Welche Wege sind weiterzuführen?
3. Welche neuen Wege müssen gegangen werden?

I

Welche Wege sind zu verlassen?

a) Wir fragen dabei nach weichen Stellen im überkommenen Pazifismus. Wir finden sie zunächst im Denken jenes gemäßigten Pazifismus, der den Krieg noch als allerletzte Möglichkeit bejahen konnte, und zwar nicht mehr als eine nationale, wohl aber als eine internationale Möglichkeit, und das im Sinne einer Ultima ratio auf höherer Ebene. Die Geschichte der internationalen Organisation zeigt ja, daß nur vereinzelte Pläne für einen Weltstaat oder Weltstaatenbund oder wie sonst diese Leitbilder bezeichnet wurden, auf eine internationale Armee verzichten. Die meisten dieser Pläne sehen da mehr oder weniger starke Streitkräfte vor. Hierbei teilen sich die Aspekte. Die Weltfriedenspläne des neunzehnten Jahrhunderts denken im wesentlichen an Streitkräfte, die zur Wahrung des Völkerrechts einzusetzen sind. Die älteren Friedensprojekte, die vorwiegend von Kirchenmännern entworfen wurden, denken an internationale Streitkräfte, um sich durch sie gegen die Gottlosen (zum Beispiel die Türken) zu sichern, wozu sich sogar ein so eifriger Pazifist wie Erasmus von Rotterdam verstand. Und schließlich rechtfertigte der aufkommende Sozialismus, der ja seinem ganzen Wesen nach eine Fülle pazifistischer Motive enthält, die bewaffnete Gewalt des Volkes gegen seine Bedrückung durch den bourgeoisen Kapitalismus. So hat man dem Krieg doch nicht die ganze Welt gekündigt, sondern ihm nur statt der bisherigen nationalen nunmehr internatio-

nale Bereiche zugewiesen, in die Mars denn auch sogleich Einzug gehalten hat. Hierbei ist es sehr begreiflich, daß Mars an den juristisch begründeten Interventionstruppen das geringste Interesse fand, um sich desto massiver in den religiösen und gesellschaftlichen Ideologien einzunisten. Ein Blick in die Gegenwart läßt erkennen, daß unsere politische Situation durch diese folgenschwere Verlagerung der Schwerpunkte gewaltsamer Auseinandersetzung gekennzeichnet ist. Die Möglichkeit völkerrechtlicher Interventionen oder Sanktionen militärischer Art hat sich angesichts von Korea und Indochina als Illusion erwiesen. Desto werbender arbeitet bei uns die Wehrpropaganda mit den Begriffen vom Schutz des christlichen Abendlandes und läßt gelegentlich auch schon auf gewisse missionarische Absichten in östlicher Richtung durchblicken. Umgekehrt fürchtet man bei uns – und züchtet diese Furcht –, daß die als atheistisch gebrandmarkte Sowjetunion mit Gewalt die sozialistische Weltrevolution auf Westeuropa durchsetzen wolle. Hier helfen die organisatorischen Pläne des traditionellen gemäßigten Pazifismus nicht mehr. Im Gegenteil, man kann ihnen, ohne besonders tückisch zu sein, eine gewisse Rechtfertigung dieser unserer heutigen militärischen Konzeption entnehmen. Wir aber werden zu der Einsicht halten müssen, daß der Krieg ebensowenig wie im nationalen im internationalen Bereich Platz und Recht haben darf – denn auf der bewaffneten Gewalt ruht kein Segen.

b) Eine andere weiche Stelle des Pazifismus liegt dort, wo – wie in seinen radikalen Schichten – die absolute Gewaltlosigkeit zum beherrschenden Prinzip auf der ganzen Linie erhoben wurde. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß der Anarchismus, in dem sich diese Perspektive eigentlich den reinsten Ausdruck verlieh, in seinen Anfängen ein Pazifismus in Reinkultur war; nur wenige wissen noch, daß der Wirtschaftsgedanke der genossenschaftlichen Systeme dort seine Heimat hat. Es bedurfte nur eines einzigen Mannes aus seinen Reihen – Bakunins, eines nach Basel emigrierten Russen –, dessen Ungeduld dem verdrängten, aber nicht innerlich überwundenen Gewaltdenken Tor und Tür öffnete, so daß sich nun fortan dem Begriff des Anarchismus die schlimmsten Bilder gesellten und jedermann sofort ein Gruseln verspürte, wenn er allein das Wort «Anarchist» schon hörte. Es führt nicht nur zu Exzessen der blutigen Gewalt, wenn dem Staat zu viel gegeben wird, wie es der Nationalismus tat; es kommt zu ähnlichen Katastrophen, wenn dem Staat zu wenig gegeben wird, wie es der Anarchismus tat. Wir werden schon gut daran tun, uns hinter die fünfte Barmer These zu stellen, die davon spricht, «daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, . . . unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen». Nur meinen wir, daß es ein verhängnisvoller Trugschluß ist, wenn man Gewalt mit Militär identifiziert. Das Militär ist seinem Wesen nach der Inbegriff tötender Gewalt. Wir aber müssen «Androhung und Ausübung von Gewalt» doch im Lichte der ersten Barmer These verstehen, das heißt in dem

Sinne, daß auch die Gewaltanwendung, die wir bejahen, ein Bereich ist, welcher der Herrschaft Jesu Christi nicht entzogen ist. Da nun Jesus Christus allein der Herr aller Gewalten und der Herr über Leben und Tod ist, würde die absichtliche, planvolle Tötung von Menschen ein willkürlich angemaßter Vorgriff auf sein letztes Urteil sein, ein hybrider Eingriff in sein eigenstes Ressort, eine täuschende Vorwegnahme des Jüngsten Gerichts. Wir haben demnach die staatliche Gewaltanwendung zu bejahen mit Ausnahme derjenigen, die dem Menschen das Leben nimmt. Insofern können wir den traditionellen Weg der Erhebung der absoluten Gewaltlosigkeit zu einem beherrschenden Prinzip nicht weitergehen.

c) Die weichste Stelle im herkömmlichen Pazifismus ist wohl die zweifelhafte Stichhaltigkeit seiner verschiedenen theoretischen Begründungen, seien es nun rationale, humanitäre, ethische, religiöse, biologische, utilitaristische, ökonomische oder noch andere. Begründungen sind ja nur dann sinnvoll, wenn sie überzeugen können, und zwar zwingend. Dem rationalen Motiv, das den Pazifismus begründet, steht ein genau so rationales gegenüber, das den Militarismus fordert. Und nicht anders steht es mit den anderen Motivationen. Der Pazifismus ist – trotz seinem erst etwa fünfzig Jahre alten Namen – seinem Wesen nach so alt wie der Militarismus. Und beide sind so alt wie die Menschheit. In ihnen spiegelt sich das dialektische Verhältnis von Frieden und Krieg; das aber ist nichts anderes als das Problem der Menschheit als ganzer und des Menschen als einzelnen. Sind doch Frieden und Krieg nur die konkrete Anwendung von Leben und Tod auf das Verhältnis vom Menschen zu seinem Mitmenschen. Pazifismus und Militarismus bilden sich jeweils nach dem menschlichen Selbstverständnis, nach dem Verständnis der Welt und des Daseins. Sie sind somit letztlich axiomatische Philosopheme: sie bedürfen keines Richtigkeitsbeweises und sind daher auch grundsätzlich unwiderlegbar, einerlei, welchen Motivationen sie entstammen.

Walter Dignath

(Schluß folgt)

Weg zum Frieden*

Mit Erlaubnis des Verfassers bringen wir nachstehend einen Artikel von Lord Bertrand Russell, dem berühmten englischen Mathematiker, der kürzlich in «News Chronicle», London, veröffentlicht wurde. Es war hauptsächlich das Verdienst Bertrand Russells, durch seine Initiative und sein hohes fachliches Ansehen die nationale Isolierung der Wissenschafter durchbrochen zu haben. Er bot die Wissenschafter verschiedener Länder des Ostens und des Westens zu gemeinsamer Besprechung der durch die Atomgefahr geschaffenen neuen Weltlage auf. (London, 1955, Pugwash, Neuschottland, 1957.) Insbesondere bemüht sich Bertrand Russell, einen Weg zur Friedenssicherung zu weisen.

* Abdruck mit gütiger Erlaubnis der «News Chronicle», London.

Das unsichere Gleichgewicht, das gegenwärtig die Ost–West-Beziehungen kennzeichnet, hat die Gefahr eines Weltkrieges vorübergehend vermindert. Beide Lager scheinen zuzugeben, daß ein Nuklearkrieg weder dem einen noch dem andern einen Vorteil verschaffen könnte.

Diese Tatsache hat den traditionellen Methoden der Diplomatie ein Ende gemacht, vorläufig jedoch ohne etwas anderes an ihre Stelle zu setzen.

Bisher bediente sich die Diplomatie offen ausgesprochener oder versteckter Kriegsdrohungen. Wenn sich beide Gegner des Sieges sicher fühlten, brach der Krieg aus. Es kam auch vor, daß ein Staat oder eine Staatengruppe, obwohl sie sich dem Gegner unterlegen fühlte, heldischen Trotz der Unterwerfung vorzog.

In unserem nuklearen Zeitalter ist solch heroische Herausforderung sinnlos geworden. Der Westen könnte eine Welt herbeiführen, in der es keine Kommunisten mehr gäbe, und der Osten eine Welt ohne Kapitalisten, aber da wohl überhaupt niemand mehr übrigbliebe, hätte eine Herausforderung, und wäre sie noch so heldenhaft, keinen Zweck mehr.

Die Diplomaten sind folglich ihrer traditionellen Waffe beraubt worden. Was ihnen an Mitteln übriggeblieben ist, ist Bluff und Erpressung.

Wenn anzunehmen ist, daß der Gegner eher die ganze Menschheit draufgehen ließe, als nachzugeben, so gebietet einem die Vernunft, sich solchem Wahnsinn zu beugen. Der Wahnsinn ist demnach im Vorteil, und vernünftige Haltung, die auf eine Seite beschränkt ist, hat für den weniger verrückten die Niederlage zur Folge.

Weltprobleme auf solche Weise lösen zu wollen, ist offensichtlich unmöglich. Es genügt nicht, einzusehen, daß ein Nuklearkrieg Wahnsinn wäre, denn schließlich hat es sich gezeigt, daß Regierungsoberhäupter mächtiger Staaten solcher Wahnsinnstaten fähig sind.

Hitler hätte seinen Krieg gewinnen können, wäre in ihm so viel gesunder Menschenverstand gesteckt wie in einem intelligenten Schuljungen. Wenn wir vor einem katastrophalen Atomkrieg bewahrt werden sollen, müssen wir eine allgemein anerkannte Methode finden, internationale Streitigkeiten anders als durch Krieg beizulegen.

Es ist klar, daß eine solche Methode niemals die geringste Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn sie der einen oder der anderen Seite einen feststellbaren Vorteil verschafft. Es gibt nichts Sinnloseres als eine Reihe von Abrüstungskonferenzen, auf denen jede Seite Schlichtungsmethoden vorschlägt, die dem Gegner offenbar nachteilig sind, und so weit geht, als sie kann, solange sie nicht riskieren muß, daß der Gegner ihre Vorschläge annimmt.

Ein solches Vorgehen ist sinn- und zwecklos. Wenn wir aus dieser ausweglosen Situation herauskommen wollen, muß jede verhandelnde

Partei den Versuch preisgeben, aus dem Ungenügen des Gegners sich kleine Vorteile erhaschen zu wollen. Welche Methode man immer zur Lösung von Streitfragen vorschlagen mag, entscheidend ist, daß sie weder der einen noch der andern Partei einen Nettogewinn verschafft.

Ich stelle mir die Sache so vor: Die durch die bisher ausgeschlossenen Staaten vergrößerte UNO bestellt eine zahlenmäßig kleine Körperschaft.

Dieses Gremium sollte aus Vertretern des Ostens und des Westens in gleicher Zahl zusammengesetzt sein, dazu kämen Vertreter neutraler Staaten als Ausgleich. Diese Körperschaft müßte die Gesamtheit der internationalen Fragen behandeln, die gegenwärtig die beiden Lager trennen, da die Lösung bei einigen dieser Probleme den Osten, bei andern den Westen zu begünstigen schiene.

Die Körperschaft müßte sich moralischer Urteile enthalten, da sie beim jetzigen Zustand der Welt notwendigerweise einseitig sind. Der Westen ist empört über das russische Vorgehen in Ungarn, der Osten über britische und amerikanische Maßnahmen in Guatemala und Britisch-Guayana. Solch gefühlsbetonte Einstellung, so berechtigt sie ist, dient der Welt in ihrem derzeitigen Zustand nicht.

Noch dürfte es vorläufig von großem Nutzen sein, die Abschaffung oder Beschränkung nuklearer Waffen zu fordern. Es ist richtig, daß dies geschehen muß, bevor die Menschheit darauf vertrauen kann, überhaupt weiterzuleben, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß diese Waffen abgeschafft werden, wenn nicht ein Weg sich findet, die Spannung zwischen Ost und West zu mildern.

Die einzige Möglichkeit, diese Spannung zu vermindern, liegt aber in der Vereinbarung, schwierige Probleme nur durch Verhandlung zu lösen. Da ein vollständiger Sieg heute ausgeschlossen ist, kann ein Kompromiß allein Hoffnung auf eine Entspannung bieten.

Man würde zuviel erwarten, wollte man annehmen, der Osten oder der Westen verpflichte sich von vornherein, die Vorschläge der von der vergrößerten UNO bestellten Körperschaft anzunehmen.

Ihre Vorschläge wären dennoch wertvoll. In solchen Vorschlägen käme zum Ausdruck, was nach unparteilichem Urteil als vernünftige Lösung zu betrachten wäre, sie könnten sich als Treffpunkt erweisen für all jene, die sich um ein besseres Einvernehmen zwischen Ost und West bemühen.

Gewisse Grundsätze müßten die erwähnten Vermittler in ihren Entscheiden leiten:

Erster und wichtigster Leitsatz wäre, wie oben erwähnt, daß keiner der beiden Parteien ein Vorteil zugestanden werden darf.

Ein zweiter dürfte dahin zielen, daß die Vorschläge der Vermittler Reibungen in gewissen Gefahrenzonen, wie dem Mittleren Osten, auf ein Minimum reduzieren müssen.

Vorausgesetzt, die ersten zwei Leitsätze seien zur Anwendung gekommen, so sollte man, drittens, die Wünsche der Einwohner in den von den Entscheiden tangierten Gebieten respektieren.

Nach Annahme von Maßnahmen dieser Art wäre eine Teilabrüstung und ein Verbot von Nuklear w a f f e n nicht mehr schwer durchzuführen. Aber ohne vorherige Entspannung dürften diese Ziele nicht zu erreichen sein. *Bertrand Russell*

WELTRUNDSCHAU

Vom Kriegsschauplatz Ein Überblick über die Weltlage wird in dieser Zeit unvermeidlicherweise so etwas wie ein Bericht vom Kriegsschauplatz. Noch ist es erst der Schauplatz des «Kalten» Krieges, von dessen Wandlungen zu berichten ist; aber wie lange kann es noch so weitergehen wie im letzten Dutzend Jahre, ohne daß es eben doch zur «Fortsetzung der Politik mit a n d e r e n Mitteln» – das ist ja die berühmte Clausewitzsche Umschreibung des Begriffes Krieg – ganz folgerichtig einmal kommen m u ß. Der Kalte Krieg also wird auf allen Fronten mit im ganzen unverminderter Verbissenheit weitergeführt. In Europa ist sein gefährlichster Schauplatz nach wie vor W e s t d e u t s c h l a n d, besonders seit die Bundestagswahlen dem militärischen Nationalismus und der klerikal-kapitalistischen Reaktion völlig freie Bahn gegeben haben. Mit dem westdeutschen Volk scheint nun einfach nichts Rechtes zu machen sein. Zwei Kriegskatastrophen haben nicht vermocht, es auf einen besseren Weg zu führen, und die dazwischenliegende Friedenszeit hat die Deutschen nur in die Arme Hitlers getrieben, der sich ihnen als Retter aus der Not der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise anpries. Wen kann es da eigentlich wundern, daß sie – mindestens in der Bonner Republik – nun auch einen Konrad Adenauer als den Führer umjubeln, der Deutschland zu neuer Blüte und Weltgeltung gebracht habe und es auch fernerhin – wie weiland Wilhelm II. – «herrlichen Zeiten entgegenführen» werde? Die politische Unreife und – sagen wir's nur gerade heraus: Dummheit der großen Mehrheit der Deutschen kennt eben offenbar noch immer keine Grenzen. Die kleine, tapfere Minderheit, die sich gegen den offiziellen Kurs anstemmt, vermag vorerst nichts auszurichten und reibt sich in diesem Kampf nur auf. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche «Opposition» aber, die zahlenmäßig etwas ausrichten k ö n n t e, ist in ihrer Wirkungskraft gelähmt, weil sie im Herzen der Adenauer-Erhard-Politik weithin recht gibt und keinen anderen, eigenen Weg weisen kann, mit einem Ziel, das wirklich

begeistern und die besten Kräfte im westdeutschen Volk wachrufen würde.

So geht eben die Remilitarisierung, Rekapitalisierung und Renazifizierung – um die häßlichen Worte, die eben eine häßliche Sache bezeichnen, wieder einmal zu gebrauchen – planmäßig weiter. Die Wiederaufrüstung besonders setzt sich angesichts der Trägheit und Gefügigkeit dieses Untertanenvolkes immer sicherer durch, die Rüstungsindustrie läuft mehr und mehr auf Hochtouren, und immer auffälliger richten sich die Blicke der politischen Aktivisten nach Osten, wo ihnen ein Tätigkeitsfeld mit wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten zu winken scheint. Neben der fortschreitenden Aufweichung der ostdeutschen Republik ist es zurzeit namentlich die «friedliche» Durchdringung und Gewinnung Polens, die man sich in Bonn zur Aufgabe gemacht hat. Man tut so, als ob man die Polen dazu bringen könnte, die von ihnen 1945 besetzten preußischen Gebiete gutwillig herauszugeben, obwohl es von Warschau aus immer wieder völlig klar gemacht wird, daß davon keine Rede sein könne, und obwohl die erste Voraussetzung für die angeblich erstrebte deutsch-polnische Verständigung die endgültige Anerkennung der Oder–Neiße-Grenze ist. Solange man sich in Westdeutschland dazu nicht entschließen kann, muß sich Polen eben wohl oder übel an die Sowjetunion halten, bleibt also der Ostblock, eingeschlossen Jugoslawien, beieinander – der Ostblock, den man doch mit der westlichen Aufrüstungspolitik erschüttern, ja sprengen zu können hofft. In derlei Widersprüchen und Unmöglichkeiten ergeht sich die westdeutsche und allgemein westmächtliche Außenpolitik! Je mehr man sich auf die Weiterverfolgung des Gewaltweges versteift, um so sicherer verrennt man sich in eine Sackgasse.

Das erfährt ja auch Frankreich mit seinem Algerienkrieg. Es wird mit dem nationalistischen Aufstand einfach nicht fertig, trotz den 400 000 Mann, die es zu seiner Niederwerfung eingesetzt hat. Und jetzt ist ihm durch die Ablehnung des Algeriengesetzes in der Nationalversammlung und den Sturz der «verständigungsbereiten» Regierung Bourgès-Maunoury auch die Waffe aus der Hand geschlagen worden, mit der es in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu operieren gedachte, um seinen angeblich guten Willen zum Entgegenkommen an die algerische Unabhängigkeitsbewegung zu beweisen. Die Scharfmacher triumphieren wieder in Paris – aber wie lange? Sie müssen ja jetzt den Kampf in Algerien als offenen kolonialen Unterdrückungskrieg fortsetzen mit dem Ziel der völligen militärischen Vernichtung des Gegners oder aber, wenn die Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens endgültig klar geworden ist, ihrerseits kapitulieren und die Hand zu Verhandlungen bieten, die nur auf der Grundlage der Anerkennung von Algeriens Selbstbestimmungsrecht geführt werden können. Der neuen Regierung Frankreichs harrt auf jeden Fall eine Aufgabe, um die sie wahrlich nicht zu beneiden ist.

Auch Amerikas Machtpolitik stößt sich immer deutlicher an

den harten Tatsachen, besonders am Unabhängigkeitswillen der Völker, die sie in ihr «Verteidigungssystem» einzuspannen sucht. Im Orient kann ihr Versuch, die arabischen Nationen einzeln gegeneinander auszuspielen und dadurch Vorderasien als Ganzes unter den beherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten zu bringen, schon jetzt als gescheitert gelten. Sogar der treueste Satellit Amerikas, Saudiarabien, hat sich geweigert, im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus Front gegen Syrien zu machen, und Jordanien, Irak und – etwas zögernd – auch der Libanon sind ihm gefolgt. Der allen gemeinsame arabische Nationalismus hat sich als stärker erwiesen denn alle vom Ausland her geförderten Spaltungs- und Sonderungskräfte; wenn es drauf und dran kommt, lassen sich auch die besten, das heißt am meisten von Amerika korrumpierten Freunde des Westens nicht gegen Syrien und Ägypten gebrauchen. Was über ihre innere und gar ihre militärische Stärke freilich noch nichts aussagt; dem kleinen Israel können die arabischen Staaten alle miteinander nichts anhaben, solange sie nicht von außen her gestützt werden. Dem Westen aber können sie dank ihrem Ölreichtum und ihrer geographischen Lage außerordentlich unbequem werden; besonders Syrien hat während der Suezkrise gezeigt, was es heißt, wenn die Petrolrohrleitungen, die über syrisches Gebiet führen, unterbrochen werden. Kurz, die Eisenhower-Doktrin, die von Washington aus so hochgemut verkündet wurde, wird auf die Länge ebenso toter Buchstabe bleiben wie der von den Vereinigten Staaten begönnerte Bagdadpakt.

Bleibt wenigstens die SEATO, die Südostasiatische Vertragsorganisation, auf die sich in den Randländern des Westpazifiks die amerikanische Machtpolitik stützt. Aber auch sie hat durch den jüngsten Staatsstreich in Thailand (Siam) einen bedenklichen Stoß bekommen. Thailand war bisher die Kernbastion der USA in Südostasien. Amerika hat – wenn die Londoner «Peace News» gut unterrichtet sind – für ihren Ausbau in den letzten sieben Jahren nicht weniger als drei Milliarden Dollar geopfert (rund 13 Milliarden Schweizer Franken); die thailändische Armee ist mit einem Teil dieses Geldes auf die Stärke von 90 000 Mann, die Militärpolizei auf 50 000 Mann gebracht worden. Aber gleichzeitig haben sich an den amerikanischen Hilfsgeldern etliche 500 siamesische Familien – die Crème des kapitalistischen Bürgertums – schamlos bereichert. Vertrauensmann dieser neureichen Oberschicht und damit auch Amerikas war bisher Marschall Pibul Songram, der nun aber durch eine der üblichen Palast- und Armeerevolutionen gestürzt worden und ebenso wie der Kommandant der Militärpolizei, General Phao, ins Ausland geflohen ist. Der neue Machthaber, Marschall Sarit, Oberkommandierender der thailändischen Armee, und der von der Nationalversammlung «gewählte» Regierungschef, Pote Sarasin, gelten als Anhänger einer Neutralitätspolitik, der auch die hinter ihnen stehende alte Aristokratie und die Mehrheit des thailändischen Volkes huldigen sollen. Auf alle Fälle

werden die Vereinigten Staaten schwere Arbeit haben, um die amerikafeindliche, auf Fernhaltung vom Kampf der beiden Machtblöcke bedachte Stimmung zu dämpfen, die nicht nur in Thailand sehr stark ist, sondern mehr und mehr auch Laos, Kambodscha, Südvietnam und sogar M a l a y a zu erfassen droht, das, wie im Frühjahr Ghana (die ehemalige Goldküste), nunmehr als unabhängiges Dominion in den allbritischen Staatenverband aufgenommen worden ist. Mit dem damit verbundenen Eintritt Malayas in die Organisation der Vereinten Nationen ist gleichzeitig die asiatisch-afrikanische Staatengruppe innerhalb der UNO auf 30 Mitglieder angestiegen und bildet nun in ihrem Schoß die stärkste «Fraktion» (die UNO zählt jetzt 81 Mitgliedstaaten). Für die künftige Gestaltung der Weltpolitik kann das von großer Bedeutung werden, gewinnen doch die Bestrebungen, neben dem Ost- und dem Westblock eine organisierte «dritte Kraft» aufzubauen, die dem Kolonialimperialismus entgegenwirken und die Abrüstung begünstigen könnte, immer mehr an Umfang und Stärke. Und über kurz oder lang wird auch China in die UNO zugelassen werden müssen, die nicht ewig den lächerlichen Anspruch der Formosaregierung stützen kann, rechtmäßige Vertreterin der chinesischen Nation zu sein.

Kapitalismus – Sozialismus So geht die Asienpolitik der Vereinigten Staaten Rückschlägen entgegen – und hat sie zum Teil schon erlitten –, die das Kräfteverhältnis auf den Schauplätzen des Kalten Krieges wesentlich zu verändern geeignet sein mögen. In Amerika selber wird die Kritik an dieser Politik zunehmend lauter und offener. Einer ihrer Wortführer ist Bundesrichter Douglas, der mit seinen ausgedehnten persönlichen Beziehungen zu den asiatischen Völkern – wir haben einige seiner Reisebücher hier wiederholt erwähnt – auf ernstes Gehör Anspruch erheben darf. Vor einer Jugendkonferenz in Kalifornien hat er vor einiger Zeit als die Hauptkräfte, die die asiatischen Völker bewegen, genannt: den Kampf gegen Feudalismus und Kolonialismus, das Verlangen nach politischer Unabhängigkeit und kultureller Selbstbestimmung, den Zug zum Sozialismus und den Willen zur Gleichberechtigung mit den Nationen des Westens. Diese revolutionären Kräfte, so sagte Douglas, würden von der Sowjetunion aus planmäßig gefördert, während Amerika sie nicht einmal verstehe. Russische Bücher, in den Landessprachen gedruckt, finde man über ganz Asien hin verbreitet, während «die Asiaten kein einziges amerikanisches Handbuch haben, das zeigt, wie man eine Revolution macht». «Als die Asiaten so alt waren wie Sie», so fuhr er fort, an seine jungen Zuhörer gewandt, «da versenkten sie sich in Karl Marx und seine Revolutionslehre. Heute formen diese vor zwanzig Jahren noch jugendlichen Menschen die Politik Asiens im Sinn eines gewandelten Sozialismus.»

Wird man in den Vereinigten Staaten den Rat dieses Sachkenners beherzigen, den Asiaten beim Aufbau ihrer eigenen Welt zu helfen,

statt Asien nach dem Bild und Gleichnis Amerikas zu formen? Solange das jetzige Regime aufrecht steht, sicher nicht. Die herrschende Klasse der USA kämpft mit allen Mitteln für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und gegen die Ausbreitung des Sozialismus. Und eines dieser Mittel, vielleicht das wichtigste, ist die Schaffung einer ungeheuren Kriegsrüstung und einer entsprechenden Kriegsatmosphäre im eigenen Land wie in der Welt draußen. «Darum», so stellt die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) fest, «der Kalte Krieg und die Hexenjagd, die im Grund großartige Veranstaltungen sind, um die Menschen reif zu machen, daß sie den Militärstaat wollen ... Die Arbeiter, schon längst zu dem Glauben erzogen, daß Arbeitslosigkeit und Unsicherheit so natürlich seien wie Tod und Steuern, griffen gierig nach der neuen Hochkonjunktur und begannen alles zu fürchten, was sie bedrohen könnte, wie das eine ernsthafte Abrüstung unvermeidlicherweise täte. Die öffentliche Meinung wurde so in einen Zustand hineingesteigert, der an Hysterie grenzte und sie nur zu oft erreichte.»

Wie bei uns! möchte man ausrufen. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung und gutem Verdienst hat ja auch in Europa, in Verbindung mit Kriegs- und Kommunistenhysterie, die Arbeiter- und Angestelltenschichten weithin mit dem Kapitalismus ausgesöhnt und dem Sozialismus entfremdet. Siehe Frankreich (wo sich am Algerienkrieg der «Sozialpatriotismus» breiter Volksmassen neu entzündet hat); siehe Westdeutschland (wo die Sozialdemokratie sozusagen offiziell dem Sozialismus den Abschied gegeben hat); siehe England (wo am Labourparteitag soeben die «gemäßigte» Rechte über die auf sozialistische Wirtschaftsgestaltung drängende Linke gesiegt hat); siehe nicht zuletzt die Schweiz und die zunehmende Verbürgerlichung und Verfettung unserer Sozialdemokratie und der meisten Gewerkschaften ...

In den kommunistischen Ländern ist wenigstens der Wille zu einer radikal sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft lebendig. Ein echt revolutionäres Streben ist hier am Werk – und das macht die Größe und das Recht des Kommunismus aus. Sein Unrecht und seine Unhaltbarkeit sehen wir dort, wo er sich auf eine materialistisch-naturalistische Auffassung vom Leben und vom Menschen gründet und wo er, über eine zeitweilig unvermeidliche autoritäre Führung hinaus, zur Diktatur im Sinn einer Vergewaltigung menschlichen Rechts und persönlicher Freiheit greift. Daß hier ein gründlicher Wandel eintreten muß, das ist unter uns völlig ausgemacht. Wir haben darum mit Freuden die Bewegung zur Lockerung der Diktatur begrüßt, die vor anderthalb Jahren in der Sowjetunion zu einem ersten Durchbruch gekommen ist und seither auch mehrere andere Länder des Ostblocks erfaßt hat. Davon wird immer wieder zu reden sein, je nach dem Stand der Entwicklung. Für heute sei nur rasch auf die Lage in Polen und Jugoslawien hingewiesen. Ich habe schon in der

September-Rundschau die Lockerung der Arbeitsdisziplin erwähnt, die in Polen fast allgemein festgestellt werde. Neuerdings berichtet K. S. Karol im «New Statesman» (5. Oktober) von einem bedenklichen Niedergang des sozialen Verantwortungsgefühls ganz allgemein, der in Polen wie in Jugoslawien zutage trete. Krasse Selbstsucht, Spekulation, Diebstahl, Korruption seien in allen Schichten anzutreffen und würden von der öffentlichen Meinung nur müde verurteilt. Aber während in Polen im großen ganzen, mindestens innerhalb der Kommunistischen Partei, mit erstaunlicher Offenheit und Freiheit diskutiert werde – das jüngst erfolgte Verbot der Studentenzeitung «Po Prostu» scheint eine große Ausnahme und hat denn auch zu heftigen Protestkundgebungen und schweren Ausschreitungen geführt –, gebe es in Jugoslawien nur e i n e erlaubte Meinung: diejenige der diktatorisch regierenden Staatspartei. «Die Titoisten», so schreibt Karol, «... sind heute höchst behutsam in der Ermutigung reformistischer Elemente in den kommunistischen Nachbarparteien. Mit Recht oder Unrecht halten sie dafür, daß ihre Zukunft eng mit derjenigen der anderen Länder unter kommunistischer Herrschaft verbunden sei; sie sind keineswegs gewillt, irgend etwas zu tun, was ihre eigene Diktatur gefährden könnte. Tito glaubt, daß es weder zu den Berliner Unruhen noch zu der polnischen Oktoberkrise von 1956 noch zu der ungarischen Revolution gekommen wäre, wenn die kommunistischen Parteien in diesen Ländern festgefügt und diszipliniert geblieben wären ... Wie Gomulka würde er im Ostblock eine Entwicklung zur Demokratie begrüßen, aber wie Chruschtschew ist er überzeugt, daß sich ein derartiger Vorgang auf ‚geordnete' Art – das heißt unter der Leitung der Partei – abspielen müsse.» Die erneute Verurteilung von Djilas, dem abtrünnigen, einst so hochgestellten kommunistischen Führer, und die Verweigerung eines Reisepasses an Dedidjer, den Biographen Titos, der in Manchester hätte Gastvorlesungen an der Universität halten sollen, bezeugen die Folgerichtigkeit, mit der Tito seinen Kurs steuert.

All diese Dinge sind tief bedauerlich und tragen denn auch den Keim zu schweren inneren Konflikten in sich. Aber die Schuld an der Stockung, in welche die Liberalisierungsbewegung in den Ländern des Ostblocks geraten ist, und an der neuerlichen Verhärtung des Diktaturregimes in Ungarn, Ostdeutschland usw. tragen eben nicht nur die kommunistischen Führungskreise; sie liegt – man darf nicht aufhören, es zu betonen – mindestens ebensosehr bei der Borniertheit und Gewalttätigkeit des westlichen Antikommunismus, der jede Lockerung des Diktaturregimes für seine gegenrevolutionären Machtzwecke ausnützt und damit die Kommunisten fast zwingt, die Zügel fest in der Hand zu behalten, ja vermeintlich «ungeordnete» Freiheitsbewegungen mit Gewalt zurückzudämmen.

Kleineuropa! Für die Kurzsichtigkeit der ganzen westmächtlichen Politik ist nicht zuletzt bezeichnend der Eifer, mit dem gerade jetzt die Schaffung eines «geeinten Europas» betrieben wird, das in Wirklichkeit nur ein Halb- oder Kleineuropa mit Front gegen die andere Hälfte unseres Erdteils wäre. Auf zwei Linien ist die Organisierung dieses westeuropäischen Kampfbundes im Gang: auf der politisch-militärischen und auf der wirtschaftlichen Linie. Die politisch-militärische Einigungsbewegung hat, wie man weiß, schon seit Jahren ihre Organe in der freilich auch die Vereinigten Staaten von Amerika umfassenden Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), in der Westeuropäischen Union und im Europarat, während die Errichtung einer sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor allem am Widerstand Frankreichs gescheitert ist. Der Gedanke, der dem Aufbau dieser Körperschaften zugrunde liegt, ist die Erwartung, durch Ausübung eines immer mehr gesteigerten militärischen und diplomatischen Druckes auf den Ostblock könne die Sowjetmacht innerlich aufgeweicht, ja nötigenfalls von außen her zerschlagen werden; sie müsse jedenfalls – so oder so – in absehbarer Zeit zusammenbrechen. Die Theorie für diese Praxis ist bekanntlich von G. F. Kennan, dem seinerzeitigen Planungschef des amerikanischen Außenministeriums, ausgearbeitet worden, dessen «Containment»- («Eindämmungs»-) Politik logischerweise zu einer Politik der «Befreiung der versklavten Ostvölker» weitergebildet wurde, wie sie unter Eisenhower und Dulles amtliche Weihe bekam und auch von den «Einheitseuropäern» vertreten wird.

Der Irrtum dieser ganzen Auffassung der Dinge ist hier, in unseren internationalen Überblicken, fortlaufend klargelegt worden und wird weiterhin deutlich gemacht werden müssen. Inzwischen möchte ich aber nicht versäumen, auf einen Aufsatz von Professor William A. Williams aufmerksam zu machen, der im Septemberheft der «Monthly Review» ausgezeichnet darlegt, wie falsch die Beurteilung der Sowjetpolitik und der dahinterstehenden kommunistischen Revolution durch die westliche Welt und ihre politischen Strategen ist. Die Grundtatsache, vor der jeder russische Führer in Vergangenheit und Gegenwart stand und steht, ist – so sagt der amerikanische Historiker – die wirtschaftliche und politische Armut seines Landes. «Die zaristische und die sowjetische Geschichte ist ein beständiger, alles durchdringender Kampf um die Erreichung einer Mindesthöhe von materiellem Wohlbefinden – nicht zu reden von verhältnismäßiger Wirtschaftsblüte oder tatsächlichem Reichtum.» Den Schlüssel für die russische Haltung bildet «das Streben nach Überwindung der Armut und Gewinnung grundlegender Sicherheit in der Welt der Nationalstaaten. Aus diesem Streben entwickeln sich einerseits Praxis und Tradition einer zentralisierten Staatsgewalt, die zum Sparen zwingt, Kapitalanlagen zuteilt und Sicherheit aufrechterhält, anderseits die erhöhte innere Spannung zwischen Gemeinschaftsaktion und individueller Sonderung sowie der

Doppelcharakter einer Außenpolitik, die zugleich kämpferisch-argwöhnisch auf Verteidigung bedacht ist und doch durch ein missionarisches und wohlwollendes Verlangen nach Hilfe für andere Menschen gekennzeichnet wird, denen ebenfalls geholfen werden soll.»

Die marxistisch-leninistische Revolution hat, wie Williams betont, diesen Grundcharakter aller russischen Politik nicht geändert, sondern nur neugeformt. Sie als eingleisig und totalitär zu bezeichnen, heiße bestimmte Seiten an ihr irrigerweise isolieren und dramatisieren. Die Vielfalt der politischen Kräfte in der Sowjetunion zu verkennen oder das Ringen zwischen ihnen als bloß gewöhnlichen Kampf um die Macht zu deuten, heiße «ein knarrendes mechanistisches Modell an die Stelle der Wirklichkeit setzen». Eine westliche Politik, die sich auf eine derartige Deutung der sowjetischen Entwicklungen gründe, werde ihr Ziel verfehlen. «Denn die Probleme sind Armut und Sicherheit, nicht Macht an sich. Stalin war nicht Hitler . . . Es wäre darum ein gefährlicher Irrtum, das gegenwärtige Wiederaufleben der individualistischen, örtlichen und utopischen Überlieferungen des Russo-Marxismus als Zeichen eines bevorstehenden Zusammenbruches des Sowjetregimes zu deuten. Ihre Kraft ist ein Beweis von Reife und positiver Entwicklung, nicht ein Zeichen von Verfall und Tod.» Druck von außen her kann, wie auch Professor Williams glaubt, nur Gegendruck im Innern und nach außen hin erzeugen. «Das Endergebnis kann zwar wirklich der Zusammenbruch der Sowjetunion sein, aber nur im Zusammenhang mit einem allgemeinen Atomkrieg . . . Die fruchtbarste Einstellung (des Westens gegenüber der Sowjetunion; H. K.) wäre offenbar eine Aktion, die auf die Lösung der Probleme von Armut und Sicherheit ausginge, weil Erfolge auf diesen Gebieten den Abbau der zentralisierten Staatsmacht – in Freiwilligkeit und aus Notwendigkeit – begünstigen würde . . . Der andere Weg führt langsam oder schnell (und das eine Tempo wird bald zum andern) einer atomaren Kraftprobe mit Moskau entgegen.»

Soviel zum militärisch-politischen Programm unserer «Gesamteuropäer». Vergessen wir dabei aber auch nicht, wie stark dieses Programm von geistig-weltanschaulichen Kräften, besonders von der im Vatikan konzentrierten römisch-katholischen Machtpolitik, getragen wird. Das Vordringen des Kommunismus (die Antwort auf das von der Vatikanpolitik mitverschuldete Versagen der Christenheit und des Abendlandes gegenüber dem Problem der unterentwickelten Völker und Klassen) erfüllt auch die Kurie mit größter Sorge. Der Papst, so berichtet General de Gaulle in seinen Lebenserinnerungen über eine Unterredung, die er schon am 30. Juni 1944, also noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit Pius XII. hatte, der Papst «glaubt, daß deshalb die Christenheit sehr grausamen Prüfungen entgegengehe und daß einzig der enge Bund der vom Katholizismus inspirierten europäischen Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, die Gefahr eindämmen könne. Ich merke, daß dies der große

Plan Pius des Zwölften ist. Er segnet mich, ich ziehe mich zurück.» Seither ist dieser «große Plan» folgerichtig weiterentwickelt worden, und der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer ist einer seiner Hauptförderer, während zahllose Protestanten und Ungläubige sich durch das Trugbild eines bürgerlich-antikommunistischen Kleineuropas verlocken lassen, gleichzeitig auch der weitausgreifenden, in Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten denkenden Politik Roms tatkräftige Unterstützung zu leihen. In seiner Weihnachtsbotschaft für 1956 hat Pius XII. deutlich genug gesagt, was er unter der von ihm geforderten Einigung des Westens in der christlichen Wahrheit versteht: «Anerkennen und sich einfügen in das römisch-katholische Denkschema» (so faßt Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde» vom 1. August 1957 die Botschaft zusammen) « . . . , das den Anspruch erhebt, das ganze geistige und geistliche Leben der Menschen zu organisieren, zu dirigieren und zu kontrollieren. Der Papst hält also in seiner Botschaft fest am Primat und das heißt an der Vorherrschaft der römisch-katholischen Kirche über alle Seinsbereiche des menschlichen Daseins.» Und ein Hauptmittel zur Erreichung dieses Zieles ist für Pius XII., wie er in seiner Botschaft ausdrücklich bemerkt, die «Festigung der Solidarität Europas» – des «katholisch inspirierten» Kleineuropas also, das jetzt im Werden ist.

Der „Gemeinsame Markt" Besondere Anstrengungen werden gegenwärtig darauf gerichtet, dieses Kleineuropa von der Wirtschaft her aufzubauen. Nach der Schaffung der Montanunion (Eisen- und Stahlkonzern der sechs Hauptproduktionsländer Belgien, Frankreich, Westdeutschland, Holland, Luxemburg und Italien) und der Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) steht jetzt der Plan eines «Gemeinsamen Europäischen Marktes» unmittelbar vor dem Beginn seiner Verwirklichung. Es handelt sich darum, die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion zu einem einheitlichen Zollgebiet zusammenzuschließen, mit einem gemeinsamen Außenzolltarif, der im Laufe von fünfzehn Jahren die bisherigen Einzeltarife ersetzen soll. Seine Ergänzung soll der Gemeinsame Markt durch die Schaffung einer Zone freien Warenhandels finden, der die siebzehn OEEC-Länder angehören sollen, wobei zuerst die industriell fortgeschrittenen Länder (Großbritannien, die skandinavischen Staaten, die Schweiz und Österreich) drankämen und nachher auch die übrigen Staaten. Die «Freihandelszone» soll denjenigen europäischen Ländern den Anschluß an den zollfreien Markt ermöglichen, die gegenüber Drittländern ihre zollpolitische Selbstbestimmung nicht aufgeben, sondern ihren bisherigen nationalen Tarif beibehalten wollen.

Die Organisation des Gemeinsamen Marktes wird von den Kleineuropäern als eine kühne, geradezu revolutionäre Tat gepriesen, die entscheidend dazu beitragen werde, dem alten Europa neues Leben

und gesammelte Kraft einzuflößen. Es ist aber angezeigt, diesem Mythos gegenüber alle Vorsicht und Nüchternheit walten zu lassen. Bleiben wir uns vor allem bewußt, daß es die kapitalistische Wirtschaft Westeuropas ist, deren Leistungsfähigkeit und Rendite durch die Zollunionsbestrebungen gestärkt werden sollen. In dieser Wirtschaft fällt das Gemeinwohl nur in sehr begrenztem Maße mit dem Profitinteresse der Träger von Industrie, Finanz und Handel zusammen. Dies um so mehr, als die westeuropäische Wirtschaft zunehmend von monopolartig organisierten Interessengruppen beherrscht wird, während die mittleren und kleineren Unternehmungen, die noch einigermaßen auf dem Boden der gegenseitigen Konkurrenz stehen, einen immer schwereren Stand haben. Wie der französische Nationalökonom Charles Bettelheim im «Observateur» (21. März 1957) wohl richtig voraussieht: «Die Wirtschaftskräfte, die man durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes in Bewegung setzen wird, werden auf gewissen Gebieten zu einer Modernisierung der Produktionstechnik führen . . . , aber auch zu tiefen sozialen Umgestaltungen, zu einer ausgeprägteren wirtschaftlichen und geographischen Zusammenballung und zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Ungleichheiten der verschiedenen Länder . . . Der Schwerpunkt der Entscheidungen würde notwendigerweise mit der wirtschaftlich beherrschenden Zone zusammenfallen und sich tatsächlich in Westdeutschland befinden . . . Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die auf der Ebene von Kleineuropa noch tiefer gespalten ist als auf nationaler Ebene, wird der große Besiegte der Operation sein, und zwar desto mehr, als diese, anstatt die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder einander anzunähern, sie eher zueinander in Gegensatz bringen wird, besonders weil die westdeutsche Arbeiterschaft infolge der beherrschenden Stellung des deutschen Kapitals mehr und mehr eine wirtschaftliche Vorzugsstellung erlangen wird.»

Auch Aneurin Bevan, der britische Labourführer, warnt vor den anonymen Wirtschaftskräften, die innerhalb eines kapitalistisch vereinheitlichten westeuropäischen Marktes maßgebend würden und die Parlamente mehr oder weniger verdrängen müßten. «Gerade deshalb», so schreibt er am 30. August in der Londoner «Tribune», «werden die Sozialisten mißtrauisch und fragen, was man bezweckt: Will man dem Volke das Stimmrecht nehmen und es den Kräften des Marktes geben? Verlangt man von uns, daß wir um fast hundert Jahre zurückgehen, den Sozialismus verwerfen und uns dem Freihandel in die Arme werfen sollen, als wäre er die Erlösung aus unseren sozialen Nöten? . . . Sozialisten können nicht Planwirtschaft verlangen und sich gleichzeitig der Herrschaft des freien Wettbewerbs unterwerfen, ganz gleich wie groß das Gebiet ist, in dem er stattfindet. Ein Dschungel wird dadurch, daß er fast grenzenlos ist, nicht verlockender.»

Auch in der kapitalistischen Welt selbst sind die Widerstände gegen einen Anschluß an den Gemeinsamen Markt (durch eine Freihandelszone) nicht gering. Vor allem steht Großbritannien noch auf der Seite;

aber auch die offizielle Schweiz meldet starke Vorbehalte an. Die Freihandelszone müsse, so forderte letzthin in einem Vortrag Minister Schaffner, der Direktor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, eine freiheitlich verstandene Staatenverbindung bleiben, ohne übernationale Befehlsorgane; der Abbau der Handelsschranken müsse unter Verzicht auf Gleichschaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wie des Niederlassungs- und Wettbewerbsrechtes, auf Schaffung von Kapitalanlagefonds und dergleichen erfolgen. Die antikapitalistischen Kräfte haben also noch einige Frist und Aussicht, sich für die Aufrichtung einer wirklichen europäischen Wirtschaftszusammenarbeit zu organisieren – aber nur, wenn sich die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften von der unheilvollen Verstrickung in die Politik der kapitalistisch-bürgerlichen Klassen freimachen, in die sie so weithin geraten sind, und natürlich immer unter der Voraussetzung, daß überhaupt der Frieden erhalten wird, der ebensosehr eine Bedingung für den Aufbau eines gemeinwirtschaftlich organisierten Europas ist, wie ein solchermaßen neugestaltetes Europa seinerseits den Frieden sichern hülfe.

„Begrenzte" Kriege! Wenn die Friedenssicherung nur vom Erfolg der Abrüstungsverhandlungen abhinge, die seit Monaten wieder zwischen den beiden Machtlagern geführt werden, so stünde es darum freilich bös genug. Nach dem Abbruch der ergebnislosen Londoner Kommissionsberatungen ist ja, wie vorauszusehen war, die Abrüstungsfrage vor die Vollversammlung der UNO gebracht worden, die gegenwärtig in Neuyork tagt, wo sie natürlich in gleicher Weise und aus den gleichen Gründen zerredet und verwirrt wird, wie dies en petit comité in London geschehen ist. So wird nun eben weiter aufgerüstet, mit dem albernen Vorgeben, das sei bis zum Zustandekommen einer internationalen Rüstungsbeschränkung das beste Mittel, den Frieden zu sichern. Und inzwischen rückt in Wahrheit der atomare Vernichtungskrieg näher und näher auf die Menschheit zu . . .

Aber nun entfalten ja die Militärs und die mit ihnen verbündeten Politiker immer planmäßiger ihre Propaganda für einen verhältnismäßig harmlosen «begrenzten» Krieg, auf den man sich vorbereiten müsse und könne, ohne die Schrecken einer allgemeinen Atomkatastrophe zu riskieren. Besondere Beachtung findet im Rahmen dieses Beschwichtigungsfeldzuges das Buch des Amerikaners Henry A. Kissinger «Nuclear Weapons and Foreign Policy» («Kernwaffen und Außenpolitik»), das als Privatarbeit, jedoch als Niederschlag anderthalbjähriger Studien eines Kreises von Militärs, Gelehrten und Beamten unlängst erschienen ist und, wie man annimmt, die Auffassung führender Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten widerspiegelt. Kissinger entwickelt, ähnlich wie es fast gleichzeitig ein anderer Amerikaner, Robert E. Osgood, in seinem Buch «Limited War»

(«Begrenzter Krieg») tut, die Theorie, daß es sehr gut möglich sei, um den atomaren Totalkrieg herumzukommen (der alles zivilisierte Leben in den von ihm erfaßten Ländern zerstören oder doch 60 bis 70 Millionen Tote und Verstümmelte hinterlassen würde), wenn man die neuesten technischen Errungenschaften für den Einsatz von nur taktischen, begrenzt wirksamen Atomwaffen ausnütze und sich so auf die Führung von «kleinen» Kriegen beschränke, die hüben und drüben nicht mehr als drei oder vier Millionen Opfer fordern würden. Das sei zwar, meint Kissinger, auch noch genug, aber schließlich zu ertragen und auf jeden Fall (vom westmächtlichen Standpunkt aus) unvermeidlich, wenn die freie Welt nicht «fortschreitender Versklavung» durch die Russen entgegengehen wolle. Es setze dies zwar voraus, daß sich beide mutmaßlichen Kriegsparteien stillschweigend oder ausdrücklich auf eine Kampfführung einigen, die sich in einem begrenzten Raum (etwa 800 Kilometer in der Tiefe umfassend), mit begrenzten Zielen und mit begrenzten Waffen abspielen müßte. Städte außerhalb der Kampfzone dürften nicht angegriffen werden, ebenso Städte innerhalb der Zone, wenn sie als «offen» erklärt worden seien auf Grund gegenseitiger Inspektion, sobald sie festgestellt habe, daß die Orte keine militärischen Einrichtungen enthielten.

Wie ernsthaft die Theorie des begrenzten Krieges in den Vereinigten Staaten bereits ausprobiert wird, geht aus einem Aufsatz hervor, den die populäre Wochenschrift «U. S. News and World Report» schon vor Monaten (10. Mai 1957) veröffentlicht hat. Es wird darin von den Manövern gesprochen, die kombinierte amerikanische Land-, See- und Luftstreitkräfte jetzt planmäßig durchführen, um die besten Methoden eines «kleinen» Krieges herauszufinden und zu entwickeln. «Wie sehr», so lesen wir da, «die Technik eines begrenzten Krieges von dem Muster des Koreakrieges abweicht, wird durch die letzte dieser Übungen bewiesen, die Carib-Ex., eine Gesamtoperation von Armee-, Marine-, Flotten- und Lufttruppen, die soeben in Panama vorgenommen wurde.» (Seither haben weitere Manöver dieser Art stattgefunden.) Der «nächste kleine Krieg» soll danach mit taktischen Atomwaffen ausgetragen werden, die zum Einsatz kommen, wo bisher Artillerie, Infanteriesturmtruppen und Bomber alten Stils angriffen, mit ferngelenkten Atomgeschossen, Luftlandetruppen, Düsenflugzeugen, Helikoptern – kurz mit allen modernsten Waffen und Verfahren, die seit dem Koreakrieg entwickelt wurden. Als besonders wichtig wird hervorgehoben, daß die neuen taktischen Atomwaffen «mit geringer oder gar keiner Gefahr für die amerikanischen Truppen durch Strahlung oder radioaktiven Niederschlag» eingesetzt werden könnten. Bei dem erwähnten Manöver in Panama seien in vier Tagen allein zehn Atom«explosionen» ausgelöst worden. «Aber auch diese kleinen Atomexplosionen werden, wenn gegen Ziele auf dem Schlachtfeld gerichtet, einen entsetzlichen Aufruhr verursachen. Manche sind, wie man weiß, ebenso gewaltig wie die erste Atombombe, die die Stadt

Hiroshima zerstörte.» Dabei könne die ganze Operation in kürzester Zeit in Gang gebracht werden; wenn die Vereinigten Staaten – wie in Korea – wieder irgendwo mit Waffengewalt eingreifen müßten, so könne ihr erster Stoßtrupp schon in ein paar Stunden an Ort und Stelle sein.

Das mindeste, das man zu all diesen Plänen sagen kann, ist, daß vielleicht ein «kleiner» Krieg der skizzierten Art auf einem von vornherein begrenzten Schauplatz denkbar ist, im Rahmen einer Operation, bei der eine Großmacht nur einem isolierten Klein- oder Mittelstaat gegenüberstünde, daß seine programmgemäße Durchführung zwischen den beiden großen Machtkoalitionen aber unwahrscheinlich ist. Wir gehen sogar weiter und sagen, daß ein begrenzter Atomkrieg eine bloße Phantasievorstellung ist, wenn seine Propagierung nicht einfach nur ein politisches Manöver ist, dazu bestimmt, den Widerstand der Völker gegen alle Atomrüstungen zu brechen und ihnen vorzugaukeln, daß es bei einiger Vernunft hüben und drüben zu keinem totalen Atomkrieg kommen werde. Aber so oder so genommen – die Stimmungsmache für einen Krieg mit beschränktem Einsatz von Kernwaffen ist auf jeden Fall ein unverantwortliches Beginnen. Zunächst: Auch die «taktischen» Atombomben sind, wie ihre Befürworter selbst sagen, so verheerend wie die Hiroshima-Bombe, die nach einer jüngsten Feststellung der japanischen Behörden 240 000 Menschen das Leben gekostet hat (170 000 Zivilpersonen und 70 000 Soldaten). In «The Nation» (31. August 1957) behauptet Matthew Josephson sogar, die Sprengwirkung der «kleinen» Atomgeschosse sei bis zu zwanzigmal größer als diejenige der Hiroshima-Bombe! Mit der Verharmlosung des begrenzten Krieges ist es also schon darum nichts. Sodann aber: Wie will man es fertigbringen, daß sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf Spielregeln einigen, deren Innehaltung für die Führung eines begrenzten Krieges Bedingung sein soll? Kissinger sagt (auf Seite 196 seines Buches) ganz offenherzig, daß diese Regeln den Amerikanern günstig, den Russen aber ungünstig wären. Glaubt er aber im Ernst, die Sowjetunion werde sich irgendwie auf eine derart schlau von ihren Gegnern erdachte Kraftprobe einlassen? Und wenn sie es täte: ist nicht die Gefahr übergroß, daß sich ein zunächst «nur» mit taktischen Kernwaffen begonnener Krieg ganz von selbst zu einem totalen Atomkrieg auswachsen würde, in dem also auch strategische A- und H-Bomben und Ferngeschosse zum Einsatz kämen, zumal die Grenze zwischen taktischen und strategischen Kernwaffen, wie Fachleute immer wieder betonen, überhaupt nicht klar zu ziehen ist? Kann man sich denken, daß diejenige Partei, die im «begrenzten» Krieg in Nachteil geriete, dauernd auf den Gebrauch ihrer wirksamsten Waffen verzichten würde?

Nein, an den «begrenzten» Krieg zwischen Großmächten glaube, wer will; ich halte ihn, mit vielen anderen, für ein Gebilde der Phantasie – oder soll ich besser sagen: er kann nur von Leuten propagiert werden, die nicht genug Phantasie haben, um sich vorzustellen,

was in Wirklichkeit geschähe, wenn er erst einmal entfesselt wäre. Machen wir uns vielmehr unerbittlich klar: Wir haben nur noch die Wahl zwischen dem totalen Atomkrieg, der im wahren Sinn grenzenlose Verheerungen anrichten müßte, und der völligen Abrüstung, beginnend mit dem Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen jeglichen Kalibers und der Zerstörung der bis jetzt angehäuften Bestände an solchen Waffen. Zwischendrin gibt es nichts – außer leeres Geschwätz und sträfliche Irreführung der Völker. Man erkennt das jetzt allmählich auch weitherum in den Völkern – nur sperren sich dagegen noch immer die von einem festgefahrenen Apparat beherrschten Partei- und Berufsorganisationen. Auch die Jahreskongresse des britischen Gewerkschaftsbundes und der Labourpartei beschränkten sich darauf, ein internationales Übereinkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen und die weitere Herstellung von Atombomben zu verlangen, statt auf die selbständige Einstellung der gefährlichen Experimente durch England zu dringen, wie das eine Minderheit am Labourparteitag beantragte. Und doch ist solch einseitiges Vorgehen, angesichts des Scheiterns aller Abrüstungsverhandlungen, wohl der einzige Weg, um den Atomkrieg zu verhindern. Wobei auch ein kleiner Staat, wie die Schweiz, mit der Erklärung des Verzichtes auf alle Atomrüstungen den Anfang machen könnte, vermag doch kein Kleinstaat das atomare Wettrüsten mitzumachen, auch wenn es auf taktische Kernwaffen beschränkt bliebe. Wieviel stärker wäre aber die Wirkung, wenn sich etwa Großbritannien zu diesem Verzicht entschlösse! Daß die Labourführung dafür keinen Sinn hat, ist um so betrüblicher; auch Bevan, der frühere «Linke», befolgte brav die Weisungen des Parteivorstands und lehnte in einer Rede, die ihm wegen ihres «staatsmännischen Formats» hohes Lob von der «Neuen Zürcher Zeitung» eintrug, mit rein machtpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen einen britischen Verzicht auf Erprobung, Herstellung und Verwendung von Kernwaffen entschieden ab. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden?

So wird denn eben das atomare Wettrüsten weitergehen, ja es scheint sich angesichts der Aussendung des ersten künstlichen Erdsatelliten durch die Russen – dieser neuen, gewaltigen Weltsensation, mit der die Sowjetunion aufgewartet hat – noch verschärfen zu wollen. Denn es handelt sich hier ja nicht nur um eine wissenschaftlich-technische Großtat der Sowjetunion; was die «freie Welt» vor allem beschäftigt, ja sie schwer beunruhigt und aufbringt, das ist die Tatsache, daß die Russen wirklich im Besitz einer ballistischen Rakete sein müssen, die ihnen nicht allein erlaubt, einen künstlichen Mond in den Weltraum hinauszuschleudern, sondern sie auch in den Stand setzen würde, einen Atomsprengkopf – ein Ferngeschoß von unabsehbar zerstörender Wirkung – nach jedem beliebigen Ort der Erde hin abzuschießen. Die Amerikaner ziehen daraus die Folgerung, daß sie nun mit verstärkter Kraft an der Herstellung der Rüstungsgleichheit

mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernwaffen arbeiten müssen, was natürlich wiederum die Russen zu neuen Anstrengungen veranlassen wird, den mutmaßlichen Gegner in einem dritten Weltkrieg aufs neue zu übertrumpfen – und so fort, bis das höllische Wettrüsten schließlich gerade in der angeblich abzuwehrenden endgültigen Kriegskatastrophe endet. Die r e c h t e, die r e t t e n d e Schlußfolgerung aus den neuen atomtechnischen Erfindungen und der Unmöglichkeit eines Dauererfolges im Wettrüsten müßte sein, daß die Nutzbarmachung der Atomkraft für Kriegszwecke ein für allemal ausgeschlossen wird, wobei – nochmals sei es gesagt – am besten ein einzelner der Kernwaffen besitzenden drei Staaten vorangehen und den Teufelskreis durchbrechen müßte. Reicht die sittliche Erkenntnis und Tatkraft der Lenker eines dieser drei Staaten – Nordamerikas, der Sowjetunion, Großbritanniens – aus, um diesen Entschluß herbeizuführen? Ist die geistige, moralische Reife der Völker und ihrer Führer der ungeheuren Verantwortung gewachsen, vor die sie ihre technischen Eroberungen stellen? Das ist jetzt die entscheidende Frage. Das gesittete Fortleben der Erdenmenschheit kann recht wohl von der Art ihrer Beantwortung abhängen.

11. Oktober *Hugo Kramer*

Neues Denken nötig

Auf seinem beispiellosen Triumphzug durch Japan im Oktober dieses Jahres erklärte *Nehru* mehrmals:

Was wir nötig haben, ist ein Denken, das nicht auf Gewalt und «ismen» gegründet ist, sondern ein Denken, das die Probleme dieser Welt der Atomenergie, der Fernlenkgeschosse und künstlichen Monde anpacken und lösen kann.

Der Menschengeist muß den wissenschaftlichen Fortschritt einholen, wenn die Welt vor der Zerstörung gerettet werden soll. Es ist wohl wichtig, technologischen Fortschritt zu erstreben, wichtiger aber ist, die geistige Einstellung der Menschen zu heben. Wir stellen eine gewaltige und großartige Leistung in der Welt der Wissenschaft fest. Daneben aber sehen wir gewaltige und furchtbare Mißerfolge – Mißerfolge auf geistigem und sittlichem Gebiet. Was vor allem gefährlich ist, ist die Gleichgültigkeit der Menschen, Gleichgültigkeit zum Beispiel gegenüber nuklearen Versuchen.

Aus dem «Kalten Krieg» werden niemals Friede und Güte erwachsen, denn «Kalter Krieg» selbst ist Haß. Wie kann Haß etwas Gutes erzeugen? Der «Kalte Krieg» korrumpiert nicht nur soziale Gruppen; er korrumpiert ganze Völker. Wenn wir den Ruf der Zivilisationen nicht hören und die Lehren einer jahrtausendealten Geschichte nicht beherzigen, ist die Menschheit unrettbar verloren.

(«India News», 12. Oktober 1957)

Das Reich Gottes

(Aus: Walter Rauschenbusch, Die religiösen Grundlagen der sozialen Botschaft. Aus dem Englischen übersetzt von Clara Ragaz. Rotapfel-Verlag 1922)

Das Reich Gottes ist nicht nur ein Begriff oder ein Ideal; es ist eine geschichtliche Macht. Es ist eine lebendige und gestaltende Kraft, die jetzt in der Menschheit am Werk ist. Ob es imstande sein wird, die soziale Ordnung zu erlösen, hängt davon ab, wieweit es den sozialen Organismus zu durchdringen vermag.

Hier sehen wir einen der größten Erlöserdienste, die Jesus dem menschlichen Geschlecht erwiesen hat. Als er Gottes Hand ergriff und ihn «unser Vater» nannte, demokratisierte er den Gottesbegriff. Er trennte die Vorstellung ab von dem räuberischen Zwangsstaat und verpflanzte sie in das Reich des Familienlebens, die wichtigste soziale Verkörperung von Solidarität und Liebe. Er erlöste nicht nur die Menschheit; er erlöste Gott. Er verhalf Gott zum erstenmal dazu, geliebt zu werden und den denkbar schlimmsten Mißverständnissen zu entrinnen.

Das Reich Gottes ist der notwendige Hintergrund für die christliche Gottesvorstellung. Die soziale Bewegung ist eine der wichtigsten Formen, in denen Gott offenbart, daß er als ein Gott lebt und regiert, der die Gerechtigkeit liebt und das Unrecht haßt. Ein theologischer Gott, der sich um das Fortschreiten der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit nicht kümmert, ist kein Christ. Es genügt nicht, daß die Theologie diesen oder jenen autokratischen Zug ausmerzt. Ihr Gott muß in die soziale Bewegung eintreten. Der wirkliche Gott war schon lange in ihr. Das Zustandekommen einer christlichen sozialen Ordnung wäre der beste Beweis von Gottes erlösender Macht. Die Niederlage der sozialen Bewegung würde seine Existenz in Frage stellen.

Gott ist der gemeinsame Grund all unseres Lebens. Unsere menschlichen Persönlichkeiten mögen weit voneinander entfernt scheinen; ihre Wurzeln reichen in das ewige Leben Gottes hinunter. Sowohl die Philosophie als die Wissenschaft zielen weitgehend auf eine Anerkennung der Wahrheit hin, die die Religion gefühlt und geübt hat. Das alles durchdringende Leben Gottes ist die Grundlage der geistigen Einheit des Menschengeschlechtes und unserer Hoffnung auf seine innigere Brüderlichkeit in der Zukunft.

Das Solidaritätsbewußtsein ist demnach das Wesen der Religion. Aber der Umfang und die Weite der Brüderlichkeit in ihr sind sehr verschieden. Jede Entdeckung einer umfassenderen Brüderlichkeit durch den einzelnen bringt eine Glut religiöser Freude. Der Ursprung des Christentums war mit einer großen Umwandlung von einem nationalistischen zu einem internationalen religiösen Bewußtsein verbunden. Paulus war der Held dieser Eroberung. Der Gott Christi war von An-

fang an einer, der Schranken niederreißt. Alle, die Gott in dem besonderen Sinne Christi erfahren haben, sind dazu berufen, die menschliche Gemeinschaft auszudehnen und Schranken niederzureißen. Dies zu betonen und es dem christlichen Bewußtsein nahezubringen, ist ein Teil der Aufgabe des sozialen Evangeliums, und es erwartet von der Theologie, daß sie das, wessen es dazu bedarf, formuliere.

Christentum und dialektischer Materialismus*

Unsere ökumenischen Gespräche werden sich unter dem Gewichte der heutigen Situation mit größerem Ernst, angespannterer Aufmerksamkeit und Aufnahmebereitschaft mit dem Marxismus, seiner Methode und politisch-sozialen Praxis befassen müssen. Bisher wurde er zum größten Teil im Hinblick auf seinen philosophischen Materialismus und auf die sogenannte totalitäre Einstellung ausgelegt. Die soziale Revolution, die immer noch die Welt erschüttert und Hunderte von Millionen in Asien und Afrika erfaßte und noch weitere erfassen wird, sollte auch unser Denken und unsere Entscheidungen fruchtbringend beeinflussen. Ich möchte nur auf drei marxistische Motive aufmerksam machen.

a) Der sogenannte Materialismus Marx' oder Lenins ist ein ständiger Protest gegen den Mißbrauch von Ideen und Idealen als Deckmantel menschlichen Egoismus und rücksichtsloser Ausbeutung. Die Marxisten weisen darauf hin, daß die größten praktischen Materialisten Leute sind, welche die sittlichen und religiösen «Ideale» als den eigentlichen Sinn menschlichen Lebens hoch preisen, aber unter ihrem Schutz und Deckmantel rücksichtslos egoistisch, ohne Achtung vor Recht und Freiheit ihrer Mitmenschen leben. Auch der politische Liberalismus oder die Demokratie gehören zu solchen Deckmäntelchen. Es muß dies nicht immer eine direkt beabsichtigte Täuschung sein, aber bestimmt ist der menschliche Egoismus so raffiniert, daß er es versteht, auch erhabene Ideale seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die amerikanische Demokratie wurde mit der Losung der unveräußerlichen Menschenrechte, die jedem Individuum durch den Schöpfer gewährleistet sind, geboren. Und ebendieselbe Demokratie baute ihre Ordnungen auf Schweiß und oft auch Blut der schwarzen Sklaven auf! Tausende von aufrichtigen und gläubigen Christen kam es nicht einmal in den Sinn, daß die Versklavung des schwarzen Menschen in drastischem Gegensatz zu dem Grundsatz der Menschenrechte steht. Die französischen Erben der Großen Revolution gaben die politische

---

* Aus «Kirche und Theologie im Umbruch der Gegenwart» von Professor Hromádka. Herausgegeben vom Oekumenischen Kirchenrat der Tschechoslowakei.

Macht allmählich in die Hände reicher Familien und der hochgeborenen Gesellschaft. Die britische Bourgeoisie, die sich durch Revolution gegen die Tyrannei der Stuarts Rechte und Freiheit erkämpfte, duldete durch Jahrzehnte mit einem Hungerlohn bezahlte Frauen- und Kinderarbeit und besuchte prunkvolle kirchliche Gebäude, Dome und Kathedralen, die gerade neben grauenerregenden Elendsquartieren, Schlupfwinkeln menschlichen Schmutzes und Entwürdigung, gelegen waren. Marx' Materialismus bedeutet einen Aufschrei, daß es wahre Menschlichkeit und menschliche Freiheit dort nicht gibt, wo dem werktätigen Menschen nicht das Recht gewährleistet ist, zu essen, anständig zu wohnen und nicht ausgebeutet zu werden. Es gibt weder Freiheit noch Menschenrechte dort, wo nicht eine anständige, gerechte, materielle gesellschaftliche Grundlage errichtet ist.

b) Beim Studium der Geschichte darf man gerade die materielle Seite des menschlichen Lebens nicht vergessen, die wirtschaftlichen Beziehungen, die Art und Weise der Produktion und Distribution, die materiellen Bedingungen, unter denen die Gesellschaft und das Individuum leben. Unsere Denkweise, unsere Ideale, unsere Lebensanschauung, unsere Philosophie, unser Recht, unsere Staatsformen tragen den Stempel der materiellen Grundlage der Menschen an sich. Die Philosophie und das Recht, die politischen Ordnungen und die Kulturwerte der Menschen wurden niemals durch abstrakten Menschengeist geschaffen. Immer und überall wurden sie durch materielle Bedingungen gestaltet, und namentlich durch die Schichten, die den materiellen Reichtum an sich rissen und die Macht besaßen, die wirtschaftlich Schwächeren zu ihrem eigenen Vorteil auszunützen. Recht und Freiheit wurden durch die besitzenden Kreise bestimmt, und die Menschenrechte waren beschränkt auf die, welche entweder die materiellen Lebensbedingungen beherrschten oder durch ihre Bildung, ihre Kenntnisse und ihre Geschicklichkeit diesen Kreisen Dienste leisteten. Die Menschheitsgeschichte ist nicht verständlich nur als Geschichte von Ideen und abstrakter geistiger Werte, die Menschheitsgeschichte wird in ihrer wahren Gestalt und Realität nur dann erkannt werden, wenn wir auch die materiellen Voraussetzungen der menschlichen Gesellschaft berücksichtigen werden. Dieser historische Materialismus will nichts anderes sein als eine Hilfe für Mensch und Gesellschaft, damit sie sich selbst, die eigene Vergangenheit und die eigene Gegenwart besser erkennen und die weitere geschichtliche Entwicklung verantwortungsbewußter bestimmen.

Auch hier geht es im wesentlichen um den Menschen. Der historische Materialismus will ein Korrektiv der philosophischen Systeme der Vergangenheit und Gegenwart sein. Er will eine Methode genaueren Geschichtsstudiums und eines wirksameren, gerechteren und menschlicheren gesellschaftlichen Aufbaus sein. Es geht um den Menschen und keineswegs um das System. Es geht darum, ihm wirksam zu helfen und alle materiellen Hindernisse menschlicher Würde und

menschlicher Freiheit zu beseitigen. Auch hier wiederum geht es im Grunde um eine vollkommenere Sicherung menschlicher Rechte und menschlicher Freiheit. Auch der dialektische Materialismus soll im Kampfe um eine bessere und menschlichere Zukunft helfen. Er weist auf Gegensätze hin, die in der gesellschaftlichen und historischen Entwicklung sozusagen unmerklich entstanden, welche zu Umwälzungen führen und die vorausgesehen werden müssen, um wirksam gelöst werden zu können. Der Mensch lebt nicht im luftleeren Raum als ein Abstraktum, jeder historische Augenblick hat seinen eigenen Sinn, und der Mensch kann wirklich einzig und allein nur dann erkannt werden, wenn wir ihn in einem bestimmten Augenblick auf einen bestimmten Platz stellen. Auch das, was wir marxistischen Atheismus nennen, ist im Wesen radikaler Humanismus. Der Gott, dessen Existenz die Marxisten leugnen, ist eben eine menschliche Fiktion, eine Selbsttäuschung, ein Versuch, von der echten Erkenntnis der Wirklichkeit des Menschen abzulenken. Es ist ein Gott, den sich die Menschen zu ihrem Vorteil schaffen oder mit welchem sie sich selbst täuschen, sich und andere berauschen und so den Menschen von der wahren Selbsterkenntnis und seinen wahren Aufgaben ablenken.

c) Die klassenlose Gesellschaft, welche das Ziel menschlicher Tätigkeit, die auf realer Erkenntnis und genauer Kenntnis der Geschichte und der Gesellschaft aufgebaut ist, ist Gewähr voller Menschenrechte und voller Freiheit. Es ist dies eine Gemeinschaft ohne Widersprüche und Unterschiede, ohne Reiche und Arme, ohne Ausbeutung und Ausgebeutete, ohne Übersättigte und Hungrige. Nur durch Überwindung aller sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede kann der Klassenkampf überwunden und echte menschliche Brüderlichkeit gesichert werden. Die Marxisten bestreiten, daß sie den Klassenhaß und den Klassenkampf erfunden und eingeführt haben. Mit Recht behaupten sie, daß sie nur das aufzeigten, was von Uranfang menschlicher Geschichte die Beziehungen zwischen den Menschen bestimmte und was geflissentlich oder sehr oft unbewußt verhüllt blieb und gerade deshalb so viel Leid und Elend anrichtete. Der Klassenkampf kann nicht verschwinden, solange es Klassen geben wird. Die Überwindung der Klassenunterschiede und der Ausbau einer klassenlosen Gesellschaft ist allerdings ein langer historischer Prozeß. Die soziale Revolution ist ein bloßer Anfang und schafft die primitiven Voraussetzungen für einen planmäßigen und systematischen Aufbau der neuen Gesellschaft. Das ist nicht möglich ohne theoretisches Rüstzeug, ohne ein hohes politisches und ideologisches Bewußtsein. Die marxistische Methode soll den Menschen von schicksalshaftem Verhängnis, von Ratlosigkeit und Ohnmacht frei machen. Allein der Aufbau selbst dauert lange. Er erfordert einen tiefen Umbruch im Denken und in der Beziehung zu den Menschen, tiefes Verantwortungsbewußtsein und Solidarität in der Arbeit. Die klassenlose Gesellschaft soll der Inbegriff all dessen sein, wonach die größten Geister der Geschichte strebten, das sie aber,

solange sie die Gesetze der Natur, insbesondere der historischen und der gesellschaftlichen Entwicklung nicht kannten, niemals erreichen konnten.

Lassen wir nun die Frage beiseite, wie die Marxisten ihr Programm zu erfüllen versuchten. In diesem Zusammenhange wäre dies von gerade so untergeordneter Bedeutung, als wenn wir uns nur mit der Frage befassen wollten, wie die Christen ihre Sendung erfüllt haben. Nur soviel steht fest, daß der Marxismus während der letzten hundert Jahre in die Geschichte nicht nur Europas, sondern vor allem Asiens außergewöhnliche Dynamik brachte und seine Ziele weit wirkungsvoller als irgendeine andere Bewegung erreichte. Vielleicht ist es für uns nicht unwichtig, uns die Frage vorzulegen, ob die geschichtsschöpferische Energie in den christlichen Nationen nicht erloschen und auf die marxistischen Kreise übergegangen ist. Aber das ist nur eine Randfrage. *J. L. Hromádka*

Neue Wege im Kampf für den Frieden — Vom älteren Pazifismus zum Dienst am Frieden heute

(Schluß)

II

a) Fragen wir uns nun – zweitens – nach den W e g e n, d i e, aus dem überkommenen Pazifismus stammend, w e i t e r z u f ü h r e n s i n d, so möchte ich aus der Fülle, die sich hier auftut, nur einige, mir besonders wichtig erscheinende Punkte hervorheben. Hier nenne ich zunächst die informatorische Seite der pazifistischen Bewegung. D. Eberhard Müller aus Bad Boll – von dessen unseliger Bonner Rede Sie gewiß im Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion und den diesbezüglichen Nachwirkungen der letzten Synode in Berlin gehört haben – hat an alle evangelischen Pfarrer bei uns völlig kostenlos und gratis eine von ihm verfaßte Broschüre versandt, in welcher er die These vertritt, daß bei freien demokratischen Völkern eine propagandistische Irreführung der Bevölkerung des Inhalts, daß ein Krieg als Verteidigungskrieg ausgegeben wird, der in Wirklichkeit ein Aggressionskrieg ist, nicht zu befürchten sei, daß also in der echten Demokratie, wenn es zum Kriege kommt, ein jeder sich infolge der dort herrschenden Presse- und Meinungsfreiheit selber ein Urteil darüber machen kann, ob dieser Krieg rechtens oder nicht zu verantworten sei, um dann eben nur am wirklichen Verteidigungskriege teilzunehmen. Wenn man sich das klar macht, schüttelt man den Kopf und fragt sich, ob D. Müller denn noch nie etwas davon gehört habe, daß es gerade auch in den

demokratischen Ländern so etwas gibt wie Meinungslenkung durch Interessenverbände, Macht der Suggestion, Demagogie? Als ob das nur in Diktaturen vorkäme! Kennt er nicht die Schwierigkeiten der nichtkonformistischen Presse? Nun, die pazifistische Presse kennt sie nur zu gut, aus alten und aus neuen Zeiten. Aber gerade darum liegt hier nun eine sehr wichtige Aufgabe. Daß wir heute eine so ausgezeichnete, auch von Nichtpazifisten anerkannte Pressearbeit haben, vielseitig und doch einhellig, jedermann verständlich und doch nicht unerlaubt vereinfachend, ist zweifellos das Erbe einer durch unendliche Schwierigkeiten geläuterten und daran gereiften pazifistischen Publizistik der Vergangenheit. Wer aber kennt unsere Blätter und Zeitschriften? Ich nenne da die «Friedensrundschau», die «Gesamtdeutsche Rundschau», «Stimme der Gemeinde», «Junge Kirche», die «Andere Zeitung» – um nur einige deutsche Blätter zu nennen. Aber wie es Ihnen mit Ihrer Zeitschrift «Neue Wege» geht: daß es immer noch sehr an Lesern fehlt – so geht es unseren Zeitschriften auch. Da ist es Grund zu großer Freude, daß anscheinend der Frankfurter Kirchentag für die «Stimme der Gemeinde» einen gewissen Leserzuwachs gebracht hat. Was uns fehlt, ist – wie mir scheint – die «Friedensillustrierte» mit Informationsblättern für die Bevölkerung. Wie sich der katholische «Feuerreiter» halten kann, so würde es eine «Friedensillustrierte» mit ihren naturgemäß viel breiteren Perspektiven erst recht können. Wir müssen viel mehr unter das Volk, gerade auch publizistisch. Neben unseren politischen Kommentaren bedarf es nach wie vor der ständigen und unermüdlichen Anstrengungen, den Wahnsinn der Atomwaffenversuche und den eines neuen Krieges in allen Farben anzuprangern, nicht demagogisch, sondern wissenschaftlich begründet und doch allgemein verständlich. Hier ist viel getan worden in den letzten Jahren. Hier zieht sich eine schöne, saubere Linie von Iwan Bloch, der kurz vor der Jahrhundertwende nicht nur die Unwirtschaftlichkeit, sondern auch die Unmenschlichkeit, ja, den Wahnsinn schon des technisierten Krieges mit erschütternden Zahlen nachwies und auf Grund seines Werkes der geistige Pate der ersten Haager Friedenskonferenz (1899) wurde, bis zu den aufklärenden Flugschriften, Abhandlungen und Kundgebungen unserer Friedensverbände gegen die Atomwaffenversuche und die Remilitarisierung. Hierbei nenne ich gern auch das Flugblatt der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz.

Die Aufklärungsarbeit muß aber auch ganz bestimmte Einzelgebiete gründlich durchdringen. Da ist zunächst einmal zu berücksichtigen, daß – bei uns jedenfalls – Möglichkeiten und Vorbereitungen des Krieges fast ausschließlich unter angeblich christliche Aspekte gesetzt und von da her gerechtfertigt, ja als ganz eindeutige Christenpflicht verkündet werden, da ja für uns nur der gerechte, nämlich der Verteidigungskrieg in Frage komme. Bismarck und die Seinen konnten es sich noch leisten, ihre Kriege ohne christliche Rechtfertigung zu führen und dabei die Massen des Volkes hinter sich zu wissen. Die

Einsprüche des Herrn von Gerlach, daß Bismarcks Krieg gegen Österreich doch kein Verteidigungskrieg sei, verhallten ungehört und unbeachtet. Heute ist das anders. Heute steht bei uns ideologiemäßig fest, daß der Osten der Angreifer, der Westen lediglich der Verteidiger sein wird. Dieser beinahe schon metaphysische Aberglaube muß entlarvt werden. Wie überhaupt der ganze Trug dieses scholastischen Systems vom gerechten Krieg. Und da ist der Kriegsdienstverweigerungsparagraph. Es fehlt bei uns an Stimmen nicht, die von vornherein die Kriegsdienstverweigerer jetzt schon zu diffamieren suchen. Und da sind die tückischen Fangfallen für die jungen Kriegsdienstverweigerer: Was würden Sie tun, wenn Sie dazukommen, wie Ihre Mutter tätlich angegriffen wird? Lehnen Sie auch die Polizei ab? Und alle diese bösen Fragen, die so leicht verwirren. Hier kann nicht genug instruiert werden, worin das Irreführende solcher Fragen liegt. Es sind ja immer die alten Platten; aber unsere jungen Leute sind leicht in Verlegenheit gebracht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die eingehende Erörterung dieser Dinge in dem Buch «Der Krieg und das Evangelium» (München 1956) von Jean Lasserre.

Bei uns in Deutschland gehört hierher auch die wichtige Frage der Wiedervereinigung unseres Volkes, die durch die Wiederbewaffnung mehr und mehr in Frage gestellt wird.

b) Ferner nenne ich unter den weiterzuführenden Wegen die Kontaktsuche von Mensch zu Mensch über die Grenzen hinweg. Aber es sind heute für uns nicht mehr so sehr die nationalen Grenzen als vielmehr die Eisernen Vorhänge. Alles, was sich da hinüber und herüber trifft, sollten wir fördern und nicht nur beachten. Der Frankfurter Kirchentag und der Kölner Katholikentag – trotz ihren peinlichen Untertönen –, aber auch die Fußballländerspiele zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion in Hannover und in Moskau sind lauter pazifistische Ereignisse ersten Ranges, ohne daß es die Betreffenden gewollt oder gewußt haben. Soweit ich mich erinnere, schickten die Quäker als erste nach dem Kriege eine Gruppe zum Kontaktbesuch nach Rußland. Da also liegen neue Aufgaben, nicht mehr so sehr in den repräsentativen Friedenskongressen, die ihre große Bedeutung in ihren Anfängen zweifellos besaßen.

Ganz besonders wichtig ist dabei die Fähigkeit, sich sowohl sprachlich als auch begrifflich zu verständigen. Der ältere Pazifismus pries das Esperanto als nicht unwesentlichen Weg zum Frieden. Darin verrät sich sowohl seine Einsicht als aber auch seine Befangenheit. Ich bin nicht für Esperanto; denn es ist keine echte Sprache. Sondern ich meine, wir müssen einfach mehr Sprachen lernen, oder wenn das nicht mehr geht, andere als die üblichen. Das mindeste sollte eine westliche und eine östliche Sprache sein. Am besten: eine romanische, eine slawische und eine germanische. Denn darin würde unsere europäische Welt und auch die Neue Welt schon abgesteckt. Vielleicht wird es bald aber auch unerläßlich sein, eine orientalische Sprache zu kennen. Und einige

sollte es immer unter uns geben, die auch das Chinesische verstehen und sich in Indien nicht nur mit Englisch verständigen können. Auf die Schulen werden wir kaum rechnen können. Hier wird der Weg der Selbsthilfe in Abendkursen wohl am ersten in Frage kommen.

Aber ebenso wichtig its es, die Begriffe, die Ideologie der anderen zu kennen, auch wenn sie uns noch so falsch oder schwer verständlich erscheinen. Bei uns kennt jeder Abiturient eines humanistischen Gymnasiums die Staatsphilosophie Platons, kaum einer von ihnen aber die Idee des sozialistischen Volksstaates. Wer die «Stimme der Gemeinde» oder «Neue Wege» kennt, weiß, wie diese Arbeit schon angepackt wird.

Endlich nenne ich hier noch die Notwendigkeit literarischer Hilfen. Es gibt eine unglaubliche Fülle pazifistischer Belletristik. Aber sie ist sehr verstreut und müßte gesammelt, gesichtet und publiziert werden. Nur ein paar Namen: Jean Paul, Victor Hugo, Ljeßkow, Tolstoj, und dann zeitgenössische Schriftsteller, von denen viel mehr bei uns stehen, als wir ahnen! Bisher weiß ich eigentlich nur von einem Versuch in dieser Richtung: die im Christian Wegner-Verlag, Hamburg, durch Max Tau herausgebrachte Reihe einer «Friedensbücherei»; die ersten beiden Bände sind erschienen: 1. «Die Zukunft in deinen Händen» (A. den Doolaard/Cas Oorthuys); 2. «Mein Franz von Assisi» (Kazantzakis). Aber diese Bücher sind zu teuer. Wir brauchen da billige Reihen, wie RoRoRo oder die Fischer-Bücherei.

c) Schließlich nenne ich hier den Kampf um die Gewissensfreiheit, in dem wir wiederum aus dem harten Ringen des älteren Pazifismus zu lernen haben. Ging es den pazifistischen «Vätern» – besonders im Englisch sprechenden Bereich – um die Freiheit des Gewissens, so geht es uns heute um die Freiheit, daß die Gewissensbindung des einzelnen nicht in unbefugter Weise von staatlichen und sonstigen Instanzen kontrolliert, registriert und qualifiziert beziehungsweise disqualifiziert wird. Bei uns soll zum Beispiel eine vom Verteidigungsministerium bestellte Kommission die Gewissensentscheidung des Kriegsdienstverweigerers auf ihre Echtheit hin überprüfen! Stellen Sie sich das nur einmal vor! Unsere Karikaturisten haben sich schon in dieser Richtung versucht. Doch ich fürchte, sie werden ihre Karikaturen noch radikalisieren müssen . . . Anerkennen will man bei uns nur das prinzipiell an die Gewaltlosigkeit gebundene Gewissen, das also jeden Waffendienst ablehnt. Das ist so zweifellos ein Späterfolg des angelsächsischen Pazifismus, und nun doch zugleich ein Kuckucksei. Denn damit soll der Preis bezahlt sein. Nun gibt es aber auch und vielleicht in hohem Maße Menschen, die sich jener Gewissensklausel nicht verschreiben können, sondern die eine situationsgebundene Kriegsdienstverweigerung realisieren möchten, das heißt nicht auf Grund eines starren Prinzips, sondern auf Grund einer gewissenhaften Prüfung aller Umstände in der jeweiligen Lage, einschließlich der politischen Situation, des Standes der Waffentechnik und der Belange der staatlichen Gemeinschaft, was insbesondere für die evangelischen Christen zutrifft. Diesen

gewährt der Kriegsdienstverweigerungsparagraph kein Recht. Sie werden bei Dienstverweigerung militärgerichtlich bestraft werden ... Zu ihnen müssen wir stehen, auch wenn sie uns vielleicht die Antwort auf die Frage schuldig bleiben, ob es jemals Kriege gegeben habe, die wirklich «gerechte» Kriege waren. Aber es muß zugegeben werden, daß dies mehr eine akademische als eine existentielle Frage ist.

III

Nun kommen wir zu den Wegen, die ganz neu zu beschreiten sind, die keine mehr oder weniger ausgeprägten Spuren haben, sondern in Neuland führen und wo wir es also am schwersten haben werden. Zuerst und mit Nachdruck möchte ich in diesem Zusammenhang verweisen auf die glänzende Schrift von Nik. Koch «Kriegsdienst und Friedensdienst», in der er als wahrhaft neuen Weg «die friedenschaffende Selbsthilfe im modernen Fünfkrieg» beschreibt. Unter «Fünfkrieg» versteht er den charakteristischen Fünfschritt, in dem sich der moderne Krieg vollzieht, nämlich vom psychologischen über den ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Krieg bis zum militärischen Krieg und durch ihn zur allgemeinen Katastrophe. Und dann möchte ich ebenfalls erinnern an die Bonner Rede von Nehru. Da Ihnen Dr. Koch und der indische Ministerpräsident keine Unbekannten sind, darf ich mich mit diesen Hinweisen begnügen. Die folgenden Punkte können sich darum auf einige Unterstreichungen und kleinere Ergänzungen beschränken.

a) Prof. H. Gollwitzer, Bonn, hat einmal davon gesprochen, daß wir uns in Deutschland in zunehmendem Maße vor dem machtvollen Dreierbündnis von Kapital–Klerus–Militär befänden. Die Tatzen dieses Ungeheuers haben sich schon etwas gestreckt, so daß man sie sehen konnte: unsere Militärverwaltung hat es abgelehnt, das Standardwerk «Das Dritte Reich und die Juden» (Dokumente und Aufsätze, herausgegeben von Léon Poliakov und Josef Wulf, Verlags-GmbH, Berlin-Grunewald, 1955) in den zu errichtenden Soldatenbüchereien führen zu lassen. Im Zeitpunkt, da das bekannt wurde, wurde auch bekannt, und zwar durch alle Zeitungen, daß nun SS-Soldaten-Treffen stattfinden mit Feldgottesdiensten (!) und daß in der neuen Bundeswehr auch ehemalige SS-Offiziere herauf bis zum Oberstleutnant Einstellung finden würden. Was hinter diesem allem lauert, ist nun wirklich ein schreckliches Ungeheuer, und das schlimmste ist doch, daß es den Herzschlag des Staates entscheidend steuert, der durch das Leben der Bürger, durch unser Leben pulst. Dort, hinter verschlossenen Türen, werden die Weichen gestellt, die den Kurs unseres Lebens fast unmerklich und darum fast ungehindert festlegen. Herda hat in seinem Buch «Geschäfte mit dem Tod» (Hannover 1955) enthüllt, welches Schicksal vor und um die Jahrhundertwende Kapital und Militär unter dem Segen des Klerus ausgebrütet haben, Kapital und Militär, sagen wir doch lieber offen: Mammon und Mars. Der Klerus aber, der

segnend darüberfährt, ist der Klerus des Baal ... in christlichen Gewändern, im Hause Gottes. Welcher Art die Verkettungen dieses Dreierbundes in unserem Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg sind, wissen wir nicht; das wissen nur die Eingeweihten. Wir stehen davor wie vor einer dämonischen Festung, deren Anblick uns zu Resignation und zur Abdankung des Pazifismus zwingen will. Nur zwei Aspekte, die schon genügen: Die Rüstungsproduktion ist die einzige, die keinen Absatz hat, solange Frieden ist. Ihre Existenz muß die Rüstungswirtschaft ja dort aufblühen sehen, wo ihre Produkte konsumiert werden: auf den Schlachtfeldern ... Und: Vielleicht braucht der eigentliche Atomkrieg gar nicht erst auszubrechen; vielleicht sorgen schon die entsetzlichen Folgen der Atomversuche, die ja ganz unberechenbar sind, für den Tod der Menschheit und die Verödung der Welt. Hier sehen wir ganz deutlich zwei dämonische Autonomien, die Autonomie der Rüstungswirtschaft und die andere Autonomie der Atomwaffe. Der einzelne ist machtlos. Alle sind machtlos. Die furchtbaren Verkettungen nehmen ihren Fortgang. Hat es noch Sinn, für den Frieden zu leben und zu leiden, wenn wir so dran sind? Hier erweist sich die völlige Ohnmacht nicht nur der alten, sondern auch aller neuen Wege, die wir suchen mögen. Hier geht es einfach nicht weiter. Hier lauert der Krisenpunkt für den Pazifismus. Und wie viele Friedensfreunde sind ihm erlegen, sind umgekehrt und haben resigniert und ohne Hoffnung getan, was der Staatsgötze ihnen befahl; mußten sie doch fürchten, bei Weigerung sei Lebensentzug durch Exekution, durch wirtschaftliche Erdrosselung, durch moralische Diffamierung ihr Schicksal. Es gibt Märtyrer des Pazifismus.

Und nun meine ich, vielleicht ist das der wichtigste unserer neuen Wege, daß wir hier, an dieser gefährlichen Stelle, Posto fassen, nicht nur als christliche Pazifisten, das wird uns hier nicht helfen, sondern als pazifistische Christen. Als Menschen, die Jesus Christus und in ihm den lebendigen Gott zum Beistand haben. Christus ist nicht nur der Prediger des Friedens, er hat ihn erwirkt, er ist Exorzist gegenüber allen Verkettungen der Dämonen der Furcht und Zerstörung. Er ist auch dem Bündnis von Kapital–Klerus–Militär gewachsen. Diese Gewißheit befreit uns vom Ungeist der Verzweiflung und Resignation. Nun ist es doch so: Die Wege, die wir gehen können, die sollen wir nun auch gehen, denn die Wege, die wir nicht gehen, die kann Er gehen und ist vielleicht schon unterwegs. Wir gelangen nicht ins Weiße Haus oder in den Kreml, nicht ins Hauptquartier der Armeen, nicht in die Geheimsekretariate der Schwerindustrie, nicht in die Klausuren einer nach irdischer Macht gierigen Kirche. Aber vielleicht ist Er schon darin, vielleicht geht dort das Wort Gottes schon um? Wer weiß es? «Sorget nicht!» hat Er gesagt. So lassen wir das Seine Sorge sein, und zwar in Gebet und Fürbitte. Er wird uns schon ein Zeichen geben, wenn es so weit ist, wird uns dann schon wissen lassen, wenn es Zeit ist und ihre Schilde hohl sind und man getrost darauf schlagen kann ... Wir

werden nicht voreilig meinen, daß mit Pazifismus und Sozialismus das Reich Gottes hergestellt werde; aber daß unser Trachten nach dem Reiche Gottes uns auf die Wege des Pazifismus führt und uns dort stets neue Wege suchen heißt, das wird wohl so sein. Nicht die Kirchen sind auf solchen Wegen. Und das ist schon ein Jammer. So müssen wir als einsame Christenmenschen uns auf den Weg machen, als Partisanen des Friedens, als eine wirkliche Verschwörung der pacifici – um einen Rat Karl Barths zu nennen –, als Glieder am ökumenischen Leibe Christi, dessen Zerreißung wir uns widersetzen, als Menschen, die da wissen, daß Gott die ganze Welt geliebt und mit ihm versöhnt hat.

Das wird uns nicht nur neue Wege zeigen, sondern uns auch auf ihnen gehen lassen. Es werden keine Autobahnen sein, eher schmale Gebirgspässe, und sicher auch unwegsames Ödland, das noch keines Menschen Fuß betrat. Was macht's? Unser Herr hat gesagt: Ich bin der Weg. Wohin nun unsere pazifistischen Wege faktisch führen werden, welche Ziele wir erreichen werden, das steht dahin und ist uns nicht zu wissen gegeben. Franz Werfel sagt einmal in seinem Jeremiabuch, Gott zeige uns wohl seinen Willen, nicht aber sein Vorhaben. Das ist ein gutes, wahres Wort. Aber woher unsere pazifistischen Wege kommen, wo sie ihren Ausgang, ihren Start haben, das darf doch immer und unter allen Umständen jene Freude am Herrn sein, die die Stärke der Seinen ist, jene Freude, daß wir gerechtgesprochene Sünder sind, jene Freude, daß Gott Frieden gemacht hat an Seinem Kreuz – mit uns, mit allen, mit der ganzen Welt, mit der ganzen Schöpfung. Diese Freude erzeugt in uns – wie Jean Lasserre so schön gesagt hat – eine jubelnde, unaufhaltsame Bewegung, «durch die die Hoffnung begünstigt, eröffnet, verkündigt und ins Werk gesetzt wird».

Lassen Sie uns im Licht und in der Wärme solcher Hoffnung auf neuen Wegen des Friedens sein und darum zu beten nicht müde werden, daß es auch Wege z u m Frieden werden mögen.

Walter Dignath

Der Friede und die Weltreligionen

In unseren Tagen, da es immer klarer wird, daß die Welt den Weg zur Einheit finden muß, wenn sie nicht untergehen will, sollte es unser Anliegen sein, nach den geistigen Banden zu suchen, die zwischen den Völkern bestehen. Es ist das Verdienst eines deutschen Juristen, D r. F. D. M e y e r - K l u g e l s, in der «Peace News» vom 1. November einige der gemeinsamen Lehren der verschiedenen Religionen gesammelt zu haben. Dr. Meyer-Klugel ist ein Spezialist in Kirchenrecht, der zur Hitlerzeit nach England fliehen mußte.

In unserer sogenannten «christlichen» westlichen Welt ist – als ob sie noch immer im heidnischen Dunkel dahinlebte – der Krieg eine tief verankerte Einrichtung, die es ermöglicht, die Ansprüche einer Nation durchzusetzen, falls andere Methoden sich als ungenügend oder ungeeignet erweisen.

Alle großen Lehrer der Menschheit jedoch sind darin einig, daß, wenn die Menschen Frieden und Glück ersehnen, sie sich an gewisse, sehr einfache Regeln halten müssen.

Die Goldene Regel

Da ist als erste die Goldene Regel: «Wie ihr wollet, daß euch die Leute tun, ebenso tut auch ihr ihnen.» Diese Regel kommt in allen großen Religionen der Welt vor. Nachstehend die verschiedenen Ausdrucksformen:

Christentum. «Darum alles, was ihr wollet, daß euch die Menschen tun sollen, das tut auch ihr ihnen.» (Matthäus 7–12.)

Hinduismus. «Tue anderen nichts an, was dir selbst weh täte.» (Mahabharata 5, 15–17.)

Taoismus. «Betrachte deines Nachbarn Nutzen als deinen eigenen und deines Nachbarn Verlust als eigenen Verlust.» (T'ai Shang Kan Yin P'ien.)

Buddhismus. «Verletze andere nicht mit dem, was dir weh tut.» (Udanavarga 5–18.)

Konfuzianismus. «Tue andern nicht, was du nicht willst, daß sie dir antun.» (Analects 15–23.)

Dschainismus. «In Glück und Leid, in Freude und Kummer sollten wir alle Geschöpfe als uns gleich betrachten; wir sollten davon absehen, anderen zuzufügen, was uns selbst gegenüber als Unrecht erschiene.» (Yogahastra 2–20.)

Sikhismus. «Achte andere wie dich selbst, dann wirst du am Himmel teilhaben.» (Kabîr.)

Zarathustrische Religion. «Jenes Wesen allein ist gut, das nicht anderen antut, was seinem eigenen Selbst nicht wohlbekommt.» (Dadistan-i-dinik 94, 5.)

Jüdische Religion. «Was dir wehtut, tu nicht deinem Nächsten an.» (Talmud.)

Mohammedanismus. «Keiner von euch hat den Glauben, bis er für seinen Bruder das will, was er für sich selbst liebt.» (Überlieferungen.)

Wenn die Menschen diese Goldene Regel beobachteten, hätten sie Frieden im Herzen und Frieden auf Erden.

In seinem Leben und seiner Lehre war Jesus gegen alle Gewaltanwendung und Krieg. «Selig sind die Friedeschaffer», sagte Er, «denn sie werden Gottes Kinder heißen.» (Matthäus 5, 9.) Er kämpfte um sein heiliges Anliegen nicht mit Kriegswaffen, sondern indem Er, im

Gegenteil, Seine Jünger von Gewaltübung abhielt. Er sagte: «Alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen.» (Matthäus 26, 52.)

Von der Vergeltung

Paulus sagte: «Vergelte niemandem Böses mit Bösem, sondern überwinde mit dem Guten das Böse.» (Römer 12, 17–21.)

Lao-tse lehrte dasselbe: «Ich würde Gutes mit Gutem vergelten: ich würde aber auch Böses mit Gutem vergelten.» (Buch des Tao.)

Auch Buddha verkündete: «Laß den Menschen Zorn durch Liebe überwinden, Böses mit Gutem vergelten, den Geizigen durch Freigiebigkeit und den Lügner durch die Wahrheit überwinden.» (Dhamnapada.)

Pharao Akhenaton im alten Ägypten weigerte sich, Krieg zu führen. Friede war einer der großen Grundsätze seiner religiösen Reform, durch die er echte Geistigkeit und die Anbetung des einen wahren Gottes wiederherzustellen suchte.

*

Buddha verurteilte den Krieg und Gewalt jeder Art als das Ergebnis selbstsüchtiger Begierden, die immer in allgemeiner Zerstörung enden, weil sie unvermeidlich zu immer mehr Gewalt und Krieg führen. Er sagte: «Der Mörder trifft seinerseits auf einen Mörder, der Eroberer auf einen, der ihn besiegt, wer schmäht, wird geschmäht, wer Ärgernis bereitet, erfährt Ärgernis.

Was ist die Liebe eines Menschen, der glaubt, die Zerstörung eines Lebens könne böse Taten sühnen? Kann ein neues Unrecht altes Unrecht wiedergutmachen?»

Es gibt nur einen Weg, die Kette des Unrechtes zu brechen: es ist der Weg der Liebe und des Dienens. Es ist kein leichter Weg. Es gibt viel zu wagen, viel zu ertragen. Schließlich wird der Friede erreicht. So sagte Buddha: «Eroberung erzeugt Haß, die Besiegten leben in Not. Aber wer immer im Frieden ohne Leidenschaft lebt, lebt glücklich. Eroberung und Niederlagen hat er hinter sich gelassen.»

Buddha faßte seine Botschaft vom Frieden in den Worten zusammen: «Haß wird nicht durch Haß gelöscht. Haß wird nur durch Liebe gelöscht.» (Ehamnapada.) In praktischer Formulierung seiner Lehre sagte Buddha zu seinen Jüngern, als sie ihn fragten, was für Eigentum sie besitzen dürften: «Ich erlaube euch alle Arten von Erz außer Waffen.»

Wie das alte Ägypten seinen großen friedfertigen Pharao, Akhenaton, besaß, so kann auch der Buddhismus sich eines Königs rühmen, der die Lehre der Güte in allen Staatsgeschäften anwendete. Asoka bewies der Welt, daß Gewaltlosigkeit und Friedfertigkeit sich in der Praxis bewähren, sofern nur die Menschen den Mut haben, sie auszuprobieren. Unter diesem König lebte Indien vereinigt und im

Frieden. Asoka gab alles Kriegführen auf und verließ sich einzig auf die Gerechtigkeit. Seine Epoche nennt man auch heute noch das Goldene Zeitalter Indiens – und seine Regierungszeit ist eine historische Tatsache, nicht bloß eine fromme Legende.

Gute Botschaft vom Frieden

In China war es Lao-tse, der mit diesen Worten für die Abschaffung aller Kriege, aller Gewalt eintrat:

«Waffen sind unselige Instrumente. Wer darum nach dem Ewigen strebt, wird sie nicht anrühren.» (Buch des Tao.)

«Alle Menschen an den Vier Meeren sind Brüder» ist einer der großen Sprüche, die man Konfuzius zuschreibt. Unter Konfuzius fand (546 v. Chr.) die erste internationale Abrüstungskonferenz statt mit den zehn führenden Nationen als Teilnehmer.

Unter den Propheten Israels müssen wir vor allem Jesaja erwähnen mit seinen berühmten Visionen vom Frieden auf Erden und der Sanftmut, die den Löwen neben dem Lamm ruhen läßt.

Dies ist die Gute Botschaft vom Frieden, die all die großen und guten Männer und Frauen des menschlichen Geschlechts gelehrt haben. Wo immer sie wohnten, welchem Zeitalter, Geschlecht oder Glaubensbekenntnis sie auch angehörten, alle haben das gleiche gesagt, und wenn die Menschen frei denken können, wenn sie gewillt sind, ehrlich zu überlegen und die Liebe in ihrem Tun walten zu lassen, werden sie alle schließlich zum selben Glauben gelangen. Denn Gott ist ein Gott, und wir sind alle seine Kinder. Und wenn wir uns ihm nähern, so nähern wir uns einander, und wenn wir einander näher kommen, so kommen wir Gott näher. «Denn in Ihm leben, weben und sind wir.»

Religionsstatistik

Nachstehend ist eine Statistik der Religionen, die von Helmuth von Glasenapp in seinem Buch «Die nichtchristlichen Religionen», Seite 304 (Fischer-Bücherei), veröffentlicht wurde.

Christentum	750	Millionen
Chinesischer Universismus und Buddhismus	500	»
Islam	330	»
Hinduismus	320	»
Buddhismus (ohne die Chinesen)	150	»
Primitive Stammesreligionen	120	»
Shintoismus (Sekten)	21	»
Judentum	12	»
Sikhismus	6	»
Dschainismus	1,5	»
Parsismus	0,1	»

Bericht über chinesische Gefängnisse*

Pfarrer Walter Dignath schreibt auf Seite 262 dieser Ausgabe von Meinungslenkung in demokratischen Ländern. Als Illustration solchen Drucks gegen alle Meinungsäußerungen, die nicht konformistisch sind, mag das Schicksal eines Buches und seiner Autoren dienen.

Seit Ende des Koreakrieges (1953) kommt es immer wieder vor, daß Amerikaner, Militär und Zivilisten, aus chinesischen Gefängnissen in ihr Land zurückkehren und dort ihre Erfahrungen erzählen. Ihre Berichte nun stimmen nicht immer mit der Darstellung des neuen China überein, wie sie das amerikanische Staatsdepartement vertritt und von den Rückkehrern zu hören wünscht. Sie wollen manchmal weder von Folterungen etwas wissen noch von Schuldbekenntnissen, die durch Drogen und ähnliche Mittel erpreßt wurden. In solchen Fällen gibt es für die amerikanischen Behörden und die Durchschnittspresse nur eine Erklärung: die armen Opfer haben ein «brainwashing» (eine Gehirnwaschung) durchgemacht – das heißt sie sind auf irgendeine Art indoktriniert oder geistig verseucht worden, so daß sie die wirklichen Zustände nicht mehr erkennen und alles ins Gegenteil verdrehen. Man unterwirft sie psychiatrischer Beobachtung, man verhindert ihre Rückkehr ins Erwerbsleben, bis sie, dem Druck nachgebend, ihre Ansichten preisgeben und sich mindestens äußerlich den amerikanischen Ideen über das, was man von China zu halten hat, anpassen.

Zwei junge Amerikaner nun, das Ehepaar Allyn und Adele Rickett, die 1955 aus China heimkehrten, tun den Behörden diesen Gefallen nicht. Sie waren 1948 mit einem Stipendium des amerikanischen Außenministeriums nach China ausgereist, um dort dem Studium der chinesischen Sprache und Literatur obzuliegen. Sie arbeiteten an der Universität Peking unter dem alten wie unter dem neuen Regime, so daß sie gute Vergleichsmöglichkeiten hatten. Allyn Rickett, der sich auf eine akademische Lehrtätigkeit in seiner Heimat vorbereitete, war während des Krieges dem Intelligence Service, das heißt dem Spionagedienst der amerikanischen Marine zugeteilt gewesen und verpflichtete sich während seines China-Aufenthaltes neuerdings, Nachrichten über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse des Gastlandes zu übermitteln. Dies wurde ihm in der erregten Atmosphäre des Koreakrieges zum Verhängnis. Er wurde von den Chinesen 1951 verhaftet. Die Anklage lautete auf Spionage gegen China. Seine Gattin erhielt zunächst einige Monate Hausarrest und wanderte hierauf ebenfalls ins Gefängnis. Allyn und Adele Rickett wurden 1955 nach vierjähriger Haft entlassen und kehrten über Hongkong in ihre Heimat zurück.

---

* «Prisoners of Liberation» («Gefangene der Befreiung») von Allyn und Adele Rickett, Cameron Associates, Inc. 1957, Neuyork.

Allyn Rickett ahnte, was ihm bevorstand, denn die Nachricht von seiner Befreiung war ihm vorausgeeilt. Er war denn auch kaum aus dem Polizeiwagen ausgestiegen, der ihn in Hongkong von der Grenze abgeholt hatte, als sich eine Schar von Journalisten, mit Photoapparat und Mikrophon ausgerüstet, auf ihn stürzte und ihn mit Fragen bestürmte. «Warum wurden Sie verhaftet? Betrachten Sie sich als Spion? Wurden Sie gefoltert?», usw., usw. Als Rickett ohne Zögern erklärte, er sei tatsächlich ein Spion gewesen und habe, wenn man diesen Umstand berücksichtige, eine sehr schonende Behandlung erfahren, verschwand der Ausdruck freudigen Willkomms aus den Mienen der Reporter. Zweifel und offene Feindseligkeit traten an seine Stelle und kamen zum Ausdruck in der Bemerkung des Polizeibeamten zu einem der Reporter: «Hoffnungslos korrumpiert.» Was war nun eigentlich geschehen?

Rickett, der Chinesisch spricht, war mit anderen Verhafteten in ein Gefängnis eingeliefert worden, wo sie der neuen Praxis gemäß in Gruppen studieren und arbeiten mußten. Ricketts Zellengenossen, Kuomintang-Agenten, frühere Großgrundbesitzer, von denen einige des Mordes und anderer Verbrechen überführt waren, Spekulanten, Saboteure und Spione, vermittelten dem Amerikaner im Laufe der Zeit einen instruktiven Querschnitt durch die Übel der alten Gesellschaft und die Mittel, die angewandt wurden, um die asozialen Elemente zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft umzuerziehen. Im Gefängnis lernte jeder Häftling das Leben seiner Mitgefangenen bis in alle Einzelheiten kennen. Ihre Missetaten wurden ans Licht gezogen, ihre Einstellung zum Mitmenschen von ihnen selbst und ihren Zellengenossen kritisiert. Es ist dies, wie sich herausstellt, eine Gruppentechnik, wie sie auch in der psychiatrischen Forschung in Amerika zur Anwendung kommt. Man will beim Gefangenen die Einsicht reifen lassen, daß er zu Recht der Freiheit beraubt ist. Er erkennt mit der Zeit, so hoffen die Behörden, daß er nur in der Zusammenarbeit mit seinen Mitmenschen und nicht in Verfolgung seiner selbstsüchtigen Ziele sein Glück finden kann. Allyn Rickett wie seine Frau waren tief beeindruckt vom Ernst dieser Erziehungsarbeit und ihren Erfolgen wie auch vom gediegenen Charakter vieler ihrer Vorgesetzten. Der Bericht über ihre persönlichen Aufzeichnungen ist eine spannende politische Lektüre und trägt – auch nach dem Urteil amerikanischer Psychiater – Wort für Wort den Stempel der Wahrheit. Die beiden Ricketts büßen heute dafür, daß sie nach wie vor zu ihrem Bericht stehen. Würden sie Schauergeschichten über das neue China erzählen, fänden sie sich bereit, von Folterungen und ähnlichem zu berichten, das sie nie erlebt haben, so wäre ihnen Ansehen und Reichtum gewiß. Daß sie sich aber trotz Massenhysterie und gesellschaftlichem Boykott nicht beirren lassen, erfüllt ihre Freunde und, fügen wir hinzu, Tausende von Amerikanern mit Genugtuung und Stolz.

P. Furrer

Erforschung und Nutzbarmachung alt-neuer Energiequellen: Sonne, Wind, Erde, Meere und deren Gezeiten

Die Verfasserin nachstehenden Berichtes, Gertrude Baer, deren lebenslanger Kampf um den Weltfrieden und eine internationale Rechtsordnung einstmals entsprechend gewertet werden mag, hat wiederholt zu obigem Thema Stellung genommen und seine Bedeutung unterstrichen, insbesondere als Alternativlösung des Energieproblems im Hinblick auf die in ihrer ganzen Schwere noch kaum zu überblickenden Gefahren, die selbst die «friedliche Anwendung der Atomenergie» mit sich bringt, – Gefahren, die die jüngste Katastrophe von Windscale wiederum ad oculos demonstriert hat.

Wie Gertrude Baer diese lebenswichtige Angelegenheit anläßlich der 1955 abgehaltenen FAO-Konferenz zur Sprache brachte, wie sie in ihrem die Jahre 1953 bis 1956 umfassenden Bericht und im Kongreß der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Birmingham 1956 ausführlich darüber referierte, so hat sie aufs neue in ihrem Internationalen Brief Nr. 5 vom Oktober 1957, in ihrer Eigenschaft als Permanente Internationale Repräsentantin der IFFF bei der UNO, eine summarische Zusammenfassung des UNO-Dokumentes E/2997 geschrieben und auf die Vorschläge der französischen Regierung und die einschlägige, verdienstvolle, uns alle angehende Aufklärungsarbeit des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO hingewiesen.

Einen der wirklich interessanten Gegenstände, die in der Sommersession des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO zur Behandlung kamen, bildeten die Diskussion und das Material, welche sich auf andere Energiequellen als diejenige des Atoms bezogen.

Fünf Monate nach der 1955 abgehaltenen Konferenz der FAO unterbreitete die französische Regierung der Frühlingssession 1956 des Wirtschafts- und Sozialrats ein einschlägiges Memorandum, und in diesem Jahr wurde über die fünf «neuen» Energiequellen vom Wirtschafts- und Sozialrat in einem Dokument der UNO E/2997 vom Mai 1957 gründlich referiert. Dasselbe trägt den Titel: «Neue Energiequellen und wirtschaftliche Entwicklung.» Vom Wirtschaftskomitee des ECOSOC wurde sogar vorgeschlagen, daß der Generalsekretär der UNO eine 1959 abzuhaltende internationale Konferenz befürworte, um das Wissen über solche «neue» Energiequellen zu erweitern, insbesondere über Wind- und Sonnenenergie. Während sich Kanada, Großbritannien und die Vereinigten Staaten in der Frage einer Konferenz der Stimme enthielten, setzte sich Frankreich – unter Betonung, daß «keine Zeit verloren werden dürfe, um die nationalen Kräfte zu koordinieren» – dafür ein, daß so rasch als irgend möglich Schritte zur Einberufung einer solchen Konferenz unternommen werden sollten. Es war wiederum Frankreich, das, wie bei der FAO-Konferenz 1955, die Führung übernahm. Wir gratulieren der französischen Regierung, dieses Maß von Weitsicht, Initiative und Mut bekundet zu haben. Die Völker der Welt werden ihr eines Tages dankbar sein für ihre Führerschaft.

Unter den Ursachen für das gegenwärtig zunehmende Interesse an

der Ausbeutungsmöglichkeit dieser Energiequellen seien die folgenden erwähnt: Die wachsende Notwendigkeit von Energien in einer Welt, deren fossile Brennmaterialreserven begrenzt sind – wobei insbesondere die Erfordernisse unterentwickelter, von Stromnetzen und Brennmateriallagern entfernter Gebiete in Rechnung gezogen werden müssen –, sowie die neuerdings erzielten vielversprechenden Ergebnisse in bezug auf Erforschung und Entwicklung von Dingen, die zu der Nutzbarmachung der neuen Quellen in Beziehung stehen.

Wir empfehlen angelegentlich, das soeben erwähnte UNO-Dokument E/2997 und anderes erhältliches Material zu studieren. Das zitierte Dokument beschreibt fünf natürliche Energiequellen: Sonnenenergie, Wind, die Energie der Gezeiten, die thermische Energie der Erde und diejenige der Meere. Fünf Spezialisten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens haben grundlegende Arbeiten verfaßt, die auch in einem später zu publizierenden Band erscheinen werden.

Natürlich sind die genannten, bisher nicht gebräuchlichen Energiequellen nicht wirklich neu, mit Ausnahme der thermischen Energie der Meere. Das Adjektiv «neu», angewandt auf Sonnenenergie, Wind, geothermische Energie und diejenige der Gezeiten, bezieht sich mehr auf die in jüngster Zeit für ihre Ausnützung vorgesehenen Methoden als auf die Quellen der Energie als solche.

Sonnenenergie

Die Sonnenstrahlung ist seit langem zum Heizen von Gewächshäusern und zur Salzgewinnung durch Eindampfen von Salzlösungen angewendet worden. Die noch in der Hauptsache im Versuchsstadium befindliche moderne Ausnutzung dieser Energiequelle stellt auf so verschiedenartige Zwecke ab wie Kochen, Heizen und Kühlen von Häusern, Kälteanlagen in tropischem Klima, Erzeugung von elektrischem Strom und Schmelzen von Mineralien in Sonnenöfen.

Ein berühmter Sonnenofen ist schon im Gebrauch. Er wurde als Vorbild in Mont-Louis in den französischen Pyrenäen erbaut. Seine 3500 Spiegel sind so angeordnet, daß sie die Sonnenstrahlen im Brennpunkt einer rund zwölf Meter im Durchmesser repräsentierenden Parabel sammeln. Da auf diese Weise Temperaturen erreicht werden, die beträchtlich über denjenigen in gewöhnlichen Öfen liegen, so dient der Sonnenofen zur Fabrikation von besonderen Arten von Stahl sowohl als von verschiedenen andern wertvollen, hochschmelzenden Metallen, Oxyden und Legierungen. Wie behauptet wird, genügt zum Beispiel das während hundert Betriebstagen erzeugte Zirconiumoxyd, um die Baukosten der Anlage zu decken.

Für den erwähnten Sonnenofen wird angegeben, daß er eine Kapazität von 75 Kilowatt besitzt, und daß der Bau eines andern französischen Sonnenofens mit einer Hitzekapazität entsprechend 1000 Kilowatt geplant sei.

Wissenschaftler schätzen, daß der Betrag an nutzbarer Energie, den kräftige Zugtiere zu liefern vermögen, 750 Kilowattstunden pro Jahr gleichgestellt werden kann. Dies bedeutet, daß der 75 Kilowatt entsprechende Sonnenofen von Mont-Louis in zehn Stunden so viel Arbeit leistet wie ein kräftiges Zugtier in einem Jahr. Und der Sonnenofen braucht nicht mit wertvollem pflanzlichem Futter oder Brennmaterial geheizt zu werden.

Geringer im Aufwand, aber für die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete der Welt vielleicht wichtiger, sind die billigen Kleinformate des französischen Sonnenofens, die zum Kochen verwendet werden. Verschiedene Typen von Sonnenkochern, die weniger als 15 Dollar (etwa 60 Schweizer Franken) kosten, sind in Betrieb. Sie sollten besonders in Dörfern Eingang finden, da sie die Mühe des Brennmaterialsammelns sparen, den Leuten abgewöhnen, Viehdung zu verbrennen, der als Düngmittel verwendet wertvoller wäre, und andere, volkswirtschaftlich ungünstige Verwendung von Brennmaterialien unnötig machen.

Zwei weitere Methoden für die Verwendung der Sonnenkraft werden mitgeteilt. Die eine benutzt die photochemischen Prozesse zum Einfangen und Nutzbarmachen der Sonnenenergie mit Hilfe des pflanzlichen Lebens. Die andere, in geringem Umfang schon experimentell verwendete, betrifft die direkte Umwandlung von Sonnenlicht in elektrische Energie durch photoelektrische Prozesse.

Erwähnenswert ist eine einzigartige zukünftige potentielle Anwendungsart, über welche viel gearbeitet werden dürfte, wenn auch nur wenig Informationen darüber erhältlich sind. Sie liegt im Gebiet der Astronautik oder Raumschiffahrt. «Die solare Krafterzeugung in künstlichen Satelliten besitzt offensichtliche Vorteile; zum Beispiel kann die Verwendbarkeit der Sonnenenergie mit Sicherheit vorausgesagt werden; die Strahlung ist intensiver, und die für die kurze Zeit vorhandene Energiequelle kann die Notwendigkeit ausschalten, nukleares oder sonstiges energiespendendes Material mitzuführen.» (Siehe die inzwischen erfolgte Realisierung dieses Prinzips im Satelliten der russischen Forscher. D. Ü.)

Die Energie des Windes

Windmühlen sind nichts Neues; aber die eleganten, stromlinienförmigen Windmaschinen unserer Zeit zeigen nur geringe Ähnlichkeit mit den plumpen Formen der Vergangenheit. Sie sehen eher wie riesige Flugzeugpropeller aus.

Ein weiterer wichtiger Unterschied besteht darin, daß die Windenergie in früheren Zeiten hauptsächlich als mechanische Kraftquelle für Mühlen und Wasserpumpen verwendet wurde, während die modernen Modelle mehr zur Dienstbarmachung der Windenergie für Elektrizitätserzeugung benutzt werden.

Nach dem Bericht befinden sich elektrische Windmühlen in ver-

schiedenen Ländern im Stadium der industriellen Herstellung oder schon in Betrieb, so unter anderen in Australien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, in der Sowjetunion, in Südafrika und in den Vereinigten Staaten.

Die Energie der Gezeiten

An bestimmten Stellen der Welt kann der Unterschied zwischen Ebbe und Flut 13 bis 17 Meter betragen. An diesen begünstigten Orten kann die enorme mechanische Energie des Steigens und Fallens der Ozeane durch Umwandlung in elektrische Energie genutzt werden.

Neue Ideen und Kombinationen schon vorhandener haben das Interesse für die praktischen Möglichkeiten der Nutzbarmachung der Energie der Gezeiten vermehrt. Wichtig ist die jüngste Entwicklung von «Kolbenturbinen», die imstande sind, in beiden Richtungen der Strömung zu funktionieren und auch als Pumpen zu wirken.

Die Nutzbarmachung der Energie der Gezeiten ist in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern studiert worden. Nach intensiver Forschungsarbeit und der Entwicklung hervorragender neuer technischer Kontributionen ist Frankreich vorangegangen mit dem ersten Gezeitenprojekt in La Rance. Dasselbe wird stufenweise realisiert von 1957 an bis zum Winter 1963, dem Zeitpunkt, in dem der letzte Teil des 342 000 Kilowatt liefernden Werkes voraussichtlich in Betrieb genommen werden kann.

Andere Länder, in denen möglicherweise Gezeitenkraftwerke in Betracht gezogen werden, sind Argentinien, Brasilien, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, die Sowjetunion, Spanien und die Vereinigten Staaten.

Die geothermische Energie

Natürlicher Dampf oder heißes Wasser wird in manchen Teilen der Erdkruste gefunden und kann, wenn in ausreichender Menge und unter genügendem Druck vorhanden, durch Turbinen geleitet werden und so der elektrischen Stromerzeugung dienen.

In einigen Ländern ist die praktische Nutzbarmachung von geothermischer Energie schon verwirklicht. So ist es eine bekannte Tatsache, daß in Island sowohl die Wohnungen eines Viertels der Bevölkerung wie die Gewächshäuser und Schwimmbassins durch natürliches heißes Wasser geheizt werden.

In Italien erreichten zu Ende des Jahres 1954 die geothermischen Kraftanlagen eine Kapazität von 274 000 Kilowatt und ergaben einen jährlichen Nutzeffekt von nahezu 2000 Millionen Kilowattstunden (so viel als der Arbeitsleistung von nahezu drei Millionen Maultieren während eines Jahres entspricht). Eine Verdreifachung der Kapazität und des Nutzeffektes der geothermischen Kraftwerke Italiens ist bis 1965 vorgesehen.

Andere geplante oder in Bau befindliche geothermische Anlagen finden sich im belgischen Kongo, in Chile, Japan, Neuseeland und in den Vereinigten Staaten.

Außer der Anwendung zur Elektrizitätserzeugung und direkt zu Heizzwecken kann die geothermische Energie in den vollkommeneren Installationen in solcher Weise nutzbar gemacht werden, daß wertvolle chemische Nebenprodukte entstehen.

Die thermische Energie der Meere

Die Geschichte dieser Energiequelle, der einzig wirklich neuen unter den fünf im Bericht in Betracht gezogenen, geht auf knapp dreißig Jahre zurück. Ein französischer Ingenieur demonstrierte zuerst die Möglichkeit einer Energieproduktion auf Grund einer geringen Temperaturdifferenz zwischen zwei Wassermassen, und seine Idee wurde einige Jahre später durch von Cuba aus ausgeführte Versuche bestätigt. Angeblich haben während der letzten fünfzehn Jahre intensivierte Bemühungen in Frankreich, die die Prüfung der Teilprobleme auf der ganzen Linie einschlossen, zur Lösung der technischen Fragen geführt.

Die Festlegung und Umwandlung im Seewasser gespeicherter nutzbarer Wärmeenergie repräsentiert eine ingeniöse Anwendung des Prinzips, daß Wärme in mechanische Energie umgewandelt werden kann, wenn zwei Wärmespeicher von ungleicher Temperatur zur Verfügung stehen. Im Fall der thermischen Energie der Meere ist die Temperaturdifferenz relativ gering (nicht mehr als 20 Grad Celsius oder 68 Grad Fahrenheit). Die Niedrigkeit des Temperaturgefälles wird mehr als aufgewogen durch die Wirkungsfähigkeit der zur Verfügung stehenden unbegrenzten Seewassermengen.

Noch ist bisher kein Werk im Betrieb, das auf der Ausnützung der Wärmeenergie der Meere beruht. Es befindet sich jedoch ein solches in Abidjan, an der Elfenbeinküste, in Afrika, in Bau. Dieses Projekt wird eine reine Kapazität an elektrischer Kraft von 7000 Kilowatt besitzen. Zudem könnte dasselbe jeden Tag ungefähr 15 000 Kubikmeter oder ungefähr 18 000 000 Liter Frischwasser produzieren.

Werke zur Nutzung der Wärmeenergie der Meere sind gewöhnlich für den doppelten Zweck bestimmt: Erzeugung von elektrischer Kraft und Gewinnung von Frischwasser. Es ist auch vorgesehen, daß die sehr großen Mengen kalten Wassers, die aus den Tiefen des Ozeans gepumpt werden, nach dem Verlassen des Kraftwerks zu Kühlzwecken in heißem Klima verwendet werden könnten. Beträchtliche Mengen von zur Nahrung brauchbaren Fischen und Plankton dürften mit dem kalten Wasser heraufgepumpt werden, und nachdem ein Teil des Oberflächenwassers im Werk verdunstet ist, kann das übrige in zusätzlichen Anlagen zur Gewinnung von Salz, Magnesium und andern im Meerwasser konzentrierten Chemikalien der solaren Destillation unterworfen werden.

Nach der Mitteilung über die neuen Energiequellen zur Beschaffung von elektrischer Kraft und ihren nichtelektrischen Anwendungen befaßt sich der Bericht mit dem dringenden, wenn auch oft nur zufälligen Charakter tragenden und in geringem Ausmaß bestehenden Energiebedarf der unterentwickelten Gegenden. Er stellt fest: «Obgleich nicht immer identisch, sind die Zwecke, für welche in diesen Gebieten Energie benötigt wird, nicht so verschieden, daß nicht die Bemühungen, was die Forschung und die Entwicklung ihrer Ergebnisse betrifft, leicht auf einige wenige wesentliche Planungen konzentriert werden könnten. Allgemein wäre elektrische Kraft in diesen Gegenden das Wertvollste für die Nahrungsmittelfrischhaltung und die Herstellung der Kommunikationsmittel zwischen isolierten Dörfern. Die primitiven Mittel des Wasserpumpens sind ein Hauptgrund für das Fehlen ausreichender Bewässerung, während in großen dürren und halbdürren Gebieten der Mangel an frischem Wasser den Stein des Anstoßes bildet auf dem Weg zu irgendwelcher vernünftiger Entwicklung in absehbarer Zeit.»

Vom Standpunkt der Hilfe an unterentwickelte Gegenden gesehen, sind die folgenden Forschungsgebiete die dringendsten: Anwendung der Sonnen-, Wind-, geothermischen und Gezeitenenergie für kleine Kühleraggregate; der Sonnenenergie für Zwecke der Telekommunikation sowie zur Abkühlung, zum Wasserpumpen und für Kocher; der solaren und der thermischen Energie der Meere für die Produktion von Frischwasser. Hinzugefügt wird: «Keine dieser Anwendungen stellt in technischer Hinsicht größere Probleme.»

Der Bericht legt Gewicht auf einen systematischen Austausch von Informationen zwischen den Instituten und Organisationen, die sich mit dem Studium und der Anwendung neuer Quellen befassen, auf die Koordinierung der Bemühungen, auf die Beschaffung technischer Hilfe, wo solche benötigt wird, und auf die Verfolgung einschlägiger ökonomischer Studien. Im Hinblick auf diese Tätigkeiten könnten die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen eine nützliche Rolle spielen.

Besondere Erwähnung mögen hier die interessanten Beschlüsse der internationalen Konferenz über Sonnenenergie finden, die 1955 in Phoenix, Arizona, abgehalten wurde und deren Ergebnisse durch die Stanford-Universität in Kalifornien erhältlich sind. Wir haben nunmehr den Punkt erreicht, an dem wichtige Tageszeitungen ausführliche Artikel von Universitätssachverständigen mit Diagrammen und Illustrationen publizieren. Dies zeigt uns das schnelle Tempo der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Ein auskunftsreicher Artikel von A. Mützenberg von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 14. August 1957, Blatt 6, erwähnt eine Liste von Zeitschriften, die Studien über diese Energiequellen enthalten.

Fortschritt in der Sowjetunion Der Augenblick, in dem man übermüdet und halbkrank von einer anstrengenden, durch zahlreiche Widerwärtigkeiten äußerer Art getrübten Reise zurückkommt, scheint schlecht gewählt, um über seine Eindrücke von unterwegs zu berichten. Da es aber höchste Zeit geworden ist, um die Weltrundschau für unser Novemberheft fertigzustellen, und in der übrigen Welt keine besonders vordringlichen Ereignisse der Besprechung rufen, so will ich dennoch versuchen, etwas Ordnung in die Erinnerungen zu bringen, die ich von einem achttägigen Aufenthalt in M o s k a u und L e n i n g r a d nach Hause mitgenommen habe.

Es sei mit der Wiedergabe ä u ß e r e r Eindrücke angefangen, wie sie sich naturgemäß dem fremden Besucher zuallererst aufdrängen. Wenn ich an das Moskau zurückdenke, das ich vor zweieinhalb Jahren zum erstenmal kennenlernte, so muß ich wahrheitsgemäß sagen, daß der seither erfolgte materielle Fortschritt ganz unverkennbar ist. Das ungeheure Wachstum der sowjetischen Hauptstadt setzt sich in einem fast beängstigenden Tempo fort. Neue Quartiere schießen allerorten förmlich aus dem Boden. Wo man beispielsweise im Frühjahr 1955, vom Leninhügel herabschauend, an der Moskwa unten noch eigentliche Armutsviertel sah, da erhebt sich heute das – wie man sagt – größte Stadion Europas (mit rund 120 000 Plätzen), zu dem erst noch die gedeckte Sporthalle desselben mit 15 000 Sitzen kommt. Auch von der Universität auswärts, dem Flughafen zu, sind seither große neue Industrie- und Wohnviertel entstanden, die damals erst in rohen Anfängen zu sehen waren – und ähnliche Feststellungen kann man sozusagen überall, in der Stadt selber wie in ihren Außenbezirken, machen. Noch ist der Wohnungsmangel in den großen Städten ganz allgemein sehr drückend, das ist gar keine Frage; aber es besteht aller Grund, den Versicherungen verantwortlicher Persönlichkeiten zu glauben, daß er im Lauf der nächsten zwölf Jahre so ziemlich verschwinden werde, bemerkt man doch schon jetzt, besonders in der Umgebung von Moskau, neue, recht gefällige Wohnbauten, wie ich auch in einem großen Wohnhotel, das ich von früher her kenne und diesmal wieder in Augenschein nahm, eine freundlichere, einladendere Atmosphäre vorfand, als sie damals noch bestand. Die Straßen sind auffällig sauber gehalten, die Häuser nicht nur in den inneren Stadtteilen ordentlich im Stand und die Menschen, wie mir schien, durchschnittlich besser gekleidet und beschuht als vor zweieinhalb Jahren, soviel Ärmlichkeit, ja Schäbigkeit man noch antrifft. Breite Bevölkerungsschichten haben offenbar ein recht stattliches Geldeinkommen, das bestimmt viel mehr Menschen als bei uns zum Beispiel die Anschaffung von Fernsehapparaten erlaubt; ich sah ein Televisionsgerät sogar in einem einfachen

Bauernhaus und hörte, daß in einer gewissen Arbeitersiedlung jede Wohnung ihre Fernseheinrichtung habe.

Nebensächlichkeiten, Kleinigkeiten – wird man vielleicht sagen und auf die daneben trotzdem verbliebenen argen Rückständigkeiten und Versorgungslücken hinweisen. Die Sowjetunion hat auch unzweifelhaft noch einen weiten Weg zu gehen, bis sie die Lebenshaltung der westeuropäischen Länder oder gar der Ober- und Mittelschichten in den Vereinigten Staaten erreicht haben wird. Aber Isaac Deutscher hat ebenso gewiß recht, wenn er im «New Statesman» (26. Oktober) feststellt, daß die Sowjetunion in einigen entscheidenden Abschnitten ihrer Wirtschaftsfront die Vereinigten Staaten bereits zu überholen im Begriff ist. «Die Kluft zwischen den rückständigen und den vorgeschrittenen Abschnitten ist noch immer gewaltig. Aber man soll sich nicht vorstellen, daß sie nur ganz langsam überbrückt werden könne. Angesichts der Nutzbarmachung der Atomkraft für die Produktion, der Erfassung immer weiterer Industrien durch die Automation, der neuen Möglichkeiten, welche die Elektronen eröffnen, und nicht zum mindesten angesichts einer Überholung der Planungsmaschinerie, die der sozialen Initiative der Werktätigen einen breiteren Spielraum gewährt, mag der künftige Fortschritt der Sowjetunion, falls er nicht durch Krieg oder schwere innenpolitische Störungen behindert wird, viel rascher erfolgen, als man sich das im Westen, ja sogar in der Sowjetunion selbst heute vorstellt . . . Das Erscheinen des russischen ‚Sputnik' über unserem Planeten kündet das nahende Ende der (technischen) Lehrzeit der Sowjets an. Es ist jetzt wahrscheinlich geworden, daß sich der sowjetische Fortschritt in mächtigen Sprüngen vollzieht, und dieses neue Niveau der Technik und des industriellen Wohlstandes wird notwendigerweise sowohl das politische Klima der Sowjetunion selbst wie die Aussichten des internationalen Kommunismus beeinflussen, die beide in den letzten vierzig Jahren entscheidend durch die russische Rückständigkeit bestimmt worden sind.»

Lebenskraft und Zukunftsglaube Mehr als all die Einzelfortschritte der sowjetischen Wirtschaft und Zivilisation hat mich indessen immer und immer wieder die unbezähmbare Lebenskraft und Lebensgläubigkeit des Sowjetvolkes beeindruckt, verbunden mit seiner hohen verstandesmäßigen und künstlerischen Begabung und seiner im ganzen doch noch wenig angetasteten körperlichen und sittlichen Gesundheit. Diese Eigenschaften und Fähigkeiten sind es vor allem, die die erstaunlichen materiellen Fortschritte der Sowjetunion erklären und ihre wachsende Überlegenheit über die westliche Welt verbürgen – um so mehr, als sich die Völker der Sowjetunion dem Sozialismus geöffnet und verschrieben haben, der Gemeinschaftsarbeit und Gemeinschaftskultur also, für die sie ein besonderes Genie haben. Was der Westen als industrielle Revolution und Modernisierung des ganzen Lebens im

Zeichen des Kapitalismus, des hemmungslosen Geldmachens, des Kampfes aller gegen alle fertiggebracht hat und weiterhin erstrebt, das leistet die Sowjetunion im Zeichen der geplanten Zusammenarbeit, der menschlichen Solidarität, der Gerechtigkeit für alle, des Friedens zwischen den Völkern. Man müßte blind und stumpf sein, wenn man bei einem auch noch so kurzen Aufenthalt in der Sowjetunion diese Antriebskräfte nicht fortwährend um sich herum sehen und spüren würde. Man fühlt sich einfach in einen elementaren Kraftstrom eingeschaltet, der hier braust und wirkt, findet sich einem gesellschaftlichen Dynamismus gegenüber, den man vergebens als bloßes barbarisches Massenmenschentum und despotischen Totalismus zu erklären sucht, um ihn als minderwertig und lebensfeindlich zu denunzieren, wie dies eine Lieblingsbeschäftigung unserer westlichen Ganz- und Halbintellektuellen geworden ist. Man kann all diesen «Verteidigern der abendländisch-christlichen Kultur» nur dringend raten, zunächst einmal ganz ruhig die einfachen, offen daliegenden Tatsachen des sowjetischen Lebens zu studieren und dann nicht mit den Augen der gehässigen Feindschaft, sondern der liebevollen Sympathie die Menschen anzusehen, unter die der Besucher der Sowjetunion hineingestellt ist. Mögen sie einmal eine Sowjetschule durchwandern, wie wir es getan haben, oder einen landwirtschaftlichen Kollektivbetrieb in Augenschein nehmen, meinetwegen auch einen typischen industriellen Großbetrieb mustern (ich habe nur einen einzigen, in Leningrad, besichtigen können) – sie werden bei einigermaßen sachlicher Beurteilung immer wieder zu dem Schluß kommen, daß hier eine neue Welt im Werden ist, deren Wachstum und Festigung durch Militärmacht hindern zu wollen reiner Wahnsinn ist. Mögen sie sich – etwa in den Pavillons (besser: Palästen) der Republiken Transkaukasiens, Zentralasiens und Sibiriens, die der riesenhaften ständigen Landwirtschaftsausstellung eingegliedert sind – klarmachen, welche fast übermenschlichen Aufgaben wirtschaftlicher und zivilisatorischer Entwicklung den nächsten Generationen sowjetischer Menschen gestellt sind – und sie werden aufhören, das Regime der Sowjetunion als zum Krieg treibend anzuschwärzen. Das Gegenteil ist ja der Fall: die ganze innere Lage und Aufbauarbeit der Sowjetunion zwingt sie, sozusagen um jeden Preis den äußeren Frieden zu erkaufen, während die Wirtschaft und Politik der kapitalistischen Länder, wie schon seit Jahrhunderten, so auch heute – ja heute mehr als je – zur Gewinnung ausländischer Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Geldanlagegebiete zwingt, also die Ausschaltung der sowjetisch-kommunistischen «Konkurrenz» fordert und zur Aufrechterhaltung militärischer Dauerrüstungen antreibt, ohne die wahrscheinlich die «freie» Wirtschaft schon längst lebensunfähig wäre.

Der Friedenswille des Sowjetvolkes tritt dem westlichen Besucher tatsächlich fast bei jedem Schritt entgegen, und eine Regierung, die diesem Willen nicht dauernd und tatkräftig Ausdruck gäbe, vermöchte sich mit allen Diktatur- und Terrormaßnahmen nicht einmal so lang am Ruder

zu halten, wie das einer durchschnittlichen Ministerclique in Frankreich möglich ist. Gegen diese Tatsache kommt kein westliches Freiheitsgerede, keine Anklage gegen die «Kreml-Despoten» auf. Natürlich ist die Sowjetunion ein Diktatur- und Polizeistaat. Nur müßten wir sehr irren, wenn wir behaupten wollten, es herrsche in den Städten und Dörfern der Sowjetunion irgend so etwas wie eine Furcht- und Terroratmosphäre. Der Eindruck drängt sich einem vielmehr ständig auf, daß grundsätzlich das Volk mit seinem politischen und sozialen Regime durchaus einverstanden ist, daß es genau weiß, was es ihm zu verdanken hat, und daß ihm an einem Sturz der heutigen Machthaber wenig genug gelegen ist. Auch eine Lockerung der Zensur und der übrigen Polizeikontrollen würde daran kaum Wesentliches ändern, so sehr hat sich der Normalrusse daran gewöhnt, die jeweiligen Losungen der Staats- und Parteiführung – auch wenn sie sich im Lauf einiger Jahre völlig widersprechen – als richtig und wahr anzunehmen. Ich würde mich unglücklich fühlen, wenn ich auf die Informationen über den Gang der Welt und die Ereignisse in der Sowjetunion angewiesen wäre, die die «Prawda» (auf deutsch «Wahrheit» . . .) täglich ihren Millionen von Lesern darzubieten für ausreichend findet. Die große Masse dieser Leser merkt hingegen überhaupt nicht, was ihr vorenthalten wird, und rebelliert darum auch gar nicht gegen solche Gängelung, ja Irreführung der öffentlichen Meinung, sonst wäre zum Beispiel ihre Antwort auf die Darstellung des ungarischen Aufstandes gegen die russische Besetzungsmacht ganz anders ausgefallen, als es in Wirklichkeit geschehen ist.

Das ist selbstverständlich ein schwerer Übelstand. Aber ich bleibe dennoch überzeugt, daß die fortschreitende Hebung der Lebenshaltung und die zunehmende Ausbreitung und Vertiefung der Volksbildung auch in der Sowjetunion der politischen Demokratie ebenso unaufhaltsam den Weg bahnen werden, wie sie das in Westeuropa getan haben. Das Regime mag aus Furcht vor «Überbordungen» dem politischen Freiheitsstreben noch so straff die Zügel angelegt sein lassen – die Zeit wird unausweichlich kommen, da sich auch die Sowjetunion in ihrer Art liberalisiert und demokratisiert. Und der ach so entsetzlich freiheitsdurstige Westen hat es ja in der Hand, diesen Vorgang kräftigst zu beschleunigen, wenn er aufhört, die Sowjetunion zu bedrohen und damit Diktatur und Polizeiregime als Notwendigkeiten des äußeren und inneren Staatsschutzes erscheinen zu lassen. Bis dahin genügt es dem Sowjetmenschen, soziale und kulturelle Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu besitzen, wie sie weder seine Vorväter gehabt haben, noch die heutigen Westvölker haben. Die Bewegungsfreiheit, die ein junger Sowjetbürger innerhalb der Grenzen seines riesigen Heimatlandes genießt, und die sich daraus ergebende Bereicherung seines ganzen Lebens ist sicherlich groß genug, um ihn den Mangel politischer Volks- und Persönlichkeitsrechte, wie sie der Westen (wenigstens auf dem Papier) kennt, als recht nebensächlich empfinden

zu lassen. «Er hat vielleicht» – um Paul Distelbarth («Rußland heute») wieder einmal zu zitieren – «eben seine Diplomarbeit an der Technischen Hochschule verteidigt und überlegt nun, wohin er gehen will. Er kann daheim bleiben, und dann ist ihm, wenn er tüchtig ist, ein ehrenvoller Aufstieg und ein bequemes Einkommen in einem der großen Werke sicher. Er kann nach Mittelasien gehen und sich den Arbeiten zur Fruchtbarmachung der Wüsten widmen. Oder nach Ostsibirien, an den Baikalsee, in dessen Nähe ein riesiges Kraftwerk an der Angara, dem wasserreichsten Fluß Sibiriens, errichtet wird. Er wird ohne Mühe Arbeit finden bei dem Aufbau ganz neuer Industrien in diesem Gebiet. Ein Sechstel der Welt steht ihm offen. Er kann auch beantragen, daß man ihn nach China schickt, wo russische Ingenieure den Aufbau der Wirtschaft leiten. Und er sollte sich beengt fühlen? . . . Entscheidend ist, ob man die Bindung, der man sich unterwerfen muß, als drückend empfindet oder nicht, ob einem das, was man darf, wertvoller ist als das, worauf man verzichten muß.»

Nach 40 Jahren Vergegenwärtigt man sich diese ganze Lage des aufstrebenden Sowjetbürgers recht greifbar und lebendig, so versteht man nur zu gut den Stolz der Russen auf die gewaltigen Leistungen ihrer jungen Republik, wie er an den Jubiläumsfeierlichkeiten von Moskau, denen ich beiwohnen durfte, besonders kraftvoll zum Ausdruck gekommen ist. Man mag von Chruschtschew im übrigen halten, was man will – die Tatsachen, die er in seinem großen Bericht vor dem Obersten Sowjet aufgezählt hat, sind kaum zu widerlegen und verdienen auch bei uns die ernsteste Würdigung. Wir vergessen ja nur zu leicht, daß Rußland vor 40 Jahren, am Ende des Ersten Weltkrieges, dem Untergang geweiht schien und ohne die – gewiß sehr brutale – Energie der Bolschewiken wohl hoffnungslos zerfallen wäre. Daß sich aus den Schrecken der Interventions- und Bürgerkriege und dann später aus den unfaßbaren Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges eine Sowjetunion erhoben hat, die in den Rang einer ersten Welt- und Wirtschaftsmacht eingerückt ist, das will mir immer als ein Wunder vorkommen, das in der Geschichte kaum seinesgleichen hat. Im Jahr 1913 erzeugte Rußland – um nur einige besonders eindrückliche Zahlen zu nennen – 4,2 Millionen Tonnen Stahl; 1957 bereits 51 Millionen. Gußeisen stellt die Sowjetunion heute so viel her wie Großbritannien, Frankreich und Belgien zusammen. In der Kohlenförderung nimmt die Sowjetunion den ersten Platz in Europa und den zweiten in der Welt ein, den dritten Platz auch schon in der Erdölproduktion. Von 1913 bis 1957 hat die Erzeugung elektrischen Stromes um mehr als das Zweihundertfache zugenommen. Alle Städte, fast alle Arbeitersiedlungen und mehr als ein Drittel der Kolchosen sind elektrifiziert.

Die industrielle Gesamtproduktion hat sich seit 1913 auf das Dreiunddreißigfache gehoben, die Herstellung von Produktionsmitteln auf

das Vierundsiebzigfache. Würden von den 40 Jahren bisheriger sowjetischer Geschichte nicht fast zwanzig auf Kriege und Wiederaufbau entfallen, so wäre die Steigerung noch viel größer. Die Hoffnung der sowjetischen Führer, in absehbarer Zeit die Vereinigten Staaten in bezug auf die industrielle Arbeitsleistung pro Kopf der Bevölkerung einholen zu können, scheint jedenfalls nicht unbegründet zu sein. Was aber die Landwirtschaft betrifft, die immer noch die schwächste Seite der sowjetischen Gesamtökonomie darstellt, so ist die Sowjetunion schon heute das ertragreichste Agrarland der Welt. Alle sowjetischen Bauern sind in Kolchosen vereinigt, deren Zahl sich auf etwa 80 000 beläuft. Daneben bestehen 5800 Sowchosen, also vollsozialisierte landwirtschaftliche Großbetriebe, die einen Viertel des bebauten Bodens umfassen. Trotz dem verhältnismäßigen Rückgang der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung hat sich die Marktproduktion von Getreide seit 1913 verdreifacht, diejenige von Rohbaumwolle, Sonnenblumen und Gemüse versechsfacht, diejenige von Zuckerrüben und Kartoffeln fast verdreifacht. 1957 umfaßte die angesäte Bodenfläche rund 193 Millionen Hektaren, 75 Millionen mehr als 1913. Fast die Hälfte dieses Zuwachses – 36 Millionen – wurde in den letzten vier Jahren erreicht. Ähnliche Fortschritte erzeigt die Viehzucht. Noch im Oktober 1953 übertraf der Bestand an großem Hornvieh erst um 4,6 Millionen Haupt den Bestand vor der Revolution; in den folgenden drei Jahren wuchs er um volle 7,4 Millionen an und überstieg den vorrevolutionären Bestand um 12 Millionen. Entsprechend vermehrt hat sich auch die Erzeugung von Fleisch, Milch, Wolle usw.

So ist denn auch das Volkseinkommen seit 1913 um das Dreizehnfache je Kopf der Bevölkerung gestiegen. Die Lebenshaltung hat sich trotz all den schweren Hemmungen, die die Entwicklung der Schwerindustrie und der Produktionsmittelerzeugung wie namentlich die vielen Kriegsjahre mit sich brachten, in den letzten zwölf Jahren wesentlich gehoben. Von Arbeitslosigkeit ist keine Rede, wohl aber von Mangel an Arbeitskräften, obschon die Zahl der Arbeiter und Angestellten von 12,9 Millionen im Jahre 1913 auf 52,6 Millionen im laufenden Jahr gestiegen ist, also sich mehr als vervierfacht hat.

Von der Ausdehnung der Volksbildung – die nicht nur eine solche in die Breite, sondern auch in die Tiefe ist – sei hier ebenso geschwiegen wie vom Hochstand der sowjetischen Musik- und Theaterkultur, an deren Darbietungen wir uns in Moskau wie in Leningrad fast jeden Abend erfreuen durften.

Ausstrahlungen und Gefahren Wer wundert sich noch, daß angesichts der Leistungen der Sowjetunion in den ersten vier Jahrzehnten ihres Daseins die unterentwickelten Völker, Rassen und Klassen der ganzen Welt mit Hoffnung und Sehnsucht auf das «sowjetische Vorbild» schauen? Die Huldigung der Dutzende von Delegationen aus aller Herren Ländern, die in

Moskau erschienen waren, an die Sowjetunion war weit echter und herzlicher, als unsere gehässig-hämischen Kommentatoren im Westen wahrhaben wollen. Man muß mit diesen Menschen – überwiegend keine Kommunisten – täglich verkehrt haben, um ihre dankbar-erwartungsvollen Gefühle und Gedanken würdigen zu können. Was Deutscher in dem bereits erwähnten Aufsatz feststellt, gilt nicht nur für die außerrussischen Kommunisten und nicht nur für die rein technischen Leistungen der Sowjetunion, sondern für ihre wirtschaftlich-kulturellen Errungenschaften ganz allgemein: «Die dramatische Bekundung der neuen technischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion trägt dazu bei, ihre Führerstellung im kommunistischen Lager wieder aufzurichten, gerade nachdem diese Führerstellung moralisch erschüttert worden war. Die Botschaft des Satelliten an alle kommunistischen Parteien ist, daß in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Lage für sie eine ganz andere sein mag als in der ersten Hälfte; daß die Periode, in der ihre Sache durch die Armut, Rückständigkeit und Unterdrückungspolitik des ersten Arbeiterstaates in Verruf gebracht oder mindestens gehemmt wurde, nunmehr ihrem Ende zugeht; und daß sie eine Zeit erwarten dürfen, da die Anziehungskraft des Kommunismus durch den Wohlstand und den technischen Fortschritt der Sowjetunion ebensosehr erhöht werden mag, wie in unseren Tagen die Anziehungskraft der bürgerlichen Demokratie durch den Umstand erhöht wurde, daß sie die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten hinter sich hatte.»

Nichts ist deshalb dümmer, als immer wieder von verächtlichen Kniebeugen der Moskauwallfahrer vor ihren Herren im Kreml zu schwatzen und den «cordon sanitaire» des «freien» Westens gegenüber dem «versklavten» Osten aufrechtzuerhalten. Damit manöveriert man sich nur gründlichst aus der lebendigen Gestaltung der kommenden Welt heraus und liefert sich vollends rettungslos jener geistigen Adernverkalkung und Herzverfettung aus, die für ein gewisses modernes Schweizertum so kennzeichnend ist. Vorurteilslose Offenheit gegenüber der gewaltigen Umwälzung, die jetzt in der Sowjetunion wie im ganzen östlichen und südlichen Kulturkreis im Gang ist, ist eine erste Bedingung für unser eigenes gesundes Weiterleben und für all unsere Erneuerungsbestrebungen, vor allem auf dem gesellschaftlichen und sittlich-religiösen Gebiet. Das heißt keineswegs kritiklose Verhimmelung dessen, was jetzt im kommunistischen Drittel der Welt geschieht. Gerade auch dieser Besuch in der Sowjetunion hat mich immer wieder vor die Frage gestellt, wie eine d a u e r h a f t e Neugestaltung des Volkslebens und der gesellschaftlichen Einrichtungen im Geiste der Gerechtigkeit und Menschenwürde möglich sein soll, wenn der unendliche Wert des Menschen als des höchsten Geschöpfes Gottes verneint und die Bruderschaft der Menschen und Völker auf dem Grund einer rein diesseitig ausgerichteten, naturalistischen Lebensauffassung verwirklicht werden soll. Ich denke in diesen Dingen gewiß nicht kleinlich, engherzig oder dogmatisch. Alles in allem genommen steht der «gott-

lose» Osten dem Reich Gottes viel näher als der «christliche» Westen mit seiner Verlogenheit, seiner Sittenverderbnis, seiner Geld- und Genußgier, seiner glaubenslosen Militärvergötzung. Aber daß auch in der Sowjetunion mit Technik, Naturwissenschaften, Militärwesen und Produktionskraft ein richtiger Götzendienst getrieben wird, steht für mich gänzlich außer Frage. Wo Gott abgelehnt wird, da erzwingen sich eben die Götzen Anerkennung und Gehorsam.

Man ist sich dieser Sachlage in der Sowjetunion – begreiflicherweise – noch in keiner Weise bewußt; man huldigt noch immer dem naiven materialistischen Fortschrittsglauben, der im neunzehnten Jahrhundert auch Westeuropa und Amerika berauschte. Aber die Zeit wird unweigerlich kommen, da sich die jetzt in der Sowjetgesellschaft wirkenden revolutionären Antriebskräfte abgenützt, ja erschöpft haben werden und neue, tiefere und dauerhaftere Kräfte die sozialistische Ordnung werden zusammenbinden und lebendig erhalten müssen. Was dann, wenn diese Kräfte nicht da sind oder mindestens nicht rechtzeitig erweckt und nutzbar gemacht wurden? Wird dann die Sowjetunion und mit ihr die übrige kommunistische Welt einfach «amerikanisiert», entseelt und im eigentlichen Sinn entmenscht werden? Oder werden jene tieferen, letztlich aus der Botschaft und dem Beispiel Jesu stammenden Kräfte, die unbewußt und äußerlich verleugnet auch im Kommunismus wie im älteren Marxismus wirken, nun bewußt hervortreten und neues Leben schaffen können?

«Spätere Sorgen!» wird man mir wohl erwidern. Vielleicht. Sei man sich aber auf jeden Fall im klaren darüber, daß mindestens auf einem Lebensgebiet auch für die Sowjetunion eine Entscheidung aus dem Geist einer anderen als der materialistischen Weltanschauung schon heute nötig ist: in der Frage von Krieg und Frieden nämlich. Es nützt gar nichts, wenn uns die Russen und ihre kommunistischen Freunde immer wieder erzählen, daß all die Leistungen, die die Sowjetunion in diesen 40 Jahren vollbracht, unmöglich gewesen wären, wenn sie sich nicht mit Hörnern und Klauen gegen die toddrohenden Angriffe der kapitalistischen Welt so erfolgreich verteidigt hätte. Daran mag wahr sein, soviel will; aber es genügt nun eben einfach nicht mehr, es immer und immer zu wiederholen und fröhlich – oder grimmig – weiterzurüsten, bis nach jener uralten Lehre der Gegner so eingeschüchtert sei, daß er nie mehr an Krieg denke. Ich weiß nicht, wie vielen Zuschauern bei der Militärparade vom 7. November auf dem Roten Platz gleich mir innerlich das Bild des Weltuntergangs aufgestiegen ist, der die Folge einer ungehemmten Fortsetzung des atomaren Wettrüstens sein müßte. Tatsache ist jedenfalls, daß in der Sowjetunion der Glaube an die abschreckende Macht der Drohung mit Panzern, Raketen und Fernbombern so groß ist wie im Westen und daß man auch hier die Verantwortung für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen immer nur dem Gegner zuschiebt. Wenn man auch vielleicht die Gefahren des Wettrüstens nicht gering schätzt, so

schätzt man doch die Gefahr einer Abrüstung aus eigenem, freiem Willen unendlich höher ein, während es für mich feststeht, daß keine Gefahr größer sein kann als diejenige einer allzerstörenden Katastrophe, die aus einem Fortgang des Wettrüstens droht. Auch die Sowjetunion kann sich darum der Verantwortung für die Folgen dieses Wettrüstens nicht entziehen. Sie wird mitschuldig werden, wenn daraus der gefürchtete neue Krieg hervorbricht. Und sie würde den erstaunlichen Leistungen, die sie in Krieg und Frieden bisher vollbracht hat, die Krone aufsetzen, wenn sie allen Risiken zum Trotz in großem, kühnem Entschluß von sich aus einen so entscheidenden Schritt auf die Abrüstung hin täte, daß dessen Ehrlichkeit auch vom Gegner nicht mehr bezweifelt werden könnte, sondern – nachgemacht werden müßte.

Phantasien? Nein, ernstestes Wirklichkeitsdenken. Die Weltlage nicht nur und die Notwendigkeit, durch Beseitigung der Kriegsgefahr das Gelingen des sowjetischen Revolutionswerkes zu sichern, sollte die Führer der Sowjetunion zum Verzicht auf die Fortsetzung des Wettrüstens zwingen, sondern auch die Rücksicht auf die innerpolitische Lage ihres Landes. Solange die internationale Hochspannung anhält, die durch die militärische Aufrüstung immerzu gesteigert wird, werden der Liberalisierung und Demokratisierung der Sowjetunion nur endlose Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ja, die Gefahr ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß in einer Notzeit die Rettung der Sowjetunion in einer förmlichen Militärdiktatur gesucht wird. Es kam wirklich nicht von ungefähr, daß Chruschtschew und seine Anhänger kürzlich den Marschall und Wehrminister Schukow absetzen und ungefährlich machen mußten. Noch ist eben die Sowjetunion weit davon entfernt, eine standfeste Regierungsmacht zu haben. Wohl ist es der Gruppe Chruschtschew gelungen, der stalinistischen Bürokratie einen wohl tödlichen Schlag zu versetzen – dieser Bürokratie, die sich zwar mit Hilfe der Geheimpolizei als monopolistische Staatsmacht etabliert hatte, die aber mehr und mehr ein Hindernis für die fortschrittliche Entwicklung der Sowjetunion und den Erfolg ihrer Friedenspolitik geworden war. Allein «die Partei», in deren Namen die Reformer handelten, besitzt weder die innere Kraft und Einheitlichkeit noch die äußere Autorität, um die widerstreitenden Gruppeninteressen, die im Schoße der Sowjetgesellschaft tätig sind, zusammenzufassen und zum gemeinen Wohl nutzbar zu machen. Um so stärker ist die Stellung der Armee, die eine verhältnismäßig geschlossene Interessengruppe geworden ist und auf jeden Fall die Machtmittel hätte, um ihren Willen gegen alle Widerstände durchzusetzen. Die Entfernung Schukows hat diese Konkurrenz vorderhand ausgeschaltet; aber wer garantiert dafür, daß sie nicht über kurz oder lang Revanche nimmt und dennoch das Staatsruder ergreift?

Ich glaube, Paul Sweezy schildert in der Neuyorker «Monthly Review» (Oktoberheft) die Lage durchaus zutreffend, wenn er schreibt: «Chruschtschew und die ihm Gleichgesinnten in der Sowjetregierung

nehmen zweifellos an, sie hätten durch die Abschaffung des Terrors die bedeutendste überhaupt mögliche Reform im sowjetischen Regierungssystem zustande gebracht, und darin haben sie auch recht. Was sie aber anscheinend nicht verstanden haben, das ist, daß sie hierbei nicht stehenbleiben können. Der Terror war ein wesentlicher Bestandteil des Systems; er hielt die anderen Bestandteile im Gleichgewicht, und ohne ihn beginnt das System offensichtlich auseinanderzufallen. Entweder wird irgendeine andere autoritäre Macht eingreifen und seine Stelle einnehmen müssen, oder das System wird gründlich überholt und ein neues Verhältnis zwischen Regierung und Volk hergestellt werden müssen. Die Ereignisse entwickeln sich in der ersten Richtung; das Endziel ist ein Militärregime. Die große Frage ist darum, ob sich die zivile Führung der Kommunistischen Partei rechtzeitig darüber klarwird, was da vor sich geht, und Schritte tut, um ihre Herrschaft zu demokratisieren.»

Klar sind sich die kommunistischen Führer offenbar schon, wohin die Reise zu gehen droht – das beweist der Sturz Schukows —, aber folgerichtig i h r e n Weg fortzusetzen und eine Demokratisierung des Regimes durchzuführen, die aus dem Volke selbst heraus die notwendige Ordnungskraft erwachsen ließe, dazu fehlt ihnen bisher die Einsicht ebenso wie der Mut, nicht zuletzt wegen ihres blinden Glaubens an das Recht einer militärischen Gewalt, die ihnen und ihren besten Bestrebungen selbst zum Verhängnis zu werden droht. So bleiben trotz all dem Leuchtenden und Verheißungsvollen, das die heutige Sowjetunion verkörpert, doch schwere Schatten auf ihrem Bilde liegen. Und ich bin von den Feiern zur Erinnerung an den «glorreichen Oktober» mit dem heißen Wunsche zurückgekehrt, ein neuer Durchbruch bester revolutionärer Kräfte in ihrem Schoß möge die Sowjetunion auf den Weg führen, der ihr selbst wie den andern Völkern wirklich und dauernd zum Heile gereicht.

20. November *Hugo Kramer*

Neues Denken nötig

Charakteristisch für die Geschichte der Gegenwart ist der Mangel an vernünftiger Überlegung, ein Mangel, wie er noch in keiner Epoche der Vergangenheit so in Erscheinung getreten ist. Die Historiker der Zukunft werden unsere Geschichte gründlich untersuchen und daran ihre Gelehrsamkeit und ihre Freiheit von Vorurteilen erweisen. Doch für alle Zukunft wird es nur eine Erklärung geben, wie sie schon jetzt feststeht, daß wir nämlich in einer Zivilisation zu leben und sie fortzuführen suchten, die von keinem sittlichen Prinzip getragen ist.

Albert Schweitzer

Dürfen wir Weihnachten feiern?

In ihm ist Leben, und das Leben war Licht der Menschen. Und das Licht scheinet in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht ergriffen.
Evang. Joh. 1, 4—5

Dürfen wir Weihnachten feiern? Diese Frage, die uns seit 1914 alle die Jahre her mehr oder weniger beunruhigt hat, wenn der Christtag wieder nahte, macht uns dieses Jahr stärker als je zu schaffen, gewiß nicht nur dem, der dies schreibt, sondern vielen, sehr vielen. Dürfen wir Weihnachten feiern, den Eintritt der Liebe Gottes und des Friedens Gottes in unsere Welt, in einem Augenblick, wo diese Welt, und zwar auch die christliche Welt, und vor allem sie, von Liebe und Frieden weniger weiß als je, weniger, möchte man fast meinen, als jene Welt vor zweitausend Jahren, die zuerst diese Botschaft gehört hat, ja die von Liebe und Frieden immer entschiedener nichts wissen w i l l, sondern bloß von Gewalt und heiligem Haß, die zu einem nicht unbedeutenden Teil auch Christus sich nur noch als «heldischen» Kämpfer gefallen lassen will und das Wort: «Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert» am liebsten wörtlich nimmt? Dürfen wir Weihnachten feiern in einer Welt, die vor allem e i n großes Anliegen hat: in fieberhafter Anstrengung und mit höllischer Erfindsamkeit neue Mordwaffen zu rüsten, die das Budget für die Armen, die Hungernden, die Kranken, die Arbeitslosen mit geizigen Augen betrachtet, bereit, es zu verkleinern, aber berauscht und betäubt Ja schreit, sobald das Militärbudget dran kommt? Dürfen wir Weihnachten feiern, wenn wir wissen, wie dieses Weihnachten von der Masse gefeiert wird: daß es nicht nur ein Hauptgegenstand abstoßender geschäftlicher Spekulation geworden ist und dazu schwerer geschäftlicher Überanstrengung, die gerade auf das Fest der Fröhlichkeit hin bei Zahllosen bloß eine tiefe Erschöpfung übrig läßt; daß es nicht nur einem wüsten Materialismus des kostspieligen und prunkenden Geschenkes, des Essens, Trinkens, Festefeierns und so fort verfallen ist, sondern daß, was noch viel schlimmer ist, aber damit zusammenhängt, Zahllose das Fest feiern, denen sein Inhalt völlig fremd und gleichgültig ist, die darüber lachten, wenn er ihnen unabhängig von dieser ihn verdeckenden weltlichen Hülle entgegenträte, Menschen, die in heilige Empörung ausbrechen, wenn zu andern Zeiten ein Prediger ernsthaft das Evangelium der Liebe, des Friedens, des Geistes verkündigt, den Glauben an Gott, die Ehre Gottes in der Höhe allein zur Richtschnur alles Handelns, auch des politischen, machen will, oder wenn gar einer der Zuhörer oder Schüler eines solchen Pfarrers oder ein Leser des Neuen Testamentes naiv genug ist, dieser Verkündigung Glauben zu schenken, indem er sich etwa weigert, sich für das Töten seiner Mitmenschen, seiner Brüder, der Kinder des gleichen Vaters, verwenden und ausbilden zu lassen, die dann sofort von Schwärmerei reden und mit dem Strafrecht, dem Entzug der bürgerlichen Ehren-

rechte, der Entlassung oder Absetzung zur Hand sind? Dürfen wir, das alles wissend, solch einen frommen Schwindel noch länger mitmachen? Müssen, wenn wir das alles wissen, nicht die Kerzen des Weihnachtsbaumes vor unserem geistigen Auge erlöschen und der Weihnachtsbaum, der Baum des Kindes, zu einer Kinderei, und zwar zu einer hohnvollen, werden? Können wir nicht schließlich die Kommunisten begreifen, die zur offenen Verhöhnung dieses Schwindels fortschreiten? Sind diese nicht immerhin noch frömmer, Christus und dem Sinn des Christfestes noch näher als alle die Weihnachten feiernden, prunkende Christbäume anzündenden, Weihnachtslieder singenden oder auch Champagner trinkenden offiziellen Christen – frömmer und Christus näher jedenfalls auch als jene der Welt und ihren Gewalten willfährigen Schriftgelehrten, die ihren frommen Weltkindern und weltlichen Gotteskindern das Gewissen damit beruhigen, daß sie verächtlich von denen reden, die das Evangelium mit den «Ideen von 1789» verwechselten und wähnten, es sei mit dem «Friede auf Erden» auch das Aufhören des Krieges, der Friede unter den Völkern, den Menschen untereinander, gemeint, es sei «Humanität» und dergleichen gemeint, während doch nur der Friede mit G o t t gemeint sei, der in der Vergebung der Sünden bestehe – als ob es einen solchen Frieden mit Gott geben könnte, der nicht sofort Friede mit den Menschen würde; als ob «Menschen des Wohlgefallens» Mordwaffen gegeneinander rüsten könnten; als ob man «Gott in der Höhe» ehren könnte, wenn man ihn nicht in seinen Menschenkindern und all seinen Geschöpfen heilig hält! Kurz: spiegelt sich nicht gerade in diesem Weihnachtsfeiern die ganze Verweltlichung und Entartung der Sache Christi unter den Menschen und ihr ganzer Abfall von sich selbst?

Dürfen wir das noch länger mitmachen? Dürfen wir noch Weihnachten feiern?

Lieber Leser! Ich kann es keinem übel nehmen, wenn er «Nein» sagt. Sicher ist es eine ernsthafte Frage, ob es angeht, einfach so weiter Weihnachten zu feiern, sozusagen um jeden Preis, wie immer es auch in der Welt aussieht und wie immer besonders die Christen es treiben. Muß das nicht das Heilige entwerten, aus der Paradoxie eine seelenlose Gewohnheit machen? Es hat dem Schreibenden einen großen Eindruck gemacht, als er in den Briefen von Gustav Landauer las, daß dieser während der Kriegsjahre, zum Protest gegen den Krieg, keinen Christbaum anzünden ließ. Er, der Jude, feierte offenbar sonst mit seiner Familie das Christfest und durfte es tun, eher als zahllose Christen, und er, der Jude, war es, der zum Protest gegen den Krieg *nicht* den Christbaum anzündete, weil er das Fest nicht entwerten, Christus nicht leicht nehmen wollte. Sollten wir uns dadurch nicht beschämen lassen und ein Gleiches tun? Sollte nicht ein Weihnachtsstreik einen guten Sinn haben? Brächte das nicht die Welt besser zum Aufhorchen auf Christus als die schönsten Weihnachtspredigten und Weihnachtsartikel? Wäre ein solcher Streik nicht Aufgabe von Kirchen, die Chri-

stus und sich selbst ernst nähmen? Wirkte er nicht mehr als ein sogenannter Friedenssonntag?

Und trotzdem – ich kann auch einen guten Sinn darin finden, daß wir Weihnachten feiern und daß überhaupt Weihnachten gefeiert wird, sogar auch so wie jetzt. Denn ist nicht auch so diese Tatsache ein Gericht über die Welt, ein Gericht über jene Mächte, die Weihnachten Hohn sprechen? Denn indem sie es feiern, müssen sie ihm doch huldigen. Sie müssen doch, trotz den Theologen, die Liebe und den Frieden als oberste Macht anerkennen, und sei's auch nur einige Tage lang. In diesem Licht sind die Kanonen, die Tanks, die Flugzeuge mit den Brandbomben und dem Giftgas gerichtet. Und wenn man sie auch als Spielzeug unter den Christbaum legt, so sind sie erst recht gerichtet. Das Licht richtet. Das «Friede auf Erden» – das verhöhnte, das als Schwärmerei belächelte, einmal gilt es als höchste Wahrheit und Wirklichkeit. Einmal muß es alle Welt glauben. Und darum bleibt es die Unruhe der Welt, ihr schlechtes Gewissen. Das hörte auf, wenn wir das Weihnachtslicht auslöschten. Es bleibt die Verheißung. Auch für uns. Auch wir können in diesem Lichte wieder glauben, was uns sonst manchmal auch schwer fallen will: daß wirklich die Liebe siegen werde über die Gewalt, daß wirklich Friede werden könne und solle auf Erden. Die Paradoxie wird in diesem Lichte zur Selbstverständlichkeit. Weihnachten wird Gericht und Verheißung – nein, es wird schon Erfüllung. Gottes Fülle ist mit dem Kinde in der Krippe schon da.

Das aber kann durch die Verderbnis der Weihnachtsfeier nicht ausgelöscht werden. Denn die Weihnachtswahrheit ist stärker als die Menschen und ihr verkehrtes Tun. Es ist gut, in diesem Zusammenhang an das feierlich große und zugleich durchdringend scharfe Wort des Johannesevangeliums zu denken: «Und das Licht scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht ergriffen.» So heißt es ja, nicht «begriffen». Es ist gemeint: «Der Finsternis ist es nicht gelungen, sich dieses Lichtes zu bemächtigen.» Das gilt ohne Zweifel auch von der Weihnachtsfeier. Das Licht, das in sie hineinleuchtet, es kann durch allen Weihnachtsrummel, allen Weihnachtsmaterialismus, alle Weihnachtslüge, auch die religiöse und theologische, nicht «ergriffen» werden. Es behauptet sich. Es behält seine richtende und verheißende Kraft. Es zeigt, daß es die Wahrheit ist, und das kann nicht ganz vergessen werden. Und wenn es auch einigen von denen, die rein gewohnheitsmäßig oder rein weltlich feiern, vielleicht ohne daß sie sich dessen ganz bewußt sind, etwas mitteilt, das ihnen sonst nicht zugänglich gewesen wäre, wollen wir es ihnen nicht gönnen? Muß das bei ihnen ganz verloren sein? Es zerbricht aber auch immer wieder alle Gewohnheit und Verweltlichung, wird immer wieder zur heiligen Paradoxie und zur Umwälzung der Welt.

Es hat auch bisher nicht vergeblich in der Welt geleuchtet. Die Geschichte der neunzehnhundert Jahre, seit es in der Welt leuchtet, ist

eben doch ein fortschreitender Sieg dieses Lichtes, ein Vorrücken dieses Lichtes in der Welt. Es hat hineingeleuchtet in die Finsternis des Schicksalsglaubens, nach welchem alle irdische Ordnung und mit ihr alle Not, alles Unrecht, alle Gewalt göttliche Weltordnung, heiliges Verhängnis war, und hat angezündet das Christuslicht des Glaubens an den lebendigen Gott, der diese Ordnungen zerbrechen und sein Reich der Gerechtigkeit, der Güte und des Friedens, das Reich des Vaters, des Kindes und des Bruders, das Reich des Menschen, aufrichten will. Es hat hineingeleuchtet in die Finsternis der Sklaverei, der Entwürdigung der Frau, der Armut, der Krankheit, der Verstümmelung, des Lasters, der Entmenschung jeder Art, immer wieder, immer aufs neue, und gerade auf dieser Linie ist die Geschichte dieser zweitausend Jahre ein besonders wunderbares Vorrücken des Lichtes. Nie aber hat die Finsternis es «ergriffen», weder die weltliche noch die geistliche. Es brach durch jeden Versuch, auch den raffiniertesten, sich seiner zu bemächtigen. Es beweist sich als Gottes Licht, als Gott selbst, als Gottes Macht, Gottes Gericht, Gottes Verheißung – des Gottes, der, indem er zu den Menschen geht, ja selbst Mensch wird, Kind wird, Bruder wird, doch in der «Höhe» bleibt. Und alle diese Siege des Lichtes drängen zuletzt auf den einen Sieg hin. Daß mit den Siegen des Lichtes auch die Finsternisse sich steigern, gehört zu der Paradoxie dieser Geschichte. Von Anfang an war die Größe der Finsternis ein Maßstab für die Größe der Siegesverheißung für das Licht. Aus der Tiefe der damaligen Weltnacht ist es hervorgebrochen, aus der Tiefe der heutigen wird es neu hervorbrechen. Der Weihnachtsbaum ist – bildlich geredet – nicht umsonst angezündet worden all diese zweitausend Jahre.

Sie haben es nicht ergriffen, wohl aber hat es sie ergriffen, ob sie wollten oder nicht. Heute aber – oder irre ich mich? – geht wieder ein Beben durch die Seelen, daß sie, mitten im üblichen Weihnachtenwesen, dieses Licht wieder ernster nehmen müssen. Es fängt, in der Finsternis dieser Weltzeit, wieder an, die Gemüter zu beunruhigen. Das Weihnachtslicht verliert doch nun seine Selbstverständlichkeit und wird wieder zur Paradoxie. Man kann ihm nicht mehr so obenhin glauben, und das ist der Beginn eines ernsthaften Glaubens. Ja, wir erleben etwas Seltsames, etwas Großes, etwas, was uns lange fremd war: Es wird wieder verfolgt. Mitten in der Christenheit wird es verfolgt. Man möchte es «ergreifen», sei's, um es zu ersticken, sei's, um es zu benutzen. Der Staat, der alte Herodes, möchte es ergreifen, und die Schriftgelehrten helfen ihm dabei, wie von Anfang an. Aber damit hebt es sich gerade wieder in die Höhe und wird zum Wunder Gottes; damit wird es erst recht lebendig und wird die rettende Kraft Gottes unter uns. Es scheint diesem Lichte eingestiftet, daß es in dem Maße wirksam wird, als es Anfechtung, ja Verfolgung erfährt. Erfahren wir nicht heute, um nur dies eine Beispiel zu nennen, daß das Hakenkreuz, im Begriffe, das Kreuz auf Golgatha zu verdrängen, diesem eine ganz

neue Bedeutung, Kraft und Lebendigkeit gibt? Es wird in jedem von uns in dem Maße stärker, als wir dafür arbeiten, dafür etwas einsetzen, dafür angefochten, ja verfolgt werden. Und nur in dem Maße, als wir, die wir uns zu diesem Licht bekennen, dies so tun, daß es wieder Wirklichkeit, Tat, Leben und damit von selbst wieder Paradoxie, Wunder, ja Ärgernis wird (wenn dies sein muß), kann es wieder allgemeinen Glauben finden, kann der Glaube wachsen, daß doch dieser Macht die Welt gehöre, daß die Liebe siege und der Friede.

Zünden wir diesen Weihnachtsbaum an – es ist das Größte, was wir für die Welt tun können.

Feiern wir Weihnachten, und wär's gerade zum Proteste gegen die heutige Welt. Wir können heute protestieren, indem wir Weihnachten feiern. Zünden wir den Weihnachtsbaum getrost an – trotz allem.

Ich meine das nicht wörtlich. Wer die äußere Feier, zum Protest, unterlassen will, ich tadle ihn nicht, bewundere ihn vielleicht. Aber Weihnachten feiern im Geiste, im tieferen Sinne; in dieses Licht schauen, das zu uns gekommen ist und in der Finsternis scheint, und daran wieder der Liebe Gottes gewiß werden, der Liebe Gottes, welche mit ihrem Ratschluß die Welt umfaßt, aber auch unser eigenes armes Leben trägt; dieser Liebe, die alle Schuld vergibt, die von allem Verderben erlöst, in meinem Leben und im Leben der Welt; dieser Liebe, die als heilige Allmacht alle Mächte des Bösen niederwirft; dieser Liebe, die in Christus Mensch geworden, aus «Wort» «Fleisch» geworden, «Licht» und «Leben» der Menschen geworden ist – das dürfen wir, wollen wir, sollen wir – jetzt mehr als je! Und in ihrem Siege froh werden! *Leonhard Ragaz* (1933)

„Kierkegaard — Deuter unserer Existenz"

Anmerkungen zu einem neuen Buche

Knapp vor dem Ende seines Lebens mußte Kierkegaard – er lebte von 1813 bis 1855 – zu seinem Schrecken erkennen, daß er mit dem offiziellen Christentum nichts mehr gemein hatte. Bis dahin war es ihm immer wieder Bedürfnis gewesen, in den Kirchen der dänischen Landeskirche, wenn auch nur gastweise, zu predigen und deren Haupt, den greisen Bischof Mynster, als einen Verkünder christlicher Wahrheit zu verehren. Nun, da alle die leidenschaftlichen Versuche seiner Schriften, die Kirche zu einer Stellungnahme für oder gegen ihn zu bewegen, sich als erfolglos erwiesen, kam die bittere Gewißheit über ihn, daß sein Gott und der Gott der Kirche nichts mehr miteinander zu tun hatten. Wie aber? Wenn der Gott Mynsters und der Frommen und sein Gott nicht mehr derselbe war, mußte dann nicht einer davon ein Ungott, ein Götze sein? Und welcher? Das Verwirrende

dabei war: auch Mynsters Frömmigkeit war existentiell, auch die Kirche betete. An diesem Abgrund angelangt, fand Kierkegaard sich nicht mehr im Besitze der Kraft, die hier neu vor ihm sich auftürmende Problematik zu bewältigen: er stürzte sich in den Wirbel eines blinden Kampfes gegen die Kirche, die er der Heuchelei, der Schauspielerei, der Falschmünzerei bezichtigte. Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Mitten darin brach er zusammen, der Zweiundvierzigjährige war am Ende.

Dieser Abschluß eines Lebens scheint zu seinem Anfang und zu seinem Höhepunkt in greller Dissonanz zu stehen. Kierkegaards ursprünglicher Kampf galt ja einem ganz anderen Gegner als der Kirche. Er galt der Modephilosophie seiner Zeit, dem Hegelianismus. Hegel hatte den transzendenten Gott entthront und die Idee an seine Stelle gesetzt. Die Dialektik maßte sich an, dem Gange der Idee durch alle Phasen ihrer geschichtlichen Entfaltung zuzuschauen und damit die Welträtsel zu lösen. Von diesem Triumphe des Logos bis zur Nützlichkeitslehre des Positivismus mit seiner Devise «Savoir pour prévoir» schien nur noch ein kleiner Schritt zu sein. Kierkegaard sah ihn und erschrak. Ihm ging es um Gott, und zwar, ähnlich wie Pascal, nicht um den Gott der Philosophen, sondern um den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs. An die Stelle des «Systems» und der «Man» will er «den Einzelnen» im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott setzen, an die Stelle der «Vermittlung» die Entscheidung, den Absprung, die Bekümmerung, die Reue.

Kein Zweifel: Kierkegaard hat in dieser Auseinandersetzung mit der Philosophie seiner Zeit der Religion ihre Sonderstellung, dem Glauben seine Eigenständigkeit zurückgewonnen. Aber eines sah er nicht, konnte und wollte er nicht sehen: daß das abendländische Bürgertum, eben im Begriffe, seine Weltvormachtstellung zu konsolidieren, gerade dieses flache und flaue Christentum brauchte, ein Christentum, das unter Wahrung der äußeren Fassade sich bereitwilligster Anpassung an das Bestehende fähig erwies. Dieses Bestehende, eine anonyme Macht, die ihm plötzlich ihre widerliche Heuchelfratze entgegenhielt, ließ Kierkegaard im Innersten erbeben: Hamlet zog blank – nicht gegen das Bestehende, nicht gegen den König, sondern gegen Polonius, die Kirche!

Karl Marx, sein Zeitgenosse, zog gegen «das Bestehende» blank. Auch er war von Hegel ausgegangen, auch er wollte ihn, freilich in ganz anderer Art als Kierkegaard, überwinden. Ergebnisse der späteren Psychoanalytik vorwegnehmend, war er auf die Zusammenhänge von geistig-religiösem «Überbau» und materiell-gesellschaftlichem «Unterbau» aufmerksam geworden, und so enthüllte er mit Feuerbach im Bunde den Ideologiecharakter der religiösen Vorstellungswelt. Er zeigte, daß die Menschen, zum mindesten die Mehrzahl derselben, die «Man» der Gesellschaft, in der Religion nur ihre egoistisch-materiellen Bedürfnisse auf imaginäre Art zu befriedigen suchen.

War nicht bei eben dieser Erkenntnis, freilich von einer ganz anderen, der ethisch-religiösen Seite her, auch Kierkegaard angelangt? Gab es im Kampfe gegen die Verbürgerlichung zwischen Marx und ihm nicht Gemeinsames? Der Schwabe Christoph Blumhardt und der Russe Berdiajew haben später dieses Gemeinsame von christlichem Glauben und Erneuerung der menschlichen Gesellschaft aus dem Geiste der Gemeinschaft – das ist doch wohl Sozialismus und Kommunismus? – gesehen und auf den Leuchter gestellt. Kierkegaard konnte diese Gemeinsamkeit nicht sehen, er war an seiner Grenze angelangt.

Daß Kierkegaard dafür Anderes, sehr Wichtiges sah, daß er trotz seiner Begrenzung oder vielleicht gerade in seiner Begrenzung der Gegenwart etwas zu sagen hat – das kann uns das hervorragende Buch einer Frau lehren, das vor einiger Zeit im Verlag Friedrich Wittig in Hamburg (in lobenswerter technischer Ausstattung) erschienen ist: Anna Paulsen, «Sören Kierkegaard – Deuter unserer Existenz» (463 Seiten, gebunden DM 18.–). An diesem Buche muß zuallererst die große Treue und Hingabe gerühmt werden, mit der die Verfasserin sich in das ebenso umfangreiche wie schwierige Lebenswerk Kierkegaards hineingefühlt, hineingedacht, hineinversenkt hat. Nur dank solcher Selbstaufgabe war es wohl möglich – genau besehen, zum erstenmal auf deutschem Boden –, einen so lückenlosen Bericht, eine so umfassende Überschau über die bisweilen doch zu einem wahren Irrgarten verschlungenen Denkwege des dänischen Sokrates zu geben. Frau Paulsen, übrigens Mitherausgeberin der neuen deutschen Kierkegaard-Ausgabe, hat den gewaltigen Stoff in drei Hauptabschnitte gegliedert: 1. Gespräch mit Regine (Olsen); 2. Gespräch mit der Zeit (= Auseinandersetzung mit Hegel); 3. Gespräch mit der Kirche (ein Gespräch sehr eigener Art, indem es nämlich in einen Kirchensturm auslief). Ohne eigene Gedanken der Kritik dazwischenzumengen, läßt Anna Paulsen auf jeder Seite Kierkegaard zu Wort kommen und so ein treues Bild seines Schaffens vor uns erstehen. Nur in einem knappen Schlußkapitel: «Wer ist Sören Kierkegaard?», deutet sie ein paar kritische Gesichtspunkte an. Da sie indes im wesentlichen mit Kierkegaard übereinstimmt, handelt es sich sozusagen nur um zarte Bleistiftstriche am Rande des Textes. Aber mindestens eines ihrer Fragezeichen wäre wert gewesen, aufgenommen und etwas genauer bedacht zu werden. Auf der Seite 425 lesen wir: «Hegels Irrtum besteht nach Climacus (Pseudonym Kierkegaards in seinem Werk ‚Abschließende Nachschrift') darin, daß er das empirische Ich zum transzendentalen Ich überhöht, das den Weltprozeß denkend nachvollzieht. Aber Kierkegaard tut vergleichsweise etwas Ähnliches: er erhebt für das geschöpfliche Ich die Forderung, leidend und entsagend das Gottesverhältnis zu verwirklichen.» Und Frau Paulsen fährt verdeutlichend fort: «Der hier aufgestellte Glaubensbegriff unterscheidet sich unverkennbar vom reformatorischen Glauben. Nach Luther will Gott Menschen haben, die bereit sind, zu empfangen, was er schenkt. Er, Gott verwirklicht

selbst sein Verhältnis zu uns und unser Verhältnis zu ihm, indem er uns durch die Gnade die neue Existenz erschließt. Hier dagegen fällt alles Gewicht auf die Forderung, daß der Mensch, der existierende Mensch in der absoluten Resignation, das Gottesverhältnis verwirkliche.»

In der Tat, hier stehen wir an der großen europäischen Wasserscheide: an einer letzten Wegbiegung entscheidet sich Kierkegaard – trotz allem – halb unterbewußt, von ihm selber nicht bemerkt, für Hegel und gegen Augustinus. Seine Unterscheidung der Religiosität A von einer Religiosität B fiele letztlich doch in sich zusammen. Jene A-Religiosität soll ja echte Religion und die letzte Stufe im vorchristlichen Raume sein; der Schritt in die B-Religiosität führt nur dadurch über sie hinaus, daß der Heilsvorgang der menschlichen Ganzwerdung nicht immanent, das heißt im denkenden Subjekt, sondern paradox, nämlich im geschichtlichen Subjekt, in Jesus Christus, dem auf die Erde herabgestiegenen Gotte, sich vollzieht. Was liegt dieser Unterscheidung real zugrunde?

Kierkegaard wollte – mit Recht – den Heilsvorgang nicht noch einmal denken, sondern ihn quasi an sich geschehen lassen, dafür war der Ungedanke des Paradoxes ein ultimum refugium. Aber es gab und gibt noch einen anderen paradoxen Ausgang des Nicht-Denkens. Ihn hat Marx gesehen, als er den bekannten Satz niederschrieb, es komme darauf an, nicht die Welt anders zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Und diesen anderen paradoxen Ausgang hat Feuerbach gesehen, als er kühn formulierte: «Die Einheit von Ich und Du ist Gott.» Der liebende Mensch als schöpferische Potenz! In der Tat: der Gottesbefehl «Seid fruchtbar und mehret euch und machet euch die Erde untertan!» hätte keinen Sinn, wenn der Mensch sich nicht als Partner, ja als Stellvertreter Gottes ansehen dürfte. Die Maria-Demut «Siehe, ich bin des Herrn Magd» läßt sich allerdings nicht auf den Begriff bringen; wir wissen aber, daß göttliche Gnade gerade da auf ihr ruhte, als sie von dieser Empfindung überströmt wurde. Wir können auch annehmen, daß die göttliche Gnade auf Kierkegaard ruhte, als er gegen «das Bestehende», gegen das Morsche und Dürre der Christenheit des neunzehnten Jahrhunderts, anlief: «Feuer zu legen an diese Welt bin ich gekommen, was wollte ich lieber, als sie brennete schon!»

Kierkegaard hatte zwar recht, als er knapp zwei Monate vor dem Ausbruch des «Kirchensturms» schrieb: «Das Böse in unserer Zeit ist nicht das Bestehende mit seinen vielen Mängeln, nein, das Böse unserer Zeit ist die böse Lust, das Buhlen mit Reformierungsgelüsten, die falsche Reformation ohne Opferwilligkeit.» Versperren ja doch immer die falschen Christusse dem echten den Weg! Damit ist aber Reformation nicht verneint! In der «Nachschrift» heißt es: «Das einer ewigen Seligkeit entsprechende, adäquate Pathos ist die Umbildung, mit welcher der Existierende in seiner Existenz alles nach jenem Gute hin verändert.» Verändert, revolutioniert der

Berufene im Pathos seiner Existenz, dann kann das Innerliche auch äußerlich werden, nachdem zuvor das Äußere innerlich geworden ist. In der Gestalt des Elias schlägt das Pathos in die Gewalt um, und so wurde Kierkegaard am Ende seines Lebens der Elias-Tat gewürdigt. Der andere Gott war Baal!

Willig zu empfangen, was Gott schenkt, ist erst die Hälfte der menschlichen Aufgabe, die andere Hälfte besteht darin, das Empfangene an den Mitmenschen weiterzugeben. Das ist der Kern der Lutherschen Abendmahlslehre, in der die Erfahrung menschlicher Allverbundenheit einen elementaren Ausdruck fand. Hegel hat diese Abendmahlslehre in seinen Jugendschriften, vor allem im «Geist des Christentums und sein Schicksal», 1797 in Frankfurt im Umgang mit Hölderlin entstanden, wieder entdeckt, Marx hat diese Abendmahlslehre in die gesellschaftliche Praxis überzuführen versucht. In der erwähnten Hegelschrift lesen wir: «Von da an, wo der Verbrecher die Zerstörung seines eigenen Lebens fühlt (Strafe leidet), oder sich (im bösen Gewissen) als zerstört erkennt – hebt die Wirkung seines Schicksals an, und dies Gefühl des zerstörten Lebens muß eine Sehnsucht nach dem verlorenen (Leben) werden. Das Mangelnde wird erkannt als sein Teil, als das, was in ihm sein sollte und nicht in ihm ist. Diese Lücke ist nicht ein Nicht-Sein, sondern das Leben als nichtseiend erkannt und gefühlt... Im Schicksal erkennt der Mensch sein eigenes Leben, und sein Flehen zu demselben ist nicht das Flehen zu einem Herrn, sondern ein Wiederkehren und Nahen zu sich selbst... Dies Gefühl des Lebens, das sich selbst wiederfindet, ist die Liebe. In ihr versöhnt sich das Schicksal, die feindseligen Teile können wieder zum Ganzen zusammengehen.» Was Shakespeare im Wort, Rembrandt im Licht und in der Farbe, Mozart in den Tönen ausdrückte, ist bei Hegel in der Reflexion erschienen: «Homo capax infiniti.» Auch Kierkegaard konnte das nicht mehr rückgängig machen und hat es vielleicht auch gar nicht gewollt; denn immerhin sagt er von sich, er habe seinen Ort «im Konfinium» der Religiosität A, das heißt zwar an deren Grenze zur B-Religiosität, aber im strengen Sinne eben doch innerhalb der Religiosität A.

Für uns Heutige sind Kierkegaard und Marx nicht Gegner, sondern zwar kritische, aber gerade in ihrer Kritik lichtvolle Interpreten Hegels. Wir können uns, wie ich meine, nur freuen, wenn wir bei Alfred Weber in seinem Buche «Der Dritte oder der Vierte Mensch?» lesen: «Der seelische Erfahrungsgehalt des Christentums enthält gewiß die Lehre vom Kerygma, die große Idee des göttlich-stellvertretend erlösenden Leidens. Das ist seine eigentlich fromme, das heißt an einen bestimmten religiösen Glauben gebundene Seite. Seine besondere seelisch-geistige Erfahrung enthält aber außerdem einen Gehalt, der ganz unabhängig von jeder besonderen Frömmigkeitsprägung absolut ist. Sie enthält einen ähnlichen, aber weltgeschichtlich viel bedeutsamer

werdenden Durchstoß in die positive Sphäre des Immanent-Transzendenten, wie ihn schon die Upanischaden zeigen: den Durchstoß in die Erfahrung der universellen menschlichen Allverbundenheit. Er ward – das ist weltgeschichtlich umwälzend geworden – vollzogen bis hin zur Erfahrung aktivierender menschlicher Allverbundenheit: ‚Was ihr einem der geringsten unter meinen Brüdern tut, das habt ihr mir getan.' Das ist die Erlangung einer ganz neuen Bewußtseinsstufe der Menschheit.»

Das Verhältnis der Religion zur Politik hat Kierkegaard im Vorwort zu seinem Aufsatz «An jenen Einzelnen» ganz klar auf den Begriff gebracht, wenn er sagt: «Keine Politik und keine Weltlichkeit hat es vermocht und vermag es, den Gedanken, daß die Menschen gleich seien, bis zur letzten Konsequenz durchzudenken und zu verwirklichen. Denn für die Welt ist es wesentlich, daß Unterschiede da sind: soll vollkommene Gleichheit installiert (das heißt erzwungen) werden, so werden notwendig zugleich Unterschiede geschaffen, das heißt aber: sie wird nicht installiert.» Kierkegaard fährt fort: «Nur das Religiöse kann mit Hilfe der Ewigkeit die Gleichheit der Menschen bis zur letzten Konsequenz durchführen, und daher ist das Religiöse die wahre Humanität.» Er schließt mit den Worten: «Was die Zeit fordert – wer könnte das je aufzählen, seitdem die Welt infolge ihrer weltlichen Reibung an der Weltlichkeit Feuer gefangen hat! Was dagegen der Zeit nottut, läßt sich in einem einzigen Worte ausdrücken: sie braucht Ewigkeit.»

Das zweite, was sie braucht, ist Redlichkeit: «Die Sinnestäuschung muß weg!» An die Stelle der fürchterlichen Arroganz Laodiceas hat die Erkenntnis zu treten, daß wir «arm sind, nackt und bloß». Und endlich ein Drittes, das über das Alltäglich-Humane hinaus in das eigentlich «Christlich-Humane» hineinführt, vor dem freilich die theologischen Ausbeuter Kierkegaards zurückschaudern wie der Teufel vorm Weihwasser. Auch hier handelt es sich um ein Paradox, aber nicht um ein Denk-, sondern um ein Lebensparadox: «Was hoch vor Menschen, ist vor Gott ein Greuel», oder mit den Worten Kierkegaards aus der «Nachschrift»: «Der betrügerische Liebhaber, der nicht als Liebhaber, sondern nur als weltgeschichtlicher Entrepreneur treu sein will, will nicht bis zum Ende treu sein. Er will nicht verstehen, daß zwischen ihm und Gott nichts als das Ethische ist; er will nicht verstehen, daß Gott, ohne unrecht zu handeln und ohne sein Wesen, das Liebe ist, zu verleugnen, einen mit Gaben und Kräften wie kein anderer ausgestatteten Menschen schaffen und ihn beiseite stellen und zu ihm sagen könnte: ‚Durchlebe du nun, angestrengt wie kein Anderer, das Menschliche, aber du und ich, wir bleiben darin einig: dein ganzes Streben soll gar keine Bedeutung für irgendeinen anderen Menschen haben; und doch sollst du begeistert sein, weil dies das Höchste ist.'» *Alfred Daniel*

Heimatlosigkeit

Wohl dem, der jetzt noch Heimat hat!
Langsam, furchtbar steigt der Tag herauf, an dem das Ganze der Erde verwaltet werden muß.
Friedrich Nietzsche

Wer hat noch Heimat? Hat ein Sterblicher sie je gehabt?
Es waren Bilder nur der Heimat, wie der Sabbath
Abbild des uns verheißnen Reiches ist.

Doch auch die Bilder sind uns heut zerstört.
Vielleicht noch hie und da ein Bild ist heil —
Traum eines G a n z e n :
Einer Freundschaft, Liebe, Ehe
Ungesprengtes Sein.
Vielleicht noch ab und zu zwei Menschen,
Die einander schweigend in die Augen schauen,
Einander zu verstehen glauben,
Und vielleicht, vielleicht in einem seltnen Augenblick verstehn,
Wo einer für den andern Heimat wird.

Und es gibt Solche, die in schöne, teppichbelegte Zimmer,
In weiche Sessel flüchten,
Die ihnen einer Heimat Täuschung geben,
Und doch nur Flucht sind vor dem Tod,
Den Schrecken auch des Lebens.
Es ist nur Bergung vor der letzten Angst:
Das Leben und der Tod gehn draußen weiter.
Und wenn sie lauschen würden, würden sie von nah,
Ganz nah ein dumpfes Brausen hören —
Schritte Vertriebner, Verlorner, die im Dunkel
In Scharen, unausdenkbar großen Scharen
Bang über unsre armgewordne Erde hasten.
Nicht arm nur, nein — durch uns verarmt.
Wir alle irren auf unterhöhltem Grund,
Geborstner Scholle.

Denn wie, wie haben wir die Welt verwaltet,
Den schönen Stern, der uns gegeben ward,
Nach der Verstoßung aus der ersten Heimat.
Die erste Tat war Brudermord
Und Brudermord ist unser Tun geblieben.
In seinem Zeichen stehen alle Zeichen,
Und keiner Engelstimme, die den Frieden sang,
Sind wir gefolgt.
Wenn nur das Fünklein der Hoffnung in dieser Nacht
Nicht auslischt,

Wenn nur der Glaube die versehrten Herzen
Noch entzündet
Und sie, die die größte, die Liebe noch lebt,
Und die Barmherzigkeit,
Ihre jüngere Schwester!
Margarete Susman

Ein Weihnachtsgruß von Father Huddleston

Die Weihnachtsbotschaft bleibt stets dieselbe: «Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen» ist die Hoffnung und die Sehnsucht, die sie uns Jahr für Jahr neu erweckt. Sie ist aber eine Herausforderung besonders an die Christen dieser Welt, auf die wir eine Antwort geben müssen.

Was tun w i r, um jenen Frieden zu fördern? Wieviel sind w i r in den kommenden Jahren zu tun bereit, um eine Atmosphäre des Wohlwollens in der Welt zu schaffen?

Eines der Hauptprobleme, die die heutige Welt zu lösen hat, ist die Rassenfrage. Nicht allein in Südafrika oder auf dem afrikanischen Erdteil, sondern überall ist eine Neuprüfung unserer Einstellung nötig. Immer wieder müssen wir uns erinnern, daß der Christ keine Wahl hat. Es ist ihm a u f g e t r a g e n, seinen Nächsten wie sich selbst zu lieben.

Bethlehem erinnert uns zu unserer Schande daran, daß, als der Gottessohn in dieser Welt erschien, die Seinen ihn nicht aufnahmen. Laßt uns darum vor der Krippe das Gelübde ablegen, für den Rassenfrieden und für Völkerverständigung zu arbeiten.

«Peace News», Weihnachten 1956

Flüchtlinge

Maria und Josef auf der Flucht nach Ägypten. Wer erinnerte sich nicht der rührenden Bilder von der Mutter Jesu mit ihrem Kind auf dem geduldigen Grautier und dem müde voranschreitenden, alternden Josef? Eltern und Kind auf der Flucht vor der Willkür und Grausamkeit ihrer Gebieter, ihrer Mitmenschen und eine symbolische Ergänzung zur Weihnachtsgeschichte. Noch feiert die Christenheit alljährlich die Geburt des Gottessohnes und huldigt dem Andenken seines Elternpaares, und noch läßt sie es zu, daß immer wieder Väter, Mütter und Kinder aus nichtigen Gründen von ihren Heimstätten vertrieben und ins Elend der Fremde verstoßen werden.

Sollen wir unseres Bruders Hüter sein und verantwortlich für das Schicksal der Millionen von Heimatlosen in allen Teilen der Welt? Das Flüchtlingselend von heute ist zum größten Teil eine Folge des Krieges und vom Kriege genährter Leidenschaften. Wer könnte angesichts des traurigen Loses der arabischen Flüchtlinge aus Palästina daran zweifeln, daß ihre Situation zu neuen kriegerischen Verwicklungen führen muß? Dabei ist ihr Problem nur ein Teil der riesigen Aufgabe, die ihrer Lösung harrt. Noch haben die christlichen Völker im Rate der Nationen die Möglichkeit, auf diese Aufgabe hinzuweisen und mit ihrem ganzen Gewicht auf dienliche Maßnahmen zu dringen. Es gibt glück-

licherweise heute zahlreiche Organisationen von Freiwilligen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind und mit den Organen der UNO zusammenarbeiten. Es ist ihnen zu verdanken, daß am 27./28. Mai dieses Jahres im Palais des Nations eine Konferenz über «Das Flüchtlingsproblem – heute und morgen» abgehalten wurde, die uns wertvolle Angaben über die Flüchtlingsfrage im Weltmaßstabe bietet.

Was möglich ist, zeigte sich am Beispiel der Ungarnhilfe. Innerhalb von vier Monaten erschienen in Österreich 178 000 Flüchtlinge aus Ungarn. Mehr als 18 000 suchten Zuflucht in Jugoslawien. Bis Ende Mai 1957, etwa sechs Monate nach der Ankunft der ersten Flüchtlinge, hatten 80 Prozent von ihnen Österreich verlassen, um in 20 anderen Ländern eine neue Zukunft aufzubauen. Wahrscheinlich werden bis Ende 1957 noch weitere 10 Prozent die österreichischen Lager verlassen haben.

Die Konferenz von Genf war voll Lob über das Verständnis der westlichen Völker für das Schicksal dieser Leute. «Noch selten hat der Appell irgendeiner Gruppe von Menschen in Not eine so spontane und ermutigende Antwort erhalten.» Aber diese Neuansiedelung der ungarischen Flüchtlinge ist, wie immer wieder betont wurde, nur ein Teil eines weltweiten Problems, für das die Menschheit eine Lösung verlangt. «Es sind Hunderttausende von vergessenen Menschen, die einst Flüchtlinge waren, Menschen vieler Farben, Rassen und Nationalitäten, die in Lagern und ‚Slums' eine Schattenexistenz führen – oft nahe den Wohnstätten von guten und freundlichen Menschen mit allzu kurzem Gedächtnis.» Wir, heißt dies nicht vor allem die christlichen Völker?, sollten der Welt zeigen, wie dringend nötig es ist, für diese «displaced», das heißt vertriebenen Menschen Dauerheimstätten zu finden.

Dauerlösungen, nicht Lager mit ihrer seelenmordenden Enttäuschung – diese Gefängnisse ohne Gitter, aus denen die Flüchtlinge auf eine Welt blicken, die ihnen sagt, sie könne oder wolle sie nicht aufnehmen. «Diese Seuche unserer Gegenwart läßt die Seele all jener Menschen verkümmern, die so sicher in ihren Ländern leben, unter dem Schutze ihrer eigenen Gesetze – und unfähig sind, sich die Lage eines Flüchtlings auch nur vorzustellen.»

Nach den Feststellungen der Konferenz von Genf gibt es zwischen Karachi und Korea 22 Millionen Flüchtlinge. Man weiß und hört aber weniger von ihnen als von den 15 000 europäischen Flüchtlingen (meist Russen) in China. Diese Tatsache beleuchtet eine andere Seite des Problems. Warum, so fragte man in Genf, macht das Wissen um diese 22 Millionen weniger Aufsehen als viele geringere Notstände in anderen Ländern? Kann man die Begründung gelten lassen, die etwa gehört wurde, daß die Asiaten ihr Flüchtlingslos leichter tragen, weil das Elend für sie ein Dauerzustand sei? Tokio ist heute von Genf in 48 Stunden erreichbar, was zeigt, wie nahe uns der «Ferne» Osten mit seinen Problemen gerückt ist.

Wir wollen in dieser Ausgabe der «Neuen Wege» nicht auf die Einzelheiten der großen Aufgabe eingehen, werden aber in den nächsten Nummern einige ihrer Aspekte, wie sie sich in den verschiedenen Ländern präsentieren, wie auch Lösungsversuche, wie sie in Indien zum Beispiel oder in Korea und anderen Gebieten unternommen werden, unseren Lesern bekanntgeben. *Paul Furrer*

Was uns bedrückt

Heute möchte ich dir, liebes Blättlein «Neue Wege» mitten im schweizerischen Blätterwald – vor dem einem graut ob seiner verhängnisvollen Einseitigkeit –, nur einen kleinen Gruß senden, um dir zu sagen, wie unendlich viel mir deine Tapferkeit im Ringen um eine friedliche Welt bedeutet, und nicht nur mir, sondern den zahllosen gleichen Sinnes, die schweigend leiden. Ich wage nicht zu sagen, es sei ein weihnachtlicher Gruß, weil die Weihnachtskerzen der Menschenliebe nicht mehr brennen können, seit die Botschaft dessen, der an Weihnachten geboren ist, die Botschaft: «LIEBE DEINE FEINDE» – die Quintessenz des Christentums – in ihr Gegenteil verwandelt worden ist. Statt dessen treibt die Kommunistenriecherei – um nur ein Beispiel zu nennen – ihre dunkelsten Blüten. Da ist zum Beispiel die traurige Blütenlese, die die Dezembernummer des Pressedienstes der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit (Präsident: Pfarrer Kobe) unter dem Titel «Der schweizerische Intellektuelle und die Friedensfrage» anführt. Sie ließe sich bei systematischer Sammlung solcher Erzeugnisse zweifellos beliebig vermehren. Kann man solchen Unsinn noch von der humoristischen Seite betrachten, so wirkt es wie ein Schock, wenn in einer Frauenversammlung mit überwiegend akademischer Leitung gerade in dem Augenblick ein bedrohliches Gemurmel entsteht, wenn in der Diskussion das Wort Hiroshima fällt. Der den Zweiten Weltkrieg besiegelnde Mord an einer ungeschützten Zivilbevölkerung, das Menetekel des eigenen grauenvollen Schicksals, wird nicht mehr in seiner furchtbaren Unmenschlichkeit empfunden, sondern unter dem Gesichtswinkel einer angeblichen kommunistischen Propaganda, ja das Wort «Friede» selbst ist geradezu zum Stichwort für jede mögliche und unmögliche Pöbelei geworden.

Nicht anders steht es mit der Beurteilung der Großtat, die die Realisierung eines künstlichen Mondes durch sowjetrussische Wissenschaftler bedeutet. Sie wird zum mindesten mit scheelen Augen angesehen; denn es kommt ja bei Leuten, die gewohnt sind, die Welt durch die Brille westlichen Satellitentums zu betrachten, nicht auf die Sache an, nicht auf den Wissenschaftler, nicht auf den Menschen, der zufällig in einem Reich geboren ist, in dem eine blutige Revolution

die Reaktion auf jahrhundertelange blutige Unterdrückung ist. Es sind dieselben Leute, die zur Zeit des Frontenfrühlings, mit dem die heutige Situation eine verzweifelte Ähnlichkeit besitzt, mit einer Mentalität sympathisierten, die jenes Ungeheuer militärischer Machtpolitik heranzüchtete, das im Zweiten Weltkrieg in den Konzentrationslagern und Gaskammern seine offenbar noch nicht zur Kulmination gelangten Triumphe feierte. Noch harrt der wissenschaftliche Vorstoß in den Weltenraum seiner militärischen Herabwürdigung. Noch ist das interkontinentale ballistische Geschoß ICBM, dessen Flug etwa eine halbe Stunde dauert, nicht zur interplanetaren Rakete entwickelt. Noch genügt es einem militaristisch entarteten Typ der menschlichen Gesellschaft nicht, daß die ICBM jedes Warnsystem im Bannkreis unseres Planeten zunichte macht, da ihr H-Sprengkopf, der allein ans Ziel gelangen würde, infolge seiner geringen Größe viel schwerer aufzufinden ist als ein Bombenflugzeug, so daß nur wenige Minuten zu seiner Zerstörung übrigbleiben.* Noch ist es nicht ausreichend, alles Leben auf dieser Erde zu zerstören, um mit der Vernichtung des Menschengeschlechts zugleich den Nährboden einer kommunistischen Infiltration auszurotten; denn – wer weiß – vielleicht könnte der Mann im Mond auch so ein gefährlicher kommunistischer Geselle sein. Also, ceterum censeo, nach dem Rezept des Cato: Lunam esse delendam.

Es ist kein schlechter Witz, beileibe nein, es ist nur die letzte Konsequenz einer zum Irrsinn gesteigerten Denkweise, die wohl die verhängnisvollste Doktrin ist, die jemals die Menschheit bedrohte, die Doktrin, man könne eine Ideologie mit militärischen Machtmitteln bekämpfen. Sicherheit kann im Zeichen der alles zerstörenden Vernichtungsmittel nicht auf deren Gleichgewicht in den sich gegenüberstehenden Lagern aufgebaut werden; denn ein einziges nicht berücksichtigtes Moment, ein unglücklicher Zufall, ein rasend gewordener Scharfmacher vermag das Gleichgewicht zu stören und damit den Mechanismus rettungsloser Weltvernichtung auszulösen. Die Zerstörung der Zerstörungsmittel, die vollständige, allgemeine Abrüstung ist die einzige Chance der Völker, zu überleben. Ist sie realisiert, dann mögen die feindlichen Ideologien mit friedlichen Mitteln gegeneinander ausgespielt werden und am praktischen Beispiel zeigen, was sie Wertvolles zu leisten vermögen. Aber es ist höchste Zeit, zu dieser Einsicht zu gelangen. Jeder weitere Testversuch bringt uns schon ohne Krieg dem Tode näher. Erst war es Amerika allein, das Erde, Gewässer und Luft radioaktiv verseuchte, dann kam Rußland, ihm folgte England, und soeben hat Frankreich seinen Willen bekundet, denselben makabern Weg zu gehen, bis eine brennende Sahara seine neuerschlossenen Oelvorkommen bis auf den Grund vernichtet haben wird.

Die Völker haben genug davon, Versuchskaninchen zu sein für die Auswüchse einer militaristischen Mentalität; sie verlangen eine andere

* Siehe den Artikel des Physikprofessors an der Universität Wisconsin (USA) Rollefsen in der Oktobernummer des «Bulletin of the Atomic Scientists» (1957).

Einstellung derjenigen, die vorgeben, um ihre Sicherheit besorgt zu sein, eine Einstellung, wie sie wohl am ergreifendsten die Antigone des Sophokles zum Ausdruck gebracht hat: «Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.» *G. Woker.*

Warnende Stimmen aus England

Father Trevor Huddleston, der mutige Pfarrer aus Südafrika, ist den Lesern der «Neuen Wege» schon bekannt (siehe Juli-Nummer der «Neuen Wege»). Er schreibt in einem Brief an die Redaktion des «New Statesman» (9. November) folgendes beherzigenswerte Wort:

«Es ist eine demütigende, heilsame und unverkennbare Tatsache, daß christliche Gesellschaftsmoral heutzutage mit viel größerer Wucht und Wirkung von Humanisten, Gottesleugnern und Wissenschaftern vertreten wird als von Bekennern des Christentums. Eine eindrückliche Bestätigung dieser Tatsache sehen wir in J. B. Priestleys Artikel im ‚New Statesman' vom 2. November.»

Priestleys Ausführungen zur britischen Atompolitik (die wir abgekürzt wiedergeben) werden in England gegenwärtig als Flugblatt verbreitet. Mit noch größerer Berechtigung läßt sich Father Huddlestons Äußerung auf Bertrand Russell anwenden, dessen Offenen Brief wir Ihnen hernach auszugsweise zur Kenntnis bringen.

Großbritannien und die Nuklearbomben

Obwohl es stimmt, wie Mr. Bevan argumentiert, daß ein unabhängiges Vorgehen Großbritanniens und Verzicht auf Nuklearbomben die Verhandlungsposition unseres Außenministers erschweren dürfte, so würden die meisten von uns noch lieber ein ratloses und überarbeitetes Außenamt sehen als ein Land, das nächstens in einen radioaktiven Kirchhof verwandelt wird. Sich aus der Flut herausarbeiten, mag schwierig sein, aber es ist besser als ertrinken.

«Endgültige und letzte Waffen», absolute Abschreckungsmittel lösen einander ab. Nach den Bomben die interkontinentale Rakete, und nach der Rakete – laut Mitteilung vom Ersten Lord der Admiralität – das Raketen-Unterseeboot, das «Fernlenkgeschosse mit Nuklearsprengköpfen mit sich führen und an den Küsten jedes beliebigen Landes der Welt erscheinen kann, um seinen Angriff ins Zentrum irgendeines Kontinents vorzutragen». Es sieht so aus, als ob wir es in Zukunft nicht mehr mit Ländern ohne Flotten, sondern mit Flotten ohne Länder zu tun bekämen.

Das sei alles nur von gutem, sagt man uns, wir könnten nicht zuviel davon haben, denn kein Mensch, der bei Sinnen sei, würde je solche Vernichtungskräfte entfesseln. Dies nennt man heute einen realistischen Standpunkt, und jede Kritik an diesem Standpunkt könne – sagt man – nur auf weltfernen Idealismus gegründet sein. Aber ist es nicht der weltfernste Idealismus, das absolute Gegenteil von nüchternem Realismus, wenn man annimmt, daß die Menschen sich immer vernünf-

tig und ihren eigenen Interessen entsprechend benehmen? Und doch erwartet man ausgerechnet, daß wir dies glauben und unsere ganze Existenz davon abhängig machen.

Wann und wo sind diese Vorbereitungen für den H-Bomben-Krieg je dem Urteil der öffentlichen Meinung unterstellt worden? Der ganze Vorgang spielt sich in der erstickenden Geheimsphäre eines luxuriösen Irrenhauses ab ... Je komplizierter und je mehr auf Druckknopfauslösung die ganze Maschinerie der Zerstörung vorbereitet wird, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie in Gang kommt, und wäre es nur durch einen Zufall ...

Nun, da Großbritannien der Welt verkündet hat, daß es die H-Bombe besitze, sollte es als nächsten Schritt so bald als möglich bekanntgeben, es verzichte auf diese Waffe und sei entschlossen, unter keinen Umständen etwas mit Nuklearkriegführung zu tun zu haben ... Die Welt zerfiel in zwei Lager damals, als ohne ein Wort des Protests von den lärmigen Hütern unseres Nationalstolzes Teile von Ostengland unserer Souveränität entzogen und zu einem amerikanischen Flugstützpunkt gemacht wurden ... Diese Nuklearkriegführung aufzugeben, ist ein schwerer Entschluß, da er gewaltige Änderungen in der Verteidigungsdisposition mit sich brächte. Viele leitende Politiker und ihre Stäbe von Ratgebern müßten umdenken. Vor allem müssen sie riskieren, Freunde zu verlieren und keine zu gewinnen. Englands Verpflichtungen der NATO und SEATO gegenüber wie seine Stellung im britischen Völkerverband würden sich drastisch verändern ... Die amerikanische Regierungs- und militärische Einstellung wäre natürlich schärfstens gegen uns eingestellt. Der unversenkbare (aber preiszugebende) Flugzeugträger wäre nicht mehr zur Verfügung.[1]

Ein dritter Weltkrieg – und ein falscher Bericht von einem unachtsamen Beobachter würde genügen, um ihn auszulösen – wird in nichts einem bisherigen Krieg gleichen, es wird nicht eine Reihe von Siegen und Niederlagen geben ... Er wird einfach eine allgemeine Katastrophe, eine Apokalypse sein, das Krachen des Jüngsten Gerichtes, in welchem Kommunismus und westliche Demokratie ... miteinander zugrunde gehen ... Außenpolitik wird immer noch gemacht, als ob die Mobilisation einiger Divisionen etwas entscheiden könnte. Statt Divisionen stehen der Außenpolitik nun mechanische Möglichkeiten zur Verfügung, die Erdbeben und Pest auslösen und Kontinente zum Tode verurteilen.

Wenn wir der schleichenden Furcht offen entgegentreten, können wir vielleicht die böse Hypnose zerstören ... und die Welt zur Vernunft zurückführen ... Wir waren allein, als wir Hitler herausforderten, und allein können wir auch diesem nuklearen Wahnsinn entgegentreten, in den sich der Hitlergeist verwandelt zu haben scheint.

[1] England wird von Amerika seit Jahren als unversenkbarer Flugzeugträger betrachtet – der im Notfall abgeschrieben werden kann.

In der Atomwissenschaft spricht man von Kettenreaktionen. Es sind vielleicht außer diesen zur Zerstörung führenden Reaktionen noch andere möglich, politische Kettenreaktionen, von denen wir selbst eine auslösen könnten, indem wir andere Völker dazu bringen, unser Beispiel zu befolgen. *J. B. Priestley*

Bertrand Russells offener Brief an Eisenhower und Chruschtschew

«New Statesman», 23. November 1957

Meine Herren,

Ich wende mich an Sie als Staatsoberhäupter der beiden mächtigsten Länder der Welt. Wer die Politik dieser Länder leitet, hat eine Macht zum Guten oder Bösen, die größer ist, als sie ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen je besaß. Die öffentliche Meinung in Ihren Ländern beschäftigt sich mit den Punkten, in welchen Ihre nationalen Interessen, wie man annimmt, einander entgegengesetzt sind, aber ich bin überzeugt, daß Sie als intelligente, weitblickende Männer einsehen müssen, daß die Angelegenheiten, in denen die Interessen Rußlands und Amerikas übereinstimmen, weitaus bedeutender sind. Ich glaube, daß, wenn Sie zwei hervorragende Männer dieser Tatsache gemeinsam proklamieren und die Politik Ihrer großen Länder mit dieser Erklärung in Einklang bringen könnten, in der ganzen Welt und nicht zum wenigsten in Ihren eigenen Ländern ein Ruf freudiger Zustimmung laut würde, der Sie beide auf eine Höhe des Ruhmes erheben müßte, wie ihn nie ein Staatsmann der Vergangenheit oder der Gegenwart gekannt hat . . .

*

1. Das höchste Anliegen aller Menschen im gegenwärtigen Moment muß sein, die weitere Existenz des menschlichen Geschlechts zu sichern. Diese Existenz ist bereits gefährdet durch die Feindschaft zwischen Ost und West und wird in den kommenden Jahren, wenn viele kleinere Nationen Nuklearwaffen erhalten, noch weit mehr gefährdet sein infolge der Möglichkeit, daß gedankenlose Fanatiker von sich aus und ohne Verantwortung handeln.

2. Die internationale Anarchie, die entstehen wird, wenn die Verbreitung der Nuklearwaffen ungehemmt vor sich geht, liegt weder im Interesse Rußlands noch Amerikas . . . Heute besitzen Rußland, Amerika und Großbritannien Nuklearwaffen. Wenn nichts unternommen wird, werden Frankreich und Deutschland diese Waffen bald selbst herstellen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß China lange zurückbleiben wird. Es ist zu fürchten, daß in den nächsten paar Jahren die Herstellung der Massenzerstörungsmittel billiger und leichter wird. Zweifellos werden

dann Ägypten und Israel imstande sein, das Beispiel der Großmächte zu befolgen. So auch die Staaten Südamerikas ... Die Erfahrung zeigt, daß von Zeit zu Zeit die Macht dieses oder jenes Landes in die Hände von Regierenden fällt, die man nicht als normal bezeichnen kann. Kann man daran zweifeln, daß Hitler, wenn es an ihm gelegen wäre, die ganze Menschheit ins Verderben mitgerissen hätte? Aus solchen Gründen ist es absolut erforderlich, der Verbreitung von Nuklearwaffen ein Ende zu setzen. Dies kann durch ein Abkommen zwischen Rußland und Amerika geschehen, weil sie irgendeinem dritten Land, das auf der Herstellung solcher Waffen besteht, militärische oder wirtschaftliche Hilfe verweigern können ...

3. Sowohl Rußland wie Amerika könnten neun Zehntel ihrer gegenwärtigen Ausgaben sparen, wenn sie ein Bündnis schließen und sich der Rettung des Weltfriedens widmen würden ...

4. Ich bin davon überzeugt, daß Sie beide froh wären, wenn sich ein Weg fände, die schleichende Angst, die gegenwärtig auf der Menschheit lastet, zu zerstreuen. All diese Angst, all diese Verzweiflung, all diese Verschwendung ist absolut unnötig. Es braucht nur eins, um die dunklen Schatten zu zerstreuen und es der Welt zu ermöglichen, in das helle Licht der Hoffnung einzutreten. Was nottut, ist, daß Ost und West ihre Rechte gegenseitig anerkennen und zugeben, daß jeder lernen muß, neben dem anderen zu leben, und daß beide im Versuch, ihre verschiedenen Ideologien zu verbreiten, Argumente statt Gewalt anwenden ...

Ich schlage Ihnen vor, meine Herren, daß Sie zu einer offenen Besprechung über die Bedingungen dieser Koexistenz zusammenkommen, daß Sie nicht mehr versuchen, diesen oder jenen mehr oder weniger heimlichen Vorteil für Ihre Seite zu gewinnen, sondern jenes Übereinkommen und jene Verständigung in der Welt zu fördern, die die Möglichkeit zukünftigen Streites aus der Welt schafft. Dies würde die Welt als Ihre Tat begrüßen, glaube ich, und die gesunden Kräfte, erlöst von ihrer langen Knechtschaft, könnten für die Zukunft ein Leben der Kraft, der Erfüllung und Freude verbürgen, die vollkommener wäre als irgend etwas in den glücklichsten Zeiten der Vergangenheit ...

WELTRUNDSCHAU

Noch mehr Kalter Krieg Daß am Ende dieses denkwürdigen Jahres 1957 der Kalte Krieg zwischen den beiden großen Machtlagern sich aufs neue verschärft hat, statt entscheidend gemildert und seiner Aufhebung entgegengeführt zu werden, gehört zu den großen Unbegreiflichkeiten unserer Zeit und ist ein weiterer Beweis dafür, daß in der heutigen Politik nicht Vernunft und

Gewissen das letzte Wort sprechen, sondern Leidenschaft und kurzsichtiges Interesse. Denn nicht wahr, die Herstellung interkontinentaler Ferngeschosse und die technisch damit zusammenhängende Aussendung von künstlichen Erdsatelliten durch die Russen hätten doch, da die Amerikaner selbstverständlich zu den gleichen Leistungen fähig sind, vernünftigerweise hüben wie drüben endgültig der Einsicht zum Durchbruch verhelfen müssen, daß das Wettrüsten auf die Länge keinem der beiden Konkurrenten einen ausschlaggebenden Vorteil gegenüber dem andern zu sichern vermag, sondern nur eine neue, diesmal unabsehbar grauenhafte Vernichtungskatastrophe über die Völker bringen kann, daß also Krieg und Kriegsdrohung ein für allemal ihre Rolle als Mittel der Politik ausgespielt haben. Statt dessen erleben wir es also, daß beide Machtverbände den Kalten Krieg mit noch größerer Verbissenheit und Tatkraft fortsetzen. Den Westmächten fällt es gar nicht ein, den längst offenbaren Bankerott ihrer berüchtigten «Politik der Stärke» einzugestehen; «jetzt erst recht für den Kriegsfall rüsten, rüsten und nochmals rüsten» – das ist ihre Weihnachtslosung geworden. Und die Leiter der Sowjetunion wissen in ihrem jungen Selbstgefühl nichts Gescheiteres zu tun, als nun ebenfalls den starken Mann zu spielen und auf ihre allvernichtenden Kriegsmittel zu pochen, die sofort in Bewegung gesetzt würden, falls die anderen doch einmal losschlagen sollten.

Sagen wir es aber gleich hier: Die Verantwortung auch für die neue Verschärfung der weltpolitischen Spannung ist nicht etwa im Verhältnis 50:50 geteilt; sie liegt eindeutig ganz überwiegend bei den Westmächten. Dies nicht nur darum, weil die Russen schon nach der Aussendung des Sputnik Nr. 1 vorgeschlagen haben, alle künftig herzustellenden Erdsatelliten seien der gemeinsamen Aufsicht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu unterstellen, und nachher außerdem eine Spitzenkonferenz der beiden Staatenbünde anregten, die neue Wege zum friedlichen Zusammenleben suchen sollte – Vorschläge, die natürlich von Washington, London und Paris ohne Besinnen abgelehnt wurden, weil sie ja doch nur Propagandamanöver seien und den Zweck hätten, Amerika von seinen europäischen Verbündeten zu trennen. Die Verantwortung bleibt vielmehr vor allem deswegen am Westbund hängen, weil seine heutige Haltung nur die Fortsetzung jener unseligen Politik ist, die im Vertrauen auf Amerikas Atombombenbesitz und Wirtschaftsmacht seit Jahr und Tag die gewaltsame Zurückdrängung, ja Zerschlagung der Sowjetunion erstrebt.

Schon 1941 verkündete Henry R. Luce, der mächtige Zeitschriftenkönig der Vereinigten Staaten, das herannahende «Amerikanische Jahrhundert». Außenminister James Byrnes aber sagte im Juli 1945 ganz unverblümt: «Was wir jetzt zu tun haben, ist nicht, die Welt für die Demokratie sicherzustellen, sondern die Welt für die Vereinigten Staaten sicherzustellen.» Und später entstanden dann jene «Eindämmungs»- und «Befreiungs»-Lehren, die Amerika die Aufgabe zuwiesen, auf den

Ostblock einen derart unwiderstehlichen Druck auszuüben, daß das Ergebnis «entweder der Zusammenbruch oder die allmähliche Aufweichung der Sowjetmacht» sein müsse, wie sich G. F. Kennan, der Vater der «Containment»-Politik, ausdrückte, der später freilich erheblich nüchternere Formulierungen fand. Denn mit dem «Amerikanischen Jahrhundert» war es ja nur allzubald fertig; es dauerte – wenn man sein Ende auf 1957 ansetzt – nicht viel länger als das «Tausendjährige Reich» Hitlers. «Die Annahme, daß die Vereinigten Staaten die Macht hätten, die Sowjetunion zur Kapitulation vor den amerikanischen Bedingungen zu zwingen, ist», so stellt Professor W. Williams in «The Nation» (2. November) fest, «die grundlegende Schwäche der Vorstellung Amerikas von sich selber und der Welt . . . Amerika ist weder die letzte und beste Hoffnung der Welt noch der Willensvollstrecker der Kultur, der zur Vernichtung der Barbaren berufen ist. Wir haben viel zu bieten, aber auch viel zu lernen. Und die Grundlehre ist, daß wir Führerschaft unter Gleichen fälschlicherweise mit der Ausübung einer Oberherrschaft über andere gleichsetzten.»

Der Anspruch Amerikas, als Hauptbollwerk des Weltkapitalismus auch Vorkämpfer von Freiheit und Menschenrecht auf dem Erdenrund zu sein und den Kommunismus «so oder so» unschädlich machen zu können, ja zu müssen, ist natürlich ebenso anmaßend wie lächerlich und wird denn auch von den Völkern aller Kontinente mit wachsender Entschiedenheit abgelehnt. Nur weigern sich seine Führer noch immer aufs hartnäckigste, diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen. Und das Minderwertigkeitsgefühl, das weiteste Kreise des amerikanischen Volkes angesichts der raketentechnischen Leistungen der Russen ergriffen hat, ist ihnen gerade gut genug, um ihnen für eine neue Aufpeitschung des Antikommunismus und des Rüstungswillens wirksamste Helferdienste zu leisten. «Zum erstenmal in der Geschichte», so heißt es in der vielgelesenen Wochenschrift «Newsweek» (11. November), «befindet sich die westliche Welt in tödlicher Gefahr seitens des Ostens. Noch besteht die Möglichkeit, den Vorsprung einzuholen. Aber nur durch äußerste wissenschaftliche und finanzielle Anstrengung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ist das zu erreichen.»

Auf diesen Ton sind – nach anfänglichen vergeblichen Beschwichtigungsversuchen – fast alle öffentlichen Äußerungen in den USA zu den Erfolgen der russischen «Konkurrenz» gestimmt. Zwar vernimmt man auch ruhigere Urteile. «U. S. News & World Report» (15. November) zum Beispiel meint: «Weder Amerika noch Sowjetrußland besitzt heute ein 5000 Meilen tragendes Ferngeschoß als Waffe für sofortigen Gebrauch. Beide sind wahrscheinlich noch zwei Jahre von diesem Ferngeschoß entfernt . . . An verfügbaren Massenvernichtungswaffen ist Amerika gerade jetzt im Vorsprung.» Aber, so fügt das Blatt doch bei: «Das Prestigegleichgewicht ist gestört, und Amerika ist dabei zeitweilig der Verlierer. Rußland erscheint plötzlich stärker.» Dieses Verhältnis umzukehren – das ist jetzt in den Vereinigten Staaten das

fieberhaft verfolgte Ziel. Die Arbeiten für die Vervollkommnung der Raketentechnik und die Aussendung auch amerikanischer Erdsatelliten werden mit aller Macht beschleunigt. Die amerikanischen Bomber über Großbritannien sind mit Kernsprengköpfen versehen worden; ja, «ein Teil der Bomber befindet sich seit der Erhöhung des Alarmzustandes dauernd in der Luft, als Gegengewicht gegen die Möglichkeit eines sowjetischen Raketenüberfalls», wie die «Neue Zürcher Zeitung» befriedigt aus London meldet! Auch Frankreich kündigt die beschleunigte Entwicklung von Atombomben an, um die vierte Atommacht der Welt zu werden. Westdeutschland wird wohl in Bälde folgen. Kurz, die Regierungen und Militärkreise der Westmächte tun ihr Mögliches, um eine «Sputnikpanik» zu erzeugen und sie für gesteigerte Militärrüstungen auszunützen – und mehr oder weniger neutrale Länder wie unsere Schweiz segeln im gleichen Fahrwasser. Innert kurzem aber wird in Paris der Oberste Rat der NATO in «Starbesetzung» zusammentreten, um dem Westbund verstärkte Vollmachten für die Förderung der kriegswissenschaftlichen Forschung und die Steigerung seiner militärischen Schlagkraft zu geben. Und inzwischen reisen die Diplomaten und Militärs der «freien Nationen» aufgeregt in der halben Welt herum, um die kommenden «großen Entscheidungen» vorzubereiten. Der Kalte Krieg erfährt so eine unheimliche Neubelebung, deren Anstifter und Nutznießer sich verzweifelt dagegen wehren, diejenigen Folgerungen aus der Revolution der Kriegstechnik zu ziehen, die sich dem vielgepriesenen gesunden Menschenverstand mit letzter Klarheit und elementarer Wucht aufdrängen sollten.

Nixon in der Kulisse In diesen ganzen Vorkriegsbetrieb hat nun freilich die neue Erkrankung Präsident Eisenhowers eine arge Störung gebracht. Der Regierungschef der Vereinigten Staaten ist zwar schon längst nur noch stark vermindert arbeitsfähig; die Geschäfte werden seit mindestens drei Jahren im wesentlichen von einem kleinen Kreis im Halbdunkel tätiger Männer geleitet, unter denen Sherman Adams, der «unsichtbare Präsident», und dann selbstverständlich Staatssekretär Dulles eine Hauptrolle spielen. Aber die jetzt geschaffene Lage ist – trotz der raschen Erholung Eisenhowers – gleichwohl viel heikler als bei den früheren Erkrankungen des Präsidenten. Einmal hat sich das Ansehen des gefeierten «Siegers im Zweiten Weltkrieg» in den letzten Monaten sehr merklich vermindert; zahlreiche Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten seiner Regierung, die ihm aufs Konto geschrieben wurden, seine immer häufigeren Ferienurlaube und zuletzt seine Mitverantwortung für den Rückstand der Vereinigten Staaten in der Raketentechnik haben der Volkstümlichkeit «Ikes» erheblichen Abbruch getan, zumal auch die Politiker angesichts der Gewißheit, daß Eisenhower spätestens 1960 aus dem Amt scheiden wird, immer weniger Rücksicht auf seine Meinungen nehmen zu können glauben. Sodann aber erfordert gerade die gegenwärtige inter-

nationale Lage, so wie sie sich in den Köpfen der «Kaltkrieger» spiegelt, die feste Führung der amerikanischen Politik durch einen voll einsatzfähigen Präsidenten. Der notwendige Neuaufschwung des Westbundes wie auch die Fragen der Verfügung über die Kernwaffen und des Austausches von Forschungsergebnissen unter den Verbündeten, so heißt es überall, verlangen gebieterisch an der Spitze der Vereinigten Staaten einen Mann mit ungebrochener Arbeits- und Entschlußkraft, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen und der seiner weltgeschichtlichen Verantwortung auch wirklich gewachsen ist. Daß Eisenhower dieser Mann nicht ist, weiß jedes Kind; dennoch sträubt sich bisher der «Regentschaftsrat», der im Weißen Haus dirigiert, aufs heftigste gegen einen vorzeitigen Rücktritt Eisenhowers, weil dann eben automatisch Vizepräsident Richard Nixon nachrücken würde, den die «Regenten», wie man sagt, nicht riechen können. Und doch wird es immer wahrscheinlicher, daß Nixon noch vor 1960 an Eisenhowers Stelle treten wird – eine Aussicht, die um der Sache des Friedens willen etwas Erschreckendes an sich hat.

Gewiß, Nixon hat sich in der letzten Zeit alle Mühe gegeben, um zu beweisen, daß er nicht mehr der korrupte Demagog, der rabiate McCarthy-Politiker und der draufgängerische Rußland- und Chinafeind ist, als der er so lange galt. Es ist ihm klar geworden, daß die amerikanische wie die Weltöffentlichkeit ein anderes Bild von ihm haben muß, wenn er als verantwortlicher Führer der Vereinigten Staaten soll in die hohe Politik eingreifen können, und er handelt auch ganz planmäßig nach dieser Erkenntnis, um das Ziel seines Strebens, die Präsidentschaft, zu erreichen. «Wenn es jetzt einen ‚neuen Nixon' gibt», schrieb neulich (30. November) der «New Statesman», «so liegt das Geheimnis der Wandlung in diesem Ehrgeiz.» Aber ist das genug? Wenn nicht Überzeugung und feste Grundsätze die Haltung Nixons bestimmen, sondern Strebertum und Machthunger, kann er dann nicht aufs neue umschwenken und beispielsweise das Zeichen für den Beginn des großen Kreuzzuges gegen den Weltkommunismus geben, falls das die Rolle verlangen sollte, die er sich zurechtgelegt hat – ähnlich wie Truman Anno 1950 die Vereinigten Staaten und die NATO in den Koreakrieg führte, weil er in dessen Ausbruch den Beginn der so lange vorausgesagten Welteroberungsoffensive Moskaus sah? Nixon ist auf jeden Fall ein völlig undurchsichtiger und unberechenbarer Politiker, der für den Weltfrieden doppelt gefährlich werden kann, wenn er als Außenminister weiterhin einen Mann vom Schlag eines John Foster Dulles neben sich hat.

Mir standen solche Möglichkeiten besonders deutlich vor Augen, als ich unlängst in der Neuyorker «Nation» einen Aufsatz von Charles Edmundson, einem früheren Mitglied des amerikanischen «Informationsdienstes» in Korea, über die Spionageorganisation der Vereinigten Staaten las. Die «Zentrale Nachrichtenagentur» (CIA), wie sich der amerikanische Geheimdienst nennt, wird bekanntlich von

Allan Dulles, dem Bruder des Staatssekretärs, geleitet und beschäftigt gegen 16 000 Personen; sie verfügt über ein Ausgabenbudget von nicht weniger als 350 Millionen Dollar (rund anderthalb Milliarden Schweizer Franken). Die CIA hat ihre Finger so ziemlich in jeder Angelegenheit, die das Washingtoner Staatsdepartement beschäftigt. Sie bereitet die großen und kleineren Feldzüge der amerikanischen Außenpolitik vor, vom Staatsstreich in Teheran, der 1953 Mossadegh stürzte und General Zahedi, diesen Gefolgsmann der Vereinigten Staaten, ans Ruder brachte, und von der Gegenrevolution in Guatemala (1954) bis zum erfolgreichen Eingreifen Amerikas in Jordanien im vergangenen Frühjahr und zu dem etwas weniger erfolgreichen Versuch, auch in Syrien eine amerikahörige Regierung einzusetzen, um nur wenige Beispiele aus jüngster Zeit anzuführen.

Der USA-Geheimdienst stellt sich aber dem Staatsdepartement auch willig zur Verfügung, wenn es darauf ankommt, die internationale Lage so darzustellen, wie es ins Konzept der Washingtoner Außenpolitik paßt. Es gebe, so schreibt Edmundson, in beiden Häusern des amerikanischen Parlaments nicht wenige Abgeordnete, die Fälle anzuführen in der Lage seien, da «Spionageberichte abgefaßt wurden, um die Haltung des Staatsdepartements oder des Wehrministeriums zu stützen, obwohl die Tatsachen in eine ganz andere Richtung wiesen». Von einem hochangesehenen konservativen Senator hörte Edmundson, unter Anführung aller Beweisstücke, «eine der bittersten und vielsagendsten Anklagen gegen den amerikanischen Nachrichtendienst, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aber der Senator wollte nicht genannt werden.» Die größte Gefahr der CIA, so betont der Verfasser, liege darum in seiner Fähigkeit, eine Lage zu schaffen, aus der unversehens der Krieg hervorbrechen könne. «Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß die Zwischenfälle, die aus der Tätigkeit von Saboteuren und Agents provocateurs hervorgehen, eine Kette von Ereignissen nach sich ziehen können, die einen Krieg unvermeidlich machen. Die verfassungsmäßige Aufgabe des Kongresses, den Krieg zu erklären, könnte dadurch bedeutungslos gemacht werden.» Und weiter: «Die Geheimtätigkeit von Spionageagenten kann mit Leichtigkeit so gelenkt werden, daß die öffentliche Meinung im Sinne der Wünsche der Regierenden geformt wird. Wenn sich ein herausfordernder Zwischenfall ereignet, kann die Rolle der CIA bei seiner Herbeiführung nicht erzählt werden. Aber der ganze üppige Apparat der Regierungspropaganda kann so aufgezogen werden – und wird es auch tatsächlich –, daß der Zwischenfall dem im voraus festgelegten Zweck dient.» Und Staatssekretär Dulles ist, wie Edmundson sagt, durchaus entschlossen, die öffentliche Meinung Amerikas und der Welt so zu «kanalisieren», daß es als patriotische Treuepflicht erscheint, die Politik der Regierung zu unterstützen – «eine anmaßende Verleugnung der Grundbegriffe der Demokratie» in den Augen des Verfassers, der aus genauer Kenntnis der Dinge urteilt. Nixon, die beiden Dulles, dazu

noch vielleicht ein oberster Stabschef der Wehrmacht von der Art eines Radford – was für unabsehbare Unheilsmöglichkeiten öffnen sich da, wenn in den Händen solcher Männer die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt!

Sputnikdiplomatie! «Aber die Machthaber im Kreml – was ist von denen zu gewärtigen, wenn es einmal um letzte Beschlüsse über Völkerschicksale und Waffeneinsatz gehen sollte? Haben wir nicht das ungarische Trauerspiel miterlebt? Hat Moskau nicht jüngst im Orient die Kriegsflamme anzublasen versucht? Ist die ‚Sputnikdiplomatie', die es jetzt betreibt, die verschärfte Sprache, die es im Bewußtsein der sowjetischen Überlegenheit an Raketenwaffen gegenwärtig führt, nicht ebenfalls in hohem Maße friedensgefährdend?» So fragt man unter uns vielfach mit echter Sorge und Unheilsahnung.

Über die Schuld, die die Sowjetführung mit der gewaltsamen Unterdrückung des ungarischen Aufstandes auf sich geladen hat, habe ich seinerzeit alles Nötige an dieser Stelle gesagt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen als immer wieder die Frage: Hätten die Westmächte anders gehandelt, wenn in ihrem Einflußgebiet ein Aufstand ausgebrochen wäre? Handeln etwa die Franzosen anders in Algerien? Handelten sie anders auf Madagaskar? Und die Engländer in Kenya, auf Zypern usw?

Was dann den Orient betrifft, so habe ich ebenfalls, und wiederholt, hier gesagt, was zu sagen war: daß die Westmächte, und nach dem Versagen Großbritanniens und Frankreichs nun vorab die Vereinigten Staaten, den Mittelosten als ihr ausschließliches Herrschaftsgebiet ansehen; daß sie die sowjetfeindliche Bagdadpakt-Organisation ins Leben riefen; daß sie ihre Waffenlieferungen an Irak, Jordanien und Saudiarabien ganz normal finden, es aber als Herausforderung erklären, wenn die Sowjetunion Waffen nach Ägypten und Syrien liefert; daß Syrien wohl wie Jordanien ein Satellitenstaat Amerikas geworden wäre, wenn es nicht wirtschaftliche und militärische Hilfe von seiten der Sowjetunion angenommen hätte. In Moskau hat man sicher die Syrien von der Türkei her drohende Gefahr absichtlich aufgebauscht, aber es gibt doch zu denken, wenn Chruschtschew immer wieder erklärt, die Sowjetunion habe Beweise dafür, daß der amerikanische Unterstaatssekretär Henderson auf seiner Orientreise die Türkei gegen Syrien in Bewegung zu setzen versucht habe – derselbe Henderson übrigens, der zusammen mit Allan Dulles von der Schweiz aus den vorhin erwähnten Staatsstreich in Teheran angezettelt hat, wie in der «Saturday Evening Post» vor drei Jahren enthüllt wurde. Hätte diesem ganzen Treiben die Sowjetunion, die Nachbarin der Türkei und Persiens, ruhig zusehen sollen?

Mit der «Sputnikdiplomatie» aber verhält es sich nach meiner Kenntnis der Dinge so: Die Sowjetunion hat durch ihre Leistungen in

der Raketentechnik ein neues Selbstbewußtsein gewonnen. Die Minderwertigkeitsgefühle sind verschwunden und haben einem neuen Kraft- und Machtgefühl Platz gemacht, das durch die Huldigungen an die Sowjetunion, wie sie das Revolutionsjubiläum brachte, noch gestärkt wurde. Es findet seinen Ausdruck auch in dem «Neuen Kommunistischen Manifest», das, unterzeichnet von zwölf kommunistischen Regierungsparteien (ohne Jugoslawien), am Schluß der Moskauer Vierzigjahrfeier erlassen wurde. (Eine zweite Kundgebung, die im besonderen dem Kampf für den Frieden gewidmet ist, wurde von allen 64 kommunistischen Parteien unterzeichnet, die in Moskau vertreten waren.) In diesem Dokument wird eine auffallend scharfe Sprache gegen die reaktionär-kapitalistischen Kräfte der Welt geführt; die unüberbrückbare Gegensätzlichkeit der beiden um die Vorherrschaft ringenden Gesellschaftssysteme wird mit Nachdruck hervorgehoben, so daß es nicht wunder nimmt, wenn auch die jüngsten amtlichen und halbamtlichen Äußerungen der Sowjetpolitik den Eindruck größerer Verhärtung und Versteifung machen, als gewisse Kundgebungen der «Vor-Sputnik-Zeit» dies taten. Das ist ohne Zweifel verkehrt; gerade die neugefestigte Weltstellung der Sowjetunion hätte sie zu einer großherzigen Friedens- und Verständigungsgebärde veranlassen sollen, die diesmal, wenn dahinter eine folgerichtige, ausgearbeitete Koexistenz- und Abrüstungspolitik sichtbar geworden wäre, schwerer unter den Tisch zu wischen gewesen wäre als frühere «Friedensoffensiven» der Sowjetdiplomatie. Statt dessen hilft das zur Schau getragene Kraftgefühl der Russen nur mit, den Westen in seiner – wenn auch noch so unehrlichen – «Abwehrhaltung» gegenüber der «tödlichen Bedrohung aus dem Osten» zu bestärken.

Um so mehr muß man hoffen, daß die w i r k l i c h e n Triebkräfte der sowjetischen Außenpolitik, vor allem ihr Streben nach Sicherung des riesenhaften inneren Aufbauwerkes vor neuen kriegerischen Erschütterungen und Rückschlägen, allmählich auch im Westen besser verstanden werden – allen Verzerrungen und Entstellungen einer tendenziösen Propaganda zum Trotz. Auf jeden Fall wirft sich jetzt die sowjetische Wirtschaftspolitik mit voller Kraft auf die Durchführung ihrer «Operation Lebenshaltung», also ihres großen Planes für die rasch fortschreitende Versorgung des Volkes mit allen wichtigeren Verbrauchsgütern, eingeschlossen namentlich gute und genügende Wohnräume. Ich für meinen Teil habe keinen Zweifel am Gelingen dieses Planes, immer vorausgesetzt natürlich, daß der äußere Frieden gewahrt bleibt. Die Hebung der sowjetischen Lebenshaltung auf die Höhe der fortgeschrittensten westlichen Nationen ist grundsätzlich kein Problem mehr; es ist lediglich eine Frage der Zeit – und wahrscheinlich kurzer Zeit –, daß es so weit kommt. Die wirklichen Probleme, mit denen es die Sowjetunion zu tun hat und immer mehr zu tun haben wird, liegen jenseits der Aufgabe, Mangel und Lebensunsicherheit zu besiegen, die Arbeitszeit zu verkürzen, Volksbildung und Volksgesund-

heit auf breitester Grundlage zu fördern. Sie liegen – wie ich hier zuletzt im Novemberheft sagte – auf geistig-sittlichem Gebiet, im Bereich der Weltanschauung, in der Notwendigkeit der Untermauerung der neuen sozialistischen Ordnung durch einen lebendigen Geist der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit. In Gestalt des Ringens um Demokratisierung und Liberalisierung erhebt sich diese Aufgabe schon jetzt mit wachsendem Ernst. Es geht auch hier vorwärts. Zwar ist, wie Gilles Martinet im Pariser «Observateur» (28. November) sagt, im Kampf um die «richtige Linie» innerhalb der kommunistischen Parteiführung immer noch einzig der Sieger befugt, die Öffentlichkeit über die Natur und den Verlauf des Konfliktes aufzuklären. «Aber er behauptet doch nicht mehr, seine Gegner stünden im Solde des ausländischen Imperialismus, und er schlachtet sie auch nicht mehr ab. Das ist natürlich eine große Wandlung gegenüber der Zeit, da auf Befehl Stalins 70 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees des Verrats beschuldigt, verhaftet und erschossen wurden! Der Tag wird kommen, wo ein noch viel entscheidenderer Fortschritt vollzogen werden muß, wo die gegensätzlichen Richtungen in öffentlicher Aussprache ihre Auffassungen werden vertreten können, und das heißt, wo sie die Volksmassen – und nicht mehr die Generäle des Moskauer Militärbezirkes – zum Entscheid über ihre Streitpunkte aufrufen werden . . . Die Sowjetwelt hat sich oft als äußerst brutal und barbarisch enthüllt. Aber gleichzeitig hat sie auch die wirtschaftlichen Grundlagen einer Demokratie geschaffen, die unendlich umfassender und wirklicher sein könnte als diejenige der kapitalistischen Länder.»

England in Schlüsselstellung Das alles hängt freilich – man muß immer daran denken – ganz vom Erfolg der Bemühungen ab, das friedliche Zusammenleben der Völker auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. So wie es jetzt zugeht, d a r f es ja nicht weitergehen. J. B. Priestley, der im Zweiten Weltkrieg in so außerordentlichem Maße das Ohr des britischen Volkes hatte, sagte es letzthin in einem seither weitverbreiteten Aufruf (der zuerst im «New Statesman» erschienen ist) gerade heraus: Alles scheint darauf hinzudeuten, daß unsere Zivilisation in krankhaftem Selbstzerstörungswahn ihren Untergang vorbereitet. Das internationale Leben hat etwas Nachtwandlerisches, Schlaftrunkenes an sich; die Reden, die man hört, werden bedeutungslos, die Konferenzen bringen es zu nichts, es ist, wie wenn wir alle unter einem Bann von Furcht und Gleichgültigkeit stünden. «Aber», so ruft er mit vollem Recht aus, «es ist möglich, den Bann zu brechen. W e n n es möglich ist, so nur durch eine unermeßlich entscheidende Gebärde, einen klaren Willensakt . . . Kurz und gut: jetzt, da England die Welt hat wissen lassen, daß es die H-Bombe auch habe, sollte es so bald als möglich verkünden, daß es damit fertig sei, daß es entschlossen sei, unter allen Umständen auf Kriegführung mit Kernwaffen zu verzichten. Das ist nicht Pazifismus . . . Nein, was wir

fahrenlassen sollten, das ist die Vorstellung, daß die Drohung mit Vergeltung abschreckend wirken könne. Darin liegt keine wirkliche Sicherheit, keine Anständigkeit, kein Glaube, keine Hoffnung, keine Liebe . . . Je schneller das Tempo (des Wettrüstens) wird, je schärfer die Konkurrenz, desto mehr wird das Undenkbare zum Unvermeidlichen. Die Waffen werden das Kommando übernehmen, und die Abschreckungsmittel werden nicht mehr wirken.»

Die gleiche Forderung – Großbritannien müsse mit dem unwiderruflichen Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen vorangehen und damit die entscheidende Bresche in den Bollwerken der Kriegskräfte aufreißen – wird auch sonst von einer immer wachsenden Schar denkender Engländer erhoben. Das Risiko eines solchen Vorgehens wird dabei keineswegs übersehen, aber auch sehr nachdrücklich betont, daß Englands Mitgliedschaft in der NATO ihm eine sehr starke Karte in die Hand gebe: es könne aus dem Westbund austreten, wenn sich die Vereinigten Staaten einer klaren Wendung zur Politik der Verständigung widersetzten, und so die amerikanische «Politik der Stärke» – der Zurückwerfung des Kommunismus durch militärischen Druck – gegenstandslos machen. Es sei vor allem die Aufgabe der Labourpartei, England diesen Weg zu weisen. Solange sie sich mit der Herstellung und Bereithaltung der H-Bombe einverstanden erkläre, nehme sie eben auch die Behauptung der Konservativen an, daß die Sowjetunion den Westen angreifen wolle, und müsse England in der Stellung eines getreuen Satelliten Amerikas belassen, mit all den katastrophalen Folgen, die daraus für Großbritanniens Wohlfahrt und Existenz entstehen würden.

Ist von der Labourpartei eine solche Führerschaft zu erwarten? Sehen wir zu. Sicher scheint – wenn sich die politische Wetterlage in England so weiterentwickelt wie in den letzten Monaten –, daß bei den nächsten Unterhauswahlen die Labourpartei eine deutliche Mehrheit gewinnen wird. Die Volksstimmung kehrt sich immer mehr gegen die Konservativen. Die Teuerung steigt unaufhaltsam, die alten kapitalistischen Mittel, ihrer Herr zu werden, verfangen nicht, die Kampfstimmung in der Arbeiterschaft wächst und wird von einem neuen Geschlecht gewerkschaftlicher Führer geteilt und gefördert, mit Frank Cousins, dem sozialistisch denkenden Leiter des Transportarbeiterverbands (1 300 000 Mitglieder), an der Spitze. Die Labourpartei hat zwar noch keinen erkennbaren Plan für die Überwindung der Geldentwertung und zögert, wie ihr Jahreskongreß in Brighton erneut zeigt, immer noch aufs bedenklichste mit der Verkündung und Verfechtung eines konsequent sozialistischen Wirtschaftsprogramms, flüchtet sich vielmehr in die Empfehlung von trügerischen Scheinreformen wie der Erwerbung von Aktien der großkapitalistischen Erwerbsgesellschaften durch den Staat (die Hälfte der britischen Wirtschaft wird durch rund 500 Riesenunternehmungen beherrscht) und will sich nur auf die Wiederverstaatlichung des Lastwagen-Fernverkehrs, die großzügige Förde-

rung des Wohnungsbaus, die Erhöhung der Alterspensionen und andere sozialpolitische Kernmaßnahmen festlegen.

In der Außenpolitik aber hat der Parteitag von Brighton recht vernünftig klingende Forderungen erhoben: Einigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Sicherheitsordnung (also durch Neutralisierung, außerhalb der NATO), Aufnahme Chinas in den Sicherheitsrat, Verhandlungen über alle Streitfragen mit der Sowjetunion, China und den östlichen Volksrepubliken, nicht zuletzt auch Beiziehung der Sowjetunion zur Lösung der Orientfrage und rasche Gewährung der Selbstregierung an die Kolonialvölker, deren Wirtschaft und Lebenshaltung durch Einsatz großer Mittel planmäßig entwickelt werden soll. Eine solche Politik – das ist ein Leitgedanke auch der Beschlüsse von Brighton – braucht die Konkurrenz des Kommunismus nicht zu fürchten. «Die Konservativen, die eben dazu da sind, die bestehende Gesellschaftsordnung zu erhalten, setzen soziale Unrast mit Kommunismus und Kommunismus mit sowjetischer Angriffspolitik gleich und wähnen, Ideen mit Waffen und Bündnissen bekämpfen zu können. Wir Sozialisten», so schreibt Konni Zilliacus in der «Monthly Review» (November), «wissen, daß die Drohung des Kommunismus sozialer, nicht militärischer Art ist und daß eine Idee nur mit einer besseren Idee überwunden werden kann. Wir vertrauen, daß der demokratische Sozialismus eine bessere Idee ist als der Kommunismus.»

Das Leidige ist nur, daß die Labourführung in der Praxis keine grundsätzlich andere Außenpolitik betreibt als die konserative Regierung mit ihrem kriegerischen Antikommunismus. Wenn sogar ein Bevan jetzt die H-Bombe als Abschreckungswaffe gegenüber der Sowjetunion wie als Druckmittel auch gegenüber Amerika nicht entbehren zu können erklärt und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten vorderhand nicht preisgeben will, was soll man da von einer kommenden Labourregierung hoffen, in der die rechtsstehenden Partei- und Gewerkschaftsführer ohne jeden Zweifel das entscheidende Wort zu sagen haben werden? Oder wird doch die bare wirtschaftliche Notwendigkeit eine Wendung zum Guten erzwingen – die immer schwerer werdende Last der Kriegsrüstungen, die den für England lebenswichtigen Ausfuhrindustrien viel zu viele Kräfte und Mittel entzieht und die Teuerung immer weitertreibt? Zilliacus wird wohl recht haben: «Wenn die nächste Labourregierung unsere Rüstungen nicht massiv einschränkt – mögen andere tun, was sie wollen –, so wird sie der Inflation keinen Einhalt zu tun vermögen, und all ihre Verheißungen und Pläne in der Innenpolitik werden nicht einmal das Papier wert sein, auf das sie geschrieben sind. Das ist die unerschütterliche Wirklichkeit.» Und das heißt, daß eine solche Labourregierung von vornherein zum schmählichen Mißerfolg verurteilt wäre.

In Frankreich: Weiterwursteln Bietet England und besonders seine Labourbewegung doch etwelche Hoffnung für die Zukunft, so scheint man auf Frankreich für absehbare Zeit überhaupt nicht mehr zählen zu können. Seine Lage erinnert an ein Wort, das im k. k. Österreich-Ungarn seinerzeit umging: «Die Lage ist verzweifelt, aber nicht ernst.» Das hieß: Sie wird nicht ernst g e n o m m e n. Frankreich steckt wirklich in erschreckenden Schwierigkeiten. Der Algerienkrieg, der jetzt in sein viertes Jahr geht, kostet alljährlich etwa achteinhalb Milliarden Schweizer Franken. Aus eigenen Mitteln kann Frankreich diese Riesenausgabe nicht leisten. So wird eben zunächst das große Loch im Budget noch größer, die Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft immer schlechter, die Inflation immer unaufhaltsamer. Aber in Paris weiß man auch, daß Amerika seinen französischen Partner nicht fallenlassen kann. «Die Furcht greift um sich», wie «U.S. News & World Report» (15. November) bemerkt, «daß ein Zusammenbruch in Algerien einen Wirtschaftskrach im Mutterland auslösen und die Zukunft des republikanischen Regimes in Frankreich gefährden könne. Und wenn Frankreich in die Luft geht, so würde diese Explosion so gut wie sicher das ganze (westmächtliche) Verteidigungssystem sprengen, wie es jetzt angelegt ist . . . Frankreich ist der Hauptstützpunkt für die Versorgung, die Verbindungen und die taktische Luftwaffe der Zentralfront der NATO zwischen Ostsee und Alpen. Fast ein Dutzend Geschwader der amerikanischen und kanadischen taktischen Luftflotte ist hier stationiert. Die fünf amerikanischen Divisionen längs des Eisernen Vorhangs in Deutschland sind für ihre Versorgung vom Atlantik her auf Frankreich angewiesen. Frankreich ist das politische und militärische Hauptquartier der NATO und wird von den Verteidigungsplanern als das wichtigste Stück militärischen Grund und Bodens in Europa angesehen.»

Die Folge ist, daß sich Frankreich wie in den letzten zwei Jahren, so auch in der nächsten Zukunft seine tollen Ausgaben von seinen guten Freunden wird bezahlen lassen können. Es darf in der Tat erkleckliche Anleihen vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank erwarten, das heißt also in der Hauptsache von Amerika, in verschleierter Form – damit die nationalen Gefühle nicht zu sehr verletzt werden – auch von Deutschland, dem ehemaligen Erbfeind. Natürlich sind auswärtige Anleihen und weitere Verschuldung keine wirklichen Heilmittel für das Übel, an dem Frankreich krankt; die Krise wird früher oder später aufs neue in akuter Gestalt ausbrechen. Aber was will Monsieur Gaillard und seine Mannschaft sonst machen? Etwa den Algerienkrieg abbrechen, den Frankreich, wie jedermann weiß, ja doch nicht gewinnen kann? Das gäbe eine Revolution von rechts bis mittellinks, obwohl die Führer der Nationalen Freiheitsfront in Algerien zum erstenmal zu verstehen gegeben haben, daß sie nicht länger darauf beharren, Frankreich müsse vor der Einleitung von Verhandlungen die Unabhängigkeit Algeriens grundsätzlich anerkennen.

Oder sollen wirklich einschneidende Ersparnisse im Staatshaushalt gemacht, die Steuern kräftig erhöht, die landwirtschaftlichen Subventionen gekürzt, die Löhne niedergehalten und die Kapitalanlagen eingeschränkt werden? Welche Zumutung! Jeder Versuch Gaillards (der mit neun Parteien auskommen muß, um seine Mehrheit zusammenzuhalten), solch ein Programm auch nur aufzustellen, müßte eine neue Regierungskrise von unvorstellbarem Ausmaß herbeiführen, und dazu hat er wahrlich keine Lust. So wird eben weitergewurstelt wie bisher – «nach uns die Sintflut!» Und die Linke – Linksradikale, Sozialisten und Kommunisten –, die bei den Wahlen von 1956 mit der Losung «Frieden in Algerien und soziale Reformen!» die Mehrheit gewann, bleibt auch fernerhin heillos gespalten und gelähmt – zum Nutzen der konservativ-reaktionären Rechten und ihrer amerikanischen Gönner...

*

Von Westdeutschland wollen wir diesmal lieber nicht reden; daß Bundespräsident Heuß nach seinem römischen Besuch den Papst in einem Telegramm an dessen Feststellung erinnern konnte: «Der Heilige Stuhl und die Bundesrepublik stehen im Kampf um die Freiheit in einer gemeinsamen Abwehrfront» – das besagt ja eigentlich alles über die Rolle, die der Staat Adenauers spielt. Und auch die großen Probleme, die sich in Ost- und Westafrika wie in Süd- und Ostasien erheben, müssen für eine spätere Beleuchtung aufgespart bleiben. Hingegen sei, da dies ein Grundthema unserer Betrachtungen im alten Jahre war und es wohl auch im neuen sein wird, abschließend noch ein Wort zur allgemeinen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und «freier Welt» angefügt.

Die Kommunismusfrage, dessen bin ich überzeugt, wird nicht zur Ruhe kommen, solange es noch Klassen und ganze Völker gibt, die in untermenschlichen Verhältnissen dahinleben. Zuerst müssen überall die Grundbedingungen für ein menschenwürdiges Leben geschaffen werden, muß Sicherheit dafür gewährleistet sein, daß der Mensch nicht mehr in Armut und Elend, in Unwissenheit, Krankheit und Schmutz verkommt, bis er auch persönlicher und politischer Freiheitsrechte teilhaftig werden kann. Auch im Westen ist ja die politische Demokratie, so gewiß sie in ewigen Wahrheiten wurzelt, erst auf dem Boden wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wohlfahrt großgewachsen. Schon darum ist es wirklichkeitsfremd, wenn jetzt der Westen, den Ursprung seiner eigenen Freiheitsrechte vergessend, die soziale Frage, besonders diejenige der unterentwickelten Völker, als nur auf der Grundlage der politischen Demokratie lösbar erklärt.

Natürlich könnte die soziale Frage mit Hilfe der politischen Demokratie gelöst werden und wird es auch in den fortgeschrittenen Ländern bis zu einem gewissen Grad. Aber die politische Demokratie ist eben so eng mit dem Kapitalismus und der bürgerlichen Klassenherrschaft verbündet und verknüpft, daß es ihren Trägern am Willen zur sozialen Demokratie, zur radikalen Umwälzung der Eigentums-

ordnungen, völlig gebricht. Da indessen diese Umwälzung dennoch kommen muß und nur alle Tage dringlicher wird, hat es eben der Kommunismus unternommen, sie o h n e politische Demokratie herbeizuführen, fehlten doch in Rußland, China, Polen usw. alle Voraussetzungen für eine wirkliche Selbstregierung des Volkes, nicht zuletzt durch die Schuld der westlichen «Demokratien», mit deren Ausbeutungsmöglichkeiten in den unterentwickelten Ländern es bald zu Ende gewesen wäre, wenn das Volk – und nicht die einheimische Herrenklasse – regiert hätte. Der Westen, seine Demokratie und sein Christentum, sie haben darum keinerlei Recht, den Kommunismus wegen seiner Gewaltherrschaft zu verdammen. Das ist eitel Heuchelei. Der Westen r e d e t nur von Demokratie, meint aber den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaftsverfassung und Lebensform. Er ist ganz und gar nicht gegen die politische Diktatur, wo sie seinen Zwecken dient, und verbündet sich mit ihr ohne Bedenken, wenn es den Kampf gegen die soziale Revolution gilt. In den kommunistisch regierten Ländern aber will er die Diktatur nur darum beseitigen, weil er überzeugt ist, daß damit auch alle Ansätze zum Sozialismus beseitigt würden und eine Demokratie, wie e r sie auffaßt, ebenso leicht zur W i e d e r h e r s t e l l u n g der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen mißbraucht werden könnte, wie sie im Westen zu deren E r h a l t u n g mißbraucht wird.

So bleibt es einfach die schwere Schuld der angeblich freien Welt, wenn wirtschaftlich-soziale Befreiung und politische Freiheit nicht g l e i c h z e i t i g verwirklicht werden können. Es ist ganz unvermeidlich geworden, daß namentlich in den «zurückgebliebenen» und vom «demokratischen» Westen so lange kapitalistisch ausgenützten Ländern des Ostens, aber weithin auch im Westen selbst, zuerst die soziale (und nationale) Befreiung erkämpft wird, damit dann auch politische Freiheit aufblühen und gesichert werden kann. Um mit Abbé Pierre zu reden: «Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit dem Kommunismus essen als mit unserer Freiheit Hungers sterben.» Wie wär's, wenn einige unserer diplomierten Freiheitsprediger dieses Wort einmal zum Gegenstand ihrer Weihnachts- oder Neujahrsbetrachtungen machen wollten?

6. Dezember *Hugo Kramer*

Wir oder sie?

In einer Radiochronik der «NZZ» (Nr. 3026) kommentiert Herr ...we einen Radiovortrag, «Der Weltfriede – das Weltproblem», wie folgt:

«In seiner Einführung legte Prof. Dr. Richard F. Behrendt die Aufgabe der Sendereihe dar: sie will versuchen, die Frage zu beantworten, ob und wie wir zivilisiert werden können, in dem Sinn, daß wir – und ‚wir' heißt die heutige Menschheit als Ganzes – fähig sind, für gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten.»

GTU Library
3 2400 00334 8384

v.51
1957

Neue Wege

v.51
1957